



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

DJ
III
P475

Des Herrn Professor
Friedrich Wilhelm Pestel
vollständige Nachrichten
von der
Republik Holland
aus
authentischen Quellen gesammelt.

Aus
dem Lateinischen übersetzt
und
mit Anmerkungen begleitet.

Wer zum Besten des Staats Rath geben will, muß vor
allen Dingen den Staat kennen.

Cicero von dem Redner.

Berlin,
im Verlag der Buchhandlung der Realschule.
1784.

11088

Seiner Erlaucht,

dem



Hochwürdigst-Hochgebohrnen

Reichsgrafen und Herrn,

Herrn

Christian Friedrich,

Regierendem Grafen

zu Stollberg-Bernigerode &c. &c.

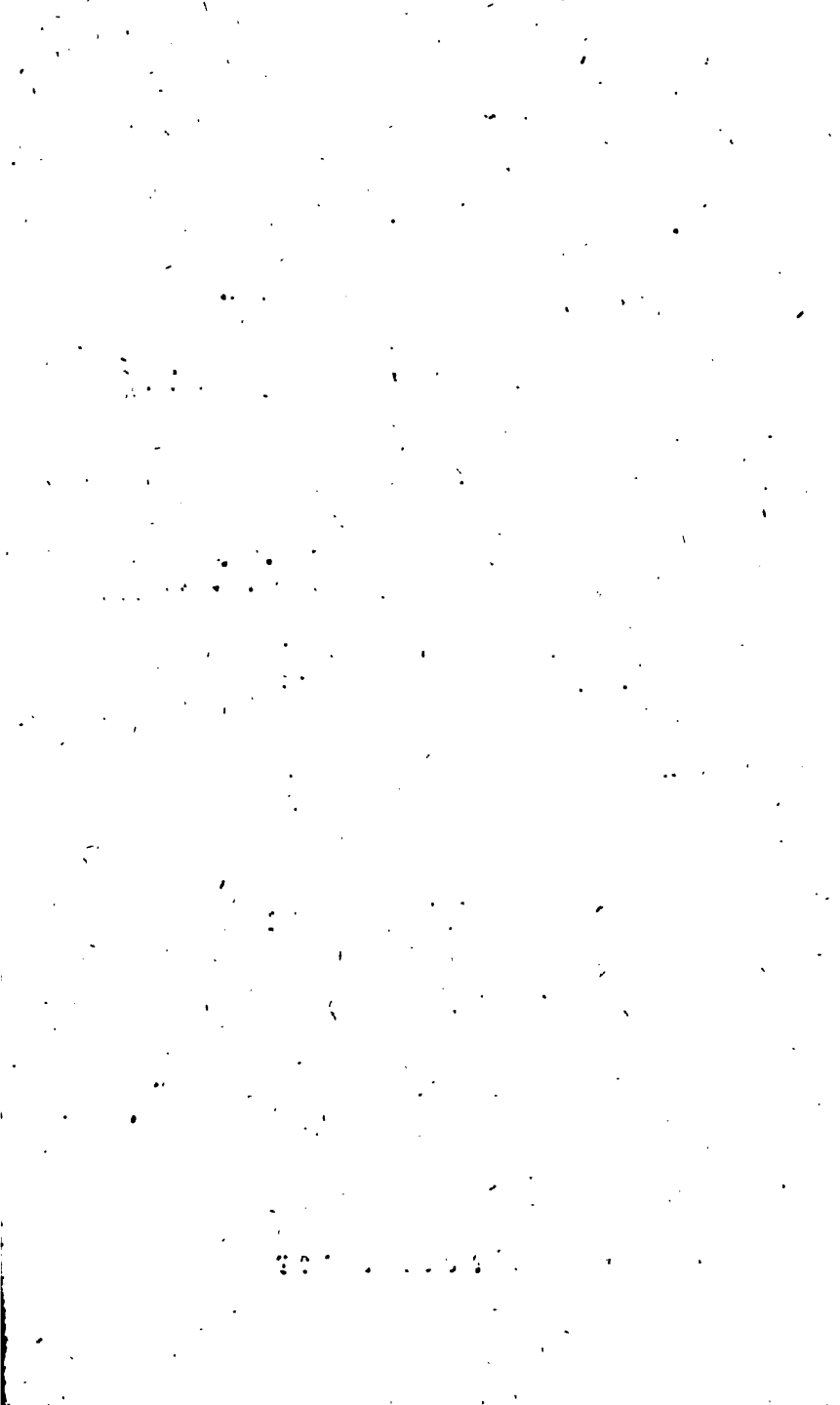
seinem gnädigsten Herrn

überreicht dies Buch

unterthänigst und mit den heiligsten Wünschen

der Uebersetzer.

rec. C. D. F. 11-1-34





V o r r e d e **des Verfassers.**

Als ich den Entschluß faßte, von dem Zustande und der Regierung der Republik Sol-land zu schreiben, sah ich sogleich ein, daß ich eine Arbeit übernehmen würde, von der ich noch nicht wissen konnte, wie sie für mich ausfallen würde. Ich erkannte, daß das Geschäft, in welches ich mich einlassen wollte, nicht angenehm, zweifelhaft, und dornicht sey; daß, wenn es mir auch glückte, ich kein Lob, und bey wenigen nicht viel Dank verdienen würde,
und

und daß, wenn es mir nicht glücken sollte, ich von der mißlungenen Arbeit große und lang anhaltende Unbequemlichkeiten in vollem Maaße würde auszufehn haben. Oft hatt' ich gehört, wie viele es für eine unbedeutende und unansehnliche Anzeige von Geisteskraft, und für wie unrühmlich sie es hielten, zerstreute Sachen zu sammeln, und sie in einen kurzen Auszug zu bringen. Den Gipfel sieht man wol, sagt Quintilian; der Grund aber ist verborgen. Ob nun gleich diese Meinung einen Mann, der nicht nach einem prahlenden Ruhme dürstet, sondern den allgemeinen Nutzen des Staats stets im Herzen hat, nicht bestimmen sollte, so hätten mir's doch die Schwierigkeiten bey der Auswahl der Sachen, von denen ich handeln mußte, die Stellung derselben, die eigene geschickte Art sie zu erzählen, bald zur Noth-

Nothwendigkeit gemacht, den noch fast un-
gebahnten und dabey schlüpfrigen Weg, ent-
weder nicht zu betreten, oder den bereits ge-
thanen Schritt zurückzuziehn. Denn es war
mir Pflicht, von den unzählbaren Gegenstän-
den, einige Sachen von Wichtigkeit stückwei-
se zu melden, und die gemeinen und bekann-
ten Vorwürfe, nicht nur nicht wegzulassen,
sondern ihnen einigen Reiz der Neuheit zu
geben, um den Gelehrten einen Stel zu er-
sparen, und den Ungerlehrten nicht Veran-
lassung zu geben, bekannte Dinge keiner Ach-
tung zu würdigen. Ohnerachtet mirs haupt-
sächlich darum zu thun war, unsre Landes-
leute zu vergnügen, so erforderte doch die
Würde meines Gegenstandes, bey meiner
Arbeit auch auf die Auswärtigen einige Hin-
sicht zu nehmen: jene wollen das lieber hö-
ren als lesen, was diese wollen, das gesagt,
und

und nicht verschwiegen werden soll. Kurz, sobald ich nur den ersten Abriß von diesem Buche machte, empfand ich's bey mir selbst, daß bey Arbeiten dieser Art es unendlich leichter sey, sehen zu wollen, und Forderungen zu machen, als diese zu erfüllen, nemlich die Sachen so zu behandeln, daß ihre Anordnung helles Licht habe, daß die Schreibart gedrängt sey, daß in jedem Ausdruck sich Deutlichkeit, und römischer Schmauß zeige, und daß es den Sätzen, die vorgetragen werden, nicht an Scharffsinn fehle. So nützlich auch diese Gründe waren, mich ganz von der gegenwärtigen Arbeit abzuschrecken, so weiß ich doch nicht mehr recht, ob nicht die bey solcher schriftstellerischen Beschäftigung, als die gegenwärtige ist, nur gar zu gegründete Furcht, ein billiges und partheyloses Herz zu entdecken, und dadurch allen

sich

sich angenehm zu machen, ein viel stärkerer Grund bey mir gewesen ist.

Nur durch die eine Betrachtung, daß man schuldig sey, den Vortheil des allgemeinen Bestens eifrigst zu suchen, wurde mein zerstreutes, und von Gedanken, die wie Wellen mich trieben, niedergeworfnes Gemüth aufgerichtet. Diejenigen leisten dem allgemeinen Besten gewiß keinen geringen Dienst, welche die Jugend auf die edle Art erziehen, daß sie zum Dienst der Republik geschickt gemacht werde, ihr gründliche Kenntnisse beybringen, und sie kräftig anfeuren, sich dereinst um das Vaterland, and um das menschliche Geschlecht verdient zu machen. Die Zuredungen meiner Freunde überwanden hienächst die bey mir aufsteigenden Zweifel, und das Andenken an mein feyerliches Versprechen,

sprechen, da ich auf die hiesige Akademie berufen wurde, da mich das Schicksal der Geburt zum Ausländer, die Neigung aber zum Bürger gemacht hätte, meine ganze Lebenszeit in dem Geschäfte, gute Bürger zu erziehen, und edle Jünglinge zu bilden, verzehren zu wollen, und daß, wenn ich auch nicht so gelehrt wäre, wie andre, auch so viel nicht ausrichten könnte, wie andre, ich doch niemandem in Absicht auf Fleiß und Gewissenhaftigkeit nachstehn wollte. Da aus dieser Gesinnung dies Buch entstanden ist, so hoff ich, daß es allen, die billig denken, nicht missallen werde; wenigstens wird man mich doch keiner Verwegenheit beschuldigen können.

In der Einleitung habe ich von der Einrichtung des Buchs geredet. Diese hat mir
nicht

nicht erlaubt, alles zu sagen, was ich sagen konnte. Ich habe auch nur die Absicht gehabt, hier nur den Grundriß der vortreflichen Wissenschaft mitzutheilen. Viele von den Hauptstreitigkeiten habe ich angezeigt. Diese hab ich auseinander gesetzt, oder sie so vorgestellt, daß man sich von dem Wesentlichsten einer jeden Streitigkeit, einen deutlichen Begriff machen kann, und das erwartet man von einem Schriftsteller, der nicht unachtsam ist; mit Wachtsprüchen aber über so viele und ansehnliche Zwiste, fährt nur ein Mensch von einem vermessenen Dünkel her.

Im vierten Theile bin ich kürzer gewesen, als ich anfänglich seyn wollte. Ich habe mich nach der Zeit richten müssen, und dann bin ich auch besorgt gewesen, daß das Buch, aus verschiedenen Ursachen, unter deren auch unangenehme sind, zu lang ausbleiben möchte. Vielleicht
fahr

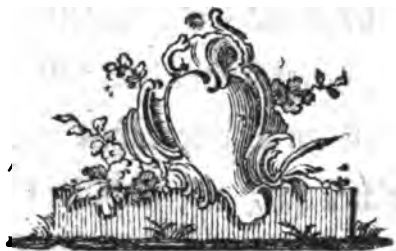
fahr ich mit dieser Arbeit in einem stärkeren Bunde fort, wenn ich mehr von nothwendigen Geschäften und Sorgen frey, dasjenige bey einer Muße mittheilen kann, was nach diesem dunklen Unterrichte der Geist des Lesers nicht ungern aufnehmen wird.

Um mein Buch so fehlerfrey zu machen, als möglich war: denn auch die Gelehrtesten können in dieser Art Schriften leicht fehlen: habe ich mich nicht nur der Quellen bedient, zu denen ich einen freyen Zutritt hatte, und die Schriftsteller gebraucht, die in diesem Fache klassisch sind, sondern ich habe mich auch über einige Thatsachen bey rechtschaffnen Männern erkundigt, die sie wisten. Und diese Männer, die bey meiner Angelegenheit ihre ganze Denkungsart auf eine so menschenfreundliche Art an den Tag gelegt haben, bin ich Dank schuldig, und ich starte ihn hier öffentlich ab. Hab' ich Fehler begangen,

gen, die unvermeidlich waren, so will ich sie, wenn ich eines bessern belehrt werde, vertilgen, und was etwa aus Unachtsamkeit vergessen seyn möchte, will ich gern nachholen. Denn ich habe mich noch nicht überreden können, daß derjenige recht gut lehre, der sich zu lernen schämt. Sollt' insonderheit etwas gesagt seyn, welches nicht beschreiben, nicht ehrerbietig genug lautete, oder für jemandes Recht kränkend wäre, so wird es hiermit zurückgenommen. Hat mir gleich die Natur den Verstand nicht gegeben, der gegen den Irrthum ganz sicher ist, zu welchem die Mannigfaltigkeit und Unähnlichkeit der Dinge führen kann, so hat sie mir doch eine Seele anvertraut, die an Verwegenheit und Beleidigungen Abscheu hat, und in dieser Gesinnung durch Unterricht gestärkt worden ist. Es können vielleicht einige zur Untersuchung holländischer Angelegenheiten, mehr Hülfsmittel und unterstützen.

XIV Vorrede des Verfassers.

stützende Freunde haben, wie ich, und sie können mich an natürlicher und durch die Kunst erworbener Geschicklichkeit die Sachen gedrängt, schön und angemessen vorzutragen, weit übertreffen. Sollten solche Männer das Gewebe, das ich angefangen habe, vollenden, so werd' ich ihnen ihr Glück nicht misgönnen, vielmehr mich darüber freuen, und mich zu meinem Vergnügen nur an der Betrachtung weiden, daß ich mit meinem geringen Beispiele doch einigen Nutzen gestiftet habe.





Der verdiente Beyfall, den die vortreflichen
Commentarien des Herrn Professor Pestels,
über die Republik Holland bey den Gelehrten er-
halten haben *), und auch die eigne Ueberzeugung
von der Vortreflichkeit dieses Werks, die ich durch
das Lesen desselben erhielt, überredete mich, daß ich
mich, wenn ich es ins Teutsche übersezte, um einen
Theil meiner Landesleute vielleicht einigermaassen ver-
dient machen würde, die dieses schöne Werk, weil
es lateinisch geschrieben ist, theils nicht lesen, theils
auch bey seiner Seltenheit in Teutschland seiner nicht
leicht

*) Siehe Göttingische gelehrte Anzeigen vom Jahre 1782
das 89 St. und 35 St. Zugabe.

leicht habhaft werden können. Ein Staat, dessen erste Schicksale und Entstehn so sonderbar ist, der, ob er gleich von der Natur in einen dürftigen Zustand versetzt ist, sich durch Industrie, Gesezze und Einrichtungen so reich und blühend gemacht hat, als der Holländische, verdient es in der That, daß man ihn nach allen seinen Schicksalen, Veränderungen, Geschäften seiner Einwohner, Regierung, Gesezzen und ganzen inneren Beschaffenheit genau kennen lernt. Wenn nun nicht etwa ein flüchtiger, leichtgläubiger Reisender, oder kindischer Nachahmer eines mit Witz spielenden belletristischen Franzosen, sondern ein Mann, der von Unpartheylichkeit, Scharffsinn und Fleiß geleitet wird, ein Mann, der selbst Einwohner des Landes ist, das er beschreibt, die Mühe auf sich nimmt, von einem solchen Staate, und zwar nach allen seinen Theilen und Merkwürdigkeiten, Belehrungen zu geben, die er aus der Geschichte, dem Verkommen, der täglichen anschauenden Erfahrung

Erfahrung und den sichersten Urkunden gesammelt hat, so läßt dieses Unternehmen, nicht allein einen bessern Unterricht, als bisher hierinn ertheilt worden ist, erwarten, sondern rechtfertiget auch eine jede Bemühung, dergleichen Kenntnisse zu verbreiten und gemeinnützig zu machen; ja macht sie sogar zur Pflicht.

Dieser Pflicht habe ich mich daher zum Besten meiner Teutschen Landesleute durch die Uebersetzung dieses Werks gern unterzogen, und mich bemüht, sie so zu erfüllen, daß mir kein gegründeter Vorwurf gemacht werden könnte, an irgend einem Orte dieses hin und wieder schwehren Buchs nachlässig gewesen zu seyn, und gefehlt zu haben.

Freymlich war es natürlich, daß an einigen Stellen der Vortrag des Herrn Verfassers etwas trocken, und bey aller Reinigkeit des Stils, doch dunkel werden mußte, da er wegen des großen Umfangs

XVIII V o r r e d e

seines Plans sich zuweilen nur ganz kurz fassen konnte, hier habe ich denn auch gebrängt seyn müssen, und bin vielleicht bey denen, die nicht Sachverständige sind, etwas undeutlich geworden. Bey vielen Kunstausdrücken habe ich, um deutlich zu reden, stets einenley, und zwar den bey uns eingeführten Terminus, insonderheit da, wo der Herr Verfasser von Einrichtungen redet, die in das Recht schlagen, gebraucht, ob er gleich bey seinem Bemühn, schön und ächt Römisch zu schreiben, in diesen Fällen sehr oft mit solchen Ausdrücken abwechselte, oft auch sich mit Umschreibungen behülft. Ich befürchte indessen nicht, daß die hierdurch in der Uebersetzung entstandene Trockenheit und Monotonie dem nach einem deutlichen und richtigen Unterrichte begierigen Leser unangenehm seyn werde.

Mein Vorsetz war, mehrere erklärende Anmerkungen hinzu zu setzen, ich fand aber bald, daß

c

das

das Buch dadurch zu sehr anwachsen würde; und ließ es daher bey den wenigen bewenden.

Einige Werke, deren der Herr Verfasser oft gedenkt, und welche gleich bey der Stelle, wo sie angeführt werden, von mir hätten weilläufiger angezeigt werden sollen, hohle ich, einiger Leser wegen, denen sie vielleicht noch nicht bekannt sind, hier nach. Dahin gehört zuerst das so oft angeführte schöne Werk: Johann Wagenaar Vaderlandsche Historie, vervattende de Geschiednissen der Vereenigde Nederlanden, inzonderheit die van Holland. Van den vroegsten Tinden. uf XXI Deelen. Amsterdam 1749, 1760. gr. 8. Dies Werk ist unter dem Titel: Allgemeine Geschichte der Vereinigten Niederlande zu Leipzig in 2 Theilen in 4to übersetzt. Ingleichen: Algemeen Samen van Staat en Oorlogh in ende omtrent de Vereenigde Nederlanden. VI. Deelen. fol. Graven-

XX Vorrede des Uebersetzers.

venhaag 1669 . 1672. Und Vor Nederland-
scher Vorlogen , Beroerten ende Borgerlyke
Oncenichenden VIII. Deelen , fol. Amsterdam
1621. Endlich noch Hugonis Grotii Annales
& historiae de rebus Belgicis. Amstelodami
1658, in 8. und 12.

Die wenigen Druckfehler , die , ohngeachtet der
genauesten Aufsicht bey dem Druck , mit eingeschli-
ssen sind , sind am Ende des Werks angezeigt.

Der Uebersetzer.



Inhalt.



I n h a l t.

Der erste Theil.

Von der Beschaffenheit des Landes und den Angelegenheiten
der Einwohner.

Das erste Capitel. Von dem Ursprunge der Republik. S. 1.

Das zweyte Capitel. Von dem Gebiete derselben S. 25.

Das dritte Capitel. Von der natürlichen Beschaffenheit
des Landes S. 35.

Das vierte Capitel. Von den Einwohnern. S. 54.

Das fünfte Capitel. Von der Gleichheit und dem Unter-
schiede der Bürger. S. 65.

Das sechste Capitel. Von den Gütern der Bürger. Zu-
erst ihrer Freyheit. S. 75.

Das siebente Capitel. Von der Sicherheit der Bürger
S. 86.

Das achte Capitel. Von den Hülfsmitteln zur Vervoll-
kommenung des Verstandes und
Herzens. Zuerst von den Acadе-
mien. S. 102.

Das neunte Capitel. Von dem Zustand der Religion und
Kirche. S. 110.

Das zehnte Capitel. Von den Quellen der Nahrung und der
Geldgüter. Schiffahrt. S. 129.

Das

Das elfte Capitel. Von dem Seefischfang. S. 137.

Das zwölfte Capitel. Manufacturen und Handlung.
S. 143.

Das dreizehnte Capitel. Von den Colonien und Gesellschaften beyder Indien.
S. 160.

Das vierzehnte Capitel. Uebergang zum zweyten Theil.
S. 176.

Der zweyte Theil.

Von der Staatsverfassung in den besondern Provinzen
der Republik Holland.

Das erste Capitel. Von einigen Einrichtungen, die alle
Provinzen mit einander überein
haben. S. 183.

Das zweyte Capitel. Von der Provinz Geldern.

Erster Abschnitt. Ursprung und Regierungsform von
Geldern. S. 191.

Zweiter Abschnitt. Rechte der Landeshoheit, Regie-
rung und Jurisdiction. S. 205.

Das dritte Capitel. Von der Provinz Holland.

Erster Abschnitt. Von dem Ursprunge und der Einrich-
tung des Staats. S. 217.

Zweiter Abschnitt. Von den Landesherrlichen Angele-
genheiten und Rechten, Ger-
ichtsbarkeit und Landescolle-
gien u. s. f. S. 248.

Das

- Das vierte Capitel. Von der Provinz Seeland. S. 267.
 Das fünfte Capitel. Von der Provinz Utrecht. S. 281.
 Das sechste Capitel. Von der Provinz Friesland. S. 297.
 Das siebente Capitel. Von der Provinz Overysel. S. 311.
 Das achte Capitel. Von der Stadt Gröningen und den
 Dummlanden. S. 327.
 Das neunte Capitel. Von der Landschaft Drenthe. S. 342.
-

Der dritte Theil.

Von dem Bunde, welches die vereinigten Staaten
 zusammen hält.

- Das erste Capitel. Von den gegenseitigen Rechten und
 Verbindlichkeiten der vereinigten
 Staaten. S. 350.
 Das zweyte Capitel. Von der Versammlung der Gene-
 ralstaaten. S. 363.
 Das dritte Capitel. Von dem Staatsrath, ingleichen
 der Oberrechnungskammer und dem
 Schatze. S. 374.
 Das vierte Capitel. Von dem Oberbefehlshaber zu Was-
 ser und zu Lande, wie auch von
 der Armee. S. 387.
 Das fünfte Capitel. Von der Flotte und der Marine
 überhaupt. S. 395.
 Das sechste Capitel. Von der Staatsverwaltung in den
 Generalitätslanden. S. 406.
-

Der vierte Theil.

Von der Verbindung der Vereinigten Niederlande mit
auswärtigen Völkern.

Das erste Capitel. Hauptbemerkungen über die Hand-
lungsart der Niederländer mit
auswärtigen Nationen im Frie-
den und Kriege. S. 424.

Das zweyte Capitel. Von den Niederländischen Gesand-
schaften. S. 435.

Das dritte Capitel. Von den Bündnissen. S. 442.





Einleitung in den Plan des Werks.

§. 1.

Bei der Untersuchung des Zustands eines Volks hat man zuerst darzuthun, ob die bürgerliche Gesellschaft, die man betrachtet, glücklich, oder unglücklich, sey; hiernächst, durch wen, oder durch was für Personen, Gesezze, oder Künste, sie regiert werde.

§. 2.

Das Glück eines Staats besteht darinn, wenn die Menschen, die darinn leben, durch seine Kräfte und Einrichtungen glücklich sind. So wie einer ganzen Bürgerschaft nichts vortheilhaft ist, was nicht ihren einzelnen Gliedern nützt, so findet auch umgekehrt bey einzelnen Bürgern der vortrefliche Ausspruch des Marcus Aurelius statt, daß das, was dem ganzen Bienenstoff nicht vortheilhaft sey, auch nicht einer einzigen Biene zum Vortheil gereiche.

§. 3.

Ein Staat, dessen Bürger man, als Bürger, für wirklich glücklich soll halten können, muß fest seyn. Fest
nenne

nenne ich ihn, wenn er so viel Kräfte besitzt, daß er dadurch alles, was das öffentliche Wohl nöthig macht, bewürfen, und die einheimischen und äußerlichen Hindernisse desselben aus dem Wege räumen kann. Zu diesem Ende muß er eine solche Macht besitzen, die fremden Angriffen, oder Nachstellungen, widerstehn, die Fremden, deren Hülfe er bedarf, in sein Interesse ziehen, in sich selbst Ruhe erhalten, und den Bürgern alles, was zu einem glüklichen Leben erfordert wird, schaffen kann. Dieses Gute, bey dessen Erlangung die Bürger die Hülfe des Staats erwarten, besteht in den Mitteln, welche die Vollkommenheit des Körpers und Geistes, und die Bequemlichkeit und Annehmlichkeit des Lebens befördern.

§. 4.

Man kann die Grade der bürgerlichen Glückseligkeit sowohl aus der Anzahl der Bürger, welche die Güter, die in dem Schooße des Staats eingeärntet sind, genießen; als auch aus der Größe und Dauer eben dieser Güter berechnen, deren eben diese Bürger durch die Kräfte des Staats theilhaft werden. Der Staat ist am glücklichsten, worinn solche Güter, welche durch menschlichen Fleiß erhalten werden können, am wenigsten fehlen, und wo die Zahl solcher Menschen, die durch sich selbst, oder, ohne sich helfen zu können, unglücklich sind, sehr klein ist.

§. 5.

Staaten sind unvergänglich. Ihr Glück bezeichnet daher etwas festes und auf einem starken Grund gebauetes, wodurch nicht bloß für die gegenwärtige Zeit, sondern auch für die Zukunft gesorgt wird. Hierauf müssen die Regierungsform, die Gesezze, die Aufmerksamkeit der Obrigkeit, die Sorge der Fürsten, Kriege, Frieden, Bündnisse, Sitten, Meynungen und Neigungen der Bürger ab-

abzwecken. Deswegen beurtheilt man die Vollkommenheit der Politiker nach ihrer Fertigkeit, bey den Entwürfen, die sie machen, weit in die Zukunft hinaus sehn, und, ohne Gerechtigkeit und Billigkeit zu verletzen, das zur rechten Zeit verordnen und ins Werk richten zu können, was nicht sowohl für die gegenwärtige Zeit, als für die Zukunft, und zwar lange, hilft. Der Grund der Reiche und Republiken wird umgeworfen, wenn man bloß das Angenehme der gegenwärtigen Zeit genießt, und die Sorge und Aufmerksamkeit für die Zukunft außer Augen setzt.

§. 6.

Die Kräfte eines Staats, die wir im 3 §. als die Ursachen der öffentlichen Glückseligkeit angegeben haben, entspringen theils aus der Natur, theils werden sie von den Neigungen der Bürger, von den Gesezen, von der Form und Einrichtung der Regierung, endlich von der Lage eines jeden Volks in Hinsicht auf andere Völker erzeugt.

Die bloßen Geschenke der Natur bilden keinen viel vermögenden Staat. So viel sie auch Güter und Kräfte einem Volke verleiht hat, so wird es doch schwach, der meisten Güter beraubt, voll Elend seyn, wenn die Bürger und die, die sie regieren, die Kunst, sie zu genießen, nicht kennen, und durch Trägheit, oder üble Denkungsart, dem gemeinen Besten abgeneigt werden. Im Gegentheile hat die Natur fast keinem Volke ihre Gaben so sparsam verleiht, daß ihm nicht Kunst, Fleiß und Weisheit am Ru- der des Staats die fehlenden Kräfte sollten ersetzen können, wenn die es wollen, die es vermögen. Diese von uns angeführten Ursachen der Kräfte eines Staats muß man nicht einzeln, sondern in Verbindung unter einander betrachten, wenn man die Art und Weise, wie er Stärke erhält und sie ihm erhalten wird, will kennen lernen.

§. 7.

Wer sich daher mit Bestimmung der Glückseligkeit eines Volks und Vergleichung derselben mit andern beschäftigt, sucht zuerst dieses zu erforschen, was die Natur ihm für Güter geschenkt, oder versagt hat. Zum andern, was die Kunst und der Fleiß der Einwohner dazu beitragen habe, die Natur zu verbessern, das fehlende zu ergänzen, und sie zu vervollkommen, oder hingegen zu leisten unterlassen habe. Drittens, in wie fern man durch öffentliche Gesetze und Einrichtungen gesorgt, oder nicht gesorgt habe, die Gaben der Natur und Neigungen der Einwohner zur Erweiterung der Kräfte und des Wohls des Staats anzuwenden und zu erwecken, und viertens, in wie weit ein Volk, dessen Angelegenheiten man untersucht, der fremden Nationen, und welcher vorzüglich seines Reichthums, oder Mangels, wegen benöthigt sey.

§. 8.

Die Kräfte eines Staats sind keine Kräfte, wenn sie nicht gut verwaltet werden. Ob daher ein Volk mächtig und glücklich, oder nicht, genannt werden müsse, das beruht, einem großen Theil nach, sowohl auf der Regierungsform und der Einrichtung in Ansehung der Obrigkeiten, als auch auf dem Verstande und der Denkart derer Personen, die das Ruder des Staats in den Händen führen. Denn so wie eine Maschine, die übel zusammen gesetzt, oder deren erste Triebfeder fehlerhaft ist, sich nicht wohl bewegt, eben so wird das Schiff des Staats, wenn es übel zusammen gesetzt, oder, wenn es auch bey der besten Zusammensetzung unerfahren und übelgesinnter Steuermännern übergeben ist, entweder seinen gehörigen Lauf nicht fortsetzen, oder, wenn es in ein mit Klippen angefülltes Meer kommt, die Macht eines großen Unge-
witters

witters nicht aushalten. Dem menschlichen Geschlecht ist es zwar nicht verlihen, das Bild einer Regierungsart, die durchaus vollkommen wäre, anzugeben; allein kaum ist irgend eine so fehlerhaft, daß sie nicht durch die Klugheit derer, die das Ruder haben, sollte verbessert, und für die Bürger so heilsam, als möglich, gemacht werden können, wenn jene nur weise seyn wollen. Im Gegentheil kann keine Regierungsart so weise, dem Wohl der Bürger so angemessen seyn, daß nicht die Unwissenheit, Betrüglichkeit, oder Trägheit, derer, die die Angelegenheiten der Republik besorgen, im Stande wäre, sie zu schwächen und endlich umstürzen zu können.

§. 9.

Die Verbindung der Europäischen Völker und ihre Lage ist jetzt von der Art, daß die Macht und Glückseligkeit eines jeden von ihnen sehr von der Lage, Gesinnung, den Bedürfnissen und Vermögen der übrigen abhängt. Keines dreht sich so ganz allein um seine Art, daß es nicht stets auf die übrigen sollte aufmerksam seyn, von deren Freundschaft es Nutzen zieht, oder durch deren Macht und Abneigung ihm Schaden zugefügt werden könnte. Ich kann auch denen nicht beynpflichten, die die Lehre von dem Gleichgewicht Europens unter die leeren Meinungen rechnen, die, ob sie gleich klug ausgedacht wären, die Vernunft nicht bestätigte und die Erfahrung widerlegte. Deswegen müssen die, welche den Staat regieren, nicht allein den Zustand ihres Staats, sondern auch den von ganz Europa genau kennen, um rechte, weise und der Richtung der Zeitumstände gemäße Maasregeln zu fassen.

§. 10.

Was ich bisher gesagt habe, dient dazu, um die Ordnung, welcher ich in diesen Nachrichten von der Republik

publik Holland zu folgen für gut befunden habe, den Leser kennen zu lehren. Ich habe diesen Abriss in vier Theile getheilt. Der erste ist politisch. Er enthält eine Beschreibung des innerlichen Zustands von Holland und der Ursachen seines gegenwärtigen Glüks und der Hofnung des zukünftigen. Ich werde darinn von der Sparsamkeit sowohl, als Freugebigkeit, der Natur in Austheilung ihrer Geschenke, von der Zahl seiner Bürger, ihrer natürlichen Beschaffenheit, verschiedenen Volkselassen, Unterhalte, Beschäftigung, den Mitteln ihres Reichthums, und Sicherheit reden.

Die Hülfsmittel bey dieser Abhandlung sind die bürgerliche Staatskunde, Naturhistorie von Holland, Gesetze, Einrichtungen der Vorfahren, Geschichte der Republik, die denen nicht unbekannt seyn darf, die sich in diese Betrachtungen einlassen wollen.

§. I I.

Da sich der Zustand keines Volks vollkommen erkennen, oder beurtheilen, läßt, wenn man nicht eine hinreichende Kenntniß seines Staatsrechts hat (§. 8), so werde ich in dem andern Theile eine Einsicht in das Niederländische Staatsrecht, das ist, einen Unterricht, der die innerliche Staatseinrichtung und die Rechte der Bürger in den einzelnen Ländern der vereinigten Niederlande in ein Licht setzt, ertheilen.

Die Quellen dieser Erkenntniß sind die sogenannten geschriebenen und nicht geschriebenen Grundgesetze und die aus beyden gefolgerte Analogie. Wenn diese keinen Aufschluß geben, muß man zu dem allgemeinen Staatsrecht seine Zuflucht nehmen, welches aus der Natur der bürgerlichen Gesellschaft bestimmt wird.

Hülfs,

Hilfsmittel sind vorzüglich das Privat, bürgerlich und Teutsche Recht.

§. 12.

Die Utrechter Bundesgenossen haben sämlich, ein jeder in seinem Lande, die Landeshoheit; sie haben sich aber mit einander zur Hülfe wider ihre Feinde, zur Freundschaft und Beförderung ihrer Vortheile auf ewig verbunden. Das Recht, das die durch das Utrechter Bündniß vereinigten Völker, so wohl unter sich, als in den ihrer gemeinschaftlichen Macht unterworfenen Ländern, ausüben, soll im dritten Theile betrachtet werden.

Die Quellen dieses Kenntniß sind das Utrechter Bündniß, nachher errichtete Verträge, und unter diesen der mit dem höchsten über Land und Wasser gesetzten Erbstatthalter errichtete, die Verordnungen, die Macht der gemeinschaftlichen Obrigkeiten betreffend, das Herkommen und die Analogie. Ein Hilfsmittel giebt das natürliche und Europäische Völkerrecht.

§. 13.

Die Republik Holland bedarf, so wie die übrigen, der Europäischen Völker, und wird so lange begütet und glücklich seyn, so lange Fremde ihrer bedürftig seyn werden. Deswegen wird auch der vierte Theil dieses Buchs von dem Zustand der vereinigten Niederlande in Hinsicht der übrigen Europäischen Völker, und den mit ihnen errichteten Bündnissen handeln.

Bei dieser Betrachtung hilft uns die Geschichte der neuern Europäischen Staatsveränderungen, und die im 10. §. von uns empfohlne Geschichte des Vaterlandes.

§. 14.

8 Einleitung in den Plan des Werks.

§. 14.

Die Republik Holland hat verschiedene Arten guter Einrichtungen, deren Kenntniß Auswärtigen lieb; nicht wenige, deren Nachahmung heilsam und nützlich seyn kann. Holländern aber darf es wohl nicht erst bewiesen werden, daß sie, außer dem Nutzen und Vergnügen, das sie in dem Privatleben gewähren kann, bey gerichtlichen Geschäften nothwendig sei. Ein Senator, sagt Cicero in d. B. von den Geseyen im 3 B. d. 18 Cap. muß den Staat kennen, und es begreift viel in sich, zu wissen, wie viel Soldaten er habe, wie groß sein Schatz sey, was er für Bundesgenossen, was für Freunde habe, wer ihm Tribut zu erlegen schuldig sei, unter was für einer Bedingung, Zustande, Verbindung ein jeder stehe, die eingeführte Art zu beschließen zu verstehn, und die Verfahrensart der Vorfahren inne zu haben: ihr sehet also, daß dieses alles eine Art von Wissenschaft und Gegenstand der sorgfältigen Betrachtung und des Gedächtnisses ist; ohne welches kein Senator die gehörige Fertigkeit besitzen kann.



Na ch r i c h t e n v o n der Republik Holland.

Erster Theil.

Von der Beschaffenheit des Landes und den
Angelegenheiten der Einwohner.

Das erste Capitel.

Von dem Ursprunge der Republik.

§. 1.

Den Theil der Niederlande, der jetzt unter der Herrschaft der vereinigten Niederlande steht, haben ehemahls verschiedene Völker bewohnt, unter welchen die Bataver und Griechen vorzüglich berühmt waren. Sie hatten die ansehnliche Insel des Rheinstroms, die von ihnen ihren Namen erhalten hat, und deren Länge sich auf hundert tausend Schritt erstreckt, inne. Sie waren Bundesgenossen und Freunde des Römischen Volks, und zwar von Abgaben und Beysteuern frey, auch von den Bedrückungen der Römischen Zollpächter verschont, man nahm aber

aber in Ansehung des Krieges besondere Rücksicht auf sie, und betrachtete sie als Waffen und Verteidigungsmittel in demselben ^{a)}). Als die Friesen im Jahre 28. die Gewaltthätigkeiten des Olennius von sich abgetrieben hatten, ward ihr Name unter den Teutschen berühmt, und weil Tiberius die erhaltene Niederlage nicht abänderte, ihre Freiheit begründet ^{b)}). Cäsar sagt, daß der Rhein die Gränze des Römischen Gebiets gewesen sey, und eben diese Gränze setzte Claudius im Jahr 47. fest, nachdem er den Corbulo von den Chauken zurück gerufen hatte ^{c)}). Die diesseits des Rheins wohnenden Völker begriff das Belgische Gallien in sich, welches August, da er in Gallien eine Schatzung anstellte, durch die Flüsse Demer und Schelde von Niederdeutschland (Germania secunda) trennte, von welcher Absonderung noch jetzt Spuren anzutreffen sind.

§. 2.

Als beim Umsturz des Römischen Staats alles den siegreichen Waffen der Teutschen Völker wich, so hörte der Name und Staat der Bataver im fünften Jahrhunderte auf. Dahingegen breitete sich der Name und die Herrschaft der Friesen weiter aus. Im siebenten Jahrhunderte reichten die Sachsen bis an die Rhes, am andern Ufer dieses Flusses wohnten die Friesen, und dehnten ihr Gebiet vom Ausflusse der Ems, bis nach dem Ausflusse der Weser und dem Niederrhein, bis nach der Senne (ohngefähr auf der Gränze von Flandern) aus. An diese stießen die Franken. Dieses aus mehreren Teutschen Stämmen

a) S. Tacitus de Moribus Germaniæ d. 19 Cap.

b) S. Tacitus Annalen d. 2 B. d. 72 und 74 Cap. u. f. f.

c) Ebendas. Cap. 19. 20. u. f. f.

Stämmen zusammen gekommene Volk, das durch Tapferkeit, durch Kriegswissenschaft und weise Einrichtung seiner Regierung in Ansehn stand, und keinem andern wich, hatte die Römer zu Grunde gerichtet, und Gallien, nebst dem größten Theile von Teutschland in seine Gewalt gebracht, und war doch noch nicht gesättigt. Die Griesen und Sachsen waren noch zu bekriegen übrig. Jene unterwarf Carl Martell im Jahr 734, den Franken; diese brachte Carl der Große, nach zwey ihnen gelieferten Treffen, im Jahr 804. zum Fränkischen Gebiet hinzu; nachdem sie aber durch einen drey und dreyßig jährigen Krieg aufgerieben waren. Beyden ward die Vertheilung ihres väterlichen Uberglaubens untersagt, doch verstattete man ihnen die Freyhelt, nach ihren alten Gesetzen zu leben. Aber die Aechtheit des Diploms, das Carl der Große im Jahr 802. den Griesen verliehen haben soll, ist sehr verdächtig, oder, wie ich fast sagen möchte, ganz ungegründet.

§. 3.

Nicht lange hatte die Nachkommenschaft Carls des Großen das Glück, das von ihm beherrschte Land ungetrübt zu besitzen. Auf den Antigen Krieg, der zwischen seinen drey Enkeln geführt ward, folgte im Jahr 843. der Friede zu Verdün, durch welchen Teutschland, das von den übrigen Theilen des Fränkischen Reichs auf ewig getrennt ward, den Rhein zur Gränze seines Gebiets erhielt, die Theile der Niederlande aber, die vom Rhein, der Mosel und Schelde begrenzt werden, kamen an Lotharius den ersten, die außer diesen Grenzen gelegenen übrigen Theile wurden zu Frankreich hinzu gefügt. Als die Länder des Lotharius von neuem unter seine drey Söhne vertheilt wurden, so bekam der zwente von ihnen, Lotharius, die zwischen der Mosel, dem Rhein, der Maas und

und Schelde gelegen. Daher wurden sie das Reich Lothringen genannt. Nachdem er aber ohne einen rechtmässigen Erben gestorben war, bemächtigte sich Ludwig der Jüngere, Carls des Großen Urenkel, und Ludwig des Deutschen, des ersten Königs von Deutschland, Sohn, um das Jahr 880. diese Länder, und verband sie ins gesamt mit dem Deutschen Reiche. S. Baluz. C. II. S. 221 und 277. Die Könige von Frankreich, gleichfalls Nachkommen von Carl dem Großen, machten den Deutschen diesen Besitz streitig, daher behaupteten ihn Heinrich der erste, und die drei Ottonen, theils durch die Waffen, theils durch Verträge für Deutschland, und die Könige von Frankreich, und zwar Lotharius der Dritte thaten endlich auf alle Rechte daran Verzicht. E. Calmet Hist. de Lorraine Th. I. Sect. 922. u. f. f. Otto der Große theilte im Jahr 954. Lothringen in Ober- und Niederlothringen ein, und ließ die Regierung desselben von zwei Herzogen verwalten. Dies ist der Grund, warum ein Theil der vereinigten Niederlande, der zwischen den gedachten Grenzen liegt, zu dem Gebiete der Herzoge von Lothringen, oder der Maas, gehört hat.

§. IV.

Auf diese Art war der ganze Theil der Niederlande, der jetzt die vereinigten Niederlande ausmacht, vom neunten Jahrhunderte an, ein Stück des Deutschen Reichs. In diesem Reiche ward nach der von den carolingischen Königen eingeführten Einrichtung, vermöge einer gewissen bestimmten und überall einstimmigen Ordnung, vordem die Republik durch obrigkeitliche Personen verwaltet, welche die Obliegenheit auf sich hatten, nie zu vergessen, daß sie Bürgern des Reichs, und nicht eigenen Bürgern zu befehlen hätten. Die Deutschen Könige selbst haben, so groß auch ihre Macht war, nicht einmahl eine uneingeschränkte Gewalt

walt gehabt. Ueber einzelne Volksstämme dieses Reichs wurden Herzoge (Duces) gesetzt. Die unter ihrer Herrschaft befindlichen Länder waren in mehrere kleine Distrikte getheilt, und wurden von Grafen (Comites) regiert. Sie wurden aus der Classe der Freyherrn (Dynasten), oder, nach der damaligen Art zu reden, aus den Edelen (Nobiles, Edhilingi ^{b)}) genommen, und jeder von ihnen stand in seinem Lande dem Kriegswesen vor, und sprach das Recht darinn. Zu ihrem Lohne erhielten sie mancherley Herrschaftliche Rechte und ergiebige Besitzungen, die Beneficien genennt wurden, und an einigen Orten eher, an andern später, in Lehen (Feuda) verwandelt zu werden anfiengen. Nachdem dieses obrigkeitliche Amt im elfften Jahrhunderte erblich geworden war, erhielten die Grafschaften gewisse und bleibende Namen. Carl der Große vermehrte die Anzahl der Bischöfe, ihre Güter, und Ansehen auch in der Absicht, damit sie in den entfernten Ländern alle neuen Unternehmungen erstiften, oder auf das baldigste anzeigen mögten. Die verschwenderische Freugebigkeit der Teutschen Könige erweiterte in der Folge ihre Grösse, und vermehrte ihre Besitzungen und Rechte. In den ersten Zeiten fügte man ihnen aus den Dynasten Personen bey, die unter dem Namen der Vögte die Rechte der Kirchen beschützen und vertheidigen sollten, durch welche sie Kriegs und gerichtlichen Schutz erhielten, und die auch in ihrem Lande Recht sprachen. Von diesem Schutze, der ihnen selbst beschwerlich war, machten sie sich, sobald sie konnten, loß, und verschafften sich durch mancherley Künste die Unabhängigkeit. Diese Beschaffenheit, wovon ich jetzt nur einen allgemeinen Abriss gegeben habe, im zweyten Theile aber etwas ausführlicher reden werde, hatte es

b) S. Scheidts historische und diplomatische Nachrichten von dem hohen und niedern Adel in Teuschland.

14 Erster Theil. Erstes Capitel.

es auch im Anfange mit dem Grafen von Geldern und Holland, ingleichen den Bischöfen von Utrecht.

§. 5.

So wie aber kleine Flüsse durch von allen Seiten hinzuströmende Bäche anschwellen, und sich endlich mit reißendem Strome in einem breiten Bette ergießen, so unterließen auch eben diese Grafen und Bischöfe nichts, was theils zur Erweiterung der Grenzen ihres Gebiets, theils zur Ausdehnung ihrer Macht und Herrschaft etwas beitragen konnte. Die Grenzen ihres Gebiets erweiterten sie, indem sie viel Grafschaften und Herrschaften (Dynastien) unter mancherley Vorwänden, wie im zweiten Theile gesagt werden wird, an sich brachten. Die Rechte der Regierung aber, welche sich vorher allein bey den Königen befunden hatten, ingleichen ihre Zoll und öffentlichen Einkünfte eigneten sie nach und nach, insonderheit nach dem Tode des Kaisers Friedrich des ersten, sich zu, als die alte Gewalt der Herzoge schon ein Ende genommen hatte, und die Macht der Könige sehr geschwächt war. Zuletzt gelangten die Grafen von Holland und Geldern, und zwar die letztern etwas später, in ihren Ländern zu einem solchen Grade der königlichen Gewalt, vergleichen die ansehnlichsten Stände des Deutschen Reichs nur haben können, doch blieb ihre Verbindung, als Klienten, mit den Kaisern, vermöge welcher sie durch jene geschützt wurden, und sie dieselben für ihre Oberherren erkannten.

§. 6.

So groß auch die Macht der Grafen und Bischöfe war, so wurden doch nie durch sie die Rechte der Bürger, die sie beherrschten, sie mochten ursprüngliche, oder durch Verträge erhaltene, fern, umgestürzt. Ursprüngliche nenne ich solche, welche die Einwohner der Niederlande, sowohl

sowohl als freye Leute, als auch als Teutsche Bürger, hatten. Die durch Verträge erhaltene Rechte waren entweder einem ganzen Lande gemein (als, zum Beispiel, die mit den Ständen von Holland, die gewöhnlich Staaten heißen, errichteten Verträge), oder besondere, welche besondere Classen von Bürgern in einzelnen Ländern, Gemeinheiten, und Privatpersonen besaßen. Ob man gleich solche durch Verträge erhaltene Rechte, mit dem Namen der Privilegien zu belegen pflegt, so durfte doch keine Art derselben, der Verbindlichkeit wegen, verletzt werden, welche auf öffentlicher Treue und Glauben beruhet, und durch deren Umsturz alles über den Haufen geworfen wird. Die ursprünglichen Rechte der Bürger konnten diese Regenten nicht aufheben, weil sie durch kein anderes Recht über die Bürger herrschten, als durch welches die Regenten vor ihnen geherrscht hatten, und welches von ihnen auf sie gebracht war. Die Teutschen haben aber immer gegen die eigenmächtige und willkührliche Herrschaft, nicht allein ihrer Könige, die dem ganzen Reiche, sondern auch der Fürsten, die verschiedenen Theilen desselben, mit der zwar nicht höchsten Gewalt, aber einer ihr doch nahe kommenden, vorstehn, eine Abneigung gehabt. Und auch die Benennung der Landesherrn hebt das Gut und die Freyheit der Untertanen nicht auf, und wirft die Rechte ganzer Gemeinheiten und Stände in einem Lande nicht um.

§. 7.

Unterdeß, daß sich die Grafen und Bischöfe so betrogen, schwang sich in Friesland und Gröningen eine andere Regierungsform empor. Ob gleich beyde Länder durch mancherley Versuche unter die Herrschaft und Gerichtsbarkeit eines Fürsten hatten gebracht werden sollen, so erhielten sie doch, da sie unter den Königen standen, eine

eine gewisse Art von Volksregierung, wie die Länder haben, die man unmittelbare (Immediatländer) nennt. So wie daher die östlichen Friesen im Jahr 1464, und die Ditmarsen im Jahr 1474 es sehr übel empfanden, daß der Kaiser Friedrich der Dritte ihnen eine gleiche Freiheit genommen hatte, und ihnen, da sie bloß dem Kaiser unterthan gewesen waren, Fürsten vorgesetzt wurden, so verwarfen auch die Friesen und Gröninger die Herrschaft des Herzogs von Sachsen, Albert des Mürrhigen, so sehr sie konnten, oder ertrugen sie ungern, als ihn der Kaiser Maximilian der erste im Jahr 1493 für 100,000 Goldgülden über sie gesetzt hatte, ob sie gleich durch innerliche Zwistigkeit zerrüttet waren.

§. 8.

So wie nemlich das von Philipp dem Kühnen entsproßne burgundische Haus in ganz Europa eine große Veränderung in den öffentlichen Angelegenheiten veranlaßte, so entstand auch in den Niederlanden eine neue Staatsverfassung, da die Regierung auf diese Herzöge kam. Der Herzog Philipp, den die Niederländer den Guten nennen, erhielt im Jahr 1433 durch das Recht der Anverwandschaft, und die nicht ganz freiwillige Vergeltung der durch ihr Schicksahl, oder, soll ich sagen, durch ihre Schuld unglücklichen Jacobäa Holland und Seeland, aber unter eben der Bedingung, worunter Jacobäa regiert hatte, nemlich, daß er die Rechte des Volks, der Stände und einzelnen Bürger unverletzt beschützen mögte. Er trachtete nach Friesland: dieses begehrte auch sein Sohn Carl der Kühne, ein Fürst der seiner wenig mächtig war, so wie auch Geldern, welches er eroberte; aber Vater und Sohn konnten ihr Unternehmen, die Friesen sich zu unterwerfen, nicht ausführen. Eben so gelang es Philipp dem Schönen, Carls Enkeln von der

der Maria aus dem Hause Burgund, dem sein Großvater, der Kaiser Maximilian der erste, im Jahr 1503. vergeblich einen Platz unter den Churfürsten des heiligen römischen Reichs zu verschaffen suchte, nicht, weder über die Friesen zu herrschen, noch Geldern zu behalten. Als er aber im Jahr 1496. Johanna, die Tochter Ferdinands von Arragonien und der Isabella von Castilien, geheurathet hatte, brachte er die Niederlande und das Königreich Spanien unter einerley Regenten. Denn, da ein schneller Tod seiner Regierung in Castilien ein Ende machte, und Johanna wegen ihrer Gemüthschwachheit den Thron verlor, so gelangte ihr ältester Sohn Carl nach dem Tode seines mütterlichen Großvaters zum Besitze von ganz Spanien.

§. 9.

Diesem Carl, dem fünften dieses Namens unter den Kaisern, glückte es, die übrigen Theile der vereinigten Niederlande, die der bürgerlichen Zwiste müde waren, unter seine Herrschaft zu bringen. Doch keines von diesen Völkern unterwarf er sich ohne Bedingung. Er machte sich einem jeden unter ihnen durch den Eyd der Treue anheischig, daß er ihre Rechte unverletzt erhalten wolle. Zuerst hatte sich der Theil von Friesland, welcher sich ihm im Jahre 1515. nach den eingelösten Rechten des Herzogs von Sachsen übergeben hatte, dieses Recht angeloben lassen, daß, wenn zwischen dem Regenten und den Bürgern Streitigkeiten entstünden, von beyden Seiten jedesmahl Schiedsrichter, um sie beizulegen, ernannt werden sollten. Als nun im Jahr 1522. wegen eines neuen Vertrags unterhandelt ward, so führten die Friesen unter den Bedingungen des Gehorsams die *Legem commissariam* (Capitulation) an. Der Gesandte Carls verwarf sie nicht ausdrücklich, allein er gab die allgemeine Antwort, daß

B

der

der Kaiser ihre Rechte unverbrüchlich beschützen wolle. Es ward zu dem Ende, den er hierüber schwören mußte, eine Formel entworfen. S. des Freyh. von Schwarzenberg Hist. Cod. II. 123. 125. Diese Bedingung stimmte mit den alten Bewahrungsmitteln der Freyheit überein. Denn, um eins anzuführen, Carl hatte selbst den Einwohnern von Brabant, dem alten Herkommen gemäß, eidlich zugesagt, daß er, wenn er die Treue bräche, ihren Ungehorsam sich so lange gefallen lassen wollte, bis ihren Klagen von ihm abgeholfen wäre. Die Worte des Vertrags verdienen es, angeführt zu werden: Und wenn sich der Fall ereignete, daß wir, unsre Nachfolger, oder Nachkommen, entweder selbst, oder durch andre Personen, entweder überhaupt, oder in einzelnen Fällen, hiergegen uns vergingen, handelten, oder etwas unternähmen, es mögte auch seyn, auf was Weise es wollte, so consentiren und bewilligen wir unsern vorbenannten Prälaten, Bannerherren, Rittern, Städten, Freyheiten und andern unser vorbenannten Einsassen, daß sie uns, unsern Nachfolgern und Nachkommen in keinem Fall die geringsten Dienste zu leisten, noch uns gehorsam zu seyn, schuldig seyn sollen, da wir es etwa bedürften, oder von ihnen begehren, oder verlangen mögten, bis auf die Zeit, da wir ein solches vorgenanntes Vergehn unterlassen, oder es abgeändert, und davon gänzlich abgelassen haben werden, u. s. w. *)

§. 10.

*) Vlyde intomst Phil. II, 1549. §. 58. Ende waret saecte, dat wy onse Oiren ende Raesomelingen hier tegen gingen, quamen, of deden, by ons selven of yemand anders, in al oft in deele, hoc en in wat manieren dat ware; So consenteeren wy ende wilcoirde Onf voors. Praes

§. 10.

Eben dieser Kaiser Carl kam im Jahr 1528 zum Besiz des Landes Utrecht und Overysfel, das vorher dem Bischof und Capitul gehört hatte, und der Pabst Clemens der siebente erteilte zu dem Vertrag und Vorgang seine Einwilligung. Bey der Hulbigung nun, die ihm von den Einwohnern von Utrecht und Overysfel, die damals beyde einen Regenten hatten, geschah, gelobte er ihnen an, daß ihnen ihre alten Rechte, und von neuem errichteten Verträge erhalten werden sollten. Von diesen Rechten giebt das Utrecht. Gesetzbuch I, 29. ferner, van Zutrum Geschiedenis van Zwolle II, S. 338 und f. f. einen Abriß. Die Stadt und das Land Groeningen übergab sich ihm den 8. Jan. 1536 unter einer nicht ungleichen Verpflichtung, die er den 15. Jun. beschwor. Dies leistete er auch den Einwohnern von Drenthe den 4. Decemb. 1537. Endlich unterwarf er sich das von dem Carl von Egmond lange zurückgehaltene Geldern. Als der Herzog von Cleve, Wilhelm, von ihm zu Venlo gezwungen war, allen seinen Rechten darauf zu entsagen, so schwur er, daß er die Rechte, die von den Kaisern und Herzogen den Einwohnern von Geldern verliehen wären, und die übrigen Bedingungen, unter welchen er die Regierung bekommen hätte, unverbrüch-

B 2

lich

¶ Praelaten Banroetsen Ridderu Steden Vryheden ende
andern Onzen voors. Onderstaten, dat in Ons onse
c) Dieren ende Natomelingen geener hande diensten doen
sullen, noch onderhorig wesen in geener hande saecken,
die wy behoeven, of die wy aen hen begeeren oit ver-
soeken mogten, totter tyd toe, dat wy alsulken gebrek,
als te hant hier vooren geroert is, wederdaen, verricht,
ende daerof volcomelijt afgelaten ende vertegen sullen
hebben.

lich befolgen wollte! **Steph. Schlichtenhorst Gesch. V. Geldr. d. 12. B. beyrn angef. Jahre.**

§. 11.

So bald Carl die Herrschaft über die sämmtlichen Niederlande erhalten hatte, war er darauf bedacht, daß, wenn er sie auch nicht unter dem Namen eines Reichs in einen Körper bringen könnte, er doch ihre Zerstückung wenigstens verhindern, oder verhüten mögte, daß nicht etwa ein Theil davon seinem Hause von Frankreich entrißen würde, dessen Nähe und Begierde, seine Grenzen zu erweitern, ihn stets in Besorgniß erhielt. Deswegen besiente er sich seines Ansehns auf dem Reichstage zu Augs burg im Jahr 1548, und errichtete auf Anrathen des Viglius einen neuen Vertrag, die Verbindung zwischen Teutschland und den Niederlanden betreffend, der den Niederländern weit nützlicher, als den Teutschen, war, ob er gleich Artois und Flandern, welches vorher fast ganz von dem Teutschen Reiche abgesondert gewesen war, denselben beynfügte, und das Band, womit es vordem mit Frankreich zusammen hing, aufhob. Die Bedingungen waren folgende: Die Niederlande sollten unter dem Namen der erblichen Provinzen des Burgundischen Kreises auf immer zu Teutschland hinzugefügt werden; der Beherrscher der Niederlande sollte auf den Reichstagen das Recht haben, seine Stimme zu geben; er sollte eine solche Summe Geldes, dergleichen zwey Churfürsten, oder im Türkenkriege drey, erlegten, zu dem Reichsschatze beytragen; eben so sollte er nach gleichem Verhältnisse zum Heere Truppen stellen; die Einwohner der Niederlande sollten das Gesetz, den Landfrieden betreffend, vom Jahre 1495, beobachten; so sollten sie auch von der Gerichtsbarkeit

Zeit

zeit des Teutschen Reichs ausgenommen seyn, außer, wenn sie das auf dem Reichstage festgesetzte Geld nicht erlegen würden, dann sollte gegen sie eben so, als wider andere Stände von Teutschland, die sich eines gleichen Vergehens schuldig machten, verfügt werden. Uebrigens, heißt es im 15 und 21. §., sollten sie stets unter der Protection, dem Schutze, Vorforge und Freundschaft der Kayser und Könige und des heil. Röm. Reichs stehn, auch für freye Provinzen, Fürstenthümer und Herrschaften erkannt werden. S. Conring. de Sin. Imp. d. 28. Cap. Seit. 546. Man glaubt häufig, daß Carl den Kaisern deswegen so wenig Gerechtsame gegen die Niederländer gelassen habe, damit er sie, wenn sie des Bestandes von jenen beraubt wären, hernach desto leichter unterjochen könnte; allein von diesem Verdachte scheint ihn sein sanfter Charakter, der der Untergebenen zu schonen gewohnt war, und sein den Niederländern, als seinen Landesleuten, zugethanes Herz, loszusprechen.

§. 12.

Der König von Spanien, Philipp der zweyte trat unter eben den Bedingungen die Regierung über die Niederlande an, die sein Vater sich hatte gefallen lassen. Zweymahl versicherte er den Einwohnern der Niederlande, und zwar einer jeden Provinz besonders, eidlich seine Treue, zuerst im Jahre 1549, hernach im Jahre 1555, als Carl, um seinen Ruhm nicht zu überleben, sich, welches etwas seltenes ist, des Throns begab. Sieh. das Niederl. Gesetzbuch IV, 38. Er verpflichtete seinen Sohn zur Gelindigkeit, indem er in einer feierlichen und kraftvollen Rede sich für den Dienst, daß er vor der Zeit zur Regierung gelangte, von ihm die einzige Befälligkeit ausbat, er möge

te

te das Volk lieben, das ihm früher übergeben würde, als Gewohnheit und Ordnung der Natur es verlangte. Es ist, wie schon andere bemerkt haben, als etwas sonderbares anzusehn, daß auf den Schultern desjenigen, auf welchem Carl sich stützend diese Worte, die eines guten Vaters und Fürsten so würdig sind, aussprach, in der Folge die Republik, welche die Verachtung der Lehren des rechtschafnen Vaters rächte, so fest gegründet ward. Diese gegenwärtige Stütze Carls, und nachmalige Stütze des Volks, war der Prinz Wilhelm der erste von Oranien.

§. 13.

Philipp aber, der nach Art derer, die eine militairische Gewalt über die Bürger zu erhalten suchen, ein jedes anhaltendes Mißverständniß nicht ertragen konnte, und sogleich bestraft wissen wollte; der auch so wenig über sich selbst Herr war, daß er niemandem, von welchem er beleidigt zu seyn glaubte, ernstlich verzeihen konnte; sah die Niederländer vom Anfang an mit stolzem Auge an. In kurzem fing er sie desto heftiger zu haßen an, je unversöhnlicher Menschen gegen solche zu ergrimmen pflegen, welche sie, nachdem sie sie erst verachtet haben, wegen des von ihnen geleisteten Widerstandes, wider ihre Erwartung, für mächtiger zu halten, und zu fürchten, sich genöthigt sehen. Den Niederländern verhaßt, entfernte er sich im Jahr 1559 nach Spanien. Die, welche etwas weiter sahen, bemerkten bald, daß er auch die Art die Niederländer zu regieren beschloßen hätte, daß die Güter der Angesehenen verringert, jedermann erbittert, die, welche sich widersezten, gestraft, bekriegt und unterjocht würden.

§. 14.

Schon seit dem Jahre 1560 hatten die Niederländer es übel aufgenommen, daß man die vornehmsten Eingeborenen

gebohrnen, aus welchen der große Rath der Nation (sonst die Staaten genannt) bestand, als verdächtig ansah, und nichts, was sie des Staats wegen für gut erachteten, billigte. Der König, der wider alles Bitten und gute Vorstellungen taub war, gab im Jahr 1566 den wiederholten Befehl, daß die Gesezze, die verbotene und in dem Tridentinischen Concilium verdamnte Religion betreffend, zur Ausübung gebracht würden, und wider die Anhänger und Freunde dieser Religion genau verfahren werden sollte. Hierauf bezog sich die Errichtung der vierzehn neuen Bisthümer. Todesstrafe und Confiscation der Güter, waren die Strafen, wovon jene der Natur und den Vorschriften Christi, diese, die zugleich verhängt ward, außerdem den Rechten eines großen Theils der Niederlande entgegen stritt. Waren diese Gesezze, da Carl der fünfte sie aufzubringen anfang, ungerecht, so handelte Philipp um desto ungerechter, daß er die vielen Menschen, die sich seit vierzig Jahren zu einer unzählbaren Menge vermehrt hatten, und der neuen Religion zugethan waren, von der Freiheit zu denken ausschloß, welche das Friedensbündniß vom Jahr 1555, das der Religion wegen geschlossen war, den Teutschen einräumte, durch Furcht schredte, und es für königlich hielt, sie zum Abfall zu bringen, oder zu vertilgen. Da die, welche etwas beherzter waren, sahen, daß sie, in dem Rathe der Nation nichts ausrichten könnten, um jenes zu hintertreiben, auch daß die Stände die Sache eifrig zu treiben unterließen, so errichtete ein großer Theil des Adels aus vielen Ländern der Niederlande (Seeland ausgenommen, wie *Le Water, Verbond der Edelen* I, S. 189. u. f. f. gezeigt hat) aus Noth getrieben, ein Bündniß für sich, weil sie für sich, die übrigen und ihre Güter des Pöbels wegen, der vor Furcht vor den Gesezzen außer sich war, äußerst besorgt waren. Ihre Forderungen waren gerecht: es mögten die

die hatten Gesetze nicht in Ausübung gebracht werden. Es befand sich in der Erklärung ihres Besuchs, ingleichen darinn, daß vierhundert, und vielleicht noch mehr, unbewaffnete vom Adel die Statthalterinn der Niederlande antraten, und in der an sie gehaltenen Rede nichts, das für den König an sich, oder nach den damaligen Zeitumständen, beleidigend gewesen wäre. Dennoch sahe man aus dieser Handlung die Edelleute für Majestätsverbrecher an, und viele von ihnen wurden deswegen von Richtern, die entweder boshaft waren, oder die wahre Beschaffenheit der Freyheit und Herrschaft nicht kannten, auf eine grausame Art zum Tode verdammt. Siehe Bor de Motib. Belgii I, 191. 231. 239. ingleichen Sententien van Alba S. 83. 107. 127. 129. 169.

§. 15.

Daß, obgleich in den Niederlanden alles friedfertig war, Alba mit einer uneingeschränkten Macht dahin geschickt ward; daß er mit dem Vorsatze erschien, den Schmerz des Königs mit Bürgerblut zu rächen, und die Güter der verdamnten zum königlichen Schatze zu schlagen; daß er mit einem Heere kam, dergleichen die Niederländer im Jahr 1559 von ihrem Lande entfernt hatten ^{e)}, und die Erhaltung desselben, als machte ihr Vergehn es nothwendig, vom Volke forderte; daß er sie, da sie unschuldig waren, als des Verbrechens gegen die göttliche und menschliche Majestät überführte, oder des bloßen Argwohns wegen, verfolgte, und das den 26 Febr. 1568 gemachte spanische Inquisitionsdecret zur Ausübung brachte, worinn die Niederländer ohne Ausnahme des Auftruffs wegen verdammt

e) Von dieser Entfernung der Spanischen Truppen aus den Niederlanden s. Allgem. Welthist. Th. XVI. S. 198 u. f. f.

dammt wurden (siehe Vor I, 226. und van Meteren IV, 149); daß er über diese erdichteten Verbrechen fremde Richter erkennen ließ, und alle rechtmäßige Richter davon ausgeschlossen waren; daß er im Jahr 1572 ihnen die Abgaben des zwanzigsten Pfennigs vom Werthe ihrer unbeweglichen und des zehnten von den verkauften beweglichen wider ihren Willen auferlegte, alles dies war ungerecht, und insonderheit den Bedingungen zuwider, die Philipp beschworen hatte. Daß ihn aber weder die Klagen der Bürger, noch die Vorstellungen der Stände von seinem Vorsatze abbringen konnten, sondern er vielmehr durch die Furcht vor den niedergesetzten tyrannischen Gerichten auf hunderttausend Einwohner aus dem Lande trieb; daß er auf achtzehntausend Menschen ¹⁾ unrechtmäßiger weise hinarichten ließ (Pontans Gesch. von Geld. XIV; 909), das war nicht allein ungerecht, sondern sogar grausam und schrecklich. Wenn bey diesem Verfahren Alba und die übrigen Spanischen Richter wider Willen des Königs das Maaß überschritten, warum strafte der König die Urheber so großer Gewaltthätigkeiten nicht? Warum machte er das Verfahren seiner Gerichte nicht null und nichtig? Warum billigte er es, nebst dem Vortheil, der ihm aus der Confiscation der Güter zuwuchs? Hatte er sich vom Anfang an überzeugt, daß er das, was er that, sich und Gott schuldig wäre, warum gab er dem freundschaftlichen Rathe des Kayfers Maximilian, warum gab er den Bitten der Bürger nicht Gehör, und machte sich von einem so großen Irrthume nicht los, da er gebeten, gewarnt, und durch das noch neue Beispiel der bürgerlichen Kriege in Teutschland und Frankreich zu einer gelinden Denkungsart hingewiesen ward?

§. 16.

1) Im Originale steht tausend; im Register der Druckfehler ist dies aber durch achtzehntausend verbessert.

§. 16.

Nachdem die Bürger so viele und harte Schiffsaale fünf Jahre hindurch erfahren hatten, so blieb ihnen nichts übrig, als daß sie entweder eine immervährende traurige Sclaverey und den Umsturz ihrer alten Rechte erduldeten, oder alles dieses durch Gewalt und Waffen von sich abwendeten. Durch diese Gefahr muthig gemacht gingen die Stände von Holland den übrigen zuerst mit ihrem Beispiel durch die zu Dordrecht 1572 aufgesetzte Verordnung, den Staat wider die Spanischen Gerichte zu schützen, doch ohne die Treue gegen den König zu verletzen, voran. Von hier nimt der bürgerliche Krieg seinen Anfang, dessen Nothwendigkeit die Staaten von Holland im Jahr 1573. (bey Bor I, 460) darthaten. Man füge hinzu die Vorrede der Stände von Holland, bey ebendemselben I, 533, und deselb. Stücken II, 28, wo sie die Sache kürzlich so erklären: der Statthalter und die Stände hätten sich gezwungen gesehen, zur Beschüzung der dasigen Einwohner, ihrer Unterthanen, Hertommen, Privilegien und Gerechtsame die erlaubten und gesetzmäßigen Mittel, und die Waffen, unter Gottes Beystand, zu ihrer Vertheidigung, in der Hofnung und Meynung zu ergreifen, um den König desto eher dahin zu bringen, daß er von seinem ungerechten und unchristlichen Vorhaben abstecken mögte u. s. f. *)

Die

*) Tot bescherming der ingefetenen albaer, haer luiden hertomen privilegien en gerechtigheden de geoorloofde ende wettelijke remedie van Gods hulpe en de wapenen defensieve aentenemen met hoope ende meening den Coning des te beter van zijne onrechtelijke en ongodelijke voornemen te doen afftaen.

Die gekränkte Nation hatte damals einen Schutz, auf welchen sie ihr Vertrauen setzte. Die Holländer übergaben dem Prinz von Oranien, Wilhelm, dem ersten, ¹⁾ nachdem er die Stelle eines Statthalters, die eine Zeit lang unbesezt geblieben war, angenommen hatte, den 4. Jun. und 11. Jul. 1575 die Obermacht im Kriege und in ihren Angelegenheiten; aber nicht die höchste Gewalt. *Gesh. Hystorie van de satisfactie van Goes* S. 63. u. f. f. Denn damals waren sie nicht Willens, die königliche Herrschaft abzuwerfen, sondern nur auf eine Zeitlang die Ausübung derselben einzustellen, und in dieser Zeit die Befehle des Königs, der durch die falschen Berichte der Gerichte, die sie auf eine anständige Art einkleideten, hintergangen und wider sie aufgebracht war, nicht zu befolgen, hiernächst für sich, so viel sie könnten, zu sorgen, bis sie ihre Rechte wieder herstellen, und fest gründen könnten. Der Prinz stand aber den Ständen mit einem standhaften Muth, mit seinem Rathe und nachgebenden Klugheit bey, wodurch er die, die unehrs und wankend waren, lenkte.

§. 17.

Es konnte dem Prinz Wilhelm nicht unbekannt seyn, durch was für Mittel der König, außer der Gewalt, die er brauchte, die Niederländer zur Unterwerfung und Unterjochung zu bringen bedacht war, indem er die Geheimnisse des Königs bald erfuhr, und die seinigen dagegen geheim hielt, weil er wenig zu reden, aber viel zu handeln pflegte. Man sah aber, nachdem das Bündniß zu Gent d. 28. Novemb. 1576 unter allen Niederländern, die Luxemburger ausgenommen, geschlossen, und den 9. Jan.

1577.

1) Er war damals Königlicher Spanischer Statthalter von Holland, Seeland und Utrecht.

1577 ein engeres errichtet war (Vor auct. Stücken I, 175), sehr deutlich, daß die Minister des Königs ihre Absichten darauf gerichtet hätten, daß dieser große-vereinigte Haufe durch ausgefäete Uneinigkeit zerstreuet würde. Die Trennung von Artois und Hennegau hat die Größe der Gefahr bewiesen. Als daher Wilhelm im Jahr 1577 auch zum Statthalter von Utrecht ernannt war, so bemühte er sich, nachdem sein Bruder die Statthalterschaft von Geldern übernommen hatte, Holland, Seeland, Utrecht und die benachbarten Länder, Overysfel (das man im Jahr 1534 von den Niederlanden zu trennen angefangen hatte), Friesland und Groeningen durch einen engen Bund zu vereinigen, wozu die Königin Elisabeth ihre Einwilligung gab. Diese Vereinigung ward zu Utrecht (von welchem Ort sie den Namen der Utrechter Vereinigung erhalten hat) den 29. Jan. 1579 geschlossen. Es traten aber nicht alle Provinzen zu einer Zeit, sondern die Einwohner von Overysfel und Drenthe etwas später, zuletzt aber im Jahr 1594 die Stadt Groeningen hinzu. Vieles, das zur Einsicht in die Vergebenheiten dieser Zeit dient, hat Bondam sorgfältig gesammelt, und vor kurzen herausgegeben. Herr van de Spiegel hat die so allgemein angenehme Hoffnung zu einer Geschichte dieses Bundes gemacht. Dahin zielte aber dieser Vertrag ab (Unie ewig verbond en eens draght), daß dadurch eine feste, fortdauernde, und durch keinen Zufall zu zerreißenbe Vereinigung, keinesweges aber, daß dadurch eine neue freye Republik errichtet werden sollte. Da ich hiervon in dem dritten Theile vollständiger reden werde, so führe ich hier blos die Worte Wilhelms des ersten an, welche zeigen, für wie heilsam und nothwendig er dies Bündniß gehalten habe:

! Ich bekenne ihnen (den Spaniern), daß ich das Bündniß bewerkstelligt, daß ich es befördert,
daß

daß ich über denselben Erhaltung nachgedacht habe, und rufe es ihnen, meine Herren, und zwar so laut zu, daß ich zufrieden bin, wenn es außer ihnen auch ganz Europa hört: behaupten sie ihr Bündniß, und halten sie darüber; aber lassen sie dies nicht bloß in Worten und Schriften bestehen, sondern führen sie das, was in ihrem Wappen das Bündel Pfeile mit sich bringt, welches ein einziges Band zusammenhält, in der That aus. ***)

Man sehe die zur Widerlegung der Akte, worinn der König den Prinz in die Acht erklärt hatte, im Jahr 1581 herausgekommene Vertheidigung Wilhelms, des ersten. S. III.

§. 18.

Außer diesem wollten die Holländer, wie sie den 28. März und 21. April 1581 beschlossen hatten, aber wegen der Gefahr der Seefahrenden nicht zur Wirklichkeit kommen lassen (man sehe die Verordnung vom 7. Jun. 1581. bey Bor auch. Seult. II, 19.), daß der König für einen Feind des Vaterlandes erklärt, und die Regierung ihm, als einem Regenten, unter dem kein sicherer Friede ohne Selaberen statt finden könne, durchaus genommen würde. So wie die Staaten von Holland den 19. April 1581. diese Abschaffung des königlichen Namens und Macht beschloß

***) Je leur confesse, que j'ai procuré l'Union, je l'ai avancé, j'ai étudié à l'entretenir, & vous dis Messieurs, & le dis si haut, que je suis content, que non seulement Eux, mais aussi que toute l'Europe l'entende: maintenez votre union, gardez votre union, mais faites faites Mess. que ce ne soit pas des paroles ni par écrit, mais qu'en effet Vous executés ce que porte votre trousseau des fleches lié d'un seul lien, que vous portez en votre sein.

beschlossen hatten, so brachten sie die Generalstaaten, das heißt, die von den Bürgern, die wider den König Krieg führten, bevollmächtigten, und mit der Macht über das allgemeine Wohl zu berathschlagen und zu verordnen versehenen Deputirten den 26. Jul. im Jahr 1581. durch eine Verordnung endlich zur Wirklichkeit. Durch eine neue vorgeschriebene Eidesformel wurden die Bürger von der Verbindlichkeit zum Gehorsam gegen den König, wozu sie eidlich verpflichtet waren, losgesprochen.

§. 19.

Das Recht, dem Könige die Macht, die er gemißbraucht hatte, zu entziehen, war nicht eine Folge des wider ihn unternommenen Krieges, sondern die Waffen (§. 16.) rächten die gekränkten, und an der zuerhaltenden Genugthuung verzweifelnden Bürger, wegen des offenbare verletzten Rechts dadurch, daß sie ihnen die Freiheit verschafften. Hatte der König gleich seit dem Jahre 1572. den Einwohnern keine neue Beleidigungen zugefügt, so hatte er doch die alten nicht wieder gut gemacht, sondern durch den neun Jahr geführten Krieg fortgesetzt und angehäuft. Da nun eben diese Ursachen der Beschwerden nicht gehoben wurden, so leuchtete aus den zur Wiederherstellung des Friedens zu Breda im Jahr 1575. und Cöln 1579. gehaltenen Zusammenkünften deutlich hervor, daß der König den festen Vorsatz habe, weder die von ihm verursachten Beleidigungen wieder gut zu machen, noch in Zukunft die Unverbrüchlichkeit solcher Verträge zu sichern, auf deren Unverletzbarkeit die Bürger sich verlassen, und ihm den Gehorsam zugeschworen hatten. Die Generalstaaten fügen in dem von uns angeführten Edikte, nachdem sie die Ursachen, warum sie sich von der Spanischen Herrschaft losmachen wollten, angegeben haben, auch hinzu: der König verführe von Rechtswegen die Regierung. Durch diese

Worte

Worte scheinen sie zu bemerken, daß ihr Streit mit dem Könige von der Art sey, daß sie nicht noch des Ausspruchs eines Richters bedürften, indem man deutlich sehn könne, daß die Befestigung eines zwischen einem Fürsten und Volke errichteten Vertrags aufgehoben werde, wenn der Fürst durch eine lange Reihe von Handlungen bewiesen hätte, daß er sich durch ihn nicht weiter binden lassen wolle. In dem Schreiben, das die Staaten von Holland den 2. Jan. 1608. an den Kayser Rudolph den zweyten ergehen ließen, geben sie die Ursach von der abgeworfenen königlichen Herrschaft mit diesen Worten an: Diese Revolution haben die Verletzung der Gerechtsame, notorische Grausamkeit, Tyranneyen und Excesse gegen die bey Antritt der Regierung beschworne Punkte, welche in den Rechten der Niederländischen Provinzen gegründet sind, verursacht, u. s. w. ****)

So machte es Philipp, daß er, indem er eine gelinde Beherrschung der Niederländer verwarf, keine behielt. Von welcher Zeit an die königliche Gewalt aber ein Ende genommen habe, ob seit der Zeit, da er die Treue zu verletzen anfang, oder seit der, da die Verbundenen die Waffen ergriffen, oder seitdem sie die Verordnungen wegen seiner Absetzung herausgegeben (welches nicht von allen Orten zu gleicher Zeit geschehen ist); davon hat Bynkershoek in den Quaest. Jur. Publ. II, 1. weitläufig gehandelt.

§. 20.

****) 't welck gevoeget by de violatiën der privilegien na toire crudelityt en tyrannien en excessen tegens de beswooren conditiën van anneming wettelyk na der Nederl. Provincien rechten veroorzaakt heeft u. s. w.

§. 20.

Die Niederländer hielten sich jetzt fest überzeugt, zwar ohne Nachtheil des Staats den König, aber nicht die königliche Regierung verwerfen zu können, deswegen übergaben sie unter den Bedingungen der *legis commissoria* den 23. Jan. 1581. dem Franz von Alençon die Oberherrschaft; allein er übertrat die Bedingungen dieses Gesetzes bald nachher. Die Holländer machten den 6. März 1583. den Generalstaaten bekannt, daß sie, wie sie den 26. März 1583, nach reiflich erwogener Sache, beschloßen hatten, mit den Seeländern dem Prinz Wilhelm von Oranien die höchste Gewalt übergeben hätten, ohne dadurch dem zu Utrecht geschlossenen Bündnisse zu nahe zu kommen. Bey Bor in den aucth. Stuck. II, 45. u. f. befindet sich diese Anzeige. Allein die verruchte Hand eines durch große Versprechungen schändlich erkaufte Mordmörders beraubte das Land den 10. Jul. 1584. dieses feines Vaters. b) Es entstanden hieraus neue Sorgen, nicht darüber, ob einem allein ins fünfzigste das Ruder des Staats anvertrauet werden sollte, sondern, wem es übergeben würde? Der König von Frankreich, Heinrich, der Dritte, ingleichen die Königin Elisabeth schlugen die angebotene Oberherrschaft aus. Die letztere sandte aber den Bundesgenossen im Monat December des Jahres 1585. Truppen, nebst dem Grafen von Leicester zu, der unter dem Namen eines Oberstatthalters die Republik regieren möchte. Die Bundesgenossen übertrugen ihm eine größere

b) Dieser Bösewicht war Balthasar Gerhard Vilefane aus Franbecompe. Er erschoss den Prinzen, als er eben aus seinem Pallast zu Delft gehn wollte, mit drei Kugeln. Man zeigt noch jetzt daselbst die Stellen, wo sie in die Wand gegangen sind. Der Mörder ward schrecklich hingerichtet.

größere Gewalt, als die Königin wünschte; da er sie aber (weil sein Verstand seiner Person nicht entsprach) dazu anlegte, um sich eine unabhängige Macht zu verschaffen, so kam es dahin, daß er gezwungen ward, der Statthalterschaft von den Niederlanden zu entsagen, und den 17. Dec. 1587. nach England zurück zu kehren. Hierauf wurden die Niederländer den 12. April 1588. von der Verbindlichkeit des Eides, durch den sie ihm verpflichtet waren, freigesprochen. *Groot Plac. Boek I, 50. Boek III, 153. Van Meteren S. 200.*

§. 21.

Als die Regierung des Grafen von Leicester zu Ende gegangen war, konnte die bisher unruhig gewesene Regierungsform durch einigermaßen dauerhafte Besetze eine feste Einrichtung bekommen. Im Anfang zeigten sich zwar in Ansehung der Ausdehnung der Macht, die dem ganzen Staate und den einzelnen Provinzen zukommen sollte, mancherley Bedenklichkeiten. Mit der Zeit aber ward außer allem Streit gesetzt, daß die landeshoheit in dem Distrikt jedes zu den vereinigten Staaten gehörigen Landes sich bey dem Lande selbst, nicht aber bey den sämmtlichen Ländern befinden sollte. Die Bürger wurden dieser neuen Regierung leicht gewohnt, weil sie gelind war, und eine größere Gleichheit, die allen gefiel, mit sich führte. Sie bewiesen es, daß sie dieselbe gern billigten, dadurch, daß sie theils gehorsam waren, theils die ihnen zur Unterwerfung vorgelegte neue Formel beschworen. Was die verschiedene Einrichtung der Regierung der einzelnen Provinzen anhetrifft, so werde ich in dem zweyten Theile zeigen, wie hier der Ausspruch: ¹⁾)

Alle

¹⁾ — — — *Facies non omnibus una;
Nec diversa tamen, qualem degit esse sororum.*

DVID. METAM.

— — — Alle von nicht gleicher;
 doch nicht verschiedener Gestalt, wie sich vor Schwestern schilt,
 statfinde.

§. 22.

Unterbesen, daß die Niederländer diese Einrichtungen in ihrem Lande machten, mußten sie noch die Freiheit, in die sie sich gesetzt hatten, theils durch die Waffen zu verteidigen suchen, theils sich bemühen, bey den fremden Nationen die Anerkennung derselben zu Wege zu bringen. Das letztere erhielten sie durch Bündnisse, und durch die Macht, die sie durch Krieg und Handel vergrößert hatten. Denn durch sie brachten sie es dahin, daß die Freundschaft der Niederländer, als eines freien Volks, von andern Nationen nicht weniger gesucht ward, als jene sich die Freundschaft fremder Nationen durch gegenseitige Dienstleistungen zu verschaffen bemühten. Mit Spanien aber mußten sie 67 Jahr lang einen harten und zwar ununterbrochenen Krieg führen, außer den zwölf Jahren des Waffenstillstandes. Endlich erklärte aber der König von Spanien, Philipp der Vierte, in dem zu Münster den 30 Jan. 1648 geschlossenen Frieden die vereinigten Niederlande als völlig von den Rechten frey und loß, die die Könige von Spanien an ihnen gehabt hätten. Auf diese Art erhielten die Niederländer die völlige Freyheit nicht durch das Recht des Krieges, sondern durch das Recht der Sache, die den Krieg veranlaßte. Einige Länder, und von dem Könige von Spanien ihnen eingeräumte Rechte aber erlangten sie durch das Recht des Friedens, wodurch ihnen Schaden und Aufwand, der durch den Krieg verursacht war, vergütet wurde.

§. 23.

Wenn man ja glaubt, daß von dem Vertrage zu Augsburg einiges Recht von Teutschland auf die Niederlande

verlande übrig geblieben sey (§. 11), wiewohl dies Reich die Niederländer, als sie von ihrem Fürsten hart gedrückt, und bey nahe ganz entnervt wurden, verließ, so ist dies Recht durch das Nachgeben und Stillschweigen der Kayser und Stände des teutschen Reichs verloren gegangen, als die vereinigten Staaten bey der Erinnerung Rudolphs des Zweyten an die alte Verbindung ihm widersprachen, und erklärten, daß sie von dem Vorsatze, sich in eine unabhängige Freyheit zu versetzen, nicht abgehen würden. Diesen ihren Willen legten sie auch zu Münster dem Kayser und Ständen des teutschen Reichs im Jahr 1648 vor, und machten ihn in dem 53 Artikel des Friedens zu Münster (§. 22.) öffentlich bekannt, zu dem der Kayser Ferdinand der Dritte den 6ten Julius eben dieses Jahres seine Einwilligung gab, und zwar mit folgenden Worten: Der König habe sich verbindlich gemacht, auf eine thätige Art für die Fortsetzung und Beobachtung der Neutralität, Freundschaft und guten Nachbarschaft seiner Kayserlichen Majestät und des Reichs mit den Herren Staaten zu sorgen. Ein mit der Gesinnung des Kaisers gleichstimmiges Dekret ward auf dem Reichstag zu Regensburg im Jahr 1654 von den Ständen des heil. Röm. Reichs abgefaßt, obgleich der Münstersche Gesandte einen ganz andern Rath erteilte. Siehe van Meieren acta Comit. I. S. 407. des Freyherrn de Meerman von der ehemaligen Verbindung zwischen dem heil. Röm. Reiche und den vereinigten Niederlanden S. 106 u. f. So viel ist gewis, daß man seit dieser Zeit nichts von einem alten, oder verlangten, oder ausgeübten Rechte sieht; vielmehr beweisen viele Vorfälle im Gegentheile die völlige Verzichtthnung auf dergleichen Rechte auf eine unzweifelnde Art.

§. 24.

So schwer ward es, die Republik der vereinigten Niederlande zu gründen, und sie, nach ihrer Gründung, in Sicherheit zu setzen. Sie besteht aus sieben freyen Völkern, welche sind: die Einwohner von Geldern, Holland, Seeland, Utrecht, Friesland, Overijssel, Gröningen nebst den Einwohnern der Omme-lande. Mit diesen ist zwar das Land Drenthe, aber nicht mit gleichen Rechten, verbunden, welches in seinem Distrikt gleichfalls die völlige Oberherrschaft ausübt.

Die Ordnung, welche die vereinigten Niederlande unter sich beobachten, erklärt sich am richtigsten aus dem Herkommen, und dieses aus der Zeit, welche vor der Gründung der Republik voranging. Als die Utrechter und Friesländer des Ranges wegen uneins waren, so überließen sie im Jahr 1584 die Entscheidung des Streits dem loose, doch nicht in der Absicht, daß dieser zufällige Ausspruch ein immerwährendes Recht erteilen sollte. Im Jahr 1674 ward dieser Streit von neuem rege, wo die Friesländer, außer andern alten Gründen, sich darauf stützten, daß die Utrechter im Jahr 1672 sich im französischen Kriege von den Bundesgenossen getrennt hätten, und daher nicht nach dem jure postliminii in den Besitz der vormahligen Stelle wieder einzulassen wären. Hierüber bey den Dig. 49. 14. 12. Diesen Streit entschied der Prinz von Oranien, Wilhelm, der Dritte, als dazu ernannter Schiedsrichter, und machte sein Urtheil, welches für die Utrechter war, den 23 December im Jahr 1675 bekannt. S. Utrecht. Geszb. I. S. 175.

Das zweite Capitel.

Von dem Gebiete der Republik der Niederlande.

§. 25.

Wenn man die Kräfte eines Volks aus der Größe der Länder, die es bewohnt, beurtheilen könnte, so würde die Republik der Niederlande nie unter den mächtigen Völkern einen Platz erhalten haben: denn sie nimmt in Europa einen so kleinen Raum ein, daß man ihre Länge auf nicht mehr, als 58 Stunden oder Meilen, und die Breite auf 45 rechnen kann. ¹⁾

§. 26.

Die vereinigten Niederlande haben in ihrem Gebiete noch andere Länder, welche auch, wie sie selbst, ihre eigenen Gesetze haben, als das Land Drente; andere wollen von ihnen gemeinschaftlich beherrscht. Der Theil der Generalität, ¹⁾ welcher gegen Morgen liegt, stößt an Bentheim, Münster, Ostfriesland, Cleve, und an das Brandenburgische und Oesterreichische Gelandern; der gegen Mittag liegende Theil grenzt an Brabant, Flandern und Lüttich; der, welcher gegen Mit-

ter

¹⁾ Hier sind Holländische Stunden zu verstehen, von welchen eine etwas weniger über $\frac{1}{2}$ einer großen Deutschen Meile in sich enthält: denn eine solche Stunde begreift 1,500 Rheinländische Ruthen in sich, und 19 derselben machen einen Grad aus. Die größte Länge von Holland betrüge daher etwas über 43, und die Breite über 34 große Deutsche Meilen.

¹⁾ Hierunter ist das ganze Gebiet der Republik; nicht die sogenannten Generalitätslande zu verstehen.

38 Erster Theil. Zwentes Capitel.

Vermacht und Abend liegt, wird vom Meere begrenzt. Durch das Aufschwellen und Abspühlen dieses Meers sind seit dem Jahre 1200 die Grenzen sehr verkleinert worden. Wie viel dadurch von Holland, Seeland, und Friesland abgegangen ist, hat der Verfasser des Buchs, der Batavische Zeestrand weitläufig auseinander gesetzt.

§. 27.

Das Gebiet der vereinigten Staaten besteht theils in den Europäischen, theils über das Meer gelegenen Ländern. Obgleich das Europäische klein ist, so hängt doch von ihm der Schutz der Republik ab; das letztere, das eine größere Ausdehnung hat, vermehrt die Stärke des ersteren durch die Güter, die die Staaten daselbst gewinnen, und nach Europa in den Schooß des Vaterlandes führen.

Es besitzen aber die vereinigten Staaten in Europa einen Theil von Brabant, Limburg, Flandern und Obergeldern. Sie haben sich diese Länder durch zwei Verträge zu eigen gemacht, von denen sie den einen mit dem König von Spanien, Philipp dem vierten, den andern mit dem Kaiser, Carl dem sechsten, errichtet haben.

In dem dritten Artikel des Münsterschen Friedens (§. 22.) steht dies Gesetz, daß ein jeder das auf immer behalten solle, was er zur Zeit des Friedens besäße. Vermöge dieses Gesetzes haben die Niederländer Städte, Dörfer und Gegenden in Brabant, Flandern und Limburg erhalten, welche in dem angeführten Artikel aufgeführt sind, und von allen Geographen abgehandelt worden.

§. 28.

Nach dem kostbaren, blutigen und langen Kriege, der seit dem Jahre 1701 zwischen den beiden nach dem Spanischen

zwischen Reiche trachtenden Fürsten geführt ward, in welchem sich die Republik, um das Gleichgewicht unter den Europäischen Mächten zu erhalten, und das Wohl des Oesterreichischen mit ihr in gutem Vernehmen stehenden Hauses zu besorgen, eingelassen hatte, erlangte sie endlich einen Theil von Obergeldern, der noch den Spaniern übrig geblieben gewesen war. Carl der sechste, dem nach dem Utrechter Frieden im Jahr 1713 die Spanischen Niederlande übergeben werden sollten, überließ in dem Vertrage, die Grenzfestungen betreffend (sonst *traite de Barriere, Barrieretraktat*), im 18. Artikel der Republik das Amt Montfort, die Dörfer Swalme und Elme ausgenommen, ferner die Stadt Venlo mit den befestigten Dörfern St. Michel und Stewenswaart und ihren Gebieten, nebst so vielem Lande, als erforderlich wäre, die Festungswerke von Stewenswaart diesseits der Maas auszudehnen. Es ward dabei die Bedingung hinzugefügt: Die Oesterreicher sollten keinen befestigten Ort, der nicht eine halbe Meile von diesen Festungen entlegen wäre, unter was für einem Namen er auch aufgeführt werden könnte, aufbauen, oder es zugeben, daß es von einem andern geschähe.

§. 29.

Da Grenzstreitigkeiten für die benachbarten Gegenden oft einen schädlichen Ausgang haben, Privatpersonen und Obrigkeiten aber, die sich auf den Grängen befinden, stets in eine mißliche Lage setzen, so haben die vereinigten Staaten, so viel es ihnen möglich gewesen ist, Streitigkeiten wegen der Grenzen ihres Gebiets abzuwenden, oder beizulegen, gesucht. Wegen der Einrichtung der Grenzen des jenseits der Maas gelegenen Landes ward mit Spanien im Jahr 1661 unterhandelt, und den 26. Decemb. eben dieses Jahres ein Vergleich getroffen. *Gef. Niederl.*

verland. Gesezbuch (sonst **Groot Placaatboek**) II, 1279. Wegen der Grenzen von Flandern ward im Jahr 1664 eine Unterhandlung (**S. Aizema Zaaken van Staaten Oorlog V, 309.**) angestellt, und im Jahr 1667 ein Vergleich getroffen. Allein nach dieser Zeit sind eben diese Grenzen durch zwey Vergleiche anders, als in diesem Jahr geschehen war, eingerichtet worden, von denen der eine in dem Vertrage, die Grenzfestungen betreffend, im Jahr 1715 im 18. Artikel, der andere den 22. Dec. im Jahr 1718 zur Beilegung mehrerer entstandener Mißhelligkeiten in dem Haag geschlossen ward. **Sieh. Nederl. Gesezbuch V, 547.**

Wegen der Grenzen von dem der Republik zugehörigen Brabant, und dem Theile, welchen der Utrechter Friede dem König von Preußen in Obergeldern, oder der Gegend von Ruremonde, verliehen hat, ward im Jahr 1716 ein Vergleich getroffen. Den festen Ort **Schentenschanz** räumte der große Churfürst von Brandenburg, **Friedrich Wilhelm** den 26 Febr. 1678 nebst dem Lande, worauf er liegt, den Staaten auf immer ein, und übergab ihn den 19 August 1681, als die Grenzen von Geldern und Cleve bestimmt wurden, nachdem derselbe ihm vordem von den Franzosen überlassen war. Mit dem Bischof von Lüttich ward, nach dem Vertrage wegen der Herrschaft **Rochette** im Jahr 1669, ein neuer, ihrer Vertauschung wegen im Jahr 1671 im Monath December errichtet. **S. Saml. d. Urkund. VII. 122 (traite d'échange).** Bey einigen Herrschaften ist einigemahle gestritten worden, ob sie zum Teutschen oder Republikanischen Gebiete gehörten, als wie bey den Herrschaften **Anholte** im Jahr 1740, **Stein** im Jahr 1741, **Klöllo** im Jahr 1729 und 1730, **Hermaelen** im Jahr 1738, **Kesseneich** im Jahr 1715. **Siehe Staatskanzley XXVI, S. 368. 371. 396.** Mit dem Bischof

B. d. Gebiete der Republik der Niederlande. 41

Bischof von Münster ward den 4 April 1744 der Grenzen wegen, ein Vergleich getroffen. In dem Frieden mit dem Bischof zu Münster, Bernhard von Galen, der im Jahr 1666 zu Cleve geschlossen ward, ward wegen der Herrschaft Borkelo ein Vertrag festgesetzt. S. Saml. d. Urkund. VI, 3, 106. Was man von dieser Herrschaft in Ansehung des Reiches von dem Deutschen Reiche anzuführen pflegt, kann man aus Ludwig Grundfeste u. s. f. ersehen.

§. 30.

Die Länder der beteiligten Provinzen über dem Meere sind von weit größerm Umfange, als die Europäischen. Der König Philipp, der zweyte, hatte die Niederländer von dem Spanischen Handel ausgeschlossen. Sie, die sich an Gefährlichkeiten zur See gewöhnt hatten, und im Eifer und Einsicht in der Schifffahrt damals keinem Volke nachgaben, in kurzer Zeit sich bald über alle erhoben, schifften gerades Weges dahin, woher die Spanier und Portugiesen, die der König Philipp, der zweyte, durch den Alba sich unterworfen hatte, bisher für ganz Europa Waaren gehohlet hatten. Das Glück stand ihrer Kühnheit bey. Sie schifften nach Ostindien, und haben sich seit dem Jahr 1602, in welchem die Ostindische Gesellschaft von der Republik genehmigt ward, große und einträgliche Distrikte verschafft, die sie theils durch Verträge mit den Königen von Indien, theils durch den wider die Portugiesen angefangenen Krieg erhielten, die für Feinde angesehen wurden, weil sie sich unter der Herrschaft eines Feindes befanden. Die Benutzung dieser Länder und Herrschaft über sie hat die Ostindische Gesellschaft; die höchste Gewalt aber die Republik. Außer Banda und Amboina besitzt sie die fünf Molukken Inseln, das sind, wie Grotius in seiner Gesch. der

Hier

Niederlande d. 15 B. bey'm Jahre 1606 bemerkt, Reiche, von welchen ein jedes der Insel Walcheren an Größe gleichet. Im Jahre 1619 baueten sie auf den vom dem König von Jacatra erkauften Boden eine Festung; die Eingebornen bestürmten aber in der Folge dieselbe, worauf die Niederländer, um diese Treulosigkeit zu rächen, die Residenz Jacatra, eroberten, und auf dem Orte, wo sie gestanden hatte, die Stadt Batavia, den Sitz ihres Reichs in Ostindien, gründeten. Nachdem sie von dem Könige von Bisnagar die Erlaubniß erhalten hatten, auf der Küste von Koromandel eine Festung anzulegen, vertrieben sie nicht nur die Portugiesen aus dieser Gegend, sondern warfen sie auch seit dem Jahr 1641 aus dem Besiz von Malakka und den Festungen Gale und Colombo auf der Insel Ceylon, und dem Vorgebürge der guten Hoffnung heraus.

§. 31.

Durch Kriege, welche die Republik mit den Indischen Königen führte, erweiterte sie nach dieser Zeit ihr Gebiet, zum Beispiel, in dem Reich Macassar, als sie im Jahr 1667 mit dem Könige von Macassar Frieden machte. Den König von Candy brachte sie im dem den 15. Februar 1766 gemachten Frieden dahin, daß er ihr durch die ganze Küste der Insel Ceylon einen Distrikt von einer Singalischen Meile, ^{m)} an einigen Orten mehr, an andern weniger, je nachdem die Lage der Berge und Flüsse es verstaten würde, einräumte, doch unter der Bedingung, daß sie dem Könige jährlich die daraus erhaltenen Einkünfte gäben, der ihnen zugleich die Oberherrn

m) Singalen, oder Singalesen, ist der eigentliche Name der Einwohner von Ceylon. Eine solche Meile begreift ohngefehr drey Teutsche Meilen in sich.

herrschaft über das Königreich Jassanapatnam, die Insel Manaar bis an die Grenzen von Putelang, die Landschaften Caleputta, Colambese, Gale, Mature, Batticalo, Trinconomale, ingleichen über die unter diesen von alten Zeiten her begriffen gewesenem Länder einräumte. Die übrigen Friedensbedingungen, insbesondere wegen des Monopoliums von dem Zimmet, werde ich an ihrem Orte anführen, wo ich auch von den Inseln Timor und Sumatra reden werde.

§. 32.

Guinea, das an Gold, Elfenbein und Sklaven, mit welchen Handel getrieben wird, reich ist, hat schon seit dem funfzehnten Jahrhunderte die Aufmerksamkeit der Portugiesen erweckt, daß sie es versuchten, sich auf seiner Küste niederzulassen. Das Glück begünstigte ihr Unternehmen, und der Pabst Nicolaus, der fünfte, erkannte alles das, was sie daselbst erobert hätten, oder in Zukunft erobern würden, im Jahr 1454 dem Könige Alphonsus, dem fünften, zu, welches Privilegium Calixtus, der dritte, bestätigte. S. Raynaldi Contin. Baron. XVII. beim angef. Jahr und XVIII. beim Jahr 1455 Nr. 7. u. f. Die Niederländer fingen vom Jahre 1595. an, eben dahin zu fahren, und, als sie endlich im Jahr 1637. die Portugiesische Festung Del Mina, und im Jahr 1642. die ihnen gleichfalls gehörige Festung Arim erobert hatten, so fingen sie an, auf der Küste von Oberguinea festen Fuß zu fassen. Sie dehnen das Gebiet der Republik von dem Fluße Sierra Liones an der Küste, bis auf dreißig Grad der Aequinoctiallinie gegen Mittag zu aus, und begreifen darunter mit die daselbst gelegenen Inseln. Es stehen diese Länder unter der Herrschaft der Westindischen Gesellschaft, wie wir unten zeigen werden.

America bietet einen reichen Handel nützlicher Pro-
 dukte an, und wird, wenn es mehr bekannt und ange-
 bauet seyn wird, einen noch ergiebigeren liefern. So wie
 es daher keinen Theil des schiffbaren Oceans giebt, den die
 Niederländer mit ihren Schiffen nicht befahren hätten, so
 erbneten sie sich auch seit dem sechzehnten Jahrhunderte
 eine neue Quelle eines vortheilhaften Handels auf der Küste
 von America. S. Grot. Gesch. der Niederlande beym
 Jahr 1599. Sie hatten das Glück, ihre Colonie nach
 Guiana zu ziehn, dessen am Meere liegende Landschaften
 sie, die Portugiesen, Spanier, und Franzosen, unter
 sich getheilt haben. Das Spanische Guiana trennt,
 nach der Meinung einiger, der Fluß Baryma, ober,
 wie andere vorgeben, der Fluß Waitie von dem der Re-
 publik gehörigen Guiana. Das letztere stößt auch an das
 Französische, wovon es der Fluß Sinamare scheidet.
 Die Franzosen behaupten zwar, daß das Niederländis-
 sche Guiana von den übrigen durch den Fluß Sharowin
 abgesondert werde; aber die Republik behauptet, daß eben
 die Grenzen, die die Engländer, als sie die Colonie Surin-
 nam in dem Frieden zu Breda den 31. Jul. 1667. an
 die Niederländer abtraten, gehabt hätten, die übrigen wä-
 ren; jene Grenzen aber wären bis an den Fluß Sinamare
 gegangen. Von den Colonien, die an den Ufern der
 Flüsse Sinamare, Berbice, Essequibo, und Demas-
 care angelegt sind, wird unten gehandelt werden.

Außer diesen hat die Gesellschaft von Westindien
 die Herrschaft über die Inseln Curacao, die sie im Jahr
 1634. durch Gewalt erobert haben, eben so über die klei-
 nen Inseln Saba und St. Eustachius. Die letztere
 besteht aus zwey Felsen, und wird ihrer Fruchtbarkeit we-
 gen nicht sowol geschätzt, als vielmehr, weil sie zur Hand-
 lung

B. d. Gebiete der Republik der Niederlande. 45

lung mit den Völkern sehr bequem liegt, die in diesem Meere Krieg führen, unterdessen daß die Republik sich ruhig verhält.

§. 34.

Im Jahre 1630. entrißen die Niederländer den Spaniern Brasilien. Als man aber den Graf Johann Moriz von Nassau mit der Armee von da wieder zurük gerufen hatte, so ward es den Portugiesen leicht, dies Land, das weder von Personen von gehöriger Einsicht regiert ward, noch mit dem, was zur Führung des Kriegs notwendig erfordert wird, versehen war, im Jahr 1654 in ihre Gewalt zu bringen. Es ward auch in dem Kriege, den die Republik dieser Wegnahme wegen mit ihnen führte, nicht wieder erobert, weil die Friesländer widersprachen. Die Holländer drangen besonders auf den Frieden, der in dem Haag den 6. August im Jahr 1661 geschlossen ward. Als die Portugiesen sich in der Ratifikation dieses Friedens faunfselig bewiesen, um erst zu sehn, ob sie von dem Könige von England, Carl dem zweyten, seine Einwilligung in diesen Vertrag erhielten, so gereichte dies Verzögern den Niederländern zu großem Vortheile, denn, weil die Portugiesischen Capter die Schiffe der Republik zu beunruhigen fortfuhren, so nahm dieselbe auf der Malabarischen Küste vor dem Ende des Februars 1663. viele Forts weg. Endlich erklärte sich Portugall den 25. Julius 1662. für den Frieden, und die Republik den 14. December 1662, obgleich Geldern und Bröningen da wider waren, und machte ihn den 14. März 1663. bekannt, von welchem Tage an sie den Anfang der Verbindlichkeit, die eroberten Dertter herauszugeben, nach dem 26. Art. des Friedens, ansetzte. S. Auzerna B. 43. S. 964. Durch diesen Frieden ward den Portugiesen der Besitz von Brasilien versichert, welche auf der andern Seite

der

46 Erster Theil. Drittes Capitel.

der Republik versprochen, 8 Millionen Gulden, *) oder ihren Werth an Waaren, zu erlegen. Zugleich wurden die Streitigkeiten beyder Nationen völlig beigelegt. S. Niederl. Ges. B. II, 2849.

Das dritte Capitel.

Von der natürlichen Beschaffenheit des Landes.

§. 35.

Nachdem ich von der Lage und den Grenzen der Länder, die die Niederländische Nation bewohnt und beherrscht, geredet habe, so muß ich nun zunächst von der natürlichen Beschaffenheit derselben etwas sagen, nemlich, wie ihre Luft, ihr Boden, ihr Ackerbau und ihre Viehzucht beschaffen sey, und was für Vortheil, oder Schaden, die Flüsse, das Meer, ingleichen die Seen, von welchen diese Länder durchschnitten, oder begrenzt werden, den Einwohnern bringen.

Wenn den Niederlanden nichts fehlt, was zur Bequemlichkeit und Annehmlichkeit des Lebens dient, so ist dies nicht sowohl Wohlthat der Natur bey ihnen, als vielmehr Frucht der Kunst und des Fleißes der Unterthanen, und der Vorsehung der Obern.

Die Luft, um hiervon zuerst etwas zu sagen, ist in den Niederlanden häufigen und plötzlichen Veränderungen und Abwechselungen unterworfen. Daher kann man hier
aus

*) Beträgt 4 Millionen 444, 444 Reichsthaler und 8 Groschen, wenn man den Holländischen Gulden zu 13 Groschen 4 Pfenn. annimmt.

V. d. natürlichen Beschaffenheit des Landes. 47

aus Meteorologischen Bemerkungen wenige und nur unzuverlässige Schlüsse ableiten. Diese Veränderlichkeit der Luft und des Himmels veranlaßt mancherley Beschwerden; allein, da Gewohnheit der Natur zu Hülfe kommt, so sind sie nicht von der Art, daß sie in diesen Ländern eigene Krankheiten verursachen sollten. Der Herbst pflegt länger, als der Frühling, angenehm zu seyn. Im Anfange des Frühjahrs schadet die etwas kalte Luft den Bäumen und Saaten oft, und, da sie außerdem beständig feucht ist, so scheint sie der Fortpflanzung des Seidenwürms, wenigstens in Holland, sehr nachtheilig zu seyn.

Die Erfahrung und der Fleiß der Gärtner kommt aber der Natur sehr zu Hülfe; ja übertrifft sie fast: und, so viel ich weiß, haben sie zuerst die Kunst gelehrt, es dahin zu bringen, daß, unter einer jeden Beschaffenheit des Himmels, und in einer jeglichen Jahreszeit, Früchte von allerley Art gezogen werden können.

§. 36.

Der Boden ist, je nachdem die Provinzen unterschieden sind, ungleich. Die verschiedenen Arten der Erde in Holland hat Berthey in seiner Naturhistorie von Holland, in 2 Theilen, untersucht und angeführt.

Holland hat fette Aecker, die viel Getraide liefern, und viele, die zur Weide dienen. Ein Theil von den Aekern dieser Provinz hat viel pechartige Erde, welches man auch aus der Art der Pflanzen, die auf dergleichen Boden wachsen, abnehmen kann. Gräbt man die Oberfläche des Bodens auf, so erhält man eine von Wurzeln und Pflanzen durchwachsene Materie, die man mit einem Fischgarne herauszieht, und sie an der Luft allmählig troknet, damit sie eine brennbare Erde werde. Man nennt sie sonst

faust Torf. Dann wird ein solches Land in einen See verwandelt. Hat sie darauf dreßsig und mehrere Jahre statt der Saat oder des Heues, die sie vorher in ergiebigen Maaße trug, die Einwohner mit Fischen ernährt, so trofnet man sie, gewöhnlich auf Kosten der Privatpersonen, seit einiger Zeit aber auch auf öffentliche, vermittelst der Mühlen aus, führt Dämme um sie her auf, und theilt sie in Aecker ein. Darauf erhalten sie theils durch die Sedimente, die das Wasser zurück läßt, theils durch den Fleiß der Landleute, die Fruchtbarkeit, die dem Getraide, den Erbfrüchten und Obstbäumen nöthig ist, und, je nachdem der Boden fett, oder mittelmäßig, ist, erstatten sie die angewandten Unkosten mit reichlicherm oder geringern Wucher wieder. Vor kurzen sind bey **Haserawoude** 4,067 Akker und 37 Schuh trocken gemacht worden, welche Austrocknung **Eine Million und 200. Gulden** gekostet haben soll.

§. 37.

Ein Theil der Holländischen Felder wird von **Griess** sand bedekt, den die Ueberschwemmungen des Meers und die **Seewinde** niedergefegt haben; aber dennoch ist dieser griesssandigte Boden nicht ganz unfruchtbar und unnütz, oder ohne alle Beartung. Das Land, das die **Sandhügel** einnehmen, welche die Natur in Holland von verschiedener Höhe, dem Meere Einhalt zu thun, hingeplant hat, schätzt man auf fünfzigtausend Akker.

Sie dienen einer Menge von **Raninichen** zum Aufenthalt. Man hat, ihre schädliche Menge zu schwächen, sich genöthigt gesehen, im Jahr 1661 ein Gesetz ihrenwegen zu geben. Es gaben diese Sandhügel auch eine gewisse schlechte Art von Erde, oder Torf, den die ärmern Landleute ausgraben, und auf dem Heerde gebrauchen. Aus dem Geschlechte der Bäume kommen auf diesen Hügel

geln Birken und Pappeln fort, (welche jetzt von selbst und an vielen Orten aufwachsen; aber nicht hoch werden: sonst säete man sie in den Thälern aus), ingleichen mancherley Arten von Stauden, als zum Beispiel Spartograss, oder Pfriemengras (*Spartium Scoparium*)^o), Heidekraut (*Erica vulgaris*), Sandweiden (*Salix arenaria*)¹⁾, Dünnerosen (*Rosa dunensis*)²⁾, und Weißdornen (*Oryacantha*).

Eben diese Hügel tragen mancherley nützliche Arten von Pflanzen, die verschieden sind, je nachdem der Boden verschieden ist. In einem mageren und etwas steinigten Boden wächst das Sandhaln (*Arundo arenaria*) sehr schön, welches man an den Küsten aussetzt, um sie dadurch fest zu machen, indem es den lockern Sand durch seine Wurzeln zusammenhält und verbindet. Von den Pharmaceutischen Gewächsen will ich nichts sagen. Auf wenigen hohen und trocknen Gegenden wachsen andere Pflanzen, als der Krawel (*Scleranthus*)³⁾ (Knötlich), woraus in Pohlen die Cochenille gemacht wird. In niedrigen, an der Sonne liegenden und bewachsenen Dörtern, ingleichen auf bewässerten und breiten Thälern wachsen

^o) eine Art von Hanf, die sich zu Stricken drehen läßt.

¹⁾ Sie wird selten einen Fuß hoch, und hat kleine wollichte Blätter.

²⁾ Sie wird auf den Dünen (Sandhügeln) gepflanzt, um sie zu befestigen.

³⁾ Krawel ist der englische Name. Die Teutschen nennen diese Pflanze Krawelkraut und Knötlich; legen aber mehreren Pflanzen diesen Namen bey. Hier ist die Rede von dem sogenannten vieljährigen Krawel (*Scleranthus perennis*). Man gebraucht die kleinen rothen Bläschen an ihrer Wurzel in Pohlen und Preussen statt der Cochenille.

wachsen andere Pflanzenarten, als, das **Tausengülden-**kraut (*centaurium minus*) ¹⁾, **Benediktswurzel** (*radix caryophyllata*), und mehrere Gattungen des **Knabenkrautes** (*Orchidea*), von welchen eine, wie man glaubt, die **Wurzel Salep** geben soll.

Man fährt fort, einen Theil von diesen Hügeln, die der Republik gehören, mit Einwilligung der **deputirten Staaten** von Holland und versprochener Freiheit von **Pflichtsteuern**, auf mehrere Jahre, urbar zu machen. Man führt nemlich den **Griesssand**, der schichtweis liegt, von der darunter befindlichen Erde, oder von der Lösserde, die unter dem Griessande ist, weg, säet darauf kleine **Gesträuche** aus, die durch ihre jährlich herabfallenden, und in die Fäulniß übergehenden **Blätter** den Boden mit einer fruchtbaren Erde versehen. Außer diesem säet man auf dergleichen Gegenden zuerst **Haber** oder **Kokken**, hernach **Erbdäpfel** (**Kartoffeln**), setzet aber **Buchweizen**, oder **Rüben**, aus.

Durch fortgesetzte Bearbeitung und unverbrochenen Fleiß und große Unkosten sind mehrere abschüssige sandigte Gegenden in fette Gefilde, angenehme Weiden, schöne **landgüter** und theils in **Krautgärten**, theils in solche verwandelt, die an **Mannigfaltigkeit** und **Schönheit** der **Blumen**, und Menge **Europäischer** wohlriechenden **Pflanzen** die Augen der Fremden so bezaubern, als sie den Einwohnern nützen. Nirgends findet man einen größern Reichtum an **ausgesuchten Tulpen**, **Hyacinthen** und **Narcissen**, als in diesen Gärten, und dies geht so weit, daß mit diesen Sachen ein ergiebiger Handel, besonders zu **Harlem**, getrieben wird. In dergleichen **urbargemachten Dertern** werden, wenn sie etwas hoch liegen, **Sichren**,
Lans

¹⁾ Fiel de terre, wird als ein Medicament gebraucht.

W. d. natürlichen Beschaffenheit des Landes. 51

Tannen, Eichen, sind sie aber feucht, Ulmen, Eschen, Ellern, Weiden, Bergahorn, Linden u. d. m. gezogen.

§. 38.

Der Boden von Seeland besteht aus einer thonichten, sehr fruchtbaren Erde. Das Land von Zuidbeveland, oder von der Goes, zeichnet sich durch Güte und Reichthum an Früchten aus. Es trägt, so wie Walbeeren, Weizen von der besten Art. Diese Insel soll auch aus den Bohnen; oder weißen Zwergbohnen, die man nach Frankreich führt, jährlich auf hundert tausend Gulden gewinnen. Insonderheit löset man auf der Insel Schouwen aus der Färberröthe (Meekrapp Meede holl.), oder Krapp, so viel, daß von drey zu drey Jahren $7\frac{1}{2}$ Akker zuweilen fünfzehn tausend Gulden einbringen, was man auch sonst in Ansehung der Seeländischen Färberröthe einwendet. S. Porner Chem. Versuche 2 Th.

Die Gegenden von Utrecht und Geldern haben vortrefliche Fruchtfelder. In der Grafschaft Zutphen und an den Ufern der Veluwe, am Ufer des Rheins und der Rysel befinden sich die schönsten Weiden. Der Tabak wird daselbst schon seit langer Zeit mit großem Gewinn gebauet, vorzüglich aber geschah dies zur Zeit des vor kurzen mit America geführten Kriegs. Einige Gegenden dieser Provinzen sind Griesflandigt, andere sind, da sie viel Heide haben, zur Jagd bequem.

Die Akker von Friesland werden in die hohen und niedrigen eingetheilt. Die letztern übertreffen die erstern um so viel an Größe, als ihnen an Fruchtbarkeit gegen sie abgeht. Auf den hohen bauet man Korn und Flachs mit vielem Ertrage, man findet auch Wiesen, und Weiden

den, die so fruchtbar sind, daß aus denselben mit großem Gewinn Fleisch und Butter verfahren wird.

§. 39.

Außer dem Harlemr Wald hatte sonst Holland einige große Wälder. Seitdem es sich aber so gehoben hat, daß es fast mit landhöfen, Dörfern und Städten wie besetzt ist, hat es angefangen an Holz Mangel zu leiden. Zu den Bauten, insonderheit zum Schiffsbau, führt man das benötigte Holz aus Teutschland und den miternächelichen Ländern nach den Niederlanden. Zum Küchenfeuer gebraucht man den Torf, der, wie in Friesland geschieht, ausgegraben, oder mit Fischgarn aufgefangen und gedörret wird (§. 36.). Brennkohlen bringt man in großer Menge aus England und Schottland, und den Gegenden von Lüttich. Die Asche, deren sich auch die Alten zum Düngen der Aecker bedient haben, und die man aus dem gebrannten Torfe und Holze sammlet, führt man aus Holland aus, insonderheit noch Brabant, da es doch an Dünger nicht fehlt, den man wohlfeiler bereiten kann.

§. 40.

Es pflegt durch Gesetze bestimmt zu werden, wie lange ein jeder Besitzer aus seinen Aeckern Torf stechen lassen kann, und, wie er gestochen werden müsse. Als in Friesland ein Streit darüber entstand, ob des gemeinen Wohls wegen das Ausstechen niedriggelegender Felder zu verbieten sey, damit die Nachbarn nicht dadurch Schaden litten, oder sich gleichfalls genöthigt sähen, ihre Aecker auszugrahen, so räumten die Staaten von Friesland den 2. März im Jahr 1767 das Recht, Torf, so gar aus niedrigen Orten, auszugrahen, als eine Frucht des völligen Eigenthumsrechtes, einem jeden Eigenthümer ein. Da
aber

aber durch unvorsichtiges und eigennütziges Torfgraben den Wegen und Aekern schon in ältern Zeiten großer Nachtheil zugesügt worden ist, so hat man in Holland dafür gesorgt, daß niemand ohne öffentliche Erlaubniß, oder zum Nachtheil der Landstrassen, oder der benachbarten Dämme, Torf stechen dürfe. Im Rheinlande werden heut zu tage keine Aeker, um welche sich Dämme befinden (Dolders holländ.) von neuem ausgestochen, außer, wenn eine eben so große Summe Geldes deponirt wird, als zur jährlichen Besteuer nöthig ist, und die Rinde, die die Torferde bedeckt, zu dem Damme angewendet wird, der sogleich erbauet wird, und der künftigen Austrofnung eben dieser Aeker zu statten kommt.

§. 41.

Der Ackerbau ist auch bey Völkern, die vorzüglich durch den Handel groß sind, eine Stütze des allgemeinen Wohls. Doch zuweilen trägt es sich zu, daß ein Volk mehr Vortheil davon hat, das, was andere haben, nicht zu besitzen, und es sich lieber durch den Handel zu verschaffen, als es selbst auf seinem eigenen Boden zu erwerben. In den Niederlanden treibt zwar der hohe Preis, für welchen Landgüter verkauft, oder verpachtet werden, die Eigenthümer dazu an, daß sie, so viel es ihnen möglich ist, daraus zu gewinnen bemüht sind, außerdem, daß noch die jährlichen Steuern und Ausgaben hierzu sehr beitragen. Indessen scheint noch einiges zu fehlen, was den Ackerbau vollkommen machen könnte, wenn man theils das zu gewinnen suchte, was man entweder gar nicht, oder nicht nach Nothdurft, hat, theils die Natur und Bearbeitung der einheimischen Produkte, vorzüglich in den Colonien, sorgfältiger untersuchte, theils auch edlere Gattungen aus andern Ländern dahin brächte, und sie für die schlechteren einführte. Die zu Harlem und Amsterdam

errich-

errichteten Gesellschaften machen sich dadurch, daß sie durch festgesetzte Belohnungen die Sorgfalt für den Ackerbau und die Kunst, ihn zu treiben, anfeuern, sehr um ihre Vaterland verdient.

So viel Früchte können aber die Niederländischen selber doch nicht liefern, daß sie für die Erhaltung so vieler Einwohner, und nothwendige Verproviantirung der Schiffe, geschweige denn für die Ausfuhr nach fremden Ländern, hinreichen sollten. Daraus entspringt ein nothwendiger Handel mit den Völkern, die an dem Baltischen Meere wohnen. Man hat aber aus neuerlichen Versuchen gesehen, daß man, wenn man sich dazu genöthigt sähe, auch zu dem reichen Vorrath von Weizen und Roggen, den das Vorgebürge der guten Hoffnung hat, seine Zuflucht nehmen könne. Doch die Niederländischen Kornhändler sorgen so fleißig für Getreide, daß nie Mangel daran, zuweilen nur Theurung, entsteht. Die sem Uebel läßt sich daselbst nicht durch alle die gewaltsamen Mittel abhelfen, als in souverainen Staaten geschehen kann. Es leidet dies die dem Handel so nothwendige Freiheit und Beschaffenheit der Republik nicht. Das Verbot wegen der Ausfuhr, das den 16. October 1698, und den 4. Februar 1757 erteilt ist, findet in den übrigen Provinzen weniger Schwierigkeit, als in Holland, wie man im Jahr 1771 gesehen hat. Bei einer Hungersnoth pflegt man nach dem Gegentheile zu verfahren. Es wird alsdann die Freiheit, Branntwein zu verfertigen, eingeschränkt (man sehe das Holland. Ges. vom 20. December im Jahr 1771), die Obrigkeiten lassen auf öffentliche Unkosten Korn von andern Ländern kommen, und verkaufen es für einen billigen Preis; man verhindert es auch, daß der Preis von den Kartoffeln, davon sich alsdann ein großer Theil der Einwohner statt des Brodtes ernähret, von den Personen

nen, die das Monopolium darüber haben, nicht zu hoch angelegt wird. Die verschiedenen des Getreides wegen gegebenen Gesetze hat Merula van de Lysvogten gesammelt.

§. 42.

Für die Weiden und das Vieh trägt man, vorzüglich in Holland und Friesland besondere Sorge. Die aus andern Ländern hieher gebrachten Rinder werden hier bald fett. Die Pferde aus Geldern und Friesland sind im hohen Preise. Die vormahligen Verordnungen der Friesländer in Ansehung der Friesl. Ges. B. 4 B. 17 Tit.) sind den 9ten März im Jahr 1761. durch ein neues Gesetz bestätigt worden. Man sehe ferner das Geldrische Gesetz vom 29sten October 1767.

Die Rindviehseuche, welche vom Jahr 1740 an sich durch einen großen Theil von Europa verbreitete, richtete in den niederländischen Erbkten soviel Schaden an, daß vom 1 April 1769 bis zum Ende des Januars des Jahrs 1779 bloß in Südholland auf 247, 810 Stük starben, und 101, 578 Stük nur durchgebracht wurden. In Nordholland starben von eben dem Tage an bis zum Ende des Junius 1778 ohngefähr 91, 377 Stük, und 40, 138 wurden durchgebracht. Wider diese schädliche Seuche gebraucht man die Einimpfung, und die Obrigkeiten sorgen dafür, daß kein von der Seuche angestektes Vieh eingeführt werde. Das Mittel, dessen man sich an andern Orten bedient, alles in angestekten Ställen befindliche Vieh sogleich tod zu schlagen, scheint in den Niederlanden nicht statt finden zu können.

Auch die Schafzucht wird nicht vernachlässigt. Schafe und Råhe werden in Holland seit dem Jahr 1740 mit einander auf einerley Weide getrieben, ob man gleich dafür

dafür hält, daß ihr fettes Gras den Schafen nicht sehr heilsam sey.

Die Wolle, die man in Nordholland und auf der Insel Texel zieht, wird bey einigen Arbeiten für die beste gehalten, und größtentheils nach Frankreich roh ausgeführt, worüber sich die Ausländer die hiervon abgeht, zu wundern pflegen. Die Friesländer, die ihre eigene Wolle ziehn, und daraus mancherley Art von Zeug verfertigen, haben den 18ten März 1764. ihre Ausfuhr wieder frey gegeben, nachdem sie dieselbe den 16ten März 1743. verboten hatten. Vergeblich hat man daran gearbeitet, fremde Schafe von der besten Art, an das Niederländische Klima zu gewöhnen, um von ihnen Wolle, die der Spanischen und Portugiesischen gleich käme, zu erhalten, vergleichen den dortigen Tuchfabrikanten fehlt. Nicht einmal auf dem Vorgebürge der guten Hoffnung hat man bis jetzt diese Absicht erreichen können.

Von der Jagd werde ich unten reden.

§. 43.

Die Niederlande bringen keine Metalle hervor. Von dem Eisenerze (oer), das einige Gegenden in Overijssel und Geldern liefern, und das daselbst gegossen wird, findet sich unbedeutend wenig. Selten trägt es sich zu, daß man an der Küste des Meerbusens der Südersee, in gleichen bey der Insel Urk, und im Meerbusen Dollart, etwas wenigens von Bernstein findet.

Kalk wird aus Seemuscheln gebrannt. In Lütich wird ungelöschter aus Kalkstein verfertigter geliefert. Steine, womit man die Straßen in den Städten und Dörfern von Holland pflastert, und die wider das Meer aufgeführten Dämme befestigt, werden von andern Orten

ten hergeholt. Im Lande Gröningen pflastert man die Wege mit großen Steinen, und bricht zu dem Ende hin und wieder ganze Schichten von dieser Art aus. Die Holländer verfertigen aus ihrem Thon die vortreflichsten Backsteine.

In dem vorigen Jahrhundert ward die Frage reg gemacht, ob der Sand an der Küste des Meers Gold bey sich führe, oder ob der Ertrag des gesammelten Goldes die dadurch verursachten Unkosten übertrage? Der gelehrte Becher bejahte es, und suchte es durch Untersuchungen zu beweisen. Man sehe die Vorrede des von ihm selbst im Jahr 1680 geschriebenen und zu London herausgegebenen Buchs: vom Sanderze (*minera arenaria*). Aber die Staaten von Holland verwarfen im Jahr 1679 den von neuem vorgelegten Versuch.

Wie die alten Teutschen, und vielleicht auch die Niederländer das Salz zubereitet haben, erzählt Varro in dem Buch von dem Landbau 1 B. 7 C. ingleichen Plinius in seiner Naturhistorie 31, 8. Tacitus in den Annalen 13, 57. In Ansehung der Provinz Seeland sehe man das große Privilegium der Maria von Burgund, den 41 Art. Jetzt führt man das Salz ein. Man bringt es aus Portugal, vermischt es mit Seewasser, sottet und bleicht es. Das Salz, das in diesem Seewasser enthalten ist, ist von der Art, daß aus einem Pfunde drey Drachmen Salz erhalten werden.

Die Walkererde, deren Ausfuhr die Engländer verboten haben, wird aus Brabant zum Walken nach den Niederlanden gebracht.

§. 44.

Von einem großen Theile der Niederlande gilt das, was der Dichter Douss vornahls schrieb: Wir wohnen

nen mitten im Wasser. Zum Trinken und Essen bedient man sich in Holland des Regenwassers, das man in Cisternen sammlet, sich setzen und klar werden läßt, welches gewöhnlich besser, als das Brunnenwasser, ist.

Fast der halbe Theil von Holland steht unter Wasser; allein durch den Fleiß der Einwohner und Sorge der Obrigkeit hat man es dahin gebracht, daß man von dem Reichthum, den man an Wasser hat, soviel Vortheil, als möglich, zieht. Vermittelt der mit vieler Mühe und Kunst gebaueten Canäle fährt man mitten in den Städten von Holland auf Schiffen. Zu gesetzten Stunden gehn kleine Schiffe mit Briefen, Kasten, und Passagieren ab, die für einen bestimmten geringen Preis gefahren werden, und landen auch zur festgesetzten Zeit durch die an vielen Orten auf dem Felde gegrabenen schiffbaren Canäle an ihre Stationen an, und vertauschen auf eine leichte Art die Seggüter mit den Landprodukten.

Indessen gereicht auch der große Ueberfluß an Wasser den Holländern zu nicht geringem Schaden. Kaum gräbt man einige Fuß tief in die Erde, so stürzt das Wasser hervor, welcher Umstand vorzüglich bei dem Bauen nachtheilig ist. Deswegen muß man zuweilen mit vieler Mühe und großen Kosten Pfäle in sumpfigte Dörter zur Stützung der darauf aufzuführenden Gebäude, und zwar fast in der Tiefe, als die Höhe der Gebäude beträgt, einrammen. Hierzu kommt noch, daß die Flüsse wegen ihres langsamen Laufes zum Meere oft stehen bleiben, wodurch ein pestilentialer Geruch in den Canälen, die durch die Städte gehn, zur Sommerszeit, und manche andere Unbequemlichkeiten, verursacht werden. Da auch in niedrigen und sumpfigten Gegenden die feuchte und mit Salz geschwängerte Luft die Sachen leichter, als auf höhern und trocknen Dörtern, ver-
bleibt,

birbt; so haben sich die Einwohner weit sorgfältiger der Reinlichkeit, als an andern Orten geschehen darf, befließen müssen. Dies ist die Ursach, weswegen Ausländer sie bisweilen einer zu großen Ergebenheit gegen die Reinlichkeit beschuldigen. Besonders treibt sie diese so große Menge Wassers stets dazu an, ihre Sorge für die Abwendung ihres Schadens unermüdet thätig seyn zu lassen. Ueberall hat man in den Holländischen Feldern Graben nöthig, um durch sie das Wasser von den neben liegenden Aekern abzuliehn. Städte, Dörfer, Aekter, fast jedes Haus muß seine Dämme, Schleusen, Wehre und Mühlen haben, um das Wasser nach Erforderniß auf die Aekter einlassen, aufhalten und wieder wegbringen zu können. Deswegen müssen ununterbrochen große Bensteyern, und zwar theils zum öffentlichen Schatze zur Abhaltung der dem ganzen Lande nachtheiligen Ueberschwemmungen, theils an die über jeden Acker gesetzte Obrigkeit, entrichtet werden, die für die Dämme in einzelnen Distrikten Sorge trägt. Aus der Größe dieser Unkosten erwächst der hohe Preis, für den Ländereyen verpachtet zu werden pflegen, und dieser vermehrt nicht wenig die Theurung der Früchte und aller Landprodukte; er treibt aber auch nebst so vielen andern Arten von Bensteyern, Abgaben und Kosten die Einwohner zur Sparsamkeit an.

§. 45.

Durch die vielen Seen ist ein großer Theil des fruchtbarsten Landes verlohren gegangen. Sie sind zwar von Fischen voll, und haben den Nutzen, daß sie, wenn das Wasser steigt, und eine große Ueberschwemmung droht, ihm gleichsam einen Schuß darbieten, worin es sich ausschütten kann, so lange vom Meere kommende Winde seinen Lauf in dasselbe aufhalten. Es giebt indessen nur zu viele und zu große Seen. Hier von finden sich verschiedene Ursachen.

sachen. Der Boden ist gegen das Meer flach; die Betten der Flüsse sind höher, als das umherliegende Land; durch die Vernachlässigung der Durchbrüche in den Dämmen, oder durch die zu große Gewalt des Wassers, werden häufige Ueberschwemmungen verursacht; man ist zu sorglos in Ansehung der Caution, die deswegen gemacht werden muß, damit durch das Ausgraben des Torfs keine große Seen entstehen sollen. In Nordholland sollen sich auf achtzig Seen befinden. In Südholland ist, außer den nicht kleinen Inseln Putten, Stryen, und Voorne, im Jahr 1421 in derselben Nacht, wo verschiedene Dörfer untergingen, der See Biesbosch entstanden. S. van de Wal Priv. von Dordt. I, 468. u. f. S. Der Harlesmer See faßt auf die 19,500 Akker in sich, außer 9,500 unter Wasser gesetzte Akker, von welchen er durch einen kleinen Raum landes abge sondert wird. Man muß mit vielen Kosten das schwer drückende Wasser dieses Sees zurückhalten, daß es nicht auf die benachbarten Felder eindringt. Es hat aber bisher jährlich einige Akker weggenommen. S. die Niederl. Jahrbücher vom Jahr 1766. S. 621. Jahr 1772. S. 1101. Jahr 1773. S. 315. 385. 471. Jahr 1774. den Mon. Julius. Deswegen hat man wegen der Austrocknung dieses Sees, und Abführung seines Wassers durch einen Canal bey Katwyk ins Meer, oft viele Berathschlagungen angestellt, die ohne Erfolg gewesen sind. S. Temple memoires des Prov. Unies S. 174.

§. 46.

Der Ursprung des Austrinischen Meerbusens (Südersees) ist in dem See, der seit langen Zeiten IJero heißt, sein plötzliches Zunehmen aber in der Gewalt des Euxinischen Meers zu suchen. Man sehe C. de Se. Simon histoire de la guerre des Romains et des
Bata.

B. d. natürlichen Beschaffenheit des Landes. 61

Baraves, Vorred. S. 8. Es enthält dieser Meerbusen auf 325,000 Akker. Die Benutzung dieses Sees und die Herrschaft über denselben gehört den Staaten, deren Lander ihn umgeben. Wegen des Rechts zu fischen hat die Provinz Overyssel mit den Holländern einen Vertrag gemacht, den Pontan in der Geschichte von Geldern S. 866 anführt. Als die Provinz Geldern den Holländern die freie Fischerey versagte, so beschloßen die Generalstaaten den 20. April im Jahr 1674, die Einwohner von Geldern und Overyssel unter der Bedingung in die Rechte der Vereinigten Provinzen wieder einzusetzen, daß die Bürger von Holland sie in dem ihnen gewissermaßen zukommenden Besiz des Rechts, in dem Austrinischen Meerbusen und schwarzen Wasser zu fischen, nicht abhören sollten. S. Nled. Ges. B. I, 114. doch vergleiche man damit Schraffents Harderowich S. 25.

Das Wasser, das man gewöhnlich das Z (het Z) nennt, glaubt man, entspringt an dem Orte, der Pampus heißt. Dieser hindert theils durch seinen morastigen Grund; theils durch seine geringe Tiefe die größern Kaufardenschiffe sich der Stadt Amsterdam zu nähern, und vertheidigt sie dadurch gegen den Angriff feindlicher Kriegsschiffe. Was vornahls Jorbin wegen der vorzunehmenden Einäscherung dieser Stadt sich rühmte (*Memoires du Chevalier de Jorbin* II, 282), ließ sich leichter großsprecherisch sagen, als ausführen.

§. 47.

Durch die vereinigten Niederlande gehn große und fischreiche Flüße. Die vornehmsten sind, der Rhein, nebst den verschiedenen Armen, wodurch er sich ins Meer ergießt; die Maas, Schelde und Rysel. Der mittelmäßige Arm vom Rhein, der von Leiden durchgeht, und der allein den

den Nahmen Rhein behält (es ist ungewiß, wenn, und wie, er verstopft worden ist), endigt sich bey Catwyk, und hat einen seiner alten Majestät unwürdigen Ausgang. Das Bett des Rheins, des Lekts, der Maas und Rffel ist durch die Erde, die aus den höhern Gegenden hieher gebracht, und zusammen geführt worden ist, und den das langsam gehende Wasser nicht hat wegführen können, nach und nach höher geworden. Daher verursacht das Wasser, wenn es anläuft, oft so schädliche Ueberschwemmungen, und drohet die fürchterlichsten, wenn der Westwind stark wehet. Die Provinzen Holland, Overyssel, Geldern und Utrecht haben oft viel darüber berathschlägt, wie der Gefahr und dem Schaden, der hiers aus für die Schifffahrt entstehen kann, abzuhelfen wäre, haben auch, insonderheit im Jahr 1767 und 1768. dem Könige von Preußen ihre Entwürfe, in Hinsicht auf die alten Verträge und den gemeinschaftlichen Vortheil, mitgetheilt. Die Provinz Geldern, Utrecht, Overyssel hat versprochen, als sie in die alten Rechte der Societät wieder eintreten wollte, daß sie weder geradezu, noch durch Umwege sich dem widersetzen wolle, was die übrigen vier Bundesgenossen, oder einer von ihnen zur Wiederherstellung des tiefen Bettes von dem Niederrhein und der Rffel beschließen würden. S. Niederl. Gef. B. 114.

§ 48.

Das Deutsche Meer umgiebt einen Theil der Niederlande. Wie weit der Besiz und die Herrschaft über dieses das Land begrenzende Meer gehe, muß nach dem Völkerecht beurtheilt werden. Die Niederländischen Gesetze sind hierinn unbestimmt.

Da es zur Fischeren und Schifffahrt bequem liegt, so verschafft es den Einwohnern Unterhalt und Vermögen.
Es

Es hat oft großen Schaden verursacht; wenn es von wüthenden Stürmen aufgetrieben worden ist (§. 26. 46.), und es pflegt auch noch jetzt neue Gefahren zu drohen. Man sehe die Niederl. Jahrb. vom Jahr 1775. und 1776. Von den merkwürdigen Schäden, die seine Gewalt angerichtet hat, redet Schmit in seiner Schattkammer der Niederl. Oudheden; Outhof in dem Verhael van de Waterploeden; Brugmans in der Schrift von den Denkmälern verschiedener Veränderungen, die der Niederländische Boden erlitten hat. Ferner s. Leibniz Protogaa S. 85.

§. 49.

Zur Abhaltung so vieler und großer Gefahren, womit das Wasser täglich droht, bedient man sich vorzüglich der Dämme, die auf öffentliche Kosten aufgeführt werden, und hat Vorschriften und mit obrigkeitlichem Ansehn versehene Personen, die die Obliegenheit auf sich haben, für das Wasser und die Dämme Sorge zu tragen.

So wie die Noth überhaupt sinnreich macht, so hat sie auch die durch häufige Ueberschwemmungen geängstigten Niederländer gezwungen, in Errichtung der Vertheidigungsmittel wider das Meer, wider ihre große Seen und Mündungen der Flüsse unermüdet zu seyn. Daher die so alten Hügeln, die mit der Hand aufgeführt sind, und gewöhnlich Terpen, Oudterpen genannt werden, wosin ein jeder Hausvater mit seinem Viehe flüchten könnte; daher die Namen der Dörfer, die sich auf dyk endigen; daher so viel mit vieler Kunst erbaute Dämme, welche Kunst zu bauen van Bleuswyck in der Abhandlung von den Dämmen vortreflich abgehandelt hat. Vorzüglich bewundert jedermann die Kosten und den unermüdeten Fleiß, den die Seeländer bey der Aufführung des Westcappelschen

ischen Dämmen angewandt haben, und den sie wider die Wuth des ihn stets untergrabenden Meers zu beschützen ununterbrochen fortfahren. Er ist ohngefähr 890 Fuß lang, 32½ breite, und 25 hoch. Er ist nach dem Meere hin ein wenig abhänlg, und wird mit einem Dache nach der Seeſeite zu bedekt, damit die Kraft der Wellen daran brechen möge. Ihn vertheidigen hiernächst Zelfenſtücken, die man gegen das Meer gerichtet hat, und Pfähle die in das Ufer getrieben ſind, welche durchaus mit Nägeln, die im Lüttigischen verfertigt werden, dicht beſchlagen ſind, ſo daß kein leerer Platz geſaßen iſt, damit ihnen die Würmer keinen Schaden zuſügen können. Dieſe ſchädlichen Würmer hat man erſt im Jahr 1731. an den Küſten von Seeland und Nordholland bemerkt.

§. 50.

Die Verordnungen, die zur Aufſührung, Erhaltung und Wiederherſtellung der Dämme ſeit zweihundert Jahren gemacht ſind, tragen zu der Sorge, die man ihrentwegen trägt, viel bey. S. Smallegange Chronik von Seeland 1. Th. 2. B. 23. Cap. Unter andern haben die Generalſtaaten den 25. April im Jahr 1711 verordnet, daß aus dem vor den Dämmen befindlichen Seegründe bey der Inſel Texel, Vlieland, Eierland, ingleichen bey Nordholland und Weſtfrieſland keine Muſcheln ausgebrochen werden ſollen. Eben ſo haben ſie Privatperſonen das ſo nachtheilige Wegſchneiden des Meereſchilfes den 29. May im Jahr 1713 unterſagt (S. Niederl. Geſ. B. V. 926 u. f. Seit.), welches die Holländer ſchon den 30. Junius im Jahr 1699 verboten hatten. So haben auch die Frieſländer (Frieſl. Geſezb. IV, 8.) befohlen, daß niemand ſich unterſtehn ſolle, ohne öffentliche Erlaubniß, Sand und Erde von der Seeſeite zum Schiffballaſt auszugraben, indem durch
der

dergleichen Ausgraben sowohl die Pfähle, die in das Ufer deswegen eingerammt zu werden pflegen, damit die Wellen sich daran brechen sollen, als auch die Dämme beschädigt würden. Es ist auch bey ihnen mit Rechte das ein Theil der landesherrschaft, daß Besizer solcher ländereyen, die zunächst an den Dämmen liegen, gezwungen werden können, ihre Aecker für einen mäßigen Preis zum Besten der ganzen Societät zu verkaufen. M. S. die Friesl. Ges. 4 B. 8 Tit. 1 Abschn. u. f. Wer in einen Damm eine Oefnung macht, wird mit dem Schwerdte bestraft. S. den Befehl der Staat. von Holl. vom 23. Nov. des Jahres 1675. Wer in Seeland bey dem Zeichen, das zur Abtreibung einer allgemeinen Gefahr gegeben wird, nicht erscheint, der wird mit 50 Pfund ¹⁾ bestraft.

§. 51.

Es fruchten aber gute Gesetze wenig, wenn niemand da ist, der beständig auf ihre Aufrechterhaltung sieht. Deswegen sind von alten Zeiten her in den Niederlanden besondere Obrigkeitliche Personen bestellt worden, die auf die wegen des Wassers und der Dämme gegebenen öffentlichen Gesetze Acht haben, und selbst Verordnungen, die hierbey erforderlich sind, ergehen lassen können. In Holland ist die Besorgung der Dämme, des Wassers und der Wege nach mehrern Distrikten vertheilt. Einzelne Distrikte (Holl. *Heemraad Schappen*) haben ihr eigenes Collegium, das aus einem Präsidenten, der *Chomarch*, *Dyktgraaf* heißt, und einigen *Afgeschoren*, *Heemraden* be-

1) Ein Pfund beträgt sechs Holländische Gulden. Uebrigens ist jetzt die Rechnung nach Pfunden nur in Antwerpen, Brüssel und den Oesterreichischen Niederlanden in der Buchrechnung üblich.

besteht. Diese Personen geben in ihrem Distrikte Verordnungen, und vollziehen die von der höchsten Obrigkeit gegebenen, und da sie in Angelegenheiten von dieser Art Jurisdiktion und Gewalt haben, so fehlt es ihnen eben so wenig an Ansehen, als an Macht. Der Freyheit wegen, die alle niederländische Einrichtungen athmen, sind dieser Obrigkeit noch einige Gutsherrn von den in diesem Distrikte gelegenen Ländereyen (Zooft Inghelanden) zugegeben, die theils gewählt werden, theils ein immerwährendes eigenthümliches Recht dazu haben. Diese unterziehen sich zwar dem Rechtssprechen, dem Halten über die gegebenen Verordnungen, und der Verwaltung der übrigen Obliegenheiten nicht, aber sie haben das Recht, daß ihnen jährlich die Berechnung der Einnahme und Ausgabe vorgelegt wird, und, wenn sie es verlangen, neue Abgaben von den Aefftern angeordnet, Zins gehoben, Neuerungen in Anfrage gebracht, und neue Arbeiten bedungen werden. Mehreres hiervon zeigt Van Wynen in der Abhandlung von dem Rechte der Dämme, und werde ich in dem 2 Th. anführen.

§. 52.

So viel von der Verfassung der Europäischen Länder und von den Geschenken, die die Natur ihnen theils kärglich, theils freigebig verliehen hat. Da es viel Produkte giebt, die die Niederlande nicht, wenigstens nicht in der Menge, die man gebraucht, liefern, so sieht man hieraus, wie nothwendig ihnen der Handel mit den Europäischen Nationen sey, um das zu erlangen, was die Einwohner sowol zum Unterhalt, als auch zum Gebrauch der Handwerke und Künstler, nöthig haben; ich will nichts von dem sagen, was die Kaufleute, um es nach allen Gegenden hin zu verschiffen, weit und breit zusammenhohlen. Dahin rechne ich die Waaren, z. B. Rindvieh, Getraide,

B. d. natürlichen Beschaffenheit des Landes. 67

e, Salz, Wein, Oel, Schiffbauholz, Hanf, Lech, Thran, Steine, Marmor, Metalle, Holz, Wolle, Färbereysachen, Seide, Felle und dergleichen.

Die Länder jenseits des Meers (§. 30.) liefern Waaren, die in Europa nicht erhalten werden, und zum Theil sehr nützlich sind; zum Theil aber ihren Werth der bloßen Meinung, die man von ihnen hat, und dem Luxus zu verdanken haben.

Aus den Afrikanischen Ländern wird Gold und Elfenbein eingeführt. Das Gold spülen die schnellfließenden Ströme von den Bergen ab. Unter ihren Ufern suchen es die Einwohner aus dem Sande heraus, und tauschen es an die niederländischen Kaufleute gegen Tabak aus. Denn an der Küste von Guinea gebrauchen die Einwohner den Tabak statt des Geldes. Dessen pflegen auch die Portugiesen, die den Brasilianischen Tabak dahinbringen, in dem Slavenhandel nützlich zu seyn.

Aus den Ländern, die die Niederländer in Amerika besitzen, bringen sie Zucker, Koffee, Cacao, Baumöl, und allerlei zur Färberey erforderliche Sachen, solchen Zimmerholz. Von der physischen Beschaffenheit des niederländischen Guiana hat Hartsing in seiner Beschreibung von Guiana; Bancroft, Essay of the natural history of Guiana, und Kottböl in den Beyträgen zur Botanik von Surinam gehandelt.

§. 53.

Von dem Vorgebürge der guten Hoffnung exportirt man Wein, und aus den Asiatischen Ländern, vieler manchen Arten von Waaren, die auch an andern

Dertern erzeugt werden, Muskatennüße, Muskatennüßblüthe, Gewürznelken und den besten Zimmet. Hiermit haben die Niederländer einen ausschließenden Handel. Banda liefert Muskatennüße, und ist eine im geringsten nicht gut zu bewohnende Insel, indem die Natur ihren Einwohnern das entbehrliche, das sie selbst fast nicht genießen, in reichlichem Maaße ertheilt, und das nothwendige versagt. Gewürznelken giebt allein Amboina. In den Molukkeschen Inseln sind, einem mit ihren Königen gemachten Vertrage zu Folge, die Bäume, die diese Frucht tragen, ausgerottet worden, damit nicht durch ihre große Menge der Preis dieser Frucht zu tief falle. Der Vorsatz, in eben dieser Insel Amboina Muskatennüße zu ziehen, die denen von Banda gleich käm „ ist nicht von Erfolg gewesen. Der beste Zimmet wächst auf der Insel Ceylon. Die Holländer sammeln ihn daselbst, theils in ihrem eigenen Gebiete, theils kaufen sie ihn von den Einwohnern abgeschält für einen festgesetzten Preis, nach welchem sie für 88 Pfund 24 Gulden bezahlen. Sie dürfen vermöge des Friedens vom Jahr 1766 (§. 31) dieses Gewürz an niemand anders, als an die Indische Gesellschaft verkaufen.

Die Versuche, welche die Franzosen in ihrem Guiana angestellt haben, wodurch sie den besten Zimmet, Pfeffer, und Gewürznelken zu erzeugen hofen, sind nicht nach Wunsche ausgefallen, und man kann noch nicht wissen, ob die besser ausfallen werden, die man zur Fortpflanzung der Muskatennüße jetzt in Isle de France und Isle de Bourbon *) anstellt. Es hängt der Erfolg

*) Dies sind zwei kleine Inseln im Aethiopischen Meere, die die Franzosen seit dem Jahre 1659. besitzen. Die letztere übertrifft an Güte des Bodens die erste weit, die einen

I. d. natürlichen Beschaffenheit des Landes. 69

Es hier von nicht allein davon ab, ob das Klima an beyden Orten von gleicher Beschaffenheit ist, sondern auch von der Art des Landes, und von dem Zusammentreffen anderer anderer Ursachen, die man kaum alle ergründen kann. Die Bemerkung des Jussieu Aublet in der *histoire des plantes de la Guiane Francoise* II, S. 86 u. f. ist artig, man müsse nemlich bey solchen Versuchen nicht darauf sehen, was geschehen könne, sondern was von wirklichem Erfolge sey. Wenn es ihnen glücken sollte, so werde die Niedrigkeit des Preises, die den Ueberfluß zu gleichen pflegt, es bald dahin bringen, daß die selbst wenig Urtheil von ihrem Unternehmen haben würden, die den Urtheil der Holländer zu schmälern suchen.

Das vierte Capitel.

Von den Einwohnern der Republik.

§. 54.

Nachdem wir den Zustand der Europäischen Länder kennen gelernt haben, gehn wir zur Betrachtung der Menschen fort, die sie bewohnen. Man rechnet ihre Zahl auf zwey Millionen. Es lassen sich verschiedene Ursachen dieser großen Menge bey dem kleinen Raum, den das Land einnimmt, außer der Fruchtbarkeit der Nation, angeben. Ich rechne ich vorzüglich die Hofnung, die das Volk hat, sich und seine Kinder durch Tagelöhner Arbeit, oder

einen feuchtigten und heißen Boden hat. Nach den neuesten Nachrichten soll auf beyden der Gewürznelkenbau vortreflich gedeihn.

oder durch die Frengeligkeit der Begüterten, ernähren zu können. Diese Hoffnung zieht häufige Ehen und ein Verlangen nach Kindern nach sich. Ferner glaube ich von dieser Menge von Einwohnern einen Grund in dem großen Zuflusse von Auswärtigen seit der Gründung der Republik, zu finden, ingleichen in den seltenen Auswanderungen der Eingebornen.

Es trägt auch zur Erhaltung der ansehnlichen Volksmenge nicht wenig bey, daß man stets dafür sorgt, das abzuhalten, was der Gesundheit der Dörter schaden kann. Der Hang zur Reinlichkeit befindet sich bey den Niederländern im höchsten Grade, und ist ihnen gleichsam angeborn. Dies ist auch hier vorzüglich nöthig, um den Schaden, den die feuchte Luft nach sich zieht (§. 35. 44.), zu entfernen, und zu verringern. Zu diesem Behufe dienen die öffentlichen Anstalten in den Städten und Dörfern, wodurch man das erhält, daß jegliche Sammlung von Unreinigkeiten entweder durch die durch Kunst gegrabnen Canäle weggeführt, oder sonst sogleich weggefahren wird.

§. 55.

Berechnet man die Zahl der Menschen, die die Schifffahrt, die Auswanderung in die Colonien (es gehn jährlich einige tausend nach Ostindien ab), ingleichen der Kriegsdienst zu Lande und zur See vom Heuerathen und der Fortpflanzung abhält, so könnte man sich wundern, wie es komme, daß die Zahl der Einwohner immerfort dieselbe bleibt, die sie vordem gewesen ist. Daß aber hieraus keine Verminderung der Einwohner entsteht, macht vorzüglich die Menge der Fremden, die zu Lande und zur See Kriegsdienste verrichten, oder sich an die Schiffer verdingen, oder jährlich nach Indien geschickt werden; die auch in die Provinzen kommen, um bey Werk-

meistern

meistern zu dienen, oder bey Kaufleuten sich in die Lehre zu geben. Viele von diesen Leuten lassen sich, nachdem sie Gelegenheit erhalten haben, ihre Vermögensumstände zu verbessern, insonderheit in Holland, häufiglich nieder. Hierzu kommt noch eine große Menge von Dienstleuten, die durch den reichlichen Lohn und wenigen Arbeiten gelobt, aus andern Gegenden hieher kommen, und hier bleiben. Sie lassen sich entweder durch Heuerathen fesseln, oder nähren sich durch die Vortheile, die ihnen eine kleine Handlung mit Waaren, die sie anfangen, verschafft, oder sie erhalten durch die Güte derer, denen sie sonst gebient hatten, oft sehr einträgliche Bedienungen.

§. 56.

Wenn man den Flor eines Staats daraus abnehmen kann, daß in demselben sich viel Ausländer niederlassen, und wenige aus ihm herausgehn, so wird man leicht abnehmen können, was von der Beschaffenheit der Republik zu halten sey (§. 53. 54.). Die Natur hat den Einwohnern die Denckungsart verliehen, daß ein jeder, wer da wolle, den Werth des bessern Lebens schätzen, und die Mittel dazu suchen könne.

Die Republik Holland kann ein Beweis seyn, wie richtig der Satz der politischen Schriftsteller sey, daß in einem jeden freyen Staate, auch in souverainen Reichen, die gelehrten Bürger sich nützlicher und verdienster, als die ungelehrten und gleichsam maschinenmäßig arbeitenden, machen. Denn auch die auf dem Lande lebenden nicht ganz geringen Einwohner haben nicht blos Kenntnisse vom Ackerbau, sondern auch von andern Dingen, als von der Handlung, oft auch vom Staate, und erhalten, theils durch Unterredungen, welche durch die vielen kleinen Schiffe, die täglich von allen Seiten her von frühem Morgen an

fah-

fahren, befördert werden (§. 41.), theils durch Bücherlesen und die Zeitungen, Unterricht. Für den Unterricht des gemeinen Volks ist eine große Zahl von Trivialschulen angelegt.

§. 57.

Die Niederländer beweisen nicht bloß durch Geschicklichkeit im Handel, und der Kunst, aus dem, was an andern Orten nicht getrieben wird, Gewinnst zu machen, und durch Kenntniß des Seewesens die Größe ihres Senies, sondern auch durch alle Arten von Künsten und Wissenschaften. Mit Recht können sie sich zu Männern Glück wünschen, die sich im Kriege und Frieden bey der Verwaltung des Staats groß gezeigt haben. Auch dies ist kein geringer Beweis von ihren angebohrnen und durch Erziehung verbesserten Talenten, daß sie, indem sie nicht voreilig, aber mit vieler Ueberlegung die wichtigsten Geschäfte betreiben, desto seltener sich einen Irrthum oder eine Täuschung zu Schulden kommen lassen.

Sie sind auch nicht bloß Nachahmer von den Werken, deren erste Erfinder Ausländer gewesen sind, oder Verbesserer und Verfeinerer derselben, sondern sie haben neue, dem menschlichen Geschlechte nützliche Erfindungen, ans Licht gebracht. Hierhin rechne ich mit Recht die Erfindung der Schrotzwe, der Mikroskope, Thermometer und Feuersprizzen. Den Ruhm der Erfindung der Buchdruckerkunst eignen die Harlemer ihrem landsmann Laut. Koster zu; doch die Straßburger und Maynz er suchen ihnen diesen Ruhm streitig zu machen, insonderheit was die Erfindung der aus Metall gegossenen Buchstaben anbetrifft. S. de Meermann Vertheidigung der Buchdruckerkunst. Mit der vor kurzem von dem gelehrten des Koches gemachten Conjectur, daß ein gewisser

Ludw

Ludwig van Valbeke aus Antwerpen diese Kunst im Anfang des 14ten Jahrhunderts erfunden habe, ver-
dient Breiskopf über die Geschichte der Buchdruck-
kunst verglichen zu werden.

§. 58.

Ein Kennzeichen und sicheres Merkmal von der Cul-
tur des Genies eines Volks ist die Vollkommenheit der
Sprache, die ein jedes Volk redet. Hier, in den Niede-
rlanden, ist, wenn man auf die Entstehung und auf die
meisten Regeln des Syntax sieht, eben die Sprache, die
man in Niederdeutschland redet. Die Griechen, zu
welchen vormals selten Ausländer kamen, haben lange
ihre alte Sprache unverfälscht behalten, die mit der alten
Englischen und Ostfriesischen übereinstimmt. Ueber-
haupt genommen ist die Niederländische Sprache sehr reich
an Worten, wodurch man Sachen und Begriffe von ein-
ander unterscheidet, und man ist daher im Stande, durch
sie, man mag gedrengt, oder vortreich, reden wollen,
sich deutlich, schön und nachdrucksvoll auszudrücken. So
wie man sie jetzt überall auszubilden sucht, so bemüht sich
vorzüglich die zu Leiden errichtete Literairische Ge-
sellschaft, die den 20sten May im Jahr 1775. von
den Staaten von Holland genehmigt ist, den wahren
Ursprung der Wörter und ihre Bedeutungen zu erfor-
schen, und diese Verbesserung der vaterländischen Sprache
zu erhalten. Es fehlt auch nicht an vortreflichen Werken,
deren Verfasser, die einen feinen Geschmack und ein durch
Natur und Kunst gebildetes Gefühl des Schönen verrat-
hen, die Leser in großer Zahl an sich ziehen, welche bey
Lesung ihrer Schriften die ganze Stärke der Niederländi-
schen Poesie und Beredsamkeit empfinden. Deswegen
werden jetzt viel Gesellschaften errichtet, deren Endzweck die
Ausbildung der Dichtkunst ist: deswegen arbeiten jetzt
viele

74 Erster Theil. Viertes Capitel.

viele Männer sorgfältig an der Uebersetzung ausländischer Schriften ins Holländische, und zwar mit glücklichem Erfolge, und der Handel mit Schriften, die zur schönen Litteratur gehören, hebt sich sehr durch häufigen und schnellen Absatz derselben.

§. 59.

Was die Lebensart der Einwohner in den Niederlanden anbelangt, so giebt es unter denen, die in den Europäischen Ländern wohnen, zwey Classen. Die eine besteht aus Personen, die sich mit der Verwaltung des Staats, oder anderer bürgerlichen und gottesdienstlichen Aemter, bey welchen sich Ansehn, oder Macht, befindet, beschäftigen. Diesen sind nun mehrere Arten niedrigerer Dienste untergeordnet, von welchen die mannichfaltigen Verrichtungen in den Niederlanden eine größere Menge nöthig machen, als an andern Orten, wo jene nicht sind, oder sich doch nicht von so ausgedehnter Beschaffenheit befinden, zum Beispiel, die Aufsicht über das Wasser, die Einhebung der öffentlichen Beysteuern und Abgaben, die Einrichtung der beyden Indischen Gesellschaften, u. d. m.

Die andere Classe der Einwohner begreift solche in sich, die keine andere Geschäfte, als Privatgeschäfte, für sich, oder andere, betreiben. Einige von diesen Leuten leben von ihren Einkünften, und zwar, vornehmlich in Holland, von den Zinsen ausgeliehener Capitale. Unter diesen giebt es nicht wenige sehr reiche Leute. Viele, und zwar mehrere, als bey den meisten Nationen, haben so viel Vermögen, daß sie davon standesmäßig leben können.

Ein großer Theil von Privatpersonen sucht, wie überall, durch seinen Fleiß sich etwas zu erwerben. Dahin gehö-

gehören die Ackerleute und solche Personen, die durch ihre Wissenschaft, Kunst, Arbeit, durch Schiffahrt und Handel von mancherley Art etwas Gewinnst machen. Die Kaufleute haben ihre Mäkler, Unterhändler, Banquiers zu ihrer Nebenhilfe. Man kann leicht einsehn, daß von dem Wohlstande solcher Leute, als diese Classe von Einwohnern ist, das reichliche oder spärliche Einkommen derer abhängt, die sonst kein Vermögen, als das, besitzen, was sie durch tägliche Arbeiten verdienen.

§. 60.

Die Größe der in dem Schoße der Republik enthaltenen Güter kann man aus dem Umfang des Handels und der Schifffahrt, aus der ungeheuren Menge des Wechselgeldes, aus dem vielen Gelde, das sie an auswärtige Nationen, insonderheit an England leihet, und aus der so kleinen Zinse, die an Holland verzinsset wird, und bisweilen nicht einmal $2\frac{1}{2}$ Procent beträgt, abnehmen. Die Quellen eines so großen Reichthums wollen wir unten untersuchen. Ueberhaupt kann man sagen, daß er durch Arbeit und Sparsamkeit erworben sey. Daher pflegt man gewöhnlich den Schluß zu machen, daß man darauf zu sehen habe, daß er nicht durch Luxus und Scheu vor anhaltender Arbeit wieder verlohren gehe.

§. 61.

Die arbeitsamen Classen unter den Privatpersonen werden durch die reichliche Gelegenheit, Geld zu gewinnen, zur Industrie angetrieben, hiernächst durch die Theuerung der nothwendigen Lebensmittel und Menge solcher Dinge, die nothwendig sind, oder dafür gehalten werden; ferner durch die Meinung des Volkes, daß Arbeit keinem republikanischen Manne zur Schande und Entehrung gereiche, endlich

endlich auch durch die Furcht vor der Armut. Den arbeitssamen kommt auch die geringe Anzahl der Feiertage zu statten, welche, außer dem Sonntag, der Gott geheiligt ist, auf vier Tage jährlich eingeschränkt sind. Indessen fehlt es nicht an häufiger Gelegenheit, den Gottesdienst zu besuchen. Junge Leute und Männer setzen den größten Gewinnst ihrer einträglichen Arbeiten oft darin, daß sie in Zukunft, wenn sie alt sind, ruhig, und auf eine anständige Art von ihren gesammelten Gütern leben können.

§. 62.

In Ansehung des Luxus, der den Reichthum und die Macht eines Staats schwächt, haben schon Viele schöne Erinnerungen und Vorschläge ertheilt. Luxus schadet überhaupt ganzen Republiken, wenn er auf einen zu hohen Grad steigt, das heißt, wenn er sich in zu häufigen Ausgaben, als daß man sie lange sollte aushalten können, zeigt. Hieraus entsteht auch das Uebel, daß man sich genöthigt sieht, bey überflüssigen Dingen verschwenderisch, und bey nothwendigen über die Maassen kurz zu seyn. Auch ist ein übertriebener Luxus nicht an sich selbst schädlich, sondern allein ein solcher, durch den die Güter zu den Ausländern gehn, ohne daß von ihnen ein Gewinnst zurückkommt, oder der, wenn er die Sinne beschäftigt hat, und zur Gewohnheit geworden ist, nicht allein Ekel, sondern auch Verachtung der Arbeit nach sich zieht.

Es fehlt aber nicht an solchen, welche behaupten, daß eine gewisse Art von Luxus dem Staate nicht schädlich, und jetzt, da sich der Vortheil der Handlung mit den Auswärtigen verringert habe, ihm heilsam sey. Dies sey ein solcher, der, indem er die Landleute, Künstler, Handwerker und Kaufleute nähre, zu gleicher Zeit die Perso-

nen

sonen nicht aussauge, die überflüssige Sachen mit großen Kosten anschaffen, und lieber die durch die Sparsamkeit der Vorfahren erworbenen Güter genießen, als sie unnützen ihr Leben hindurch anhäufen wollen. Die einzige Schwierigkeit hierbei liegt in der Kunst zu verhindern, daß ein solcher Luxus durch die Nachahferungssucht nicht um sich greife und dadurch schädlich werde.

§. 63.

Das Verhältniß der Anzahl der auf dem Lande und in den Städten lebenden ist sich nicht überall gleich. In Holland, glaubt man, wohnen in den Städten noch einmahl so viel Menschen, als auf dem Lande. Dieser Umstand beweist die Wahrheit der Bemerkung, daß zur Erhaltung und Wachsthum einer großen Volksmenge nicht sowohl die Einathmung der gesündern Landluft, als vielmehr die Menge von einträglichen Geschäften beitrage, es mögen die Bürger auch auf dem Lande leben, oder in Städten eingeschlossen seyn.

Die politischen Schriftsteller merken dies mit Recht als etwas tadelnswürdiges bei einigen Europäischen Völkern an, daß durch die vielen den Städten zufließenden Menschen dem Ackerbau die gesunden und nöthigen Arbeiter entzogen, und in den Städten durch den Luxus der Reichen zu lastern und zum Müßiggange hingerißen, und für den Staat untauglich gemacht würden. Holland, welches nicht sowohl durch Ackerbau, als durch Schiffarth, durch viele Fabriken und durch den Handel groß ist, leidet den Schaden, den andere Staaten durch die Menge der Menschen in den Städten empfinden, nicht. Ihm fehlt es nicht an Ackerleuten. Die Dörfer blühen, und reichen den Einwohnern der Städte fast alles, was zur Bequemlichkeit ihres Lebens erfordert wird; eben deswegen werden sie auch, außer ihren eigentlichen Bewohnern, dem Lande

Landleuten, von solchen Personen bewohnt, die von den Einnahmen ihrer Güter in der Ruhe leben.

Was die Landleute anbetrifft, so erwerben sich einige durch den Ackerbau, andere durch Schifferen und Fischfang, andere durch Geld, das sie aus der Arbeit bey den Schiffen lösen, und noch auf andre Arten ihren Unterhalt, und Vermögen. Der Kayser, Carl der fünfte, bestimmte in einer Verordnung vom Jahr 1531. auf Verlangen der Holländischen Städte in Holland Nahrungsgeschäfte, von welchen das Land ausgeschlossen werden sollte. Es verbot, daß außerhalb der Städte Weberstühle, Gerbereyen, Mauer, Zimmergewerke und andere, die zum Bedürfniß der in den Städten wohnenden Menschen erforderlich sind, weder statfinden, noch eingeführt werden, daß kein Getränke zum Verkauf gebrauet werden sollte, wenn dies bisher nicht schon an einem Orte geschehen sey, ingleichen daß keine Schenken und Bekkeren, innerhalb eines Raums von 600. Schuen von jedem mit einer Mauer versehenen Orte (wohin Almar und Haag mit gerechnet wurden) gestattet werden sollten, doch; unbeschadet der diesem widersprechenden Privilegien, wenn sie rechtmäßig bewiesen würden. Man nahm die Wiederherstellung der Kraft dieses Gesetzes im Senat der Staaten von Holland im Jahr 1668. wieder in Berathschlagung; aber hielt es für gut, von der Erneuerung desselben abzustehn, damit die vielen auf dem Lande wohnenden Menschen dadurch ihre Nahrung nicht verlihren mögten. Eben diese Sache trug man den 28. May 1669. den Staaten von Holland von neuem zur Berathschlagung vor.

§. 64.

Es ist kein undeutlicher Beweis von dem Wohlstande und der guten Einrichtung eines Staats, wenn in denselben

den für die Armen auf eine weise Art gesorgt wird. Kann man das Volk glücklich nennen, in welchem sich gar keine, oder nur wenige Dürftige befinden, so kann mit Recht ein solches diesem an die Seite gesetzt werden, welches die Armen, die es hat, auf eine freigebige Art erhält. Die weise Einrichtung der bürgerlichen Gesetze beurtheilt man in diesem Stücke darnach, wenn auf eine kluge Art den Ursachen der einreisenden Armuth Einhalt geschieht, oder sie ganz aus dem Wege geräumt werden, wenn hiernächst die Wohlthaten, die an wirklich Arme zu verwenden sind, so ausgeheilt werden, daß sie alle, bey einem so kleinen Verluste der übrigen Bürger, als möglich, deren genießen.

Die Armuth vieler Menschen in einem Staate rührt nicht allezeit von Unglücksfällen her. Ein Theil derselben schreibt sich in vielen Ländern aus der Faulheit, ein Theil aus dem Mangel an nahrhafter Arbeit her.

Die Faulheit wird durch verschiedene Ursachen veranlaßt, und, so wie sie nicht wenig durch zu freigebige Wohlthätigkeit der Begüterten genährt wird, ingleichen durch die Unvorsichtigkeit solcher Personen, denen die Sorge für die Armen aufgetragen ist, so kann sie auch, wenn die Hoffnung zu solchen Wohlthaten wegfällt, erstikt, und in Arbeitsamkeit verwandelt werden. Damit die Armen aber sich aus Mangel an Arbeit nicht genöthigt sehn mögen, auszuwandern, wenn sie sich ihrer Armuth schämen, und die, die sich derselben nicht schämen, dadurch nicht lasterhaft gemacht werden, so ist dieser Gegenstand überall der Aufmerksamkeit und Vorsorge der Obrigkeiten und Regenten würdig.

Eben deswegen hat die Stadt Amsterdam jetzt ein Werk vor, das dieser reichen Stadt würdig ist. Sie läßt ein Werkhause bauen, das 800 Menschen ernähren soll. Den

Den wirklich Armen kommt man in Holland mit einer besondern Freugebigkeit, die der Nation Ehre macht, zu Hülfe. Außerdem, daß die Obrigkeiten Personen anstellen, welche die für die Erhaltung der Armen bestimmten Güter verwalten, und ihnen Unterhalt schaffen müssen, so reichen auch die Bürger, die sich zu einerley Religion bekennen, ihren ärmern Religionsverwandten Lebensunterhalt dar. Ein Theil von den Geldstrafen, die den Armen, den Gesetzen zufolge, zufallen; Güter, die von alten Zeiten her zu diesem frommen Gebrauche bestimmt sind; Collekten, die Haus für Haus freiwillig gesammelt werden, und an manchen Orten auch ein Theil der öffentlichen Abgaben werden hierzu verwendet. An die Armen wird Geld, Brod, Torf ausgetheilt; sehr dürftige erhalten Kleidungsstücke und Wohnung. In vielen Städten und Dörfern giebt es öffentliche und privat Hospitäler. Die letztern sind solche, die von Privatpersonen aufgeführt und eingerichtet sind, und nach ihrem Willen, entweder von ihren Verwandten, oder durch Curatoren, die die Obrigkeit gesetzt hat, administriert werden. Die Waisenhäuser werden theils durch die Kosten der Religionsverwandten erhalten, theils sind sie allgemeine, und es werden darinn Kinder der Einwohner der Armut wegen aufgenommen, und gut erzogen, bis sie ein festgesetztes Alter (in Leiden sind es 25 Jahr) erreicht haben. Was sie während dieser Zeit täglich in diesem Hause, worinn sie unterhalten werden, durch Arbeit gewinnen, oder was sie außerhalb desselben durch Dienste, die sie fremden Personen thun, verdienen, pflegt der öffentlichen Kasse zuzufallen, oder an die Curatoren abgegeben zu werden.

In vielen Städten von Holland haben dergleichen Häuser das Recht von den Staaten erhalten, daß sie den Nachlaß derer, die sie ernährt haben, bekommen, wenn sie

sie ohne Kinder und Enkel sterben, ausgenommen das Geld, das ihnen durch Testamente vermacht, das sie geerbt, oder geschenkt bekommen haben, wovon die Curatoren der Häuser nur so lange sie leben die Zinsen genießen, und zum öffentlichen Gebrauch verwenden. M. s. das Dekr. der Staat. v. Holl. vom 6. Jun. 1733. in dem Nederl. Gesetzb. VI, 491. fern. ebendas. S. 659. und folg. S. 684 u. f. f. Doch man läßt dieses Recht zur Erbschaft der Verpflegten, z. B. der Waisenfinder oft, nach einem diesem entgegen errichteten Vertrag fahren, und nimmt ein gewisses Geld dafür an, das nach den Umständen dieser Leute verschiedentlich bestimmt wird.

Daß aber Städte und Dörfer nicht mit zu großem Zufluß von fremden Armen beschwehrt werden, ist durch Gesetze auf verschiedentliche Art verhindert worden. Darin kommen die mehresten überein, daß man vorz. erste den umherschweifenden Bettlern keinen Zugang verstattet, hiernächst, daß Privatpersonen kein Geld für Arme sammeln dürfen, außerdem, daß ein jedes Dorf, jede Stadt seine Armen erhalten muß, endlich, daß diese Verbindlichkeit auf keine Art durch das Wegziehen der zu einer gewissen Gemeinheit gehörigen Personen aufgehoben wird. Denn wer sich nach einen andern Ort begeben will, um daselbst sich häufiglich niederzulassen, muß von seiner Obrigkeit eine Versicherung einholen, daß er und seine Familie zu den für die Armen bestimmten Wohlthaten desjenigen Ortes, den er verläßt, sichere Zuflucht werden nehmen dürfen, wenn er selbst einmahl anderswo in dürftigen Umständen gerathen sollte. Wer in Brabant, ohne eine solche Versicherung, in einem fremden Orte Ein Jahr und 6 Wochen zubringt, verliert sein Armenrecht. S. Nederl. Ges. B. VI, 482. u. S. 498. 508.

In Utrecht verstatet man 52 Wochen. **S.** Utrecht. Ges. B. S. 758. ingleichen das von den Staaten dieser Provinz d. 5. Aug. 1777 gegeben ist, d. 20. Artikel.

In Friesland hört die Verbindlichkeit des Armenrechts mit dem fünften Jahre auf, daß jemand an einem andern Orte zubringt, wenn er eine Gemeinheit verlassen hat. **S.** Friesl. Ges. B. I, 21. und das Decret vom 5. April 1740. Ohne eine solche Versicherung wird an vielen Orten niemand als ein Bürger aufgenommen, und kein Fremder wird lange in den Städten geduldet, der nicht dargethan hat, daß er, wenn er in einer festgesetzten Zeit dürftig werden sollte (in Leiden sind es zwey Jahr), den Curatoren der Armenkasse nicht lästig werden wolle.

In Amsterdam ertheilt man diese Versicherungen, wovon wir jetzt geredet haben, wegen des großen Handels; weder den Abgehenden, noch fodert man sie von denen, die daselbst ankommen.

Das fünfte Capitel.

Von der Gleichheit und dem Unterschiede der Bürger.

§. 65.

Bürger nenne ich diejenigen freyen Leute, die sich innerhalb der Grenzen des Gebiets der Republik häußlich niedergelassen haben. Von ihnen sind dem Rechte und Pflichten nach die Vasallen (*clientes*) unterschieden, hiernächst die Ausländer, die in eben diesen Grenzen wohnen, daselbst Güter besitzen, und andere Fremde.

§. 66.

§. 66.

Die Fremden genießen theils das allgemeine Recht, theils das besondere. Die erstern sind solche, die nur das Gebiet der Republik durchreisen, oder die sich in demselben, ohne die Absicht, sich da niederzulassen, verschiedener Ursachen wegen eine Zeitlang aufhalten.

Dieser letztern Art von Fremden hat man schon in den Zeiten vor der Republik nicht allein ein billiges (*jus aequum*), sondern auch ein promptes Recht verstatet, nach der Art der Teutschen, vornehmlich an solchen Orten, wo eine Handlung von Bedeutung war. Dahin gehörten die Gerichte, die man für die Fremden zu halten pflegte, und die man Gastgedinge nannte. Man sehe das Gesetz des Röm. Königs Wilhelm bey Micris in der Urkundensammlung l. 275. die L. L. Middelsburgenses II, 8. u. f. f. Ferner die *Formula Officii* (gewöhnlich *instructio* genannt) des Obergerichts von Holland im 18. Artk. Es müssen auch die Holländer den Fremden durchaus eben die Gefälligkeiten und Billigkeit beweisen, die sie, da sie die ganze Welt durchreisen, überall erhalten und finden. Zuweilen sehn sie sich aber durch das Recht der Retorsion gezwungen, der Unbilligkeit zu folgen, um billig zu handeln. Das Heimfallsrecht (*jus albinagii* ^{*)}), das man wider die Franzosen ausüben mußte, ist durch einen Vertrag beyder Völker vom 23. Jul. 1773. abgeschafft. Der Gebrauch, den Beutten Theil der Erbschaften von Ausländern dem Fiskus zuzuschlagen, oder an den Schatz der Dynasten, oder der Städte,

§ 2

*) Nach dem *jus albinagii* fallen alle Güter eines Verstorbenen, dessen Verwandte und natürliche Erben in einem fremden Lande wohnen, dem Fiskus zu.

Städte, abzugeben, wird ebenfalls durch Verträge aufgehoben.

Unter den Fremden, die besondere Rechte haben, zeichnen sich aber besonders die Gesandten von auswärtigen Nationen aus, die hier den allgemeinen Namen der *Minister* haben. Diese sind nach dem Völker und einheimischen Recht unantastbar. Wer sich an sie, oder an ihre Bedienten und Wagen vergreift, und übel behandelt, wird eben so, als die Störer der öffentlichen Ruhe, bestraft. Sie stehen auch nicht unter der Jurisdiction und Gewalt des Staats. Aber die Bürger der Republik werden stets als ihre Bürger angesehen, als z. B. diejenigen Personen, welche von andern Nationen mit den Verrichtungen eines *Agenten* beehrt werden, und die ihnen aufgetragenen Geschäfte, die mehr in Geldangelegenheiten, als öffentlichen, bestehen, verrichten. Man pflegt sich hiervon eine ausdrückliche Versicherung geben zu lassen, wenn sie angenommen werden.

§. 67.

Vermöge der Staatsverfassung und der Gesetze haben die Bürger überhaupt ein gleiches Recht. Diese Gleichheit aller setze ich in dem Rechte, das sie alle auf gleiche Art durch die Verträge der Staaten mit andern Völkern erhalten haben, hiernächst in dem gleichen Schutze der Gesetze, die das gemeine Beste befördern, ferner in der Verbindlichkeit der Bürger, die Lasten und Bensteuern der Länder, die sie bewohnen, auf gleiche Art zu tragen.

Die Sorge, Gleichheit im gemeinen Leben zu erhalten, beweist sich darin, daß ein Mensch, als Mensch, und ein Bürger, als Bürger, seinen gehörigen Werth erhalte. In den Niederlanden werden Gebuhr und ander

re Glücksgüter von Achtung und Ehre begleitet; aber nicht bis auf einen solchen Grad, daß man dadurch Verachtung und Geringschätzung der übrigen, oder Herrschsucht, entstehen ließe.

§. 68.

Das Niederländische Recht erstreckt sich theils auf den ganzen Staat, und ist allgemein, theils auf die sämtlichen Bürger einzelner Länder besonders. Dieses letztere, welches zuerst aus Bedingungen, die einzelnen Bürgern unverbrüchlich versichert waren, oder aus Fundamentalgesetzen, entstanden ist, wird allen, ohne Ausnahme, auf gleiche Art zugestanden. Jenes hat seinen Ursprung, theils aus den Verträgen mit den auswärtigen Nationen, theils aus dem Bündniß der vereinigten Provinzen unter sich. Ein Beispiel von dem letztern Rechte wird der 18te Artikel eben dieses Bündnisses geben. Von dem erstern zeugen die mit Spanien errichteten Verträge. Als die Spanier anfangen, die in den Niederlanden wohnenden Juden von den Vortheilen, die aus diesen Verträgen erwachsen, auszuschließen, so beschloßen die Generalstaaten den 17 Jul. im Jahr 1657 sich ihrer anzunehmen, weil sie die Juden, die in dem Gebiete der Republik wohnen, durchaus als Bürger betrachteten, und daher auch als Leute, die des Rechts ihrer Bündnisse fähig sind.

§. 69.

Daß der Eifer für die Erhaltung der Gleichheit in einem Aristokratischen und Demokratischen Staate notwendig sey, hat der Verfasser gezeigt, der bisher am glücklichsten geheime Vorschläge bey der Gesetzgebung gegeben hat. Indessen eine völlige Gleichheit des Vermögens, Ansehns und Rechts ist etwas seltenes, und kann kaum

kaum erhalten werden, ist auch nicht überall gut. In Holland blieb eine gewisse Verschiedenheit des Rechts der Privatpersonen, als der Staat republikanisch ward, übrig. Diese beruht aber auf dem Schutze unumstößlicher Gesetze, und wird durch die Grenzen eingeschränkt, die diese bestimmen. Sie entspringt größtentheils aus fünf Quellen, nemlich aus dem Unterschiede des Vaterlandes, der Familien, Aufenthalts und Religionen, auch aus dem alten Zustande gewisser armen Leute, die Privatpersonen besonders verpflichtet sind, und gewissermaßen an ihrem Eigenthume haften.

§. 70.

Was zunächst das Ursprungsrecht (*jus originis*) anbelangt, so haben die Eingebornen, oder in den Niederlanden gebornen Bürger, nicht ganz einerley Rechte mit denen, die, als Fremde, Bürger geworden sind. Alle sind zwar den Gesetzen einen völligen Gehorsam schuldig, und genießen Rechte und Vortheile, die die Bürger mit einander gemein haben; allein gewisse Vortheile, welche nur wenige genießen können, vergleichen z. B. Obrigkeitliche und Ehrenämter sind, können nicht überall diejenigen, die ihr Wille, und die, welche das Schicksal, das ihnen Bürger zu Vätern gab, zu Bürgern machte, auf gleiche Art erhalten. Die Entstehung dieses Unterschiedes ist alt. Denn als z. B. die Herrschaft über Holland und Seeland an Bayern und Burgund kam, so war beyden Völkern daran gelegen, nach und nach zu verhüten, daß nicht auswärtige Personen, das heißt, solche, die außerhalb ihres Landes, oder nicht aus ihren Bürgern, geboren wären, Reichsverweser und Minister werden mögten. Damals war die Kriegs-, und die Reichsverfassung überhaupt in einem ganz andern Zustand. Bey wenigern Aemtern, als nachher erforderlich ward, befand sich damals Macht und

und Herrschaft: diese den Eingebornen zu entreißen, schien unbillig zu seyn. Das Recht des Volks und der Vornehmen stützte sich vorzüglich auf dem Herkommen und ward darnach beurtheilt. Man besorgte daher, es mögten Fremde, des Herkommens unfundige, die überdies unbegütert, und nicht durch das Band der Anverwandtschaft gebunden wären, entweder des ihnen nicht so sehr am Herzen liegenden Staats sich nicht annehmen, oder mehr auf die Vortheile ihrer Fürsten, als des Volks bedacht seyn. Deswegen versicherten sich die Staaten, oder die Provinzen, vorzüglich im funfzehnten Jahrhundert, daß niemanden, als nur Eingebornen, die Theilnehmung an der Regierung übertragen wurde. S. Niederl. Gesezb. III, 7. ingleichen das große Privileg. der Maria den 4. Artif. des Herrn van de Wal Handv. van Dordrecht II, 479. Wiewohl, wie Grotius sagt, hernach die Großen es nicht für gut befanden, sich dieses Rechts zu bedienen, als nur wider die Nationen, welche ein gleiches Recht gegen die Holländer ausübten. Siehe die Constit. Carl des fünften v. 7. Man 1555. in dem Niederl. Gesezb. III, 26. Auch nachdem die Republik frey ist, bleibt ein gewisser Unterschied, entweder auf immer, oder auf eine gewisse Zeit, aber nicht überall auf einerley Art. Hiervon werden wir im 2. Theile bequemer handeln können.

§. 71.

Es giebt noch ein besondres Ursprungerecht, welches nicht durch den Aufenthalt der Aeltern, sondern durch den Stamm und das Blut auf die Kinder gebracht wird. Die Rechte des Adels sind von den Rechten der übrigen freyen Leute sehr unterschieden, bey den Gröningern wenig, etwas mehr bey den Friesländern, bey den übrigen Völkern ist der Unterschied sehr groß, ausgenommen

nommen in Seeland, woselbst die Unruhen des bürgerlichen Krieges die alten Rechte des Adels begraben haben. Diese Verschiedenheit des Zustandes des Adels läßt sich, wie ich glaube, mit Recht aus der verschiedenen Regierungsform, die vor dem Entstehn der Republik vorherging, herleiten.

In der sogenannten mittlern Zeit gab es in den vereinigten Niederlanden, eben so, als in ganz Teutschland, verschiedene Ordnungen und Classen von Personen. Einige waren Edelleute (Freyherrn, Barone in der alten Bedeutung des Wortes), die eine gewisse Herrschaft über die in ihrem Gebiete wohnenden Menschen hatten, und durch einen eigenen Stand von den übrigen Freygebohrnen (ingenuis) unterschieden wurden. Diese Freygebohrnen, die auf dem Lande lebten, erhielten nachher den Nahmen der Edelleute, von welchen wir jetzt reden. Es besaßen diese Freygebohrnen, oder, nach unserer heutigen Art zu reden, Edelleute, vormahls Landgüter, die von Steuern frey waren, S. Leuwen Recht der Edelen VI, 48. und wurden von den Freygebohrnen, sowol auf dem Lande, als in den Städten, durch ihre Lebensart, die theils in Kriegsdiensten, theils in Hofbedienungen, theils auch in Verwaltung des Obrigkeitlichen Amtes auf dem Lande bestand, unterschieden.

Die Edelleute, von denen ich jetzt redete, wurden nach dem Grad des Ansehns des militairischen Amtes, das sie führten, und durch den verschiedenen Grad der Freyheit, in der sie sich befanden, untereinander unterschieden. Einige von ihnen waren Ritter (equites und vorher milites), andere Schildträger (Knapen, Edelsknechte, Wapener, armigeri). Einige waren zum beständigen Dienste der Fürsten, in deren Gebiete ihre Güter lagen, verpflichtet, daher hatten sie den Nahmen der Dienstmänner (ministerialium), andere waren nicht so

gebunden, und besaßen ihre Güter entweder als völliges Eigenthum, oder als Lehen.

Der alte Adel konnte nur durch Geburt erhalten werden. Nachher gelangten die Freygebohrnen dazu, wenn sie auf den Willen der Kayser in die Classe der Edelleute eintraten. Es ist noch nicht auf eine hinlängliche Art erwiesen, daß, wie Philipp von Leiden in der Abhandl. von der Sorge für den Staat, behauptet, die Fürsten, die vor mahls in den jetzt freyen Niederlanden regierten, Edelleute creirt hätten. Das Unternehmen des Florentius des 5, Grafen von Holland, das man gewöhnlich anführt, kann mit Recht noch streitig gemacht werden. Daß er im Jahr 1296 von einigen verschwornen Holländischen Edelleuten mit zwey und zwanzig Wunden auf eine schändliche Art umgebracht ward, läßt es vermuthen, daß er ihnen verhaßt gewesen sey, nicht, weil er neue Edelleute creirt habe, sondern aus vielen andern Ursachen, insonderheit deswegen, weil er gegen einige streng war, und die Rechte des alten Adels, vornehmlich in Seeland, einzuschränken suchte, weswegen man glaubte, daß er nach einer unabhängigen Herrschaft strebte. Denn in dem funfzehnten Jahrhunderte singen die Grafen von Holland an, zu verbieten, daß die neuen Rechte, die die Kayser dem Adel gegen seine Untertanen gegeben hätten, nicht zu ihrem Nachtheil und dem Nachtheile der Landleute (huisluiden), wider ihre Einwilligung, gebraucht werden sollten. M. f. das von Johann dem Bayern in der Grafschaft Holland den 27. April 1422 gegebne Edikt bey Mieris IV. 629. In diesem Edikte gesteht der Graf gerade zu, daß die Macht der Kayser selbst, unadelichen Personen den Adel zu ertheilen, nicht zu bezweifeln sey. Eben daselbst liefert man ein Beyspiel von der Bestätigung eines Diploms, durch welches der Kayser Sigis mund

mund einen gewissen Niederländer in den Adelsstand erhoben hatte.

§. 72.

Wenn auch gleich der alte Unterschied der ausschließenden Rechte, wodurch der Adel vor dem Bürgerstande einen Vorzug erhielt, und der in von ihnen gegebenen Zeugnissen, in dem Rechte, daß nur Edelleute in ihren Sachen richten konnten, in besondern ihnen eigenen Wettstreiten, die im Ernste und zum Spasse vorgenommen wurden, in Bestrafung der ihnen geschehenen Beleidigungen und noch in andern Stücken mehr sich zeigte, aufgehoben ward, so bleiben doch auch zu jezigen Zeiten die adelichen Häuser in großem Ansehn, und es giebt hier sehr alte. Es fehlt auch nicht an Beyspielen, wo durch die Gnade der Kaiser, oder Könige, der Adel, oder ein höherer Grad desselben ertheilt worden ist. Die öffentlichen Rechte des Adels aber, als die Theilnehmung an der Regierung, und Erlangung der Obrigkeitlichen Aemter und Ehrenstellen, die man diesem Stande überlassen hat, befinden sich in der Republik in dem Maaße, als sie in den aufgeschriebenen und nicht geschriebenen Gesetzen der einzelnen Bundesgenossen festgesetzt sind. Man kann sie auch nicht überall auf gleiche Art erhalten, wie unten gezeigt werden wird.

Hier kann ich jetzt nicht unberührt lassen, daß vorzüglich der Niederländische Adel d. Vortheile der sogenannten Niederländischen Balley ¹⁾ genießt. Da sie vor-

mahls

) Die Niederl. Balley heist sonst die Balley von Utrecht. Sie besteht jetzt aus 7000. Gulden Zinsen von der verlaßten Commethurey zu Dieren, ferner aus der Commethurey zu Tiel, Maasland, Rheenen, Leiden und Batwyk in Rhein, Schoten, Doesburg, Schellwinnen, Niddelburg und Schoonhoven.

B. d. Gleichheit u. d. Unterschied d. Bürger. 91

malis zwey Funfzehnthell von dem dem Teutschen Ritterorden aufgelegten Tribute trug, so hat dieser, auch schon deswegen, die Trennung derselben von seinem Körper und Einkünften hart empfunden, und nach dem Frieden zu Münster seine Forderungen erneuert. Die Stände von Utrecht haben sich die Oberherrschaft über diese Balley zugeeignet. Sie enthält zehn Commenthuren (commendas); welche bloß der erhält, der der öffentlichen Religion zugethan ist, und den Adel seiner väterlichen und mütterlichen Ahnen durch zwey Edelleute bezeugen kann. Die Staaten von Utrecht haben das Recht, den Edelmann, der der Balley vorge setzt ist, oder den Landcommenthuren (commendator Provincialis), und seinen Coadjutor, der von eben der Gesellschaft der adelichen Commenthuren erwählt ist, zu bestätigen. S. Matthäi von dem Adel, IV, 15. u. die Anal. V, 885.

§. 73.

Der dritte Unterschied unter den Niederländischen Bürgern entsteht aus dem Aufenthalte. Es können nemlich die Leute, die in Städten wohnen, die an der Regierung Theil haben, in einem gewissen eigentlichen Verstande Bürger genannt werden. Diese sind von den übrigen Einwohnern der sämtlichen Niederlande, oder der Provinz, zu der sie gehören, dadurch unterschieden, daß aus ihnen Rathsherren und Bürgermeister erwählt werden, die nicht allein die Angelegenheiten der Stadt, worinn sie wohnen, besorgen, sondern auch auf das zu sehn haben, was die ganze Republik angeht. Unter diesen befinden sich theils Edelleute, nicht in so fern sie vom Adel, sondern, weil sie Bürger sind, außer diesem Patricier, die von sehr ansehnlichen Vorfahren abstammen, die durch bewiesene Geschäftlichkeit in Kriegen

und

und Friedensangelegenheiten und Verdienste um das Vaterland sich berühmt gemacht, und das Glück gehabt haben, Staatsgeschäfte zu verwalten. Nicht wenige dieser Patricischen Familien haben ihren Ursprung von den Edelleuten, die sich vormahls in die Städte begaben, um zur Regierung kommen zu können, und die, nachdem sie daselbst sich verheuerathet haben, durch den Ort ihres Aufenthalts, ingleichen durch ihre Lebensart von den Edelleuten, die auf dem Lande geblieben sind, unterschieden wurden, und das Bürgerrecht nebst dem Vorzug ihres Stammes auf die spätesten Entel fortgepflanzt haben.

Uebrigens findet man bey den Einwohnern der Niederlande in den mittlern Zeiten eben das, was man bey den Deutschen bemerkt, daß man erstlich nur Freygebohrne, von denen man wußte, daß sie durchaus freye Menschen waren, als Bürger aufnahm, daß es hernach zur Gewohnheit geworden sey, daß auch Leute, die dienstbar gewesen waren, in die Zahl der Bürger aufgenommen wurden, wenn sie theils freygegeben waren, oder ihre Herren sich des Rechts auf sie öffentlich begeben hatten. *E. van Loon al. regent. wyse III, 267. IV, 45 u. f. f.*

§. 74.

Der vierte aus den Rechten entstehende Unterschied, ist der durch die Verschiedenheit der Religion veranlaßte, und er ist von großer Wichtigkeit. Wir werden aber unten davon reden.

Zum fünften müssen wir der Verschiedenheit des Zustandes der ganz freyen Leute, und derer, die zu gewissen Herrendiensten verbunden sind, und eine eingeschränktete Freyheit genießen, Erwähnung thun.

Bei den Niederländern fand ehemals eben die Leibeigenschaft statt, die bei den Deutschen üblich war. In Holland, wo sie auch üblich war, war von ihr das sogenannte Recht der ersten Nacht (*jus primæ noctis*), außer andern, eine Folge, welches auch in vielen Europäischen Ländern vor Zeiten statthaft war, ein beständiger und ungefügter Gebrauch, es mußte denn dieser Name nur ein gewisses für die Erlaubniß, die Ehe vollziehen zu dürfen, an die Eigenthümsherrn gegebenes Geld bedeuten. Es ist diese Sklaverei, die von der Römischen und Indischen sehr unterschieden ist, mit ihren Folgen nach und nach, und schon lange vor der Gründung der Republik der Niederlande fast in ihrem ganzen Gebiete abgeschafft worden. Doch ist noch etwas davon in der Provinz Oberyssel und Geldern übrig, wo der Zustand der sogenannten Leibeigenen (*hoorige luiden*) verschieden ist, eben so wie er in dem benachbarten Westphalen nicht ein und ebenderfelbe ist.

Es ist eine gewöhnliche Meinung, daß die aus Indien nach Holland gebrachten Sklaven, durch ihren dortigen Aufenthalt frey wurden. Diese Meinung hat, wie ich stets dafür gehalten habe, nicht sowohl das Ansehen der Natur der Freyheit der Republik, als vielmehr das Ansehen verschiedener Rechtslehrer, und vielleicht einiger alten Urtheile, welches alles kein Gesetz macht, für sich. Das Eigenthumsrecht widerspricht diesem. Da die Gesetze des Staats einem jeden Eigenthümer dieses gegen seine Sklaven in Indien versichern, so wird es nicht geändert, bis durch neue Gesetze eben diesen Herren das Recht in den Ländern der Republik in Europa genommen, oder ihnen eine jede Ueberschiffung der Sklaven untersagt wird. Alles Bedenken hierbei haben die Generalstaaten durch ein Dekret vom 23sten May des Jahres 1776. aufgehoben,

gehoben, vermöge welches flüchtige, oder zu gewissen Arbeiten nach den Niederlanden von ihren Herren gebrachte Slaven, keineswegs dadurch für freygelassen erklärt seyn, sondern innerhalb sechs, oder, wenn die Obrigkeit die Zeit verlängert, innerhalb zwölf Monate in die Colonie zurückgeschickt werden sollen.

Das sechste Capitel.

Von den Gütern der Bürger: zuerst von der Freyheit.

§. 75.

Was hilft es, ein Niederländischer Bürger zu seyn? Ist es eine Frucht der Weisheit der Gesezze und öffentlichen Einrichtungen, die die etwas sparsam ertheilten Gaben der Natur auf eine reichliche Art ersetzen, daß, wenn irgend einem Volke das Vaterland süß ist, es in den Augen der Niederländer einen ganz besondern Reiz hat? Um hiervon urtheilen zu können, wird es nöthig seyn, daß wir das Gute, das dies Volk durch Gesezze und Einrichtungen, die seiner Lebensart angemessen sind, erhält, nach gewissen Abschnitten abhandeln. Wo ich aber nicht irre, so sind sie folgende: Freyheit; Schutz, um ungestört leben zu können, welches man gewöhnlich Sicherheit nennt; Beförderung der Vervollkommenung des Verstandes und Herzens; Hülfsmittel zu einem bequemen Leben, Unterhalt und Vermögen. Von diesen Quellen des glüklichen Lebens der Bürger werde ich nun in einzelnen Abschnitten reden.

Die Freyheit ist, um hiervon zuerst zu reden, theils die Politische, theils die, welche die Philosophen überall empfehlen, nemlich die Vermeidung öffentlich herrschender Vorurtheile, die die Gemüther slavisch fesseln, und hindern, das, was ihnen gut und schädlich ist, zu erkennen, und ihr bestes zu besorgen. Die politische Freyheit wird mit Recht in die öffentliche Freyheit des Volks, und in die, von der wir hier reden, in die besondere der einzelnen Bürger eingetheilt. Die letztere kann zwar ohne jene statt finden, aber sie ist alsdenn nicht gleich groß, sicher und dauerhaft. Die öffentliche Freyheit befestigt die besondere, und macht sie, weil man von ihrer Dauer überzeugt ist, angenehm.

Die natürliche Freyheit ist die Macht, ohne Kränkung anderer, zu leben, wie man will. Von ihrem Werthe haben die Menschen und Völker zu allen Zeiten verschiedentlich geurtheilt, und urtheilen noch jetzt so. Man pflegt hierbei sich oft und sehr zu irren, doch nirgends auf eine schädlichere Art, als in freyen Staaten. Der rechte Begriff von der Freyheit, befestigt eine Republik, wenn er den Bürgern recht eingeprägt ist; der falsche Begriff hiervon wirft sie über den Haufen.

Es hat etwas auf sich, in einem Staate thun zu können, was man will. Diesen Reiz hat, da er aus einem angebohenen Gang zur Freyheit fließt, die Bürger vieler Staaten dahin gebracht, daß sie lieber vieler Güter haben entbehren, als sich durch viele Gesezze wollen binden lassen. Je mehr der Verstand der Bürger sich aufklärt, und einsehe, worinn ein angenehmes und in der That glückliches Leben besteht, desto gewisser ist es, daß ihnen Einschränkungen und Gesezze weniger unangenehm werden. Denn

Denn da ist oft die wenigste Glückseligkeit, wo die größte Freyheit ist.

§. 77.

Die Privatsfreyheit der Niederländer besteht in der natürlichen Freyheit, die durch nichts, als durch das gemeine Beste, und zwar in so fern dasselbe durch Gesezze bestimmt ist, eingeschränkt wird. Nicht wenig, was an andern Orten verstattet wird, ist hier verboten. Weil aber die hiesigen vielen und strengen Gesezze nicht durch die Willkühr einzelner Personen, sondern durch den Nutzen derer, die ihnen gehorsam sind, bestimmt werden, so sagt niemand, daß ihm durch die Gesezze weder weniger Freyheit, noch mehr Glück, als vor dreihundert Jahren die Vorfahren gehabt haben, zuwachse. Die Staaten führen in der Vorrede zu ihren Edikten die Ursachen auf eine nachdrucksvolle Art an, wodurch sie bewogen wären, neue festzusetzen, oder in Vergessenheit gerathene wieder herzustellen. Nichts, mag Seneka sagen, scheine ihm kälter zu seyn, als ein Gesetz mit einer Vorrede. Zenes: Befehl, wir wollen gehorchen, scheint mehr einer militairischen, als bürgerlichen Herrschaft nützlich zu seyn. Wie gehorchen die Menschen bereitwilliger und thätiger, als wenn sie sehen, daß sie durch Gehorsam des Gesezzes nicht dem Willen eines andern verpflichtet werden, sondern ihr eignes Bestes besorgen. Der Werth der Niederländischen Freyheit besteht daher in der Annehmlichkeit des Lebens, welche aus der festen Zuversicht entsteht, daß sowohl von Seiten der Magistratspersonen, oder von denen, die die Republik regieren, der Freyheit keines Bürgers Fiehl angelegt werden, als auch, daß die Niedrigen im Staate gegen die Mächtigen einen sichern Schutz in den Gesezzten und der Obrigkeit finden.

§. 78.

§. 78.

Die Liebe zu den Gesezen und dem Vaterlande wird durch die Art, wie die Geseze gegeben werden, befordert. Durch ein jedes Gesez wird ein kleiner Theil der Freyheit eingeschränkt, deren Verlust die Menschen schwer empfinden. Deswegen bringt man in Holland nicht eher ein neues Gesez auf, ehe man die Sache mit den Collegien, von denen man glaubt, daß sie die Sache mit Einsicht verstehen, beurtheilt, oder wenigstens von Männern aus dem Senat der Staaten untersuchen läßt, die zu der Betreibung solcher Geschäfte ausersehen sind, damit sie die Sache an das ganze Collegium der Staaten gelangen lassen mögen. Ehe aber diese auserkorenen Männer etwas festsetzen, pflegen sie die Meynungen deder zu erforschen, denen das Gesez nachtheilig werden könnte, wenn es nicht recht erwogen wäre. Hierdurch erhält man das, daß der Vortheil und Schaden auf beyden Seiten genau gegen einander gehalten, und mit wenig Gefahr, einen Irrthum zu begehn, etwas verordnet wird, was lange überall nützen muß. Deswegen hebt man auch durch Geseze nicht alle übeln Gewohnheiten auf (z. B. wenn man Verordnungen in Ansehung des Aufwandes, der Speisen und Kleidung machte), damit man nicht der Freyheit etwas nähme, und dem gegenwärtigen Uebel durch ein größtes abhülfe. In Staaten, als die Vereinigten sind, wird gewöhnlich auf eine ruhige Art etwas durchgesezt, was hin und wieder mit Gewalt nicht ausgeführt werden kann (§. 41).

§. 79.

Das Vornehmste bey der bürgerlichen Freyheit ist, frey denken und reden zu können. Die Freyheit zu denken, und seine Gedanken frey zu sagen, ist in der Republik, von der Art, als die Natur der bürgerlichen Gesellschaft

schaft es erlaubt, das heißt, welche weder für die Bürger, noch Ausländer beleidigend ist, noch die Pflichten des Bürgers gegen den Staat, die durch Gesetze bestimmt sind, zu Boden wirft. Daher wird die ausschweifende Freyheit, Pasquille und aufwieglerische Schriften ausgehn zu lassen, unterdrückt. M. s. das Ges. v. Holl. d. 9 Dec. 1702. das Dekret der Staaten v. Holland v. 12 Octobr. des Jahrs 1748.

Der Religionsdruck, der aus der sogenannten Zerrschafft über die Gewissen entsteht, ist auch noch jetzt aus dem Gebiete der Republik verbannt, nachdem die Vorfahren mit Gefahr und Blut ihn von sich abgewälzt haben. Wie groß auch indeßen die Nachsicht in der Freyheit zu denken seyn mag, so geht sie doch nicht so weit, daß man dem Muthwillen, der alle Macht und Nutzen der Religion und die guten Sitten verlacht, die Zügel sollte schließen lassen. Diesen Muthwillen kann man kaum auf eine bestimmte Art einschränken. Daher ist es schwer, durch Strafen ihn zurückzuhalten, ohne zugleich durch Gesetze, die nicht bestimmt genug ein solches Vergehn angeben, die Freyheit zugleich zu untergraben, indem man in der besten Absicht dem Muthwillen Einhalt zu thun sucht. Doch fehlt es nicht an Gegenmitteln, die ohne Gewalt und Drohungen angewendet werden, und wodurch das Uebel, das daraus entstehet, abgewendet wird. Die Scham ist an der Stelle des Gesetzes. Ich verstehe darunter die Furcht, denen zu mißfallen, deren Urtheile mit Recht die öffentlichen Meinungen von dem, was man für anständig und unanständig hält, bilden. Das Gewicht dieses Ansehns ist eine strenge Beurtheilung der thörichten Meinungen, die, wann sie vertheiligt werden, sich ausbreiten, und, folgt Verachtung ihnen nach, in Vergessenheit gerathen.

B. d. Gütern d. Bürger: zuerst v. d. Freyh. 99

§. 80.

Die natürliche Freyheit, sich und seine Person andern verbindlich zu machen, wird durch die Gesezze nicht eingeschränkt, außer, wenn der öffentliche Nutzen eine Art dieser Einschränkung nothwendig zu verlangen scheint. Dieser Nutzen besteht vorzüglich in der Erhaltung der Eintracht in den Familien, des Handels und der Freundschaft mit auswärtigen Nationen.

Was das erstere anbetrifft, so zielen z. B. die Gesezze auf die Erhaltung der kindlichen Pflichten gegen die Aeltern, die die Verlobungen unmündiger Kinder, die ohne die Bewilligung der Aeltern, oder anderer Anverwandten, wenn die erstern schon todt sind, vorgenommen sind, umstoßen. Dies geht so weit, daß Mannspersonen in Holland unter 25 Jahren, und Frauenzimmer unter 20, die Aeltern nicht gerichtlich belangen können, die Ursachen ihrer Weigerung zum ehelichen Consense anzugeben, auch wenn sie sie um denselben zur gehörigen Zeit ersucht haben. In vielen andern Europäischen Ländern wird dies anders gehalten.

Der Handel hat das Gesez, das den 8ten April im Jahr 1689 von den Generalstaaten gegeben (S. Niederl. Ges. B. IV, 209) und den 18 März 1700, den 2 Febr. 1701, den 18 Jul. 1707, den 8 May 1750, und den 2 März 1759 erneuert ward, nothwendig gemacht, nemlich, daß kein Eingeborner bey Ausländern zur See Kriegsdienste thun, oder ihnen bey ihrem Seehandel oder Fischen dienen dürfe, wenn es die Generalstaaten, oder der von diesem Collegio, der die Oberraufsicht über das Seewesen hat, in dessen Distrikte er wohnt, nicht bewilligt haben. Durch dies Gesez werden auch Afforde, die zum Dienste der Ausländer vor diesem Gesezze gemacht sind, aufgehoben, und die, welche damals auf dem Meere sich

in dem Dienste fremder Nationen befanden, werden befehligt, innerhalb zweyer Monate zurückzukehren, indem ihnen eine körperliche Strafe im gegenseitigen Falle bestimmt, oder eine ewige Landesverweisung und die Versagung der Bensteuer aus den Armencafen ihren Weibern und Kindern angedrohet wird. Den Werbern und Mäkelern wird für jeden Mann, den sie wider diese Verordnung dinge, eine Strafe von 300 Gulden festgesetzt, und eine Strafe bestimmt, die nach Beschaffenheit des Vergehens eingerichtet werden soll. Das Gesetz, das die Generalstaaten den 24sten Sept. im Jahr 1732. bey der Gelegenheit der Errichtung neuer Gesellschaften des Indischen Handels unter auswärtigen Nationen seit dem Jahr 1713. gegeben haben, verbietet auch den Einwohnern der Republik, ihnen beizustehn und an ihrem Unternehmung Theil zu nehmen.

Damit endlich nicht die Ruhe und das gute Vernehmen mit fremden Völkern gestört werde, so ist es den Einwohnern nicht erlaubt, von irgend einem kriegsführenden Volke sich Raperbriefe ertheilen zu lassen. Man s. das Edikt der Gener. Staat. vom 26sten Jul. des Jahres 1627, den 26sten April 1659, den 10ten December 1667.

§. 81.

Niemand wird in der Republik wider Willen zum Dienst auf dem Lande, oder zur See gezwungen. Wer sich zu demselben anheischig gemacht hat, kann gewiß seyn, daß, wenn die Zeit seines Vertrags verfloßen ist, er seinen Abschied ohne Schwierigkeit bekommen werde. Der Nothwendigkeit mußte es zugeschrieben werden, daß im Jahr 1747. von einem jeden aus den Ländern der Republik abfahrenden Schiffe, ausgenommen die Schiffe, die zur Fischeren, oder der Gesellschaft der beyden Indien gehörten, der dritte Mann

Mann zum Gebrauch der Kriegsschiffe ausgehoben ward, oder mit 40 Gulden bezahlt werden mußte. E. d. Edikt d. Gener. Staat. vom 12. Jun. u. 6. Octobr. 1747. So ward auch befohlen, daß, vermöge eines den 27. März 1759. gegebenen Gesetzes, die zur Grönländischen Fischerey auslaufenden Schiffe den zehnten Mann, oder für ihn 12 Gulden, und die übrigen Schiffe, die nicht namentlich davon ausgenommen wären, den fünften, oder 12 Gulden zur Ausrüstung der fünf und zwanzig Kriegsschiffe abgeben sollten.

So wie es einem jeden frey steht, dem Vaterlande nicht Kriegsdienste zu leisten, so sollen die, die seinen Feinden wider dasselbe dienen, mit dem Tode bestraft werden. E. d. Gesetz der Gener. Staat. v. 23. Jul. d. Jahrs 1674. und d. 4. April 1676. in dem Niederl. Ges. B. III, S. 138. u. f. f.

Ausländern steht es nicht frey, im Gebiete der Republik, ohne dazu erhaltene Erlaubniß, Soldaten werben zu können. In Holland müssen die Staaten erst dazu ihre Einwilligung erteilen. M. s. das Gesetz vom 16. März d. Jahrs 1656. in dem Niederl. Gesetzb. II, 150. Die Gesetze der Generalstaaten ebendaf. S. 291 und 306.

§. 82.

Der Grund der Freyheit ist, wie Cicero in der Rede für den Balbus im 13. Cap. sagt: daß ein jeder nach Gefallen, sein Recht gebrauchen und ungebraucht lassen könne. Hierinn gehen die Holländer von den Engländern ab. In Holland ist niemand gezwungen, wider Willen da zu bleiben.

Das Recht, von denen, die das Land verlassen, einen Theil ihres Vermögens zu fordern, der gewöhnlich in dem

dem Zehnten besteht (holl. het recht van Jfue, Uytrogt, Geld), stützt sich nicht sowohl auf ein allgemeines Gesetz, als auf die besondern Verordnungen und Privilegien der Herrschaften und Städte, oder auf eine Verjährung über Menschen Gedenken.

Die Einrichtung, betreffend die Leute, die den Abgaben und Einkünften durch ihre Entfernung Abbruch thun, hat man vormahls durch eine Art von Retorsionsrecht weit ausgedehnt. S. zum Bensp. das Niederl. Ges. B. IV, S. 1195. das Utr. Ges. B. I, S. 475. u. f. f. Da man aber heut zu Tage einsieht, daß die Folgen dieses Rechts wenig ergiebig sind, so fährt man jetzt fort, durch Verträge es nach und nach aufzugeben. Denn man hält es für nicht so heilsam für den Staat, die Wegziehenden zu bestrafen, als die Ursachen des Wegziehens zu verhindern.

§. 83.

So wie das Ausziehen freysteht, so wird niemand Landes verwiesen, er wäre denn von Rechtswegen dazu verurtheilt. Auch jezt wird niemand in den Schiffen aufgenommen, wenn Aeltern, oder Vormünder, Leute, die zu nichts gebraucht werden können, wider ihren Willen nach Indien schicken wollen. Doch pflegen diejenigen Städte von Holland, die Antheil an der Regierung haben, sich der Gewalt zu bedienen, daß sie Bürger, wovon sie sehen, daß sie der öffentlichen Ruhe nachtheilig sind, die Stadt zu verlassen nöthigen, wenn gleich die Sache nicht gerichtlich erkannt ist; doch lassen sie ihnen die Freyheit, sich deswegen bey den Staaten von Holland zu beschweren, denen der Magistrat der Stadt von dieser Ausstossung Rechenschaft ablegen muß. S. Grotius Apol. C. 12. fern. das Dekr. der Staat. von Holland v. 19. Jun. 1584,

b. 12. 17. 20. 26. April 1585, b. 17. Sept. 1586,
24. Jun. 1598, 17. Jul. 1613, 1. Aug. 1680, 24. März
14. Sept. u. 4. Aug. 1717, 12. Octobr. 1768.

§. 84.

In Ansehung der Frenheit, Contrakte zu machen, und über den Besizz und Eigenthum der Güter zu disponiren, die die Natur einem jeden eingeräumt hat, bestimmen die holländischen Gesezze weiter nichts, als das, was das allgemeine Wohl zu fodern scheint. Die Ursachen hiervon sind, 1) die Sorge für den Fiskus, 2) die Nothwendigkeit, dahin zu sehn, daß eine durchaus uneingeschränkte Frenheit zu handeln, nicht die Stützen der blühenden Handlung untergrabe (Man sehe z. B. das Gesez der Gener. Staat. vom 31 Jan. im Jahr 1776, betreffend die verbotene Ausfuhr der zum Verfertigen der scharfen Getränke nothwendigen Instrumente), daß 3) die Bürger nicht hintergangen werden, und sich in einen unheilbaren und dem Ganzen nachtheiligen Verlust stürzen. (S. z. B. d. Niederl. Ges. B. II, 2364. und III, 1526. Hierzu kommt 4) die seltne Ausübung der höchsten Macht. Die Grenzen derselben bestimmt der Eifer zur Frenheit, der durch die Sorge für das allgemeine Wohl gemäßiget wird, und macht es, daß sie nur in so fern ausgeübt werden kann, wenn die Fundamentalgesetze nicht gekränkt werden, imgleichen, wenn ein merklicher und ansehnlicher Nutzen des Staats dadurch befördert wird, der durch kein anderes Mittel erreicht werden kann, auch wenn der dabey erhalten wird, dem, wider Willen, das Seinige genommen wird. Das allgemeine Wohl ist aber das, das allen Bürgern, also auch dem, der einen solchen Schaden leiden muß, zum Vorthell gereicht.

§. 85.

Was die Privilegien, wodurch die Freiheit der übrigen Bürger eingeschränkt wird, anbetrifft, so will ich hier nur kürzlich anführen, daß viele davon älter, und auch neuer, als die Republikanische Verfassung, sind, und durch die Fundamentalgesetze ihre Festigkeit erhalten, daher sie auch fest und unumstößlich sind. Die, welche das Ruder des Staats führen, pflegen aber in Ansehung der neuen zu ertheilenden Privilegien sparsam und vorsichtig zu seyn. Vorsichtig, damit diese Privilegien nicht irgend jemandes Rechten nachtheilig werden (welches vormahls die Grafen von Holland nicht zu gestatten, versprochen haben. S. d. Nederl. Ges. B. II. S. 658.), sparsam, damit nicht das, was dem einen, oder wenigen, möglich ist, vielen schade, oder durch den hinzukommenden Gewinn vieler, mehr Nachtheil, als billig ist, verursacht werde. Deswegen pflegen Privilegien, z. B. solche, die ein Monopolium betreffen, und billig, ingleichen allgemein nützlich sind, auf einem festgesetzten Tag ausgetheilt zu werden.

Das siebente Capitel.

Von der Sicherheit der Bürger.

§. 86.

Will man frey leben, so muß man ruhig leben. Ein Leben, das keine Ruhe kennt, wo man nichts hat, als was ein jeder, der mächtiger ist, nicht nehmen mag, verdient dies wohl das Leben eines Bürgers zu heißen? Die äußerliche Ruhe des Lebens, die man gewöhnlich Sicherheit nennt, nenne ich den Zustand des Menschen,

Wen, wo er vor Beleidigungen sicher ist. Der ist sicher, der auf keine wahrscheinliche Art Beleidigungen befürchten darf, oder von denen frey ist, die, wenn er sie nicht vermeiden konnte, auf eine schwere Art, oder gar nicht, gut zu machen sind.

Die Sicherheit kann das ganze Volk, auch einzelne Bürger, woraus es besteht, betreffen. Jene besteht in dem Schutze wider Gefahren, die dem Lande, oder den Rechten des Staats, oder der Regierungsform, von auswärtigen, oder von Bürgern, zugefügt werden. Die Ruhe einzelner Bürger besteht in dem Schutze vor Beleidigungen, welcher durch Fundamentalgesetze und Einrichtungen solcher Personen, denen die Verwaltung des Staats übertragen ist, erhalten wird.

§. 87.

Die Sicherheit des ganzen Volks der Republik Holland stützt sich auf Gesetze, die der Regierungsform ihre Gestalt geben; auf dem Kriegswesen zu Lande und zur See (von dem wir im 3. Theile reden werden); auf Bündnisse; auf den gemeinschaftlichen Nutzen der Europäischen Mächte bey der Erhaltung der Republik; endlich auf der Weisheit derer in der Besorgung der ausländischen Affairen, die am Ruder des Staats sitzen.

Das Vertrauen der einzelnen Bürger dieses Staats, daß ihnen von der höchsten Obrigkeit keine Beleidigungen zugefügt werden werden, entspringt aus dem Fundamentalgesetzen, aus der erkannten und eingesehenen Verbindlichkeit der Väter des Vaterlandes, und ihrem gemeinschaftlichen Vortheile, nicht zuzulassen, daß irgend jemand dem Unrecht geschehe.

Wider die, die unter den Gesezen stehn, kommen einem jeden Bürger Gesezze, Richterstühle, und die Wachsamkeit der obrigkeitlichen Personen zur Hülfe.

§. 88.

Bürgerliche Gesezze, um von ihnen zuerst zu reden, deren Inbegrif das bürgerliche Recht heist, haben die Einwohner der Niederlande nie gemeinschaftlich gehabt, noch haben sie sie jetzt. Es war schon vor dem Anfange der Republik in den Provinzen der Bundesgenossen eine große Verschiedenheit des Bürgerlichen und Staatsrechts, deswegen hat sie auch bleiben müssen, als die Republik befestigt wurde. Ueberhaupt kann man sagen, daß, außer dem natürlichen Rechte, welches man mit dem Rechtsgelehrten Ulpian mit Recht ein allgemeines nennen kann, die hiesigen Rechte theils gleichsam in besondern Provinzen eingebohrne, theils hinzugekommne sind. Wie dies geschehn sey, will ich kurz sagen, damit man recht einsehn möge, was für ein Recht hier jetzt gebraucht werde.

§. 89.

Vormahls, wenigstens im achten Jahrhunderte, waren hier die Friesischen, Fränkischen und Sächsischen Rechte. Allein wenig ward nach den Gesezen, das mehreste nach dem Herkommen entschleden. Greise übten das Recht aus, und brachten die Rechte der Vorfahren, die sie durch Erfahrung kennen gelernt hatten, gleichfals durch Erfahrung den jüngern bey. Je einformiger die Lebensart eines Volkes ist, je eifriger hält es auf das alte Herkommen. Ein jedes Alter erwies damahls den Alten diejenige Ehre, die es sich dereinstens von den Nachkommen erwiesen zu sehn wünschte. Sobald aber ein wenig ausgebildetes Volk seine Lebensart ändert, und sich mit neuen Geschäften, insonderheit mit solchen, ver-
gleichen

gleichen der Eifer zur Handlung unzählig viele erzeugt, abgiebt, so gewöhnt es sich nach und nach die blinde Verehrung der Einrichtungen der Vorfahren ab, es sieht es ein, daß es neue Gesezze nöthig habe, es sucht sie auf, erfindet sie, oder nimmt sie an, wenn sie andere erfunden haben.

Dadurch entstand im 13. Jahrhunderte in den Niederlanden gleichsam eine neue Epoche in Ansehung der Gesezze. Damahls vermehrte sich die Zahl der Städte, und ein großer Theil von den Einwohnern legte sich auf andre Geschäfte, als worauf die Landleute ihren Fleiß richteten. Um nur durch ein Beispiel die Sache deutlich zu machen, so entstand durch die Gesellschaften von Handwerksleuten und Kaufleuten (Gildens), woraus die Einwohner der Städte bestanden, die sich festsetzten und vermehrten, die Nothwendigkeit, neue Gesezze zu machen. Es hatten aber einzelne Bürgerliche Gesellschaften, die sich in einerley Maaren befanden, die Gestalt einer Art von kleinen Republik, die unbekümmert vor den übrigen Theilen, mit denen sie einen Körper ausmachten, die Gesezze annahm, die ihr die vortheilhaftesten zu seyn schienen. Sie wurden Statuten genannt, weil sie von den Fürsten nicht aufgezwungen, sondern denen, die sie verlangten, und dies Recht, das sie zu haben wünschten, sich ausersahen, ertheilt wurden. M. f. Mierts II, 48. Einen Theil solcher Gesezze nahm oft eine Stadt von der andern an; einen andern, den man von dem alten Herkommen her beibehalten hatte, bestätigte man von neuem, als z. B. die Folgen des Rechts der Gütergemeinschaft unter Eheleuten, scheinen nicht erst in den Städten aufgekommen zu seyn, sondern auf die Menschen, die sich baselbst von alten Zeiten her hinbegeben hatten, und vielleicht seit dem 9. Jahrhunderte sich fortgepflanzt zu haben.

haben. Man sieht hieraus, wie in verschiedenen Ländern dergleichen Gesezze von einander abgehn und übereinstimmen können. Die Landeinwohner aber, die freyen Leute, Edellente und andere, auch zum Frohndienst verpflichtete, führen fort, nach der alten Weise und der Beschaffenheit ihrer Güter, die sie eigenthümlich besaßen, oder, wenn sie andern gehörten, bebaueten, sich des Lehnrechts und Erbenzinsrechts u. s. f., das gewöhnlich nicht schriftlich abgefaßt war, zu bedienen. Die Fürsten beschäftigten sich damit, die Gemeinheiten und Classen der Bürger inösesammt durch ein Band ihnen allen nützlicher Gesezze zu verbinden. So wie aber nicht sowohl Eifer zum gemeinschaftlichen Wohl die Bürgerschaften unter sich und mit den Edelenten vereinigte, als gemeinschaftliche Furcht vor der Strafe der Fürsten, so begnügten sich auch die Fürsten daran, den einzelnen Gemeinheiten Gesezze zu geben. Für das gemeinschaftliche Wohl des ganzen Volks sorgten sie aber wenig, ja zuweilen trennten sie es durch Privilegien, die sie einigen Gemeinheiten ertheilten, und die den übrigen nachtheilig waren.

§. 90.

Den Fürsten aus dem Burgundischen und Oesterreichischen Hause muß man das Lob geben, daß sie verschiedene Capitel des bürgerlichen Rechts zum allgemeinen Besten festgesetzt haben. Da der Staat frey ward, erschienen sehr viel heilsame Gesezze, einige noch kurz vor dem Ende der Spanischen Regierung, als in Holland das Gesez vom 21. Decemb. 1579, ingleichen die den ersten April 1580 bekannt gemachte sogenannte Politische Ordnung, die man, wegen der großen Verschiedenheit der Rechte der Alten, die Succession ab intestato betreffend, mit großer Sorgfalt ertragen hatte, wie man aus der hinzugefügten Verordnung von Holland vom 18. December

cember 1599 ersieht. Indessen diese bürgerlichen Gesetze sind nicht einmahl durch Privatfleiß in den besondern Provinzen gesammelt worden. Die Staaten von Holland beschloßen den 22. März 1727 von den beyden in dem Haag errichteten Gerichten, als dem Hofe von Holland und dem Großen Rathe ihre Meynung in Ansehung einer Sammlung des bürgerlichen Rechts von Holland in einem Corpus einzuholen. M. s. die Acta der Staaten vom 3. October des angegebenen Jahrs. Die Provinz Friesland aber hat ihre Gesetze gesammelt und öffentlich bekannt gemacht. S. das Dekret der Staat. von Friesland vom 13. März des Jahrs 1723.

Von dem Befehl, den der Kayser Carl der fünfte, und der König Philipp, oder vielmehr der Herzog Alba, an die Städte ergehen ließ, daß sie ihm ihre Gesetze herausgeben sollten, um daraus ein gewisses ihnen gemeinschaftliches Recht zu verfertigen, hat Herr van de Wal in den Privil. v. Dordrecht V, S. 1328 u. f. f. weitläufig gehandelt. Man füge diesem noch van Halzum Geschied. van Swolle III, 110. Tinnemann bey den Gesetz. v. Middelburg S. 2. hinzu. Alba war der gewiß nicht, dem dergleichen aufgetragen werden konnte. Die Sache lief nicht gut ab. Doch gelten die alten Gesetze der Städte durch ihr Ansehn, wenn sie auch nicht schriftlich bekannt sind, ob sie gleich nach dieser Zeit nicht von einem Fürsten durch Untersiegung bekräftigt worden sind. Es steht diesem auch nicht der 39. Art. der Politischen Ordnung, die für Holland im Jahr 1580 herausgegeben ist, im Wege. Man sieht dies aus dem Dekrete der Staaten von Holland vom 22. März 1727, dessen wir erwähnte haben.

110 Erster Theil. Siebentes Capitel.

§. 91.

So viel von den bürgerlichen Gesezen, von denen wir mehr sagen könnten, wenn wir die Verfassung der einzelnen Provinzen betrachten werden.

In den ältesten Zeiten hatte man mehrere Verordnungen über die Verbrechen, als über die bürgerlichen Geschäfte. Denn man nahm damals mehr darauf Rücksicht, daß die Bürger ruhig waren, als daß man durch Geseze ihr gemeines Wohl befördert hätte. Man muß den Umstand, daß die Friesen in diesen alten Gesezen billiger, die Sachsen härter in Ansehung der Beurtheilung der Vergehungen und der Art der Strafen gedacht haben, nach der damaligen Denkungsart beurtheilen. Die Niederländer hatten diese fast mit den übrigen Teutschen gemein. So war zum Beispiel das, daß ein unvorsätzlicher Todschläger nicht hingerichtet, und auch nicht öffentlich gestraft ward, wenn er nicht von dem nächsten Verwandten des Erschlagenen angeklagt wurde, den Sitten der Vorfahren gemäß, wovon Tacitus redet, und die Ausleger die Ursach anführen. Daher hat der Kayser Carl, der vierte, dem Bischof von Utrecht im Jahr 1349 das Recht ertheilt, den ruchlosen Mord zu rächen, den die Familie des Getödteten zu rächen unterlassen hätte. Aber es ist auch nicht zu verwundern, daß damals die Geseze, die Verbrechen betreffend, noch nicht so vollkommen gewesen sind, als es jetzt bestrebend ist, daß sie noch nicht überall ganz vollkommen sind, da das Licht der Philosophie so hell leuchtet.

In der folgenden Zeit sahen sowohl Niederländer, als Teutsche, ein, daß die ältesten Verordnungen über die Vergehn noch nicht hinreichend, sondern zu ergänzen und zu verbessern wären. Denn was ist gleichsam mit dem

Von der Sicherheit der Bürger. III

dem ersten Grundstoffe der Glückseligkeit aller Bürger mehr verbunden, als daß diese Art von Gesezen, wo nicht von der besten, doch wenigstens von einer, der, nach welcher sie eingerichtet werden müssen, nicht gerade entgegenstehenden Beschaffenheit sey? Indessen, es war damals die Zeit nicht, wo man überall zum gemeinen Besten handelte. Deswegen half man diesem Uebel durch besondere Geseze in den Städten und andern Gemeinheiten ab. Doch fehlte es an einer Sammlung und gewissen Einrichtung klüglich zusammenhängender Geseze. Daher ist die Verschiedenheit in den Gesezen und Gewohnheiten in den Criminalgerichten entstanden, die noch jetzt in den Niederlanden statt findet.

§. 92.

So wie seit dem sechzehnten Jahrhunderte die bürgerlichen Geseze eine andere Gestalt bekamen, so bekamen dies auch die, welche über Verbrechen Strafe anerkennen. Der Kayser Carl, der fünfte, suchte die gekränkte Ruhe der Teutschen durch ein im Jahr 1532 über die Strafen der Verbrechen und die öffentlichen Gerichte gegebenes Gesez in Sicherheit zu setzen, welches zwar hart war, aber den damaligen Zeiten nothwendig gewesen zu seyn scheint. Er gab auch den Niederländern einige Verordnungen über eben diesem Gegenstand (S. d. Nied. Ges. B. S. 321. 382 u. f. f.). Allein er setzte keine besondere Einrichtung dieses Rechts fest, wodurch Menschlichkeit und Ernst mit einander vereinigt worden wäre, und die verschiedenen Ordnungen in den Städten überall auf einerley Art eine Richtung zur Sorge für die gemeinschaftliche Ruhe erhalten hätten. Der Herzog Alba, der Feind der Niederländer, unternahm etwas heilfames; aber schwaches. Er gab im Jahr 1570 im Monath Julius zwey Geseze heraus, von denen das eine mancherley über die

Juris

Jurisdiction, und die Pflichten der Criminaljustitie in sich enthielt (de Ordonnantie van de crimineele Justitie) das andere von der Art und Ordnung der Criminaluntersuchung und Proceses (Sryl van de proceduren in crimineele Zaaken) handelte. In diesen Gesetzen ist vieles (denn man muß auch Tyrannen ihr Recht erweisen) heilsames abgefaßt (z. B. der 13 Art. S. 30 u. f. f. 39. 50. 53. 66). Einiges aber verräth Habsucht und grausamen Rath gewisser Leute, die Alba gebrauchte (z. B. der 16 Art. u. f. f. auch der 63). Einigem sieht man eine Eilfertigkeit oder Sorglosigkeit derer, von denen diese Art von Gesetzen herkommt, an, theils weil es wenig nützliches in sich faßt, theils sorglos und nicht bestimmt genug aufgesetzt ist. (z. B. der 47 und 60 Art. ingleichen der 40 und 50 des Sryl van u. f. w.). Viglius sagt von diesen Gesetzen: „ich fürchte sehr, daß, wenn sich der geheime Rath und unsere Großen einiger von dem D. Johann Vargas und andern seinen Anhängern vorgetragenen Artikeln widersetzen würden, sie vielleicht dennoch würden dafür gesorgt haben, daß sie durch das Ansehn der königlichen Majestät wären bestätigt worden, da sie gewis zu einer großen Verwirrung Anlaß zu geben schienen. Sehr vieles was in der obenangeführten Ordnung steht, ist dem Herzog durch den geheimen Rath eingegeben. „Dies, glaubt er, fließe aus dem Ausdruf und Gange selbst. Der Urheber dieser Gesetze war verdächtig und verhaßt. Die Art, wodurch er sie, ohne den Rath der Stände einzuhohlen, als hätte er die Oberherrschaft, bekanntmachte, insonderheit, daß er die Rechte und Privilegien vieler Städte unter dem gehäßigen Namen der Verfälschungen, gleichsam als mit einem Striche, auslöschte, erregte heftigen Unwillen. Viele Klagen, sagt Viglius, erheben sich

sich unter den Provinzialen, und vornehmlich wider die Artikel, welche die Criminalsachen betreffen, und wodurch ihre Privilegien und alten Gebräuche abgeschafft worden sind. Von diesen Klagen hat van Hutten in den Geschiedh. sorgfältig gehandelt. Ingleichen van Zwolle III, S. 97 u. f. f. Die Sache gebeh dahin, daß in den Artikeln des Convents zu Gent ausgemacht ward, die Kraft dieser Gesetze sollte aufgehoben werden, bis es den Vereinigten Ständen gefallen würde. Diese Convente, die im Jahr 1576 zu Stande kamen, bestätigte der König Philipp der zweyte. Auch nach dieser Zeit ist durch kein allgemeines Gesetz verordnet worden, daß nach einer von jenen beyden unter dem Philipp gemachten Verordnungen Recht gesprochen werden sollte. Hierdurch kam es dahin, daß nicht allein in verschiedenen Ländern (man vergleiche z. B. die Friesländischen und Holländischen Gebräuche), sondern auch in den verschiedenen Städten und Gemeinheiten eines und eben desselben Landes diese Art von Processen verschiedentlich getrieben wird. Die Staaten von Holland haben Männern, die sich durch Einsicht und Erfahrung in diesen Sachen auszeichnen, aufgetragen, dahin zu sehen, wie diese Lücke, die sich noch in diesem wichtigen Theile des Holländischen Rechts befindet, ausgefüllt und verbessert werden könne. Unterdeßen hat das Forum Gesetze, die die Staaten verordnet, oder, wenn sie vor der Entstehung der Republik gegeben worden sind, nicht abgeschafft haben. Wenn diese nicht hinreichen, so bedient man sich in den Städten des durch das Herkommen eingeführten Rechts, ingleichen der Artikel aus jener Constitution Philipps (deren die Staaten von Holland, als durch die Ausübung gebilligt, einigemahle in ihren Decreten Erwähnung thun), und des Römischen und natürlichen Rechts.

Außer den vaterländischen Gesezen haben die Niederländer auch einige fremde angenommen. Sie bedienen sich einiger derselben zur Auslegung ihres Rechts, welches sie bey den alten Teutschen Gesezen thun, andere haben sie sich zugeeignet, um ihre Gesezze dadurch zu ergänzen. Das ist das so genante Canonische und Pápssliche Recht, das gemeine oder Longobardische Lehnrecht (*Feudale commune*) und Römische Recht.

Vor der Entstehung der Republik hatte das Canonische und Pápssliche Recht ein großes Ansehn. Dieses ist aber nachher durch kein Gesez geschwächt worden, wenn man das ausnimmt, was die Hierarchie und die Lehren, die den Meinungen der Protestanten entgegen sind, als z. B. von der Ehe, betrifft. So wie die Römer, nach Ablauf der Königlischen Regierung, unter dem Namen der Gebräuche diejenigen von ihren Gesezen bebehielten, von denen sie fanden, daß sie nützlich waren, so werfen die Niederländer aus ihrem *Soro* auch nicht überall den Theil der Pápsslichen Gesezze hinaus, der mit dieser Herrschaft in keiner Verbindung steht, sondern vielmehr auf eine billige und weise Art von den Pápsten entweder gestiftet, oder als gültig dargestellt worden ist. Man hört aber in den Niederlanden seltner von diesem Rechte, als in einem großen Theil von Europa. S. van der Schelling *Thiendrecht* I, S. 608. Herrn van der Hoop von dem nothwendigen *Studio* des Römischen und Canonischen Rechts in Holland.

Das Lehnrecht ist hier theils ein fremdes, theils ein einheimisches. Das letztere ist, einem großen Theile nach, nicht schriftlich abgefaßt, und nur einigen Ländern eigen, nemlich denen, wo sich noch von alten Zeiten her Lehnverträge befinden. Denn die Friesländer, die
keine

keine Lehne haben, außer etwa eines, oder höchstens zwey, die ihre Entstehung noch der Herrschaft der Sachsen zuschreiben haben, kennen auch diese nicht. Fällt aber in Angelegenheiten von dieser Art etwas streitiges vor, zu dessen Entscheidung die Rechte des Herkommens nicht hinreichen, und das man aus dem übereinstimmenden Rechte der Nachbarn, und der Deutschen überhaupt nicht erkennen kann, so nimt man zuletzt seine Zuflucht zu dem gemeinen Lehnrechte, oder dem Longobardischen. Dies ist vormahls mit dem Römischen nach und nach eingeführt worden, und hat in Fällen dieser Art mit Rechte mehr Ansehn, als die unbestimmten und wankenden Meinungen der Rechtsgelehrten.

§. 94.

Das Römische Recht wird in den Niederlanden seiner Vortreflichkeit wegen stark studiret und ausgeübt. Seit welcher Zeit es aber in die Gerichtshöfe eingeführt ist, läßt sich nicht sagen. Ich kann nicht glauben, daß im sechsten Jahrhunderte schon aus dem Coder Theodosianus etwas auf die hiesigen Einrichtungen übergetragen worden sey. Man kann nicht schließen, daß, weil sich unter den Gesetzen, deren sich vormahls zwey Völker bedient haben, einige Aehnlichkeit befindet, eines dieser Völker sie von dem andern erhalten habe, insonderheit, wenn eben diese mit einander übereinstimmenden Gesetze der Natur angemessen sind, ingleichen den alten Sitten des einen Volks nicht widersprechen.

Das Studium des Rechts vom Justinian blühet im 12. Jahrhunderte in Italien, und die Kaiser waren ihm aus Gründen gewogen, die allgemein bekannt sind. Aus Italien, insonderheit von der Akademie zu Bologna, ging es nach Teutschland über. Von dem 13.

und 14. Jahrhunderte fing es daselbst zu wachsen an, vorzüglich als die Universitäten sich vermehrten. Junge Leute, oder vielmehr, Männer, die von denselben zurückkehrten, und der Zahl der Gelehrten daselbst auf eine feierliche Art waren einverleibet worden, brachten eine fast neue, und mit vieler Arbeit und Jahren erlangte Weisheit von da mit. Um sie nicht müßig liegen zu lassen, sie ließen sie keine Gelegenheit vorbeigehen, die dazu dienen konnte, so öffentlich brauchbar zu machen. Zuerst scheint dieses Recht am Hofe sein Stütz gemacht zu haben. Man fing an, aus solchen Gelehrten fürstliche Räte zu nehmen. Hierbei richtete man sich nach dem Beispiel der Kaiser, welche diese Rechtsgelehrten sehr hoch schätzten, jemehr sie ihres Bestandes zur Unterdrückung der Macht des Priesterstandes bedürftig waren. Es fanden diese Räte an dem Römischen Fiskusrechte, S. Phil. v. Leiden, Willh. d. 5, Herz. u. Graf. v. Holl. Raths Von der Sorge für den Staat, I, 3. 38. und 44. S. 145. einen Gefallen. Vielleicht war ihnen auch die Gewalt nicht unangenehm, die Rechte, die den Bürgern aus dem Vertrage mit den Fürsten erwachsen, weil sie oft unter den Namen der Privilegien vorkamen, eben so anzusehn, als wenn sie kein andres Recht erteilten, als das, welches sich bey den Privilegien, nach Römischer Bedeutung, nach den Vorschriften des Justinian, befindet. Man sehe ebendenselb. S. 38. 65. 229. 277. *Mieris Diplomaz. Samml.* III, 407. Die Rechtsgelehrten scheinen dies Recht zuerst auf die Privatangelegenheiten der Fürsten und Grafen angewendet zu haben, wenn man sie, wie gewöhnlich geschah, bey schweren Rechtsfällen befragte. Es wurden aus dieser Quelle zugleich einige neue Geschäfte veranlaßt und gültig gemacht, z. B. die Privattestamente (S. *Matthai Paröim.* 8. Nr. 24), ingleichen verschiedene Exceptionen, als die Exception des nicht ausgezahlten Geldes u. s. w. Die

Nota

Notarien haben oft in Teutschland im 13. und 14. Jahrhundert dergleichen im bürgerlichen Rechte vorkommender Exceptionen so in ihren Formularen erwehnet, als wenn Fürsten und Unterthanen durch dieses Gesetz, als durch ein gemeines, durchaus gebunden würden. S. *Mieris Diplom. Samml.* I, 325, 475. III, 215. Denen, die mit den fremden Rechten unzufrieden waren, antwortete man geschwind: die Römischen Gesetze wären keine ausländische, sondern von den vorigen Kayfern zum Grund gelegt, deswegen hätte man auch einige Gesetze der Teutschen Kayser eben diesem Corpus juris unter dem Namen der Authentischen einverleibet. Daher erhielt das Römische Recht im 14. Jahrhundert den Namen des geschriebenen (*juris scripti*) und Kayserlichen Rechts (*juris Casarei*) bey den Teutschen und Niederländern. Doch hüte man sich, welches ich hier neben bey anführe, daß man nicht den Ausdruf Kayserliche Rechten, oder gemeene Rechten, derum diese Zeit gebraucht ward, von dem Justinianischen Rechte im engeren Verstande verstehen.

So scheint demnach das Römische Recht zuerst außershalb der Gerichte, hernach in denselben, später auf dem Lande, ehet in Städten, und nach und nach bey den Streitigkeiten der Privatpersonen gebraucht worden zu seyn.

§. 95.

Im 15. Jahrhunderte kam vieles noch hinzu, wodurch es dahin kam, daß die Römischen Gesetze in den Niederländischen Gerichtshöfen die Oberhand erhielten. Seit der Errichtung der Akademie zu Löwen im Jahr 1426 scheinen viele Niederländer, die von vornehmer Abkunft, und dadurch mit diesem Rechte bekannt gemacht, dafür einge-

genommen, und darinn unterrichtet worden waren, sich um die vaterländischen Gewohnheiten nicht sehr bekümmert zu haben, indem dieselben auf den Akademien, als Sachen, die den Lehrern unbekannt waren, weder getrieben, noch empfohlen wurden. Daher konnte es leicht kommen, daß jene kurzen Formulare, die das Recht und die Gewohnheiten der Vorfahren ausdrückten (*paroemiae*), vielen einen Eitel gegen die auf eine kurze und schöne Art abgefaßten Sätze der alten Rechtsgelehrten benbrachten. Außerdem waren die vaterländischen Rechte fast in jeglicher Gerichtsbarkeit und Stadt verschieden. Hieraus scheinen die Gelehrten den Schluß gemacht zu haben, daß man ein gewisses System des ganzen Privatrechts nöthig habe. Da man nun dieses in dem Römischen Rechte zu finden glaubte, so beschloß man, es einzuführen, und ging nachher so weit hierinn fort, daß man für gut erachtete, aus dem Römischen Rechte, weil es so viel weise und billige Gesetze enthielte, die vaterländischen Gesetze nicht allein zu ergänzen, sondern auch zu verbessern. Zu diesen Ursachen rechne man noch die Errichtung der neuen Appellationsgerichte. Diese Gerichte verordnete Philipp, der Gütige, in Holland; in Geldern, Carl der Kühne, nachdem er sich im Jahr 1473 derselben bemächtigt hatte. Die Richter, die des Römischen Rechts kundig waren, ärndtesten die Früchte dieser ihrer Kenntnisse bey ihren Endurtheilen ein; in der Folge der Zeit wurden sie von den Fürsten gezwungen, sich nach diesen Gesetzen zu richten, wie vom Carl, dem Kühnen in dem Amtsformular den Personen des Raths von Holland d. 4. Sept. im Jahr 1462 in d. 42. Artif. vorgeschrieben ist. S. Niederl. Gesetzb. III, 631. Doch hat es auch nicht an Klagen in den Niederlanden wegen des fremden Rechts, das das heimische unterdrückte, gefehlt. S. des Revinus Deventer S. 124.

Im 16. Jahrhundert fand der Gebrauch des Römischen Rechts in den Gerichten kein Bedenken mehr. Dies hat Hr. Sager in der Schrift, *Ursprung und Gebrauch des Röm. Rechts in Holland*, im 2. Cap., sehr deutlich gezeigt. Man sieht deutlich, daß die Fürsten sein Ansehn suchten; ob sie indeß das alte Recht ohne Einstimmung der Stände so ganz umändern konnten, gehört hier nicht zur Untersuchung hin. Dies einzige will ich bemerken, daß, als die Fürsten im 15 und 16. Jahrhunderte den Richtern befahlen, sich desselben zu bedienen, und sie selbst in ihren Edikten desselben, als eines schon in den Gerichten gangbaren, erwähnten, sie kein neues Recht eingeführt, sondern ein schon durch langen Gebrauch eingeführtes bestätigt haben; daß hiernächst die Stände, außerdem, daß sie sich diesem Vornehmen der Fürsten nicht widersetzen, hin und wieder keine zweideutige Zeichen ihrer Einstimmung gegeben haben. Was Holland anbetrifft, so scheint mir zwar diese Sache aus dem Edikte Philipps, des zweiten, vom 21. Febr. des Jahrs 1564. sich zu ergeben (S. Nied. Ges. I, S. 379.), wodurch den Holländischen Ständen, die um das alte Recht, zuerst den Besitzer der Hypothek, hiernächst, wenn diese zur Execution gebracht ist, den Bürgen anzugehn, anhielten, wiederhergestellt, und versichert wird, der Meinung und Gewohnheit derer zuwider, die dem Römischen Rechte folgten. Hieraus sehn wir, daß der Gebrauch des Röm. Rechts von den Ständen nicht angegriffen sey; daß sie aber doch nicht gewollt haben, daß jenes Recht einem bestimmten väterlichen Rechte vorgezogen werden sollte.

Als die Republik eingerichtet und gegründet war, kamen die Staaten, bey denen sich die Oberherrschaft befand, zwar darin nicht überein, daß sie sich berathschlagen hätten, ob jenes fremde Recht zu behalten sey, und wie lange?

Abbr

Aber sie hoben doch seine Kraft in den Gerichten, als schon durch den Gebrauch und die Gesetze der Fürsten bestätigt, nicht allein nicht auf, sondern gaben ihr noch Nachdruck, indem sie sich darauf beriefen (S. das Holl. Ges. v. 5. Febr. im Jahre 1661. fern. Nied. Ges. B. III, 1006.), und den Richtern befohlen, die Proceße darnach zu führen (S. Nied. Gesetze I, 346. den Befehl der Staat. v. Holland v. 25. May 1735). Was Friesland anbetrifft, so ist die Sache hier noch offener. Die Friesländer wählten sich das ihnen vom Herzog von Sachsen, Georg, mit dem Sächsischen Rechte zugleich vorgeschlagene Römische (S. Winssem Gesch. v. Friesland, S. 359. 393.), und ließen über den Gebrauch desselben sich von Carl, dem 5, Gewährleistung versichern, als er die Regierung übernahm. S. von Swarzenberg Friesl. Cod. III, 123. 125. 147. 151:

§. 96.

Schwehrer ist die Frage, was für eine Kraft die Niederländer dem Röm. Rechte eingeräumt haben. Die pragmatischen Rechtsgelehrten sind hierin nicht einig. Auch die Gesetze lassen sich hierüber nicht deutlich aus, außer, daß bey den Friesländern der Gebrauch des Röm. Rechts, als eines geschriebenen, so weit gehe, daß man es für ein allgemeines hält, insofern durch väterliche Gesetze nicht anders verordnet ist. In dem Gesetze vom 23. März 1723 sagen die Staaten: Ja, daß solches jederzeit, und noch bis jetzt, unter uns für einen unwandelbaren und wesentlichen Grundsatz unsrer Regierung angesehen wird *). Von allen

*) Ja dat zulkz altyd is en noch by ons word geconfideereerd als een wesentlyke maxime van Onze Regeeringe.

allen vereinigten Provinzen scheint sich dies festsetzen zu lassen; daß man nach diesem Rechte Sachen, die ins Völkfer und Staatsrecht einschlagen, nicht schlichten könne. *Grot. de Jure B. et P. II, 16. 3.* Hiernächst gilt es bey solchen Privatangelegenheiten nicht, die nach diesem Rechte zu richten, die Gesetze ausdrücklich verbieten. *S. das Geldr. Ges. B. II, 344.* Was die übrigen Arten von Proceße anbetrifft, die durch kein Gesetz namentlich angenommen sind, so hat man außer Friesland mehr Zweifel darüber, ob diese Regel angenommen werden müsse: man müsse sich an dem Röm. Rechte halten, bis gezeigt werde, daß es durch Gesetze oder Herkommen unkräftig gemacht werde; oder diese Regel: man müsse dem Herkommen folgen, wenn dieses durch einstimmiges Zeugniß der pragmatischen Rechtsgelehrten gebilligt werde, ingleichen der vom alten Herkommen und den vaterländischen Gesetzen, sie mögen allgemeine, oder besondere, seyn; hergeleiteten Analogie des Rechts, bis gezeigt werde, daß in dem streitigen Falle das Röm. Recht in dem Sinne zugelassen sey, daß es über das Herkommen, und auch diese Analogie gehe?

Es giebt aber viererley Arten von Rechtsachen, bey denen man in Ungewißheit stehen kann. Erstlich giebt es einige Arten des Rechts, die bey den Römern nur allein so statt finden konnten, daß sie jetzt nicht mehr auf die Europäischen Sitten passen. Z. B. die Rechte der Herren gegen die Sklaven, die Rechte der Gefangenen, die wieder zurückgekommen sind, u. s. w. Von diesen Fällen, glaube ich, schließt man auf jede andere ähnliche nicht richtig.

Es giebt hiernächst noch jetzt einige Rechte, die die Römer nicht kannten, oder die ihren Einrichtungen entgegen

gen laufen, z. B. Assekuranz, oder Versicherungscontracte, wonach man wegen des Ueberkommens gewissen Waaren oder Menschen cavirt; das Wechselrecht, das Recht der zwischen Ehegenossen gemeinschaftlichen Güter, der Verträge über die Succession, und unter diesen die Heuerathsverträge, des Erbfreundrechtes wegen, des Vertrags der freywilligen Verdammniß, oder zu leistenden Exekution. Meiner Meinung nach können aus der bloßen Analogie der vaterländischen Gewohnheiten solche Fälle beurtheilt werden. Sind diese alten Gewohnheiten ungewiß, oder die Worte in den alten Gesetzen zweydeutig, so, glaube ich, muß man zu den Gebräuchen und Gesetzen der Nachbarn seine Zuflucht nehmen, ihres gemeinschaftlichen Ursprungs wegen. Die dritte Art der Rechte ist die, welche durch Annehmung des Röm. Rechts zu den Niederländern gekommen sind, so wie die besondern Rechte bey den Testamenten, die quarta falcidia, die Caution der Legaten wegen, hiernächst das sogenannte Repräsentationsrecht, u. s. w. Wenn hierüber gestritten wird, so scheint mir wenigstens das Rechtens zu seyn, was mit der richtigen Auslegung der Röm. Gesetze übereinstimmt, es müßte denn durch unbezweifelte Zeugnisse erhärtet werden können, daß damals, als das Ansehn des Röm. Rechts in Aufnahme kam, einige seiner Vorschriften, in diesen Punkten nicht zugelassen, oder wenigstens in der Folge verworfen wären. Ist dies erwiesen, so fallen zugleich die Schlußfolgen weg, die man aus jenen Principien, die man vor-mahls nicht gebilligt, oder verworfen, hat, zieht. In Holland gilt, zum Beispiel, ein Testament, das vor einem öffentlichen Notarius und zweyen Zeugen niedergeschrieben ist, und man verwirft die Vorschriften: daß niemand zugleich mit und ohne Testament sterben könne.

könne; daß einem Sohn verboten werden könne, ein Testament zu machen, obgleich die Friesländer sich des Röm. Rechts bedienen. Endlich so giebt es noch Sachen von vermischter Art, oder solche, die beyden Rechten gemein sind, von welchen in den vaterländischen Gewohnheiten und Gesetzen, ehe die Röm. Gesetze aufgenommen wurden, festgesetzt war, als **Contrakte, Eigenthum, und dergleichen.** Fällt von solchen etwas vor, von welchen das vaterländische Recht, nemlich die geschriebenen Gesetze, das unveränderte und gewisse Herkommen, in gleichen die Analogie eben dieses niedergeschriebenen oder überlieferten Rechtes nichts gewisses bestimmt, so glaube ich, daß das Röm. Recht, als ein öffentlich gebilligtes Gesetzbuch, statt finde. Doch findet sich bey dieser, so wie bey der vorigen, Vorschrift eine Ausnahme, wenn nemlich ein Röm. Gesetz allein auf einer Eigenheit der Röm. Sprache oder Lebensart, oder einem Grundsätze beruht, der den alten Gewohnheiten der Niederländer so entgegen ist, daß die pragmatischen Rechtsgelehrten von großem Ansehn bezeugen, dieser Grundsatz sey nicht sowohl abgestellt, wie **Groenewegen** geglaubt hat, als zu der Zeit, wo die Röm. Gesetze in den Gerichten aufgenommen wurden, nicht angenommen, z. B. die Folgerungen, die die Röm. Gesetze aus der Form der **Scpulationen** gesammelt haben, und in sich enthalten. Denn in diesem Falle entscheidet man nach dem **Naturrechte.** „Ohne Grund, sagt **Bynkershöt** in seinen *Quaest. Jur. Priv.* II, 4, giebt man gewöhnlich vor, daß alle Römischen Gesetze angenommen würden, wenn nicht erwiesen wäre, daß sie abgeschafft wären, als hätte man nicht auch das für abgeschafft anzusehn, wie man es denn dafür ansehn muß, was man in beständigem Gebrauche nie befolgt hat.“ Er beweist dieses mit einem Beispiel, das von der Bestrafung der Witwe, die innerhalb der jährlichen Trauerzeit heuerathet,

et, hergenommen ist, und die, wegen der anderen Heusrath, das Eigenthumsrecht der, unter welchem Namen es auch seyn mag, von dem verstorbenen Manne hinterlassenen Güter, verlehrt.

Doch hier ist der Ort nicht, von dieser schwehren und so oft und sorgfältig untersuchten Sache weitläufig zu handeln. Das mögen theoretische und praktische Gelehrte untersuchen, deren wichtigerem Urtheile ich das meine gern unterwerfe. Vielleicht würde es dazu beitragen, diese Streitigkeiten zu verringern, wenn Rechtsverständige und Richter, die durch lange Erfahrung in diesen Sachen geübt sind, die wichtigeren Punkte, in welchen die Ausleger des Röm. Rechts uneins sind, sammeln, oder woben in den Gerichten gestritten wird, ob das Römische Recht aufgenommen sey? und wenn sie bey dieser Sammlung nicht stritten, welche Erklärung dem Sinne dieser Gesetze, oder der Ausübung, angemessener sey, sondern, welche in dem gegenwärtigen Falle den mehresten Nutzen bringen, und endlich, wenn eine solche Sammlung solcher zweideutigen Punkte den Staaten vorgelegt würde, damit sie durch ein ewiges Gesetz festsetzen, was jetzt billiger und besser zu seyn scheint.

§. 97.

Ich komme nun auf das Gerichtswesen. Die Vollkommenheit der bürgerlichen Justiz kann man überall aus den dreyen Stücken beurtheilen, wenn ein jeder auf eine baldige, gerechte und nicht zu kostbare Art sein Recht erhält.

Den alten und gegenwärtigen Zustand der Gerichte in den Niederlanden will ich da einzeln beschreiben, wo ich von dem Rechte der einzelnen vereinigten Provinzen reden werde. Hier untersuchen wir zuoberst, was ihnen allen
insge

insgesammt gewissermaßen gemein ist, und werden einig-
 ges nur aus der Ferne bemerken. Die Alten hielten es für
 gut, wie auch die Teutschen gethan haben, daß Gleiches
 nur von Gleichem gerichtet werden müßte. lan-
 ges Aufhalten der Proceße mißfiel ihnen, daher wird noch
 im Lande Drenthe der Proceß kurz abgethan. Einige hab-
 ten es für wahrscheinlich, daß die langsame Proceßart von
 der Begierde des Hauses Burgund zur Herrschaft ent-
 standen sey, ich bekenne aber, daß ich dies noch nicht ein-
 sehe. Die Gerichte waren unterschieden, je nachdem die
 Streitigkeiten ihrer Art nach verschieden waren, man mag
 dabey nun auf den Richter, oder die Art, die Proceße ab-
 zuthun, sehn. Bey einigen mußten die Fürsten das Prä-
 sidium haben. Die gewöhnlichen Richter hatten ein jähr-
 liches Regiment. Weder vor dem Aufgang, noch nach
 dem Untergange der Sonne sprachen sie Recht. Sie rich-
 teten, so wie es billig und gut, der Natur nach, zu seyn
 schien; doch sahen sie dabey auf die vaterländischen Gesetze
 und Rechte. Denn dies scheint der Sinn der alten Vor-
 schrift gewesen zu seyn: die Richter sollen nach ihren
 fünf Sinnen das Rechte sprechen. Appellationen
 wurden an manchen Orten mit Schwierigkeiten, und nicht
 überall verstattet. Auch in diesen Gerichten gab es Ca-
 rimonien, durch welche den Gemüthern Ehrfurcht gegen
 die Richter und Gerichte eingeprägt werden sollte, und sie
 waren damahls, wo viele lieber durch die Waffen, als durch
 das Recht, ihre Sachen entscheiden wollten, notwendig.
 Man thut daher Unrecht, wenn man diese Carimonien, als
 Beweise der Stimplicität, oder gar der Dummheit der Al-
 ten, lächerlich macht. Denn da, wo es schwer hält, oder
 gefährlich ist, die Menschen durch Gewalt zu schrocken, oder
 in Ordnung zu erhalten, da erhält ein gewisses öffentliches
 Ansehn bey den öffentlichen Geschäften das obrigkeitliche Amt,
 und beschützt es gleichsam.

Von der heutigen Einrichtung der bürgerlichen Gerichte bemerke ich hier wenig.

1. Die Holländer und Seeländer haben zwey gemeinschaftliche Gerichte, wohn die Proceße durch die Appellation gebracht werden; die vereinigten Provinzen keines, außer in den Ländern, die sie alle gemeinschaftlich beherrschen.

2. Die Gesezze, die die Proc. Ordnung bestimmen (de manier van procedeeeren) sind in den Provinzen verschieden. Aus dem Canonischen Rechte war schon vor dem Anfange der Republik mehreres auf sie übergegangen, als aus dem Bürgerlichen. Insonderheit hat Holland und Seeland aus der französischen Jurisprudenz, während der Regierung des Hauses Burgund, viel französische Wörter erhalten, die noch jetzt beygehalten werden.

3. Die Landrichter in Holland, auch zuweilen einige, die in kleinen und großen Städten, Recht sprechen, werden nicht aus den Rechtsgelehrten genommen. Sie pflegen aber diese bey wichtigen Fällen um Rath zu fragen.

4. Die sogenannte Erbherrliche Gerichtsbarkeit ist auch bey den Niederländern häufig, doch nicht bey den Friesländern. Man theilt sie in die hohe, mittlere, und niedere ein, und ich werde unten Gelegenheit haben, hierüber einiges zu sagen.

5. So wie es fast keinen Ort giebt, wo nicht wegen der Jurisdiktion Streitigkeiten seyn sollten, so fehlt es auch in den Niederlanden hieran nicht.

6. So wie alles unsicher wird, wenn man das Recht aushebt, so will auch die höchste Obrigkeit, daß ein jeder sein ihm zukommendes Recht von den Richtern unverletzt erhalten soll. Sie nimmt sich auch nie die Gewalt heraus, dies Recht, das von Natur den Bürgern zukommt, zu stöhren,

führen, oder die Gewissenhaftigkeit der Richter durch Rescripte oder Befehle zu jemandes Nachtheil einzuschränken.

7. Auch die höchste Obrigkeit versagt keinem Bürger ohne gerechte Ursache, das heißt, ohne eine Ursache, die den wahren Grundsätzen des allgemeinen Staatsrechts angemessen ist, das sogenannte Recht *de non evocando*. Die Niederländer und Deutschen nehmen dies Recht nicht ganz in einerley Verstande. Denn die Staaten gewähren nach der Errichtung der Republik den Bürgern das Recht, das vormahls ihnen und dem Volke von ihren Fürsten zugesagt ward, auf eine heilige und unverletzbare Art. Sie zwingen nemlich keinen Bürger, einen Richter anzunehmen, dessen Jurisdiction in der streitigen Sache er den Gesetzen nach nicht unterworfen ist. Hiernächst nehmen sie keine Sache von einem ordentlich und gesetzmäßigen Richter, der seinem Amte rechtmäßig vorsteht, hinweg; auch setzen sie keine *Deputation* wider Willen der Parthenen nieder. Doch man muß nicht glauben, als ginge dies Recht der Bürger so weit, daß es der höchsten Obrigkeit nach einem allgemeinen Gesetze nicht freystehe, gewisse Personen, oder Sachen, von dem gewöhnlichen Foro zu eximiren, indem sie gewisse besondere Gerichte festsetzt, in welchen über diese ausgenommenen Personen und Sachen sters, mit Ausschließung des gewöhnlichen Richters, Recht gesprochen wird. Denn dies Recht hatte man vor Gründung der Republik erhalten, und die Staaten haben sich denselben, nach Entstehung der Republik, bedient; auch streitet die Natur des Staatsrechts mit solchen Einrichtungen nicht. Von dem Rechte der höhern Obrigkeit, eine Streitsache von einem niederen Richter, der seine Pflicht vernachlässiget, oder sich weigert, sie zu endigen, wegzunehmen, ist hier der Ort nicht, zu reden.

128 Erster Theil. Siebentes Capitel.

8. Doch die höchste Obrigkeit weiset nicht eine jede Erkenntniß über eine Streitsache ab. In den mehresten Ländern ist es den Parteyen erlaubt, um eine Revision anzuhalten. Wird diese aus Gründen, die durch ein Gesetz gebilligt worden, ertheilet, so verursacht sie eine neue Untersuchung, der in dem letztern Berichte vorgenommenen Unterhandlungen. Neue Richter, die von der höchsten Obrigkeit den vorigen Richtern beygefügt werden, sehen die Sache, so wie sie in dem erstern Berichte betrieben ist, nochmals durch, und sehen nicht dabey auf die Anführung neuer Umstände, die vorher nicht in Betrachtung gezogen worden waren. Wenn beyde Theile gehört, und die Umstände genau erwogen worden sind, so endigen diese Richter den Streit durch ihre Sentenz.

9. Die Arreste, die man der Sicherheit der Jurisdiction wegen erlegt, werden, besonders in Holland weit ausgedehnt, weniger in Friesland, außer, daß sie sich des Retorsionsrechtes bedienen. Sie sind wider das Römische Recht damals eingeführt worden, als seine Gewalt im Foro geringer, als jetzt, war. Man kann auch den Ursprung derselben weder aus den Grundsätzen des allgemeinen Staatsrechts, noch aus der Verfassung von Europa vor dem sechzehnten Jahrhunderte erkennen. Indessen dies Mittel, sich der Jurisdiction zu versichern, ist durch mancherley Gesetze und Vergleiche hin und wieder eingeschränkt worden, wovon die Ausleger des Privatrechts weitläufiger reden. Der Vergleich der Holländer und Seeländer vom 11 Jun 1669. der 5. 6. und 8 Artik. befindet sich in dem Nied. Ges. B. III, 692. Von dem Vertrage der Holländer mit den Utrechttern 1657. siehe ebendaf. II, 116a. Einiges hiervon soll unten angeführt werden. Den Gebrauch der sogenannten Brabantischen Bulle, über welche die Stände des h. Röm. Reichs sich, als

als ihnen nachtheilig, beschworen haben (S. Westphal im 9ten Art. §. 1. das Cap. der neuen Artikel 26, 14.), hat Carl der fünfte in Holland und in der Stadt Middelburg und Gosa im Jahr 1549. aufgehoben. S. Ned. Ges. B. II, 2065. ferner das Geldrische Gesetz vom 18ten May 1584.

10. Ich merke überhaupt noch von der Führung der Prozesse an, daß, wenn sie auch nicht überall mit einerley Geschwindigkeit und wenigen Kosten beendigt werden, man dieses doch von allen Gerichten in den Niederlanden sagen könne, daß in denselben ein Eifer herrsche, den Streitenden ihr Recht unverletzt und ohne Unterschied der Person widerfahren zu lassen. Man läßt hiernächst auch keine Parteyen einen Proceß anheben, bevor unter ihnen die Güte nicht versucht ist. Durch diese vortrefliche Anordnung werden sehr intrikate, heftige und kostbare Streitigkeiten in ihrem Entstehn bengelegt.

§. 99.

So viel von den bürgerlichen Gerichten. Die alte Beschaffenheit der Criminalgerichte giebt einige Ueberbleibsel von den Sitten der alten Deutschen an, die Tacitus beschrieben hat. Sie wurden durch die Art des Aberglaubens verunehrt, die unter den Namen der Ordalien bekannt ist. Die Päpste haben sie oft verworfen, aber die Macht des Aberglaubens pflegt lange Zeit stärker, als Vernunft und Gesetze zu seyn.

Auch in diesen Gerichten herrschte jener alte Geist der Freyheit. Man hielt es vormahls für etwas wichtiges, wenn ein Bürger über die Ehre und das Leben eines Bürgers richtete. Damit dieses geduldig getragen würde, so wandten zur Zeit des Tacitus die Priester im Kriege einen Befehl der Gottheit vor. Um in der Folge die Rich-

ter und die zuschauende Menge durch das Bild dieser wichtigen Sache mit einem gewissen Schrecken zu erfüllen, so wandte man dabei vielerley Cerimonien an (§. 97.). M. s. die Akten der Gröninger Gesellschaft, I, 319. Die Anklagen waren üblich. Ueber die Nothwendigkeit der Relationen in drey jährlichen Zusammenkünften sehe man die Drentheimischen Gesetze I, 3. Die Macht des Westphälischen Geheimen Gerichts (des Vehmdings, Freystuhls), die sonst so fürchterlich war, räumte der Kayser Carl der vierte dem Herrn von Cöworden im Jahr 1357, und im Jahr 1361 dem Bischof von Utrecht über Twente und Salland ein. Wie verhaßt diese Gerichte überall gewesen sind, und wie stark und anhaltend man unermüdet an ihrer Abschaffung gearbeitet habe, und wie sie endlich unter dem Kayser Carl, dem fünften, in Teutschland zu herrschen aufhörten, ist bekannt genug.

Die Angeklagten wurden gegen ihre Beschuldigungen sehr begünstigt; die Ankläger hatten aber keinen leichten Stand. In dem Lande Utrecht, zum Beispiel, ward die Gewohnheit heilig beobachtet, daß ein Zeuge durch einen Eidschwur die gleichstimmige Aussage von sieben Zeugen unkräftig machen konnte, und losgesprochen ward. Diese Gewohnheit brachte zuletzt der Kayser Carl, der vierte, im Jahr 1364 ab, worüber der Papst Gregorius vermittelst einer neuen Gewährleistung Sicherheit erteilte.

§. 100.

Jetzt sind die vereinigten Staaten in Ansehung der bey diesen Gerichten zu beobachtenden Ordnung und Einrichtung sehr verschieden, man mag auf den darinn erkennenden Richter, oder auf die Art sehn, wie die Sachen getrieben werden. In Geldern z. B. erkennt eben der Richter,

ter, der den Verbrecher hat greifen lassen, über die Sache; in Holland der Richter, in dessen Jurisdiction sich die Wohnung des Beklagten, oder er selbst, befindet, wenn er nicht flüchtig ist, oder im Begriff, entfliehen zu wollen, ertappt ist. S. das Holland. Ges. vom 15. Sept. 1677; in Friesland allein der Provincialhof. Eben so wird ein ins Gefängniß gebrachter Beklagter in Holland anders, als in andern Ländern, z. B. in Friesland behandelt. Es giebt daselbst eine doppelte Behandlungsart des Delinquenten; die eine geht nach der gewöhnlichen Art der Gerichte, die andere richtet sich darnach nicht (der gewöhnliche und außerordentliche Criminalproceß). Der letztere ist in Holland seit langen Zeiten üblich; bey den Franzosen und Deutschen, ingleichen den Engländern unbekannt und fremd. Von dem Gröningschen Rechte sehe man das Gesetz vom 27. Nov. 1749.

Heut zu Tage sind die Privatanklagen nicht üblich. Die Aufseher über die Criminalgesetze pflegen in den Städten und auf dem Lande öffentlich anzuklagen. Sie haben in Holland die Macht, bey einigen Vergehen die Sache mit denen, die aus Vorsatz, oder Unbedachtsamkeit, die Gesetze verletzt haben, bezulegen, doch nach einem gewissen durch Gesetze vorgeschriebenen Maaße, hiernächst nicht bey sehr großen Verbrechen, oder solchen, die namentlich ausgenommen sind. S. des Kayfers Carl, d. fünften, gegebenes Gesetz vom 26. May 1544. d. 3. Art. ingl. das Formular der Verpfl. des Hofes von Holl. den 9. Art. das Gesetz von Holland vom 11. Sept. 1677. das Utrechts. Gesetz vom 19. Aug. 1662. nebst dem vom 1. Nov. 1769. das Geldrische vom 10. Jul. 1622. den 42. Art.

Die peinliche Befragung der Beklagten, die von den Römischen Knechten auf die freygebornen Menschen

132 Erster Theil. Siebentes Capitel.

sehen übergegangen ist, welche die Päpste nicht verboten, und Carl, der fünfte, in Teutschland, Philipp, der zweyte, in den Niederlanden aufkommen ließ, wird jezt noch in den Ländern der Republik beygehalten.

In Holland darf kein Verurtheilter von der Sentenz appelliren, wenn wider ihn das außerordentliche Verfahren gebraucht worden ist. Ob ein Prätor aber, oder öffentlicher Ankläger, die Freyheit habe, zu appelliren, die ein Beflagter nicht hat, kann noch untersucht werden. Die Meynung des Herrn van de Wal, der bey dem Priv. von Dordrecht 5, 1331. leugnet, daß er diese Gewalt habe, scheint richtig zu seyn. Die Billigkeit und Beschaffenheit des alten Rechts veranlaßt mich, eben dieses zu behaupten.

In Ansehung der Arten der in den Niederlanden üblichen Strafen merke ich an, daß die Confiskation der Güter in Holland auf eine weise Art den 1. May 1732. und 16. Decemb. 1735. in Seeland aufgehoben sey, nicht einmahl das Verbrechen der Majestät und Landesverraths ausgenommen. In der That das würdigste Beispiel, das, insonderheit bey der jeztigen Verfeinerung, überall nachgeahmt zu werden verdient.

§. 101.

So viel von den Mitteln zur Beförderung der öffentlichen Ruhe, in so fern sie durch Strafen erhalten wird. Aber eine traurige und ungewisse Sicherheit, die sich bloß auf nachdrückliche und häufige Strafen gründet! Weit glücklicher ist der Staat zu schätzen, wo Verbrechen entfernt, als wo sie durch viele und häufige Strafen geahndet werden. Hierauf sind die Obrigkeiten in den Niederlanden eifrig bedacht. Insonderheit verdient es bemerkt zu werden, daß in Holland, bey so vielen Menschen von so

so mancherley Beschaffenheit, und einem so engen Raume, in dem sie leben, wenige Beispiele von Todesstrafen vorkommen, und doch die öffentliche Sicherheit hier so fest, als an irgend einem Orte, ist. Die Wachsamkeit dererjenigen, die über die Sicherheit und Bewahrung der Geseze die Aufsicht haben, ihre Verknüpfungen unter einander, die Schwierigkeit, dem Anhalten zu entgehn, eine sorgfältige Aufsehung auf verdächtige Personen, vermehren die Furcht vor den Gesezen und Gerichten, und brechen die Kühnheit, zu sündigen, indem sie die Hoffnung, nicht gestraft zu werden, benehmen.

Das achte Capitel.

Von den Hülfsmitteln zur Vervollkommenung des Verstandes und Herzens; besonders von den Akademien.

§. 102.

Nachdem ich von den Mitteln der öffentlichen Ruhe geredet habe, gehe ich nun zu den übrigen Theilen des glüklichen Lebens der Bürger fort. Ich komme aber jetzt nicht zuerst auf ihren Reichthum. Den Anfang mache ich vom dem Studio der höhern und niedern Weisheit, welche, höher, als Güter, dem Menschen rath, sein Leben recht zu genießen, und dem Bürger, auf sein Wohl zu sehen, in dem er aus allen Kräften dem Staate dienet. Zuerst will ich von den Einrichtungen überhaupt reden, wodurch das Genie und der Verstand der Bürger gebildet wird, hernach besonders von der Religion und Kirche.

§. 103.

Die Erziehung der Kinder wird fast in ganz Europa seit einiger Zeit als ein Gegenstand der Aufmerksamkeit angesehen. Auch hierbey giebt es vielerley Lehrfäße, die allen Völkern

Völkern und auch einzelnen von ihnen eigen sind. Die genaue Befolgung der Alten in diesem Stücke, insonderheit der strengen Gesetze des Lykurg, oder die Ernennung öffentlicher Censoren, wie man sie zu Rom hatte, welche über die häusliche Einrichtung Aufsicht hätten, verträgt sich mit den Europäischen Sitten, und der heutigen Staatsverfassung viel zu wenig. Nicht alle und jede Mittel zur Beförderung des öffentlichen Wohls, von denen man weiß, das sie vormals nützlich gewesen sind, haben heut zu Tage noch diesen Nutzen. Diejenigen verdienen, in Reichern und großen Republiken empfohlen zu werden; welche, ohne größern Nachtheil, oder ohne große Bewegung nach sich zu ziehen, jetzt einen Nutzen stiften können. Doch will ich nicht läugnen, daß sich in den Spartanischen Anstalten einiges, und überhaupt in den Einrichtungen der Alten, die Plutarch und andere beschrieben haben, nicht wenig befindet, was zur Verfeinerung des Verstandes, zur Bildung guter Sitten, und zur Erweckung des Geschmacks vom Schönen und Anständigen, und Nahrung desselben in den jungen Leuten dienen kann. Sollte man es nicht versuchen können, die Tugend, wie Xenophon von den Persern erzählt, auf eben die Art, und durch eben solche Übung, als Künste und Wissenschaften, dem Herzen einzuprägen?

In der Republik Holland ist die Sorge für die Erziehung theils ein privat, theils ein öffentlicher Gegenstand. Die Privaterziehung hängt von Gewohnheiten ab, die Familien von einerley Art und Stande beobachten; die öffentliche wird durch die Vorforge der Obrigkeiten, und der Personen, die das Ruder des Staats führen, besorgt. Denn diese bemühen sich äußerst darum, daß, außer dem Beispiele, das sie selbst von sich geben, die Tugend, welche, wie weiches Wachs, für eine jegliche Gestalt empfänglich ist, durch Aeltern und Vorgesetzte in Schulen, Akademien und Kirchen eine gute Bildung erhalten.

§. 104.

Die Art, wie die Kinder hier erzogen werden, ist diese. Die Mütter eines jeglichen Standes stillen, so lange sie können, ihre Kinder selbst. Demn diejenigen Aeltern, die durch Reichthum, oder Würde, die sie durch ihre Geburt, oder durch die Aemter, die sie bekleiden, erhalten, sich vor andern auszeichnen, halten es nicht für niedrig und pöbelhaft, die Sorge für das erste Alter ihrer Kinder selbst über sich zu nehmen. Die Kinder werden, so bald es geschehen kann, in die Schule geschickt. Hier lernen sie die Anfangsgründe der Sprachen, und bekommen eine Anweisung zum Beten. Bey etwas zunehmendem Alter werden sie, noch jung, in die Schulen gebracht, welche auf öffentliche Kosten errichtet sind, und geschickte Lehrer der griechischen und lateinischen Sprache haben. Diese legen sich blos auf die Humaniora, und sind keineswegs wegen einer Veränderung ihrer Lebensart bekümmert; sondern mit ihrer Lage zufrieden. Dieser Umstand, der in vielen andern Ländern sich anders verhält, hindert das selbst den Flor der Schulen und Kultur der höhern Wissenschaften sehr. Aber nicht blos die besuchen diese Schulen, die sich den Wissenschaften zu widmen beschloßen haben, sondern auch die künftigen Künstler und Kaufleute.

Denn die schönen Wissenschaften besitzen, wenn sie auf eine schickliche Art getrieben werden, eine nicht geringe Kraft, nicht allein das Genie zu verfeinern, sondern auch einen Hang zu einem ruhigen Leben, zum Lesen guter Bücher, und Nachdenken über nützliche Gegenstände zu erwecken. Daher kommt es, daß in diesen Ländern viele Personen, deren eigentliche Beschäftigung in der Erwerbung bestanden hat, im Alter sich mit dem Studio der Sprachen und Philosophie ergötzen, und hierdurch dem geselligen Müßiggange, und jener schrecklichen Strafe der Unwissenheit,

heit, die in dem aus langer Weile erzeugten Ueberdruß seiner selbst entsteht, entgegen.

§. 105.

Nach fünf, oder sechs Jahren gehn die jungen Leute, nachdem sie eine hinlängliche Kenntniß der griechischen und lateinischen Sprache, und einen Geschmak an der alten Weisheit erhalten haben, zu den Gymnasien über, und betreten gewöhnlich bald nachher die akademische Laufbahn.

Die Gymnasien sind von ihrer ersten Entstehung an Musensitze, die zwischen den Schulen und Akademien in der Mitte stehn, und gleichsam die Vorübungsplätze dieser letztern sind. Es blühen verschiedene in den Niederlanden. Gelehrte haben zu aller Zeit, und unter diesen einige, die sich durch ihre Verdienste in der Republik der Wissenschaften sehr ausgezeichnet haben, ihren Glanz befördert.

§. 106.

Die, welche die Akademien stifteten, setzten sich ein größeres Ziel vor. Sie haben von ihrem Endzweck, der dahin geht, daß alles den Wißbegierigen vorgetragen werde, was man als Mensch, als Bürger und Obrigkeit, mit aller Anstrengung des Geistes zu erforschen und kennen zu lernen, nöthig hat, in ältern Zeiten den Rahmen der Unversitäten erhalten. In diesen Werkstätten des Geistes werden die Jünglinge zu dem öffentlichen Leben, in welches sie, sobald sie diese Laufbahn vollendet haben, eintreten sollen, vorbereitet. Denn so wie in diesem Leben Wissenschaft ohne Ausübung nicht hinreichend ist, so ist auch Erfahrung ohne Wissenschaft ein langwieriger und gefährlicher Lehrmeister im Denken, Reden und Handeln.

Es giebt aber in den Niederlanden fünf Akademien. Die älteste von allen ist die zu Leiden, die während der größten Hitze! des bürgerlichen Krieges, und unter den größten Unruhen auf Anrathen des Prinzen von Oranien, Wilhelm des ersten, den 8ten Februar 1579. eingeweyhet ward. Von ihrem Ursprunge und Fortgange hat Herr Saube in dem Panegyrr, den er den 8ten Februar 1775. hielt, das merkwürdigste mit vielem ihm eigenen Nachdrucke gesagt. Kaum war die Akademie entstanden, als jener herrschsüchtige Graf von Leicester sie nach seinem brausenden Naturell in eine andere Stadt zu verlegen suchte. Aber der Magistrat der Stadt leiden widersetzte sich seinem Vorhaben, und erklärte mit vieler Standhaftigkeit, daß er nie zugeben würde, daß dieser Schatz, der der Stadt zur Vergeltung ihrer Tapferkeit geschenkt worden wäre, ihr ohne Grund genommen werden sollte.

Ihr folgte die Akademie zu Francker den 29sten Jul. 1585, deren Geschichte Blankard in seiner Rede am Jubelfeste im Jahr 1685, und Vriemoet in dem Griechischen Athen (Athenâ Grisiacâ) beschrieben haben.

Darauf folgte die Akademie zu Gröningen im Jahr 1616, von welcher Schoof in den Vereinigten Niederlanden 17, 4. nachzusehn ist.

• Das Gymnasium zu Uetrecht ward im Jahr 1634 von dem Senat der Stadt Uetrecht errichtet. Die Staaten von Uetrecht beschenkten es 1636. mit den Rechten einer Akademie. Die Rede, welche Drakenburg den 27. März 1736 von diesem Anusensitze gehalten hat, ist desselben würdig. Man vergleiche damit Burmann in dem gelehrten Uetrecht (Trajectum eruditum).

Eben so bestätigten die Staaten von Geldern den zu Harderwyk errichteten Musensitz im Jahr 1647. den 1. Jun., und setzten im Jahr 1653. fest, daß er nie von hier wo andershin verlegt werden sollte. S. Schroepers Harderovich I, S. 75.

§. 107.

Die Akademien, von denen wir jetzt geredet haben, haben dies unter einander, und mit den Teutschen Universitäten gemein, daß sie das ganze Gebiet der Wissenschaften, die dafelbst getrieben werden, in vier Classen abtheilen, die gewöhnlich Fakultäten heißen. Darum gehn sie von den auswärtigen ab, daß von ihren Curatoren bloß Lektoren und Professoren zum Unterrichte der Studirenden ernannt werden, und sich damit beschäftigen, und niemand das Recht, öffentlich zu lehren, hat, als der, dem es im Namen der höchsten Obrigkeit verstattet ist. Es unterscheiden sich die Studirenden auch nicht durch besondere Kleidung, oder abgesonderte Wohnung von den übrigen Bürgern, wie in England geschieht. Ueberhaupt genommen, so lieben die Niederländer, außer daß sie sich beim Vortrage der lateinischen Sprache bedienen, die natürliche Lehrmethode, die sich in keine Subtilitäten in Untersuchungen einläßt, keine kühnen Hypothesen gebraucht, aus den Quellen und der Natur der Sachen selbst schöpft, und mehr Fleiß im Nachdenken und Untersuchen, als Großprahlen mit weitläufiger Belesenheit, oder Widerspruchesucht, verräth. Daher hält man es auch nicht für schimpflich, daß ein Gelehrter frey gesteht, er wisse etwas nicht, dessen Kenntniß er mit aller angewandten Mühe vergeblich gesucht habe.

§. 108.

Die Akademien in den Niederlanden werden durch die Art, wie sie regiert werden, durch die Rechte der Studirenden

hrenden, und durch den Umfang der Gerichtsbarkeit gegen sie von einander unterschieden.

In Leiden, um hiervon etwas anzuführen, wird der Rektor, dessen Regierung ein Jahr dauert, auf die Art bestellt, daß von den drei Fakultäten, aus welchen in diesem Jahre kein Rektor gewählt gewesen ist, drei Professoren von dem Senat erwählt, und dem Durchlauchtigen Prinzen von Oranien empfohlen werden, von welchen dieser einen ernennet, welcher seine Würde den 8. Febr. antritt. Der Rektor muß auf das Beste, die Rechte und Befehle der Akademie Aufsicht haben, und, wenn etwas mit den Curatoren und Bürgermeistern, die daselbst Jahr die Stadt regieren, zu berathschlagen ist, so hat er in diesen Zusammenkünften den Vorsitz. Von den angesehensten und vornehmsten Männern der Republik setzen die Staaten drei Curatoren, deren Würde ihnen Zeit Lebens bleibt. Die vier Leidener Bürgermeister, die mit ihnen ein Collegium ausmachen, haben ihr Amt nur ein Jahr. Der Rektor ist hiernächst in dem Akademischen Gerichte Vorsitz, woben sich noch außer ihm zehn Richter befinden. Diese elf Personen haben über bürgerliche und criminelle Angelegenheiten zu entscheiden, und richten, so wie der Große Rath von Holland, ohne daß eine Appellation statt findet, doch bleibt das Anhalten um eine Revision den Parthen übrig. Der Senat, der aus ordentlichen Professoren besteht, steht unter dem Rektor, wenn über Rechte und Vortheile der Universität, nicht aber über streitige Sachen etwas ausgemacht werden soll. Außerdem werden aus den vier Fakultäten dem Rektor jährlich vier Professoren von eben diesem Senat beigegeben, damit sie zwischen den Parthen Frieden stiften, oder, wenn dieser nicht statt findet, die Sachen mit den übrigen Richtern nach der in Gerichten übli-

üblichen Ordnung untersuchen mögen. Die Mitglieder der Akademie, die Professoren ausgenommen, sie mögen Kläger, oder Beklagte, seyn, können kein anderes Gericht, als das ihrige, nemlich das Akademische, haben. Dieses Recht, das groß ist, und wenige Akademiker haben, trägt viel zur Zierde der leidner Universität bey, und erhält die Ruhe derer, die aus den übrigen Theilen der Niederlande und entfernten Gegenden, des Unterrichts, oder der Promotion, wegen hieher kommen. Der Rektor darf nicht die Sache des Klägers unterstützen. Dies Geschäft liegt dem Prätor der Stadt Leiden ob. Dieser, der den Namen Promotor führt, schwört jährlich den 8. Febr. in dem Gemache, wo der Senat der Professoren gehalten wird, auf die Gesezze, nachdem eben daselbst der Rektor, seine vier Professoren, ingleichen die vier Bürgermeister, die die Angelegenheiten der Stadt besorgen, und die acht Scabinen, oder leidner Richter, welche jährlich die Jurisdiction in der Stadt verwalten, durch einen feyerlichen Eid verpflichtet worden sind. Denn von den letztern besinden sich stets zwey mit den 4 Burgemeistern in dem Akademischen Gerichte. Die Bürger der Akademie erhalten, wenn sie kommen, oder abgehen, die Freyheit von allen Abgaben, und bey ihrem Aufenthalte zu leiden dürfen sie von einer gewissen bestimmten Portion Bier und Wein keine Abgaben entrichten.

Es werden nicht blos die in die Zahl der Akademischen Bürger aufgenommen, die des Unterrichts der Professoren wegen dahin kommen, sondern auch Männer, die in Ansehn und Ehren stehn, die sich nach Leiden, der Akademie wegen, begeben. Die öffentliche Bibliothek ist vorzüglich reich an Büchern von großem Werthe, die zu den schönen Wissenschaften gehören. Sie enthält sehr alte Manuscripte von griechischen und lateinischen

Co.

Codicibus, und 1993 Orientalische, größtentheils noch nicht herausgegebene, Manuscripte. Uebrigens haben die Staaten oft ihren ernstestn Vorsatz gezeigt, die Rechte und Vortheile ihrer Akademie zu vertheidigen, wovon die Vorfahren gewünscht haben, daß sie, als ein ewiges Denkmaal ihres großen und edelen Geistes, den Nachkommen heilig seyn mögte. Als im Jahr 1711. wenig daran fehlte, daß in dem Haag ein Gymnasium errichtet würde, wo die daselbst unterwiesenen Jünglinge alles, außer der Ehre ihrer vaterländischen Universität, finden sollten, so verboten die Staaten, daß irgend etwas zum Nachtheil der Akademie zu leiden vorgenommen würde. Als auch im Jahr 1767. eine gewisse Privatperson 420,000 Gulden zu dem Behufe aussetzte, daß davon zu Zirksee eine neue Universität errichtet werden sollte, auf der sich sechs Professoren befänden, so brachten die Curatoren der Akademie zu leiden diese Sache sogleich an die Staaten, damit sie dafür sorgen mögten, daß diese mit ihnen verbündete Stadt ihren Rechten nichts entzöhe, wovon in dem Privilegio, worauf der Grund der leidner Universität den 6ten Januar 1575. gelegt ist, es ausdrücklich folgendermaassen heist: *) Ohne daß wir dennoch wollten, daß jemahls eine andre solche Schule in Holland, oder Seeland, soll fundirt, oder errichtet, werden. Es schien kein Streit zu seyn, was die Seeländer ehemahls vermöge des Rechts der höchsten Gewalt thun konnten, sondern, ob sie durch eine ausdrückliche Behauptung, oder Unterlassung, deklarirt haben, daß sie sich ihres Rechtes nicht bedienen wollten. Die auf beyden Seiten angeführten Gründe findet man in den Nied. Jahrb. v. J. 1768.

§. 109.

*) Sonder dat wy nochtans willen eenige anders gelyke Schoole tot eeniger tyd in Holland ofte Zeeland gesondeert of opgerecht te worden.

Den deutlichsten Beweis von der Gelehrsamkeit der Niederländer geben von ihnen geschriebene Bücher, die in allen Arten von Wissenschaften groß sind. So lange die Gelehrsamkeit geehrt werden wird, ja, wenn auch das jetzige Licht der Wissenschaft einmahl verdunkelt werden sollte, welche Vermuthung der gütige Himmel von der Republik abwenden wolle, so wird doch nie eine solche Finsterniß einreißen, das der Name eines Erasmus, Grotius, Zugemius, Boerhawe untergehn, oder ohne Ehrerbietung genannt werden sollte. Von gelehrten Niederländern, deren Verdienste ich hier nicht durchgehn kann, hat Sweerte in seinem *Niederland. Athen (Athenis Belgicis)*; Aubertus Miräus in den *Elogiis Belgicis*; Susefridus Petrus in den *Decadib. de scriptor. et illustris viris Frisia*; Meursius in den *Athenis Batavis*; Grotius in seiner *Geschichte* im 5 B. mehr Nachricht gegeben.

Ueberhaupt kann man sagen, daß die Niederländische Nation sich nie mit so großem und allgemeinen Eifer auf die Känntniß mehrerer nützlicher Sachen, und Ausbreitung derselben durch alle Theile der Niederlande gelegt habe, als man seit wenigen Jahren angefangen hat. Auch viele Privatgesellschaften, die seit nicht langer Zeit errichtet sind, haben sich die genauere Betreibung der Künste und Wissenschaften vorgesetzt, und man ärndtet von ihnen schon jetzt große Früchte ein, und erwartet sie künftig noch.

Das neunte Capitel.

Von dem Religionszustande und den Kirchlichen Rechten
in der Republik Holland.

§. 110.

Obgleich viele politische Schriftsteller die Religion unter die Geheimnisse der Regierungskunst rechnen, so scheint sie mir doch das sicherste Hülfsmittel zu der Kunst, weise zu herrschen, und auf eine anständige Art zu gehorchen, zu seyn. Aber welche Religion leistet dieses? Die, welche unter die zum Gottesdienste nothwendigen Stücke rechnet, daß man von Gott recht denke, und recht handele; niemanden schade, und jedermann sich nützlich mache. Dies thut die Lehre, die Christus und die Apostel gelehrt haben. Diese vollkommene Lehre Christi ehren, beherzigen und erhalten die Niederländer; hierauf gründen sie ihr Verhalten.

§. 111.

Die Christliche Kirche theilt sich in zwei Parteien. Die eine schreibt sich das Recht zu, den Inhalt der heil. Schrift durch die Auslegung, die sie davon macht, zu bestimmen, die andere folgt dem wörtlichen Sinne der heil. Schrift, in so fern sie recht ausgelegt wird, und bloß ihr, und nicht sich, legt sie Sicherheit vor Irrthümern und Fehlern bey. Die erste Lehrart ist der Römisch-catholischen Kirche eigen, die letztere denen, die Protestanten heißen. Beide Christliche Kirchen kommen in sehr vielen Lehren von Gott, und der Art, ihm gefällig zu werden, mit einander überein; sie sind aber auch durch nicht wenige

144 Erster Theil. Neuntes Capitel.

ge lehren, durch viele Gebräuche, und durch die ganze kirchliche Einrichtung von einander unterschieden.

§. 112.

Die Kirche, die in den Niederlanden die vornehmste ist, ist von den Protestantischen. Ich würde sie die herrschende nennen, wenn ich nicht befürchtete, es mögte dieser Name den Verdacht eines gewissen Dienstbarkeits erregen, zu welcher die, welche die Herrschaft hätten, die Meinungen der Bürger herabzwängen. Diese haben die Niederländer auf eine muthige Art von sich abgewälzt, und da sie sie noch jetzt haßen, so zwingen sie niemand dazu. Die Niederländische Kirche unterscheidet sich aber von dem übrigen Protestantischen Gottesdienste durch die lehren des Calvin, die sie annimmt, das heißt, durch solche lehren, welche in dem Pfälzischen Catechismus, dem Niederländischen Glaubensbekenntniß, und den Verordnungen der Dordrechter Synode enthalten sind.

Die öffentliche Gottesverehrung wird mehr auf eine andächtige, als prachsvolle, Art in den Kirchen verrichtet, und man sucht daselbst nicht sowol durch äußerliche Sachen, die in die Sinne fallen, als durch Gründe, die Herzen zu rühren.

Es sind aber auf dem Concilio zu Dordrecht im Jahr 1619. zwei Stücke festgesetzt, die Lehrameynungen, und die Kirchenordnung. Das erste haben die sammtlichen vereinigten Staaten angenommen, das letztere (*de Kerken ordeninge*) nicht alle. Die Friesländer haben sie verworfen. Die Provinz Oberyssel hat den 30. Jul. 1619. beschloßen, sie nicht anders anzunehmen, als unter der Bedingung, daß sie ihre Rechte sich dabei vorbehielte. Die Bestätigung von Holland findet sich in dem

dem Niederl. Ges. B. VII, S. 651. und von Utrecht
im Utr. Ges. B. I, S. 375. 385.

§. 113.

Der Ursprung dieser öffentlichen Religion der Niederlande ist von der Zeit herzuleiten, wo die Provinzen vor sich beschlossen, daß in ihrem Gebiete die Römischcatholische Religion nicht zu herrschen fortfahren sollte, hiernächst, daß die, welche die Reformirte genannt wird, in diesen Ländern die bleibende seyn, und von der höchsten Obrigkeit allein öffentlich vertheidigt werden sollte. Diese große Veränderung ging aber nicht überall zu einer Zeit glücklich von statten. Die Holländer trugen den 17. May 1575. dem Prinzen von Oranien, Wilhelm dem ersten, zugleich mit der Obergewalt im Kriegswesen auch die Sorge, daß er die Evangelischreformirte Religion beschützen mögte, auf. Dies bekräftigten sie von neuem in dem Bündnisse, worinn sie sich den 25. April im Jahr 1576. mit den Seeländern genauer verbanden. S. Nied. Ges. B. II, 2135. Eben diesem Befehl wegen der öffentlichen Beschützung der Reformirten Religion gaben sie den 14. Jun. 1583. eine neue Festigkeit. Nied. Ges. B. II, 2157. Als der bürgerliche Krieg beigelegt war, kamen die Bundesgenossen im Jahr 1651 auf eine außerordentliche Art zusammen, und verordneten unter andern Punkten die öffentliche Religion betreffend, daß von jeder Provinz die Religion, so wie sie in der Synode zu Dordrecht bestimmt sey, erhalten und beschützt werden sollte. Ob diese Verordnung die Kraft eines Versprechens, oder Vertrags, habe, deren hat Bynkershoek in seinen Fragen über das Staatsrecht, I, 18. und Grotius in der Apolog. d. 2. Cap. weitläufig gehandelt.

§. 114.

Die Ausleger der öffentlichen Religion und Lehrer der Christlichen Tugend sind vorzüglich die Prediger der Kirchen. In den Niederlanden befinden sich 1579 derselben, die holländisch, teutsch und englisch predigen. Hierzu kommen noch 70. französische Prediger.

Die verschiedenen Stufen der Ehre und der Gewalt, wodurch die öffentlichen Diener der Religion untereinander unterschieden werden, haben die Engländer, Schweden, Dänen und Teutschen in ihren Ländern damals, als die Religionsverbesserung vorgenommen ward, festgesetzt. Die Niederländer haben aber allen Predigern bey ihren Kirchen gleiches Ansehn und gleiche Rechte erteilt, und ihnen keine Bischöfe und andere Vorsteher vorgelegt.

Die Gesetze, welche die zum geistlichen Amte erforderlichen Jahre bestimmen, sind ungleich. In Holland werden in den Städten, die Theil an der Landesregierung nehmen, 27 Jahr erfordert. In dem Haag wird es eben so gehalten, in den übrigen Städten sind nur 25 Jahr nöthig, in Amsterdam aber 32 Jahr, auf dem Lande und in den französischen Kirchen sind es 22 Jahr. Siehe Ketkelyt Plac. Boek I, 61. II, 396.

§. 115.

Ehe ich kürzlich zeigen kan, wie die Niederländische Kirche regiert werde, muß ich mit einem Worte die Zeiten berühren, die vor dem Ursprunge der Republik vorhergingen. Die Römischcatholische Kirche herrschte vor dem 16 Jahrhunderte eben so in den Niederlanden, als sie damals fast in ganz Europa herrschte. Da sie von dem Staate durchaus getrennt war, so ließ sie es nicht geschehen, daß Prinzen und andere mit der Clerisyn nicht verbundene Personen sich in Sachen und Geschäfte mischten, welche die
Con

Concilien als kirchliche Sachen festgesetzt hatten, oder bei denen wenigstens hieran nicht gezweifelt ward. Die Gewalt, die Kirche zu regieren, lehren zu bestimmen und festzusetzen, Gebräuche, Ordnung in dem Gottesdienst, die Verrichtungen der Diener der Kirche und ihre verschiedenen Classen anzuordnen, sie zu bestrafen, u. s. f. befand sich theils bei dem Papst allein, theils war sie unter ihm und den Bischöfen und Concilien getheilt. Man hielt es für unrecht, wenn sich Fürsten und Obrigkeit in dergleichen Geschäfte mischen wollten, folglich waren auch die Niederländischen Fürsten hieran gebunden. Von dem zwölften Jahrhunderte aber breitete der Papst und die Prälaten die Grenzen ihres Gebiets weiter aus. Sie entzogen der Gewalt derer, die den Staat regierten, mancherley bürgerliche Geschäfte, und eigneten dieselben sich in einem so hohen Grade zu, daß sie hin und wieder wichtige Rechte, die den Regenten zukommen, ihrer Herrschaft unterwarfen. Hierzu kam der Eifer des Römischen Hofes, die alten Rechte der Kirchen selbst in einigen Ländern zu schwächen. Es widersetzten sich einige Fürsten stärker, andre schwächer und mit ungleichem Erfolge diesem Vornehmen. Daher kann der Unterschied unter der Freyheit der Kirchen und Fürsten, der in manchen Ländern so merklich war, und ihre so verschiedene Sicherheit gegen die Herrschaft des Römischen Hofes. Die Niederländischen Fürsten bemüheten sich nach ihren Kräften, die Rechte ihrer Herrschaft und Rechte der Niederländischen Kirchen unverletzt zu beschützen. Ich will hiervon einige Beweise anführen. Sie ließen es nicht geschehen, daß denen Rescripten, Mandaten, Befehlen, die vom Römischen Hofe kamen, Gehorsam geleistet ward, wenn man nicht, nach aufmerkamer Betrachtung und Erwägung derselben, sahe, daß sie weder den Rechten der Fürsten, noch der Niederländischen Kirchen Abbruch thaten (dies heißt gewöhnlich *het recht van placet, wisc,*

paratis u. f. f.) M. f. das Edikt von Philipp dem Gütigen, vom 3. Jan. 1447. in der Samml. der Gesetze von Brabant, Th. I, von Maximilian, dem I, vom 12. Sept. 1485; Philipp, dem Schönen, vom 20. Mäh 1497. Niederl. Ges. B. II. 1397, das Formular der Verpflichtung des Hofes von Holland, das von Karl, dem fünften, vorgeschrieben ist, den 221sten Artikel; den Brief der Statthalterium der sammtlichen Niederlande vom Jahr 1544. bey Schraffert. Geldr. Ges. B. Anhang S. 1001. Eben so sind Interdikte vorhanden, daß die Mönche oder Kirchenbediente keine unbewegliche Güter an sich reißen sollen. Mieris Samml. d. Urkund. II, 464. Die kirchliche Jurisdiction, die sich zu weit ausgedehnt hatte, haben die Fürsten eingeschränkt. S. Mieris II, 230. Was von dem Kaiser Carl, dem fünften, im Jahr 1536. vorgenommen ist, findet man im Ur. Ges. B. II, 964. u. f. f. S. das Edictum perpet. Kaiser Carl, des fünften, im Jahr 1540. §. XI. eben das. I, 423, das Formular des Hofes von Holland im Jahr 1531, den 220sten Artikel.

Die Holländer ließen sich von der Maria von Burgund die Versicherung geben, daß sie niemanden eine Prälatenwürde und sonst dergleichen unter dem Namen einer Commende ertheilen wollte. S. das große Priv. der Maria den 32sten Artikel. Die Fürsten haben auch dafür gesorgt, daß der Staat durch die Sicherheit der Verbrecher in den Kirchen und Capellen keinen Nachtheil leide. Man sehe Mieris Samml. der Urkunden II, 338. Es ist nicht nöthig, daß ich hier von dem Rechte der Fürsten Abteyen zu stiften, ingleichen vom Patronatrechte, und von den kirchlichen Vogteyen viel rede, da ich nur die besondern Rechte der alten Fürsten berühre.

berühre. Ich übergehe andere längst veraltete Rechte, als das Recht, das Kaiser Carl, der fünfte, von dem Papst Leo, dem zehnten, erhielt, nemlich hundert Personen zu ernennen, die, auch abwesend, Reichengüter genießen konnten. Miräus III, 459. Viglius Schreiben S. 157. Ferner das Recht, das Kaiser Carl, der fünfte, im Jahr 1529. erhielt, den Bischof von Utrecht, und fünf Dechante zu ernennen. S. Papendrecht analect. III, 1. 29. und 94. ingleichen Matthäus von den Edelen, 2 B. 41 Cap.

§. 116.

Als in dem bürgerlichen Kriege die Reformirte Parthei die Oberherrschaft bekommen hatte, so mußte das Recht der öffentlichen Religion ein andres Ansehn gewinnen. Die Rechte, die sonst, von der landeshoheit getrennt, der Kirche gehört hatten, gelangten nun an die landesregierung. Daher fing man nun an, die Bürgerliche und Criminal Jurisdiction, auf den ganzen Staat, und auch auf die Lehrer und Diener der Religion, gleichsam wieder zurückzubringen, und allgemein zu machen. Es fiel eben so die Bischöfliche Macht, als der Papst seine Rechte verlor. Ich kann mich auch nicht überreden lassen, denen Vorschlag zu geben, die das Recht eines Evangelischen Fürsten, die Kirche zu regieren, von dem Bischöflichen Rechte hernehmen, das auf sie übergegangen wäre. Dieser Quell ist nicht nothwendig, da es an einem andern, der der Natur der Sache weit angemessener ist, nicht fehlt.

§. 117.

So wie es bey allen etwas großen Gesellschaften nöthig ist, daß eine Ordnung statt finde; daß darüber eine Aufsicht sey, und diese Aufsicht gewisse bestimmte Personen, mit einem Ansehn und Gewalt, nothwendig macht, so erfordert

fordert die Kirche auch, in Ansehung der gottesdienstlichen Handlungen und Oekonomischen Verrichtungen, eben dieses. Wir wollen daher zuerst betrachten, wer das Recht, über die Niederländische Kirche Aufsicht zu halten, habe, hiernächst über ihre Einrichtung einiges Licht zu verbreiten suchen.

Sobald die Bürger die Regierung an sich brachten, welche sich zu der Kirche, die nach dem Muster der ersten christlichen Kirche umgeschaffen war, bekannten, so übten eben die ersten Stände, die die höchste Gewalt besaßen, die Oberherrschaft über die Kirche aus. Den Unterschied zwischen dieser Herrschaft und der allgemeinen über die Bürger lehrt das Staats- und Kirchenrecht, (*jus publicum* und *ecclesiasticum*). Jene Herrschaft maachten sich aber die Staaten an, ohne daß die übrigen Glieder der Kirche es ungern gesehen hätten.

Sie bedienten sich nemlich dieser ihrer Herrschaft zur Gründung, Erweiterung und Vermehrung der Rechte der Kirche, zu der sie sich hielten, und welche sie allein, mit Ausschließung aller andern Religionsbekenner genießen sollte. Hiernächst war niemanden so sehr daran gelegen, als diesen ihren Verteidigern und zugleich ansehnlichen Gliedern, daß sie sich unverletzt, ruhig und wohl befände. Es schienen auch die Bürger, die die Kirche ausmachten, diese Oberaufsicht niemanden sicherer anvertrauen zu können, als den Vätern des Vaterlandes. Sie waren in der Kunst zu regieren geübt, und konnten unter den in verschiedenen Ländern errichteten Kirchen Eintracht nachdrücklicher befördern, als Privatpersonen. Hierzu kam, daß auf diese Art den Streitigkeiten, die wegen der Grenzen der Staatsgerichtsbarkeit und der Rechte der Kirche entstehen konnten, vorgebeuget ward. Streitigkeiten von dieser Art sind oft für Völker betrübt, überall aber heftig
gewes

gewesen. Daher ist es gekommen, daß, obgleich die Oberherrschaft über das Volk und die Kirche an sich selbst verschieden ist, doch in den Niederlanden im Anfange der Republik beyde Arten zum großen Nutzen des Staats und der Kirche vereinigt zu werden anfangen. Und dies Recht findet noch jetzt hier statt.

§. 118.

Daher hat die höchste Obrigkeit eine doppelte Gewalt über die Niederländische Kirche. Die eine ist die, die die Natur jedem Landesherren über die äußerliche Religion und gottesdienstliche Gesellschaft der Bürger verliehen hat. Die andere hat das Wohl des Staats erzeugt, und die Bürger haben sie denen, die das Ruder des Staats führen, und mit ihnen von gleicher Religion sind, von der Kindheit des freyen Staats an, anerkannt. Diese Herrschaft, dies Vertrauen der Bürger gebrauchen die Staaten, die den Staat regieren, so, daß unter ihren Einrichtungen die Kirche ruhig und vollkommen ist. Diese Sachen betreiben die sämmtlichen Staaten, wenn etwas in Ansehung der Erhaltung der Eintracht der ganzen Niederländischen Kirche, und ihres Nutzens, insofern er durch ein gemeinschaftliches Unternehmen befördert werden kann, abzu thun ist; sind die Gegenstände nicht so bedeutend, so setzen die Staaten für sich in ihrem Gebiete das fest, was von sie glauben, daß es ihren Kirchen nützlich seyn werde.

§. 119.

Zur Erhaltung der Ruhe in der Kirche zielen Gesetze und Verordnungen ab, wodurch ihre innerlichen Zwiste beschränkt und beigelegt werden, das heist, solche Streitigkeiten, durch deren Fortsetzung zu heftige und der gemeinschaftlichen Ruhe nachtheilige Bewegungen in den Gemüthern verursacht werden, von denen man aber deut-

lich

lich sieht, daß durch ihre Erstiftung kein Nachtheil für die Kirche erwächst, und wovon der Ausgang hinterher lehrt, daß dadurch kein Schade angerichtet sey. *S. Niederl. Ges. B. IV. 341.*

Von eben dieser Sorgfalt für die allgemeine Ruhe haben die Gesezze ihr Entstehn herzuschreiben, wodurch der Freyheit Einhalt geschieht, die Handlungen der Obrigkeiten, oder der Staaten, von der Cenzel gehässig zu machen. *S. Niederl. Ges. B. III, 413 und 471. Rerkelyk Placat Boek II, 68. Das Gesez von Utrechte vom 24. Jul. 1660.*

Hieraus ist auch die Einrichtung entstanden, daß keine Generalsynoden, die man Nationalsynoden zu nennen pflegt, weder zusammenberufen, noch gehalten werden können, wenn nicht die vereinigten Staaten es befohlen haben, und sie anstellen, welche dann gewisse von den Generalstaaten abgesandte Bevollmächtigte einrichten und darinn den Vorsitz haben.

Die letzte Nationalsynode ist zu Dordrecht gehalten, und die Generalstaaten haben ihre Verordnungen den 2. Jul. 1619 gebilligt. Man hat es dahin nicht bringen können, daß zu festgesetzten Zeiten Synoden gehalten würden. Seit dieser Zeit ist keine ausgesprochen worden. Doch wird vermöge eines Dekrets der Generalstaaten vom 5. Jul. 1625 der Gebrauch beobachtet, daß alle drey Jahre zwey und zwanzig Geistliche nach dem Haag kommen, und die Schriften, worinn die Verhandlungen der Dordrechter Synode enthalten sind, in Augenschein nehmen. Hierauf begeben sie sich nach Leiden, um die sogenannten Autographa, das heist, die mit stehenden bleibenden Lettern daselbst befindliche Bibel, die auf Befehl der Republik ins Holländische übersetzt ist,

ist, und welche von denen, die damahls den Druck zu besorgen hatten, durchgesehn und verbessert ward, und sorgfältig aufbewahrt wird, anzusehn. Dieser aus mehrern Ursachen möglichen Zusammenkunft der Prediger sind zwey Gesandte der Generalstaaten vorgefetzt. Sie stellen zwey Provinzen vor, welche bey dieser Feierschkeit alle drey Jahre abwechseln.

Die Specialsynoden werden in dem Gebiete der besondern Provinzen auf ihren Befehl und zu festgesetzten Zeiten angestellt. Die, welche ohne Wissen, oder wider Willen der Staaten gehalten werden, haben keine Auctorität. Es kann auch das Vornehmen zu Middelburg im Jahr 1581 hier nicht als ein Beispiel hergezogen werden. S. Vor Gesch. 16. B. S. 261. Auch Stukke II, 115. Von dem Unternehmen des Grafen von Leicester im Jahr 1586 sehe man ebendaf. 21, 790. Ferner was die Abgeordneten der Staaten in der Synode von Nordholland im Jahr 1591 gesagt haben, s. in van der Laof Gesch. von Enkhuys. S. 190.

Die Synoden werden (die Französischen ausgenommen) von Abgeordneten der Staaten, und zwar wenigstens zweyen (in Geldern sind es 4, in Utrecht 3, in Drenthe 8,) dirigirt, die man Commissarien nennet. Sie müssen dahin sehn, daß alles ruhig, recht und ordentlich vorgeht, und sich denen Berathschlagungen widersetzen, wovon sie glauben, daß sie dem Staate nicht sehr heilsam werden mögten. Sie legen von ihrem Urtheile blos den Staaten Rechenschaft ab, doch behält die Synode das Recht, an eben diese Staaten zu appelliren, wenn sie glaubt, daß ihr bey der Deliberation und dem Schluß auf eine unrechte Art gewehret sey.

§. 120.

So wie die höchste Obrigkeit der Republik für die Erhaltung der Ruhe in der Kirche sorgt, so sorgt sie auch für die Vervollkommnung der Kirche. Um diese immer mehr und mehr zu erhalten, sind verschiedene Einrichtungen getroffen worden, insonderheit gehört hieher die hohe Aufsicht über die Ordnung der gottesdienstlichen Geschäfte, die öffentliche Religiosität, die Armen, die Kirchengüter und Geistlichen.

In dem 112. §. haben wir gesehen, daß die Provinzen von dem, was die kirchliche Verordnung der Väter auf der Dordrechter Synode hierinn bestimmt hat, nicht auf einerley Art geurtheilt haben. Derjenige wird in Friesland unter die Störren der Ruhe des Staats gerechnet, der es gewagt hat, zur Annnehmung und Billigung dieser Verordnung zu rathen. S. Friesl. Ges. IV, 20, 12. Daher sind Einrichtungen und Gesetze dieser Art nicht überall gleich. Ich will einige anführen.

Vors erste, so haben die Provinzen vermöge der höchsten Aufsicht in Sachen, die die Liturgie betreffen, im Jahr 1774 eine Verordnung wegen einer neuen Uebersetzung der Psalmen in niederländische Verse ertheilt, die in die Kirchen den 1. Januar 1775 eingeführt werden sollte. Es hatten nemlich dieselben, nebst der Landschaft Drenthe im Jahr 1773 acht Geistlichen von auszeichnenden Einsichten und Dichtkunst aufgegeben, daß sie aus den dreien vorhandenen Uebersetzungen, die ihrer Vortreflichkeit wegen den übrigen vorgezogen wurden, diejenige herausnehmen mögten, von der sie glauben würden, daß sie die Psalmen auf das Beste ausdrückte. Die Generalstaaten setzten über diese Gesellschaft, die das ganze Geschäft in sechs Monaten vollendete, zwey Männer von besondrer Klugheit und Verdiensten, welche über das
ihre

Von dem Religionszustande in Holland. 155

Ihre Meinung sagen, und festsetzen sollten, was nicht ausgemacht werden könnte, wenn die Stimmen jener Gesellschaft darüber auf beiden Seiten gleich wären. Auch die Französische Kirche hat sich der im Jahr 1729 von neuem ins Französische übersezten Psalme nicht eher zu bedienen angefangen, ehe sie von den Generalstaaten sich dierferhalb Erlaubniß eingehohlet hatte. S. Kerkelyt Plac. Boet II, 528.

Was hiernächst die Beförderung der öffentlichen Religiosität anbetrifft, so hat man zu diesem Behuf einem Bet- und Fasttag angeseyt, den die Generalstaaten jährlich anordnen und ihn zu den übrigen Festtagen, welche vor Zeiten von der Kirche angeordnet sind, und gefeiert werden, hinzufügen. M. f. das Dekret der Staaten v. Holl. v. 31. Jul. 1656. und 10. Jan. 1709.

§. 121.

Wir haben im 64. §. von der Sorge für die Armen, die den Diakonen obliegt, geredet. Die Staaten haben die Güter, die ehemals der Kirche und den Elbfern gehörten, als diese aufhörten, im Anfange des bürgerlichen Krieges zum Gebrauch der Reformirten Kirche, oder des Staats, verwandt. Mit was für einem Rechte dieses geschehen konnte, kann man überhaupt aus den Vorschriften des allgemeinen Staatsrechts sehen. Das, was hierbey vorgegangen ist, hat Bor in seiner Geschichte im 6. B. S. 449. 8. B. S. 658. erzählt. Die Verwaltung dieser Güter geschieht theils öffentlich, theils auch besonders. Eine solche Privatverwaltung haben die Amsterdammer und Leidner Kirchen, welche ihre eigenen Prediger besolden.

§. 122.

So viel der Kirche daran gelegen ist, daß die Prediger sich durch Gewissenhaftigkeit und Tugend auszeichnen, so viel ist dem Staate daran gelegen, daß sie geehrt werden, und so viel Ansehn behalten, als nöthig ist, um die Gemüther zu dem, was recht und gut ist, zu bewegen. Aus diesem Grunde sind die Gesezze in Ansehung ihres Alters, Berufung, Rechte, Pflichten, jährlicher Besoldung (welche nicht überall gleich groß ist, wie es in vielen Ländern in Teutschland und andern zu seyn pflegt) und der streng verbotenen unrechtmäßigen Bewerbung um geistliche Aemter gegeben.

Sie werden auf mancherley Art berufen. Theils durch Patronen, theils von dem Kirchenrath der Kirche, die sich ihres Unterrichtes und Führung bedienen will, theils von ganzen Gemeinen, wie es auf dem Lande in Nordholland üblich ist. Die Vorstellungen wegen Abschaffung des Patronatrechtes sind nicht durchgegangen. M. f. die 156. und 157. Session auf die Verhandlungen der Dordrechter Synode. S. Lied. Ges. B. III, 417. Indessen sind bey der Verstattung dieses Rechts alle Erschleichungen verboten. Dahin gehören vorzüglich die Bestechungen. S. das Geldrische Gesez vom 29. April 1660. und 17. Decemb. 1701, den 6. Art. u. f. f. ingleichen das Holländische vom 27. März 1698. Die Erkenntniß über das Patronatrecht in Holland gehört zur ordentlichen Jurisdiction.

Die Gesezze und Gebräuche in Ansehung der Ernennung der Prediger bey Kirchen, wo keine Patronen sind, sind verschieden. In Oberyssel richtet man sich nach dem hier über den 1. April 1666. gegebenen Gesezze. Die Provinz Utrecht hat die Vorschriften der Dordrechter Synode
anges,

angenommen. M. f. die Uetrecht. Gesezz. I, 371. In Griesland hat man ein anderes Recht in den Städten, als auf dem Lande. M. f. die Griesl. Gesezz. 4 B. 20 Titel. In Seeland ist es üblich, daß man von der Classe (§. 123) die Erlaubniß zur Wahl einhohlet, die Wahl selbst muß von den Abgeordneten des Magistrats, und dem Kirchenrath geschehn, und, ist sie geschehn, der Classe angezeigt werden, die das Recht, sie zu bestätigen, hat. Die Staaten von Holland haben den 19. Julius 1624. beschlossen, daß die Classen vor sich nach ihrem Herkommen zu handeln, fortfahren sollten, daß man bey allen Sachen bey der Gewohnheit bleiben soll, die man darin bisher beobachtet hat; mit Beybehaltung aller solcher Patronat und andren Rechte, die jemanden rechtmäßig zukommen. ***) Die Dordrechter trugen es den Staaten von Holland im Jahr 1691. vor, daß sie bey Besetzung ihrer Pastorate den Gebrauch befolgen dürften, den das Gesez, das die Kirchenordnung betreffend im Jahr 1591. gegeben wäre, bestimmte; die Staaten billigten auch ihr damahliges Vornehmen. In Holland pflegt man, vermöge der von der Dordrechter Synode festgesetzten Kirchenordnung, gewöhnlich hierbey so zu verfahren, daß der Kirchenrath, der Kirche, die einen Pastor verlangt, bey dem Magistrat um Erlaubniß, sich zu berathschlagen, und einige Personen vorschlagen zu dürfen, anhält, die er als dieses Amtes würdig ansieht. Erhält er sie, so schlägt er drey vor, oder zeigt drey Personen, die ihm würdig zu seyn scheinen, beym Magistrate an, der alle billigen oder
ver-

***) dat alle zaaken moeten gelaaten worden by 't gebruik, dat in elke Classe dien aangaande tot nog toe is gevolgd, met onderhoud van alsulke rechten van Patronaatschap of andern als iemand redelyk zou competentende.

verwerfen kann. Werden sie verworfen; so schreitet man zu einer neuen Berathschlagung wegen der drey dem Magistrat zu empfehlenden Personen. Endlich wählt der Kirchenrath von den drey präsentirten, wenn sie gebilligt sind, einen, den er will, und der Magistrat hat das Recht, ihn zu bestätigen. Von dem Rechte der Dynasten in Holland siehe das Lied. Ges. B. VI, 401. Die Staaten von Holland haben den 17ten Sept. 1687. verordnet, daß unter dem Rechte der Bestätigung das Recht der Verwerfung begriffen sey. S. das Lied. Ges. B. IV, 349. Eben dies setzten die Staaten von Oberyssel im Jahr 1748. fest; doch verordneten sie den 7ten Jul. im Jahr 1754, daß die Drossen in Oberyssel, wenn sie, nach dem ihnen zukommenden Rechte, die zum Predigamt ernannten verwürfen, den Staaten, auf ihr Verlangen, die Ursachen ihres Verwerfens anzeigen sollten. Streitigkeiten, die wegen dieses Rechts unter Obrigkeiten entstehen, pflegen an die Staaten gebracht zu werden. Von der Art war die Streitigkeit zu Rotterdam im Jahr 1755, die das Recht des Magistrats betraf, jemanden zugleich mit der einem Kirchenrath erteilten Erlaubniß, sich wegen Ernennung eines neuen Predigers zu berathschlagen, zu empfehlen. Ist aber jemand erwählt und confirmirt, so pflegt er drey Sonntage der Gemeinde öffentlich bekannt gemacht zu werden, und wird, wenn niemand etwas einzuwenden hat, darauf mit gewöhnlichen gottesdienstlichen Feierlichkeiten eingeführt.

§. 123.

Die Sorge für den Gottesdienst und die Ausübung der Befehle, die Erhaltung der Reinheit in der öffentlichen Religion, die Kirchenordnung, die Verrichtungen und das Amt der Geistlichen betreffend, endlich auch die beständige Aufmerksamkeit, um zu verhüten, daß der Kirche nichts nach-

nächtheiliges erwachse, ist dem Kirchenrathe einer jeden Gemeinde, oder Parochie, den Classen und Synoden übertragen.

Eine jede Kirche hat ihren Senat, oder Kirchenrath. Er besteht aus einem oder mehreren Predigern und den Altmännern, das heißt, einigen wenigen Gliedern eben dieser Parochie, die entweder von denen schon in diesem Collegio befindlichen Personen, oder von der ganzen Gemeinde gewählt werden. Dieses Collegium muß über die Beobachtung der Gesezze, die der Reinigkeit der Lehre wegen öffentlich verordnet sind, und über die Kirchenordnung und richtige Beobachtung aller Kirchenangelegenheiten halten. Der Magistrat hat das Recht, aus seinem Collegio einige Personen abzuschicken, die zusehen müssen, wie alles betrieben werde. Das Dordrechter Concilium hat dieses Recht; das in einem im Jahr 1586 vorgetragenen Gesezze mit begriffen ist, bestätigt.

Unter dem Nahmen der Classen werden einige benachbarte Kirchen verstanden, die sich in der Absicht mit einander vereinigen, damit die aus ihnen ernannten Prediger und Altmänner des Jahrs einigemal zu einer bestimmten Zeit zusammen kommen, um sich mit einander zu berathschlagen. Diese Zusammenkünfte haben den Endzweck, das Leben und die Lehrenennungen derer Candidaten, die in die Zahl der Candidaten des heiligen Predigtamtes aufgenommen werden wollen, oder, wenn sie schon darin aufgenommen sind, eine geistliche Bedienung, die ihnen durch eine rechtmäßige Wahl angetragen ist, begehren, zu untersuchen. Die Classen können auch das Censurrecht gegen die Prediger ausüben, über Appellationen erkennen, (wenn z. B. jemand sich beklagt, daß der Kirchenrath wider Billigkeit und Gesezze ihn beurtheilt habe),

habe), Abgeordnete zu einer Provinzialsynode erwählen, neue herauszugebende theologische Bücher censiren, Personen ernennen, die jährlich den Zustand der Kirchen untersuchen, und dergleichen mehr. In den sämtlichen Niederlanden giebt es 53 solcher Classen.

Provinzialsynoden sind Vereinigungen mehrerer, oder aller, Classen einer Provinz, die deswegen angestellt werden, damit sowol in Ansehung der Appellationen, die von den Aussprüchen der Classen gemacht werden, etwas festgesetzt, hiernächst auch wegen dero Angelegenheiten etwas beschloßen werden könne, die zum Vortheile der sämtlichen Classen gehören. Bei diesen Zusammenkünften finden sich auch Abgeordnete von fremden Kirchen, nemlich solchen, die sich unter der Herrschaft der übrigen Provinzen befinden, und Correspondenten heißen, mit ein, die Seeländer und Drenthelmer ausgenommen. Es haben diese Abgesandten, die eine jede Provinz schickt, das Recht, in Sachen, wovon sie glauben, daß es für die Kirche der ganzen Niederlande nützlich sey, zu rathe; aber nicht zu beschließen. Das, was in der Zusammenkunft vorgenommen ist, machen sie ihrer Provinz bekannt. Ein Geistlicher aus den Classen des Volks, das den Convent halten läßt, præsidiert bei dieser Synode. In den meisten hat der Präsidant noch zwey Prediger zur Behülfe, von denen der eine Afessor heist, und der andere die Verrichtungen eines Actuarius hat. Die Punkte, worüber man sich berathschlagt, sind in einer gewissen Ordnung aufgesetzt, und werden Sätze genannt. Von den Gesandten, die die Stelle der Staaten vertreten, habe ich schon in dem 119 §. geredet.

In Seeland werden keine jährliche Synoden gehalten, auch schickt man von daher zu den übrigen Provinzialsynoden

Synoden keine Abgeordnete. Die Staaten von Seeland haben die Dekrete von fünf in ihrem Lande gehaltenen Concilien gemüßbilligt. Diese können die Erlaubniß zur Zusammenberufung der Synoden erteilen, und die Verhandlungen, die darauf vorgenommen sind, billigen. Es bestehen die Synoden aber aus zwey Predigern und Altmännern aus jeder Classe, und zwey Gesandten von den Staaten präsidiren bey dieser Versammlung. Die Seeländer haben noch außer den Synoden die Gesellschaften der 3 Prediger, die sich auf den Befehl der Staaten versammeln, und nur wegen der Appellation, wenn die Frage eine abweichende Meynung (hæresis) betrifft, auf Kosten der Staaten, übrigens aber auf Anwesen der Appellanten, entscheiden. Bey diesen Gesellschaften befinden sich zwey Personen von dem Collegio der Deputirten der Staaten.

Die Französischen Synoden, die jährlich zweymahl gehalten werden sollen, sind, ihrer Einrichtung nach, von den vorigen unterschieden. S. das Dekret der Staaten von Holland vom 24sten April 1732.

§. 124.

Nachdem ich von der Niederländischen Kirche geredet habe, so gehe ich nun zu den übrigen christlichen Religionen über. Niemand wird zur Annahme der öffentlichen Landesreligion gezwungen, nur muß man sich ruhig beweisen. Ein jeder legt von seiner Meynung, in Ansehung der Religion, Gott Rechenschaft ab; aber nicht dem Fürsten. Indessen ist es nicht allen, die einer andern, als der öffentlichen Religion, zugethan sind, erlaubt, andere in ihre Kirchen, ohne Erlaubniß von den Staaten, oder Obrigkeiten, erhalten zu haben, aufzunehmen. Auf Vorstellung der Holländer und Seeländer ist in der Versammlung

sammlung der Staaten, die im Jahr 1651. außerordentlich gehalten ward, im 31sten Art. verordnet, daß die Kirchen, die geduldet würden, sich still betragen, und keine andere, außer den damals verstateten, zugelassen werden sollten. S. die Akten der Staaten von Holl. vom 27sten und 28sten Januar 1651. *Aizema herfelde Leow.* S. 157.

Die Bücher der Socinianer und Zattermisten sind verboten. S. *Nied. Ges. B. I.* 159. II, 2405. IV, 1040. VI, 393. 395.

§. 125.

Aus der Toleranz fließt besonders dieses, daß niemand etwas zu thun, oder vorzunehmen, gezwungen wird, was der Religion, die er öffentlich bekennet, entgegen läuft. Daher werden die Mennoniten, oder wie sie sich lieber nennen, *Teleobaptisten*, nie zu einem Ende gezwungen, sondern sie werden bey ihrer religiösen Erhärtungsformel, *by Mannen waarheid* gelassen.

Man verstatet den tolerirten Kirchen den Gebrauch der Prediger bey ihrem Gottesdienste. Die Quaker und Rheinsburgischen Brüder haben keine. Den tolerirten Kirchen werden auch die kirchlichen Cerimonien nicht untersagt, nur müssen sie sich in so fern zurückziehen, als in Teutschland bey dem sogenannten *privat Exercitio* der Religion geschieht, welches in den holländischen Gesetzen bestimmt wird. Sie machen ihre Einrichtung nach der natürlichen Freyheit, die eine jede anständige und nicht öffentlich verbotene Religion hat, doch behält sich der Staat dabey das Recht vor; das ein jeder Fürst, als Fürst, gegen eine jede Gesellschaft von Bürgern, die durch eine Religion entsteht, hat. Der Fürst hat die Jurisdiction und das
Recht,

Von dem Religionszustande in Holland. 163

Recht, Gesetze zu erteilen, wodurch jene eben so gehindert werden, andere zu beleidigen, als sie vor Beleidigungen dadurch geschützt werden. Da es nun einen Theil der Regierung ausmacht, die Form derer Verbindungen zu bestimmen, welche Folgen, die auf die Bürger einen Einfluß haben, verursachen, so sieht man deutlich, daß die Vorschriften gerecht sind, wodurch diejenigen, die von der öffentlichen Religion abgehen, vor dem Magistrate ihre Eheverathen beschließen müssen. Deswegen hat der Papst Benedikt, der vierzehnte, den 4ten November im Jahr 1741. verordnet, daß in den Niederlanden die Eheverathungen der Catholiken mit Protestanten gültig seyn sollen, wenn sie gleich nicht nach der im Tridentinischen Concilio festgesetzten Ordnung beschloßen sind.

Uebrigens erzeugt der Unterschied der Religionen ferner keinen andern Unterschied im Privatrechte, als den in den Gesetzen angezeigten. Allein im öffentlichen Rechte macht die Verschiedenheit der Religion einen großen Unterschied, indem niemand aus einer tolerirten Kirche zum Auser des Staats gelassen wird. Wegen der Römisch-catholischen ist dies nicht zu einerley Zeit festgesetzt worden, z. B. auf dem Reichstage zu Oberyssel geschah es auf Dringen der Generalstaaten den 1. Jun. 1621, zu Swolle endlich den 14. December 1646.

Ob Vermächtnisse an Kirchen von einer tolerirten Religion und ihre Armen, Waisenhäuser und Hospitäler gültig sind, davon hat Bynkershök weltläufig geredet, und er leugnet, daß man sie für ungültig anzusehn, geschweige denn, sie ihnen, als Unwürdigen, zu entziehen habe, so lange kein Gesetz dawider sey, noch dergleichen Religionen verboten wären. Andere sind anderer Meinung und fassen einen Grund aus dem Römischen Rechte.

an, der jedermann bekannt ist. Indessen, in so fern es jenen Kirchen zum Vortheil gereicht, etwas zu haben, wovon sie die Kosten zur Bestreitung einiger den Armen zu erweisenden Vortheile hernehmen, und es dem Staate nicht schädlich ist, haben die Staaten von Holland durch einige erteilte Privilegien dergleichen Vermächtnisse, als gültig, erklärt. Man sehe die Dekrete der Staaten von Holland vom 17ten August 1770. und 15ten Jul 1771. Ferner ein Dekret der Gener. Staat. im Nied. Ges. B. VI, 355. u. f. f. VII, 37. 567. 585.

§. 126.

So viel von den Rechten und Obliegenheiten, die den tolerirten Kirchen gemein sind. Es sind noch einige übrig, die die Römische Kirche allein hat. Einige Gesetze, die zu der unruhigen und gefährlichen Zeit, da die Republik entstand, wider sie gegeben wurden, hat ihre nachmals erlangte Sicherheit und die folgende Zeit milder gemacht. Jetzt dürfen sie Gott auf ihre Art in der Stille in ihren Kirchen dienen; nur müssen sie sich der feyerlichen Aufzüge, die außer dem Bezirk derselben angestellt werden könnten, ingleichen der Kleidungen, die sie von den übrigen im Publiko wandelnden Bürgern unterscheiden, enthalten, und überall sich in gewissen durch Gesetze bezeichneten Grenzen halten. Doch ist es an einigen Orten üblich, daß sie jährlich für den Schutz eine gewisse Summe Geldes erlegen. S. Kerk. Plac. Boek II, 556. Die Ges. des Gen. Staat. vom 19. Jul. 1730, 25ten Aug. 1735. und 18ten Nov. 1760. Den Prätoren, oder deren Personen, die über die Gesetze halten müssen, haben die Gen. Staat. es nachdrücklich untersagt, daß sie im geringsten kein Geld nehmen sollen, wodurch sie gehindert werden könnten, die Gesetze wegen der einmahl begrenzten Toleranz

rang zu übersehen, oder das, was wider die Gesezze geschieht, nicht zu bestrafen.

Die Gesezze, wodurch die Pflichten der Priester und der übrigen Mitglieder der Kirche gegen den Staat bestimmt werden, sind einander nicht überall gleich. Einige haben die Generalstaaten gegeben, und sie gelten in den Ländern, die die sämtlichen Staaten unter sich haben, andere rühren von besondern Provinzen her. Diese Einrichtungen gehen dahin vornehmlich hinaus, daß die Römisch-catholische Kirche nicht zur Verringerung der öffentlichen Niederländischen zunehme, ingleichen, daß in derselben nicht etwas vorgenommen oder eingeführt werde, das der Republik Nachtheil zufügen könnte.

Aus dem ersten Grunde ist die Aufhebung der Enterbung oder des ungleichen Schiffsaals der Kinder aus Religionshabe entsprungen. Aus eben der Ursach ist es gekommen, daß die Heuerathen zwischen verschiedenen Religionsparteyen schwer gemacht werden, damit nicht dadurch eine häufige Gelegenheit zur Veränderung der Religion veranlaßt werde. Mit Recht haben daher die Generalstaaten das Gesez vom 3. Junius 1750, und die Staaten von Holland vom 24. Jan. 1755, diese Heuerathen betreffend, erteilt. Nach diesem Gesezze können auch Ehezusagen, die schon den öffentlichen Akten einverleibet, und in den Kirchen bekannt gemacht sind, wenn gleich der eine Theil dawider ist, von dem andern aufgehoben werden. Auch keine Verbindung wird für rechtskräftig angesehen, wenn die Aelttern damit unzufrieden sind, und diese ihre Einwilligung nicht dazu erteilen, es müßte denn, in dem allgemeinen Gebiete des Staats die Mannsperson 25 und die Weibsperson 20 Jahr, in Holland beyde 25 volle Jahr, alt seyn. Zwischen den Aufgeboten, die, den Gesezen nach, von der Kanzel dreymahl gehalten

geschehn müssen, oder dem letzten, und der Hochzeit muß eine Zeit von sechs Wochen verstreichen, da in den übrigen Kirchen zwischen dem ersten Aufgebot und der Hochzeit nur vierzehn Tage verfließen dürfen. Von diesem Befehle wird man nicht frey, wenn man auch zu einer andern Religion übergetreten wäre, es müßte denn seit der Religionsveränderung ein Jahr verfloßen seyn. Man sehe das Dekret der Staaten von Holland vom Monath May des Jahrs 1775. einen gewissen Fall in Gouda betreffend, ingleichen das Nied. Ges. B. VII, 635. Militair- und bürgerliche Würden gehn sogleich, als dergleichen Heuerathen geschlossen werden, verlohren. Man sehe das Ges. der Gen. Staat. vom 7ten März 1738. und 11ten May 1739. Es haben auch solche Verheuerathete das Recht der Gemeinschaft der Güter, das sogenannte Recht der Aussteuer (Witthum) und Fähigkeit aus einem Testamente der Frau zu erben, u. s. w. nicht.

In Holland beweist man, des Staats wegen, bey Annehmung der Priester eine große Vorsichtigkeit. Darunter versteht man vornemlich, daß nicht den Bullen, Breven und Mandaten des Papsts, des Cöllnischen Botschafters, des Internuntius von Brüssel, oder irgend einer geistlichen Obrigkeit, wider Wissen und Willen der deputirten Staaten, oder Bürgermeister derer Städte, die das Regiment haben, denen sie authentisch eingezeichnet werden müssen, Gehorsam geleistet werde. Wenn diese binnen vierzehn Tagen, nachdem dem Prätor ein Exemplar davon eingereicht ist, diese Verordnungen nicht mißbilligen, so dürfen sich die Priester nach denselben richten. Man nimt auch eher keinen Priester an, bis er heilig versichert hat, daß, nach seiner Religion, Zusagen, die einem Menschen, der nicht von derselben ist, gegeben sind, nicht

Von dem Religionszustande in Holland. 167.

es ist gebrochen werden können, daß auch weder der Papst, noch sonst eine geistliche Obrigkeit das Recht habe, einen Bürger von den Pflichten, die er gegen den Staat hat, loszusprechen, daß er hingegen die Ehrerbietung gegen die Gesetze und Obrigkeit aus allen Kräften anpreisen wolle. S. d. Ges. v. Holl. v. 21. Sept. 1730. Das, was den 25 Sept. 1728 zu Rom zur Ehre Gregors des siebenten (dessen Gedächtniß keinem Volke weniger, als den Deutschen, heilig seyn kann) niedergelegt ist, haben die Staaten von Holland, in ihrem Lande zu befolgen, den 20 Sept. 1730 ernstlich verboten.

Nicht ganz neu ist das Gesetz der Staaten von Holland vom vierten May 1655, und der Generastaaten v. 14 Octobr. eben dieses Jahrs, hiernächst der Provinz Geldern, Friesland und Overijssel, wonach sowol den Römisch-catholischen Bürgern unter einer harten Strafe verboten wird, ihre Güter den Kirchen, Mönch, und Nonnenklöstern und heiligen Schätzen zu vermachen, hiernächst die Vermächtnisse, die von Aeltern auf geistliche Personen kommen, nach ihrem Tode, an die nächsten Erben kommen, wenn sie ohne Testament sterben. Es finden sich wegen der Auslegung dieses ganzen Gesetzes nicht wenig Bedenklichkeiten, wovon man die Untersuchungen, die in die Niederl. Jahrb. v. 1770 eingerückt sind, S. 940 u. f. f. nachsehn kann. Des Kayf. Carl, des fünften, Ges. v. 19 Octobr. 1520 schließt die Kirchen, Klöster und geistlichen Personen von dem Rechte unbewegliche Güter zu erlangen aus, und die Gener. Staaten haben v. 2 Nov. 1744 befohlen, daß es in dem Gebiete der Republik seine Kraft haben soll. Die Testamente, die Holländische Lehne betreffen, müssen bey dem Hofe von Holland niedergelegt werden. Die sogenannten Säkulargeistlichen erhalten das Recht, Testamente zu machen,

machen, durch ein Privilegium, und in Holland ist ihnen vorgeschrieben, daß sie vor zwei Rächen vom Hofe von Holland das Testament aufsetzen müssen, welche dafür Sorge tragen, daß nichts den Befehlen zuwider geschieht. M. s. das Dekr. der Staat. v. Holl. v. 13 May 1734 und 17 Jun. 1741. Auf gleiche Weise haben die Gener. Staaten den 14 Dec. 1744 beschloßen, daß ein solches Testament vor zwei Abgeordneten des Raths von Brabant gemacht, oder ihnen geliefert wird, damit sie es billigen. M. s. ferner das Dekret der Staat. v. Holl. im Nied. Gef. B. VII, 580.

§. 127.

Man darf übrigens es nicht übergehn, daß die Römischcatholische Kirche, die sich in den Niederlanden befindet, in zwei Theile zerfalle, von denen der eine dem Römischen Hofe nicht zugethan ist. Dieser sagt aber, daß er nicht wegen der Meinungen des Jansenius, sondern in Ansehung des dem Papste schuldigen Gehorsams von der andern Partey abgehe, welche in Ansehung der Parochien und der dazu gehörigen Anzahl von Menschen stärker, als er, ist. Er hat sich nemlich nicht bereuen lassen wollen, daß er die Rechte des Bischofs und Capitels von Utrecht für aufgehoben erkannt, und zugegeben hätte, daß die Utrechter Diöces in die Form einer sogenannten bloßen Mission gebracht würde. Er hat übers dem seit dem Jahr 1719 von der Constitution des Papsts Clemens, des eilften, die die Bulle Unigenitus heist, an ein Concilium der ganzen Kirche appellirt, und im Jahr 1726 eine neue Provocation angestellt. So ist es gekommen, daß er seine Angelegenheiten unter Anführung des Erzbischofs von Utrecht besonders zu betreiben fortfährt. In der Synode im Jahr 1763 bemühte er sich, es dahin zu bringen, daß man glauben mögte,

mögte, er habe, indem er das, was er gethan hätte, der Reihe nach anführte, die Trennung nicht durch seine Schuld verursacht. R. f. die *Acta et decreta Synodi Cleri R. Cathol. Ultrajectensis* vom Mon. Sept. 1763. Dasselbst werden auf der 21 S. die Lehren angeführt, worüber mit den Röm. Catholischen gestritten wird. Die Staaten verstatten aber keiner dieser beyden Parteyen eine Unterdrückung der andern in ihrem Lande.

§. 128.

So viel von den Angelegenheiten der christlichen Kirche in den Niederlanden. Von den Juden merke ich an, daß sie nicht allein geduldet werden, sondern ihre Umstände, fast schon vom Anfange der Republik an, wegen der ihnen im Großen und Kleinen verstatteten Handlung, vorzüglich in Amsterdam, geblühet haben. Sie haben einen freyen Gottesdienst, doch geht dies nicht so weit, daß sie das, was die Gesezze der Republik verbieten, wenn es gleich Moses verstattet hat, thun dürften. Daher ist ihnen die Polygamie und die Heuerath in der Verwandtschaft, weil die Gesezze es verbieten, untersagt, und sie werden in Holland durch ein Gesez, das die Staaten im Jahr 1580 gegeben haben, und die politische Ordnung heißt, gebunden. S. d. Dekr. d. Staat. v. Holl. v. 30. Sept. 1656. v. 14. May 1712. u. d. Gen. Staat. v. 30. Jun. 1703. Eben so müssen sie ihre Heurathscontracte vor dem Magistrat schließen. So wie die mehresten Völker den Juden eine besondere Eidesformel vorgeschrieben haben; so thun dies auch die Holländer. Sie steht in dem Niederl. Ges. B. V, 980.

Das zehnte Capitel.

Quellen der Nahrung und der Güter. Zuerst von
der Schiffahrt.

§. 129.

Nachdem wir die Mittel kennen gelernt haben, die auf die Vervollkommnung des Verstandes und Herzens abzielfen, so gehe ich zu den öffentlichen Mitteln, wodurch die Bürger in den Stand gesetzt werden, Unterhalt und Güter zu erhalten, über. Wir haben in dem 61. §. gesehen, daß Nothwendigkeit der Arbeit von den ältesten Zeiten her die Einwohner arbeitsam gemacht habe. Durch eben diesen Antrieb und dazu noch kommende Erziehung, Gewohnheit, und Hoffnung eines sich zu verschaffenden bequemern Lebens, wird jetzt der größte Theil der Einwohner zur Industrie gereizt.

Das Land giebt keinen hinlänglichen Stoff zum Unterhalt (§. 41.), ingleichen solche Arbeiten, die man mit der Hand und durch die Kunst verrichtet. Auch das benachbarte Meer und die Flüsse nähren die Einwohner und bereichern sie.

Die Menge der Seen und Flüsse in den Niederlanden hat die Einwohner schon seit langen Zeiten zur Fischerei und Schiffahrt begierig gemacht. Durch die Schiffahrt bahnten sie sich einen Weg zu einem gegenseitigen Handel. In ältern Zeiten scheinen sie auch nach Britannien gegangen zu seyn. Wenigstens hat ihr Handel mit den Engländern in dem 13. und 14. Jahrhunderte geblüht. S. *Micris Samml. v. Urkund.* I, 446. II, 137. 504. III,

HL, 383. Von dem Portugiesischen Handel s. eben-
daselbst S. 555.

Im 13. Jahrhunderte machten viele Städte ein
Bündniß, welches von der Hanse, welches Gesellschaft
bedeutet, seinen Nahmen führte. Der so einträgliche Ge-
winnst, den die, die diesen Bund gemacht hatten, aus
der Handlung mit den mitternächelichen Völkern zo-
gen, überredete auch die Niederländer, daß sie mit ihnen
gemeinschaftliche Sache machten. Die Niederländischen
Städte, die an dieser Gesellschaft Theil nahmen, werden
in den Verzeichnissen der Bündnisse mit Haquin, dem
Könige von Norwegen, und dem König von
Dänemark, Waldemar dem dritten, von Dum-
bar in seinem Deventer I, 540 genannt, von dem sie
Mieris in der Samml. d. Urkund. III, 250 u. f. f. an-
führt. S. ferner Pontans Gesch. v. Geldern S. 290.
Man rechnet dahin Campen, Deventer, Utrecht,
Zwolle, Aselt, Gröningen, Zürphen, Breda,
Middelburg, Arnemuuden, Harderwyk, Zirik-
zee, Elburg, Staveren, Dordrecht und Am-
sterdam.

Im 14. und 15. Jahrhunderte gab der Nutzen, den
der Heringsfang verschafte, einen neuen Antrieb, die
See zu befahren. Am meisten aber stößte die Hitze des
bürgerlichen Kriegs den Einwohnern einen Eifer zur Schifff-
ahrt ein. Die Gefahr selbst richtete den Muth auf.
Man versuchte damals, mancherley Dörter, die fast allein
den Portugiesen und Spaniern bekannt, den übrigen Eu-
ropäern aber unbekannt waren, zu befahren. S. Grotius
Gesch. B. 4. und 5. Jene kühne und unglückliche Fahrt
von Hoemobert rührte ganz Europa, was die unermüde-
te Tapferkeit des Holländers vermöge, wenn sich nicht die
Natur selbst seinem Unternehmen widersteht. In kurzer
Zeit

Zeit kam es dahin, daß die Holländer den schon lange in der Schifffarth geübten Nationen gleichen, oder sie vielmehr übertrafen.

§. 130.

Man kann heutiges Tages die Schifffahrt der Niederländer von einer doppelten Seite betrachten. Sie wird theils innerhalb der Grenzen der Niederlande und vereinigten Provinzen in Europa getrieben, theils außerhalb derselben ausgedehnt. Die erstere ernährt eine große Menge von Einwohnern, setzt sie in Bewegung, und flößt den Personen männlichen Geschlechts von Jugend an einen Trieb zur Schifffahrt ein, so, daß, wenn sie heranwachsen, sie auf dem Meere in den Schiffen nützliche Dienste verrichten können. Die letztere Art von Schifffahrt tauscht theils vermittelst des Meers, theils der Flüsse die Niederländischen Waaren mit den ausländischen um. Daß beyde Arten so weit, als möglich, ausgedehnt werden, erfordert das privat und öffentliche Interesse. Das Private befördert sie, indem sie den Kaufleuten, die zum Schiffbau taugliches Holz, andere Schiffsmaterialien, und zum lebensunterhalt erforderliche Dinge zuführen, hienächst den Schiffsbauern, Schmieden, Seilern, denen, die Segeltuch verfertigen und es färben, den Steuerleuten, Schiffen, Matrosen, Wotzen, denen, die Schiffe vermietzen und abetahren u. s. f. nützlich wird, insofern sie das Seefahren immer weiter ausdehnt, die Ausländer ins Land zieht, die Einwohner von der Faulheit, Armuth, die mancherley andere Uebel erzeugt, entfernt, und es macht, daß auswärtige Völker, indem sie von den Schiffen und Arbeitsamkeit der Niederländer Gebrauch machen, Mangel leiden, während dessen die Republik blühet, endlich, daß die Bürger auch von den entferntesten Theilen der Erde her Geld einnehmen, gleichsam als einen

noth-

nothwendigen Tribut, der zumahl, in Ansehung der Republik, sehr ansehnlich ist.

§. 131.

Als die Schifffahrt zur See sich auf eine merckliche Art auszuzeichnen anfang, so zeigten sich ihr vier Vortheile, 1) daß man unbekante Länder entdeckte, 2) daß man durch Verdingung der Schiffe und aus der Fracht sich Gewinn machte, 3) daß man die Fischerey zur See zu einem Gegenstande des Handels machte, 4) daß man von verschiedenen Gegenden her vermittelst der Schiffe Waaren ins Vaterland einfuhrte, von da weiter brächte, oder aus dem Lande, wo sie erzeugt, oder zubereitet sind, in das, wohin es die niederländischen Kaufleute für gut befanden, gerades Weges einfuhrte.

Viele den übrigen Europäern unbekante Länder haben die Niederländer zuerst gesehen und bekannt gemacht. Ein Theil derselben ist nun von andern Nationen auch gesehen und befahren, und so nach und nach bekannter geworden; ein anderer aber ist bis auf diesen Tag weder in Besiz genommen, noch häufig besucht worden. Nieuwholland, Neuseeland, die um Neuguinea liegenden Länder, die Meerenge le Maire, Spizbergen haben die Niederländer den Europäern zuerst bekannt gemacht. Sie sind auch die ersten gewesen, welche im Jahr 1594. 1595. 1596. eine Durchfahrt durch das mittlernächliche Meer nach Ostindien versucht haben. S. Grotius Gesch. 4. und 5. B. Vor Gesch. 31. B. S. 867; und 34. B. S. 337. Isaac Vossius Dissertation von einer durch Noorden nach Indien und Japan zu eröffnenden Schifffahrt. So haben auch die Staaten von Holland den 13. Jan. im Jahr 1594. beschloßen, ein Schreiben an alle Regenten abgehn zu lassen, worinn sie sie ersuchten, die Schiffe,
die

die verschiedne Meere durchstrichen, und den Handel weiter auszubreiten suchten, gütig zu behandeln. Dem, der diesen Weg entdecken würde, versprochen die Generalstaaten im Jahr 1596. fünf und zwanzig tausend Gulden, und eine zweijährige Freyheit von allen Zollabgaben. Das Glück war aber ihrem Wunsche entgegen. Nachdem die Niederländer auf eben dem Wege, den die Spanier nehmen, nach Indien gegangen waren, so errichteten sie, durch glüklichen Fortgang angefeuert, eine Gesellschaft, welcher die Generalstaaten ein ausschließendes Privilegium über den Indischen Handel ertheilten. Dadurch kam es, daß die Nachforschung nach einer Farth durch Mitternacht nach Indien vernachlässiget ward, theils weil sie nun nicht so nothwendig war, theils weil sie eben dieser Indischen Gesellschaft gefährlich zu seyn schien. Allein im Jahr 1665. soll den Generalstaaten von einigen Personen eine Bittschrift übergeben worden seyn, daß ihnen ein Privilegium auf 25 Jahr ertheilt würde, durch die mitternächtlichen Gegenden einen Weg nach den Tartarn, Chinesern und Japaniern zu suchen, und wenn er gefunden wäre, einen Handel mit den dortigen Inseln und Ländern bis zu dem Wendekreise des Krebses, oder zum 23 Grad, treiben zu dürfen, auch eben die Rechte daselbst zu genießen, die die Indische Gesellschaft in ihrem Gebiete hat. Dieser Anschlag ging aber nicht durch: denn im Jahr 1614 den 27. März hatte man denjenigen, die einen neuen Weg, Hafen und Land entdecken würden, das Recht versprochen, die entdeckten Oerter viermahl befahren zu dürfen, von welchem alle übrige Bürger ausgeschlossen seyn sollten, und daselbst Handlung zu treiben. S. das Nied. Ges. B. I, 563.

§. 132.

Von den Fischern und Kauffarben Schiffen, werde ich unten bequemer reden können.

Allein

Allein an der Zahl der Frachtschiffe, die an auswärtige Nationen verbunden werden, übertreffen die Niederländer alle Völker, zumahl alsdenn, wenn unter auswärtigen Nationen Krieg geführt wird. Von diesen werden einige im Gebiete der Republik von Grund aus gebauet und mit allen Geräthschaften und Schiffleuten versehen, andere werden bey eben den Nationen, an welche die Schiffe verbunden werden, auf Kosten Niederländischer Kaufleute verfertigt und segelfertig gemacht. Die letztere Art der Verbindung ist nur für wenig Personen vortheilhaft, und weniger ergiebig für den Staat, als die erste; ja zuweilen wird sie ihm so gar nachtheilig.

§. 133.

Man hohlet Holz und alle andere Schiffsmaterialien von den Gegenden, wo sie entstehen, oder zuerst verfertigt werden, gerades Weges her. Durch den alten Handel, in welchem die Niederländer mit den Nördlichen Völkern und den Teutschen stehn, erhalten sie es, daß sie theils das beste Holz und die nöthigsten Geräthschaften für einen geringern Preis, als die Völker, die sie ihnen wieder abnehmen, erhalten, theils daß sie sie in ihren öffentlichen und privat Hafen stets bereit liegen haben. Es fehlt ihnen auch nicht an Bau und Arbeitsleuten, die schnell und so wohlfeil, als möglich, dauerhafte Fahrzeuge verfertigen.

Die Form der Niederländischen Schiffe, die von der Form der Englischen ein wenig abgeht, macht die Beschaffenheit der Niederländischen Küsten nothwendig. Ihre Verfertigung lehren die Schriften des Witsen und Zweindrecht. Diejenigen, die zu Amsterdam und Saardam gebauet werden, ersodern viel Mühe, um vom Stapel gelassen werden zu können, woran die morastige Gegend an dem so genannten Pampus Ursach ist. Die großen Schiffe
werden

176. Erster Theil. Zehntes Capitel.

werden mit nicht wenig Zeit und Kosten in die See gelassen. Bey einem Kriegsschiffe soll es an die 1,057 Gulden betragen, wenn es vom Stapel lauffet.

§. 134.

Die Schifffahrt wird durch öffentliche Einrichtungen und Gesezze befördert. Diese Mittel zielen vornemlich dahin ab, daß die Beschwerden und Gefahren der Seefahrenden, die von fremden Völkern, oder von der See, verursacht werden, vermindert werden sollen, und daß man zu Hause an Matrosen und Schiffsleuten keinen Mangel habe.

§. 135.

Die Niederländischen Hafen und Schiffsplätze haben eine beschwerliche Einfahrt. Doch der Hafen von Vlissingen ist zu aller Zeit des Jahrs zur Einfahrt bequem.

Man hülfet aber der Gefahr derer, die an den Küsten landen, oder daran vorbeys segeln, theils durch Zeichen, die die seichten Derter und Küsten bezeichnen, theils durch solche Personen ab, die die niedrigen Gegenden kennen, ingleichen durch Gesezze, die den im Schiffbruch verlohren gehenden Gütern Sicherheit verschaffen. Die gefährlichen Derter werden durch Säßer an den Küsten angezeigt. Feuer, das zur Nachtzeit, bisweilen auch am Tage, an einigen Dertern auf öffentliche Kosten, an andern auf Kosten der Gemeinheiten und Dynastien angezündet wird, zeigt denen, die an der Küste von Holland, der Fahrt wegen ungewis sind, den Weg, den sie zu halten haben.

Bewährte und geschworne Lotsen sind stets fertig, denen anlandenden den Weg zu zeigen. Ihre Rechte und Pflichten, die Gegenden, wozu sie angenommen, und wie sie

sie bezahlt werden müssen, bestimmen die Holländischen Gesetze genau. S. die Gesetze v. Jahr 1638. 1668. 1680. 1689. 1705. v. 14 Aug. 1706. S. d. Nied. - Ges. B. III, 1286. IV, 992. V, 1528. Ueber ihre Ausführung und Streitigkeiten richtet die Obrigkeit, welche gewöhnlich Commissarien van de Pilotage heist.

Denen Schiffen, die an den Küsten scheitern, zu Hülfe zu kommen, verlangt die Menschlichkeit, die durch die Holländischen Gesetze sehr empfohlen wird. Damit aber den Waaren, Schiffsteuten, oder Schiffen selbst, unter dem ausländigen Vorwande einer zu leistenden Hülfe kein Schaden zugefügt werde, so ist Todesstrafe wider diejenigen festgesetzt, die wider Willen des Steuermanns, oder der Schiffsteute, die Hand an das nochlebende Schiff, seine Anker und Seile zu legen, sich unterstehn. Auch die, die auf ihr Bitten zur Rettung des Schiffs herbeikommen, dürfen unter harter Leibesstrafe wider ihren Willen nichts vornehmen. Denn zu verhindern, daß niemand aus dem Verluste der Schiffbruchleedenden Beute mache, sind die Gesetze vom Kön. Philipp, dem zweyten, v. 15 May 1574. von den Staat. v. Seeland v. 14 Jul. 1751. von den Staat. v. Holland v. 22 Jul. 1772 gegeben worden. Werden Güter, die im Schiffbruche verlohren gegangen sind, aufgefunden, so müssen sie in Abwesenheit ihres Herrn, des Schiffers, oder eines andern, der sie an Ort und Stelle bringen könnte, in Holland sogleich der nächsten Obrigkeit eingeliefert werden, die sie in den Zeitungen bekannt machen läßt, und dem Eigenthümer, wenn er sich binnen 14 Tagen meldet, und sein Eigenthumsrecht beweisen kann, wieder eingehändigt werden. Findet er sich nach dieser Zeit nicht, so bekommt sie der Rentmeister der außerordentlichen Einkünfte des Fiskus (Rentmeister van den Espargnes), der sie,

sie, als im Schiffsbruch verlohren gegangene Sachen (Zeedrift), in Verwahrung nimt, oder die, die nicht aufbehalten werden können, verkauft, und den Preis davon dem Eigenthümer innerhalb eines Jahres und sechs Wochen (welches der in Holland zur Wiedererhaltung gewöhnliche Termin, und in Seeland durch ein Gesetz festgesetzt ist), wenn er sich legitimiret, zukommen läßt. In dem angezeigten Gesetze giebt der Kön. Philipp, der zweite, die denen, die die Güter aufbewahren, schuldige Belohnung so an, daß, nach berechneten Unkosten, von hundert Gulden, die die aufbewahrten Waaren werth sind, funfzig abgegeben werden, daß, wenn der Preis zwischen 100 und 400 Gulden ist, der vierte Theil, und ist er über 400 Gulden, alsdenn 100 Gulden gegeben werden. Wer mit dieser Belohnung nicht zufrieden ist, kann die Sache an den Hof von Holland bringen. S. d. Ges. v. Holl. v. 2 Decemb. 1663. In Friesland wird der dritte Theil, nach Abzug der Kosten gegeben. Von dem heutigen Rechte in Seeland sehe man das angef. Ges. den 20 Artik. In Holland entscheidet man dergleichen Streitigkeiten, so wie es billig und Recht zu seyn scheint, ohne Appellation. Ob man sich hierben des Retorsionsrechtes bedienen könne, muß das Völkerrecht entscheiden, und gehört nicht hieher. Der Eigenthümer, der seine Sachen nach einem Jahre in Friesland zurückfordert, wird abgewiesen, und sie fallen dem Fiskus zu. In Seeland werden sie nach Verlauf eines Jahres und eines Tages dem öffentlichen Schatze, oder den Bürgern, die das Recht des Fiskus haben, zugeschlagen. S. das Lied. Ges. B. IV, 997. Da in Holland die Gesetze diese Verjährung nicht ausdrücklich bestimmen, so scheint bey einem zweifelhaften Falle dies zwar das Unternehmen wider den Fiskus nicht zu begünstigen, alleth doch durch das Ansehn sehr ansehnlicher Männer als ausgemacht angesehen

gesehen werden zu können, daß ein Eigenthumsherr, wenn ihm zumahl kein Vorwurf einer großen Nachlässigkeit gemacht werden kann, und er einen Theil des Werths der aufbewahrten Güter anbietet, nach einem Jahre nicht leicht abschlägliche Antwort bekommt. Diese Art des Gewinnes von Seiten des öffentlichen Schatzes ist sehr gering, wenn man ihn mit den außerlesenen Wohlthaten vergleicht, die aus öffentlicher Frengelbigkeit an verunglückte Ausländer und Bürger ertheilt werden. Das Edikt, das der Durchlaucht. Prinz von Oranien, Wilhelm, der vierte, den 30 Sept. 1750, die Sachen der auf der See Verunglückten, die an die Insel Ameland getrieben werden, betreffend, gegeben hat, ist voll von Güte gegen Unglückliche. M. f. d. Nied. Ges. B. VII, 1069.

§. 136.

Die Rechte der Schiffspatrone und der Schiffer, denen sie die Schiffe anvertrauen, bestimmen theils besondere Gesetze, als z. B. die Amsterdammer, theils die allgemeinen vom Kayser Carl, dem fünften, im Jahr 1551. und Philipp, dem zweyten, im Jahr 1563, ingleichen vom 20. Jan. 1570. Einige werden von Bynkershoek sehr gelehrt erläutert. Einige ausländische Gesetze kommen mit den Niederländischen über das Recht eines Schiffers, das Schiff und die Ausrüstung desselben zu einem Pfande zu setzen, daß es also auf Gefahr des Creditors, der daher sich eine höhere Zinse angeloben läßt, fährt, überein; eben so über den Schaden, den allein die Eigenthümer der Schiffsgüter tragen, oder der ihm und dem Herrn des Schiffs gemein ist. Daß, wider die Vorschriften des Röm. Rechts, in Holland viele Schiffspatrone durch den Contract des Schiffers nicht in solidum gebunden werden, hält Grotius in d. B. de Jure B. et P. II, 11, 13. für natürliches Recht.

180 Erster Theil. Zehntes Capitel.

Die Personen, die sich für die Gefahren der Uebersahrt, sowohl in der Republik, als auswärtig verbürgen (Assicuradeurs), treiben eine ergiebige und daher den Alten unbekannte Art des Handels. Die Generalstaaten haben, insonderheit im Jahr 1629, ein gewisses Collegium festgesetzt, dem die Schiffer, ehe sie aus den Hafen der Republik ausliefen, ihren Vorsatz bekannt machen, und für einen durch die Gesezze bestimmten Preis die Sicherheit der Fahrt erkaufen sollten. Auf diese Art glaubte man es dahin bringen zu können, daß die vereinigten Staaten der Nothwendigkeit, zu dem bewafneten Schutze der Schifffahrt große Kosten verwenden zu müssen, entledigt werden würden. Man entwarf einen Plan, wornach der zu entrichtende Preis bestimmt werden sollte, und sandte ihn den Provinzen zu. Es ließen sich aber nicht alle dazu bereben, und er ging nicht durch, da er den Kaufleuten, die die Freyheit lieben, auch nicht gefiel. Daher wird diese Sache jezt als eine Privatsache betrieben. Die Befehle in Ansehung dieses Contrakts sind von verschiedenen verschiedentlich vorgeschlagen worden. Die Frieslanden haben einige allgemeine bekannt gemacht, die für alle Bürger dienen sollten. Besondere Gesezze hat Middelburg, Amsterdam und Rotterdam erteilt. In diesen drey Städten sind öffentliche Obrigkeiten angestellt (Kamers van Assurantie), die über solche Angelegenheiten überhaupt erkennen und beschließen. Als man ungewis war, ob eine solche Sache, wenn die Assicuradeurs an verschiedenen Orten wohnten, an den Hof von Holland gebracht werden könnte? so verstatteten die Staaten von Holland den 12. Jul. 1736, daß die contrahirenden Theile in die Contrakte, die darüber ausgestellt zu werden pflegen, mit eintückten sollten, daß sie sich freywillig der Jurisdiction eines in einer gewissen Stadt

Stadt zur Erkenntniß über dergleichen Sachen gesetzten Obrigkeit unterwerfen wollten.

Uebrigens verbieten die Gesetze der Republik mit Recht, die Schiffe feindlicher Nationen zu asekuriren.

Das eilfte Capitel.

Von dem Seefischfang.

§. 137.

Unter den ältesten Quellen der Glücksgüter hat in Holland der Seefischfang beynah den ersten Platz behauptet. Er ist in neuern Zeiten in den großen und kleinen und den Walfischfang eingetheilt worden.

Die Heringe, deren Fang der große genannt wird, haben sich von den Dänischen und Schwedischen Küsten nach den Britannischen hingemacht. Nachdem im 14 Jahrhunderte Bottkelsen und Bieroliet die Kunst erfunden haben, sie auszumehnen und in Salz einzumachen und in Gefäßen aufzuheben, ingleichen nachdem man im Jahr 1416 zu Hoorn das erste große Netz gestrickt hatte, so fing diese Art des Fischfangs besonders an, den Fleiß der Holländer in Bewegung zu setzen, und sie zu bereichern. Daher hieß er unter der Regierung Kayser Carl, des fünften, die Hauptnahrung der Einwohner (Hoofstneering). Allein seit 30. Jahren hat sowohl die in England errichtete Fischfangsgesellschaft, als auch das Verbot wider die Einfuhr in die benachbarten Gegenden von Brabant, Preußen, Frankreich und die Bemühung der Schweden diesem Fischhandel sehr geschadet. Es trägt auch nicht wenig zur Verminderung des Gewinns

182 Erster Theil. Fünftes Capitel.

winstes der gestiegene Preis der Tonnen und der den Schiffslenten und Fischern zu ertheilenden Lebensmittel bey.

Dieses hat es gemacht, daß in dem Jahre 1775 und 1776 die Staaten von Holland auf jedes einzelne zum Fischfang bestimmte Schiff 500 Gulden, und im Jahr 1777 vierhundert Gulden aussetzten, um den Schiffspatronen einige Erleichterung zu verschaffen. Im Jahr 1752 segelten aus Holland 249 Schiffe, allein seit 1760 bis 1778 nicht mehr, als 179, und weniger, als 134, in deren jeglichem sich gewöhnlich 12 Menschen befinden. Um das Jahr 1553 rüstete allein die Stadt Enkhuysen 140 Schiffe aus. Den Gewinnst, den diese Fischerey bringt, glaubt man höchstens des Jahrs auf eine Million Gulden anschlagen zu können. Er kommt also bey weitem nicht an den, den, wie Wagenaer in der Gesch. d. Vaterlandes X, 42. anführt, die Holländischen Gesandten im Jahr 1610 dem König Jakob dem ersten von Großbritannien benannt haben sollen. Die Heringe, die man hört, pflegen vom Monat September an gefangen zu werden. Ich will nur nebenbey anführen, daß im Jahr 1757 die Schiffe 16,300,000 Stück davon nach Catwyk, und 4,550,000 nach Noordwich gebracht haben.

§. 138.

Es kann verschiedenen Ursachen zugeschrieben werden, daß die Holländer diese Art des Fischfangs lange Zeit, gleichsam als ein Eigenthum, besessen haben, und noch bis auf diesen Tag die darinn wetteifernden Nachbarn in Ansehung der Größe desselben übertreffen, insonderheit in der Kunst, mit der sie sie zubereiten, dem geringen Aufwande, den sie dabey machen, endlich auch den Gesetzen, Privilegien und öffentlichen Einrichtungen.

Die

Die Holländer wissen die Heringe mit der größten Geschwindigkeit, die dieser Fischfang überhaupt erfordert, auszunehmen, zu salzen und in Tonnen einzupökeln, deren Ausfuhr, ihrer Güte wegen, verboten ist. Dadurch daß sie alles mit so wenigen Kosten, als möglich, verrichten, vermehren sie den Gewinnst, und schrecken die zur Nachahmung begierigen, aber nicht auf gleiche Art mäßigen, durch die Kleinheit des Gewinnstes ab.

Seit langen Zeiten hat man viel öffentliche Einrichtungen gemacht, um diesem Fischfange aufzuhelfen. Sie zielen dahin ab, daß 1) das Recht, Heringe zu fangen, in Schutz genommen wird, 2) das Recht, sie in die Länder derer in gutem Vernehmen stehenden Völker einzuführen, erhalten wird, 3) daß die von den Holländern gefangenen und eingesalzenen Heringe die übrigen übertreffen, und deswegen von Ausländern desto begieriger gekauft werden, 4) daß aus Holland dem Fischfange der Ausländer keine Hülfsmittel dargereicht werden.

§. 139.

Das Recht, an den Ufern von Großbritannien zu fischen, gründet sich auf der Freiheit des Meers, und den alten Verträgen, die mit den Königen von England und Schottland gemacht sind. Eben so haben die Generalstaaten den 10. May im Jahr 1623 verboten, den an der Holländischen Küste fischenden Schottländern gewaltthätig zu begegnen. Diesen langen und ruhigen Besitz störten die Könige aus dem Hause Stuart. Die Holländer haben ihr Recht aber durch die Fortsetzung und Beschüzzung ihres Besesses selbst sich auch nach der Erregung dieses Streits versichert. Grotius hat das Werk des Selden von der Sperrung des Meers nicht widerlegt, nicht, weil er es nicht gekonnt hätte, sondern, weil er nicht eben
die

die Ursachen hatte, die Behauptungen derer, die anders dachten, zu widerlegen, die er hatte, die Schrift von der Freyheit auf dem Meere, herauszugeben.

Da auch eine große Menge Heringe über die Elbe und Weser geschickt werden, so hat man mit der Stadt Hamburg im Jahr 1609 den 22 May einen Vertrag gemacht, daß sie nicht verstaten mögte, daß die Heringe, wovon man nicht gewis weiß, daß sie nicht vor dem 25 Junius gefangen sind, innerhalb ihres Gebiets verkauft werden.

§. 140.

Nach den Gesezen darf kein Fischer vor dem 24 Junius ein Netz auswerfen. Sie verbieten auch Heringe bey den Felsen von Zetland, Jeland und Norwegen zu fangen, zu kaufen, nach Holland einzuführen, und, von den Holländern eingefalzen, mit solchen, die von Bergen und Schottland kommen, zu vermischen. Die nach dem 24 Jun. gefangenen dürfen nicht eher verkauft werden, ehe sie zehn Tage hindurch gefalzen sind. Die Beschaffenheit und Größe der Fäßer bestimmen sie auch. S. Nied. Ges. B. VI, 1431. Diese und ähnliche Geseze zielen dahin ab, daß, da die Holländer die von ihnen zu bereiteten Heringe in besondern Werthe sorgfältig zu erhalten fortfahren, sie dadurch von allen Seiten her die Käufer an sich locken. Dazu kommt noch ein besonderes in Holland errichtetes Collegium, das den Namen Commissarissen van de groote Vischery, welches für diese Fischereyen beständig Sorge tragen muß, und Edikte, wie die Zeitumstände sie ersodern, herausgiebt, dergleichen es im Jahr 1766 mehrere heilsame gegeben hat.

Damit aber auch nicht der Eigennuz der Privatpersonen dem Vortheil, den die Schiffspatronen und der Staat

Gesamt aus dieser Art des Fischfangs ziehen, Abbruch thun, und den Auswärtigen zuführen, so dürfen keine Tonnen und Fischergeräthschaften, Salz und dergleichen ausgefahren werden. Schiffsleute und Fischer aber bey Auswärtigen keine Dienste nehmen. S. d. Nied. Ges. B. V, 1586. IV, 1731. VII, 613. 1574.

Die Freyheit von Zollabgaben, die die Generalstaaten den 9 May im Jahr 1750 eingeräumt haben, ist bis auf den 1 Jan. 1781 verlängert worden.

§. 141.

Die nicht glücklich abgelaufenen Unternehmungen, einen Weg nach Indien durch Norden zu suchen, sind den Niederländern insofern nützlich gewesen, daß dadurch ihr Fischfang in der Grönländischen See und Straße Davis befördert ist. Eine gewisse Gesellschaft erhielt zuerst im Jahr 1614 von den Generalstaaten ein ausschließendes Recht dazu, seitdem sie aber im Jahr 1642 aufgehört hat, steht sie einem jeden Bürger frey. Die Freyheit, von Nova Zembla an bis nach der Straße Davis Fischeren zu treiben, stützt sich auf dem Völkerrecht und dem alten Besiz. Im Jahr 1740 machten die Dänen sie streitig, und führten zu dem Ende die Herrschaft über jenes Meer und das Recht der Isländischen Küsten, das sich auf vier Meilen weit erstrecken sollte, für sich an. Es leugneten aber die Holländer, daß nach dem Gebrauche der Völker das Recht der Küsten so weit gehe, und sie unterstützten ihre Angelegenheit mit der in der Nordsee stets üblich gewesenenen Freyheit und ihrem ruhigen Besiz der Isländischen Fischeren, da ihre Fischer nie in dem Rechte zu fischen gestört wären, sondern ihnen nur verboten worden wäre, mit den Dänischen Küstenbewohnern einen Schleichhandel zu treiben. Was die
vor

vor nicht gar langer Zeit von neuem erregten und an die Gen. Staaten gebrachten Klagen anbetrifft, so kann man darüber ihr Dekret v. 25 Octobr. 1776 sehn.

§. 142.

Ehemals blühte in den Niederlanden der Wallfischfang über die Maassen. Man rüstete sonst 221 Schiffe, und noch im Jahr 1744, 187 dazu aus. Nachdem sich aber die Schweden, Dänen und Engländer hierauf mit gleichem Eifer gelegt haben, so hat in Holland dieser Zweig der Handlung nach und nach angefangen, kleiner zu werden. Die Engländer brachten es im Jahr 1749 durch große ausgesetzte Prämien dahin, daß, obgleich in diesem Jahre nur zwei Schiffe von ihnen zum Wallfischfang abgesegelten, doch im darauf folgenden Jahre 20 derselben, und im Jahr 1771, 109 zu eben diesem Fischfang gebraucht wurden, an welche damals fast an die 730,000 Gulden, als eine Prämie ausgetheilt wurden. Auf diese Art kam es, daß im Jahr 1775 nur 129 Niederländische Schiffe, und im Jahr 1778 nicht mehr, als 111, dazu ausgerüstet wurden.

Jetzt ist dieser Fischfang für den öffentlichen Schatz ergiebiger, als für die Schiffspatronen, welche, des vielen Geldes wegen, mit einem mäßigen Gewinnste zufrieden sind, wenn er nur die öffentlichen zu errichtenden Abgaben in etwas übersteigt. Die Republik hat von diesem Fischfang den Vortheil, daß, außer den im 138. §. berührten Vortheilen der Schifffahrt, die auf die Sachen, deret die Schiffe und Fischer benöthigt sind, gelegten Abgaben, so gleich an den Fiskus fallen, da der Gewinnst der Schiffsherrn von dem Wetter und der See abhängt. Ein jedes Schiff, das 110 oder 116 Fuß lang ist, kostet zu erbauen, und mit den zum Fischfang gehörigen Geräthschaften zu versehen,

hen; auf 40 bis 45 tausend Gulden, und enthält 40 bis 48 Menschen. Der Staat zieht daher daraus einen in die Augen fallenden Nutzen.

Die Staaten von Holland haben, um diesem Fischfange zu helfen, den 18. Jan. 1777 auf ein jedes dazu auslaufendes Schiff eine Prämie von 30 Gulden gesetzt. Den Einwohnern haben die Generalstaaten untersagt, Ausländern, die in diesem Fischfange wetteifern, Schiffe und Leute zu verdingen, und Fische von ihnen auszuführen. *S. d. Nederl. Ges. B. II, 2630.* Die Schiffer müssen des öffentlichen Schatzes wegen mit den gefangenen Fischen nach dem Vaterlande zurückkehren. *S. Nied. Ges. B. IV, 236.* Wegen der Schiffe, die in dem dortigen Meere zurückgelassen werden, s. das Dekr. d. Gener. Staat. vom 1. Dec. d. Jahrs 1752.

Es laufen jährlich Schiffe auf den Stokkfishfang, den Doggerland und Island aus. Im Jahr 1774 wurden zu dem Fischfang auf Island 121 Schiffe, im Jahr 1776. 34, und 1778 nur 24 gebraucht.



Das zwölfte Capitel.

Von den Manufakturen und der Handlung.

§. 143.

Der Flor des Handels und der Manufakturen ist auf das genaueste mit einander verbunden; ich verstehe die Manufakturen, wo so vielerley Arten von Sachen, daß man sie kaum herrechnen und bestimmen kann, die zum nothwendigen Gebrauch, zur Bequemlichkeit und Lust
ers

erfunden sind, durch die Hand, oder durch Maschinen vermittelt des Wassers oder Feuers gemacht, geübt oder umgeändert werden. Der Kaufmann übergiebt die weit und breit herbeugeholten natürlichen Waaren dem Werkmeister und Künstler; wenn sie ausgebildet, und zu einem mannichfaltigen Gebrauch eingerichtet, und in eine neue Gestalt gebracht sind, giebt sie der Künstler dem Kaufmann wieder zurück, und er bringt sie mit andern natürlichen Gütern, die verbraucht werden, an die Bürger und die ganze Welt. Fiele der Handel, so würden auch viele Manufakturen fallen, und, wenn diese darniederlägen, ein großer Theil des Handels zu den Ausländern gehn. Man sucht daher mit Recht, nicht bloß einem von diesen beiden Nahrungszweigen, sondern beiden aufzuhelfen, damit die Quellen des Reichthums nicht versiegen, und vielen tausend Menschen die Nahrung entzogen werde, noch sich viele genöthigt sehen dürfen, das Vaterland zu verlassen.

§. 144.

Die Niederländischen Fabriken stehen an Mannigfaltigkeit den Fabriken keines Volkes nach, und viele den mehresten weit vor. Wenn jetzt viele Niederländische Schriftsteller von ihrem Verfall schreiben und ihn beklagen, Auswärtige aber ihre Freude darüber bezeugen, so muß man nicht glauben, daß, entweder verschiedene Arten derselben untergegangen, oder die, die noch da wären, ihre gute Beschaffenheit verloren hätten, sondern daß sie weniger ergiebig sind, als sie vormals waren, daß sich wenigstens nicht so viele Personen, als sonst, des geringern Vortheils wegen, den sie jetzt einbringen, beschäftigen. Woher kommt es aber, daß die Klagen der Leute, die Käufer und Pächter verlangen, nicht ohne Grund sind, und daß man ihren Klagen abzuheffen, für schwer hält? Ist etwa diese Veränderung des so blühenden Zustandes
durch

durch die Schuld derer Personen veranlaßt worden, welche die Fabriken angelegt haben, oder der Kaufleute, die fremde Waaren einführen, oder der Einwohner, die die eingebrachten Waaren nicht verachten? Ist nicht die vornehmste Ursach dieser Veränderung den Fremden zuzuschreiben, die seit einiger Zeit der in den Niederlanden zubereiteten Waaren weniger, als sonst, bedürftig sind, weil sie sie in ihrem Lande selbst verfertigen, oder den von andern Völkern verfertigten verschiedener Ursachen wegen vor den Niederländischen den Vorzug geben? Was für Hülfe können bei diesem Verfall die Gesezze verschaffen? Können die Obrigkeiten, Privatgesellschaften, indem sie durch zusammengehoffenes Geld den Fleiß und die Kunst der Künstler anfeuereten, oder sich verbänden, keine, als in den Niederlanden verfertigte Waaren, zu kaufen, ihm abhelfen?

§. 145.

Den guten Zustand der Fabriken kann man in den nothwendigen und verhältnismäßigen, oder den von den Auswärtigen ganz, oder weniger, abhängenden, theilen. Den nothwendigen nenne ich den, der von der innerlichen und bleibenden Verfassung eines Volks abhängt. Ein solcher Zustand, der fest ist, und nicht leicht verändert wird, wird durch viele Ursachen hervorgebracht. Die vornehmsten davon sind diese: der Besiz einiger Güter, die die Erde erzeugt, die man allein, oder in einer größern Menge hat, als andere Völker; ein erfinderischer Fleiß der Nation; Reichthum, um Fabriken anlegen, und Werkzeuge von der besten Art für einen theuren Preis kaufen zu können; ein bequemer und nicht kostbarer Transport der Waaren über das Meer, Flüße, Canäle, oder Landstraßen; mäßige, oder gar keine Zollabgaben; gute Gesezze, wodurch Hindernisse, die von unbehülflichen Arbeitern, oder andern Orten her, in den Weg gelegt werden,

den, gehoben werden; Benhülfe von der landesobrigkeit, wodurch sie den Vorthell der Handelsleute und Arbeiter, nicht den Vorthell ihres Schatzes befördert: auch die Freyheit der Bürger, ohne Gefahr und Sorge einträglichen Gewinnst sich zu machen, und nicht wie die Bienen für andere, und nicht für sich, Honig zu sammeln.

Den Zustand der Fabriken nenne ich den verhältnißmäßigen, der von der Beschaffenheit und Meigung der Auswärtigen abhängt. Je leichter oder schwerer sich diese Beschaffenheit ändern läßt, desto weniger, oder mehr, ist ein solcher Zustand sicher. Denn es bedürfen Nationen der durch Fleiß, oder durch die Kunst, anderer Nationen verfertigten Waaren entweder wirklich, oder nur ihrer Meynung nach. Das Bedürfniß besteht in der Meynung, wenn Bürger in den Geschmack, oder das Genie ihrer Mitbürger so zu sagen ein so großes Mißtrauen setzen, daß sie glauben, es könne keine Waare geschmackvoll seyn, wenn sie sie nicht von einem andern Volke kaufen, das eines sich auszeichnenden Geschmacks wegen bekannt ist. Das wahre Bedürfniß können aber mehrere Ursachen erzeugen, welche manches Volk schnell, manches nur langsam, manches fast nie entfernen kann. Ich rechne dahin die bey gewissen Völkern eingewurzelte und schwer zu hebende Trägheit in Ansehung des Arbeitens; den Aberglauben; Armuth; Mangel an natürlichen Waaren, die Künstler und Werkmeister bilden könnten, oder der theure Preiß derselben, wenn sie wo anders her herbeigeführt werden sollen; die Nothwendigkeit, daß man Waaren, die anderswo verfertigt sind, und von fremden Kaufleuten geschickt werden, nicht verbleten kann, sondern sie annehmen muß, damit an ihrer Statt die Einwohner die übrigen, woran sie einen Ueberfluß haben, geben; eine zu große Menge Soldaten, die von Fabriken entzogen werden;

ben; fortgesetzte Kriege; die Ausfuhr der zu bearbeitenden Waaren, worüber die Fürsten ein Monopolium haben, durch fremde Kaufleute, denen jehe lieber eine große Menge derselben auf einmal und für baare Bezahlung, als ihren Bürgern nach und nach verkaufen; die größere Sorge der Fürsten für die Bereicherung ihres Schatzes, als Volkes; die Vernachlässigung des guten Vernehmens mit den auswärtigen Nationen, die die Materialien verkaufen, oder die gefertigten Waaren einkaufen; der abnehmende Wettelster vieler Völker, ihre, oder die an andern Orten gefertigten Waaren, zu den Völkern, die ihrer bedürftig sind, abzuführen, u. s. w.

Ein Volk, dem die Fabriken keinen nothwendigen, sondern einen verhältnißmäßigen Vortheil bringen, muß sich gegen Fremde anders betragen, als ein solches, das durch eigne Kräfte die meisten von den Waaren, die es selbst gebraucht, oder verschift, sich verschaffen kann, und das daher den Vorzug hat, daß es empfindet, wie es nicht sowol andrer, als andere seiner bedürftig sind.

§. 146.

Noch jetzt findet sich bey den Einwohnern der Niederlande eben der Fleiß und die Geschäftigkeit, die vor siebenzig und mehrern Jahren bey ihnen war; eben der Reichthum, und wohl noch größerer; eben die Schifffahrt, die die so sehr ausgebreitete Vertheilung der fabricirten Waaren befördert; und eben der Eifer zur Handlung.

Kein Theil des Gewinstes wird zum Besten des öffentlichen Schatzes geschmälert, und man legt den Leuten keine Steuern nach Verhältniß ihres sich vermehrenden Vermögens auf.

192 Erster Theil. Zwölftes Capitel.

Auch die Gesezze fahren fort, den Eigenthümern der Fabriken zu statten zu kommen. M. s. das Gesez der Gener. Staat. v. 7. May 1777, die Ausfuhr der von der Ostindischen Gesellschaft eingeführten Seide betreffend, in gleichen das vom 14. Oktob. 1699, wegen des gegen Auswärtige auszuübenden Retorsionsrechtes. Die Ausfuhr der Instrumente, wodurch einigen Arten von ausländischen Fabriken zum Nachtheil, oder Untergange der einländischen aufgeholfen werden könnte, ist verboten. M. s. z. B. d. Ges. der Gener. Staat. v. 3. Febr. 1752. Da auch die Einwohner aus dem wollenen Tuche, das aus niederländischer Wolle gewebt, und aus dem Lande gefahren wird, nicht wenig Vortheil ziehen, so haben die Generalstaaten den 8. May 1732 verboten, sie wo anders her einzuführen. Im Jahr 1776 haben sie von neuem die Abgaben von der Wolle heruntergesetzt. Nach vielem Streiten auf beiden Seiten ist im Jahr 1771 die Freiheit von Abgaben dem in den Niederlanden gesottenen Zucker auf die Zukunft ertheilt worden. Ohngefähr 150 Zuckersiedereyen giebt es in den Niederlanden, von welchen in Amsterdam im Jahre 1770 mehr, als hundert, gewesen seyn sollen. Im Jahr 1770 sind 10,015,074 Pfund Zucker außer Landes geführt.

- Daß jetzt einige Handlungsartikel, vorzüglich die leinenen und seidenen Zeuge weniger einträglich, als vor 50 Jahren sind, rührt zum Theil aus der Schwierigkeit her, daß man die rohe Materie nicht mehr für den Preis erhalten kann, für den man sie sonst kaufte, theils, daß der Lohn der Arbeitsleute in der Republik weit höher, als in andern Ländern, steht. Daher können die Ausländer einige Arten von Kleidern und andern Kaufmannsgütern, wenn sie gleich nicht eben so gut, als die Holländischen, sind, doch nicht viel schlechter, und für einen geringern Preis kaufen.

§. 147.

Es ist eine alte Streitfrage, ob die Einschränkung der Professionisten in Zünfte, wegen der denselben verliehenen Monopolien, wodurch die natürliche Freiheit der übrigen Bürger gehindert wird, dem Staate zum Nachtheil gereiche? Der Ursprung dieser Zünfte geht tiefer, als bis zum 13. Jahrhunderte hinab. Der Kaiser Friedrich, der zweyte, dachte sie im Jahr 1235 in Deutschland aufzuheben. Sein Unternehmen schlug ihm aber fehl. Die Professionisten widersezten sich. S. Maiboms Schriften, 2. B. S. 383. 617. Der Kaiser Rudolph der erste, war ihnen geneigter. S. Lünig 4. B. S. 858. Von ihrem Ursprunge in den Niederlanden sehe man des Herrn van de Wal Dordre. Privé. S. 295. 301. Dumbat Deventer S. 31 u. f. f. Meris I, 82. 124. Seit dem 13. Jahrhunderte wuchs ihre Zahl, vermehrten sich ihre Rechte, Unternehmungen und vorgeblichen Gerechtsame. S. des Divens Brabant. Gesch. S. 138. Die letztern kann ein Regent abschaffen, und die Gesezze solcher Zünfte nach dem gegenwärtigen gemeinen Besten einrichten; eine Obrigkeit nur nach Maaßgebung der Sachen selbst. Hierhin gehören z. B. die Streitigkeiten, wegen der Grenzen unter verschiedenen Arten von Arbeiten; Unruhen, die zwischen denen entstehen, welche Arbeiter vermietthen, daß sie nach ihrer Ordnung, und nicht nach der Ordnung derer leben sollen, von denen sie gemiettet werden; Vorurtheile, die mit dem glänzenden Namen der Privilegien gesichert sind, wodurch der Fortgang neuer Erfindungen gehemmt wird, u. s. w. Es kann bey der Aufhebung solcher vorgeblichen Rechte, die der Verbesserung der Fabriken nachtheilig sind, oder bey ihrer allmählichen Abschaffung, nicht stets mit Gewalt verfahren werden. Wo die Vornehmen, oder das Volk, regieren, da erfordert es die Klugheit, daß die Menschen zuweilen mehr

geleitet und umgestimmt, als mit Gewalt angetrieben werden, wenn ein Staat, ihren Privatnutzen zu versorgen, oder ein falscher Begriff von Freiheit, sie abzieht, das zu thun, was das allgemeine Beste erfordert.

§. 148.

Der Niederländische Handel, zu dem ich jetzt fortgehe, begreift alles in sich, was die Natur in der ganzen Welt zum Gebrauche der Menschen liefert, die Kunst erfindet, und der Fleiß bildet und verfertigt. Er besteht, wie überall, theils in dem einheimischen, der in dem Lande, theils in dem auswärtigen, der außerhalb desselben getrieben wird. Der auswärtige bringt, nach allgemeiner Berechnung der aus- und eingefahrenen Güter, entweder mehr, oder weniger, ein, als einem gewissen auswärtigen Volke gereicht wird. Der letztere Handel wird gewöhnlich der *Passivhandel* genannt. Er schadet auch den Holländern nicht, insofern die auswärts gekauften Waaren mit einem gewissen Wucher verkauft werden.

Vor dem 14. Jahrhundert war der Handel der Holländer in engen Grenzen eingeschlossen, er stieg aber, als die Fürsten aus dem Hause Burgund und Oesterreich Holland und Seeland unter ihrer Gewalt hatten. Allein als die Republik gegründet war, nahm er mächtig zu, insonderheit seit dem Anfange des vorigen Jahrhunderts, und fünfzig Jahr hindurch war er der einzige. Allein nach dem Jahre 1650 erhielt er mancherley Mitwuhler und Nacheiferer, und fing allmählig an, kleiner zu werden, am meisten nach dem Jahre 1740. Wir wollen kürzlich die Ursachen davon untersuchen.

§. 149.

Der Anfang des Wachsthums dieses Handels rührte aus einem wunderbaren Zusammenfluß von Ursachen her.
Einige

Einige haben in dem Lande selbst, einige außer demselben ihren Grund; die erstern sind theils physisch, theils moralisch; die letztern, die außer dem Lande statt fanden, trugen sehr viel zu dem glüklichen Fortgange der Unternehmungen der Holländischen Kaufleute bey. Die innerlichen sind vorz erste, kein Ueberfluß an natürlichen Gütern, sondern ein Mangel derselben, der den Fleiß nothwendig gemacht hat, hiernächst die Lage der Länder fast mitten in Europa, neben Flüssen, die große Fahrzeuge tragen können, ausgedehnten Seen und dem Meere. Diese Lage befördert nemlich die Ein- und Ausfuhr von Gütern von allerley Art. Der moralischen Ursachen gab es verschiedene, als die Denkungsart der Einwohner, die keine Arbeit gestochen sind; eine stets gute Auswahl der besten Waaren; guter Credit, um sie in und außer dem Lande zu erhalten; geschwinde Besorgung; kein Hang zu einem unmäßigen und unbilligen Gewinnst; viele sich in der Republik niederlassende Leute, die an andern Orten schon Handel getrieben hatten, oder ihn treiben zu können wünschten, und sich hier mehrere Hoffnung zur Freyheit im Geistlichen und Weltlichen machten; Freyheit Handlung zu treiben, die kein Religionshaß, kein Eifer, den Fiskus zu vermehren, einschränkt; die Verfassung der Regierung, die für die Dauer dieser Freyheit Bürge ist. Man füge noch hinzu die guten Gesezze, wodurch den Kaufleuten aufgeholfen, und das entfernt wird, was ihren Unternehmungen schädlich werden könnte; privat Credit, wodurch die Kaufleute leichte Wege, Geld unter gewissen Zinsen aufnehmen und wieder ihren Creditoren bezahlen zu können, erhalten; Achtung gegen den Handel. Es kam hierzu noch ein besonderes zwar seit dreym Jahrhunderten ununterbrochenes Geschüt der Amsterdammer, eine jede Gelegenheit zu nutzen, vermöge der sie ihren Handel vergrößern könnten. Hierzu ist die zu bewundernde Größe dieser Stadt herzuführen,

welcher die Natur zwar das Anlanden großer Fahrzeuge versagt, aber die Kunst und Sorgfalt, die die Natur übertrifft, einen sichern Hafen für die Seefahrenden und eine Vorrathskammer für Europa ertheilt hat. Da nun das von Aeltern, oder Anverwandten, hinterlassne Gut von ihren Erben zu noch größern Handelsunternehmungen angewendet ward, so brachte man es durch das viele zusammengehäufte Geld dahin, daß, zuerst, die, welche den Kaufleuten Geld liehen, sich an geringern Zinsen begnügen ließen, die Kaufleute daher mit einem geringern Vortheil zufrieden seyn konnten; hiernächst, daß der Credit, den man Auswärtigen geben mußte, von längerer Dauer war, und endlich, daß die sämmtlichen Europäer fast, gewiß ihres Verkaufs und Einkaufs, sich zum Niederländischen Handel einsanden, und keine Art von Waaren liegen blieb. Daher kam es, daß man anfang, fast allein für die Holländer, an einem Orte, noch bevorstehende Erndten, an einem andern, gefälltes Holz auf einige Jahre, an andern, andere Arten von Waaren zu verkaufen, die andere Völker von ihnen, die sie im Ganzen gekauft, und einen großen Theil davon ungearbeitet hatten, eine Zeitlang zu kaufen sich genöthigt sahen. Zum Beispiel, der französische Wein, der Indigo, Zucker, Bretter, u. dergl. Unter Nationen, die auf den Handel erpicht sind, behält nicht die die Oberhand, die viel begehrt, sondern die, die sich auf ihrem Reichthum stützt, vieles unternehmen kann, und alles wagt.

§. 150.

Im vorigen Jahrhundert trafen verschiedene auswärtige Ursachen (§. 149) zusammen, den Holländischen Handel plötzlich zu heben. Dahin gehörten, der Zustand von ganz Europa vor dem Jahr 1650, die Regierungsart und Staatsverfassung in verschiedenen Ländern: Kriege; Vortheil

urtheile, die, indem sie auf den Kaufmann Verachtung warfen, den Handel herabsetzten; eine gewisse Trägheit, die an vielen Orten aus mancherley Ursachen entstand. Es kam hierzu noch eine gewisse Verbindung der Republik mit den auswärtigen Völkern, die durch Bündnisse ihre Dauer erhielt, und der überall erkannte und oft durch die That eingesehene Werth der Freundschaft der Holländer.

§. 151.

Auf diese Art wuchs der Holländische Handel. Die menschlichen Dinge haben aber das Schicksal, daß sie, wenn sie auf den höchsten Grad gestiegen sind, zu sinken anfangen. Der Niederländische Handel ist jetzt nicht mehr so groß, als er vormals war. Diese Veränderung seiner Beschaffenheit ist aus einigen, theils auswärtigen, theils einheimischen Ursachen, theils aus Ursachen von beyderley Art, herzuleiten. Vortreflich ist das, was der Prinz Wilhelm, der vierte, von Oranien, in der Versammlung der Generalstaaten im Jahr 1751 über die Quellen des Uebels, und die Mittel, ihnen abzuhelfen, gesagt hat. In den Akten der Harlemer Gesellschaft wird in dem, 16 Abschn. ebenfalls hierüber vieles, das vom nützlichen Erfolge ist, gesagt. Daß die Nothwendigkeit, diesem Uebel öffentlich zu steuern, erkannt wird, kann man schon daraus abnehmen, daß, als vor zwey Jahren eben diese Harlemer Gesellschaft alle die eingeladen hatte, die Beyträge zu thun Willens wären, den Eifer zum alten Glanz der Fabriken und Handlung wieder zu erneuern, auf drey tausend sich sogleich zu dieser Gesellschaft verbanden.

Soweit ist es aber noch nicht gekommen, daß der Niederländische Handel zu einer mittelmäßigen Beschaffenheit,

heit, geschweige denn zum Verfall, sollte herabgesunken zu seyn scheinen, ob er gleich seine vormalige Größe nicht mehr hat. Da der Zustand von Europa sich verändert hat, in den meisten Ländern der Fleiß der Bürger angefeuert und vermehrt ist, so mußte ein Theil dieses Handels sinken, indem die Ausländer weniger, als vormalis, der Holländischen Schiffe, oder gewisser Niederländischen Waaren, benöthigt zu seyn, angefangen haben. Obwohl nun auf diese Art einige fruchtbare Zweige eines sonst großen Baumes ihre vormalige Fruchtbarkeit verlohren haben, so blühen jetzt doch noch sehr viele. Bis auf diesen Tag haben die Niederländer den ausschließenden Besiz gewisser Handlungsartikel, von andern den vorzüglichsten Handel, und endlich in den übrigen Stücken einen solchen, der dem Handel der auswärtigen wetteifernden Nationen gleich kommt. Sie haben das **Monopolium** von **dreyerley Gewürzen** und dem besten aus Ostindien gebrachten **Zimmer** (§. 53) und den Waaren aus Japan. Sie fahren noch immer fort, verschiedene Sachen, die in den Ländern, wo sie entstehen, umgetauscht, oder gekauft, sind, und sich entweder in ihrer natürlichen Beschaffenheit befinden, oder zum Gebrauch eingerichtet sind, fast allein, oder doch vorzüglich, den Europäischen Völkern zu verkaufen. Ich rechne dahin die **Cochenille**, den **Borax**, dessen Handel sonst die **Venetianer** allein hatten, den raffinirten **Campher**, **Cinnober**, der aus Queksilber und Schwefel, welches aus andern Gegenden zugeführt wird, gemacht wird, **morgenländische Diamanten**, inglichen **Brasilianische**, die in Amsterdam geschnitten und polirt werden, die Ausfuhr des **Getreides**, das über das **Baltische Meer** gebracht wird, und des **Oehls**, welches aus **Getreide** und **Wachholderbeeren** gekocht wird, u. d. gl.

In dem baaren Geldhandel haben die Holländer weniger Wetttefferer, vor denen sie sich fürchten könnten. Sie ziehen einen ansehnlichen Gewinnst aus den großen Geldsummen, die sie durch die Wechsel lösen.

Vorzüglich kommt keine ausländische Nation ihnen in Ansehung des vielen Geldes, das sie den Fremden leihen, bey. Dieses Ausleihen auf Zinsen war vor achtzig Jahren in Holland verboten, damit der Staat desto leichter für mäßige Zinsen Geld möchte aufnehmen können. Dies Gesetz hörte auf, als der Grund und Fall, wo es gegeben ward, wegfiel. Sehr große Summen sind an auswärtige Fürsten und Könige geliehen worden, und noch täglich werden neue ausgeliehen. Ob dies der öffentliche Nutzen erfodere, darüber ist man nicht einig. Man sieht deutlich, daß der Reichthum des Volks durch diese Zinsen von Jahr zu Jahr vermehrt werde, indem für dies Geld, das im Lande vielleicht müßig gelegen hätte, bisweilen in zwanzig Jahren eine dem Capitale gleiche Summe, in fünfzig Jahren wenigstens eine doppelt so große einkommt, und das Capital sicher bleibt. So wie bey dem Handel und der Schifffahrt stets etwas gewagt wird, so findet sich auch bey dieser Art des Wuchers einige Gefahr, die aber gewiß geringer ist, als sie vielen zu seyn scheint: denn es ist der Debitoren eigenes Interesse, ihren Credit zu erhalten, um nie fehl zu gehn. Wenn auch die sparsame und mäßige Lebensart der Vorfahren nicht wieder zurückkehren kann, wenn weder Theurung der Preise und Lebensgüter, der Beweis des Reichthums eines Volks, noch die Größe der Beysteuern, von welchen unten geredet werden wird, werden verändert werden können, so scheint das Wohl des Staats es zu erfodern, auf Kosten der Ausländer die Einwohner zu erhalten, die weder von Arbeiten, noch großem

oder

oder kleinen Handel leben können, und den Aufwand zu einer höhern Lebensart zum Besten der Kaufleute, Fabrikanten und Künstler von den Ausländern herzunehmen. Wenn aber die Schiffer, Künstler, Fabrikanten und Kaufleute das Geld den Ausländern leihen, was sie selbst gebrauchen, und es sich entziehen, wenn sie, obgleich ihr Privatcredit sicher ist, ebendeswegen umsonst für ihre Schifffahrt, Fabriken und Handel Geld für gleiche Zinsen suchen, wenn endlich dem Ackerbau und den Colonien, die verbessert werden könnten, das abgeht, was an die Auswärtigen geliehen wird, so wird niemand zweifeln, daß der Gebrauch, den Fremden Geld auf Zinsen zu leihen, in so fern dem Staate schädlich sey, in so ferne dadurch jene Uebel erzeugt werden. Es ist also zu untersuchen, was, eines gegen das andre gerechnet, schädlicher, oder vortheilhafter sey. Ich überlasse aus Bescheidenheit denen die Entscheidung dieser Sache, die sich mit Berechnungen dieser Art besonders beschäftigen. Den Gelegenheiten dieser Wechsel ist vormahls eine Art von Handel, die einem Glücksspiele ähnlich ist, aufgekommen, (*jeu d'actions*), welche von der ungewissen Summe solcher Posten, die bald steigt, bald fällt, entsteht, und den einsichtsvollen und verschlagenen zuweilen vortheilhaft; den unwissenenden und zu habfüchtigen oft schädlich, daher auch dem Staate nachtheilig ist.

§. 153.

Die Holländer hatten sonst mit den Franzosen einen weitläufigen Handel, doch auch noch jetzt ist er ansehnlich, und für jene sehr einträglich, insonderheit zur Kriegszeit nothwendig. Den großen Gewinn, den die Franzosen dadurch erhalten, kann man gewissermaßen daraus abnehmen, was man im Jahr 1659, darthun konnte, daß nemlich in Frankreich jährlich für 40. Millionen Gulden an Waaren, und darüber, aufgekauft wurden, und daß

daß die holländischen Gesandten im Jahr 1661. eingestanden, daß jährlich 20. Millionen für Französischen Wein ausgegeben würden. S. Aitzema IX, 241.

Der Handel mit Spanien, insonderheit der mit seinen Amerikanischen Colonien, der durch Spanische Kaufleute getrieben wird, ist bisher sehr ergiebig gewesen. Allein seit einiger Zeit ist der Handel mit Wolle, wovon die Engländer sich die beste Art angeschafft haben, auf mehrere übergegangen, und man führt aus andern Gegenden wollene Kleidung dafelbst hin.

In Portugall hat der Handel mit den Engländern die Oberhand. Mit England aber kann Holland nur wenige Arten von Waaren umsetzen, nachdem Cromwell das Gesetz gegeben hat, welches verbietet, daß keine andre Waaren in Schiffen fremder Nationen, außer solchen, die in dem Lande, dessen Einwohnern die Schiffe angehören, erzeugt oder zubereitet sind, anlanden dürfen.

Mit Teutschland und der Schweiz fährt der Handel noch immer fort, einträglich zu seyn, indem, besonders über den Rhein, mancherley Arten von Waaren ein- und ausgefahren werden. Ohngefehr sechshundert Schiffe von verschiedener Größe, die in Holland befrachtet sind, bringen jährlich über diesen Fluß Zucker, Koffee, Tabak, Gewürz, Pfeffer, und mancherley Sorten Indischer und Türkischer Waaren, Baumwolle, getrocknete Fische, Heringe, funfzigtausend und mehrere Tonnen mit Wehl, u. s. w. Würden die Zollabgaben, die die entrichten müssen, die diesen Fluß befahren, vermindert, so würden beide Völker von dem Handel mehr Vortheil haben. Der Weg zu Lande würde den Holländern nicht so beschwerlich zur Einführung ihrer Waaren seyn, als er zur Ausführung der in Teutschland erkaufen seyn würde. Daß ein gewiß
 flei

keiner Gewinnst aus großen Böllen auf den Flüssen, und ein weit ansehnlicherer aus mäßigern erhalten werde, haben die Churfürsten in der neuen Reichscapitulation im 18. Art. erkannt.

Die Handelsplätze in Italien sind zu Genua, Venedig, Livorno, Neapel, Mesina, und in den den Türken unterworfenen Ländern zu Constantinopel, Smyrna, Aleppo und Alexandrien.

Ueber die Handlung, die auf den Küsten des mittelländischen Meers und in den Türkischen Ländern getrieben wird, ist ein besonderes Collegium gesetzt. Diesem liegt die Sorge für die Beförderung des Handels daselbst, und die Aufsicht, daß die die Schifffahrt daselbst betreffenden Gesetze befolgt werden, ob. Zu dem Ende werden von den Generalstaaten Seeconsulanten gesetzt, das heißt, Personen, die über die den Holländern in diesen Ländern erteilten Rechte halten, und unter Holländern entstandene Streitigkeiten schlichten. Das mit den Türken den 12 Jul. des Jahrs 1612 errichtete Bündniß, und eine nie unterbrochne Freundschaft, haben ihren Consuln größere Rechte, und eine Jurisdiction verschafft, welche weit größer, als die, ist, die die Christlichen Nationen ihren Gesandten unter sich verstatten. Man sehe davon das Dekr. der Gen. Staat. v. 17 Febr. 1616. v. 24 Jul. 1658 und 27 Jun. 1741. Zur Bestreitung der Unkosten, die besonders zur Besoldung der Consuln und Gesandten der Republik zu Constantinopel erfordert werden, erhalten die Vorsteher des Morgenländischen Handels (van den Levantschen Handel) das Recht, von jedem Schiffspfunde (Last) eines jeden dahin segelnden Schiffs einen Gulden zu nehmen. Dieser Handel ist weit einträglicher gewesen, als die Franzosen vornehmlich ihre Waaren nicht an die Türken zu verkaufen, und dahin zu fahren pfleg-

pfliegten. Uebrigens genießen dort die Juden eben das Recht, das die Christen haben, an den Küsten Handel treiben zu dürfen. M. s. das Dekr. der Staat. v. Holl. v. 17 Decemb. 1676.

Der Handel mit den Nördlichen Völkern und Bewohnern der Küste des Baltischen Meeres ist nicht unbeträchtlich; aber nicht der, welcher es sonst war.

Die Russen verkaufen mehr Waaren an die Holänder, als diese von ihnen empfangen.

§. 154.

Gesetze, öffentliche Einrichtungen, die beständige Aufmerksamkeit und Weisheit der Väter des Vaterlands und Fürsten sind dauerhafter Schutz und Aufrechterhaltung des inn- und auswärtigen Handels. Dem auswärtigen hilft man zuweilen durch Verminderung der Zollabgaben von den ein- und ausgefahrenen Waaren. Diese Erlassung hat einen guten Erfolg. Man hat dies im Jahr 1776 gesehen. Denn als die Gener. Staat. beschlossen hatten, die Abgaben von der Wolle zwey Jahr hindurch herabzusetzen, so sind im Jahr 1774 und 1775 auf 33, 571 Ballen (Baalen) eingebracht, da doch in den zwey vorhergehenden Jahren die eingeführte Wolle nicht mehr, als 28, 583 betragen hatte.

Man pflegt sich bey denen Völkern, die einige Niederländische Waaren mit neuen Abgaben belegen, oder ihre Einfuhr ganz verbieten, nicht anders, als im höchsten Nothfalle, und in der wahrscheinlichen Hoffnung eines größern Vortheils, oder der Erhaltung eines billigen Rechtes, des Retorsionsrechts zu bedienen.

Viele Gesetze zielen aber dahin ab, daß der Credit erhalten werden möge. Dahin gehören die, welche wider die

die gegeben sind, die in der Absicht eines vorseßlichen Betrugs die Kaufbücher verfälschen, und die sonst den Betrügeren, die in Ansehung der Güte der Waaren vorgenommen werden können, steuern sollen.

Der achtzehnte Artikel des Niederländischen Bündnisses hat die Absicht, den wechselseitigen Handel der Provinzen zu befördern, hiernächst dienen hierzu die Verträge, die sie unter sich besonders geschlossen haben, so wie Holland mit Seeland, m. f. d. Nied. Ges. B. II, 2124; ingleichen Holland mit Seeland, das sogenannte Bündniß, des bey Concursen überall zu verstattenden Jori. S. ebendaf. IV, 460.

§. 155.

Besonders schädlich ist es dem Handel, wenn das Geldwesen von schlechter Beschaffenheit ist. Ist das Geld nicht von gehörigem Werthe, so wird der Preis der Sachen und Güter, und, fast möchte ich sagen, der Besitz, ungewis; der Credit bey Verhandlungen wird wankend und verwerflich, der Werth der Sachen steigt hoch, und sie bleiben zurück, wenn auch, nach nochmaliger Entbehrung des Geldes, die Ursach des Uebels gehoben wird. Es kann aber auch der Preis des Geldes so fest und unveränderlich nicht seyn, daß nicht zuweilen seine Veränderung nothwendig seyn sollte. Denn es ist von einer doppelten Art. Einmal, insofern es unter die Waaren gehört, zum andern, insofern es einen Preis, das heißt, einen gemeinschaftlichen Maassstab für die Waaren und Kaufgüter in sich enthält. So wie daher alle Waaren einen veränderlichen Preis haben, so hat dieses auch diejenige Materie, aus der das Geld besteht. Man nehme an, es werde einerley Menge Gold und Silber innerhalb 50 Jahren nach Europa gebracht; aber mehr Silber, als vor fünfzig Jahren

Zahren, verwendet, oder aus Europa herausgebracht, daß es folglich in Ansehung des Geldwesens verlohren gehe, daß aber dies in Ansehung des Goldes nicht geschehe. Der Preis des zu dem zu schlagenden Gelde nöthigen Silbers wird steigen. Daher wird ein andres Verhältniß des Goldes und Silbers entstehen, welches beym Schlagen des Geldes stets bemerkt werden muß. Hieraus folgt, daß, wenn das Silbergeld nach seinem vorigen Fuße bleibt, es kaum zu vermeiden steht, daß es zu einem mannichfaltigen Gebrauche umgeschmolzen wird, oder außer Landes geht. Dies ist vielleicht nie sorgfältiger, als im Jahr 1750 von den Teutschen, untersucht worden.

Ben vielen Niederländern steht der Kayser Maximilian in keinem guten Rufe, weil er im Jahr 1489. den äußerlichen Werth des Geldes herabsetzte. Rührte dies daraus her, weil er hiebey unbedachtsam zu Werke gieng, und diejenigen nicht um Rath befragte, die er darum hätte befragen sollen, und weil die sich hiedurch bereicherten, denen dies nicht zukam, so ward doch ein Gesetz nothwendig gemacht, wodurch dem dringenden Uebel abgeholfen würde. S. Pontanus Gesch. v. Geld. S. 588. Nachher machte Kayser Carl, der fünfte, im Jahr 1520. eine Neue Verordnung des Geldes wegen, und in Teutschland that dies der Kayser Ferdinand, der erste, im Jahr 1559. M. S. sein Edikt, das Münzwesen betreffend, im 68. §. von dem innerlichen Gehalte der Dukaten, welches Gesetz noch bis auf diesen Tag gilt.

Als die Königliche Regierung in den Niederlanden ein Ende nahm, und die einzelnen Völker der vereinigten Lande die höchste Gewalt erhielten, so hatte jedes von ihnen das Recht, Münzen anzulegen und den innerlichen und äußerlichen Gehalt von seinen und der Auswärtigen Münzen festzusetzen, in so fern es nicht wider die Verträge und
Preis

Privilegien liefe. Die alten und endlich benzelegten Streitigkeiten wegen des Rechts der Seeländer, zu münzen, trägt Van de Wal in dem Dordre. Privil. B. VI. S. 1417. vor.

Schon damals, als man den Frieden zu Gent schloß, sahe man ein, wie viel den Niederländern daran gelegen wäre, daß sie über das unter ihnen gebräuchliche Geld einig würden. M. s. den Friedensschluß zu Gent vom Jahr 1576. im 23. Art. Nach drey Jahren fand man es für gut, zu verabreden, daß einstimmig der Werth der Münzen festgestellt würde, und auf das baldigste eine Verordnung darüber ausgehn zu lassen (in het Stuk van de Munte, te weeten in den Cours van den Gelde), die von den Provinzen befolgt, und von keiner für sich verändert werden sollte. Der Graf von Leicester gab sieben Jahr nachher im Jahr 1586 ein Gesetz; die Generalstaaten gaben auch verschiedene zu unterschiedenen Zeiten, und verpflichteten sich unter einander, die vorzüglich, welche im Jahr 1622 gemacht wären, stets auszuüben. Es ist aber die Frage einigemahl schon, insonderheit im Jahr 1762, in Bewegung gekommen, ob es einem von den Bundesgenossen, wider Willen der übrigen erlaubt sey, den äußerlichen Werth der Münzen herabzusetzen, der einmahl von allen festgesetzt ist, wenn sich das Verhältniß des Goldes und Silbers überall geändert hat, um dadurch einem merklichen und in die Augen fallenden Nachtheil abzuhelfen, den die gegenwärtige Münzverfassung bey ihm anrichtet.

§. 156.

Das Geld, das in den Landen der Republik geschlagen wird, ist theils Handelsgeld, theils festgesetztes und autorisirtes Geld. Die Dukaten, deren Name im 12. Jahr.

12. Jahrhunderte in Apulien entstanden ist, dienen bey dem Handel zum täglichen Ein- und Verkauf; können aber keinem wider Willen aufgedrungen werden. Ihr innerlicher Werth ist im Jahr 1606 durch eine Verordnung festgesetzt, und den 1. May 1749 bestätigt, und kommt dem gleich, den der Kayser Ferdinand der erste, im Jahr 1559 in Teutschland (S. 154.) festgesetzt hat. M. s. das Ges. der Gen. Staat. v. 11. Octobr. 1763. Ein jeder muß zwey Englische und $2\frac{1}{2}$ Gran in sich halten. Es geht eine große Menge von ihnen außer Landes. Wie stark man in den Münzen an ihrem Schlagen arbeite, sieht man aus dem Preis derer, welche die Provinz Geldern, Holland, Seeland, Utrecht und Oberyssel vom Jahr 1690 bis zum Jahr 1749 hat schlagen lassen. Sie betragen am Werthe 253,702,300 Gulden.

Festgesetztes und autorisirtes Geld nenne ich das, welches unter dem, durch ein Gesetz bestimmten Preise, weder von Gläubigern, noch öffentlichen Zoll- und Steuereinnehmern zurückgewiesen werden kann, und das man unter dem in öffentlichen und privat Registern angelegnten Gelde versteht. Es giebt dergleichen von Golde und Silber, wozu noch geringes von Kupfer kommt. Das Goldne, das unter dem Namen der Ritter (Ryders) bekannt ist, hat man im Jahr 1606 zu schlagen angefangen, hernach aber damit aufgehört, bis man im Jahr 1749 es wieder zu gebrauchen anfang. Hierdurch ist das gesetzmäßige Verhältniß des geprägten Goldes und Silbers bestimmt worden. Es verhält sich aber jenes goldne Geld zu den Gulden wie 1: $14\frac{1}{2}\frac{1}{2}$.

Unter dem Silbergelde sind die Gulden das vorzüglichste, von deren altem Werthe Matthäus in der Abhandl. vom Rechte des Schwerdts, S. 451. zu sehen ist. Heut zu Tage werden aus 8 Unzen oder einer Mark

Markt reinen Silbers $25\frac{1}{2}\frac{1}{4}\frac{1}{4}$ Gulden geschlagen; von der Münzart abg, von welcher zehn einen Gulden machen (**Dubbelde Stuivers**) $258\frac{1}{2}$ Stükk.

Nachdem das Gewicht und die Materie des Geldes durch ein in den Provinzen gemeinschaftliches Gesetz festgesetzt ist, so haben, wenn eine derselben schlechteres geschlagen hatte, die übrigen sich schon einigemahl des Rechts bedient, es in ihrem Gebiet auf einen Preis, der seinem Gehalte entspricht, herabzusetzen, oder zu verwerfen.

§. 157.

Die Kosten, welche das Geldschlagen erfordert, werden in Holland nicht eben so, als in Großbritannien, bestritten. Es wird unter die edlern Metalle etwas von den schlechtern, des Aufwands wegen, vermischt, so daß der Gehalt einer Münze ihrem Werthe nicht beikommt. Es merkt kaum jemand, was einzelnen Geldstücken an innerlichem Gehalte auf eine so billige Art abgezogen wird. Das, was dadurch der Regierung zufällt, wird gewöhnlich **Sleyschat** genannt. Da das vom Jahr 1690 bis 1749 geschlagene silberne und goldne Geld eine Summe von 454, 495, 918 Gulden beträgt, so sind aus diesem Gelde unter dem Namen dieser Münzsteuer 757, 140 Gulden und 17 Stüber gelöst worden.

§. 158.

Der ganze Staat hat das Collegium der drey Münzräthe (**Münzkammer**) über das Münzwesen gesetzt, wozu noch ein **Generalmünzmeister** und **Secrétaire** kommt. Sie müssen darauf sehen, daß die wegen des Münzwesens gegebene Gesetze befolgt, und die bestraft werden, die sie verletzten; hiernächst liegt ihnen ob, in streitigen Fällen dieser Art zu erkennen, neue Münzen gegen Münzen vom vers

versloßenen Jahre nach ihrem Gewicht zu vergleichen, zu probiren, und die schlechten zu verwerfen.

Außerdem, ist durch Verordnungen ausgemacht worden, daß keine Materie, woraus Geld geschlagen werden könnte, ausgeführt werden darf, und es ist lebensstrafe darauf gesetzt, wenn jemand das Geld beseilet, oder durch heizendes Wasser und auf eine andere solche Art verringert. Man hat zuerst wegen der goldnen Münzen, und hernach im Jahr 1760 wegen der silbernen, die kleinen Sorten ausgenommen, verordnet, daß ihre Ränder geringelt werden sollten. Was die Goldwaagen, und die Endesform, auf welche der, der die zum Goldwägen gebräuchlichen Waagen probiren muß (Kneester Generaal) zu schwören hat, anbetrifft, so sehe man das dieferhalb den 1 May im Jahr 1750 von den Gener. Staat. gegebne Gesetz.

§. 159.

Vormahls hatten die Städte Nimmegen, Züphen, Campen, Zwoll, Deventer und Grönningen das Recht, nach dem Reichsfuß Geld zu schlagen. Es hatten nemlich die Teutschen Kayser das Recht zu münzen, und haben es noch jetzt. Durch ertheilte Privilegien erhielten es die Stände des Teutschen Reichs, und zwar nicht alle mit gleichem Rechte. Die Kayser waren in der Ertheilung dieses Rechts, nicht allein an Fürsten, Grafen, Prälaten, sondern auch an die Städte, die unter ihrer Herrschaft standen, über die Maaßen frengelig. Vermöge ihrer Schenkungen oder Nachsicht, übten die Grafen und Bischöfe der Niederlande dieses Recht aus, und aus eben der Quelle kam es auf die eben genannten Städte. Der Stadt Zwolle, zum Beispiel, verleihe es der Kayser Friedrich, der dritte, im Jahr 1486.

Beym Anfange der Republikanischen Verfassung behaupteten eben diese Städte, daß ihnen dieses besondere Recht nicht abgestritten werden dürfte, wegen der allgemeinen Versicherung, die sich in dem 1. Artikel des Niederländischen Bündnisses, befände. Die vereinigten Staaten leugneten, daß dieses Recht, nach der mit allgemeiner Uebereinstimmung kräftigen Versicherung, im 12. Artikel eben dieses Bündnisses, noch seine Kraft behalte. Daher haben die Generalstaaten das erstemal im Jahr 1606, und hernach nach hierüber erneuerten Streitigkeiten durch fortgesetzte jährliche Zahlung einer gewissen Summe Geldes es dahin gebracht, daß sich diese Städte dieses Rechtes nicht bedienen. Jede von ihnen erhält 4000 Gulden.

§. 160.

Um dem Umfay des Niederländischen Geldes mit dem auswärtigen zu Hülfe zu kommen, errichtete man die **Amsterdamer Bank** (Wisselbank) im Jahr 1609 den 31. Januar. Seit dieser Zeit genießt man aber noch wichtigere Vortheile für die große Handlung von dieser Einrichtung. Nicht allein Geld wird von Auswärtigen und Einwohnern daselbst niedergelegt, sondern auch rohes und ungeprägtes Gold und Silber. Für dieses deponirte Geld und Gut haftet die Stadt Amsterdam, deren Magistrat zu diesem Ende sechs Personen die Aufsicht über die Bank aufgetragen hat. Sie hat eine Einrichtung, die von der Einrichtung der auswärtigen Banken, vorzüglich der zu Genua, London und Wien errichteten, sehr unterschieden ist. Die Eigenthümer erhalten von den niedergelegten Geldern und Gütern keine Zinsen, haben aber den Vortheil davon, daß sie wegen der Sicherheit derselben unbekümmert sind, hiernächst, daß sie keinen Arrest, der auf ein solches Geld gelegt werden könnte, zu befürchten haben, endlich auch, daß sie durch

Um

Umschreibung der Namen in den Büchern der Bank die schnellsten Bezahlungen leisten können. Die Einrichtung, die im Jahr 1609 getroffen ward, daß Summen von 600 Gulden, und mehr, auf Wechselbriefen in Amsterdam allein von Wechselern ausgezahlt werden sollten, hat nach und nach, zu seyn, aufgehört.

Eine andere Bank zu Amsterdam ist die, welche für eine mäßige Zinse bey einem gesetzten Pfande Geld leihet (Bank van Leening), für welches Pfand die Stadt Bürge ist; doch steht sie nicht bey denen, die hundert Gulden, oder mehr, betragen, für die Gefahr, die von einer großen Gewalt herrühret. Wird weder Capital noch Zinsen binnen einem Jahre und 12 Wochen bezahlt, so werden die Pfänder öffentlich verauktionirt. Die Summe, die das Capital und die Zinse, ingleichen die Kosten übersteigt, wird den Eigenthümern, wenn sie sich in einem Jahre darnach melden, zugestanden, nach einem Jahre fällt sie an die Armen. Man fing schon im 13 Jahrhunderte an vielen Orten in den Niederlanden an, solche Banken (Lombards) zu errichten. Wenn sie auf gute Gesetze beruhen, so können sie dem Handel nützen, indem Künstler und Kaufleute dadurch zu einem schnellen Vorschuß der Bezahlung gelangen.

Das dreyzehnte Capitel.

Von den Colonien und Gesellschaften beyder Indien.

So viel von der Industrie der holländischen Bürger in den Europäischen Ländern, die ihnen Unterhalt und Reichthum verschafft. Ich gehe nun zur Betrachtung der Colonisten über, die die Republik außerhalb Europa hat,

212 Erster Theil. Drenzehntes Capitel.

und werde ihre Beschaffenheit und den Nutzen untersuchen, den sie dem Vaterlande leisten.

Unsre Vorfahren haben vorzüglich deswegen Colonien errichtet, um theils diejenigen von sich zu entfernen, denen sie keinen Stoff zum Unterhalt, oder zur Arbeit, darreichen könnten, theils um Vertheidiger ihrer Länder zu haben, und zwar solche, die des allgemeinen Bestens sowohl als ihres eigenen wegen, eifrig und tapfer, und dem Vaterlande getreu wären. Heut zu Tage hat es mit den Colonien eine andre Beschaffenheit. Man führt Colonisten überall hin, wo nur bewohnbare Gegenden sind, damit sie Gesezen unterworfen, von der freyen Schifffahrt ausgeschlossen, das Beste des Vaterlandes befördern mögen.

Die Holländer haben auch außer Europa in den übrigen Welttheilen Colonien errichtet, aus welchen sie, ohne den Vortheil, den ihnen die Schifffahrt verschafft, vielen Nutzen ziehen. Denn die in diesen Gebieten befindliche Colonisten haben ihren eignen Vortheil dabei, wenn sie für Religion und Land des Vaterlands, das sie sich erwählt haben, oder woraus sie, oder ihre Aeltern, weggegangen sind, streiten, und sein Gebiet und Vortheile beschützen. Hier befördern sie auch den Handel mit den übrigen Völkern. Indem sie die Landesprodukte auf das beste zu ziehen suchen, verschaffen sie den Seefahrenden Proviant, und dem Vaterlande Kaufmannsgüter, die in Europa mit großem Wucher abgesetzt werden. Sie selbst aber bemühen sich aus dem Vaterlande zugefahrene Waaren einzukaufen. Dazu kommt noch der nicht geringe Vortheil, daß viele reich in das Vaterland zurückkehren, oder ihre Kinder dahin schiffen, und einen großen Reichthum in seinen Schooß austreuen. Bis hieher sind die Holländer so glücklich gewesen, daß weder obrigkeitliche Personen, noch Colonisten, daseibst das Herz, oder so viele Kräfte, gehabt haben, et-

was

was neues zu unternehmen, und das Band zu zerreißen, das sie mit dem Vaterlande verknüpft.

§. 161.

Die Republik hat über diese Colonien die Oberherrschaft, nach ihr stehen sie zusehrst unter den beyden aus Privatpersonen bestehenden Gesellschaften, von denen die eine über die Ostindischen, die andre über die Westindischen Angelegenheiten zu befehlen hat.

Der Handel mit den Waaren, die Ostindien liefert, gehörte vor Zeiten den Venetianern, und gelangte darnach an die Portugiesen, nachdem diese den Weg nach Indien zur See genommen hatten. Im Jahr 1595 gingen die von dem Handel ausgeschlossenen Holländer auf Anrathen und unter der Anführung des Cornelius Houtmann mit den Spaniern eben diesen Weg. Damit sie aber nicht, wenn sie einzeln auf diesen Küsten kämpften, überwunden würden, und die zu heftige Begierde vieler den Vortheil aller zernichten mögte, so fand es die Republik den 20. März des Jahres 1602 für gut, die Schifffahrt nach Indien einer gewissen Gesellschaft allein einzuräumen, welcher ein jeder Bürger, der dazu Lust hätte, einen Beitrag liefern konnte, und von der er einen gewissen Theil des Gewinnstes, aber keinen an der Direction zu erwarten hätte, denn diese sollte nur einigen dazu auserlesenen Mitgliedern überlassen werden, welche durch eine gute Verwaltung der allgemeinen Angelegenheiten zugleich ihren eigenen Vortheil besorgen würden. Es wurden 6,440,200 Gulden zusammengebracht, und die Gesellschaft ward von diesem Fond errichtet. Diese Summe ward in Theile (Actien) zerlegt, und auf einen jeden derselben (der damals mit 3000 Gulden eingelöset werden konnte) wagt der, der ihn kauft, Vortheil und Schaden. Auch aus

Bra

214 Erster Theil. Drenzehntes Capitel.

Braband, womit man damals in Feindschaft stand, wurden Selber bengetragen, worüber der Erzherzog Albert sehr unwillig war. Die Angelegenheiten der Gesellschaft hoben sich in kurzer Zeit auf eine unbeschreibliche Art. Der Raum an Land, den sie auf mancherley Art, und vorzüglich durch Tapferkeit im Kriege erhalten hat, und jetzt besitzt, übersteigt an Größe die kleinen Grenzen des Vaterlandes weit.

§. 162.

Da ich über die Angelegenheiten dieser Gesellschaft Betrachtungen anstellen will, so will ich zuerst untersuchen, durch was für ein Band sie mit dem Staate zusammenhänge, und hiernächst, wie sie zu Hause sowohl, als in Indien, ihre Angelegenheiten besorge.

Sie besteht aus einer Gesellschaft Bürger, die unter die Vergünstigung und Aufsicht der Vereinigten Niederländischen Staaten, und der Direktoren, ingleichen des Durchlauchtigen Erbstatthalters, der der vornehmste von ihnen ist, in den ihnen gehörenden Ländern in Asien und an dem Vorgebürge der guten Hofnung, ingleichen in einigen andern Handelsorten, die außer ihrem Gebiete liegen, mit Ausschluß der übrigen Bürger des Vaterlandes, Handel treibt, und die allein das Recht hat, aus diesen Ländern Waaren ins Vaterland, und von da aus in jene zu führen. Die Republik ertheilt dieser Gesellschaft ihr Ansehen durch ein Privilegium, das mit einer bestimmten Zeit zu Ende geht. Im Jahr 1776. ist es ihr bis auf das Ende des Jahres 1796. verlängert worden. Daher steht die ganze Gesellschaft, und alles, was sie an Ländern hat, unter der Herrschaft der vereinigten Staaten. Diese vertheidigen ihre Rechte wider die Ausländer, wie sie im Jahr 1722. und nachher thaten, um die zu Ostende wider

der

der den fünften Artikel des Münsterschen Friedens errichtete Gesellschaft aufzuheben, welches sie endlich mit Beyhülfe von Großbritannien am 16. März 1731. nach vielen Einwendungen Kayser Carl, des sechsten, welcher behauptete, daß vormahlige Unterhandlungen zwischen den Spaniern und vereinigten Niederlanden seinen und den Rechten seiner Niederlande keinen Abbruch thun könnten, zu Stande brachte. Uebrigens hat jedermann völlige Freyheit Schifffahrt zu treiben, und mit den Asiatischen Nationen zu handeln, wenn nicht gewisse mit Europäischen oder Asiatischen Völkern errichtete Verträge diesem entgegen sind. Die Republik versagt auch den Schiffen der Ausländer das nicht, was die Gesezze der Menschheit und Freundschaft verlangen; bloß das versagt sie ihnen, was sie, da sie dazu durch das Völkerrecht nicht verbunden ist, ohne die Rechte der Niederländischen Gesellschaft zu kränken, die sie zu beschützen übernommen hat, nicht eintäumen kann. Es giebt die Republik auch nicht zu, daß die Vortheile der Gesellschaft von ihren eigenen Mitbürgern gehemmt werden, daher hat sie den 11. August des Jahrs 1698. eine Strafe für die Bürger bestimmt, welche zu ähnlichen auswärtigen Gesellschaften Geld beytragen würden, die viermahl so groß, als der Beytrag, seyn solle. Die Gesezze, die der Gesellschaft vorgeschrieben sind, verändert die Republik, und fügt neue hinzu, wie denn durch das Dekret der Generalstaaten vom 4. Januar 1743. viele Hauptpunkte in den alten Gesezzen verbessert und erweitert worden sind. Die Verträge und Bündnisse, die mit den Asiatischen Fürsten gemacht sind, tragen überall den Namen der vereinigten Provinzen vor sich, und auf dieselben legen die obrigkeitlichen Personen, Bediente, Bürger und Einwohner in Indien einen Eyd ab.

§. 163.

Wenn die Indische Flotte jährlich zurückgekommen ist, so berichtet der Advokat der Gesellschaft, sobald der Admiral am Lande ist, von dem Zustande der Indischen Angelegenheiten an die Generalstaaten. Nach dem 33 Artikel des im Jahre 1602 ertheilten Privilegiums steht es dem Gouverneur und den höhern Indischen Obrigkeiten frey, an die Generalstaaten zu appelliren. Nach dem Dekret vom Jahre 1647 werden die Rechnungen von Einnahme und Ausgabe von vier zu vier Jahren an die Generalstaaten ausgeliefert. Zufolge ihres Dekrets vom Jahre 1728 vom 12 Julius, und 17 April 1732, werden diese Rechnungen zuerst von den Abgeordneten von 4, hiernächst vier Jahre nachher von den Abgeordneten dreier Provinzen abgenommen und gebilligt, von denen an jene 10,666 Gulden 14 Stüber, an diese aber 8,000 Gulden ausgetheilt werden, und zwar nach der Zahl der Provinzen, nicht der Abgeordneten. Vermöge eines Befehls der Generalstaaten vom 4 Januar 1743 hat man angefangen, von dem Selbe, das jährlich unter die Mitglieder der Gesellschaft ausgetheilt wird, von jeglichen hundert Gulden, drey an den Fiskus abzugeben. Nach einem im Jahre 1700 auf vierzig Jahre geschlossenen Vertrage pflegt die Gesellschaft acht metallene Canonen zum Gebrauch der Flotte des Staats, oder ihren Werth an Gelde, zu geben, und fährt fort, jährlich für die Freyheit vom Zoll der ein- und auszuführenden Waaren 364,000 Gulden zu erlegen.

§. 164.

Die Verwaltung der Angelegenheiten der Gesellschaft ist 69 Direktoren (Bewindhebbers) übertragen, die in sechs Collegien (Kammern) getheilt sind, und in
Am.

Amsterdam, Middelburg, Delft, Rotterdam, Hoorn und Enkhuizen ihren Sitz haben. Den größten Theil der Direktoren ernennt Holland und Seeland; Geldern, Utrecht und Friesland geben zur Amsterdammer Kammer, und Groningen zur Middelburgischen, Oberyssel zur Kammer zu Delft, eine jede nur einen Direktor. Ein Direktor muß mit einem Theil von der zur Anlegung der Gesellschaft zusammengeschossenen Summe Geldes (actie) besizzen, die ausgenommen, welche von Provinzen, die in ihrem Gebiete keine Kammern haben, hinzugeschikt werden. Denn im Jahr 1740 brachte die Provinz Geldern es dahin, daß sie Erlaubniß erhielt, eine öffentlich für sich gekaufte Actie (provinciaale actie) denen anzuweisen zu dürfen, die sie zur Verwaltung des Direktoramtes bestimmt hätte, damit diese nicht, wenn sie nach Verlauf von drey Jahren abgingen, durch die Nothwendigkeit, die mit ihrem Gelde gekaufte Actie verkaufen zu müssen, einem zu großen Schaden ausgesetzt würden, wenn sie sie vielleicht unter dem erkauften Preise wieder weggugeben sich genöthigt sähen. Sie erhielt diese Erlaubniß den 3 Januar im Jahr 1743, und eben so erhielten sie die übrigen Provinzen, die sich in dieser Lage befanden, doch unter der Bedingung, daß diese Actie, so wie die Actien aller Direktoren, die sie als ihr Eigenthum besäßen, statt einer Caution für die rechte Verwaltung ihres Amtes stehen sollte. Uebrigens haften Schulden, die die Kammern, wozu die Direktoren gehören, gemacht haben, keineswegs an ihrem Vermögen. Ueber die einzelnen Kammern selbst aber hat der Hof von Holland die Jurisdiction.

Zwey Männer, die beyde aus dreyen vom Prinz von Oranien vorgeschlagenen Personen erwählt sind, und den Namen der Advokaten führen, sind den Di-
rect

rektoren zu Assistenten gegeben, damit sie sich auf ihre Treue, Sorgfalt in Untersuchung der Indischen Angelegenheiten und den Vorteilen der Gesellschaft, ingleichen auf ihre bewährte Geschäftlichkeit in Ertheilung guter Anschläge und Einrichtungen stützen können.

§. 165.

Eine jede Kammer betreibt einen besondern Theil von den Geschäften, der ihr übertragen ist, mit gleichem Rechte für sich. Die Rechnungen der Einnahmen und Ausgaben theilen sie sich unter einander mit. Die Hälfte der Angelegenheiten besorgt die Kammer zu Amsterdam, einen vierten Theil die Kammer von Seeland, von den übrigen hat eine jede einen Sechzehntheil nach einem Privilegio vom Jahre 1602.

Allen Vorstehern der Gesellschaft liegt es ob, auf die Ausführung der Befehle zu halten; die Macht Befehle zu erteilen, haben aber nur wenige. Aus den sämtlichen Kammern werden siebzehn Personen (Siebzehnmänner), aus der Amsterdamer acht, aus der Seeländischen vier, und von jeden der übrigen einer genommen, und von diesen wird noch einer wechselweise hinzugefügt, der der siebzehnte ist, wann die Zusammenkunft zu Amsterdam ist; ist sie zu Middelburg, so macht Seeland die Anzahl vollstimmig. Diese Siebzehnmänner müssen jährlich zweymahl (dies ist seit dem Jahre 1751. geschehn), oder, wenn es das allgemeine Wohl erfordert, mehrmahl, sechs Jahr nach einander zu Amsterdam, und die zwey darauf folgenden Jahre zu Middelburg zusammen kommen. Bey ihrer Zusammenkunft pflegen sowohl die innerlichen Angelegenheiten in Ordnung gebracht, als auch an die Obrigkeiten und Bedienten in Indien Befehle erteilt zu werden. Damit das letztere verrichtet werden könne, so
 kom

kommen jährlich zehn Direktoren auf drey Monath zu Haag zusammen, und lesen die aus Indien überschickten Briefe durch, und berathschlagen sich über die zu ertheilende Antwort. Die Dekrete der Siebzehnmänner haben eine gesetzliche Gültigkeit, und von ihnen wird an die übrigen Direktoren der sechs Kammern keine Rechenschaft abgefordert.

Den sechs Kammern wurden noch neun Personen, die aus den Hauptprovinzen genommen, und auch von ihnen erwählt werden, beigegeben; diese werden verordnet, daß sie stets das Wohl der übrigen Mitglieder der Gesellschaft zu befördern suchen wollen (beëdigde Hoofd-Participanten). Bey der Amsterdammer befinden sich vier; bey der Seeländischen zwey, bey den übrigen, von denen stets eine der Reihe nach ohne einen solchen Besizer ist, drey. Sie wissen um alle Anschläge, die von den Direktoren gefaßt werden, sind bey den Zusammenkünften der Siebzehnmänner, und zwey von ihnen bey denen, die zu Haag gehalten werden, zugegen, legen jährlich die Rechnungen ab, und ohne ihre Befragung darf nichts wichtiges beschloffen werden. Man sehe das Gesetz der Gener. Staat. vom 13. März 1623.

§. 166.

Die Gewalt des höchsten Direktors (Oppers-Bevindhebber en Gouverneur-Generaal) ist den 4. März im Jahr 1749. dem Durchl. Fürsten von Oranien, Wilhelm, dem vierten, und den 30. März 1766. Wilhelm, dem fünften, von den Siebzehnmännern, mit Einstimmung der neun geschwornen Beysitzer, übertragen worden, und die Generalstaaten haben dieses gebilligt. Es dient diese Gewalt dazu, die Eintracht unter den sechs Kammern, und das Vertrauen

zwischen den Direktoren und Provinzen zu erhalten, in gleichen Thätigkeit und Kraft in Fassung und Ausführung ihrer Anschläge zu erhalten, und zu vermehren. Denn der Prinz soll die Rechte und Gesetze der Gesellschaft beschützen, und dahin sehn, daß sie nicht nach und nach erslöschen. Vorzüglich liegt es ihm ob, in den Zusammenkünften der Direktoren, aus denen die Kammern bestehen, ingleichen der Siebzehn- und Neunmänner zu präsidiren; und, so oft er glaubt, daß es dem gemeinen Besten zuträglich sey, dergleichen zu berufen; die Hauptpunkte der Berathschlagungen vorzulegen; die vornehmsten Olier der Gesellschaft zusammenzufodern, wenn er es für nöthig hält, ihren Rath zu hören; bey Streitigkeiten unter den Mitgliedern und Bedienten der Gesellschaft, ingleichen bey Mißheiligkeiten der Kammern, selbst zu entscheiden. Er hat überdies das Recht, aus drey von den vornehmsten Mitgliedern der Gesellschaft (Hoofd; Participanten) vorgeschlagenen Personen eine, welche er will, zu ernennen, die einen vakanten Platz eines Direktors einnimmt. Die ihm von Geldern, Utrecht, Friesland, Oberyssel, Gröningen und einigen holländischen Städten vorgeschlagene Person approbirt er, und versichert seine Approbation der Kammer, bey welcher sie anzustellen ist, durch ein Schreiben an sie. Er hat das Recht, eine, oder mehrere Personen, aufzustellen, die bey der Regierung der Gesellschaft seine Person vertreten, und welcher, oder welchen, eine gleiche Gage von den Siebzehnmännern bestimmt wird. Die Indischen Obrigkeiten, die die Siebzehnmänner, in so fern sie dem Prinzen anstehn, ernennen, geloben nach dem 10ten Artikel des Diploms, worinn er die Gewalt, die Angelegenheiten der Gesellschaft zu regieren, erhalten hat, ihm sämmtlich auch den Gehorsam beym Antritt ihres Amtes an.

§. 167.

Die Geschäfte, deren Besorgung die Direktoren der Gesellschaft haben, können auf zwey Punkte gebracht werden. Der eine enthält die im Vaterlande einzurichtenden und zu besorgenden Sachen, der andere die Befehle, die an die Personen, welche den Indischen Geschäften vorgelegt sind, abgeschickt werden müssen.

In Holland müssen die Siebzehnmänner anordnen, wie viel Schiffe, und mit was für einer Ladung von Waaren, ingleichen zu welcher Zeit, nach Indien zu schiffen sind. Sobald hierüber ein Befehl aufgesetzt ist, schaffen die besondern Kammern die ihnen auferlegte Anzahl von Schiffen herbei. Die aus Indien zurückkehrenden Schiffe werden nicht stets für die Kammer ausgeladen, die sie ausgerüstet hat. Vom Jahre 1770. bis 1778. sind einmahl 35, und nie unter 24 Schiffe jährlich nach Indien und dem Vorgebürge der guten Hoffnung gesegelt, auch nie über 25 jährlich nach den Niederlanden zurückgekommen.

Die in Indien zu besorgenden Geschäfte betreffen erstlich die Verwaltung des Reichs und öffentliche Haushaltung in den Ländern, die der Gesellschaft gehören, oder ihr Tribut geben müssen. Zweitens, den Handel mit den Asiatischen Königen. Drittens, die ins Vaterland abzusendenden Schiffe und Waaren.

§. 168.

Das den Niederländern gehörige Indien ist in acht Aemter getheilt. Das Haupt der Regierung residirt zu Batavia, und ist der Generalgouverneur (Gouverneur • Generaal). Von seinen Rechten hat der D. Camerling weitläuftig gehandelt. Die übrigen Befehlshaber, Obrigkeiten, Bediente und sammtlichen Einwohner

222 Erster Theil. Drenzehntes Capitel.

wohner müssen von ihm Befehle annehmen. Er behält diese Ehre, so lange er lebt, wenn ihn nicht die Siebzehn männer nach Holland zurück rufen. Er muß eiblich versichern, daß, wenn er auch die Ursach dieser Zurückberufung nicht wissen sollte, er diesem Befehle doch stets sogleich gehorsam seyn wolle. Ein solcher Befehl schadet dem Ansehen eines solchen Generalgouverneurs, wenn er nach dem Vaterlande gefordert wird, an sich nicht, wie im Jahr 1738. bey Gelegenheit einiger an die Generalstaaten gebrachten Klagen die Siebzehnmänner declarirt haben.

Man hat dieser obrigkeitlichen Person, da sie von denen, die der Gesellschaft vorgesetzt sind, über drey tausend Meilen entfernt ist, eine ausgebreitete Gewalt ertheilen müssen. Damit sie nicht unbegränzt sey, und der Gesellschaft und dem Staate nachtheilig werde, hat man ihr noch einen Rath beigegeben (Raad van Indien), der aus sechs ordentlichen, und neun außerordentlichen Rathsgliedern besteht, von welchen die letztern das Recht haben, ihre Stimme zu geben, aber nicht die Macht, mit den andern etwas zu beschliessen, außer in wichtigen Angelegenheiten, oder, wenn sie die Stelle ordentlicher abwesenden Rätthe vertreten. Der Gouverneur von Indien muß diesem Rath alle wichtige Sachen mittheilen, die in Ansehung des bürgerlichen, criminal und Baurechts nöthigen Befehle mit ihm abfassen, und alle neue Einrichtungen anordnen, er kann auch Verbrecher begnadigen; wenn er die Meinung des Collegii, das in Batavia zur Verwaltung der Justiz niedergesetzt ist (Raad van Justitie) eingeholt hat. Er kann in Gemeinschaft mit diesem Rathe mancherley Aemter vergeben, Soldaten werben lassen, die Asiatischen Völker bekriegen; Europäische aber nicht, oder Repressalien wider sie gebrauchen. Aber die Besizungen, das Gebiet und Rechte des Reichs kann er gegen einen jegli-

jeglichen Angriff vertheiligen, Ausländern zugehörige Schiffe, die mit verbotenen Waaren beladen sind, anhalten und ausladen lassen, und zwar vermöge eines besondern Befehls und des Völkerrechts. Im Rathe macht er, nach der Mehrheit der Stimmen, Dekrete; sind die Stimmen getheilt, so giebt die seinige den Ausschlag. Stirbt der Gouverneur, so erwählt der Rath nach der Instruktion vom 22. August 1622, welche den 3. November von den Generalstaaten approbirt ist, aus sich einen an seiner Stelle, bis die Siebzehnmänner wegen seines Nachfolgers etwas beschloßen haben. Gebräucht ein Gouverneur seine Macht auf eine zu nachtheilige Art, so suspendirt ihn eben dieser Rath auf eine Zeit, bringt die Sache an die Siebzehnmänner, und vollstreckt hernach ihre Befehle.

§. 169.

Mit den Asiatischen Völkern handelt die Gesellschaft allein; Privatpersonen, sogar die Vorsteher der Gesellschaft und Obrigkeiten in Indien, sind davon ausgeschlossen. Dieser Handel erstreckt sich sehr weit. Denn außer den Ländern, die sich unter der Herrschaft der Gesellschaft befinden, oder ihr Tribut geben, hat sie hin und wieder Faktoreyen und Makeler.

Mit den Japanesern, von deren Angelegenheiten Kämpfer glaubwürdige Nachrichten ertheilt hat, handelt sie, die Chineser ausgenommen, allein, unter harten Bedingungen. Die Holländer sind bis auf die kleine Insel Desima ben Nangasaki eingeschränkt. Sie hohlen aus diesem Reiche vorzüglich Kupfer und Kampfer. Den Persern wird für die eingeführten Waaren kein Zoll entrichtet, es werden aber die Kaufleute gezwungen Seide für einen theuern Preis, als ihnen ansteht, einzukaufen. Die uneinträgliche Faktorey auf der Insel Kaseck hat man ein

224 Erster Theil. Drenzehntes Capitel.

eingehn lassen. Im Reiche Bengalen hat der oberste Direktor der Gesellschaft in Hougli am Ganges seinen Sitz, und man erhält von da, außer vielen Früchten, Salpeter und Kleider, vorzüglich Opium, das die Einwohner von Asien so sehr lieben.

Die Chineser, nach welchen jährlich aus den Niederlanden vier Schiffe gerades Weges gehn, erhalten für ihre Waaren, die vorzüglich in Thee bestehen, asiatische Waaren, deren sie bedürftig sind, ingleichen Silber und Europäische Silbermünze, die sie hoch halten. Diese Ausfuhr von Silber nach den asiatischen Völkern ist Europa nicht so nachtheilig, als viele glauben.

Im Reiche Sumatra werden die Besitzungen der Gesellschaft durch Forts vertheidigt. Man führt aus denselben vorzüglich Pfeffer, den man gegen dahin gebrachte Kleider austauscht, Wachs, Honig, Edelgesteine, Gold, Zinn und Kampfer aus. Die Besitzungen in Timor liefern einiges Wachs, und dienen vorzüglich zur Hinderung des Schleichhandels mit dem Gewürze. Der Handel mit Siam und Pegu ist liegen geblieben, weil er nicht einträglich ist. Zu Suratte ist seit dem Jahre 1616 der Sitz einer Handlung errichtet worden, und man führt Zucker, Kupfer und dergleichen dahin. Auf der Insel Borneo hat die Gesellschaft die Faktoreyen Banjermaosing und Pontiana. Der König von Bantam trat ihr im Jahr 1778 sein Recht auf die Länder Landat und Sucadana ab, welche Sago, Gold und Diamanten erzeugen. Aus dem Lande Malabar, wo Pfeffer und Cardamome erhalten wird, wird mehr gewonnen, als aus dem Gebiete Malacca, obgleich auch dieses der Gesellschaft nicht zum Nachtheil gereicht. Auf der Küste von Coromandel ist der Handel

bei auch einträglich. Der Director wohnt auf Nagapatnam.

§. 170.

Wie groß die Einkünfte der Gesellschaft sind, läßt sich aus der Größe der Ausgaben abnehmen, die sie machen muß, wenn man sie mit der jährlichen Austheilung des Gewinnstes unter die Mitglieder vergleicht. Zur Bestreitung der Ausgaben in Indien gebraucht man die Zölle und Bensteuern. Der Gouverneur und die Obrigkeit legen sie den Einwohnern auf, und öfters auch etwas härtere auf die Chineser. Juden wohnen daselbst nicht, außer auf den Küsten von Malabar. Hierzu kommt noch der Gewinnst von dem Handel mit den Asiatischen Völkern. Im Jahr 1774 hat die Verpachtung der eigenthümlichen Besitzungen zu Jacatra 411,060 Thaler eingebracht. Die am Vorgebürge der guten Hoffnung liegenden Länder versehen die Seefahrenden mit Proviant, und die Gesellschaft mit Wein und Waizen.

Die Siebzehnmänner taxiren die Ausgaben und den Schaden, der durch verlohren gegangene Schiffe und Waaren entsteht, und berechnen ihn mit dem Gewinnste. Der Gewinnst kommt nicht blos aus den Indischen Einnahmen, die jährlich herüber geschickt werden müssen, sondern auch aus dem Verkauf der Waaren, der hier geschieht, von denen einige zugleich zu einer festgesetzten Zeit verkauft werden, andere nach und nach. Der Gewinnst aus dem Indischen Gelde, das durch Wechselbriefe nach Holland geschickt wird, und von welchem die Gesellschaft bey der Auszahlung $7\frac{1}{2}$ procent erhält, ist nicht so einträglich, als man insgemein dafür hält.

Den Gewinnst von $12\frac{1}{2}$ procent theilen seit einigen Jahren die Siebzehnmänner aus; so viel aber, als den drey-

N

und

und dreyßigsten Theil der unter den Mitgliebern zu theilenden Summe beträgt, gehört dem Durchl. Oberdirector der Gesellschaft. Im Jahr 1684 ist nichts ausgetheilt worden ¹⁾).

Unter denen, die wegen der Vermehrung der Einkünfte der Gesellschaft, und Abwendung und Verminderung der sie betreffenden Unfälle Nachschläge ertheilt haben, zeichnet sich vorzüglich Imhof aus. Die Erinnerungen einiger laufen dahin hinaus, daß man bey Zeiten auf die Beschützung der Indischen Besitzungen acht haben müsse; daß man Ausländer zum Dienste auf den Schiffen, als Schiffsleute, oder Soldaten, anlocken; daß man im Reiche Java und in der Gegend am Vorgebürge der guten Hoffnung mehrere Colonien errichten müsse, die sich auf den Ackerbau legten; daß dorthin Männer geschickt würden, die des Landbaues und der Naturhistorie kundig wären, und sorgfältig untersuchten, was man daselbst anlegen, oder, wie man die dortigen einheimischen Produkte in das Vaterland einführen, und zu einem mannigfaltigen Gebrauch des gemeinen Lebens und der Künste anwenden könne; daß die, die eingeschickt werden, mit hinreichendem Vorrath von Proviant versehen, und auf ihre Gesundheit sorgfältig acht gegeben werden müsse; daß einige Arten von Aufwand eingezogen, andere, vorzüglich der zur Ausrüstung der Fotts erforderliche, vermehrt werde, u. s. w. Die Klugheit derer, welche die Geschäfte der Gesellschaft verwalten, sorgt hierfür, soviel ihr möglich ist. Wer das Ganze übersieht, dem kann nicht unbekannt seyn, daß bey der Verwaltung einer sich so weit erstreckenden, und vom

1) Es sind schon 17 Jahre gewesen, da die Gesellschaft 75 von Hundert ausgetheilt hat. S. d. Zustand der vereinigten Niederlande, d. 13. Cap., S. 560.

vom Vaterlande so sehr entfernten Oekonomie mehreres leichter gefodert und gesagt, als ausgeführt werden könnte.

§. 171.

So viel von der Ostindischen Gesellschaft. Nach ihrem Muster ist im Jahr 1621 die Westindische Gesellschaft errichtet. Sie blühte vorzüglich im Jahre 1628, da sie durch die Tapferkeit des Peter Heine aus der eroberten Silberflotte 14,000,000 Gulden erbeutete. Nachher hat sie durch mancherley widrige Zufälle, insonderheit durch den Verlust von Brasilien, sehr gelitten, und durch nichts von ihrem Untergange gerettet werden können. Als sie im Jahr 1674 von einer Schuld von sechs Millionen Gulden gedrückt ward, ging sie zu Grunde. Im Jahr 1674 den 20 September stifteten die Generalstaaten eine neue, die außer aller Verbindlichkeit gegen das Verfahren und die Schulden der ersten gesetzt seyn sollte. Diese ist geblieben, und ist von den Generalstaaten am 31 December 1761 bis zum 31 Decemb. 1791 durch ein Privilegium bestätigt worden ^{a)}.

§. 172.

Die Verwaltung der Angelegenheiten der Westindischen Compagnie ist unter fünf Kammern vertheilt. Die Amsterdammer hat $\frac{4}{5}$ Theile von denselben, die Seeländische $\frac{1}{5}$, und die Rotterdamsche, Hoornsche und Gröningsche je gleiche $\frac{1}{5}$. So wie die Siebzehnänner die Direktion über die Angelegenheiten der

D 2

Ostind

^{a)} Die Verlängerung der Freybriefe der Compagnien ist eine beträchtliche Einnahme des Staats. Im Jahre 1641 hat die Ostindische Gesellschaft für die Verlängerung auf 25 Jahr 600,000 Gulden, und 1696 für die Verlängerung bis 1740, drey Millionen Gulden erlegt.

228 Erster Theil. Dreyzehntes Capitel.

Ostindischen Gesellschaft haben, so haben sie die Zehn-
männer über die von der Westindischen. Sie, die
von den sämtlichen Direktoren der Gesellschaft erwählt
werden, besorgen das, was die sämtlichen Kammern
zu verrichten haben, oder in ihrer aller Namen zu beschlie-
ßen ist. Es werden zu diesem Rathe von den Amsterdams-
cher Direktoren vier, von den Seeländischen zwey, und
von den übrigen Kammern drey hinzugesetzt, einen fügen
die Generalstaaten noch bey.

Vermöge eines Dekrets der Zehnmänner vom
2. April 1766, das von den Generalstaaten genehmigt
ist, hat der Durchl. Erbstatthalter über diesem Colle-
gio und den fünf Kammern das Präsidium, und überhaupt
eben die Macht, von der ich im 166 §. geredet habe, es
gehören ihm auch von jeglichem Hundert des unter den
Mitgliedern zu vertheilenden Gewinns vier Theile.

§. 173.

Die Verwaltung der Geschäfte beruht auf Befehlen,
die von denen sehr unterschieden sind, welche die Ostindische
Gesellschaft befolgt. Diese verstatet, nach einem Be-
fehle der Generalstaaten, niemanden, er mag ein Mit-
glied der Gesellschaft, oder ein Fremder, seyn, mit den
Indianern zu handeln. Aber die Westindische erlaubt einem
jeden Bürger innerhalb der ihr bestimmten Grenzen anzu-
landen und Handel zu treiben, wenn ein gewisses Geld
entrichtet wird.

Die Schifffahrt nach Africa hat die Gesellschaft, we-
gen des niedrigen Gewinns, den sie abwarf, aufgegeben,
und sie steht seit dem Jahre 1730. jedem Bürger frey.
Den 6ten October 1734. ward das Verbot, innerhalb
eines Raums von sechzig Meilen zwischen dem Vorge-
bürge Apollonia bis zum Fluß de la Volta nicht see-
geln

geln zu dürfen, das die Gesellschaft im Jahre 1730. zum Besten ihrer Schifffahrt ausgewürkt hatte, aufgehoben, und es kann jetzt ein jeder Bürger mit Schiffen, die in den Niederlanden erbauet und ausgerüstet sind, diese Küsten befahren.

Die Freyheit nach der Colonie Essequibo und Demerary zu fahren, maßte sich einmahl die Provinz Seeland an. Die übrigen Provinzen bestanden darauf, daß sie, weil sie in dem der Indischen Gesellschaft durch ein Privilegium eingeräumten Distrikte lägen, und nicht namentlich ausgenommen wären, ihnen allen gehörten. Das von den Generalstaaten zur Benlegung dieses Streits eingeholte Gutachten, nahm der Durchl. Prinz Wilhelm, der fünfte, an, und gestand allen Provinzen die Freyheit, dahin zu fahren, unter gewissen Bedingungen zu. Man sehe seine Befehle vom 6. December 1770. und 15. Jan. 1772.

Die Gesellschaft ertheilt, wie ich schon gesagt habe, die freye Schifffahrt für einen gewissen Preis, nemlich 6 Gulden auf ein jedes Schiffspfund (lastgeld), und 3 Gulden von jedem Hundert des Waarenpreises (weil en recognitie geld), doch nur $2\frac{1}{2}$, wenn ein Schiff nach Essequibo und Demerary geht. Ein Gesetz der Generalstaaten vom 15. Febr. 1730. und 3. December 1761. lehrt die Größe der nach Afrika segelnden Schiffe zu erforschen, und bestimmt einen Preis für die Erlaubniß der Fahrt.

Die Holländer sind mit den Portugiesen über die Grenzen ihres Guinea in dem 12ten Artikel des Waffenstillstandes vom Jahr 1641. überein gekommen. Die Gesellschaft glaubte im Jahr 1726, daß sie in Ansehung ihrer auf denselben sich beziehenden Rechte durch das
Privileg

230 Erster Theil. Drenzehntes Capitel.

Privilegium beeinträchtigt würde, welches Joh. Dous-
saint den 23 December 1723. vom Könige von Por-
tugal erhalten hatte; daß es auch dem Sinn des 4. Arti-
kels vom Frieden des Jahres 1661, ingleichen dem
12. 19. und 20. Artikel des Waffenstillstandes wider-
spräche, daß Portugiesische Schiffe an die Niederländischen
Küsten von Malagetta, oder dem Vorgebürge Palinas,
an, bis an das Land Benin anlandeten. Da aber die
Portugiesen unter gewissen Bedingungen die Freiheit zu
schiffen, vermöge des 20. Artikels des Waffenstillstan-
des, erhielten, so beschützten doch die Holländer das Eigen-
thums- und landesherrliche Recht in diesen schon lange be-
haupteten Gegenden. Der Streit, der mit den Englän-
dern über die Frage, wie weit sich dieses Recht erstreckte?
entstand, konnte durch die im Jahr 1773. nach England
geschickten Gesandten nicht beigelegt werden. Es hängt
von dieser Frage ab, in wie fern der Handel der fremden
Nationen mit den Afrikanischen Völkern gehindert, oder
zugestanden, werden kann, ingleichen, wie weit sich die
Grenzen der Herrschaft und des Eigenthums über die den
Holländischen Gebieten benachbarten Länder der Eingewo-
hnen erstrecken?

§. 174.

Die Oberherrschaft über alle Colonien haben die ver-
einigten Niederlande; die Verwaltung derselben, und das
Eigenthum kommt verschiedenen zu.

Die Generalstaaten haben das Recht, Gesetze zu
ertheilen, sie aufzuheben, auszuliegen, obrigkeitliche Per-
sonen zu setzen (S. das Ges. d. Gen. Staat. vom
6. Aug. 1776.), über Klagen, die zwischen Colonien
und den Obrigkeiten entstehen, zu entscheiden. Die Par-
teyen können an die Generalstaaten appelliren, und um
Recht

Revision der Akten bitten. Die Form dieser Appellation steht im Besetze vom 13. Januar 1778.

Die nach der höchsten Gewalt über die Länder, worin die Colonien sind, zunächst folgende gehört theils der Westindischen Gesellschaft, theils mehreren von ihr unterschiedenen Gesellschaften; zu den letztern gehört die Colonie Suriname und Berbice, die vorzüglich ergiebig an Zucker, Koffee, Cacao und Baumwolle sind, und zwar in so hohem Grade, daß von diesen Waaren aus der ersten Colonie vom Jahr 1726 bis 1770 für 128,344,672 Gulden 16 Stüver soll eingefahren worden seyn. Das Land Suriname ward durch Begünstigung der Provinz Seeland den 6. März 1667. von Creynsen, vermöge des Kriegechts, den Engländern entrißen; es ward von ihnen in eben diesem Jahre wieder erobert; nach dem 3. und 6. Artikel des Friedens von Breda aber, der den 13. Julius dieses Jahrs geschlossen ward, und in welchem festgesetzt wurde, daß ein jeder das behalten, was er an dem 10. May desselben Jahrs besaß, oder, was er nach demselben verloren hätte, wiederbekommen sollte, wiederabgetreten. Mehr als 1200 Engländer gingen nach Jamaica, als dieses Land den Holländern wiedergegeben wurde. Da die Provinz Seeland behauptete, daß nach der Uebergabe dieses Landes dasselbe ihr gehörte, die Holländer es aber für ein gemeinschaftliches betrachteten, so ward der Streit den 6. Januar 1683. so bengelegt, daß Seeland seine Forderungen für 260,000 Gulden fahren ließ, und die Westindische Gesellschaft die Colonie für diesen Preis erhielt. Sie hat aber nachher dafür gehalten, daß es, den Zeitumständen gemäß für sie besser wäre, wenn sie mit der Stadt Amsterdam und der Familie Sommelodyt diese Colonie gemeinschaftlich unter gleichem Antheil besaße. Daher beschloßen die Generalstaaten den 6. October 1686, daß

die

die Verwaltung der Angelegenheiten dieser Colonie, die bisher von den Direktoren der Westindischen Gesellschaft besorgt worden wäre, von eigenen Direktoren, die von diesen ihren Eigenthümern gesetzt wären, abhängen sollte (*Directeurs van de Geoctroyeerde Societeit van Surinaamen*). Der Theil, welcher der Sommeledytschen Familie gehört hat, ist 1770. der Indischen Gesellschaft und Stadt Amsterdam angetragen und abgetreten.

Die Gesetze bestimmen sowohl die Macht der Direktoren, die die Angelegenheiten dieser Colonie besorgen, und zu Amsterdam ihre Zusammenkünfte halten, als auch die Pflichten ihres Gouverneurs, und der übrigen obrigkeitlichen Personen, die von den Colonien erwählt, und vom Gouverneur bestätigt werden, und die Regierung und Jurisdiction haben, hiernächst auch die Rechte der Colonien handhaben. M. f. das Gesetz der Gener. Staat. v. 23. Sept. 1682. ingleichen das Nied. Ges. B. III, 1425. In dem 12. Artikel dieses Gesetzes wird ausdrücklich gesagt, daß nie etwas, nicht einmal für die Regierung, von dem den Colonien eingeräumten Rechte, ihnen entzogen werden sollte. Man sehe noch das Dekret der Generalstaaten vom 8. Jan. 1740.

Die Colonie Berbice liegt nicht weit von der Colonie Suriname. Sie ward im Jahr 1629. von Joh. van Pere und seinen Mitgenossen angelegt, und kam durch verschiedene Zufälle im Jahr 1720. an eine Gesellschaft von Privatpersonen, doch auf die Art, daß 3,200,000 Gulden, die in 1600 Theile getheilt wurden, zusammengebracht wurden. Sieben Direktoren, besorgen ihre Angelegenheiten. Sie werden aus den vornehmsten Mitgliedern, das heißt, solchen, die für sich zehn Theile befragen, oder 20,000 Gulden in Amsterdamschem Bankgelde beigetragen haben, und von ihrer Gesellschaft erwählt sind,

gab, und kommen zu Amsterdam zusammen. Die Rechte der Colonisten lernt man aus dem Decrete der Generalstaaten vom 6. Decemb. 1732. kennen. Man sieht auch daraus, unter was für Bedingungen ein Bürger das Recht, bey dieser Colonie landen zu dürfen, erkaufen könne.

§. 175.

Uebrigens fliessen die Einkünfte der erstern Westindischen Gesellschaft, zu der ich zurückkomme, theils aus den Ländern, die sie besitzt, theils aus dem Gelde, wodurch die Freyheit, sie befahren zu dürfen, erkaufte wird, theils auch aus dem Bestande an Gelde, den Holland, Seeland und Gröningen leistet. Die Ausgaben, die die Gesellschaft zu machen sich gezwungen sieht, kommen dem Ertrage bennähe gleich, oder übersteigen ihn gar, die einzige Insel St. Eustathius kaum ausgenommen; von ihr ward im Jahr 1679. ein Theil mit der Insel Saba, ein andrer im Jahr 1683 für 6140 Gulden gekauft.

Diese Größe der Ausgaben und wenigen Einkünfte haben es gemacht, daß vom Jahre 1730. bis 1748. nach allgemein angestellter Berechnung, die Mitglieder jährlich nicht mehr als $\frac{1}{3}$ von einer Unce ($\frac{1}{3}$ auf hundert) gewonnen haben.

Das vierzehnte Capitel.

Uebergang zum zweyten Theil. Einige Folgerungen, die Mittel des allgemeinen Wohls betreffend.

§. 176.

Ich habe die Quellen des Glücks angezeigt, welche sich die Bürger durch Genie, Kunst, Fleiß und Gehorsamkeit eröffnen,

234 Erster Theil, Vierzehntes Capitel.

öffnen, und woben die Gesetze und öffentlichen Einrichtungen ihnen zur Hülfe kommen. Die Ordnung erfordert es, daß ich die Form und Einrichtung der Regierung, als eine Verbessererin und zum Theil auch Stifterinn dieses Wohls, betrachte.

Um aber nicht von der Gewohnheit der politischen Schriftsteller unsrer Zeit abzuweichen, muß ich einiges von den Kräften der Republik vorausschicken, dessen Wahrheit zum Theil aus dem oben gesetzten erhellen wird.

§. 177.

Die Macht eines freyen Volks, das durch seinen Handel blüht und erhalten wird, wie die Republik Holland, muß nicht nach der Macht, die Grenzen seines Gebiets auszu dehnen, beurtheilt werden. Ein solches Volk darf nicht nach dem fremden streben, sondern muß das erworbene zu erhalten suchen. Zur Erhaltung desselben wird zweyerley erfordert; erstlich, daß es seine Besitzungen und Rechte gegen fremde Nationen sicher stellt, zum andern, daß es die Neigungen der auswärtigen Völker zu der Erhaltung und Vermehrung seiner Vorthelle zu lenken weiß.

Vortreflich ist das Bild, welches Tacitus von den Chaucen, einem Teutschen Volke, nicht weit von den Niederlanden, in dem Buche, von den Sitten der Teutschen, im 35 Cap. der Nachwelt überliefert hat. „Das edelste Volk, sagt er, unter den Teutschen, das seine Größe durch Gerechtigkeit zu erhalten sucht. — Ohne Begierde, nicht aus Ohnmacht ruhig und sich überlassen, fordern sie niemand zum Krieg auf. — Doch haben sie alle die Waffen bey der Hand, und, wenns erfordert wird, Heere — im Frieden haben sie eben diesen Ruhm.“

§. 178.

§. 178.

Zur Vertheidigung des Landes und der Rechte dienen in den Niederlanden, außer dem Wettstreit der angesehenen Provinzen, die Armeen und Flotten, von welchen im dritten Theile mehr gesagt werden wird.

Die Zahl der Soldaten, die der Staat hält, ist zwar, in Ansehung der Macht der Nachbarn und der Menge der Festungen, nicht sehr groß; sie sind aber durch die Sorgfalt des Oberbefehlshabers zu Lande und zur See wohl exercirt. Niemand thut gezwungen Kriegsdienste, und den Soldaten wird alles, was ihnen versprochen ist, heilig gehalten.

Der größte Theil der Armee besteht aus Schwadronen und Regimentern, die in den Niederlanden geworben sind, ein nicht kleiner Theil der Infanterie aus Regimentern, die in Deutschland und in der Schweiz zusammengebracht worden. Vornahls war es leichter, bey einem erforderlichen Falle, in kurzer Zeit aus fremden Gegenden so viel Soldaten, als man damals brauchte, zu erhalten, als es jetzt seyn würde, da die Verfassung von Europa sich geändert hat. In dem Spanischen Successionskriege haben die Niederländer mehr als 100,000 Mann in Diensten gehabt.

§. 179.

Wie viel die Niederländer durch ihre Einsichten in der Schifffahrt und durch ihre Flotten stets vermocht haben, das ist überall bekannt. Die Einrichtungen in dem Seemilitaire werde ich unten berühren.

Dieses ist von dem Englischen, vorzüglich durch die Größe der Schiffe und die Art, wie die Admirale der Kriegsschiffe befohlet werden, unterschieden. Denn sie
erhal

erhalten nicht alle während der Zeit, da sie vom Schiffe abwesend sind, ihren Sold, sondern, wenn das Commando eines Schiffs übertragen ist, der empfängt für die ganze Speisung der Soldaten eine gewisse Summe Geldes, daher zieht er einen größern oder kleinern Vortheil, je theurer, oder wohlfeiler, der Preis der Lebensmittel ist, denn ein jeder, nach der Zahl der Soldaten und nach der Länge der Reise in Holland einzukaufen muß.

Die Seesoldaten werden hier nicht beständig im Dienste behalten. Da der Zufluß der Ausländer abnimmt, die Zahl der Matrosen, die auf die Rauffartigen Schiffe gebracht werden, eben so groß bleibt, zuweilen gar größer wird, und das Gesetz, welches den Kriegsdienst bey Ausländern verbietet, überschritten wird, so entsteht zuweilen eine nicht leicht zu hebende Schwierigkeit, eine große Zahl von Seehuten in kurzer Zeit anzunehmen.

§. 180.

Außer den errichteten Bündnissen kann das Verlangen, der Freundschaft der Holländer einen gewissen Werth zu verschaffen, diesen Nutzen haben, daß die Vortheile des Handels mit den Ausländern nicht verloren gehn. Ein Volk nützt einem andern, dessen es bedürftig ist, oder welches es einer alten Verbindung wegen hochschätzt.

Der Handel mit den Ausländern wird so lange blühen, so lange sie fortfahren werden, keinen ununterbrochenen Frieden zu genießen, oder so lange hier Waaren von allerley Art, die gut sind, für einen billigen Preis, so bald, als man sie verlangt, werden verabsolgt werden können.

§. 181.

Die innerlichen Kräfte eines Volks kann man nicht allezeit aus dem Ueberfluß, oder Mangel, in seiner Schatzkammer

kammer berechnen. Man hat überall einen Schatz nöthig, der zu den jährlichen Ausgaben hinreicht; nicht aber überall einen solchen, in welchen wegen eines künftig zu führenden Kriegs lange Zeit viel Geld hineingeht und aufbewahrt wird. Ein Volk ist oft desto ärmer, je reicher der öffentliche Schatz ist.

In den Niederlanden giebt es eine doppelte Art von öffentlichem Schatze. Der eine ist den sämtlichen Bundesgenossen, der andere den einzelnen Staaten gemein. Zu beidem fließen die öffentlichen Zölle und Steuern der Bürger, von deren Einrichtung und Rechten ich unten reden werde. Hier merke ich an, daß, obgleich die Niederländischen Schatzkammern wegen Größe der Schulden und jährlichen Ausgaben keinen überflüssigen Reichthum besitzen; im Nothfall doch zwei Hülfsmittel vorhanden sind. Es setzen die Bürger nemlich auf die getreue Verwaltung des Staats ein so großes Vertrauen, daß sie bey der Ueberzeugung, der Staat sey einer Verhülfe bedürftig, vors erste, die schwersten Steuern, die, nachdem es die Umstände erfordern, ihnen außerordentlich aufgelegt werden, gern tragen (dies hat man im Jahr 1747 gesehen, da ein jeder einen Fünfzigtheil seines Vermögens abgeben mußte), hiernächst, daß sie die nochwendigen Geldsummen dem Staat unter leichten Zinsen darleihen.

§. 182.

Die Kräfte der einzelnen Provinzen bestehen in der Vereinigung der Kräfte, die die Bürger besitzen, und die sie, wenn sie auf eine weise Art zum gemeinen Besten verwendet werden, aus brennender Liebe zum Vaterlande gern beitragen.

Die Kräfte des ganzen Staats beruhen auf der Festigkeit des Bündnisses der Bundesgenossen. Diese stützt sich aber auf der gegenseitigen Freundschaft der Bürger, aus denen die Provinzen bestehen, mit Benbehaltung der Proportion der Kräfte, die sie unter sich haben. Ingleichen stützt sie sich auf dem einträchtigen Bemühen derer, die das Ruder des Reichs führen, daß durch keine Collision der privat und öffentlichen Vorthelle das Band aufgelöst werde, welches die sieben Pfeile zusammenhält. Was um das Jahr 1672 einige glaubten, daß Holland gegen einen jeglichen Angriff gesichert seyn würde, wenn es sich nur mit den Niederlanden zur Aufführung gemeinschaftlicher Festungen verbände, war nicht einmahl der Zeit, worinn es geschrieben ward, angemessen, geschweige denn, daß es nach dem gegenwärtigen Zustande von Europa für die Fortdauer des öffentlichen Wohls hinreichend seyn sollte.



Zweiter Theil.

Von der Staatsverfassung in den besondern
Provinzen der vereinigten Niederlande.

Das erste Capitel.

Von einigen Einrichtungen, die die sämmtlichen Provinzen
in Ansehung der Regierung mit einander gemein haben.

§. 183.

Es haben selbst bisweilen die Bundesgenossen verschied-
den darüber geurtheilt, und ansehnliche Gelehrte oft dar-
über gestritten, von was für einer Beschaffenheit das
Band sey, wodurch der Staat zusammengehalten werde,
ob es eine gemeinschaftliche Regierung, oder ein
Bündniß sey, das viele Rechte unter gleiche Mit-
glieder ohn eine Regierung vertheile. Die Vor-
stellung ist am richtigsten, das heißt, dem Geiste des Nie-
derländischen Bündnisses am angemessensten, und durch
lange Erfahrung am meisten bestätigt worden, daß die
höchste Regierung in dem Gebiet eines jeden Bundesgenos-
sen sich befinde; daß die Republik Holland aber, oder
der Körper der vereinigten Staaten, das sey, was
die politischen Schriftsteller ein System freyer Staaten,
die des allgemeinen Wohls wegen durch ein ewig dauern-
des Bündniß mit einander, ohn ein gemeinschaftliches Re-
giment, dem sie alle gehorchten, verbunden sind, nennen.
Ich verpahre die Erklärung ihrer Vereinigung und der dar-
aus entstehenden Rechte und Pflichten bis auf den dritten
Theil.

Was

Was für einer Staatsverfassung unter den alten die Holländische sich am meisten näherte, ist zwar eine Frage, die auf das Wohl des gemeinen Lebens keinen Einfluß hat, worüber aber gelehrte und schöne Untersuchungen angestellt worden. Daß sie der Achaïschen nicht ähnlich sey, erhellt aus Justins Geschichte, dem 34. Capitel.

§. 184.

Die einzelnen, durch das Bündniß mit einander vereinigten Provinzen, sind unter sich selbst durch die Einrichtung der Regierungsart verschieden. Dies haben sie aber mit einander gemein, daß sie sowohl eine Aristokratische, als Volksregierung, oder eine vermischte, haben, die durch das gesetzmäßige Ansehn und Macht des Statthalters in Schranken gehalten wird. Die dem Prinz von Oranien, Wilhelm dem dritten, von der Provinz Geldern ihm angetragene höchste Gewalt hat er im Jahr 1675. ausgeschlagen.

§. 185.

Die vornehmen Theilnehmer an der Regierung sind theils Edelkente, die zur Ritterschaft gehören, und in dem Lande, an dessen Regierung sie Theil nehmen, Güter haben, theils Rathherren solcher Städte, die in den Provinzen allein an der Regierung Antheil haben. Die letztern müssen aus den besten Bürgern einer jeden Stadt gesetzmäßig erwählt werden; jene können nicht anders zu dem hierzu fähigen Adel gelangen, als, wenn sie alle die Erfordernisse haben, die die Gesetze der Provinzen verlangen, doch findet nirgends das völlige Erbschaftsrecht statt. Das besondere Recht des Primi Nobilitis in Seeland wird unten an seinem Orte auseinander gesetzt werden.

Die

Die Majestät ruht auf dem ganzen Körper der Obleyber der Regierung; nicht aber auf denen, die aus ihrer Bevollmächtigung in angesetzten Versammlungen zusammenkommen und etwas beschließen.

§. 186.

Alle vereinigte Provinzen haben einerley Rechte, die aus der Kenntniß des Reichs und seiner Natur selbst fließen. Die Regalien aber, die gewöhnlich die niederen heißen, haben nicht alle auf einerley Art. So hat z. B. Südholland und Friesland ein verschiedenes Privatrecht in Ansehung des Fischfangs und der Jagd. Bey Rechten, wie diese sind, scheint die Regel richtig zu seyn, die nach der Meinung der Lehrer des öffentlichen Rechts allen Völkern gemein ist, daß bey einem zweifelhaften Falle, das heißt, wenn es nicht deutlich bewiesen wird, daß dergleichen Rechte der höchsten Macht gehören, die natürliche Freyheit der Bürger sie für sich habe.

§. 187.

Die Vorschriften des allgemeinen Staatsrechts, die Fundamentalgesetze einer jeden Nation und der gemeinschaftliche Nutzen der Bürger, sowohl derer, die regieren, als derer, die regiert werden, bestimmen die Grenzen der Regierung und der Freyheit. Auf diesen Hülfsmitteln stützt sich die öffentliche Freyheit aller Staaten. Da blühet nemlich Freyheit, wo Gewinnst, oder Schaden, der aus einer guten, oder schlechten Regierung fließt, befehlenden und gehorchenden gemein ist.

Es steht keiner privat, oder geistlichen Person, auch keinem Richter, in der Republik frey, sich über die Handlungen der höchsten Obrigkeit ein richterliches Urtheil anzumessen. Denn, obgleich Obrigkeiten die Gewalt erhalten

haben, über Privatangelegenheiten zu entscheiden, so haben sie doch nicht das Recht erhalten, über Handlungen der höchsten Macht zu richten. Sie erkennen blos über ihre privat Handlungen. Was diese anbetrifft, so hat sie sich den Gerichten unterworfen, welche die höhern genannt werden, weil sie das Recht haben, die aus dem Gebiete einer ganzen Provinz angebrachten Klagen zu schlichten. Aus dieser verschiedenen Art der höchsten Macht, zu handeln, ist fast bey allen Völkern der schwere Unterschied unter Sachen, die zur Regierung gehören, und politische heißen, und den gerichtlichen entstanden. Ueber der ersten Art verbieten die Dekrete der Staaten von Holland vom 12. Jun. 1674 und 30. Jan. 1690 den Richtern, zu erkennen. Es fallen nemlich auch in Holland oft Streitigkeiten über die Grenzen beyder Arten von Streitfachen vor, wenn die Magistrate in den Städten etwas verordnen, wovon sie behaupten, daß es mehr ein Gegenstand der Regierung, als der Jurisdiction, sey, und wovon sie daher leugnen, daß es einer Erkenntniß der gemeinschaftlichen Gerichte des Landes, z. B. des Hofes von Holland bedürfe. Die Staaten haben das Recht, einen jeden Streit bezuzulegen (indem sie berechtigt sind, eine jede unter ihnen stehende Macht einzuschränken), oder, es hat der Statthalter diese Macht, wie in Friesland durch ein Gesetz feyerlich bestätigt worden ist. M. s. das Gesetz Wilhelms des vierten, Prinzens von Oranien, das den Friesländern im Jahr 1748 gegeben ist, im 38. Art. und dessen bekanntgemachte Erklärung vom 10. May 1777.

§. 188.

Sowol die vereinigten Staaten, als auch die einzelnen Provinzen, haben oft erklärt, es könne der Staat nicht ohne ein Oberhaupt regiert werden, welches der Reichs-

ver-

verwaltung vorgefetzt sey. Eben dies hat die Holländische Nation erkannt, daß, um das Bündniß der Niederlande vollständig und auf immerwährende Zeiten zu erhalten, um die Anschläge zum Besten des Staats zu befördern, das Feuer in der Haltung über die Gesezze und Verordnungen anzufachen, das gegenseitige Vertrauen der Väter des Landes und des Volks zu erhalten, eine gewisse Person dazu treten, und sowohl zwischen den Vereinigten Staaten selbst, als den Vätern und dem Volke in der Mitte stehn müsse; die im Frieden durch ihr Ansehn Streitigkeiten abwendete, die, welche sich nicht abwenden ließen, stillte und belegte; die Neigungen aller zum gemeinen Besten lenkte; die Gesezze in Achtung erhielt, und durch ihre ansehnliche Geburt und Verbindung außer Landes der Republik zur Ehre und zum Schutze gereichte. Diese Gewalt nun ist den Durchlaucht. Prinzen von Oranien im Jahr 1747 erblich übertragen worden, theils von den sämtlichen vereinigten Bundesgenossen, unter dem Namen des Obersten Befehlshabers zu Lande und Wasser und Statthalters der den sämtlichen vereinigten Bundesgenossen gehörenden Länder; theils von den einzelnen Bundesgenossen und von dem Lande Drente, unter dem Namen des Erbstatthalters (Erf. Stadhouder en Kapitaen Generael).

§. 189.

Das alte und ansehnliche Haus der Grafen von Nassau, welches vor kurzen Cremer beschrieben hat, gab im 13. Jahrhundert dem Teutschen Reiche den König Adolph. Die aus demselben entstandnen Fürsten von Oranien sind mit ansehnlichen Fürstlichen und Königlischen Häusern in Europa durch das Blut verbunden. Sie haben im Jahr 1654 eine Stelle unter den Teutschen Fürsten, und zwey Stimmen auf dem Reichstage erhalten. In

den Niederlanden besizzen sie ansehnliche Güter, die ihnen schon vor dem Anfang der Republik gehörten, einige sind nach der Zeit hinzugekommen, von welchen sie einige mit völligem Eigenthumsrechte, als die Insel Ameland, andere mit dem Rechte der Landeshoheit, wiewohl nicht der höchsten, haben.

Wilhelm der erste, der Stifter des **Nassauischen Hauses**, welches jetzt der Verwaltung der Republik vorsteht, erlangte durch ein Testament des im Jahr 1544 verstorbenen **Renatus von Nassau** das Fürstenthum **Oranien**. In dem Spanischen Successionskriege eroberten es die Franzosen. Was für Bedingungen sie wegen der Begbehaltung desselben mit dem König von Preussen errichteten, erhellt aus dem zu **Utrecht** zwischen beyden Königen geschlossenen Frieden, dem 10 Artik.

Es gehört nicht hieher, weltläufig zu erzählen, wie, und unter was für Unruhen und Gefahren, eben dieser **Wilhelm der erste** seine, und der Niederländer, Rechte, die auf eine gewaltsame Art ununterbrochen verletzt waren, von dem bevorstehenden Untergange errettet, und nicht sowohl den König von Spanien, als vielmehr den Herzog von Burgund, der ebenfalls, wie er, ein Mitglied des Deutschen Reichs war, nach der alten Art der unter sich streitenden Deutschen Fürsten, gelehrt habe, daß über die Niederlande Fürsten, die durch geleistete Verträge gebunden wurden, nicht unabhängige Herren regierten. Nach der Macht, die die Staaten ihm übertragen hatten, und der Neigung des Volks, das ihn als einen Vater verehrte, gründete er die Republik. Den gegründeten Staat behauptete sein Sohn **Moriz** mit den Waffen, deren Gebrauch er nicht gelernt; sondern erfunden hat, da er der erste Meister in der Kriegskunst war. Nach ihm setzte **Friedrich Heinrich**, ein Bruder des Prinzen **Moriz**,
an

an Glück nicht geringer, als er, und seiner sanften Weisheit wegen überall geliebet, den nun behaupteten Staat in eine bessere Verfassung. Als er im Münsterischen Frieden zur Ruhe gelangte, verwaltete ihn Wilhelm der zweyte eine kurze Zeit lang; Wilhelm der dritte und Wilhelm der vierte stellten ihn nach einigen Unruhen und Erschütterungen wieder her. Dem letztern widerfuhr es im Jahr 1747, daß, welches vor ihm niemanden widerfahren war, ihm nicht nur von den sämtlichen Bundesgenossen, sondern auch von den einzelnen Provinzen, das Ruder der Republik unter der Bedingung übertragen ward, daß er dasselbe, nicht allein auf seine männlichen Nachkommen, sondern auch unter gewissen Bedingungen auf die weiblichen, fortpflanzen sollte.

Durch dieses Recht ist der Prinz Wilhelm, der fünfte, dem jeder redlich gesinnte aus treuem Herzen ein langes Leben und Glück wünscht, der erste Erbstatthalter. Seine königliche Frau Mutter übernahm zuerst seine Vormundschaft und das Fürstenthum. Nach ihrem Tode ward die Sorge für die Rechte des Fürstenthums, oder die Regierung, von andern verwaltet, wie darüber von den Generalstaaten sowohl, als von den Staaten der einzelnen Provinzen beschloßen worden war, bis der Prinz den 8 März im Jahr 1766 das gesetzmäßige Alter von 18 Jahren erreicht hatte, und unter den besten Erwartungen die Verwaltung der Republik übernahm.

§. 190.

Außer den Rechten, die dem Prinzen in Ansehung einer gewissen Handlung außerordentlich ertheilt worden, giebt es zwei Arten des Rechts, die dem Fürstenthum beygefügt sind. Die eine betrifft die Verwaltung der An-

246 Zweunter Theil. Erstes Capitel.

Angelegenheiten der ganzen Republik, die andre aber solche, welche sich auf einzelne Provinzen beziehen. Jene beruhen theils auf dem Commando über die Armee und Flotte, theils auf der Regierung der Länder, die den vereinigten Staaten gehören. Unter eben diese Rechte gehören die, welche Privatgesellschaften, die von den Generalstaaten approbirt und öffentlich bestätigt sind, dergleichen die Gesellschaften beyder Indien sind, dem Prinzen übergeben haben.

Vor dem Anfange der Republik setzten die Fürsten aus dem Hause Oesterreich, ingleichen die Könige von Spanien, wegen ihrer öftern Abwesenheit von den Niederlanden, Generalstatthalter über die sämmtlichen Niederlande, und besondere über einzelne Provinzen, und verliehen ihnen, außer der Jurisdiction, eine so große Macht, als ihnen gefiel, und sie ihnen übertragen konnten, ohne die Rechte der Völker, die sie beherrschten, über den Haufen zu werfen. Die besondern Statthalter, die statt des Herzogs, oder Königs, in einzelnen Provinzen regierten, konnten in einigen auf den allgemeinen Befehl des Fürsten, dessen Stelle sie vertraten, in andern, auf einen Specialbefehl, vor sich, ohne die Staaten, etwas vornehmen, in andern auf keinen von beyden, wenn die Staaten nicht einwilligten.

Als Wilhelm, der erste, damit umging, die Freyheit zu vertheidigen, und darauf die Republik zu gründen, und den Posten eines Statthalters in Holland und Seeland bekleidete, so fuhr er fort, eben die Rechte in Ausübung zu bringen, die die königlichen Statthalter stets gehabt hatten; allein es wurden ihm im Jahre 1575 von den Staaten weit ansehnlichere übertragen.

Nach

Nach der Gründung des Freystaats sind die Rechte des Statthalters in den Provinzen durch Gesetze und das Herkommen bestimmt, und stützen sich daher auf besondere Verträge. Man sieht hieraus, woher es kommt, daß sie sowol, als die übrigen Theile des Staatsrechts, das eine jede Provinz hat, überall sich so ungleich sind. Zu der Auseinandersetzung dieses Unterschiedes des öffentlichen Rechts gehe ich nun über.

Das zwente Capitel.

Von der Provinz Geldern.

Erster Abschnitt.

Von dem Ursprung und der Regierungsform von Geldern.

§. 191.

Der Anfang der Reiche und Staaten ist gewöhnlich, wie der Ursprung der Flüsse, klein. Geldern, welches ehemals in kleinen Grenzen eingeschlossen war, ist allmählig so angewachsen, daß seine drey Quartiere, das Nimnegische, Zutphensche, und Arnheimische, oder die Veluwe, die mit in dem Niederländischen Bündniß begriffen sind, in die Länge ohngefehr 23, und in die Breite 18 Stunden betragen. Von der Tetrarchie Ruremonde gehört ein kleiner Theil der Republik.

Der Name des Landes scheint von der Schanze Gelre herzustammen. Die ersten Besitzer desselben, welches Dynasten waren (deren Stand die Stammschule aller Würden und aller Macht von Bedeutung im Teutschen

schen Reiche gewesen ist), hatten den Namen und das Recht der Bbgté. Otto von Nassau, den der Kaiser Heinrich, der vierte, zum ersten Grafen von Geldern machte, hatte die einzige Tochter Wichard des dritten, Statthalters von Geldern, zur Ehe. Die Zeit seiner Erhebung ist ungewis, ob sie gleich gewöhnlich ins Jahr 1079. gesetzt wird. Dieser Graf hatte das Glück, durch seine Verheurathung mit der Sophia von Zutphen die Grafschaft Zutphen, welche vorher ein Theil des Quartlers Ameland gewesen war, zu erlangen. Seit dieser Zeit hat das Land Geldern und Zutphen einerley Regierung gehabt, ist aber nicht in einen Körper gebracht worden.

Die Grafen waren durch das bürgerliche Band und als Vasallen den Kaisern und Teutschem Reiche verpflichtet, auch der Veluwe wegen eine Zeitlang von den Bischöfen von Utrecht abhängig. Man sehe Schlichtenhorst beim Jahr 1193. Diehmarm von der Grafschaft Teisterbant §. 8. Daß sie die Grafschaft Zutphen von den Bischöfen als ein Lehn getragen hätten, scheint durch das Dokument vom Jahr 1021. bey Hedam in dem Leben des Bischofs Adelbold nicht außer Zweifel gesetzt zu werden.

Der Graf Rainald der zweyte, der aus eben diesem Hause Nassau abstammte, ward im Jahre 1339. von dem Kaiser Ludwig von Bayern unter die Fürsten und Herzoge des Teutschen Reichs erhoben, und erhielt einen großen Zuwachs an Ehre und Rechten auf den Teutschen Reichstagen; aber keinen an der Macht, die sonst mit der Herzoglichen Würde verbunden war. Der Kaiser legte seiner neuen Würde einen andern Vorzug bey, der aber noch ungewöhnlich war, und mit diesen Worten: Wenn wir, oder unsre Nachfolger,

folger, eine feyerliche Unterredung anstellen, oder einmahl neue Fürsten gemacht, oder ähnliche feyerliche öffentliche Verrichtungen werden vorgenommen werden, so soll der Herzog von Geldern den Kayser ankleiden; ingleichen, wenn unsre Nachfolger als Römische Könige zu Aachen, Meyland und Rom gekrönt werden, so soll er, oder seine Nachfolger, gedachten Königen die Krone aufsetzen, abnehmen und tragen. Es fügte der Kayser noch vier Erbhofämter, der Gewohnheit nach, hinzu, den Jacob von Nyle, als Erbtuchses, Everh. von Wylp, als Erbmarschall, Theodor. von Linden, als Erbschent, und Wilhelm von Bruckhuisen, als Erbkämmerer. Ingleichen, spricht er, gebe ich ihm das Recht, Goldmünzen, nach dem Münzfuß des Erzbischofthums Cöln, Herzogthums Brabant und der Graffschaften Hennegau und Holland zu schlagen. Von der Erlaubniß Geld zu schlagen, die dieser Kayser vor dieser Zeit ertheilte, sehe man den Pontan bey dem Jahr 1282. S. 185.

J. 192.

Die Brüder Rainald der dritte und Eduard der erste, aus dem Hause Nassau, haben zuletzt über Geldern regiert. Den Haß gegen sie, und den verderblichen Krieg zündeten zweyerley Vorgänge an. Im Jahr 1371. heuerathete ihre jüngste Schwester, Maria, da sie ohne Nachkommen gestorben waren, den Herzog von Jülich, Wilhelm, dessen Sohne Wilhelm, dem ersten, der Kayser Carl der vierte Geldern, als ein lehn, das dem Reiche gehörte, im Jahr 1372. ertheilte, und seinem Vater, weil er noch jung war, die Vormundschaft übergab, bis er im Jahr 1379. den jungen Herzog feyerlich einsetzen konnte. Eben dieser Wilhelm,
und

und sein Bruder Reinald der vierte, starben, ohne Nachkommen zu hinterlassen, jener im Jahr 1402, dieser im Jahr 1423. Daraus entstand ein großer Streit zwischen Adolphsen, und, nach seinem Tode, Gerhardten von Berg, und Arnold von Egmond. Der letzte stützte sich auf das Recht der Blutsverwandschaft, weil die Schwester des Herzog Wilhelm und Rainald seine Großmutter gewesen sey; den erstern begünstigte Sigismund, der, seiner Gewohnheit nach, in seinen Meinungen veränderlich war, auch der Kaiser Friedrich der Dritte. Sie erkannten im Anfange beyde das Recht des Arnolds; behaupteten aber nachher, da ihre Meinungen sich änderten, daß das Lehn nach dem Tode des Rainald im Jahr 1423. von der Art wäre, daß der Kaiser damit verfahren könnte, wie er wollte. Arnold ward in die Acht erklärt, weil er wider des Kaisers Verbot sich den Besitz zueignen hätte. Indessen schadete diese Achtserklärung, da sie, weil ihr der Nachdruck fehlte, ohne Wirkung blieb, ihm nicht sowohl, als die schändliche That seines Sohnes Adolph, der seinen Vater, weil er 44 Jahr regiert hatte, und ihm zu lange lebte, ins Gefängniß warf. Arnold, der sich endlich in Freyheit setzte, aber von seinen Bürgern nicht angenommen ward, verpfändete Selbern im Jahr 1472. seinen Verwandten, den Herzog Carl von Burgund, durch dessen Hülfe er frey geworden war, und starb im Jahr 1473, nachdem er ihn zu seinem Erben eingesetzt, und seinen Sohn Adolph enterbt hatte. Carl, dessen Verstand und Tapferkeit schnell handelte, nahm sogleich Selbern ein. Die Stadt Nimwegen, welche die Parthey des jungen Carls, eines Sohns vom treulosen Adolph, der sechs Jahre alt war, ergriffen hatte, gewann er mit vieler Mühe. Durch 80,300 Goldgülden brachte er es dahin, daß sich der Herzog von Jülich, Gerhard, im Jahr 1473. seines Rechts begab.

beg. 6. Vom Kayser Friedrich dem dritten, der eine Verheurathung seines Sohns Maximilian mit der Maria von Burgund suchte, erhielt er es leicht, daß ihm das Lehn von Geldern auf dem Convent zu Trier in eben diesem Jahre mit den alten Cerimonien persönlich übergeben ward. Der Enkel des Arnold aber, Carl, welcher behauptete, daß das Vornehmen seines Großvaters seine Rechte nicht beeinträchtigen könne, nahm zwar im Jahr 1492. Geldern wieder ein, verwickelte sich aber und das Land in fast unaufhörliche Kriege. Carl der fünfte konnte ihn auch nicht durch Kriege ermüden, sondern er erhielt von ihm im Jahr 1536. gütliche Friedensbedingungen, nemlich den beständigen Besiz von Geldern, für sich und seine Kinder, wenn er welche hätte. Nach seinem Tode, im Jahr 1538, nahm Carl der fünfte, vermöge des Rechts, das der Kayser Carl dem Rühnen ertheilt hatte, und dem mit Carl von Egmond errichteten Vertrage gemäß, Geldern hin. Denn Wilhelm, der Herzog von Jülich und Cleve, trat, vom König von Frankreich Franz dem ersten aufgemuntert, aber wenig unterstützt, im Jahr 1543. zu Venlo seine Anforderungen an Carl den fünften ab. Diese Verzichtleistung ward auf dem Reichstag zu Speier im Jahr 1544. bestätigt.

Eben die Klagen, die die andern Niederländischen Staaten wider den König Philipp den zweyten die Waffen zur Vertheidigung ihrer beleidigten Rechte zu ergreifen nöthigten, zwangen auch die Einwohner von Geldern hierzu, hiernächst zur Unterschreibung des Niederländischen Bündnisses, und, da sie an der Wiedererhaltung ihrer Rechte und gewissen Besizung derselben verzweifeltens, zum Umsturz der Königlichen Gewalt.

§. 193.

Die Macht der alten Fürsten von Geldern war nemlich nie unbestimmt, sondern, wie bey den übrigen Teutschen Ständen, an Gesezze gebunden. Die Kayser konnten den Grafen keine uneingeschränkte Macht, als die sie selbst nicht besaßen, ertheilen. Sie wurden durch Gesezze eingeschränkt, und setzten über keine Rechte, nicht einmal über die Rechte einer Privatperson, nach ihrem Gutdünken, sondern, nachdem vor dem Tribunal erkannt wurde, etwas fest. M. s. *Mieris Samml. d. Urkund.* I, 181. Pontan S. 114. Auch hatten die Grafen von Geldern die Kräfte nicht, die Bürger, die sie beherrschten, das ist, freye Menschen zu Sklaven zu machen. Sie selbst gestanden ohne Verstellung vor ihren Bürgern, was sie vor sich, ohne Zulassung des Kayser, nicht thun könnten, z. B. einem Flecken das Stadtrecht zu ertheilen. Man sehe das Document des Grafen Rainald vom Jahr 1316. in dem Geldr. Ges. B. II Anhang S. 67. Ferner das Diplom bey Schlichtenhorst Gesch. v. Teut. beyrn angef. Jahr, und Pontan beyrn Jahre 1341. Als die concurrirende Jurisdiction der Kayser aufhörte, verließ der Kayser Heinrich den Einwohnern von Geldern im Jahr 1310. das sogenannte *jus de non evocando*. Doch blieb die höchste Kayserliche Jurisdiction ungefränkt. Von den Kaysern erhielten die Stände des Teutschen Reichs, folglich auch die Grafen von Geldern, Wälder, Rechte an große Flüsse und andre Stücke des Staatseigenthums. M. s. das Diplom von Friedrich dem ersten im Jahr 1181. beyrn Pontan. Was die Landesherrlichen Rechte der Grafen, z. B. die Herrschaft über Inseln, die von den Flüssen gemacht wurden; das Recht der Bürger, sich der Achtserklärung wider ihren Fürsten zu bedienen, anbetrifft, so machte hierinn der König Adolph im Jahr 1293. in einer darüber angestellten Erklärung

Kenntniß, wozu die Großen des Reichs genommen wurden, einige bestimmte Anordnungen. S. *Mieris* I, 550. Vermöge eben dieses Rechts verbot der Kayser Friedrich der zweyte, die auf eine unrechtmäßige, oder nicht auf ordentliche Art, erhaltenen Zollabgaben einzutreten. M. s. das Diplom vom Jahre 1223. bey *Zedam*. Von dem Rechte Geld zu schlagen, ist im 191 S. gehandelt worden.

Zwischen den Fürsten und dem Volke gab es gewisse **Mittelspersonen** von den vornehmsten Familien des Landes (unter Carl dem fünften hießen sie **gemeene Ridderschap en freeiden**), nemlich Edelleute, welche Güter besaßen, und Rathsherrn aus den ansehnlichen Städten, die sich vorzüglich beßßen, ihre und die gemeinschaftlichen Rechte der Bürger aufrecht zu erhalten. Als die Kaiserliche Macht in Teutschland abzunehmen anfang, besonders in den nördlichern Theilen, und die Kräfte dererjenigen, die über sie herrschten, nach und nach stärker wurden, so bemühten sich diese Großen, es dahin zu bringen, daß durch diese Kräfte, durch diesen großen Wechsel der öffentlichen Macht, die alten bürgerlichen Rechte, nemlich Freyheit, Eigenthum und besondere Vorrechte nicht geschwächt werden mögten. Sie traten daher auch in Geldern zusammen, und sorgten durch Verträge, die sie unter einander errichteten, für ihre Sicherheit. M. s. die Verträge von dem Jahre 1418. 1436. 1441. 1471. 1491. in dem *Geldr. Ges. B. 2. Theil 1. Anh. S. 175. u. f. f. S. 182. u. f. f.* Hiervon kam es, daß fast die ganze Regierung eine Zeitlang von den Unterthanen abhing. Von den Rechten der Stände sehe man ebendasselbst den 9. Theil, 10. 13. und *Anhang, S. 181. 192. Pontan, S. 363.*

So mächtig auch Carl der fünfte nach der Bestiegung des Herzogs von Jülich und Cleve war, so nahm

nahm er sich doch nicht so viel heraus, daß er nach eigener Willkühr über Geldern hätte herrschen wollen. Er gestand, daß er unter der Bedingung das Regiment erlangt hätte, daß er die Gesezze und Rechte der Bürger und Stände erhalten wolle. Eben dies erhärtete er eiblich, Phil. 2. 1549. 1555. 1556, und sandte allen Großen in den einzelnen Quartieren das Manifest zu, worinn er sich hietzu verpflichtete. S. d. Geldr. Ges. B. I, 65. u. f. f.

§. 194.

Als die Einwohner der Provinz Geldern, des Unrechts, das ihnen widerfuhr, überdrüssig, die Waffen wider den König Philipp ergriffen, so übernahmen die Großen auf eine Zeit die Verwaltung des Reichs. Nachdem die Königliche Regierung aufgehört hatte, so gingen die, die bisher die vornehmsten unter den Bürgern gewesen waren, an, die Person des höchsten Regenten zu vertreten, und stellen sie jetzt unter dem Namen der Staaten (Edele Mogende Herren Staaten) mit einem ihnen stets anklebenden Rechte vor. S. Geldr. Ges. B. I, 112. Vor dieser Zeit ward Geldern in drey Quartiere eingetheilt, von welchen ein jedes seine besondern Rechte hatte. Nach der Entstehung der Republik ward eben diese Eintheilung in Quartiere beybehalten, und ihnen blieben die Rechte, die sie vorher gehabt hatten. Sie stellen einzeln besondere Körper vor, und machen zusammen genommen auch einen ganzen aus. Denn in Sachen, die die Abgaben betreffen, sind die Staaten in den Quartieren von andern unabhängig, und ordnen das, was in die Staatsökonomie einschlägt, mit gleichen Rechten vor sich an. Wenn aber wegen neuer Gesezze, wegen Gefahren, die ganz Geldern bedrohen, wegen gewisser Vortheile, Rechte des Landes, etwas auszumachen ist, oder in Ansehung der übrigen Bundesgenossen, oder auswärtiger Völ-

for

ter ein Entschluß gefaßt werden soll, so berathschlagen sie sich gemeinschaftlich, und haben das Ansehn und die Kräfte eines einzigen Körpers. Ich will zuerst diese drey Quartiere einzeln betrachten, weil sich hernach von dem Ganzen leichter wird reden lassen, nachdem die einzelnen Theile betrachtet sind.

§. 195.

In den einzelnen Quartieren befindet sich die Regierung bey der Ritterschaft (Gerichtsfähigem Adel), und einigen Städten.

Die Bedingungen in Ansehung der Beschaffenheit derer, die in dem Collegio des Adels eine Stelle zu erlangen suchen, sind in den sämmtlichen Quartieren von Geldern theils von einerley Beschaffenheit, theils unterschieden. Nirgends läßt man jemand zu, außer, wenn sein Adel unbezweifelt ist; wenn er sich zur reformirten Religion bekennet; das gesetzmäßige Alter von 22 Jahren hat; in dem Quartiere, worin er in den regierenden Adel aufgenommen werden will, einige Güter hat, und bey der Bewerbung um die Stelle eine gewisse Form beobachtet hat. Fremde werden nicht aufgenommen, wenn sie nicht die Versicherung von sich gestellt haben, daß in dem Lande ihrer Geburt der Geldrische Adel von der Erhaltung der Rechte der dortigen Staaten nicht ausgeschlossen werden werde. Auch die sind ausgenommen, welche Kriegsdienste thun, und die bey Ausländern sich zu gewissen Pflichten eidlich anheischig gemacht haben, bis auf den einzigen Befehlensend nach. Einige alte Verordnungen, z. B. die, daß der Adel auf dem Lande wohnen müsse, sind abgeschafft.

Der Unterschied der Rechte läuft vorzüglich hierauf hinaus. In dem Quartier Nimmegen wird besonders gefodert, daß der, der zur Ritterschaft treten will, aus Urkunden darthun kann, daß seine Vorfahren schon zu derselben gehört haben, und in den Versammlungen des Quartiers Nimmegen schon als Ritter erschienen sind; daß er in demselben auch eigene Güter besitze, deren Werth 10,000 Gulden beträgt, und die von Schulden frey sind. Die, welche angenommen werden, verlieren ihr Recht, wenn sie sich außer den Grenzen dieses Quartiers über Jahr und Tag häufiglich aufhalten, sie erlangen es auch nicht wieder, außer, wenn sie ihren Wohnplatz dahin zurückverlegen. Fremde müssen sechs Jahr ununterbrochen hier gewohnt haben, wenn sie einen Zutritt zur Ritterschaft bekommen wollen.

In dem Quartier Zütphen muß der, der dieses Ansehen hat, nicht allein seinen väterlichen und mütterlichen Adel und zwar auf vier Glieder aufweisen können, sondern auch ein eigenes adeliches Gut besitzen, das jährlich 400 Gulden einträgt, über welche er völlig Herr ist. Es ist gar nicht wahrscheinlich, daß man ehemahls einen jeden ohne dieses Eigenthum aufgenommen habe. Dieser Zütphensche Gebrauch scheint mit den alten Gewohnheiten, die noch in vielen Theilen von Teutschland gebräuchlich sind, übereinzustimmen. Vor dem Entstehn der Republik waren in der Graffschaft Zütphen vier Bannerherren, Bronthorst, 's Heerenberg, Baar und Wisch, die vorzügliche Rechte, insonderheit in den Versammlungen der Nation hatten, von welchen die Edelleute, die innerhalb ihres Gebiets wohnten, ausgeschlossen zu werden pflegten. Diese Rechte sind seit dem Jahre 1629 überall verschwunden.

In

In der Veluwe muß die Abstammung aus einer adelichen Familie, die einen gleichen Namen und gleiches Siegel in gerader oder Seitenlinie führt, und in diesem Quartiere zur Ritterschaft gehört hat, dargethan werden. Außerdem muß ein solcher ein von Schulden freyes, in den Grenzen des Quartiers liegendes Gut besitzen, das 18,000 Gulden werth ist, welches zwey endlich verpflichtete Taxatoren vor dem Richter der Gegend, worinn das Gut liegt, während des 1. Aprills und Septembers, um in Ansehung der Landfruchte desto richtiger theilen zu können, bezeugen müssen. Der Richter und zwey Besitzzer dieses Gerichts (Amptsjunker, Ampts Jonckere) bestätigen es, daß diese Taxation aufrichtig vorgenommen sey; der aber, welcher in die Ritterschaft aufgenommen werden will, schwört mit dem, der es besessen, oder verkauft hat, daß die Abtretung ohne einen betrüglischen Vorbehalt wahrhaftig, und nicht verstellter Weise geschehn sey. Wer sich noch auf der Schule und Akademie befindet, kann nicht zur Ritterschaft gelangen.

Fremde, die sich in der Veluwe mit adelichen Frauenzimmern verheurathen, müssen daselbst sechs volle Monath gewohnt haben, ehe sie in die Ritterschaft eintreten können. Sie müssen auch beweisen, daß sie aus einer adelichen Familie abstammen; daß sie vor dem Jahr 1500 in einem Lande, worinn der Adel an der Regierung Theil nimmt (daar de Ridderchap een stand in de regering maakt), der Ritterschaft einverleibt gewesen sey. Von diesem auswärtigen Landstande muß auch eine schriftliche Versicherung gebracht werden, daß die Edelleute aus der Veluwe, ein gleiches Recht, wenn sie es begehren, unter ihnen genießen sollen. Ob diejenigen, die in der Ritterschaft eine Stelle haben wollen, alle dazu erforderlichen Eigenschaften besitzen, wird dadurch entschieden,

R

wenn

wenn sich zwey Drittheile von der Ritterschaft für sie erklären.

Ueberhaupt genommen hat der Adel in Sachen, die zur bürgerlichen und criminal Jurisdiction, ingleichen zu den öffentlichen Steuern gehören, einerley Rechte mit andern Privatpersonen. Was aber die Verwaltung der Staatsangelegenheiten und Erhaltung der mannichfaltigen Ehrenstellen und Gesandtschaftsaufträge anbetrifft, so hat er darin vor den übrigen Bürgern des Privatstandes in Geldern einen großen Vorzug.

§. 197.

Dreyzehn Städte haben an der Landesregierung Antheil. In dem Quartier Nimmegen sind es, Nimmegen, Thiel und Bommel; in der Grafschaft Zutphen, Zutphen, Doesburg, Deutkem, Lochem und Grol; in der Veluwe, Arnheim, Hardevoyt, Wageningen, Hattem und Elburg.

Eine jede Stadt hat ihren Rath, der in ihrem Namen die öffentlichen Angelegenheiten besorgt, sie mögen den ganzen Staat, oder ganz Geldern, oder das Quartier, zu welchem die Stadt gehört, oder die innerliche Verfassung einer solchen Stadt selbst betreffen. Dieser Rath übt zugleich in der Stadt, oder außer derselben in ihren Gränzen, die Jurisdiction aus. Ueberall sind zwey Bürgermeister, deren Amt ein Jahr dauert. Die Zahl der Richter (Scabinen) und der an einigen Orten von ihnen unterschiedenen Rathsherrn ist nicht überall gleich groß. Nach Verlauf von einem oder drey Jahren verlängert der Statthalter ihre Regierung, oder setzt an ihrer Stelle andre ein, die er dazu tüchtig hält. Vor der bestimmten Zeit werden sie nicht abgesetzt, wenn sie nicht von einem Richter dazu verurtheilt sind.

In

In den Städten lebt es noch ein Collegium, das aus einigen auserlesenen und vereideten Bürgern (Gemeens-Luiden) besteht, deren Amt es ist, auf eine von den Gesezen und dem Herkommen eines jeden Orts bestimmte Art dahin zu sehen, daß den Rechten der Bürger kein Abbruch geschieht. So pflegen einige Deputirte von diesem Collegio bey der Abnahme der Rechnungen der Stadt gegenwärtig zu seyn. Sie behalten ihr Amt, so lange sie leben. Der Statthalter setzt diejenigen, die er für geschickt dazu hält, ohne vorhergegangene Empfehlung in ihren Posten ein. Alles dies wird in dem von Wilhelm, dem vierten, den 14 October 1750 herausgegebenen Gesetze vollständiger dargestellt.

§. 198.

Hauptstädte (Hooftsteden) werden die genannt, die gewisse besondere Rechte bey der Verwaltung der Republik vor den andern an der Regierung theilnehmenden Städten seit alten Zeiten voraus haben. Es giebt derselben drey, Nimmegen, Zutphen und Arnheim. Nimmegen, welches, wie Thiel, vormals eine teutsche Reichsstadt war, hatte Rechte, die den Rechten der Stadt Aachen nahe kamen. Als Reichsstadt hatte sie ehemals das Recht eines Zollhauses. Dieses gab der Kayser Heinrich der dritte, ohne Einwilligung der Stände des Reichs, nebst den daran haftenden Rechten dem Grafen von Clewe, Theodorich, doch unter der Bedingung, daß er (um mich der Worte der Bezeichnung zu bedienen) jährlich, am Andreasfeste, dem Kayser drey Stük von guten rothen englischen Laten, jedes von 50 Ellen, lieferte. Der Kayser Friedrich der erste, brachte im Jahr 1172, wegen der bey der Veräußerung der zu Teutschland gehörigen Güter vernachlässigten einge-

führten Form, und der von dem Graf von Clewe verlegten Bedingung, zu welchen der Kayser Heinrich die letztem *commissoriam* hinzugefügt hatte, nachdem diese Sache an eine Versammlung der Stände des teutschen Reichs gebracht war, dahin, daß dieses Haus mit den daran klebenden Rechten dem Grafen genommen, und dem Graf von Geldern Otto, dem zweyten, als ein Lehn, erteilt wurde. Er trennte aber von den Rechten dieses Hauses die Zolleinkünfte, indem er nicht mehr als 300 Mark Cölnscher Denare diesem Grafen davon jährlich bestimmte. Die Stadt selbst überließ der Röm. König Wilhelm dem Graf Otto im Jahr 1248. als ein Pfand, für 16,000 Mark reinen Silbers, der Gewohnheit der damaligen Zeiten gemäß. Wie viel Freyheit sie nach dieser Zeit, ihrer Meynung nach, übrig gehabt hat, kann man aus dem Schreiben an Reinald den ersten im Jahr 1317. sehn, das beyrn Pontan S. 188. steht. Ihre Freyheiten, als einer verpfändeten Reichsstadt, hat der Kayser Carl der vierte und Friedrich der dritte im Jahr 1443. bestätigt und erweitert. S. Pontan 9. B. S. 482. Endlich kam sie in die Gewalt Carl des fünften, und ward in das Bündniß zu Augsburg mit eingeschlossen (§. 11). Von den Appellationsgerichten in Teutschland ausgeschlossen, erhielt sie ihre eigenen Richter; doch blieb ihr das Appellationsrecht nach Aachen, wo nach den Gesetzen und dem Herkommen der Stadt Nimwegen Recht gesprochen ward. Der Kayser Carl der fünfte bestätigte im Jahr 1549. diese Art zu appelliren. S. Schlichtenhorst Gesch. v. Teutschl. S. 562. Diese Appellation, die durch neuere Verträge mit der Stadt Aachen, nach der Gründung der Republik eingeschränkt ward (S. des Nopius Chronik der Stadt Aachen III, 63), ist jetzt abgestellt. Die Appellation geht nun an den Hof von Geldern. Uebrigens fällt der

Richt

Nichter von Nimmegen keinen Richterspruch, sondern er präsidirt über die Richter.

Es sind noch jetzt einige Punkte des alten, von den Kaysern erhaltenen, oder durch das Herkommen entstandenen, Rechts übrig. Wegen einiger derselben hat es nie an Streitigkeiten gefehlt, und auch jetzt fehlt es nicht daran. So ist im Jahr 1767. in Processen, die **Heuerathes** angelegenheiten betreffen, dem Hofe von Geldern die Jurisdiktion zugestanden worden.

Die Staaten des Quartiers Nimmegen werden von dem Rathe dieser Stadt ausgeschlossen, und die Bürgermeister unter ihnen haben in ihren Versammlungen den Vorsitz. Derjenige, der das Protocoll der versammelten Stände führt, ist dem Collegio der **Sechzehnmänner** der Stadt endlich verpflichtet.

§. 199.

Die Rechte der Stadt Zütphen (sonst Zütvenne), die ehemals zu den Hanseestädten gehörte, findet man in den Eodicklen des Grafen Otto vom Jahr 1190. Diese sind die von dem Römischen König, Rudolph dem ersten, die Freiheit vom Zoll zu Werden, und mehreres die Rechte der Stadt betreffendes, hat **Schlichtenhorst** in der Gesch. v. **Leutschl.** gesammelt S. 561. u. f. f. Der Rath besteht aus 12 Bürgermeistern, oder Richtern (**Scabinen**). Er beruft eine Versammlung der Stände des Quartiers von Zütphen, nachdem er in einem öffentlichen Umlaufe die Hauptpunkte, worüber berathschlagt werden soll, angezeigt hat. Sie kommen auf dem Rathhause zu Zütphen zusammen. Der erste Bürgermeister hat in der Versammlung den Vorsitz, und es ist das als ein besonderes Recht ausgemacht, daß eine Stadt, die zu der Stimme des gleichstimmigen Adels tritt, durch
ihren

ihren Zutritt der Stimme ein Uebergewicht giebt. Umgekehrt, ein oder zwey Edelleute machen, daß die Stimme der gleichstimmigen Städte durch ihren Zutritt den Ausschlag erhält. Eben dies Recht hat die Stadt Zütphen, wenn sie sich zu einem größern Theil des Adels schlägt. Wird aber ein Landtag der ganzen Nation zu Nimwegen und Arnheim gehalten, so referirt ein im Quartier Zütphen bestellter Landdrost den Staaten, und höhet die Stimmen der Ritterschaft ein, die der Bürgermeister der Stadt Zütphen von den Deputirten der Städte einsamlet. Es macht dann dieser Bürgermeister aus den Stimmen beider Körper, der Edelleute und Deputirten der Städte, ein Dectet; sind sie ungleich, so werden sie sämmtlich durch den Vorsteher eines jeden Körpers den Staaten von Selbern einzeln überbracht. Zütphen allein hat in den Zusammenkünften zu Nimwegen und Arnheim, wenn nur eine Stadt zu ihr tritt, eine ausschlagende Stimme vor den übrigen Städten.

§. 200.

Als die Grafen von Selbern die Stadt Arnheim mit dem Stadtrecht beschenkten, so ertheilten sie ihr fast eben die Rechte, die der Stadt Zütphen zugeeignet waren. M. s. die Codicillen von dem Graf Otto, dem dritten, vom Jahr 1233, und Graf Rainald, dem ersten, vom Jahr 1312, wodurch bestätigt wird, daß die Fürsten, oder Grafen, damahls ohne Zustimmung des Kayfers keine Stadtrechte haben verleißen können (Man sehe ferner das Diplom vom Jahr 1295, beyrn Pontan S. 168.). Es erhellt hieraus nächst hieraus noch, daß, wenn die Grafen jemanden ein Recht eingeräumt hätten, das zum Nachtheil des vom Kayser ertheilten Reichslehns hätte gereichen können, das selbe für null und nichtig gehalten wäre, doch aber von den

den Kaysern nicht eher hätte umgeworfen werden können, bis die Sache untersucht, und von einigen zu dieser Untersuchung angestellten Ständen des Reichs dawider erkannt worden wäre. Aus eben diesen Codicillen erhellt, daß damahls die Grafen keine Unternehmungen von Wichtigkeit ausgeführt, z. B. nicht Städte gemacht haben, ohne dabey sich, nach dem eigenen Ausdruck, ihrer Freunde, d. i. der Räte, des Adels und der Collegen zu bedienen.

Jetzt hat die Stadt Arnheim das Recht, daß sie die Staaten des Quartiers Veluwe ausschreibt. In solchen Zusammenkünften hat der erste Bürgermeister den Vorsitz, wenn nicht ein Landtag gehalten wird, worinn das Geschäft, an die Staaten Bericht abzustatten, einem Landdrost von der Veluwe, oder, wenn ein solcher nicht da ist, einem Richter von Arnheim übertragen wird. Den Streit dieser Stadt mit den andern, die in der Veluwe an der Staatsverwaltung Theil nehmen, hat der Fürst Moriz im Jahr 1615. geendigt. S. Schraffert C. G. D. S. 67.

§. 201.

Die Versammlungen der Staaten, von welchen ich bisher gehandelt habe, zielen dahin ab, daß entweder über die Angelegenheiten eines Quartiers besonders, oder überhaupt über die Republik Geldern, und über Sachen, die die Vereinigten Niederlande angehn, etwas beschlossen werden soll. Die erstern heißen Quartiertage, die letztern werden Landtage genannt.

Zu den erstern gehören vornehmlich Verordnungen, die öffentlichen Zölle und Abgaben betreffend, die in den einzelnen Geldrischen Distrikten nicht gleich sind. In den Versammlungen vom Jahr 1700. und 1720. ward fest-
gesetzt,

gesetzt, was ein jedes Quartier zu den öffentlichen Ausgaben beitragen sollte. Das Quartier Nimmegen trägt den größten Theil; den kleinsten Zutphen bey. Doch mehr hiervon im dritten Theile.

Das Recht, Aufträge zur Ausrichtung gewisser An gelegenheiten außerhalb der Grenzen eines jeden Quartiers, oder außerhalb Geldern, zu ertheilen (buitenlandsche Commissien), ist unter den Staaten der drey Quartiere gleichmäßig getheilt. In den einzelnen Quartieren aber geben die Edelleute und Städte mit gleichem Rechte Aufträge, die außerhalb Geldern auszuführen sind, z. B. wenn Deputirte an die Versammlung der vereinigten Staaten (in de Generaliteyt), an den Staatsrath (Raad van State), an die Kammer, die die Bes rechnung des öffentlichen Schatzes der Republik hat (Generalitäts Rechenkammer), an die Admi ralitätscollegia und Direktoren der beyden Gesells chaften von Indien abgeschickt werden. Der Statthalter überträgt, wenn er will, diese Gesandtschaften, doch behält er die Ordnung der Abwechselung, die unter dem Quartieren, oder unter dem Adel und den Städten, üblich ist, bey, worinn drey Jahr dem Adel, und drey Jahr den Städten zu dergleichen Deputationen angewiesen sind, folglich eine Zeit von sechs Jahren zu einem Wechsel bestimmt ist.

§. 202.

Auf dem Landtag von Geldern (Provinzialtag) werden theils Gesetze, Privilegien, und überhaupt das, was in ganz Geldern in Ausübung gebracht werden soll, bestimmt, theils Verrichtungen, die den sämmtlichen Bundesgenossen gemeinschaftlich sind, und solche, die die Nachbarn angehn, abgehandelt. Die Beschaffenheit dieser Landtage ist von ähnlichen Versammlungen der Bundesgenossen

genossen durch die Art, wie sie angefangt, angefangen, gehalten und geendigt werden, unterschieden.

Der Hof von Geldern, der zu Arnheim seinen Sitz hat, und das höchste Gericht in Geldern ist, hat die Ansfangung des Landtags zu besorgen. Er hat nemlich von seiner Entstehung an, nicht allein die Gerichtsbarkeit, sondern auch die Verwaltung der übrigen Staatsgeschäfte erhalten, und diesen Theil der alten Macht benbehaltten, daß er mit den zur Versammlung der Bundesgenossen abgeschickten Deputirten von den darinn vorgenommenen Sachen sich unterrichtet, von diesen die Staaten und drei Bürgermeister der Städte benachrichtiget, damit sie An gelegenheiten, die keinen Verzug leiden, doch aber nicht schlechterdings an die Versammlung von ganz Geldern gebracht werden müssen, den Staaten der Quartiere mittheilen, deren Stimmen der Rath sammlet, sich davon unterrichtet, dekretirt, und den Deputirten zur Antwort giebt, was zu thun sey. Eben dieser Rath nun, der vormahls unter dem Namen eines Herzogs die Staaten zwang, sagt die Landtage an, die zu Nimwegen, Jülpheh und Arnheim so gehalten werden, daß diese Städte jährlch abwechseln. Diese Ausschreibung der Staaten geschieht durch ein Schreiben, worinn die Sachen, worüber man sich berathschlagen soll, kürzlich angezeigt werden. Es wird an die sämtlichen Edelleute, ingleichen an alle der Regierung fähige Schöffe, abgeschickt. Hierauf zieht am dem festgesetzten Tage der Rath an den Ort, wo die Staaten sich versammelt haben, mit großer Feierlichkeit ein, und zwar der ganze Rath, wenn die Zusammenkunft zu Arnheim gehalten wird, wodey der Statthalter den Zug, wenn er zugegen ist, anfährt; welches in seiner Abwesenheit der erste von den Richtern verrichtet; sind die Staaten anderswo versammelt, so vollzieht der erste Rich.

Nichter mit zweyen seiner Collegen diese Feyerlichkeit. Er trägt, nachdem zuvor von einem Prediger ein Gebet gehalten ist, die Hauptstücke der Berathschlagung vor, und eröffnet mit diesem Vortrage den Landtag. Sobald er geendigt ist, erhebt sich der Rath, legt die Person der höchsten Obrigkeit, die er vorgestellt hatte, ab, und geht ohne die Insignien der Landeshoheit, womit er beim Kommen aufgenommen war, als eine Privatperson aus der Versammlung heraus.

Wenn dieses geschehn ist, werden drey Männer erwählt, um den Vorsitz zu führen. Man pflegt aber dazu den Burggraf von Nimwegen, und die Landdroste von Zürphen und der Veluwe zu nehmen. Nach diesem werden gleich die niedergelegten Aufträge, womit die Deputirten einer jeden Stadt, die ausgenommen, in welcher der Landtag gehalten wird, versehen seyn müssen, vorgelesen. Bald darauf ernennt man aus jedem Quartiere sechs Männer, drey Edelleute und drey Deputirte von den Städten, welche die deputirten Achtzehnmänner (Gekogumtteerde) heißen, und über welche der Landdrost von Nimwegen präsidiert. Diese benachrichtiget sogleich einer von den zu der Versammlung der Bundesgenossen abgeschickten Delegirten von den daselbst verhandelten Sachen. Sie bringen auch kleine Geschäfte zu Stande; die größeren werden an die Zusammenkunft der Staaten gebracht. So wie diese nun in drey Quartiere eingetheilt ist, so berathschlagt ein jeder derselben vor sich, und beschließt, und läßt durch den, der das Protokoll führt, es in der gemeinschaftlichen Zusammenkunft ablesen. Die Dekrete werden gemacht, wenn zwey Quartiere übereinstimmen, es sind aber die Fälle ausgenommen, wo der Gewohnheit, oder einem Gesetze, nach, durchaus eine Gleichheit der Stimmen erfordert wird, z. B. bey Austheilung

lung neuer Privilegien, Auferlegung neuer Tribu-
te, mit einem Wort (wie man in Geldern sich hierüber
ausdrückt), bey Berathschlagungen, die nicht zur Er-
haltung der schon vorhandenen Statute und Ver-
ordnungen (Zaaken van ordre), sondern die auf
Errichtung neuer Verbindlichkeiten und Lasten
(Zaaken van beswaar) abzielen. Dieser Unterschied
in den vorkommenden Geschäften ist aber nicht stets so
einleuchtend, daß nicht zuweilen ein Streit darüber ent-
stehn sollte, zu welcher von beyden Arten der Fall, wor-
über berathschlagt wird, zu rechnen sey.

Wenn ein Widerspruch nicht beigelegt werden kann,
so hat bisher ein Rath, oder Entschluß, vom Statthalter,
der Sache eine Bestimmtheit gegeben.

Die ordentlichen Landtage, über die, welche im-
mer gehalten werden, werden jährlich einmal angesagt;
weil aber die Staaten, wegen der Unterbrechung der Be-
rathschlagungen, zweymal zusammenkommen, so werden
diese bey der zweyten Zusammenkunft erst in Richtigkeit
gebracht. Sie werden aber auch, so oft es das Wohl
des Staats zu erfodern scheint, außerordentlich zu-
sammenberufen.

§. 203.

Während der Zeit, da kein Landtag gehalten wird, hat
der Hof von Geldern vorzüglich die Besorgung der
öffentlichen Angelegenheiten, außer der Jurisdiction (§. 202).

Die Verwaltung der Geschäfte aber, welche die von
den Staaten angeordneten Abgaben betreffen, befindet sich
in einem jeden Quartiere bey den sechs ordentlichen
deputirten Staaten. Diese machen, wenn wegen der
ganzen Provinz Geldern ein Entschluß gefaßt werden soll,
eine

eine Zahl von achtzehn Personen aus, und werden das vereinigzte Collegium genannt. Bei jeder Gesellschaft der sechs Personen befinden sich drey Edelleute aus deritterschaft, und eben soviel Personen aus den Städten. Ihre Dienste dauern nur drey Jahr. Es kann indessen der Statthaber dieselben bis auf sechs Jahr verlängern, oder, wenn er will, andere in den Platz der Abgehenden einsetzen, wenn er nur das einmal zwischen dem Adel und den Städten eingeführte Verhältniß und diese Abwechslung beobachtet. Der Prinz hat auch das Recht, aus drey vorgeschlagenen Personen eine zu erwählen, die bey diesem Collegio das Protokoll führt. Diese sechs Männer besorgen vorzüglich die Abgaben und richten bey betrüglicher Verletzung und Vernachlässigung der Gesetze, die wider die Vervorthellung des Fiskus gegeben sind, ohne, daß von ihrem Urtheil appellirt werden könnte. Die Verordnung über die Behandlung solcher Fälle ist in dem Quartier Nimwegen im Jahr 1751 abgefaßt. Die von den Staaten von Zutphen den 30 Jun. 1751 gegebne ist den 2 November 1769 gewissermaassen abgeändert worden.

In Ansehung der öffentlichen Einkünfte, so wie auch der Einkünfte der Kirchen, für welche die deputirten Staaten Sorge tragen müssen, ist durch eine Verordnung Wilhelms des vierten im Jahr 1750. festgesetzt worden, daß man sie öffentlich zur Pacht ausbieten solle, und zwar die Kirchengüter auf sechs Jahr, wenn nicht eine gesetzmäßige Versammlung der Staaten diese Verpachtung auf eine längere Zeit auszustellen für gut befände. Es werden darinn die Veräußerungen, erbliche Verpachtungen der Kirchengüter, wenn nicht die Staaten auf einem landtag hierinn einwilligen, verboten. Hiebengens verdient über dem ehemals erregten Streit, ob die Stadt

Stadt Akenheim, ohne die Deputirten ihrer Staaten, die Staaten des Quartiers Veluwe zusammenberufen dürfe, das nachgelesen zu werden, was in Lambert. Denkwürdigk. 13 B. S. 230. enthalten ist.

§. 204.

Die Geschäfte des Statthalters bey der Regierung der Provinz Geldern sind sehr wichtig. Nicht sowohl jener Gründer des allgemeinen Wohls, Wilhelm, sondern seine Söhne Moriz und Friedrich Heinrich, und endlich Wilhelm der zweyte und dritte haben über Geldern regiert. Nach dem Tode des Königs Wilhelm des dritten ward Geldern durch innerliche Unruhen beunruhigt, die endlich nach vielen von den Bundesgenossen versuchten Mitteln im Jahr 1717 beigelegt wurden. Darauf wurden dem Prinzen Wilhelm dem vierten im Jahr 1722 die Geschäfte eines Statthalters übertragen; allein nicht eher, als im Jahr 1747, erhielt er den vollen Gebrauch der Rechte, die seine Vorgänger genossen hatten:

Ich habe schon im 189. §. einige Rechte des nunmehrigen Erbstatthalters angeführt. Sie laufen vorzüglich dahin hinaus. Erstlich, der Prinz ernennet zum Theil die Männer, aus welchen die Versammlung der Staaten besteht (§. 98). Die Ritterschaft, welche schon Wilhelm dem vierten im Jahr 1747 in allen Quartieren eine Stelle unter sich gegeben hat, kann die in Ansehung der Beschaffenheit einer Person, die in ihre Zahl aufgenommen werden will; gemachten Gesetze nicht verändern, oder zu ihnen etwas hinzufügen, wenn der Prinz darum nicht befragt ist, und er seine Einstimmung dazu gegeben hat. Zweytens, der Statthalter kann mancherley Ehrenstellen, als Gesandtschaften, hohe obrigkeitliche Ämter, die auf dem Lande das Richteramt in sich begreifen,

wie wir gesagt haben, nicht überall von gleicher Beschaffenheit sind (§. 186). Die letztere Art der Rechte, die sonst die Herzoge hatten, befindet sich jetzt bei dem ganzen Staate, und die Staaten haben die Macht, darüber zu bestimmen.

Der **Fiscal (Mömler)** muß darauf Acht geben, daß diesen Rechten, weder in dem Staate selbst, noch außer demselben, etwas entzogen werde. Er bekömmt einen Gehülfen, der seine Stelle vertreten kann (**Substitut Mömler**). Beide setzt der Statthalter. Aber auch dieser öffentliche Aufseher auf die Rechte der Landeshoheit darf keine Klage wider jemand anstellen, wenn er nicht zuvor die Sache an den Hof von Geldern gebracht und von ihm Befehl zur Klage erhalten hat.

§. 207.

Man legt gewöhnlich der Regierung nicht wenig niedere Rechte, die aber nicht erweislich sind, bei, gleichsam, als hätte sie dieselben nach stetem Gebrauche der Völker Deutschen Ursprungs, besonders in Deutschland selbst, überall besessen. Viele haben hierinn die Vorschrift gegeben: wenn ein Streit mit den Bürgern über solche Rechte entstände, so hielte man dafür, daß diese dem Fürsten zukämen, bis die Bürger außer allen Zweifel setzten, daß es ein privat, und kein öffentliches Recht wäre. Es rechnen viele den Zehnten von neu angelegten Äckern hieher. Ich wage es nicht, dieser Meinung, die ohne Unterschied vortragen wird, Beifall zu geben. Es sey indeßen, wie es wolle, so ist dieses Recht nicht so beschaffen, daß es nicht von Privatpersonen auf eben die Art, wodurch andere Rechte und Vortheile der Fürsten erlangt werden, als durch Verjährung, sollte erhalten werden können.

Daß

Daß aber in Seldern der Zehnte von solchem Lande der Landeshoheit gehöre, bestätigt Schraffert in der Abhandl. von dem Rechte zu Zehnten E. 1. §. 10. E. 4. §. 2. E. 5. §. 3. und 4. Bort von den Holländ. Domainen, Th. 10. Nr. 63.

Eben so behaupten viele Ausleger des Teutschen Rechts, daß die Jagd allein dem Fürsten gehöre, oder denen, welchen er sie ertheilt hat. Grotius nimmt diese Meinung in dem B. de Jure Belli et Pacis, II, 8. 9. an. Wir hat stets die Meinung wahrscheinlicher geschienen, daß alle Freygebörne in Teutschland, deren ganzes Leben, wie Cäsar sagt, in der Jagd und dem Eifer zum Kriegswesen bestand, ein jeder auf seinem Boden das Jagdrecht gehabt habe. Die Belehnungen mit der Jagd, die von den Kaysern auf die Reichsstände, oder von den Fürsten auf Privatpersonen, gelangten, die nach der Zeit gegebenen Befehle das Jagdwesen betreffend, die Ausnahmen von edlern Arten des Wildes, deren Jagd den Privatpersonen untersagt ward, beweisen nicht, daß vormahls die Landesregierung allein, das heist, nur die Kayser, oder die Stände, oder die Dynasten, des Teutschen Reichs, ein jeder sie in seinem Territorio, gehabt haben. Doch leugne ich nicht, daß in den meisten Teutschen Ländern jetzt das Jagdrecht zu den Vortheilen der Fürsten gerechnet werde. Es hindert indeß dieser Umstand nicht, daß man mit sehr guten Publicisten annimmt, daß dieses Recht in Teutschland nicht unter die Regalien gerechnet werden zu können scheine.

In Seldern wird nicht einem jeden die Jagd erlaubt, sondern nur dem, der durch ein Gesetz, Privilegium, oder durch ein Lehn dazu berechtigt ist. Die den 21. Jan. 1680. gegebne Verordnung hat der Prinz von Oranien, Wilhelm der vierte, den 22. Sept. 1750. und 22. Jul.

1751. erneuert und erweitert. Außer dem Adel, den in den Städten das Regiment führenden Personen, ingleichen ihren Rächen und Bedienten, den Vorstehern des Fiskus der Provinz Selbern, den Aktuarien der deputirten Staaten, haben die Bürger innerhalb der Grenzen der Jurisdiktion der Städte, und in den sämlichen Grenzen eines Quartiers die dazu gehörenden Bürger, welche den ordentlichen Tribut von 25 Gulden zahlen, und von alten Zeiten her dieses Recht besessen haben, das Recht zu jagen.

§. 208.

Da ich mich noch beim Rechte des Fiskus verweile, bemerke ich, daß in Selbern das Recht der Inseln (*jus insulæ*) und der Anspülung vom Wasser (*alluvionis*) unterschieden sey. Das letztere fällt den Herren der angrenzenden Aecker, so weit nemlich ihre Breite geht, zu; das erstere hat, wie wir im 193 §. gesehen haben, der Röm. König Adolph dem Fiskus zuerkannt. Die Besignehmung wird in Gegenwart zweyer Zeugen auf eine feyerliche Art vorgenommen. Es wird nemlich die Insel, um die Besignehmung anzuzeigen, mit einem Schiff, in welchem sich zwölf erwachsene Menschen befinden, und welches nicht auf den Grund stößt, ganz umfahren. Das angespülte Land, welches durch das in der Mitte fließende Wasser von einem daran stoßenden Aecker getrennt wird, wird in Gegenwart der Obrigkeit mit einem Wagen, der mit vier, oder sechs Pferden bespannt ist, befahren. Von diesem Gebrauch sehe man d. Geldr. Ges. B. III, 278.

Von jedem gefundenen Schatze bekommt der Fiskus den dritten Theil.

§. 209.

Es giebt zweyerley Arten von Lehne, welche Privatpersonen, eingeborne oder fremde, von der Landesregierung erhalten und besitzen. Die eine Art derselben ist die, deren

deren Beschaffenheit nach der Zütphenschen Verordnung, oder Herkommen, beurtheilt wird. Die andere die, welche schlechthin die Geldrische heist. Sie sind beyde von denen unterschieden, die nach dem gewöhnlichen Rechte behandelt werden, insonderheit durch die Macht, sie zu veräußern. Unter sich sind sie vorzüglich in der Art der Nachfolge und ihres Rechts unterschieden. Das haben sie aber mit einander gemein, daß, wenn der direkte Herr derselben einwilligt, sie durch ein Testament vererbt werden können. Das Gericht der Mirvasallen (*judicium patium*), das der Röm. König, Rudolph der erste, im Jahr 1292 verordnet hat, und in den meisten Theilen von Teutschland verloschen ist, ist zwar in Geldern nicht sehr üblich, doch wird es, wenn es auf die bestimmte Art gesucht wird, in Ansehung des Geldrischen Lehns zu Arnheim, und der nach der Zütphenschen Verordnung zugestandenen lehne wegen zu Zütphen gehalten, nur muß der Werth des Streits über 16,000 Gulden steigen. Der Richter kommt mit den Besitzern in Zütphen unter einer Eiche auf der Stelle zusammen, wo sonst die Grafen ihr Richterhaus hatten. Im Jahr 1764 ist daselbst eine solche Art von Gericht feyerlich gehalten worden. Ueber die Einrichtung desselben sehe man d. Geldr. Ges. B. 3, 171. und die Gesezze vom 20. Oct. 1756 und 4. und 5. May 1757.

§. 210.

Chemals rechnete man das Recht, Geldstrafen anzulegen, und die Güter der Verbrecher zu confisciren, unter die Einkünfte des Fiskus. Nach und nach ist dieses durch Verträge der Fürsten mit dem ganzen Volke, oder einigen Theilen desselben, eingeschränkt worden. In Geldern sind die Geldstrafen noch. Aber die Confiscation der Güter, die der Landesregierung allein zukommt,

ist den 15 April 1778 weislich abgeschafft worden, und zwar ohne Ausnahme eines Verbrechens, doch so, daß, wenn Waaren, wider ein Gesetz, oder heimlich, eingebracht werden, sie noch jetzt confiscirt werden. Es war ein altes Recht der Geldrischen Bürger, daß niemand zugleich an Leib und Gut bestraft werden durfte, und es wich von dem bey den Franzosen gewöhnlichen, daß nemlich dem, dem das Leben abgesprochen ward, auch die Güter genommen wurden, ab. Es ward aber das Majestätsverbrechen, Vaternord und Straßenraub ausgenommen. Diese Ausnahmen erzeugten mancherley Streitigkeiten, welche nebst andern Ursachen die Staaten bewogen, daß sie den aus den Confiskationen ziehenden Vortheil, nach dem Beispiel der Holländer, lieber fahren, als geschehn lassen wollten, daß die Bürger durch schwankende Proceße gedrückt, und andere, als die, die die Strafe verdienen, gestraft werden sollten. So ist auch im Jahr 1778 die Gewohnheit, Güter abwesender Beklagten anzuschlagen, abgeschafft worden.

§. 211.

Ehemals hießen die Güter der Grafschaft, oder des Herzogthums, und jetzt die Güter des Volks, **Domatien**. In den besondern Quartieren sorgen die **Kenmeester** (**Landrentmeesters**) für die öffentlichen Einkünfte, und sie legen eben so, als die **Colleennehmer**, dem **Collegio der drey Rechenmeister** (**Reckenmeesters**) Rechnung ab. Jene setzt, so wie auch die **Zollaufseher**, der **Statthalter** für sich allein. Die drey Rechenmeister müssen jährlich aus jedem Quartiere zwey Deputirte zu sich nehmen; von welchen der eine vom Adel, der andere aus den Städten ist, mit welchen sie bey der Abnahme der Rechnung, die der **Landrentmeister von ganz Geldern** (**Landrentmeester Generaal**) anstellt, zugegen sind.

sind. Dieser muß aber von dem Statthalter aus landes-
eingebornen erwählt seyn, und zu Arnheim wohnen.
Güter, die zu den Domainen gehören, werden auf keine
längere Zeit, als auf sechs Jahr, verpachtet, und den
Meistbietenden zugeschlagen, nicht veräußert, oder zur Erb-
pacht gegeben, wenn es die Staaten nicht auf den Land-
tagen verwilligen.

§. 212.

Die erste und vorzüglichste Aufmerksamkeit eines
Staats muß darauf gerichtet seyn, daß die Justiz auf ei-
nem guten Fuß stehe. Da ich kürzlich von ihrem Zustan-
de in der Provinz Geldern reden will, so werde ich zuerst
über ihre Gesetze, hiernächst Obrigkeiten und Gerichte, ei-
niges Licht zu verbreiten suchen.

Die der Landesregierung fähigen Städte haben sämt-
lich ihre besondern Rechte und Gewohnheiten. Auf dem
Lande finden sich, nach Verhältniß des Unterschieds der Ge-
schäfte, des Rechts der Güter und Quartiere, verschie-
dene Rechte. Dahin gehören die Gesetze der vier Obers-
ämter im Quartier Nimwegen, und der Dynastien,
die sie in sich begreifen, welche in vielen Stücken durch ei-
ne neue Verordnung vom 12. October 1772 und andre
abgeändert sind. S. d. Dekr. der Staaten vom 1. May
1771. Es giebt auch besondere Gesetze für die Land-
schaft Tiel und Bommel, außerdem für die Landschaft
Zütphen, welche die Zütphensche Verbesserung heb-
ben, vom Jahr 1696 und 1738, von welchen ein Theil
im Jahr 1772 den 12. Octob. von den Staaten bekannt
gemacht ist. Das verbesserte Gesetz, die Veluwe und
den Veluwe Saum (Veluwen Zoom) betreffend,
hat Goris und Schraffert erläutert. M. s. noch das
Ges. v. 2. May 1770. Hiermit verbinde man noch die
besondern Gesetze, die über einzelne Arten von Geschäften
und

und Angelegenheiten, z. B. über das Recht der Bäche, gegeben sind, Schraff. Rechtserläuterungen II, 6. 143. u. f. f., über die Gewässer, d. Geldr. Ges. B. III, 278, und die Dämme.

Die Rechte und Arten der Güter sind einander nicht gleich. Bei einigen von ihnen hat einer das Eigenthum, ein andrer einen beständigen und erblichen Genuß der Früchte, den die teutschen Schriftsteller den teutschen *usus fructus* nennen. Es giebt auch einige, deren Besitzer dienstbar sind, und eine große Aehnlichkeit mit den teutschen Leibeigenen haben. So finden sich auch *Herrengüter* (*Heeren Goederen*), die dem Lande gehören. Auch giebt *Cornedische* (*prædia curmedica*), deren Herr sich das beste von dem Nachlaß des verstorbenen Besitzers hinholt. Auf gleiche Art sind die Rechte der Güter, deren Eigenthum der *Lebtrigin von Elten* gehört (*Vrouwen goederen*), oder von welchen der *Abt von Abdinkhof* in der *Diöces Paderborn* Herr ist, wiederum von besondrer Art. Von diesen sind die Güter unterschieden, deren Besitzer dem Eigenthümer einen jährlichen Zins entrichtet, wovon *Schraffert vom Herrenzins* vollständig gehandelt hat. In Ansehung des Rechts der Güter, deren Besitz eine gewisse Art des Eigenthums ist, das man ein nicht ganz vollkommenes (*minus plenum*) nennt, will man den Schluß aus der Analogie nicht gelten lassen: „was, nemlich, einem dienstbaren Menschen frey stehe, sey dem Besitzer solcher Güter weit mehr erlaubt.“

Die *Bürgerlichen Gesetze*, welche die Einwohner eines Quartiers, oder von ganz *Gelbern*, allgemein verpflichten, werden von den Staaten auf den *Landtagen* abgefaßt (§. 202).

Daß

Daß das Gesetz vom König Philipp, die Crimnalsachen betreffend (§. 92), nicht mehr gültig sey, bezeugen die pragmatischen Schriftsteller. Von dem ausländischen zur Benhülfe aufgenommenen Rechte ist im 93. §. gehandelt worden. In Ansehung des Röm. Rechts hat ein dem Provinzialhofe im Jahr 1622 vorgeschriebenes Gesetz festgesetzt, daß bey Fällen, wo in dem allgemeinen und besondren Rechte und Herkommen nichts bestimmt ist, das Röm. Recht gebraucht werden soll. Wenn wegen der Auslegung des alten Geldrischen Rechts gestritten wird, so scheint mir die Meynung derer am meisten für sich zu haben, welche behaupten, daß diese alten Gesetze, oder Herkommen, nicht aus dem Röm. Rechte, sondern aus den nicht unähnlichen Einrichtungen der benachbarten **Tetrarchien** erklärt werden müssen.

§. 213.

So wie es mit den Gesetzen eine verschiedene Bewandniß hat, so giebt es auch verschiedene Arten von Obrigkeiten, die auf dem Lande, und in den Städten Recht sprechen.

Die Obrigkeiten der Städte in Selbern, welche vornehmlich freye Städte hießen, üben nicht allein in bürgerlichen und criminellen Sachen die Gerichtsbarkeit aus, sondern auch eben diese Städte geben sich ihre eigenen Gesetze (**Willekeuren**). Die Stadt Bommel hat indessen die Bestätigung ihrer Gesetze vom Statthalter gesucht. **Schraffert** Rechtserläuterungen IV. 31. Nr. 36. Die ungedruckten Gesetze der Stadt Nimwegen pflegt man **Olden en Nieuwen Brief** zu nennen. Die alten Verordnungen von Arnheim gehören zur Bestimmung der Proceßform. Die alten **Zülpheischen** Gesetze haben ein so großes Ansehn gehabt, daß man nach ihrem Muster

ster die Einrichtung vieler Städte bestimmt hat. Schraffert Harderov. I, 4. Als Arnheim eine Stadt ward (so heist es in dem Documente bey'm Pontan S. 183), ward sie nach den Gesetzen der Stadt Zutphen eingerichtet, eben so formte man nach ihnen die Rechte von Wageningen, und den übrigen 4 Städten in dem Quartier Zutphen. Ehe das Obergericht, das heist, das der ganzen Nation gemeinschaftliche Gericht, errichtet war, wurden die Streitigkeiten, nach der Gewohnheit des 14. und 15. Jahrhunderts, theils um ein Urtheil einzuholen, theils durch die Appellation, gewöhnlich von den Parthenen an die Städte gebracht, die die Einwohner von Geldern het hooft (Oberhöfe) nannten, das heist, zu dem Haupt, oder Quell des Privatrechts, welches die Stadt, von deren Richtern appellirt ward, angenommen hatte. Die daselbst erteilten Bescheide hießen ter hoffsjaert gehaelt, und von ihnen konnte nicht weiter appellirt werden. Schlichtenhorst Gesch. S. 569. Die Staaten von Nimmegen behaupteten aber im Jahr 1684. eine weitere Appellation von diesen Bescheiden, dahingegen die Staaten von Zutphen und der Veluwe das Gegentheil annahmen. S. Geldr. Ges. B. II Anh. S. 241. Zutphen ist durch die Menge von Sachen, die vormahls an sie zum Spruch gelangten, berühmt.

§. 214.

Die Quartiere von Geldern sind zur bequemen Jurisdiction auf dem Lande in Ober und Unterämter unter verschiedener Benennung eingetheilt. Nimmegen enthält 7 derselben, Zutphen 4 und die Veluwe 6. Diejenigen, die auf Befehl des Staats die Obergerichtsbarteit darinn führen, müssen sowohl für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, und dafür sorgen, daß das Land von schlechten Menschen rein bleiben, und die Gesetze befolgt werden,

den, als auch, daß von gewissen von ihnen bestellten Richtern einem jeden Recht widerfahre.

Nicht überall ist die Form der bürgerlichen und criminal Gerichte einerley. In dem Amt Nimwegen, welches das Reich Nimwegen (het Ryk van Nymegen) heißt, erkennen in criminal Fällen die Scabinen der Stadt Nimwegen, und der Burggraf dirigirt den Proceß. So oft von dem Gericht ein Bescheid gegeben wird, billigt, oder ändert, er ihn. Darüber sehe man den Befehl des Prinzen von Oranien vom 10. Jun. 1769.

In dem Quartier Veluwe hält jährlich der Droß, und an der Küste der Veluwe der Richter (Richter van Veluwen Zoom), nebst den Amtsjunkern (Ampts Jonkers) und Deputirten der Städte in der Veluwe eine Zusammenkunft, worum über bürgerliche Rechtspäudel erkannt wird (Landgericht). Sechs Wochen vorher wird dies Gericht in den Kirchen bekannt gemacht, ehe es gehalten wird. Es wird aber zu Jede unter freiem Himmel, früh Morgens, mit Cerimonien und alten Formeln angefangen. Wenn die Streitigkeiten kurz untersucht, und darüber Bescheide ertheilt sind, so geht der Droß und Richter in eben der Absicht zu andern Aemtern über, jeder ordnet dann innerhalb seines Distrikts ein Gericht an, und so vollbringen sie den Befehl des Staats. Sie selbst richten nicht. Haben sie Kläger und Beklagte gehört, so nehmen sie Abtritt, damit die Richter unter einander sich wegen des Urtheils freymüthig besprechen können, das alsdann, so bald sie wiedergekommen sind, bekannt gemacht wird. Wird nicht dawider appellirt, so vollziehen sie es. Siehe den Vergleich zwischen den Herzogen von Geldern und Cleve vom Jahr 1538 den 29. Art.

§. 215.

Außer den allgemeinen Landgerichten giebt es auf dem Lande noch besondere, die nur für gewisse Arten von Processen angestellt werden, z. B. in Lehnssachen, bey Grenzstreitigkeiten, bey Streitigkeiten der Leibeigenen, oder die an Gütern gewisser Privatpersonen unter dem Namen eines Lehns, oder auch unter einem andern Titel, haften.

Was die Streitigkeiten in Ansehung der Dämme betrifft, so entscheiden darinn in dem Quartier Nimmegen die über dieselben gesetzten öffentlichen Aufseher (Heemraden), ohne, daß an den Hof von Geldern appellirt werden könnte. Mit gleichem Rechte erkennt in der Veluwe ein besondres Gericht von fünf Richtern über Jagdstreitigkeiten, und betrifft's Beysteuern (§. 203), so erkennen bloß die deputirten Staaten. S. d. Verord. d. Staat. v. 28 Febr. 1676, und das Ges. v. Nimmegen v. 22 Decemb. 1751. In den besondern Quartieren giebt es gewisse Güter, mit welchen seit langen Zeiten eine bürgerliche Jurisdiction verbunden ist (Dagelykse Heerlykheden), es giebt auch Dynastien, die criminal Jurisdiction haben. Geldr. Ges. B. 3, 393. Die ehemals errichteten besondern Appellationsgerichte sind abgeschafft. Pontan VII. S. 266. In dem 209 §. habe ich gesagt, daß noch ein Oberlehnogericht vorhanden sey.

§. 216.

Uebrigens haben die Einwohner von Geldern schon in dem 14 Jahrhundert sich vor einer ausländischen Gerichtsbarkeit zu sichern gesucht. Das Beneficium de non evocando, das sie vom Kayser Heinrich dem siebenten im Jahr 1310 erhielten, und welches der Kayf. Carl der

der vierte der Stadt Nimmegen besonders verlieh, hat Carl der fünfte für ganz Geldern bestätigt. Da die Einwohner von Cleve glaubten, daß dasselbe durch das Verfahren *ex lege diffamari* umgeworfen würde, so haben die Staaten von Geldern jener unrechtmäßigen Verfehrung dieses Rechts durch gegenseitige Verträge im Jahr 1661 Einhalt zu thun gesucht.

Vor alten Zeiten hatte ein jeder seine gewissen Richter, die des vaterländischen Herkommens kundig waren. Viele Streitigkeiten wurden von willkührlichen Schiedsrichtern beigelegt. Diese haben in Geldern noch jetzt große Rechte. Es fehlte aber ein allgemeines Obergericht für ganz Geldern, welches von ununterbrochener Dauer und an einem gewissen Orte befindlich wäre.

Die Anordnung dieses Gerichts gehört mit Recht unter die nützlichsten Einrichtungen. Zuerst dachte Carl der Kühne daran, und Carl der fünfte brachte es, einem Versprechen der Staaten gemäß, im Jahr 1547 zu Stande. Dieses öffentlich zu Arnheim errichtete Gericht wird 't Hof, Hof von Geldern, genannt, und es kann in demselben der Statthalter, wenn er nicht abwesend ist, den Vorsitz führen. Es besteht aus 12 Rathsherrn, von denen 9 ordentliche sind. Diese ordentlichen Neunmänner werden aus den Quartieren, und zwar aus jedem in gleicher Zahl, sechs aus den Städten, und drey aus dem Adel gewählt, und vom Statthalter bestätigt und eingesetzt, nebst einem Manne, der in diesem Collegio das Protokoll führt, außer dem Secrétaire. Eben dieses findet bey den außerordentlichen statt, die alle aus dem Adel genommen werden, damit aus dem Adel und den Städten eine gleiche Anzahl da sey. Sie sind an Ehre, Rang, Rechten des Vorsitzes und Aufsehung der Berichtstage den ordentlichen gleich. In Ansehung der

der Besorgung und der Pflicht in dem Senat zu erscheinen, gehn sie von ihnen ab. Die außerordentlichen sind nicht gendthigt an den fünf Gerichtstagen, die wöchentlich gehalten werden, sich im Senate einzufinden, wenn sie nicht wichtiger Ursachen wegen eingeladen werden. Die ordentlichen müssen sich an demjenigen Orte, wo sie ihr Richteramt ausüben müssen, häuslich aufhalten, und sich andrer öffentlichen Aemter, sowol in- als außerhalb Selbern enthalten.

Die Geschäfte, die dieses Gericht zu versehen hat, betreffen theils den ganzen Staat, theils die Jurisdiction. Von jenen habe ich schon im 202 §. geredet, und hier füge ich noch hinzu, daß dieses Gericht jährlich die Geldrische Synode ausschreibt, und zwey Senatoren, die dabey zugegen sind, dahin sendet. Außerdem hat dieses Collegium in Verbindung mit der Rechnungskammer von Geldern die Aufsicht über das Münzwesen. S. das Geldr. Ges. B. III, 39. 151.

Das Gesetz von Carl dem fünften vom Jahr 1547 schreibt die Justizordnung (Cancellarie Ordnung) vor. Es ist im Jahr 1622 und 1651 von den Staaten verbessert. W. füge noch hinzu die Verordn. wegen der Appellationen vom 9 Febr. 1675 und das Gesetz vom 24 April 1750 die Beschleunigung der Processsachen betreffend.

Es richtet auch dieses Gericht in criminal Fällen; aber nicht allein. Außer den Privilegien der Städte (§. 213), sind auch die Einrichtungen auf dem Lande hierinn unterschieden.

In einigen bürgerlichen Streitigkeiten, z. B. solchen, die das Heurathen betreffen, erkennt es allein, bey andern macht es die erste und zweyte Instanz, und, wenn die Revision der

der Akten nicht verlangt wird, die letzte aus. In allen nicht namhaft ausgenommenen Fällen, wenn sie nur einen von einem Geseze oder Privilegio bestimmten Werth haben, kann man an dies Gericht appelliren.

Von Policydekreten fällt diese Appellation weg, so lange sie nicht, wie das Gesez vom Jahr 1675 sagt, nach einem auf gewöhnliche Art zur Erkenntniß gezogenen Fall gemacht sind (die niet by forme van ordinariße proceduren getermineert zyn). Wenn in Lehnstreitigkeiten an dies Gericht, oder an das Oberlehnsgesicht, appellirt werden könne (§. 209), hat das Gesez von dem Rechte und Beschaffenheit dieser Appellationen vom 5 May 1757 gezeigt.

Von den Bescheiden dieses Gerichts wird keine Appellation verstattet, sondern nur eine Revision des Processes, wenn dadurch kein großer Nachtheil verursacht wird, welche die Ausführung des Urtheils nicht aufhebt (§. 98). Die Form dieser sonst ungewöhnlichen Revision (S. das Dekt. der Staat. v. 14 Oct. 1613.) hat das Gesez vom Jahr 1679 und 1688 vorgeschrieben. Man sehe noch das vom Octobr. 1750 und von den Staaten vom 22 April 1777. Während der ersten sechs Monathe nach bekanntgemachtem Urtheile, muß die Revision vom Gesichte gesucht werden, die nicht abgeschlagen werden kann, wenn es nicht unbezweifelt ist, daß sie namentlich unstatthaft sey. Wird sie erlaubt, so stellt es sechs neue Richter, die theils aus den drey Quartieren von Geldern, theils aus den verbundenen Ländern gewählt sind, vor, und räumt eine Zeit von 14 Tagen, wider sie zu protestiren, ein. Sind diese verstrichen, so nimt man Stillschweigen für Einwilligung an. Drey von den erstern Richtern werden ihnen beigesellt, und, wenn diese nicht einstimmig gewe-

286 Zweyter Theil, Drittes Capitel.

gewesen sind, wird einer aus der Zahl der andern stimmenden genommen. Der Bescheid dieser neuen Richter hat die Kraft eines Urtheilspruchs, und es fällt alle weitere Erkenntniß in solchen Rechtsfällen weg.

Das dritte Capitel.

V o n H o l l a n d.

Erster Abschnitt.

Vom Ursprunge und der Einrichtung des
Staats.

§. 218.

Ich gehe weiter, nun über die Angelegenheiten besse-
ren Landes Licht zu verbreiten, dem die Natur wenig,
oder gar nichts, ertheilt zu haben scheint, damit es der
ganzen Welt durch sein Beispiel zeigen möge, was Men-
schen durch Verstand und Arbeit sich geben können. Hol-
land beträgt in seiner Länge ohngefähr 30, und in der
Breite fast 9 Stunden, und, ob es gleich, wie aus dem
Meer, aus Flüssen und Seen hervorgezogen ist, so ver-
schafft es doch mehr, als 950,000 Menschen, Wohnung,
Unterhalt und Stof, Reichthum zu erwerben, und liefert
auch durch die Ausfuhr von mancherley Lebensmitteln den
Ausländern Unterhalt. Unverbrochne Arbeit hat alles be-
siegt; hat aus Sümpfen Land, aus Land einen Garten von
Europa, aus unbewohnbaren Gegenden einen Aufenthalt
für die ganze Welt gemacht. In andern Ländern bewun-
dern die Reisenden die oft Künste und Fleiß vermissende Na-

Ma

Natur; hier die die Stelle der Natur vertretende Kunst, fast möchte ich sagen, ihre Gebieterinn.

§. 219.

Der Name **Holland**, bey den Alten **Hololand**, hat einen unbekannten Ursprung. Er kommt im eilften Jahrhundert vor. Ob er aus einem gewissen Gau (pagus) entstanden ist, oder, nach der Gewohnheit der Deutschen, aus einer Schanze, worinn die ersten Erbkgrafen ihren Sitz hatten, ist ungewis.

Holland wird auf verschiedene Art eingetheilt; zuörderst in vier Theile, **Nordholland**, **Süd holland**, **Land Doorne** und **Kennemerland** nebst **Westfriesland**. Diese alte Eintheilung wird noch zur Bestimmung derjenigen Dörter beygehalten, die verschiedene Gesezze in Ansehung der Erbfolge derer, die ohne Testament gestorben sind, haben, bey welchen einige unter dem Namen des **Scabinischen**, andere des **Asdomischen** Rechts vorkommen. Dem letztern zu Folge kommt nemlich die Erbschaft an die nächsten Verwandten; nach dem erstern aber dahin, woher sie gekommen ist.

Bey der Staatsverwaltung ist indessen die Eintheilung in **Nord** und **Süd holland**, die aus der Lage des Landes gegen den **Mitternächelichen**, oder **Südlichen**, Theil des **Flusses R** (het. **Ry**) genommen ist.

Der **Nördliche** Theil wird in **Westfriesland**, **Kennemerland** und **Waterland** weiter eingetheilt. Zu **Westfriesland** gehöret die Stadt **Zoorn**, **Enthuizen**; **Nedenblit**; zu **Kennemerland** die Stadt **Almar**; zu **Waterland** **Edam**, **Monnikendam** und **Purmerend**.

Das Land Doorne ist jezt ein Theil von Holland; aber es nicht stets gewesen. Noch sind Spuren von verschiedenen Befestigen und Einrichtungen vorhanden. Seeland behauptet, es sey ein Theil seines Gebiets gewesen (siehe d. Alkernadius Briel II, 217). Holland und die Einwohner von Doorne leugnen es. S. d. Destr. d. Staat. v. Holl. v. 5 Jul. 1748.

Das Land Vianen ist zu dem Holländischen Gebiet hinzugekommen. Die Staaten kauften es im Jahr 1725 von dem Grafen zu der Lippe für 890,200 Gulden, und machten es zu einem Theil ihres Gebiets.

Wegen der alten Grenzen von Holland und Brabant sehe man die Verträge bey *Mieris Samml. d. Urkund.* II, 397. 403. IV, 282.

§. 220.

Der ganze Körper, welcher jezt Holland ausmacht, ist nach und nach aus vielen Theilen, Graffschaften, Dynastien, Allodien, oder lehen, des Teutischen Reichs, die vormahls vor sich waren, und verschiedene Herren hatten, zusammengesetzt worden. Er ist aber durch Schenkungen der Könige und Kaiser, durch Vergleiche, lehnverträge, unterlassne Besiznehmung, Kauf und mancherley andere Umstände eins geworden. S. J. B. Oudenhoven Heusden S. 53.

§. 221.

Ehe Holland die zusammengesetzte Regierungsform hatte, welche es jezt hat, stand es unter der Herrschaft eines Herzogs. Wie weit sich seine Gewalt erstreckte; was die Bürger für Rechte hatten; welches die Grenzen der Freyheit und der Regierung waren, wollen wir jezt untersuchen.

Oben

Oben habe ich schon gesagt, daß Holland ein Theil des Fränkischen, und hernach Teutschen Reichs gewesen sey. Die Teutschen Könige hatten folglich über die Grafschaft (S. d. Dipl. v. d. Kön. Richard von Jahr 1262 bey Mieris in d. S. d. U. I, 338, ingl. 6. Detr. Rudolph I, ebendas. 467, und I, 66. 413), über die Grafen (ebendas. I, 71. 108. 526), über das Volk Gewalt. Man sehe z. B. die Constitutionen, worinn die Westfriesländer ihre Treue und Gehorsam bezeugten, ebendas. II, 231. I, 207. van de Wall Dordr. Privil. S. 12. u. f. f. Eden s. hatten die Kayser in Holland, wie in den übrigen Teutschen Ländern, ihre zum Reiche gehörenden Rechte und Güter, zum Beispiel, den Zoll von Geeroliet, der von ihnen auf die Grafen kam. S. Martene und Durand thes. I, 661. das Diplom vom Kayf. Heinr. dem vierten im Jahr 1064 bey Hedam.

Die Grafen wurden aber aus den Dynasten des Reichs, die bey den Kaysern Edelknechte hießen, genommen, und bekamen von den Teutschen Königen, außer ihren alten Gütern, Reichsallodien, die Würde und Macht der Herzoge, nebst den zu dieser Macht gehörenden Besitzungen. Mit dieser neuen Zierde vermehrt behielten sie die ansehnlichen privat Rechte, die vermöge uralter Teutschen Gesetze ihren angeborenen Adel begleiteten, bey. Hierzu kamen nun neue öffentliche Rechte, mit denen sie theils als Eliten und Stände des Teutschen Reichs, theils, und zwar zuerst, als beehrte Verweser des ihnen angewiesenen Landes, hernach als Herren, und zwar zuerst als Anführer der Einwohner, hernach als Fürsten, versehen waren.

§. 222.

Die Grafen waren Vasallen des Teutschen Reichs. Hiervon hat van Loon over de leenroerigheid

heid van 't Graeffchap Holland ausführlich gehandelt. Hiermit verbinde man Wagenaer in der Vaterl. Gesch., ingleichen de Meermann, in der im 23. §. angeführten Abhandlung. Die Grafen gestanden den Kaysern ihre Dienstbarkeit zu. S. Mieris I, 112. 4, 548. III, 418, und das, was Carl der Kühne in dem Gesez v. 19. October 1469 gesagt hat, in d. Niederl. Ges. B. II, 682.

Sie befanden sich unter den Ständen des teutschen Reichs. Daraus floß die Schußigkeit zu den Reichstagen und Hofrath der Kayser zu kommen. Mieris I, 75. Dergleichen Reisen wurden als gerechte Ursachen zur Abforderung der Bensteuern der Einwohner angesehen (S. d. Diplom bey Mieris I, 158. 207. 371. 481. III, 34). Deswegen war es ihnen auch nicht erlaubt, den Landfrieden zu stören, jemanden, besonders in die Acht erklären, wider den Kayser und das Reich benzustehn, oder zu fodern, daß ihm jemand benstünde, ingleichen Geseze, die von den Kaysern und Ständen des Reichs einstimmig gemacht sind, zu verlezzen, oder offenbar gekränkte Bürger von der letzten Appellation an den Kayser abzuhalten. Der Kayser Ludwig von Bayern hat die lehns- und Reichsverbinding zwischen dem Grafen und Reiche in dem Diplom vom Jahre 1314 bey Mieris II, 145. nicht aufgehoben. Er scheint die alten Rechte der Kayser in der Graffschaft, nicht gegen die Grafen und Graffschaft selbst, fahren gelassen zu haben.

§. 223.

Vor dem eilften Jahrhundert glückte es wenigen Grafen, die von den Königen von Teutschland ihnen aufgetragene Würde auf ihre Nachkommen rechtmäßig fortzupflanzen. Unter den Carolingischen Kaysern geschah es einmahl,

mahl, daß der, der ein Reichsallobium besaß, die Ehre und Gewalt eines Grafen darinn hatte. Vielleicht ist diesen Grafen durch eine besondere Schenkung das Erbrecht bald darauf ertheilt worden.

Die Grafen von Holland waren so glücklich, daß in ihrer ersten Linie der Sohn stets dem Vater nachfolgte. Man findet auch nicht, daß innerhalb dreihundert Jahren wegen der weiblichen Erbfolge öfter, als einmahl, ein Streit gewesen sey. Es trug sich nemlich nach dem Tode Diederich des 7. im Jahr 1203 zu, daß seine Witwe Adelheid seine Tochter Ada sogleich an den Grafen von Loß verheurathete, welcher mit seiner Schwiegermutter nichts unversucht ließ, um Holland dem Oheim der Ada, Wilhelm dem ersten, zu entreißen. Da sich dieses auf keine andre Art thun ließ, so behauptete man, daß das Lehn vakant sey. Deswegen bezahlte er an den Bischof von Utrecht 2000 Mark Silbers (wie ein ungenannter gleichzeitiger Niederländischer Schriftsteller berichtet), damit er durch seine Unterstützung im Kriege, und Vorbitte bey dem Kayser, das Lehn von Holland, als ein offenstehendes, erhalten mögte. Diese Erhaltung des gesuchten Lehns billigt der ebenangeführte ungenannte Schriftsteller. Doch ohne die genug bekannte Regel zu untersuchen, die die Verfasser der beyden Spiegel, des Sachsen und Alemannen Spiegels vorgerragen haben, so war es damahls nichts fremdes, daß ein Bruder, vermöge des Blutrechts, dem andern folgte. Auch war die Erbfolge des Bruders in Holland nicht ohne Beispiel. Wenigstens ist die Form des Lehnbriefs, in welchem der Kayser, Otto der vierte, bekennet, daß er Wilhelm, dem ersten, Holland zum Lehn ertheilt habe, so, daß er keinen Verdacht eines neuen ihm übertragenen Lehns erregt. S. Meris I, 156. Nach dieser Zeit haben

einigemahl wegen der Erbfolge des weiblichen Geschlechtes, und ihres Uebergangs durch Frauenpersonen auf ihre Männer, Zweifel stattgefunden. Von den Ansprüchen Florentius des fünften sehe man *Mieris* I. 462 und 496.

Johann d'Avennes, Graf von Hennegau, der des Königs Wilhelms Enkel von seiner Schwester war, und nach Holland strebte, betrat einen sichern Weg, und erhielt von dem Röm. König, Rudolph dem ersten, daß ihm nach dem Tode Florentius des fünften, wenn keine Kinder übrig blieben, die Nachfolge zugestanden würde. Dieser hinterließ aber einen Sohn, den Johann, den ersten. Nach seinem Tode, der im Jahr 1299 ohne Erben erfolgte, behauptete der Röm. König, Albert der erste, daß das Lehn von Holland offen und an das Reich verfallen sey. Der Graf von Hennegau hingegen eignete sich den Besitz, als einen ihm durch das Recht der Blutsfreundschaft zukommenden, an. Der König gab auf Vermittelung des Erzbischofs von Eln nach, und verließ eben diesem Graf, Johann, dem zweyten, Holland. Unter was für einer Form? Es schähe es unter der Form eines alten, oder neuen, Lehns? So weit reichen sichere Nachrichten nicht. Der König wenigstens konnte in dem zwischen ihm und dem, der das königliche Lehn suchte, entstandenen Streite, ob es offen stünde, allein nicht entscheiden.

Als der männliche Stamm der Grafen von Hennegau erlosch, so gab der Kayf. Ludwig der Bayern, im Jahr 1345 Holland seiner Gemahlin Margarethe, welche die dritte Tochter Wilhelms des vierten war, nach dessen Abstarben. War es, als ein Lehn, zum Reiche gekommen? Lambacher in der *Expedit. Albert. I.* §. 39. behauptet, und zwar, wider ein einem jeden bekann-

kannte

kannte Regel des gemeinen lehnrechts, mit dem Ausspruch dreier Zeugen, daß das weibliche Geschlecht von der Erbfolge ausgeschlossen gewesen wäre. Allein der Lehnbrief, worinn der Kayser bezeugt, daß er die Grafschaft der Margarethe ertheilt habe, erwähnt nicht allein keiner von ihm hierüber mit den Deutschen Fürsten angestellten Berathschlagung, und ihrer Einwilligung (man vergleiche die auf dem Reichstag zu Nürnberg im Jahr 1281 gemachte Verordnung bey Martene S. 1169), sondern nennt auch die Margarethe die wahre, nächste und älteste Erbin von Holland. Sie trat im Jahr 1349 die Regierung an ihren Sohn Wilhelm, den fünften, ab; da sie ihn aber bald darauf beschuldigte, sein Versprechen gebrochen zu haben, und ihm wider Willen die Zügel des Reichs aus den Händen zu nehmen suchte, so erzeugte sie den traurigen und langen bürgerlichen Krieg, der zwischen der Hortischen und Cabellanischen Parthey geführt ward. Dieser verwüstete den Staat, ob sie gleich im Jahr 1354 sich von neuem alles Rechts zur Regierung begab, sehr, bis der Kayser Maximilian die Ruhe wiederherstellte.

Nach dem Tode Wilhelms des sechsten aus dem Bayerschen Hause, der im Jahr 1417 erfolgte, entstand ein Streit, ob sein Bruder Johann, der Herzog von Bayern, oder seine Tochter Jacobine, zur Regierung gelangen sollte. Der Kayser Sigismund, welcher behauptete, daß das lehn vakant sey, gab es dem Johann, der es suchte (Riemers Bündnisse IV, 3. 44). Da die Jacobine nicht nachgeben wollte, entstand ein bürgerlicher Krieg. Im Jahr 1419 ward ein Vergleich getroffen; aber die Ruhe dauerte nicht lange. Johann starb im Jahre 1425. Die Jacobine brachte der Herzog von Burgund, Philipp der Gütige, zurst
um

um ihr Ansehn bey den Bürgern, bald hernach beraubte er sie des Reichs, und setzte sie im Jahr 1433, als verdiente sie nicht ferner, Menschen zu regieren, über die Forste, über welche sie drey Jahr die Aufsicht führte und ihr kummervolles Leben im Jahr 1436 endigte. Daher kam die Erbfolge durch das weibliche Geschlecht auf die Fürsten von Burgund, so ungern es auch Sigismund sah. Auf gleiche Weise gelangte Holland auf das ansehnliche Oesterreichische Haus durch die Vermählung der Maria von Burgund mit Maximilian dem ersten. Der Kayser Carl der fünfte behielt es, als er im Jahr 1521 Oesterreich an seinen Bruder Ferdinand abtrat, und überließ es nebst den Niederlanden seinem Sohn Philipp dem zweyten, dem König von Spanien im Jahr 1555.

§. 224.

Die Grafen waren zuerst, als sie von den Teutschen Königen ihre Macht erhielten, nicht Beschützer ihrer eigenen, sondern der königlichen und Reichsgerechtsame; nicht eigennützige Gesetzgeber, sondern Vollstrecker der königlichen Befehle. Mit der Zeit erhielten sie, so wie die übrigen Stände des Teutschen Reichs, die Herrschaft über ihr Gebiet, und wurden deswegen von den Einwohnern Landesherrn (rechte Landes Herren) genannt. M. s. Meris II, 2. Worinn bestand aber diese Landesherrschaft?

Daß Sachen nicht nach unbestimmten Ausdrücken, sondern die Bedeutung der Ausdrücke und ihr Inhalt nach Sachen beurtheilt werden muß, sieht jedermann ein. Wenn das Wort Herr eine Macht, Befehle zu erteilen, andeutet, so bezeichnet es gewis keine unbestimmte. Vor dreyhundert Jahren war es üblich, daß Richter (Schöppen) Herr

Herren (*domini*) genannt wurden. Weltliche Herrschaft (*dominium saeculare*) wird in einem Dokument bey *Mieris* I, 365. durch Gerichtsbarkeit (*iurisdictio*) übersetzt. Auf gleiche Weise bedeutet landesherrschaft (*territorii dominium*) nicht Herrschaft über gewisse in dem Gebiete liegende Güter, geschweige denn Herrschaft über seine Bewohner. Man hat lange Zeit in Deutschland den landesherrn (*dominum terræ*) von den Herren, oder Edlen im Lande (*dominis seu melioribus in terra*) in den alten Dokumenten unterschieden. (M. s. *Ludewig reliq. mscript. IV. I. S. 7* und 190).

Die Grafen vertheidigten als Herren von Holland seine Grenzen, wenn es von fremden angegriffen ward, vermöge ihres Rechts und Namens, ließen es nicht geschehn, daß von den benachbarten Fürsten die Gerichtsbarkeit, oder ein andres in die Regierung schlagendes Geschäft, ausgeübt und vorgenommen ward, und strafte jeden Fall, wodurch ihre Gerichtsbarkeit gestört wurde. Aus gleichem Rechte befanden sich Fremde, die sich in ihrem Gebiete häuslich niederließen, in ihrer Gerichtsbarkeit, befestigten sie Dörfer, und verstatteten es den Einwohnern, Dörfer zu befestigen, eigneten sie sich auch das Recht der Herrschaft über große Flüsse, Seen und Wälder, mit Ausschließung der Kayser, mit Recht zu. Sie ließen nicht zu, daß der Kayser irgend einen Einwohner, den er in den Adel erhob, dadurch von öffentlichen Lasten und Abgaben frey machte. (M. s. das Edikt vom *Johann von Bayern*, d. 27 April im Jahr 1422 gegeben, bey *Mieris IV, 629*).

Eben dieser Name des landesherrn hat aber weder ehemals diese Macht in sich begriffen, noch hat er sie, nicht einmahl in Frankreich an und vor sich, daß er die Gewalt bey Lebzeiten und des Absterbens wegen zu veräußern,

seyn, zu theilen, oder nach Willkühr die Erbfolge zu ändern anzeigen sollte, wie das Beispiel benachbarter Fürsten und Bischöfe von Teutschland gelehrt hat. Wenn auch Carl der fünfte, und Philipp der zweyte die Niederlande ihr Eigenthum genannt haben, so haben sie ihr daran haftendes und ihrem Hause erblich gehörendes Recht, nicht aber die Macht sie zu veräußern, zu theilen u. d. m. anzeigen wollen. Carl der fünfte hat im Jahr 1549. mit Einstimmung der Stände festgesetzt, daß sie nie getheilt werden sollten. Man sehe ferner Hierio II, 740. Grocius in der Niederl. Gesch. bey'm Jahr 1598. Vielweniger bezeichnete jene Benennung das Recht, über das Eigenthum und Rechte der Bürger nach Belieben zu verordnen. Daß Philipp der zweyte in diesem Verstande sich Holland nicht zueignen mögte, dafür sorgten unsre Vorfahren mit großem Eifer, indem sie endlich die Waffen ergriffen, und sich der Wuth des Alba tapfer widersetzten.

§. 225.

So weit ging nemlich die alte und rechtmäßige Macht der Grafen über die Einwohner ihres Gebiets, als sie zur Unterdrückung der Anarchie erfodert wurde, aber zugleich von der Herrschaft fern war. Die Rechte der Bürger schrenkten dieselbe ein (§. 6.). Wenn man diese erwägt, so läßt sich erst die Größe dieser Macht und ihre Grenze einsehen.

Wenn die Grafen erst eine übertragene Herrschaft, die aber doch der höchsten unterworfen war, eben so, wie die übrigen Stände des Teutschen Reichs, von den Königen erhielten, so kann dieselbe gewis nicht vollkommen (plenum seu absolutum imperium), oder frey, gewesen seyn. Es befindet sich in den einzelnen Gebieten, worinn
jetzt

jetzt Teutschland eingetheilt ist, eine gewisse Herrschaft über die Einwohner, die man nicht majestätisch nennen kann, wenn man diesem Wort die Bedeutung giebt, in der es die Juristen nehmen; man würde sie mit Recht eine an die Majestät gränzende, oder höchst nahe kommende, nennen können. Es wird viel gestritten, ob diese vor dem Röm. Rön. Rudolph aufgetommen sey, und der Streik kann nicht eher ausgemacht werden, ehe er nicht recht bestimmt wird. Die Dekrete der Kaiser, und einige Unternehmungen auf den Reichstagen, insonderheit vom Jahr 1125, 1220, 1231, 1232, wodurch diese der Majestät nach eifernde Macht, welche außerhalb Teutschlands nirgends ein Beispiel hat, gewissermaassen gegründet geheissen werden kann, lehnen den Verdacht eines unrechtmässigen Ursprungs von ihr ab. Die Teutschen nennen sie Landeshoheit, in Geldern heist sie landesforstlyke Hoogheid; der Name Superiorität, der, wie man glaubt, aus Frankreich herkommt, soll zuerst vom Kayser Carl dem vierten, bey Investiturschreiben, zum Beispiel, in denen, die er dem Herzog von Luxemburg im Jahr 1354, und Herzog von Geldern im Jahr 1377. ertheilt hat, gebraucht worden seyn. S. Pontans Gesch. v. Geldern S. 315. Das Wort Land ist nachher bey den Teutschen nach und nach hinzugesügt worden. Diese Macht, die in den Grenzen eines jeden Gebiets eingeschlossen ist, enthält die wesentlichen Rechte der Regenten, die aber unter Beobachtung der Geseze des ganzen Reichs, der Verträge des Hauses, und einiger Rechte der Kaiser, auch solcher, die einem Vertrage, oder dem Herkommen, gemäss, den Einwohnern gehalten werden, indem auch ihre Rechte unter dem Schutz der Geseze und des Reichs stehen, ausgeübt werden müssen. Es giebt auch noch mächtige Teutsche Fürsten, die bis auf diesen Tag den Übung neuer Geseze und ihrer Auslegung, bey neuen Auflagen u. s. f.

u. s. f. die sogenannten Provinzialstände versammeln, sie um Rath fragen, und ihre Einwilligung erhalten müssen.

Die Grafen von Holland sind etwas eher, als die übrigen Deutschen Stände, zum Besiz der landeshoheit gekommen. Dies konnten sie auch leichter, als die andern, erhalten, nachdem die Macht der Herzoge von Nieder-Lothringen geschwächt war, weil sie am äußersten Ende des Deutschen Reichs ein Land besaßen, aus welchem den Bürgern die Zuflucht zu der Kaiserlichen Jurisdiktion schwer ward, und wo der Kayser Heinrich der fünfte mit seinem Schaden gekniet hatte, wie gefährlich es sey, Krieg daselbst zu führen.

Sie regierten also ihre Einwohner mit Recht und dem Namen nach. Aber was für Einwohner? Sie besaßen alle Freyheit, da die Knechtschaft der Landleute nach und nach aufgehoben war, wiewohl sie ihrem äußerlichen Zustande und den dem Herzog schuldbigen Pflichten nach, unter sich ungleiche Rechte hatten, indem sie theils Edel-leute, theils Freygebohrne, Dienstmänner (ministeriales) und Land- und Stadtleute waren. Ihre Rechte, die sie entweder sämmtlich mit einander gemein, oder die nur besondere Nationen (z. B. die Einwohner von Kennemerland, Westfriesland, Doornen), oder gewisse Städte, Gesellschaften, Gemeinheiten, und Classen (z. B. Vasallen) vor sich besonders hatten, bestanden nicht in der Willkühr des Grafen, sie mochten nur auf Verträgen und Vergleichen, oder auf dem beständigen Herkommen beruhen. Dieses von den Vorfahren übergegangene Herkommen ward damals für ein Gesetz gehalten, von welchem niemand zweifelte, daß es die Grafen erhalten mußten. Diese Rechte, sage ich, waren unumsstößlich und ewig, und das Urtheil des Grafen entschied allein bey zweifelhaften Fällen nicht. Denn selbst die
Kaiser

Kaiser pflegten nicht durch Rescripte und willkürliche Verordnungen ohne die Meinung des Raths über einem zweifelhaften Rechtsfall zwischen Privatpersonen zu entscheiden. Hiervon giebt das Erkenntniß des Röm. Kön. Conrad des Dritten, in dem Streite, den der Abt von Corvey mit seinen Dienstmännern führte, ein deutliches Beispiel. S. Martene Ges. Nachr. II, 607. Von den Grafen von Holland s. Mieris II, 245.

§. 226.

Daher konnten die Grafen nicht anders, als mit Verbehaltung der Rechte der Bürger, Gesetze ertheilen, und diese ertheilten sie auf die Sentenz des Raths, nicht nach Willkühr. Der herrschsüchtige Carl, der Kühne, gesteht, als er im Jahr 1469. eine neue Verordnung wegen der Einrichtung des lehnsggerichts geben wollte, daß er in Person, nach dem Beispiel der übrigen Reichsfürsten, in dieser Art von Gericht den Vorsitz führen müsse; da dieses in Zukunft nicht geschehn könne, so wolle er einen Legaten ernennen, der in diesem Gerichte den Vorsitz haben könnte, und habe er, sagt er hinzu; deswegen die Freyherren, Ritter, denen daran gelegen wäre, zusammenberufen, und ihre ausdrückliche Einwilligung noch dazu erhalten. S. Niederl. Ges. B. II, 680.

Privilegia konnten die Grafen ertheilen; sie mußten aber gerecht seyn, und niemand zum Schaden gereichen. Gerecht, und in der Form, die der Gebrauch des Alterthums erforderte, auch nicht mit reservirter Macht, sie aufzuheben, sondern in der Absicht, daß sie ewig gelten sollten (ten eeuwigen dage), gegeben. Sie konnten weder von denen, die sie ertheilt hatten, noch von ihren Nachfolgern, genommen werden, wenn ihnen nicht ausdrücklich die

die Macht, sie aufzuheben, reservirt war. Ob sie umsonst ertheilt, oder erkauft, oder zur Schadloshaltung derrer, welche für die Angelegenheiten des Grafens einen Schaden erlitten hatten, oder zur Vergeltung andrer Verdienste, gegeben wurden, dies thut nichts, man mag auf die Natur der bürgerlichen Staatsverfassung, oder auf das Verhältniß der Leutischen Verfassung, sehn. So pflegte man den Städten, wenn sie gegründet, oder erweitert wurden, ewigdauernde Rechte zu verleihen, oder, da sie unter die Macht der Grafen gelangten, sie ihnen zu versichern, daß ein jeder, der innerhalb der Fester, oder Grenzen der Jurisdiction der Stadt, geböhren, oder von einem andern Ort dahin gekommen wäre, und sich daselbst niedergelassen hätte, sich fest darauf verlassen könne, daß er sie genießen würde. M. vergl. *Muris* IV, 55. 59. 212, und II, 244.

Den Streit, wie weit der Nachfolger durch dergleichen Handlungen gebunden wäre, konnte dieser nicht allein nach seiner Macht bestimmen, sondern es war Pflicht, nach dem Beispiel der Kaiser, einen solchen Fall vor dem Gericht der Ersten der Nation, des Adels und der Städte zu untersuchen, und nach ihrem Gutachten zu gehn. M. f. *Muris* II. 48.

§. 227.

Die Jurisdiction war die erste und gleichsam ursprüngliche Vertheilung und Recht der Grafen. In kirchlichen Angelegenheiten konnten sie sie sich, vermög der damaligen Zeitumstände, nicht anmaßen, sie überließen sie daher in einem großen Umfang den geistlichen Richtern. Man sehe den Vertrag mit dem Bischof von Utrecht bey *Muris* II, 230. III, 1. 36. IV, 341. Gewissen Mißbräuchen widersetzten sie sich. Ebendas II, 164. 343. III, 690. IV, 301. 678.

Ben

Den den Leutſchen hatte, ein jeder Graf in ſeinem Gebiete die freye Herrſchaft allein, und niemand hatte ſie mit ihm gemein, außer der, dem ſie von dem Könige, oder, nachdem deſſelben ſo genannte Immediatregierung aufgehört hatte, vom Grafen eingeräumt war. Daß von dieſem die bürgerliche Jurisdiction auf Privatperſonen überging, liete weniger Bedenken, als bey der Criminaljurisdiction. Jene konnte, wie! Heineccius deutlich gezeigt hat, auch durch die ordentliche Verjährung erhalten werden.

Die Grafen von Holland erwählten Obrigkeiten, die auf dem Lande und in den Städten die Gerichtsbarkheit ausübten. Dem Eigenthum der Privatperſonen verleihten ſie häufiger die bürgerliche Jurisdiction, als die freye Herrſchaft. Bey Zuſaßung der letztern nahmen ſie bisweilen einige harte Verbrechen aus. Und, obgleich die Gerichtsbarkheit (*officium, jurisdictio, judicialia potestas, ambae*) innerhalb gewiſſer Striche Landes ertheilt war, ſo erhielten ſie doch in alten Zeiten gewöhnlich die Hälfte der Strafe. S. *l. A. Meris* I, 303. ingleichen IV, 6.

In Holland war dies aber gleichſam ein Schild der Freyheit, daß weder Obrigkeiten, noch Grafen, allein, ohne den Rath, in Blutfachen, oder andern Verbrechen, oder bürgerlichen Streitigkeiten, den Proceß führten. Es gab gewiſſe Richter, die an Stande den Parteyen gleich, und an Würde nicht unter ihnen waren. Dieſe mußten nach den Geſetzen und dem alten Herkommen richten. Daß ein Graf aber in ſeiner eignen Sache allein hätte richten ſollen, verrug ſich mit der Gerechtigkeit dieſer Zeit nicht. Solche Sachen pflegten entweder von denen, die darüber einen Compromiß hatten, oder von den Lehnsgewichtern und in der Verſammlung der Vornehmſten der Nation

tion abgethan zu werden. M. f. d. V. *Mieris* III, 427. 577. II. 529.

Daß nicht das Recht zu strafen in Rache oder Habsucht einschläge, suchten die Einwohner durch mancherley Privilegien zu verhüten. Die Zeit, die Verbrechen zu strafen, ward auf gewisse Räume eingeschränkt. *Mieris* III, 629. IV, 11. 276. Van de Wall Dordr. S. 272. So ward gleichfalls festgesetzt, daß niemand zu gleich in Leben und Confiskation seines sämmtlichen Vermögens bestraft werden sollte.

Die Grafen hatten das Recht, öffentliche Verbrecher zu begnadigen, *Mieris* II, 233, 239; nur mußte dadurch das Recht eines andern nicht gekränkt werden, und die gegebene Zusage, ein gewisses Verbrechen zu bestrafen, diesem nicht entgegen stehn. S. *Mieris* IV, 752.

Die Einrichtung des Gerichts, worin sie den Vorfig führten, war durch Verträge und Herkommen bestimmt. Von der Art, wie in dem Kennemerlande Versammlungen angesetzt wurden (s'Gravendings), siehe *Lams* in seiner *Kennemerlande* S. 1. ingleichen *Alberich* begunn Jahre 1234.

§. 228.

Ein Theil der Freyheit besteht in dem Rechte, den Aufenthalt zu ändern. Daß die Einwohner dieses nicht verlohren haben, lehren so viele Beispiele solcher, die sich aus einem Amte ins andere, oder vom Lande in die Städte begeben haben, von welchen nicht bekannt ist, daß sie von den Grafen zurückgefodert worden wären. Daß aber, wegen jener Auswanderungen einzelner Personen, einer ganzen Gemeinheit eine Erleichterung der Abgaben zugestanden worden wäre, leuchtet aus den *Dokusmenten*

menten bey **Mieris III**, 177. 179. 183. hervor. Aus betrüglichen Ursachen anzustellende Auswanderungen hat man zu hindern gesucht. **Ebenders**. IV, 176.

Zur Teutschen Freyheit gehörte vormahls das Recht, Ausländern Kriegsdienste zu thun, und man rechnete es noch jetzt dahin, wenn nicht gezeigt wird, daß es in einem Lande gesetzmäßig abgeschafft ist. War vormahls der Zustand von Holland schlechter? Ist ihnen dieses Recht ehemahls durch ein allgemeines Gesetz genommen worden?

Daß die Vasallen ihrem Vertrage gemäß, und die übrigen Bürger, als Bürger, für das Vaterland die Waffen zu ergreifen schuldig waren, um es gegen feindliche Angriffe zu beschützen, das liegt außer allem Zweifel. Ob sie aber aller und jeglicher privat Streitigkeiten der Grafen, und einer jeden ihnen unbekannten, oder von ihnen nicht ganz gebilligten Ursach, wegen, außerhalb Holland Kriegsdienste zu thun verbunden waren? **S. Altemads Brief S. 231**. Die Vasallen wenigstens, die, nach dem allgemeinen Lehngesetz, der Herr nicht zwingen konnte, ihm in einem ungerechten Kriege beizustehn, namen zuweilen das Reich (imperium), das heißt, das Teutsche Reich, aus. Eben dies thaten die Westfriesländer im Jahr 1319. **Margarethe** sagt in dem den Dordrechtern im Jahr 1346. gegebenen Codicill ausdrücklich, daß sie, ohne Zustimmung der Edelleute und Städte (by raade ende goetdunken onser Ridderen ende Knaapen, ende onser goede Luiden onser Steden), niemand, außerhalb Holland, betriegen wollte, und thut auf den Gehorsam der Soldaten als Regentinn in dem Fall, daß sie diese Zustimmung nicht suchen würde, Verzicht. Gesezt auch nun, daß dieses Codicill unkräftig gewesen ist (van de Wall Priv. von Dordr. S. 200.)

fo scheint doch die Sache felbft nichts unerhörtes gewesen zu feyn. W. f. eben diefer Margarethe Codic. bey Launs von der Gefch. des Renuemerlandes. S. 10. In gleichen das den Einwohnern der Stadt Heusden gefchene Verprechen bey *Mieris* III, 727.

Außerdem scheint es nicht bey den Grafen geftanden zu haben, dem Adel, Städten und andern Gemeinheiten fo viel Mafrofen, oder Soldaten abzufodern, als ihnen gut dünkte. Die Art, dergleichen Lieferungen einzelnen Perfonen, oder Gemeinheiten, abzufodern, war durch das Herkommen und durch Verträge feftgefeyt. Ebenders. IV, 13. Von den Vasallen findet man Beyspiele beyen *Mieris* I, 432. II, 174. Von den Städten, z. B. der Stadt Leiden, die dem die Armee anführenden Grafen 25 Soldaten gab, fehe man ebendenselb. I, 344. II, 55; von Harlem das Harlemer Privil. S. 19. Den mit den zum Kriege erforderlichen Sachen versehenen Soldaten pflegte die Stadt, die ihn ſchickte, fo lange zu erhalten, bis er ins Lager kam (*Mieris* II, 671); war er dort angekommen, fo fiel diese Sorge dem Graf zu. Daß dies aber nicht immer fo gehalten worden ſey, ſieht man bey *Mel. Secke* beyen Jahr 1305, von Enkhuizen bey *Broek* und *Edam*, und von dem Lande *Artel* bey *Mieris* II, 830. II, 34. 169. 94.

Ein jeder, welcher von dem Grafen, auf Gutachten des Raths, dreyrnahl zu einem gemeinſchaftlichen Kriegeunternehmen (*Herenvaerd*) eingeladen war, und nicht erſchien, wurde mit einer ſchweren Strafe belegt. *Mieris* IV, 527. II, 58. u. f. f.

Wie die Kriegskosten berechnet, und von dem Grafen dargelegt ſind, davon ſ. m. *Mieris* IV, 527. II, 58 u. f. f.

Was

Was die Streitigkeiten der Bürger und Städte anbelangt, so hatte keine das Recht, für sich Krieg zu führen, außer der, welcher es der Graf erlaubt hatte, ihre erlittene Beleidigung durch sogenannte Repressalien, und durch die Waffen zu rächen. Ebenders. II, 434. Ferner erlangten die Edelleute und Städte das Recht, Festungswerke zu bauen (wozu ehemals die Grafen in Deutschland eine besondere königliche Erlaubniß zu suchen pflegten), von dem Grafen. Ebenders. II, 16. Auch erhielten viele von ihnen, damit sie nicht durch plötzliche Anfälle beunruhigt würden, das Recht, daß in ihrer Nähe innerhalb eines gewissen Raumes keine Festungen angelegt werden durften. Ebenders. II, 807. 814. Van de Wall Priv. von Dordr. S. 222. Ob die Städte in der Folge das Recht erlangt haben, wider Geheiß des Grafen Festungswerke anzulegen, davon hat ebenders. am angef. Orte S. 1581 weitläufigt gehandelt.

§. 229.

Von der Armee komme ich auf die Abgaben. Ist es nicht eine größere Verminderung der Freiheit, wenn ein Bürger, der Ursach, weswegen er die Waffen ergreift, unbewußt, oder, daß sie leicht, oder ungerecht, sey, überzeugt, sein Blut, als wenn er einen kleinen Theil seines Vermögens den Fürsten darzubringen genöthigt ist? Wie nun? Haben die Holländer sich eifriger bemüht, ihr Geld nicht wider Willen durch Abgaben, als Leben und Freiheit durch den Krieg, hinzugeben?

Es ist ausgemacht, daß die Grafen die Abgaben ansetzten; aber was für welche? Wie weit stiegen sie? Konnten sie sie wider Willen der Unterthanen fordern? Konnten sie sie nach ihrer Willkühr anordnen?

Die Güter, von deren Einkünften die Grafen lebten, und die zur Verwaltung der Regierung erforderlichen Unkosten bestritten, waren theils ihr eignes, oder ihrem Hause gehörendes, Eigenthum, und etwa durch Kauf, Tausch, oder andre Art an sie gekommen, theils gehörten sie zur Grafschaft. Selbst die Kaiser pflegten die Einkünfte der Grafen, als Grafen, in Einkünfte aus der Grafschaft, und Einkünfte aus der Gerichtsbareit einzutheilen. Der Graf besaß sowohl aus öffentlichem, als privat Eigenthumsrechte Ländereien (Domainen), die er zum Theil administrieren ließ, zum Theil ihren Genuß gewissen Personen, mit Aufhebung der persönlichen Dienstbarkeit, oder sie andern mit dem Eigenthumsrechte, unter der Bedingung eines jährlichen Zinses (Cyns, oder Marsghengelt), und gewisser Handarbeit und Fuhrn (Corwyden, oder Hand en Spandiensten) erteilte. Er zog auch nicht wenig Vortheil aus Flüssen, Fahren, Verkaufung mancherley Rechte, die er entweder allein besaß, oder sie den übrigen Bürgern zu genießen verbot. (M. f. ebendas. III, 7. 10. 24). Dies war die Ursach, daß nicht allein für die zur Vergrößerung der vor den Städten liegenden Gärten eingeräumten Aecker, sondern auch für besondere Rechte den Städten nicht überall gleiche Abgaben aufgelegt wurden. S. Wall Priv. von Dordr. S. 31. Von den Einwohnern von Dordrecht, welche dem König Wilhelm und Grafen 14 Tage lang die Bestimmung des Preises der Eswaren überlassen mußten, sehe man ebendens. S. 30. Außer diesem zogen die Grafen aus Lehnverträgen, deren Menge vorzüglich im 14. Jahrhundert anwuchs, aus Erbschaften von Fremden (Mieris II, 244), Unehelichen (ebendens. III, 221. 264. 540. 633. IV, 186) Vortheil. Von den Westfriesländischen Zehnten sehe man den Vertrag vom Jahr 1289 bey ebendens. I, 491. Von den
aus

aus dem Münzwesen und dem Gelde, das die Städte zuweilen für das nicht in Ausübung gebrachte Recht, Geld zu schlagen (Sleiscat) bezahlten, fließenden Einkünften so, wie man ebendensf. IV, 165. 295. Bisweilen ließen sich Grafen, wenn ihre Vermögensumstände nicht gut standen, so weit herab, daß sie die Gerichtsbarkeiten der Obrigkeiten verpachteten, versetzten, oder veräußerten. Ebendensf. IV, 224. Um dies zu verhindern, traten gewisse Gemeintheiten zusammen, und verbanden sich, daß sie darauf halten wollten, daß eine jede obrigkeitliche Person endlich erhärten sollte, daß sie für die Erhaltung des ihr zu ertheilenden Amtes nichts gegeben, noch, daß dafür etwas gegeben werde, gesorgt habe (ebendensf. IV, 291. 1094). Die Einkünfte von den Strafgebern (hoetens) waren desto ergiebiger, je größer die Zahl der Vergehungen war, die mit Geld bestraft wurden, und je weniger leibesstrafen festgesetzt waren. Für den Totschlag mußte auch dem Grafen ein Lösegeld von aller Schuld bezahlt werden (Landwining), nachdem mit den Unverwandten des Getödteten ein Vergleich wegen des zur Unterlassung der Rache oder Anklage verlangten Lösegeldes (Zoën) getroffen worden war, dessen Preis gemeiniglich Schiedsrichter bestimmten, wiewohl der Graf, wenn es die Noth erforderte, ihn selbst vermöge seines Rechts festsetzen konnte. (ebendensf. IV, 291. 325. 340. Van de Wall S. 893.

§. 230.

Es reichten aber die überhaupt angezeigten Quellen der Einkünfte zur Bestreitung der im Krieg und Frieden zu verwendenden Ausgaben nicht hin. Man hatte Abgaben nöthig.

Diesen waren die alten Teutschen so abgeneigt, daß Tacitus aus dem Umstande, daß die Osier sich Abga-

ben gefallen ließen, folgert, diese Nation sey keine Teutsche. Als nachher die Staatsverfassung sich änderte, blieb dieses Gut der alten Freyheit, daß Edelleute, welche mit ihrem Leibe und Blute dem Staat dienten, Freyheit ihrer adelichen Güter genossen. Hierzu kam die Meinung, daß die den Kirchen geschenkten Güter, gleichsam den göttlichen Gesezzen gemäß, frey wären. Da man anfang, diese Freyheit auf alle der Kirche gehörende und tributfähige Güter, sie mogten erlangt seyn, wie sie wollten, überzutragen, so widersezten sich die Fürsten, einige früher, andere später, diesem einreißenden Uebel durch Gesezze. Von dieser Art ist das Edikt des Grafen von Holland bey **Mieris II, 464**, ingleichen **S. 641**, wo eben dieses in Hinsicht auf die Edelleute verordnet wird. **S. ebendensf. III, 747.**

Die Abgaben der Einwohner von Holland, die zu denselben verbunden waren, waren theils festgesezte (**Taetscot**), und zwar solche, die entweder jährlich einmal, oder in verschiedenen Theilen zu geben waren (**M. f. das Priv. von Harlem S. 20**), und zwar durch das Herkommen, oder durch Verträge bestimmt, **Mieris 200. 235**, und nicht nach Willkühr erhöhbar, **f. Altesmads Briel II, 15**; theils wurden sie außerordentlich entweder zum Kriegsgebrauch, oder im Frieden, gewisser Fälle wegen, von denen einige den im Burgundischen Reiche sogenannten **Cas Imperiaux** glichen, und in den alten Documenten der Städte viele angeführt werden, abgetragen. **Ebendensf. I, 157. 223. 282. 482. III, 169.** Es pflegte auch durch das Herkommen und durch Verträge ausgemacht zu werden, wie viel in einem solchen Fall zu erlegen war (**m. f. B. das der Stadt Edam und Broek erteilte Diplom bey Mieris III, 32. 169**), oder es ward für den gegenwärtigen sogleich friedlich verhandelt. **Ebend. I, 200. 225. 344.**

Auf

Auf was für Art die Städte bey Kriegsunternehmungen, jede nach ihren Kräften, Geld aufbrachten, kann man aus der im Jahr 1426 vorgenommenen Sammlung von 30,000 alte Schulden (von welchen ein jeder 15 Stäver, oder ein Holländisch Pfund betrug) sehen, wodurch für 1500 Soldaten auf sechs Monath Gold aufgebracht werden sollte. Harlem bezahlte 5000 Schil den; Leiden und Delft, jede 3500; Amsterdam 3000, Rotterdam 1250, Hoorn 2000, Enkhuizen 625.

Es war dem Grafen aber nicht erlaubt, außerordentliche Abgaben, einer jeglichen Urfach wegen, sie mochte eine privat, oder öffentliche, seyn, wider Willen der Unterthanen, zu fordern. Dergleichen Geldbesteuern, z. B. zur Bezahlung der Schulden des Grafen, wurden aus freyem Antriebe gegeben. Die Stadt Dordrecht, die den Grafen, auf Ansuchen, mit Geld unterstützte, ließ sich eine schriftliche Versicherung geben, daß es aus treuer Gesinnung, nicht aus gesetzmäßiger Schuldigkeit (by gratie en voor geen recht) geschehn sey. Van Wall Priv. von Dordr. S. 18. 215. Auch vergleiche man *Mietis* IV, 64. Die Prinzessin von Cleve, Margarethe, des Herzogs Albert von Bayern und Grafen von Holland Wittwe, mußte sich so herablassen, daß sie, um dem Ansuchen der erblichen Creditoren zu entgehn, nachdem sie sich von der Erbschaft ihres Gemahls losgesagt hatte, einer niedrigen Carimonie unterwarf, welche *Alkemade* in der *Gesch. d. Stadt Briel* I, 310 und S. 267 beschrieben hat.

Die Edelleute, Freygebohrnen, und die, welche die Grafen mit der Freyheit von Abgaben beschenkt hatten, waren, außer den Kirchen und Geistlichen, von Besteuern ausgenommen. Acker, die ganz frey waren, hießen *Dryland* (*Greyland*). *Ebenders.* IV, 238. Die Gra

Grafen mußten aber bey dieser Ausnahme sparsam verfahren, um nicht, mit dem Gute fremder Personen strengesig, die Gemeinheit, zu welcher der von Abgaben strengesprochen gehörte, zu sehr zu beschweren. Ebendersf. II, 10. 33. 148. III, 20. 302. 329. 420. 577. 579. Deswegen verringerten sie, der Billigkeit gemäß, die Größe der der sämmtlichen Gemeinheit auferlegten Bensteuer, wenn einige Glieder derselben abgingen. Ebendersf. III, 583. Die Grafen waren daher verbunden, außerordentliche Bensteuern von den Bürgern durch Ansuchen zu fordern; die Bürger daß, was sie nach dem Herkommen und Vergleichen schuldig waren, aufzubringen. Doch durften die Obrigkeiten in ihrer Jurisdiction, wider Geheiß des Grafen, keine Abgaben, insonderheit auf Lebensmittel (Excys), nach ihrer eignen Willkühr legen. Dieses Erlaubniß erteilten die Grafen mancherley Ursachen wegen, z. B. daß von den Obrigkeiten für sie aufgebracht Geld eingetrieben werden könnte; daß Schulden der Gemeinheit abgetragen, und Straßen gepflastert würden u. s. w.; sie selbst nahmen zuweilen einen Theil von dieser Bensteuer ein. Ebendersf. II, 674. III, 67. u. f. f. IV, 58. 151. 181. 187. 239.

§. 231.

Je größer die Macht der Grafen warb, nachdem die Regierung an das Haus Zennegau gekommen war, desto sorgfältiger mußten die Bürger darauf bedacht seyn, daß ihre Rechte nicht verlohren gehn, und aus gewissen Rechten keine ihnen bloß aus Nachsicht zugestandne gemacht würden.

Die Grafen hatten nemlich verschiedene Stützen ihrer Gewalt, die Gerichthesbarkeit, Geldstrafen, körperliche Strafen, Confiscation der Güter, Aufbe-

hebung der Privilegien einzelner Personen, oder ganzer Gemeinheiten, gewisser Vergehungen wegen; die Unterstützung der Klienten und Bürger, als Kriegsleute betrachtet, ihre untereinander obwaltenden Streitigkeiten, Verschenkungen der Ehrenstellen, Beneficien und Lehne, der Bannstrahl des Papstes und Bischofs von Utrecht. S. J. B. Mieris I, §26. II, 79. 247. 475.

Die für ihre Freiheit besorgten Bürger suchten aber mit allen Kräften, es dahin zu bringen, daß die Grafen entweder ihren Rechten nichts entziehen wollen mögten, oder überhaupt nicht, wenigstens mit vieler Schwierigkeit, ihnen entziehen könnten. Diese Absicht zu erreichen, bedienten sie sich dreier Mittel. Sie verpflichteten die Grafen beym Antritt ihrer Regierung durch einen Eyd, daß sie die Gesetze befolgen wollten; sie ließen sich eine besondere Bestätigung der Rechte, die eine Stadt, oder ein anderer Körper, besaß, ertheilen; sie bestimmten und vermehrten die Macht der Stände. Es schwur der Graf zu eben der Zeit, da er sich von den Bürgern huldigen ließ, daß er ihre Rechte unverbrüchlich erhalten wollte. Damit es auch desto deutlicher auffiele, daß der Antritt der Regierung für einen zweiseitigen Contract, wodurch das Volk gegen den Fürsten, und der Fürst gegen das Volk eine gegenseitige Verbindlichkeit bekäme, anzusehn sey, so ward es üblich, daß zuerst der Graf, hernach die Bürger, ihre Treue endlich erhärteten. S. d. Niederl. Ges. B. IV, 8. Des Lamsius Kennemerland S. 90, wo Carl der fünfte verspricht, daß er die vorhandenen schriftlichen Rechte, und das Herkommen heilig bewahren wolle. Diese Angelobung könnte man mit Recht ein allgemeines Fundamentalgesez, d. h. einen Vertrag nennen, worin das Ver-

Vertrauen der Bürger auf ihren Fürsten, daß er gegen sie gerecht seyn werde, und der dafür dem Fürsten schuldige Gehorsam gegründet wird.

Die Klugheit verlangte von einem jeden Grafen, insonderheit von dem Nachfolger in der Seitenlinie diese special Bestätigung ihrer Rechte zu suchen. Auf diese Art wurden ihre Rechte im frischen Andenken erhalten, und ein jeder Graf durch sein eigenes Versprechen verpflichtet, ob er gleich schon durch das gesetzmäßige Verhalten seines Vorgängers, ohne einen solchen besondern Vertrag, gebunden war. Den Grafen war diese Erneuerung der Privilegien angenehm, und zuweilen einträglich. Wegen der Stadt Leiden verordnete Florentius der fünfte, daß sie für jedes neue an die Frenbriefe von seinen Nachfolgern hinzugefügte Siegel ein volles Faß Wein liefern sollte. *Mieris I, 345.* Im 14 Jahrhundert pflegte man die schriftlichen Gerechtsame der Städte und Gemeinheiten durch Frenbriefe zu versichern; im 16 Jahrhundert wird auch die namentliche Anführung der nicht schriftlich abgefaßten Rechte häufiger.

Die Stadt Dordrecht suchte von dem Concilio zu Basel eine neue Bestätigung ihrer Rechte. Die Väter dieses Concils wollten sich gern in die bürgerlichen Angelegenheiten mischen, und wurden mehr unternommen haben, wenn sich der Kayser Sigismund nicht widersetzt hätte.

Die, welche sich Versicherung geben ließen, daß die ihnen gegebene Obrigkeit auf ihre Privilegien schwören sollte, handelten vorsichtiger. *Mieris IV, 12. 324.*

§. 232.

Daß der Name Landstände vor dem Jahr 1428. in den Dokumenten nicht vorkommt, hat der sorgfältige
Schrifts

Schriftsteller Wagenaar angemerkt. Es ist aber, wie es oft geschieht, auch diese Sache älter, als ihr Name. Man versteht aber unter dem Namen **Landstände** eine Gesellschaft von Bürgern, die von dem Rath der Grafen unterschieden war, und die Verbindlichkeit auf sich hatte, für die Beschüzzung der bürgerlichen Rechte zu wachen, mit welcher die Grafen sich der Republik wegen berathschlagten, und ohne deren Wissen und Willen sie keine neuen und der Freyheit, oder dem Eigenthume, der Bürger nachtheiligen Abgaben einführen durften. Es scheint ein alter Gebrauch zu seyn, daß die Grafen bey neuen Einrichtungen nicht nach eignen Willkühr, sondern nach dem Gutachten des aus freygebohrnen Einwohnern bestehenden Raths verfahren durften. Die Carolingischen Kaiser erteilten ihnen bisweilen die Macht, Gesetze zu ertheilen; doch sollten sie dabey die **Dienstmänner** (*Ministries*) zu Rathe ziehn. Wie viel Gewalt der Adel, die Freygebohrnen und Dienstmänner im Anfange des 13. Jahrhunderts gehabt haben, leuchtet einigermaßen aus dem Briefe der Adelheid bey Rymer I, 144. hervor. Man füge diesem noch das Diplom bey Mieris I, 342. II, 803. hinzu. Dem Adel wurden in der Folge die großen Städte (*groote steden*) beygegeben. Auf diese Art bestand dieser allgemeine Rath der Nation aus dem Adel und Deputirten der Städte, und ward *gemeene raad en steden* genannt, wie man aus dem Schreiben der Stadt **Widdelburg** im Jahr 1349. sieht, die, bey der Widersezzung gegen den ihr erteilten Befehl, zwischen dem Grafen, allein betrachteth, und, als von jenem Rathe umgebeth, unterscheiden. Ebenders. II, 760. ingl. III, 39. IV, 158. 378. 496. Ich will nicht das von dem Diplom der **Magarethe** gesagte wiederholen (§. 228). Ich muß aber des vom **Johann dem Bayern** erwähnen, Ebendas. IV, 757. ingleichen S. 764. u. f. f.

314 Zwoenter Theil. Drittes Capitel.

u. f. f. Die Berrichtungen, welche mit der Zustimmung der Stände vollzogen werden mußten, waren von der wichtigsten Bedeutung. Sie betrafen, zum Beispiel, die Vormundschafft eines Grafens, und während seiner Minderjährigkeit einzurichtende Verwesung des Reichs (ebendas. I, 614. ingl. III, 8. 39. u. f. f. 42. 263. IV, 746); Verträge mit den Nachbarn, ebendas. II, 791; die Bestimmung des Werts vom Gelde, ebendas. IV, 292. 294. 305. 592. 646; Friedensschlüsse, ebendas. S. 649; Auslegung neuer Tribute; Veräußerungen, ebendas. II, 795. III, 49. Ueber die Art, Krieg zu führen, sehe man Riemers Haag II, 409. Von dem Zwange des Grafen zur Beobachtung der Treue s. m. Mieris II, 691. u. f. f. IV, 55.

Johann von Bayern räumte es den Städten im Jahr 1413. ein, sich aus freiem Triebe und ohne Geheiß des Grafen versammeln zu können, auch Maria gab im dem im Jahr 1477 den Ständen ertheilten Diplom, im 15. Artik. ihnen zu ihrem Vorthail nach. S. Troz bey den Fundam. Gesetz. S. 86. u. f. f. Man sehe noch über eine gewisse Versammlung der Städte bey Abwesenheit des Grafens den Mieris III, 581 nach. Unerlaubt wäre es aber gewesen, wenn die Stände sich auf ihr Gurbünnen versammelt hätten, obgleich dieser Umstand ihre Rechte nicht umgestoßen haben würde. Die Stände des Teutschen Reichs kommen nicht ohne Geheiß des Kayfers zusammen. Wo giebt es aber jezt Stände irgend eines Reichs, oder hat vormahls dergleichen gegeben, die an Größe und Sicherheit ihrer Rechte den Ständen des h. Röm. Reichs gleichkämen, geschweige sie übertreffen sollten?

§. 233.

Als die Regierung auf Philipp den Gütigen und seine Nachkommen gelangt war, so bekamen die Niederlande, wie ganz Europa, eine neue Verfassung. An die Stelle der alten Taktik und des bürgerlichen Soldaten trat, nach und nach, der in Löhnung genommene Soldat und die damit verbundene Disciplin ein. Die von Burgund und Oesterreich mit Frankreich geführten vielen, und fast ununterbrochenen, Kriege, deren Veranlassung Wett-eifer war, verursachten mehr Kosten, als die alten, und erzeugten daher ein öfteres Ansuchen um ungewöhnliche Abgaben. Die sich um diese Zeit weit verbreitende Schifffahrt und Handlung der Holländer machte neue Bündnisse mit den Ausländern, und neue allgemeine Gesetze nöthig, deren es vorher, da der Gegenstand ihrer Errichtung, und die Macht sie in Ansehn zu bringen, oft wegfiel, nur wenige gab. Das Studium des Röm. Rechts und sein Gebrauch schien in dem Gerichtswesen eine Aenderung zu fordern, und es riefen viel Ursachen die Errichtung eines Obergerichts, das ganz Holland gemeinschaftlich hätte, an, welches auch eben dieser Philipp, wenn es gleich nicht aus wahrer Väterlicher Gesinnung geschah, doch wenigstens mit heilsamer Absicht anordnete.

Doch unterließen es die Stände damals nicht, zu ihrem und des Volks Besten thätig zu seyn. Bald gaben sie den sie beeinträchtigenden Zeitumständen nach, bald hinderten sie zu gehöriger Zeit, daß die rechtmäßige und nothwendige Macht der Fürsten nicht nach Verhältniß der Zunahme ihrer Kräfte in Herrschaft übergehn mögte. Philipp bewies sich, nachdem er die Klagen, daß er zuweilen vom Wege des Rechts abgewichen wäre, untersucht hatte, den 11 Jun. 1452 gütiger. Da er im Jahr 1445, als einige Edelleute wegen der Freiheit ihrer Dynastien von den

316 Zwenster Theil. Drittes Capitel.

den Abgaben einen Streit bekamen, ihnen, einem Ausschutten des Rathes gemäß, der Beweis dieser Freyheit aufzulegen, und, weil sie ihn nicht führen konnten, ihnen die Abtragung derselben anbefohlen hatte (s. Wagenaar am angef. Orte IV, 15), so versprach er an dem genannten Tage und Jahre, daß er den Freygebohrnen, welche Kriegsdienste thaten, und eine freye Herrschaft besäßen, ihre alte und bewiesene Freyheit beschützen wolle. Er bestätigte auch den Holländern das Recht *de non evocando* gegen ein höheres, außer Holland errichtetes Gericht; doch nahm er vier Fälle aus, worüber er die Entscheidung, nicht ohne Erschütterung der Freyheit der Einwohner, jenem Rath, oder sich selbst, vorbehielt. S. Ges. B. II, 679. Er räumte den Ständen auch ein, daß sie wegen Rescripte und Verordnungen, die zum Nachtheil ihrer Rechte gegeben wären, ihre Klage an den Rath und Statthalter bringen, und, wenn dieser denselben nicht abhülfe, sich an ihn, oder seinen hohen Rath, wenden könnten. Ebendas. II, 658. Den Einwohnern vom Kennemerlande verstattete er im Jahr 1455 das Recht, ungehorsam zu seyn, wenn er wider das Versprechen, die Kennemerländischen Dynastien und Gauen nicht zu veräußern, handeln würde.

§. 234.

Der Sohn Philipps, Carl der Kühne, der größte Unternehmungen, als sein Vater, begann, erregte in Holland und Seeland, wegen der Ausdehnung der Grenzen seiner Macht, viele Klagen. Die Stände von Holland und Seeland suchten daher, als er im Jahr 1477 starb, dergleichen dadurch auf die Zukunft zu verhüten, daß sie seine einzige hinterlassene Tochter und Erbin, Maria, nicht eher huldigten, als bis sie sich mit ihr über eine schriftliche von ihr zu ertheilende Versicherung, worinn die Rechte

te des Volks und der Stände außer allen Streit gesetzt und versichert wurden, verglichen hätten. Diese Versicherung gab sie den 14. März des angeführten Jahres von sich, und es ist schwer auszumachen, ob dies sogenannte große Privilegium der Maria von Anfang an, als von einer damals noch jungen, und vor den Nachstellungen des Königs von Frankreich, Ludwig des ersten, auch vor der Empörung ihrer Bürger sich fürchtenden Prinzessin gegeben ungültig gewesen sey, oder durch die Behauptung Philippa des schönen, ihres Sohns, und Enkels Carl des fünften, daß jene Versprechung ihrer Mutter und Großmutter sie nicht bände, unkräftig geworden, oder endlich von Anfang an rechtskräftig gewesen, und in dem allgemeinen Versprechen des Königs Philipp (§ 236.) mit eingeschlossen sey und seine Kraft behalte. Man vergleiche hierüber Josings Staatsrecht I, 273 u. f. f. van de Wall Priv. von Dordr. S. 661, ingleichen Papendrecht Belg. Annalen III, 2, 273. 501. Die Stände von Holland behaupteten im Jahr 1554 selbst, daß die Verordnung der Maria keine Kraft habe; sie gebrauchten sie aber im Jahr 1566, die Beschuldigungen des Königs Philipp von sich abzutreiben. Die meisten Punkte dieses Privilegiums führen kein neues Recht ein, sondern nehmen das alte vor und erhärten es, und selbst Philipp der schöne und Carl der fünfte haben viel in dem Privilegio enthaltene Stücke einzeln versprochen, als war ihnen nicht sowohl der Inhalt, als vielmehr die Form des Gesetzes, zuwider, welches nach dem bei den Ausländern üblichen Ausdruck, die Capitulation des Grafen von Holland und Seeland genannt werden könnte. Es war einiges in dem Gesetze enthalten, welches dem, der das Versprechen von sich stellte, beschwerlich fallen konnte (§. B. Zusammenkünfte der Stände ohne Geheiß des Fürsten), und das den übrigen Nationen, die eben dieses Recht

318 Zwoyter Theil. Drittes Capitel.

Recht nicht hatten, gehässig scheinen konnte, nemlich, *Maria* sollte, ohn Einwilligung der Stände, nicht heurathen dürfen, wiewohl dies Recht nicht ganz neu, noch auch überhaupt unbillig, war.

§. 235.

Philipp der schöne und **Carl** der fünfte hatten so viele Kräfte, und insonderheit **Carl** der fünfte bey den Niederländern so viel Ansehn, daß die Stände, das heist, die beständigen Beschützer der Rechte des Volks, indem sie sich wider neue Ausdehnungen der Herrschaft, insonderheit bey Gelegenheit gesuchter Abgaben, zu sichern suchten, in keinem Stuck, weder von ihrer Pflicht, noch von der Billigkeit, abgingen.

Im Jahr 1491 that **Philipp** das Versprechen, daß er sich des Rechts, neues Geld zu schlagen, und den Werth des Geldes zu erhöh'n, oder herabzusetzen, nicht bedienen, auch keine neuen Zölle anlegen wollte, wenn die Stände nicht ihre Einwilligung erteilten. *S. Niederl. Ges. B. IV, 6.* Aus *Rymers Gesamm. Bündnissen V, 4. 82.* sieht man, daß in eben diesem Jahre vier Holländische, und eben soviel Seeländische Städte ein Bündniß mit dem König von England, **Heinrich** dem Siebenten, unterschrieben haben.

Carl der fünfte dehnte die Macht Gesezze zu geben seit dem Jahr 1520 weiter aus, als sie vormals gegangen war. *S. Niederl. Ges. B. IV, 255.* Sein Großvater hatte im Jahr 1455 anders gehandelt. *S. Lams Rennerl. S. 65.* Von den Abgaben merke ich an, daß die Freyheit des Adels von diesem Kaiser auf ihre Lehnsgüter, wodurch sie zum Kriegsdienst verpflichtet wurden, eingeschränkt ward, ingleichen, daß es

es keinem Lehnsträger, oder Dynasten, ohne dazu von dem Fürsten Macht erhalten zu haben, erlaubt gewesen sey, von solchen, die schon öffentlich befohlne Abgaben liefern mußten, Steuern einzutreiben. *S. Niederl. Ges. B. II, 2049.* Im Jahr 1527 versicherten die Stände von Holland sich ausdrücklich, daß sie das aufgebracht Geld zur Vertheidigung von Holland, oder, wenn mit Frankreich Friede war, dasselbe zu keinem andern, als öffentlichem Gebrauche, verwenden wollten. Mehrere zu dieser Zeit die Abgaben und Rechte der Stände betreffende Vorfälle hat Wagenaar in der *Vaterl. Gesch. IV, 391. 488. und V, 406 u. f. f.* gesammelt. Bei dieser Gelegenheit erzählt er, daß im Jahr 1515 in Holland auf 230,000 Acker Land, und 45,000 Häuser ein Tribut gelegt sey, und nicht mehr, als 172,000 Einwohner Schatzung gegeben haben (im Jahr 1732 sind 163,462 Häuser in die Schatzungsregister eingetragen worden). Ebenso liest man daselbst *IV, 405. 429*, was im Jahr 1554 u. f. f. wegen der Ausschließung der Fremden von der Ausschüttung der mit Ansehn und Macht verbundenen Aemter vorgenommen sey.

§. 236.

Sehr wohl hat Wagenaar *V, 339* angemerkt, daß die Stände mit Philipp dem zweyten, als er sich im Jahr 1549 von ihnen huldigen lassen wollte, vorsichtiger verfahren wären, indem sie sich vorbezüglich derjenigen Worte enthalten hätten, woraus ihre Einwilligung in eine weniger, als sonst, begrenzte Regierungsform hätte abgenommen werden können. Philipp gab in dem angeführten Jahre seine beschworne Versprechung mit diesen Worten: ich werde alle Privilegien und Freyheiten, welche von meinen Vorfahren den Grafen und Gräfinnen, dem Adel, Städten und allen darun-

ter

320 Zweyter Theil. Drittes Capitel.

ter stehenden, sowol geistlichen, als weltlichen, Gütern, und dem ganzen Holländischen und Westfriesländischen Vaterlande eingeräumt sind; in gleichen alle übrigen Hertommen, Beobachtungen, Gebräuche und Rechte, welche sie jetzt besitzen und inne haben, sowohl überhaupt, als besonders, recht und getreu erhalten und erhalten lassen, u. s. w. S. Niederl. Ges. B.-IV, 35. 37 u. s. w.

Diese Versicherungen halfen wenig. Philipp verletzte die Rechte des Volks, s. Bor. 6, 459; nachdem er sie angegriffen hatte, war es ihm nie ein Ernst, sie ganz wiederherzustellen, und seiner Rache Grenzen zu setzen. Daher ward ihm das Ruder des Staats, vorzüglich auf Antrieb der Holländer (Bor. 15, 181. u. s. f.), entrißen, als man alle Hoffnung aufgab, daß er die mit den Bürgern errichteten Verträge beobachten würde.

§. 237.

Aus dem oben gesagtten sieht man, daß man bey der Erklärung der Staatsverfassung seit dem Jahre 1572 sehr bequem drey Perioden annehmen könne; die erste vom genannten Jahre an, bis zum 26. Jul des Jahrs 1581, die andere reicht bis ans Jahr 1584 den 10. Julius, die dritte bis zum Jahr 1587, da die Leicestrishen Unruhen sich legten.

So bald die bürgerlichen Unruhen ausgebrochen waren, übernahmen die Stände die Staatsverwaltung zugleich mit dem Prinz Wilhelm dem ersten. Das Volk (d. h. der Inbegriff der sämmtlichen Bürger des Privatstandes), gab zu dieser Macht seine Einwilligung, indem es nicht allein das Befohlene ausübte, sondern auch seinen Gehorsam ebdlich erhartete. Die zu diesem End entworfene

fene

jene Formel hat Bor im 9. B. S. 741 angeführt. Als Wilhelm, der die höchste Gewalt im Kriege, als Vikar, und zuletzt sie auf immer erhalten hatte, ermordet war, führen die Stände, nachdem Frankreich und England die angetragene Oberherrschaft ausgeschlagen hatte, fort, das Ruder des Staats zu führen. Eben die Staatsverfassung, die unter den Grafen statt gefunden hatte, schien ihrem Fortgang zu haben, so lange der Staat dem Spanischen Reiche entzogen war. Daher setzten die Stände den Sohn Wilhelms des ersten, Moriz, unter dem Namen des Statthalters, der Beforgung der Holländischen Angelegenheiten sogleich vor (ebenders. beim Jahr 1585, 20. B. S. 665), und dehnten seine Macht in Anordnung der militärischen Einrichtungen im Jahr 1587 (ebenders. 22. B. S. 895.) aus: Im Jahr 1587 machten sie auch zur Dämpfung der Ränke der leibestrischen Parthey ein Edikt bekannt, worinn sie den Grund der Macht, mit welcher sie gegen die übrigen Bürger verfahren, aus dem alten Herkommen erklärten. S. Nied. Ges. B. III, 35.

Es war noch eine bestimmte und auf immer gültige Staatsverfassung zu errichten, das heißt, es musste nicht allein ausgemacht werden, wer in die Zahl der Landstände aufzunehmen, oder davon auszuschließen sey, sondern daß auch eben diese Landstände sich einer Herrschaft, die keinem höhern unterworfen wäre, und sie von den übrigen Bürgern unterschiede, versicherten. Daher ward, erstlich, festgesetzt, daß das Recht zu regieren sich bey dem Adel und den sämmtlichen Rathsherrn derer Städte, die an der Regierung Theil bekommen würden, befinden sollte. W. f. d. Niederl. Ges. B. I, 44 u. f. f. III, 41. Der Adel nämlich und die Regierungsfähigen Rathsherrn in den Städten gehorchen einzeln, und herrschen zusammengekommen.

Zweytens, die zur Ritterschaft nicht gehörenden Edelleute (s. d. Defr. v. 19. Febr. 1585 im Nederl. Ges. B. III, 87) und die übrigen Holländischen Bürger auf dem Lande und in den Städten wurden von der Regierung ausgeschlossen, und der Zutritt zur Verwaltung des Staats ward dem Militair, ingleichen den Gilden der Kauf und Handwerksleute, und ihren Vorstehern verschlossen. S. d. Defr. d. Stände v. 23. März u. 27. und 28. Jun. 1581. Die Forderungen der Landleute in Westfriesland, und das von Wilhelm dem ersten, im Jahr 1575 dawider gebrauchte Mittel führt Bör im 8. B. S. 689 an, man füge noch hinzu B. 9, S. 709.

Drittens, als, nachdem der Graf von Leicester sich des Staats bemächtigt hatte, und bald nach seinem Abzuge die Grenzen des Rechts der sämtlichen Bundesgenossen gegen einzelne Mitglieder ungewiß zu seyn schienen, so arbeiteten die Stände auf das sorgfältigste, daß sie sich allein die höchste Gewalt über Holland verschaffen, und nicht einer höhern Macht der vereinigten Staaten unterworfen seyn mögten.

§. 238.

Diesem nach befindet sich jetzt die höchste Gewalt bey dem Collegio der Ritterschaft und den 18 Städten, die in folgender Ordnung auf einander folgen. In Südholland elf, nemlich Dordrecht, Harlem, Delft, Leiden, Amsterdam, Gouda, Rotterdam, Goetrichem, Schiedam, Schoonhoven, Briel; in Nordholland sieben, nemlich Almar, Hoorn, Enkhuizen, Edam, Monnikendam, Medenblit, Purmerend. Unter den Grafen hatten die Vorsteher der Kirche keinen besondern ordentlichen Antheil an der Staatsverwaltung, und kamen auch nicht dazu, als die Niederländer

ländische Kirche durch die Reformation verbessert, und der Simplicität der ersten mehr angemessen gemacht worden war. Doch befand sich der Abt von Eymond unter Carl dem fünften zuweilen bey den Versammlungen der Stände.

Nach einem Dekrete vom 30. November 1656. werden die Stände, Edle und Grossmögende Herren (Edle Groot Mogende Heeren) genannt, s. Niesderl. Ges. B. III, 83.

Sie heißen die Staaten von Holland und Westfriesland. Westfriesland brachte Florentius der fünfte und Johann der erste, nachdem es einigemahl angegriffen und bekriegt war, in seine Gewalt. Es singen einmahl drey Städte von Westfriesland, Hoorn, Enkhuizen und Medenbliz an, zu behaupten, daß die höchste Gewalt über dieses Land auf gleiche Art auf die Westfriesländer gekommen wäre, als die Staaten von Holland sich dasselbe über alle Bürger ihres Landes anmasseten. Die hierüber im Jahr 1586. entstandenen Unruhen (s. Eitelbergs Alkmar S. 14 u. f. f. Velius Hoorn S. 470.) hat der Prinz Moriz durch einen Vergleich, der während des Streits gültig seyn sollte, im Jahr 1589. beigelegt. S. Bor B. 26. S. 482. Die sieben Städte von Nordholland (denn im Jahr 1573. kam Purmerend als die letzte hinzu) sind seit dieser Zeit, bald die Staaten von Westfriesland, bald von Nordholland genannt worden. Jetzt wird nicht mehr daran gezeifelt, daß Süd und Nordholland nicht ein Staatskörper sey, wie wohl bey der Verwaltung einiger Theile der Regierung ein gewisser Unterschied geblieben ist, wie unten gezeigt werden soll.

§. 239.

Der Adel macht unter den Staaten den ersten Theil aus, und unter ihm hat jetzt der Durchl. Prinz Erbstatthalter den ersten Platz. Ehemals war der Adel in Holland sehr zahlreich. S. Sim. van Leeuwen **Erklaartes Holland**, S. 139 u. f. f. Von denen, welche ihres vornehmen Ursprungs und des Besizes adelicher Güter wegen ehemals, vermöge ihres Rechts sich bey den allgemeinen, oder besondern, Nationalversammlungen einfanden, sieht man ebendasselbst S. 684 u. f. f. ein Verzeichniß. An Größe ihrer Güter und Rechte zeichneten vor andern sich die Herren von Wassenaer, Broderode und Egmond aus. Durch mancherley Zufälle ist es aber dahin gekommen, daß noch wenige alte adeliche Familien von Holland da sind. Was unter den Prinzen von Oranien, wegen ihres Rechts zu den landtagen zu kommen, festgesetzt sey, erzählt van der Houwe **Landr. Chron.** S. 60 u. f. f. 175 u. f. f.

Nach Gründung der Republik hat die Ritterschaft, ob sie gleich den übrigen Holländischen Bürgern in Beyseuern und andern bürgerlichen Pflichten und den meisten Rechten gleich gemacht ist, doch einige besondere privat und öffentliche Rechte erhalten. Zu den erstern gehört das Recht, innerhalb gewisser durch Verordnungen bestimmten Grenzen zu jagen (s. das Edikt vom 3. Aug. 1750. §. 35 u. f. f. im **Niederl. Ges. B. VII**, 887.); das Privilegium fori; das besondere Recht, schriftlich vorgeladen zu werden, und noch einige andre in der Verordnung des Hofes von Holland vorgeschriebene bestimmte Rechte (*instructie*) S. 12. 53 Artik. Ihre Staatsrechte laufen auf den Rathell hinaus, den sie bey der Regierung der Republik haben, in gleichen auf den Genuß einiger Vortheile, von welchen die
Raths-

Rathsherren der 18. Städte ausgeschlossen sind. Es hat nemlich die Ritterschaft das Recht, daß sie ein besonderes Collegium ausmacht, dessen Mitglieder keine Stelle unter den Rathsherren der Städte haben. Sie hat auch die Erlaubniß, an einer einmahl festgesetzten, oder von ihrem vornemsten Mitgliede einer schleunigen Angelegenheit wegen angesagten Zeit, vor sich zusammenzukommen, und sowol über ihre eigenen Angelegenheiten, als über die von ganz Holland sich zu berathschlagen, und es befindet sich bey ihr der Consulente von ganz Holland (§. 243.). Auch hat dieser Landstand das Recht zwey Deputirte abzuschicken, die dem Collegio der Marine, und dem Collegio der Direktoren der Ostindischen Compagnie beygefügt werden, außerdem schickt sie einen Deputirten an die Versammlung der Generalstaaten, einen an den Staatsrath der vereinigten Niederlande (Raad van State), einen an die Oberrechnungskammer, ingleichen einen, der unter den Deputirten der Staaten von Holland, und den Curatoren der Akademie Leiden stets den ersten Platz einnimmt. Es hat auch eben dieses Collegium das Recht, zwey Richter zu ernennen, die die Staaten dem Hof von Holland zugesellen. Auf gleiche Weise haben nur diese Edelleute, und zwar ein jeder, seitdem er in der Ritterschaft aufgenommen ist, von gewissen Gütern, die ehemals geistliche gewesen sind, als die von der Abten Rhynsburg und Leeuwenhoofst, einen bestimmten Genuß.

§. 240.

Kein Edelmann kann in dieses Collegium kommen, wenn er nicht von den Mitgliedern desselben erwählt ist. Nach einem Befehle vom Jahr 1666, (worüber man Aitzema XII, 392 u. f. f. ingleichen Wagenaer in der Vaterl. Gesch. beyrn angeführten Jahr nachsehe), muß der

326 Zweyter Theil. Drittes Capitel.

der älteste Sohn eines verstorbenen Edelmanns aus der Ritterschaft, so bald er volle 25 Jahr alt ist, oder, wenn kein Sohn, oder andere männliche Descendenten, da, oder sie vor dem gehörigen Alter gestorben sind, der Bruder des Verstorbenen, wenn er über 25 Jahr ist, in die Ritterschaft aufgenommen werden, und kann nicht davon ausgeschlossen werden, als, wenn in gewisser Hinsicht auf den Staat und das Collegium alle Stimmen dawider sind, außer diesem können andere geborne Holländische Edelleute in einer darsüber veranstalteten Zusammenkunft, wenn sie die Mehrheit der Stimmen für sich haben, aufgenommen werden; einen Edelmann aber, der in Holland nicht geboren ist, kann eine einzige Stimme verwerflich machen. Der Soldatenstand ist nicht ausgeschlossen, es muß aber nach einem Befehl vom Jahre 1666. und dem, was den 21. Sept. 1728. beliebt worden ist, der, welcher in dieses Collegium aufgenommen werden will, außer dem Bekänntniß zur Religion des Landes, aus einer adelichen Holländischen Familie, die sich in einem gemeinschaftlichen, oder unter den Bundesgenossen begriffenen, Lande befindet, abstammen, ein adeliches Gut, dessen Herren ehemahls zur Ritterschaft gehört haben, oder eine freye Herrlichkeit, oder wenigstens eine solche, die mit bürgerlicher Jurisdiction beschenkt ist, und in Holland liegt, auch von keinem andern, als von den Staaten, ein indirektes Lehn ist, besitzen; ferner können auch nicht zu gleicher Zeit Vater und Sohn, leibliche Brüder, Vetter und Neveu, und Brudersöhne eingetragen werden, wiewohl von diesem Gesetze der Blutsfreundschaft einigemahl Ausnahmen gemacht worden sind. Was von dem Graf Albemart den 19. December 1571. beschloßen ist, siehe in Wagenaar Vaterl. Gesch. bey'm angeführten Jahr,

inglichen ebendensf. beym Jahr 1690. XVI, S. 61.
u. f. f.

§. 241.

Ich komme nun zu den Städten. Diese haben eine andere Einrichtung unter sich, und ein andres Recht bey den zum Wohl des Staats anzustellenden Berathschlüssen und der Uebernehmung einiger Theile der höchsten Regierung. Zene lauft, erstlich auf das Band, womit in Ansehung der Gerechtsame der Rath und die Obrigkeit einer jeden Stadt mit den Bürgern, welchen sie vorgesetzt sind, verbunden sind, zweyten, auf die besondert Rechte, die in Verträgen und Privilegien ihren Grund haben, und unter den Städten eine Verschiedenheit hervorbringen, oder welche sie einzeln von besondern Niederländischen Bundesgenossen, oder fremden, erhalten haben. Hierzu kommen noch, drittens, Pflichten einer jeden Stadt gegen Holland, oder die ganze Republik (§. 183). Hier muß ich die Art, wie die 18. Städte der höchsten Regierung theilhaftig sind, erklären.

Bev der Betrelbung der Staatsangelegenheiten wurden in dem 15. und 16. Jahrhundert die großen Städte, deren es zuerst vier, hernach sechs (nachdem Gouda und Amsterdam hinzugekommen waren) gab, von den kleinen sehr unterschieden. Im Jahr 1496. ward die Ordnung dieser Städte, worinn sie sich noch jetzt befinden (§. 238), festgesetzt, Philipp der zweyte gab ihnen im Jahr 1555. die endliche Versicherung, daß er sie gerecht und gut regieren wollte, nur müßten sie ihm, der zuerst schwur, im Namen aller ihre Achtung und einen seiner Majestät gemäßen Gehorsam da gegen angeloben. Die Grafen aus dem Hause Oesterreich wollten lieber mit wenigen, als mit vielen, zu thun haben.

haben. Doch waren damals die kleinen Städte nicht durchaus von der Regierung ausgeschlossen (Oudenhoven Zeuden S. 69. u. f. f. Kinschot Gesch. v. Oudewater S. 97 u. f. f.). Wenn man wegen neuer Bensteuern Berathschlagungen anstellte, so pflegte man, nach dem Zeugniß Adr. van der Goes in dem Tagebuch vom Jahr 1542. sie zu den darüber anzustellenden Versammlungen einzuladen. Nachdem der bürgerliche Krieg ausgebrochen war, war es billig, daß die kleinen Städte nicht übergegangen wurden, wenn in Ansehung des Kriegs, Friedens, der Bensteuern, oder der Regierungsform, etwas neues festgesetzt werden sollte. Sie wurden auch zu den Versammlungen von Südholland berufen, als ein Theil von Nordholland sich davon eine Zeitlang getrennt hatte. Vor VII, 482. Von der Zusammenkunft vom Jahr 1583. s. m. ebendens. XV, 187. Bei der Versammlung, die wegen des Todes Wilhelms des ersten angesagt wurde, waren 32 Städte zugegen; seit dem Jahr 1608 aber sind, außer den im 238. §. angeführten, keine dabei gewesen. Ebenders. Coster Histor. Nache. S. 25 und 50. Jetzt zweifelt man nicht mehr daran, daß nur diese allein an der Regierung Theil haben. Wird auf den Unterschied der großen und kleinen Städte keine Rücksicht genommen, so berathschlagen und verordnen sie alle mit gleichem Rechte auf den Versammlungen, wiewohl ihre Kräfte ungleich sind, auch ihre Rechte alsdann von einander abweichen, wenn wegen Deputationen, die zu gewissen Collegien, welche die Verwaltung verschiedener zu der Holländischen Regierung, oder ganzen Republik, gehörenden Angelegenheiten haben, geschickt werden sollen. Bei den zu diesen Collegien abzusendenden Deputirten, & B. zur Versammlung der vereinigten Staaten, dem Staatorath, der Oberrechtkammer der ganzen Republik, dem Rath von Holland (der sonst das

das Collegium der Deputirten Sraaten genannt wird), u. s. f. haben nemlich die 8 große Städte aus Südholland, und von Nordholland Alkmar, Hoorn und Enkhuizen auszeichnende Rechte. S. Altemaden Brief 11, S. 45. u. s. f. Nederl. Ges. B. IV, 157. 159.

§. 242.

Der Adel und die einzelnen Städte haben die Erlaubniß über Sachen, die in die höchste Regierung schlagen, vor sich, und gleichsam Privatberathschlagungen anzustellen; nichts wird aber darinn beschloßen, was das gemeine Wesen angeht, sondern dies geschieht bloß in einer Versammlung. Oft ist aber der Umstand in Anfrage gekommen, ob es einzelnen Theilen des ganzen die Regierung verwaltenden Körpers freystehe, vor sich mit Fremden des Staats wegen Unterhandlungen anzustellen. S. Wagenaar Vaterl. Geschichte, beyrn Jahr 1683. u. s. f. Die hierüber den 28. Novemb. 1662. gegebene einstimmige Verordnung befindet sich in dem Nederl. Ges. B. III, 41. Es ward den 2. August 1653. beschloßen, daß wenn die vereinigten Staaten an besondere Deputationen schikken würden, sie nicht aufgenommen werden sollten.

Jährlich werden vier festgesetzte Versammlungen (Dagvaarten) im Monat März, Julius, September und November gehalten. Das Gesetz vom 19. Februar 1585. hat einer jeden bestimmte Geschäfte und ihre Einrichtung vorgeschrieben. Sie werden auf einen gewissen Tag von dem Rath von Holland (§. 246.) angesagt, woben er die Berathungen, worüber vorkommt, anführt; doch aber dadurch auch keine andere, die vorkommen könnten, ausschließt. Dieser Rath hat auch die Obliegenheit auf sich, so oft es das Beste der Republi-

330 Zweyter Theil. Drittes Capitel.

publit zu erfodern scheint, zwischen der festgesetzten Zeit die Ritterschaft und Städte durch ein Ausschreiben, worinn die vorzüglichsten Ursachen angeführt worden, zusammenzuberufen, auch wenn die Ritterschaft, und auch nur eine Stadt, es fodert, nicht aber, wenn mehrere Bundesgenossen, oder nur einer derselben, es verlangen.

Vom Ubel sind seit dem Jahr 1585 nicht weniger, als drey, persönlich, nicht durch einen Commissionair, zugegen, s. Vor VI, 404.

Die Städte schicken eine jede vor sich aus ihrem Magistrat ihre Deputirten; der größere Theil derselben erscheint auf der Versammlung nicht, wiewohl ers könnte. Die Deputirten der Städte von Südholland werden zur getreuen Ausführung ihrer Aufträge verpflichtet. Es pflegen nicht mehr, als zwey, zu seyn, die die Stadt repräsentiren, unter welchen ein Bürgermeister ist, und woben sich noch der Pensionair eines jeden Magistrats, oder der Aktuarius, befindet. Ein jeder von diesen Stadtbedienten muß 25 Jahre alt, in Holland geböhren, bey niemand, außer den Ständen seiner Stadt, oder einem andern Collegio in Holland, in Eyd und Eold stehn (s. Dekr. d. Staat. v. 13. Sept. 1765), und entweder im Stande seyn, in den Rath der Stadt, der er dienet, aufgenommen zu werden, oder vom ihm eine Besoldung von 1000 Gulden genießen, und in derselben Stadt wohnen, wenn er bey der Versammlung zugelassen werden will, vermöge eines vom 14. May im Jahr 1658. erteilten Befehzes. Ein jeder, der zugelassen wird, gelobt endlich seinen Eifer für das Wohl des Staats und das ihm angedeutete Stillschweigen an. Uebrigens ist dem 19. Julius im Jahr 1663. durch eine Verordnung für die Sicherheit derer, die sich sowohl vermöge des Rechts ihrer
Dew

Person, als auch ihrer Gesandtschaft, zu diesen Zusammenkünften begeben, gesorgt worden.

§. 243.

Die Versammlungen werden, nach dem Dekrete vom December des Jahres 1585 zu Gravenhag gehalten. M. f. Kiemiens Haag I, 155. Zuerst wird ein Gebet verrichtet, welches der erste Sekretair der Staaten voranschickt. Die Hauptpunkte der Berathschlagung trägt der Rathpensionair, entweder nach eigenem Gutachten, oder auf Verlangen eines Mitgliedes des regierenden Collegii, vor. Unter den Grafen hieß er Advocat von Holland, und war, wie Grotius sagt, die Stimme der öffentlichen Freyheit. Auf den Einsichten und der Treue dieses Mannes beruht eine Last von öffentlichen Sorgen. Er wird auf fünf Jahr von den Staaten gesetzt, und zwar hohlt man zuvor durch an den Statthalter abgeschickte Deputirte seine Einwilligung zu der erwähnten Person ein. Wer des Staats kundig und zu seiner Verwaltung geschickt ist, die lateinische, Französische und Niederländische Sprache versteht, zur öffentlichen Religion sich bekennt, kann, wenn er auch kein geborner Holländer ist, dieses ansehnliche Amt erhalten. Stets auf die Erhaltung der Ehre und Wohlfahrt von Holland bedacht, sucht er auch für das Beste desselben zu sorgen, indem er das Wohl der ganzen Republik zu seinem Augenmerk macht, und seine Entwürfe, die er über Sachen von einiger Wichtigkeit macht, dem Statthalter mittheilt. Deswegen ist er auch täglich bey dem Rath von Holland und der Versammlung der Bundesgenossen zugegen. Mit eben diesem Rath von Holland stellt er Berathschlagungen wegen anzustellender Landtage in Holland an. Hierbey aber berichtet er den Staaten, fragt um ihre Stimmen, sagt die feintge; hat aber keine entscheidende; sucht die zu ver-

332 Zweyter Theil. Drittes Capitel.

vereinigen, welche uneins sind, sey nach der Vorschrift der Geseze Dekrete auf, sorgt auch dafür, daß die Akten recognoscirt, approbirt und aufbewahrt werden, und hat das Siegel von Holland, wenn der erste Edelmann, der es sonst aufbewahrt, gestorben ist, unter seiner Verwahrung. S. d. 246 §.

§. 244.

Ueber die Form der Berathschlagungen und Dekrete sind die Staaten zuerst im Jahr 1574, hernach im Jahr 1581 und 1585 unter sich eins geworden. Die Edelleute, welche sämmtlich das Recht einer Stimme haben, machen sie zuerst durch einen Holländischen Consulenten bekannt. Auf sie folgen die Deputirten der Städte nach ihrem Ort und Rang (§. 238), und pflegen durch ihren Consulenten, oder Sekretair, ihre Meinung sagen zu lassen. Die Sachen, worüber man sich berathschlagt, müssen entweder durch eine tiefe Untersuchung des Rechts, des Falls, Nuzzens, oder Schadens, erörtert werden, oder sind von leichter Uebersicht und deutlich. Ueber die letztern werden die Stimmen gleich gegeben, obgleich die Deputirten keine besondere Vollmacht dazu haben. Die wichtigern und schwerern Geschäfte, wovon man, wenn sie schleunig betrieben würden, einen großen Nachtheil des Staats, oder einige Ungerechtigkeit und Unbilligkeit, erwarten könnte, werden von dem großen, oder kleinen, Rath der deputirten Staaten insbesondere betrieben, damit sie das an die sämmtlichen Staaten in der Versammlung berichten können, was sie einstimmig, oder doch mit einem Uebergewicht an Stimmen, darüber festsetzen. Die Personen, aus welchen ein solcher großer Rath besteht, werden aus der Ritterschaft, ingleichen aus den Deputirten der 7 großen Städte von Südholland, und Alkmar, Hoorn und Enkhuizen genommen. Diese berathschlagen sich

sich nun über die ihrer Untersuchung übergebenen Angelegenheiten vor sich, entweder ganz allein, oder zuweilen unter Zulassung anderer Städte und Collegien, um sich mit ihnen des gemeinen Bestens wegen zu bereden, und den Staaten, nach erlangter deutlicher Einsicht, einen desto bewährtern Rath ertheilen zu können. Auf diese Art unterhalten sich diese bevollmächtigten Staaten in Sachen, die die Jurisdiction und die Geseze betreffen, mit beyden in dem Haag errichteten Obergerichten; wenn es die Marine betrifft, berathschlagen sie sich mit den Deputirten von Schiedam und Medenblit und den Admiralscollegien u. s. w.

§. 245.

Bei Sachen von besondrer Wichtigkeit, welche in dem Ausschreiben, das die Versammlung der deputirten Staaten ansagt, aufgeführt gewesen sind, oder nicht auf dem Befall der meisten, sondern aller, ausgeführt werden, sagen die Deputirten der Städte ihre Meinung nach einem besondern Auftrage; bey Fällen, die nicht vorausgesehen worden sind, und der Republik, oder der Stadt, welche sie repräsentiren, nachtheilig werden können, pflegen sie das Recht zu beweisen, daß sie nicht eher eine Stimme geben, bis sie die Sache an den Senat, der sie abgeschickt hat, gebracht haben, damit sie den Staaten seinen darüber eingeholten Willen bekannt machen können. Der Consulent von Holland treibt sie zur Beschleunigung der Antwort an, damit dieses Recht den Fortgang der Geschäfte nicht zu sehr aufhalte. Sind die Deputirten nach Hause zurückgekommen, so berichtet ein jeder seinen Senat von dem, was auf der Versammlung vorgenommen ist, von welchem dann ihre Berichtigungen genehmigt zu werden pflegen.

334 Zweyter Theil. Drittes Capitel.

Aus 19 Stimmen pflegen die Dekrete gemacht zu werden. Die meisten von diesen reichen zur Verfertigung eines Dekrets hin; sind sie gleich, so werden sie nicht durch das Loos, sondern durch eine neue Berathschlagung vereinigt; eine Uebereinstimmung der Stimmen wird nur bey Geschäften, die durch Verordnungen und ein stetes Herkommen ausgenommen sind, als nach dem Gesetz vom 19. Febr. 1585. Bey Steuern, Krieg, Frieden, Aenderungen in der Regierung, und andre wichtige Sachen mehr (Zwaerwichtige Jaaken concernerende den Staat van den Lande) erfordert. Die Unbestimmtheit der letztern Worte hat zwar oft Streitigkeiten und ein Verlangen nach einer bestimmtern Erklärung, und einem sichern und dauerhaften Mittel zur Abhelfung des Nachtheils, der durch einen beständigen Widerspruch entsteht, hervorgebracht. So ward im Jahr 1743 die Frage aufgeworfen, ob bey der Berathschlagung über die Vollziehung eines Bündnisses, welches mit gemeinschaftlicher Einwilligung beschloßen ist, eine verneinende Stimme den Entschluß verwerflich machen könne. Die hierwider im Monat Febr. 1574 und den 19. Februar. 1585. (Niederl. Ges. B. III, 88) für gut befundenen Mittel, sind durch keinen ununterbrochenen Gebrauch bewährt gemacht worden. Es konnten auch im Jahr 1637. 1684. 1721. 1781. keine neue, die kräftiger gewesen wären, ausfindig gemacht werden. Den Entwurf einer neuen Einrichtung, den der Magistrat von Amsterdam im Jahr 1728 vorschlug, haben die Staaten nicht autorisirt. Er lief vorzüglich dahin aus: es sollte bey Sachen, die den öffentlichen Gottesdienst, die Regierung, neue Kriegsbündnisse, neue zu ertheilende Freyheiten und Privilegien betrafen, nur ein einstimmiger Schluß gültig seyn; bey andern Arten von Bündnissen aber, Krieg und Tributen

solls

sollten 15 Stimmen den Ausschlag geben, wenn nur bey Abgaben von den acht großen Städten in Südholland fünf, und von den vornehmsten Städten von Nordholland 2 u. s. f. einstimmig wären, u. s. w. Damit aber der Staat aus der Uneinigkeit in Sachen, worinn die Staaten einig seyn sollen, keinen Nachtheil leide, so pflegt bey den Berathschlagungen eine gewisse Zwischenzeit eingeräumt zu werden, um durch einiges Nachgeben von beyden Seiten einen einstimmigen Entschluß hervorzubringen. Bey dieser so heilsamen Veranstellung richtet die viel vermögende Berebbarkeit, die dem Ansehn und der Weisheit der Durchl. Erbstatthalter eigen ist, sehr viel aus.

§. 246.

So wie die sämmtlichen Staaten das höchste Recht über Krieg und Frieden haben, so haben nächst ihnen die Decemviren, aus welchen der Rath von Holland besteht (het Collegie van Gecommitteerde Raaden), die Macht, die Befehle der Staaten in Ausführung zu bringen. Dieses Collegium ist im Jahr 1584. errichtet, und den 17. Januar 1590. durch eine bestimmte Verordnung autorisirt worden. Es hat seinen Sitz in dem Haag. Die Ritterschaft wählt aus ihrem Mittel den ersten Rathsherrn, und es behält derselbe jezt seine Stelle, so lang er lebet. Eine jede der 8 großen Städte von Südholland wählt einen von den 8 Rathsherrn, welche ihr Amt drey Jahre lang führen, den zehnten wählen die übrigen drey nach einander auf zwey Jahr.

Die Rathsherrn müssen schwören, nicht, daß jeder die Aufträge seiner Stadt in Ausführung bringen; sondern daß er nach seinem Gewissen zum allgemeinen Wohl Hollands rathe wolle. Es muß dieser Rath, erstlich,

lich, dahin sehen, daß die Gesezze befolgt werden, und niemand davon ausgenommen sey; zweyten, über An gelegenheiten, die keinen Verzug leiden, muß er entscheiden, damit dadurch weder der Staat, noch sonst jemand einen unerseßlichen Schaden leide. Bey streitenden Partheyen, die auf eine rechtmäßige Art an die Staaten appelliren, eröffnet er die Klage von neuem (præstitt caussam integram); steht, so lange die Staaten noch nicht versammelt sind, für die Sicherheit des Processes; er erteilt Erlaubniß über Lehne zu testiren, giebt freye Seleitsbriefe bey angeschuldigten Morde (Landwinning), wenn sie nicht bis auf einen bestimmten Tag gesucht sind. Man sehe das Dekret der Staaten vom 2. Aug. 1765. u. f. w. Drittens, über Staatsangelegenheiten berathschlägt er sich mit dem Statthalter. Viertens, bey schleunig entstehenden Ausgaben kann er 30,000 Gulden, aufs höchste 100,000 Gulden aufnehmen; muß aber auf dem nächsten landtage davon Rechenschaft ablegen. Fünftens liegt ihm die Sorge für den öffentlichen Schatz ob, daher fodert er die schuldigen Beiträge ein, verpachtet die öffentlichen Güter, und auch einige Kirchengüter. Die Jurisdiction, die er über die Benstruern ausübt, werde ich unten ausführlicher berühren. Sechstens, er hat die Aufsicht über die Zeughäuser und Festungswerke in Holland. Siebentens, er sorgt dafür, daß nichts von den Bundesgenossen zum Nachtheil Hollands beschlossen werde: deswegen sendet er täglich zwey Rathsherrn zu dem Collegio der Bundesgenossen ab, welche mit dem Consulaten von Holland, und den eben dahin abgeschickten Deputirten von Holland wegen der daselbst vorzunehmenden Sachen Rath pflegen. Dieser Consulente muß von dem Rath sich, wenn er auch nur eine Nacht von dem Haag entfernt seyn will, Erlaubniß einholen, so wie er, ohne Erlaubniß der Staaten, nicht aus dem Gebiete der vereinigten Staaten reisen darf.

Von

Von diesem Rath (von dessen Berrichtungen man in dem Niederl. Ges. B. III, 85, 81. und IV, 151. VI, 5. sehen kann) ist der Rath von Nordholland (het Collegie van Gekommitteerde Raaden van 't Noor der Quartier) unterschieden. Dieser hat in Hoorn seinen Sitz, und besteht aus 7 Rathsherrn. Ein jeder von ihnen wird von einer Stadt aus Nordholland geschickt, sind sie besorgen nicht sowohl die Angelegenheiten der Republik, als den Zustand und die öffentlichen Einkünfte ihres Landes. Ebend. III, 785. IV, 701.

§. 247.

Nach dem frühzeitigen Tode des Prinzen Wilhelm des ersten hielten es die Väter des Vaterlandes ihres und der Bürger Wohls wegen für nöthig, die alte Macht des Erbstatthalters fortzusetzen, und sie übertrugen sie daher dem Prinz Moriz (§. 227). Nachdem diese Würde seit dieser Zeit zweymahl, nemlich vom Jahr 1650. an bis zum Jahr 1672, und vom Jahr 1702. geruht hatte, so ward sie im Jahr 1747 wiederhergestellt, und dem Prinz von Oranien unter dem Namen Erstadthouder, Erf. Gouverneur en Erf. Capitein Generaal en Admiral van den Lande van Holland erblich übertragen. Namentlich wird in dem Auftragsformular (Commissie) hinzugefügt: mit Briel und Voorne in Holland und den dazu gehörenden Ländern.

Der Prinz, der die Regierung antritt, wird endlich verpflichtet. Er muß dahin sehn, daß die Landesmajestät, die Rechte, Privilegien, das Wohl des Volks und seiner einzelnen Glieder, ingleichen die Ausübung der öffentlichen Religion unerschüttert erhalten werde, daß für die Sicherheit der Städte und Festungen Sorge getragen und jedem sein Recht gegeben werde.

338 Zwoenter Theil. Drittes Capitel.

Was die in die Jurisdiction schlagende Sachen anbetrifft, so verbindet er sich mit dem Hof von Holland, dessen Präsident er, nach Art der alten Statthalter, ist, und der seinen Namen unter seine Aufträge, Edikte und Verordnungen setzt, worinn er deswegen auch an eben dem Tage, da er die Regierung antritt, von den Deputirten von Holland und Seeland auf eine feyerliche Art eingeführt wird. Er bedienet sich seines Rathes, wenn er Mißthäter begnadiget, welches Recht er erhalten hat; doch sind grobe vorsätzliche Verbrechen ausgenommen. Ueber Kriegsangelegenheiten und die Einrichtung bürgerlicher Geschäfte berathschlägt er sich mit dem Rath von Holland und den Staaten selbst.

Die Gesezze und das Herkommen haben dieser Würde Rechte bezeugt, welche bey den Vätern dem Prinzen Ansehen, bey'm Volke Ehrerbietung, und die zur Ausführung alles dessen, worauf sich dieselbe bezieht, notwendige Macht in der Regierung versichern. Unter diese Vorzüge gehört besonders das Recht, Ehrenstellen zu vergeben, oder, den Privilegien eines jeden Ortes gemäß, Obrigkeitliche Personen zu erwählen. Außerdem, daß von der Ritterschaft ihm in ihrem Mittel der erste Ort übergeben ist, hat er das Recht in den 18 Städten, außer den kleinen und einigen landgerichteten, Richter aus denen ihm von dem Rath einer jeden Stadt dazu jährlich vorgeschlagenen Personen zu ernennen. Er ernennet auch die Bürgermeister von Dordrecht, Harlem, Delft, Gouda, Rotterdam, Gorichem, Schiedam, Schoonhoven, Alkmaar, Purmerend; von Rotterdam, Gorinchem, Schiedam und Alkmaar aber auch die Rathsherrn. Er setzt überdem die Officiere und Obersten (colonel) von solchen Regimentern, die Holland besoldet. Durch ein besondres Patent erhält er von den Staaten die Oberaufsicht über das Forst-
und

und Jagdwesen in Holland und Westfriesland (Grooten Opperhouthvester of Jagermeester mit der Macht, einen Legaten zu ernennen (een gequalificeerd Lieutenant Generaal), der seine Stelle vertreten kann, die Forst und Jagdverordnungen in Ansehn zu erhalten und die Uebertreter derselben zu bestrafen suchen, ingleichen auch mit den Besizern des Jagdgerichts (Meesterknaapen) die Jurisdiction ausüben muß. S. Nederl. Ges. B. IV, 525, insonderheit die die Jagd betreffende, im Jahr 1750 gegebene Verordnung. Ebendas. VII, 288 894. Die Stadt Hoorn, Enkhuizen und Medenblit hat im Jahr 1766, ihrer Gewohnheit nach, bekannt gemacht, daß sie, indem sie dem Prinzen die Aufsicht über das Forst und Jagdwesen übertrüge, von dem alten Westfrieslandschen Rechte nicht abgehn wollte, indem Westfriesland keine Wälder, Sandhügel und unbebaute Gegenden hätte (§. 248). Allein Edam, Moenedam und Purmerend gaben zu diesem Rechte, das dem Prinzen erteilt wurde, ihre Einwilligung, doch unter der Bedingung, daß dadurch den Vorrechten der Stadteinwohner in Ansehung der Jagd, des Vogel- und Fischfangs kein Abbruch geschehen mögte. Ferner gaben die Staaten im Jahr 1675. 1747 und 1766 das ausschließende Recht, auf dem Amte Goouland zu jagen, welche Gegend die ehemaligen Grafen zu ihren Jagdbelustigungen vorzüglich brauchten. Es kommt hierzu noch eine Leibgarde, Freiheit von Abgaben in allen Dingen, die gebraucht werden, und den außerordentlichen Besteuern von Grundstücken, die Freiheit von dem zwanzigsten Theile der Erbschaften (het Collateraal) §. 252. Einige Rechte findet man noch im Nederl. Ges. B. VII, 133. 736. u. f. f. Von andern werden wir an einem andern Orte reden.

Zweyter Abschnitt.

Landesherrliche Angelegenheiten und Rechte. Jurisdiction
und andere in verschiedene Collegien vertheilte Stäfte
der Regierung.

§. 248.

Nachdem ich die Staatsverfassung von Holland beschrieben habe, würde es mir mit Recht von Sachverständigen verdacht werden, wenn ich hier die Rechte, die aus dem Begriff der Landeshoheit fließen, besonders durchgehen wollte (§. 186). Ich will jetzt die übrigen einträglichen Rechte, die theils durch die Schenkungen der alten Kaiser, theils durch das Herkommen und die Verträge der Grafen ehemahls an den Staat gekommen sind, und nachdem die königliche Regierung aufgehört hat, unter der höchsten Gewalt der Staaten begriffen worden, berühren. Es gehört hieher das Recht über die Flüsse, welches de Lange erläutert hat. Ferner das Recht über vom Wasser verlassene und ausgetrocknete Flussbette u. d. m. Man sehe hierüber und über andere Rechte Oudenhooven *Zweden* S. 397. *Miris* III, 633. 693. 571. IV, 595. und ebendesselben *Leiden* II, 772. *Nitzema* VIII, 391. Das Recht zu fischen wird sowohl für eine Folge des privat, als auch des Staatseigenthums der Flüsse, Seen, Canäle u. s. f. gehalten. Nach was für einem Rechte die Fischen, die sonst der Landesherrschaft gehört, auf einzelne Personen und Gesellschaften gekommen ist, davon findet man ein Beyspiel in dem *Leidner Priv.* S. 697. u. s. f. Es steht indessen jedermann frey, in einem öffentlichen Flusse mit der Angel zu fischen. In dem Waterlande wird die Fischen zu den Rechten der Privatpersonen gezählt. *Miris* III, 597. 599. Von

Von dem Renneemerlande sehe man Bort Oppos. S. 695. In Landseen dürfen diejenigen fischen, die zu der Jurisdiction, oder dem Amte, darinn sie liegen, gehören. Eine Insel, die in einem Flusse entsteht, ist öffentlichen Eigenthums, auch vom Wasser angeführtes Land, wenn die Aecker nemlich begrenzt, und von der landesregierung nicht bis an den Fluß eingeräumt sind; doch nicht eine jede Anspülung, auch nicht Privatäcker, welche von Wasser überschwemmt, und von demselben nicht verlassen sind. Von dem Lande der Insel Puttron bemerkt Grotius, daß man das für eine Anspülung halte, wohin jemand, der zu Fuße ist, von dem benachbarten Lande, zwischen dem das Wasser fließt, mit ausgezogenem Sebel reichen kann. Von dem Fluß Nierve, Leck und Maas sehe man das Edikt der Staaten vom 27 Jul. 1752.

Es hat auch die landeshoheit ein Recht an die dem Meere von der Natur entgegengesetzten Hügel, (Duynen) deren Aufsicht, die vom Staate verwaltet wird, Duinmeijerschap genannt wird; ingleichen das Recht auf die Küste, das Recht, die Güter derer, die Schiffbruch gelitten haben, wenn sie für verlassen erklärt sind, dem öffentlichen Schatze zuzuschlagen. Das Recht, Erlaubniß zu Windmühlen zu erteilen, ist sehr alt. Mieris III, 687. d. Verord. v. 26 Nov. 1749. In Ansehung des Eigenthums bey Schätzen scheint wider den Fliskus protestirt werden zu können. M. s. indeßen die Verord. Kayß Maximil. d. erst. v. 18 Jan. 1487. im 15. Art.

Das Jagdrecht, das der landeshoheit zukommt, ist von der Jagdgerichtsbarkeit, und dem Rechte, wegen der rechtmäßigen Jagd der Privatpersonen Gesetze zu geben, unterschieden. Jenes ist von doppelter Art. Es ist theils aus dem Staatseigenthum der Wälder, unbaueten und bebaueten

342 Zweyter Theil. Drittes Capitel.

bebaueten Grundstücke entstanden, theils erstreckt es sich auch auf die Güter der Privatpersonen. Wie weit aber? Es ist ein altes Herkommen, daß die hohe Jagd und der Fang der sogenannten edlen Vögel (edele Vogelen) zu den Rechten der landeshoheit gezählt werden. Wegen der niederen Jagd entstehen Zweifel, ob sie in Westfriesland öffentlichen Rechts sey (§. 247.)? Ob sie in Südholland auf die öffentlichen Wälder, Hügel und Grundstücke einzuschließen sey, oder auch auf die gezogen werden könne, die öffentliche Güter gewesen, aber, ohne ausdrücklicher Erwähnung eines reservirten Rechts zu jagen, veräußert sind? Ob auch diejenigen, denen die Jagd durch ein Gesetz, Privilegium und lehn zugestanden ist, auf Feldern von Privatpersonen, die nicht bezäunt sind, wider Willen ihrer Besitzer jagen können?

Ob nemlich das Recht zu jagen, als es noch nicht durch bestimmte Grenzen des Staatseigenthums beschränkt war, von den Grafen, oder Ständen, durch ein ununterbrochenes Herkommen erlangt werden konnte, ist eine Rechtsfrage. Ob es erlangt worden ist? ist eine Thatfache. Die vor kurzen hierüber auf beyden Seiten herausgekommenen Schriften verdienen gelesen zu werden. Man füge noch des van de Wall Priv. von Dordre. S. 1262 u. f. f. hinzu. In Ansehung der Rechtsfrage, glaube ich, kann man behaupten, daß, so wie den Privatpersonen eine Verjährung wider den landesherrn zu staten kommt, eben so auch diesem dieselbe wider seine Bürger nütze. S. Grot. de jure Belli ac Pac. II, 4. 14. Es widerspricht auch nicht der Natur der Regierung, besonders in Holland, wo es Stände gab, daß nicht der Graf auf den Grundstücken der Privatpersonen eben so wol das Recht zu jagen habe erlangen können, als die landeshoheit in Holland ein ähnliches, der natürlichen Freyheit entgegen stehendes,

— fendes, Rechte, nemlich das Recht, einem Eigenthümer eines Grundstückes zu verbieten, daß er auf seinem Grund und Boden keine Hasen jagen, oder Kaninichen fangen darf, erhalten hat. Unter was für Bedingungen übrigens die Jagd, und, wie weit? sie zugestanden wurde, davon findet man in dem Niederl. Ges. B. VII, 288, und von dem besondern Rechte von Südholland bey van de Wall am angezeigten Orte, Nachricht.

§. 249.

Die Rechte des Römischen Fiskus sind bey uns nicht alle im Gebrauche. Einiges, das von dem Gange des Römischen Rechts abweicht, ist hier aufgetommen. Die Güter der Verwalter der öffentlichen Einkünfte, ihrer Bürgen und Welber, werden als eine stillschweigende Hypothek des Fiskus angesehen (§. 252.). Man sehe das Ges. vom 22. Jul. 1749, und von den Notarien die Verordn. vom 31. Jul. des angeführten Jahres. Bey Abgaben von Gütern, nicht aber bey allen zu entrichtenden Lasten, geschweige bey Geldstrafen, steht der Fiskus den übrigen Creditoren voran. In Ansehung der Succession des Fiskus ist einiges durch das Recht ausgemacht, einiges noch Zweifeln unterworfen. Güter solcher Personen, die nicht in einer Ehe geböhren sind, und keine rechtmäßige Kinder haben, werden, wenn sie ohne Testament gestorben sind, unter den mütterlichen Anverwandten und dem Fiskus in gleiche Theile getheilt; ist aber die Mutter noch am leben, so fallen dem Fiskus in dem Theile von Holland, der das Schöppenrecht hat, alle Güter zu, doch werden die Privilegien ausgenommen, daß die Anverwandten die Nachlassenschaft, oder der Vater, oder sein Erbe, die vom Vater herrührenden Güter erben solle. Wer aus einem unehelichen Benschlaf erzeugt ist, und ohne Kinder und Testament stirbt, dessen sämmtliches Vermögen wird dem Fiskus

Fiskus zugeschlagen, wenn diesem durch kein besondres Gesetz abgeholfen ist. Ob den der Erbschaft eines Ehegatten der Fiskus, oder der nachgelassene Ehegatte, größeres Rechte habe, darüber mögte in dem Theile Hollands, welcher das Asdonnische Recht hat, wohl gestritten werden können. Voetius hält dafür, daß die Billigkeit auf Seiten des Ehegatten sey. Sie ist auch für die Auvendantsen, welche nach Jahr und Tag die Güter wiederfordern, deren sich der Fiskus, als vakantstehender Güter, bemächtigt hat. Eben so gehört den Miterben, nicht dem Fiskus, der den landesverwiesenen und Flüchtiggewordenen zukommende Theil, der Billigkeit nach. Güter, die Verbrochern genommen werden, fallen gleichfalls dem Fiskus nicht zu.

Das Recht, auf den landstraßen und an den Flüssen Zoll einzufordern, ist sehr alt, und zum Theil von den Kaysern auf die Grafen übergegangen. Doch haben vor dem Anfange der Republik viele Einwohner und Städte, auch sogar Fremde, Freyheiten erhalten. Man sehe darüber das Niederl. Ges. B. I, 1541. III, 751. Philipp, der Gütige, gelobte an, daß er ohne Bewilligung seines Raths und der Städte Fremden keine neue Freyheiten vom Abgaben verleißen wolle. Ebendas. III, 13. Meris IV, 753. 761.

In dem 15. Jahrhundert wurden in den Niederlanden erst die Posten eingeführt. Sie gingen von den Privatpersonen, die sie zuerst besorgten, zu den Obrigkeiten der Städte über, von diesen kamen sie, und zwar zuerst zu Rotterdam, im Jahr 1716, zu den Stadtrechten, und wurden im Jahr 1747. und 1748. überall zu den Rechten der Nation und ihrem Fiskus geschlagen, welches theils vermolge einer ordentlichen Cession an dieselbe, theils durch die Freygebigkeit des Prinzen Wilhelms des vierten geschah, dem die meisten Städte dieses Recht übertragen hatten.

Nach

Nachdem die Strafe der Confiskation der Güter abgeschafft ist (§. 100.), fährt man noch immer fort, aus den Geldstrafen Vorrath zu ziehn.

§. 250.

Die übrigen Einkünfte von Holland fließen aus den Domainen und Beysteuern.

Von den ehemals großen Domainen der Grafen ist jetzt noch der Haag'sche Busch, Ländereyen, Zehnten (auch urbahrgemachte Aecker gehören zu den Einkünften des Fiskus), bestimmte Einlösungen gewisser alten Rechte u. s. w. S. Bort. Oppos. S. 722. Einen großen Theil der Domainen haben Privatpersonen an sich gekauft. Es finden sich Verträge, worinn die Macht der Grafen, dergleichen Güter zu veräußern, auf zwey Fälle eingeschränkt worden ist, erstlich, es sollte nicht ohne Wissen und Einstimmung der Stände geschehn (Mieris II, 793.); zum andern, es sollte nicht wider den Willen derer eine Veräußerung vorgenommen werden, die, weil sie es für ihr Interesse hielten, allein den Grafen, und nicht Privatpersonen unterworfen zu seyn, sich, um nicht unter ihre Herrschaft zu gerathen, darüber eine besondere Versicherung hatten ertheilen lassen. Es mußten nämlich die Stände bey entstandenem bürgerlichen Kriege zu diesem Hülfsmittel, Ausgaben aufzubringen, ihre Zuflucht nehmen, daß sie einen Theil der Domainen mit den daran haftenden landesherrschaftlichen Rechten, doch mit Ausschluß der höchsten Gerichtsbarkeit, verkauften. Sie setzten aber im Jahr 1620. fest, daß Veräußerungen nur dann beschloßen werden sollten, wenn das Vorhaben dem Magistrat einer jeden Stadt bekanntgemacht, von ihm erwogen und die Genehmigung desselben durch an die Versammlung geschickte Deputirten überbracht worden wäre.

E

Reiß der Land und Stadtleute nur kärglich zu unterhalten.

Es muß auch noch bey der Art, Abgaben einzutreiben, das, was Gefägigkeit erwecken kann, ingleichen eine Verschwendung der Ausgaben verinleben werden. Bey ihrer Verwaltung ist Betrügllichkeit und Haß; bey ihrer Verwendung, so wie überhaupt bey allen Staatseinkünften, ist Verschwendung und zu unfrengebigte Sparsamkeit in gleichem Maaße schädlich.

Im 16. Jahrhundert sungen die Abgaben häufiger, als in den Niederlanden gewöhnlich gewesen war, und wegen mehrerer Ursachen an, aufgelegt, und auf mehrere Sachen und Güter ausgedehnt zu werden. Man theilte sie damals in ordentliche, wenn das aufzubringende Geld auf mehrere Jahre eingetheilt ward, und außerordentliche ein, die zu einer Zeit angelegt wurden, da man noch im Abtragen der von den Ständen befohlenen Abgaben begriffen war. Man sehe Aart van der Goes in dem Tagebuch vom 24. April 1531. Das erhaltene Geld, von welchem vieles abging (ebendas. S. 210.), ließ der Regent verwalten, und theils zu seinem Gebrauch, theils zur Vertheidigung von Holland und der sammtlichen Niederlande, auch zuweilen zum Besten des Teutschen Reichs anlegen. S. van der Goes ebendas. beim 25. Jul. 1532. Andere Abgaben verwandten die Stände selbst für die Angelegenheiten des Volks (Omneslagen), worüber man ebendas. S. 135. und den Befehl vom 6. Nov. 1533. an dem angezeigten Ort nachsehen kann. Von diesem Gelde ward z. B. der Advokat von Holland salarirt, es wurden davon denen, die sich auf irgend eine Art verdient gemacht hatten, Geschenke ertheilt. Ebendas. S. 219 u. f. f. Von dem Geschenke, das die Stadt Rotterdam für den Erasmus

aus bestimmte, sehe man ebendas. S. 186. Von der Art von Abgaben, die zum Gebrauch besonderer Ländereyen und Städte privatim gegeben wurden, sehe man Riemers Haag I, 34, und das den 6. Jul. 1515. ertheilte Gesetz. Ein Beyspiel von einer unbilligen mit einer rechtmäßigen vertauschten Abgabe findet man in dem Priv. von Harlem S. 245.

Als die republikanische Staatsverfassung aufgetauchen war, entstand in dem Staat der vereinigten Niederlande eine neue Einrichtung in den Steuern, von der ich in dem dritten Theile ausführlicher reden werde. Die Holländer wandten alles an, um den von dem Herzog Alba ihnen mit Gewalt aufgelegten zehnten Theil nicht geben zu dürfen. Die ununterbrochnen Kriege, die von dem Anfange der Republik an geführt wurden, legten den Vätern die Nothwendigkeit auf, die Abgaben zu vermehren. Diese Kriege verursachten die große last der landesschulden, welche sich im Jahr 1655 auf 140 Millionen Gulden belaufen haben sollen. In dem Spanischen, nach dem Tode des Königs, Carl des zweyten, geführten, Kriege wuchsen die Schulden sehr an. Indessen ist der Credit der Nation so groß, daß die Einwohner niemanden lieber, als dem Schatze, ihr Geld anvertraum, und es nicht einfordern, sondern lieber die Summen verkaufen und cediren, als sich dieselben vor dem Rentmeister auszahlen lassen. Vor hundert Jahren, nemlich in dem Jahre 1682, sind aus den öffentlichen Abgaben 13 Millionen Gulden einkommen; allein in eben diesem Jahre brauchte man zur Bestreitung der erforderlichen Ausgaben, die zum Besten Hollands und der ganzen Republik zu machen waren, 26,100,000 Gulden. Wenn gleich nach dieser Zeit, da sich der Reichthum und die Abgaben vermehrt haben, das zu dem Schatz;

350 Zweyter Theil. Drittes Capitel.

ge abgetragene Geld zu den jährlichen Ausgaben in Friedenszeiten hinreicht, so hat man es doch dahin wenigstens noch nicht bringen können, daß durch Abtragung der seit einiger Zeit gemachten Staatsschulden die Quelle der Menge von Abgaben verstopft worden wäre.

Es giebt aber öffentliche und besondere Abgaben. Jene kommen in den Schatz der Bundesgenossen, oder der Republik Holland; diese werden entweder, nachdem sie von den Stadtleuten eingetrieben sind, zum Besten der Stadt, der von der Landesregierung dieses Recht verliehen ist, angewandt, oder von den Direktoren des Dammerwesens auf eine gesetzmäßige Art (§. 51), oder von Dynasten, nach einem besondern Privilegio, auf Aelter gelegt. Die öffentlichen werden in ordentliche und außerordentliche eingetheilt. Die erstern laufen ununterbrochen fort; die letztern werden einer gewissen besondern Ursach wegen gegeben, und hören auf, wenn sie ruht, oder sie werden, wenn ein Fall es plötzlich nothwendig macht, einmal von jedem Bürger erlegt. Eine solche Abgabe war der funfzigste Theil, den im Jahr 1747 ein jeder Bürger von seinem sämmtlichen Vermögen abtragen mußte, doch so, daß ein jeder seine Besteuer, nicht nach einer öffentlich gemachten, sondern ihm selbst und seinem Gewissen überlassenen Schätzung, abtrug. Was die Fremden, die sich damals in Holland aufhielten, anbetrifft, so sehe man die Verordnung der Staaten vom 5 Jul. 1747.

§. 252.

Es giebt aber fast keine Sachen, die von Abgaben frey waren. Die Sicherheit und der Gebrauch des Eigenthums; das Vermögen zu veräußern; die Freyheit gültige Contrakte zu schließen; seine Rechte zu cediren; im Gerichte sein Recht zu suchen; der

352

der Antritt und die Führung seines
bensmittel und Luxus; Begräbniß
muß gleichsam durch Abgaben gewissermaßen
den. Ich will von diesem vielen nur wenig

Die Abgaben von den Grundstücken (Verpon-
ding) hat Carl der fünfte im Jahr 1515 angeordnet.
M. f. Erfgraaft. bediening, Vorred. und d. 9 Th.
Sie sind nachher höher angeschlagen, und jedermann muß
sie liefern, außer wenn die Staaten sie einem Grundstücke
erlassen haben. Nach dem Jahr 1632 haben (Chron.
v. Nedenbl. S. 195) die 9 deputirten Staaten ei-
ne Abgabe auf die Häuser gelegt, die im Jahr 1732 von
neuem festgesetzt ward, nachdem eine Schätzung nach der
Größe ihres damaligen Ertrags, oder nach dem Verhält-
nisse desselben, angestellt worden war, und zwar der zwölft-
te Theil von dem Ertrag der Gebäude. Außer den, auf
die Aelter gelegten Abgaben, ist noch auf ihre Frucht eine
andere gelegt, welche ohne alle Hinsicht auf Mißwachs ge-
geben wird. Testamentar und rechtmäßige Erben,
ingleichen solche, die vermöge des Rechts einer Schenkung,
oder nach Eheverträgen, erben, auch Auswärtige, wenn
sie gleich in Holland befindliche Güter von einem Auswär-
tigen bekommen, geben einen Theil von den Gütern des
Verstorbenen an den öffentlichen Schatz ab, bloß die Kin-
der, und ihre gemeinschaftlichen übriggeliebenden und mit
ihnen erbenden Aelter, ausgenommen. Diese Abtragung
von der Erbschaft heißt het Collataraal, und ist eine Art
der gemeinen Bepsteuer. Den zwanzigsten und sech-
zehnten Theil erlegen die Erbschaften in der aufsteigen-
ten Linie, ingleichen die, welche innerhalb des viert-
ten Grades nach der Römischen Rechnung mit
dem Verstorbenen verwandt sind; eben diese geben, wenn
sie außerdem noch, was sie ohn Vermächtniß erben wür-
den,

den, geerbt haben, und die übrigen Anverwandten, oder Ausländer, den zehnten ab; eine Frau aber, die ohne Kinder des Verstorbenen hinterlassen wird, erlegt den fünften Theil nebst dem zehnten. Eben so wird von den Legaten etwas gehoben. Diese Abgabe verpflichtet aber nicht den Erben, sondern die Erbschaft. Die Rechnung wird nach einem Inventario angestellt, welches der Erbe, oder die Vollzieher des letzten Willens, endlich erhärten. Die Immobilien und nicht namentlich ausgenommenen Schulden werden berechnet, nicht aber das von dem Verstorbenen nachgelassne Geld und die Mobilien. Die Schulden werden nach der Sterbezelt geschätzt. S. d. V. d. Staat. v. 17 May 1768. Von Gütern, die außerhalb Holland liegen, sehe man das Dekr. der Staat. v. 30. Jul. 1746. Nach einer Verordnung der Staat. v. 24. März 1762 sind Officiere, die in Holländischen Diensten stehn, und nicht in Holland wohnhaft sind, frey, wenn sie Güter erben, die in solchen Ländern liegen, wo diese Erbabgabe nicht abgetragen wird. Ein Fruchterbe, dem die Restitution der Erbschaft aufgetragen ist, erhärtet die vorgesehene Nachlassenschaft endlich, stellt das dem Fiskus schuldige Geld aus, doch mit Vorbehaltung des Rechts seiner Erben, daß sie nicht eher die Erbschaft abgeben, bis sie das wiedererhalten haben, was dafür abgegeben ist; er aber zahlt zugleich für den Genuß der Früchte bey seiner lebzeit eine gewisse Summe Geldes, die nach einer öffentlichen Vorschrift bestimmt wird, worinn die Hofnung, noch leben zu können, berechnet ist. Z. B. wer sich zwischen 40 und 50 Jahren befindet, dem wird noch Hofnung zu leben auf sieben Jahr festgesetzt, und nach diesem Verhältniß wird die Abgabe berechnet. Von der Substitution der Bürger s. m. die Verordnung d. Staat. v. 7. April 1768. Ferner wird jährlich der hundert und zweyhundertste Theil wegen der Schulden Hollands erlegt. Von dem
 Ver

Verkauf der Grundstücke und solcher Güter, die nach dem Gesetze vom 9. May 1744 zu den Immobilien gerechnet werden; ist der vierzigste Theil festgesetzt, eben so bey den Mobilien, die von ihren Herren öffentlich verkauft werden; von den Gütern aber, die die Obrigkeit anschlagen und verkaufen läßt, der achtzigste. Der Gebrauch der Stempelpapiere, die in und außerhals den Gerichten nothwendig sind, bringt viel ein. Ihr Preis steigt von 3 Schvoren bis auf 300 Gulden hinauf, je nachdem die Sachen, woben sie gebraucht werden, beschaffen sind. Wenn z. B. ein Testament gültig seyn soll, so muß es auf einen Stempelbogen geschrieben werden, dessen Werth nach der Größe des nachgelassenen Vermögens bestimmt wird, doch nicht über 24 Gulden geht, wonicht auf eben diesem Stempelbogen ein Fidecommiß enthalten ist, in welchem Falle ein Bogen von doppeltem Preise erfordert wird.

§. 253.

Unter dem Namen der gemeinen Erträge (gemeene Middelen) sind viele Abgaben, z. B. von Personen, die auf den Trekschuyten reisen, von den Veräußerungen und Verpfändungen der Schiffe, insonderheit die begriffen, welche 1) für die Art der Consumption, oder 2) des Handels mit gewissen Sachen, gegeben werden (Middelen van Consumtie en Commerce), ingleichen 3), die jährlich auf gewisse Personen, oder Familien, nach dem Gebrauch gewisser Sachen und Rechte, gelegt werden (beschreyen Middelen). Zur ersten Art gehört z. B. die Abgabe von Salz, Butter, Salmen und Stören, von dem zum schlachten eingekauften Viehe, verkauften Früchten, die von den Bäumen ausgenommen, von Bier, Wein, gebrannten Wassern, Eßig, Liquören, Seife, vom Getraide, das gemahlen wird u. s. f.; von

3

Torf

Toef (von dem sowohl, der von einem Ort zum andern, als der außerhalb Landes, verfahren wird), **Steinkohlen**, verkauftem **Brennholze** (Zimmer, oder **Wertholz**, 't **Werthout**, ist frey). Es wird theils auf diese Sachen, z. B. auf die **Butter**, theils auf andere alsdann eine Abgabe gelegt, wenn sie des Verkaufs wegen auf die öffentliche Waage kommen ('t **rechte van de Waag en ronde Maat**), oder gemessen werden, z. B. **Räse**, **Wolle** und dergl. mehr; eben dies geschieht bey den **Waaren**, die unter dem Namen der **groben Waaren** (**Grode Waren**) begriffen werden, dergleichen **Bley**, **Steine**, **Kalk**, sind, so wie auch dieses bey eingeführtem **Getraide** und **Tobak** geschieht. Die Abgaben, wozu einzelne Personen auf ein Jahr angehalten werden (**quotisatie**), sind z. B. ausser der Abgabe, die die **Tobakshändler** entrichten müssen, die, nach der Zahl der **Bedienten** sich richtende, **Bedientenbeysteuern** (**Heeren Geld**, womit das **redemptie Geld** verbunden wird). Für den Gebrauch des **Thees**, **Koffe's**, der **Chocolade** u. s. f. bezahlt ein jeder, der nicht nach einer Verordnung davon ausgenommen ist, wenn er es nicht beschwören will, daß er das ganze Jahr hindurch nichts davon genossen habe, ein gewisses Geld, das nach seinem Amte, seinen **Domestiken** und **Einkünften**, die er nach seinem Gewissen angeben muß, jährlich bestimmt wird. Jedem, der **Ackerbau** treibt, wird auf 6 Monath, oder ein Jahr, eine Abgabe für seine **Saat**, **Rübe**, **Pferde**, und das zur **Verfertigung** der **Butter** nöthige **Salz**, (**Bouws middelen**) angesetzt. Alle **Werke** der **Künstler**, oder **Handwerksleute**, auch unter den **Werkzeugen** des **luxus** die **Spielekarten**, sind frey, doch ist hiervon die Anzahl der **Domestiken** ausgenommen, wozu noch andere Sachen, z. B. **große und kleine Kutschen** und **Wagen**, auch **Pferde** gehören. Nachdem im Jahr 1749 die dem

Wol

te verhassten Zolleinnehmer abgeschafft sind, nehmen die ehemals verpachteten Abgaben vereidete Einnehmer, die von den Staaten gesetzt werden, (Saarde's) ein.

So viel von den verschiednen Arten der Abgaben. Ich füge das noch hinzu, daß die, welche Hochzeit machen, einerley Abgabe mit den Verstorbenen entrichten müssen, daß aber niemand über 30 Gulden giebt. Doppelt so viel wird von Personen, die unverheuerachtet sterben, wenn sie Güter, welche zum Erbschafts tribut verpflichtet sind, nachlassen, erlegt. Auch für den Antritt und Genuss öffentlicher Ehrenstellen und Aemter wird eine festgesetzte Geldsumme (het Amptgeld) gegeben.

§. 254.

Die Vernachlässigung und betrüglische Uebertretung der wegen der zum Theil jetzt angeführten gemeinen Zins Eünfte erteilten Befehle wird mit nachdrücklicher Geld oder Leibesstrafe geahndet. Die, welche von ihnen zweydeutig sind, werden von den Staaten erklärt. W. f. ihr Dekret von 18. Jun. 1750. Die Obrigkeiten und Deputirten der Staaten sorgen für ihre Erhaltung; und die Wachsamkeit der Einnehmer, die Belohnungen der Angeber, Hindernisse des Betrugs, sind hierzu thätige Mittel. Nur gewisse beeidigte Leute sind dazu bestellt, das eingekaufte Bier, Wein, Eßig, Torf, Stein Kohlen in das Haus des Käufers zu tragen, nachdem sie zuvor einen gestempelten gekauften Schein erhalten haben, der es bezeugt, daß der Abtrag abgeliefert, und die Fortbringung des gekauften Guts nicht unrechtmäßig sey.

Außerdem ist es niemand, außer den dazu gesetzten Bierbrauern, erlaubt, diesen Trank zu verfertigen, in seinem Hause Korn zu mahlen, und Mühlen, oder

oder Instrumente, die zu ihrer Verfertigung nöthig sind, bey sich zu führen; Mehl und Brode aus Ländern, die nicht in dem Gebiet der vereinigten Niederlande liegen, einzuführen; aus Gruben von Steinkohlen und Erde Torf zum Gebrauch auf dem Heerde zu machen; auf dem Lande mit Wein zu handeln; fremden Wein auf dem Lande auszuladen: auch dürfen Bierbrauer und Weinhändler keine Gastwirtschaft treiben: S. ferner das Niederl. Ges. B. VII, S. 1199 u. f. f.

Ueber Streitigkeiten, die die gemeinen Einkünfte betreffen, und die deswegen sich ereignenden Anklagen, erkennt der Rath von Holland, oder deputirte Richter. Die letztern wählt in einer jeden an der Regierung theilhabenden Stadt, Haag mit eingeschlossen, der Statthalter jährlich für das Gebiet, das einer jeden von ihnen in Ansehung dieses Gerichts angewiesen ist, aus dem Mittel der Richter oder Scabinen; an andern Orten setzt er sie auch. Nach einem Befehl vom 29. Jul. 1750. und 9. April 1755. erkennt das ganze Collegium der Scabinen, die in demselben Jahre das Richteramt führen, wenn außerordentlich, oder gerade zu zur körperlichen Bestrafung flüchtiger Personen verfahren wird; wird aber auf eine Geldstrafe, und zur Strafe der Verweisung im Fall, daß sich diese nicht anbringen ließe, ein Verfahren angestellt, so sprechen drey deputirte Richter, oder Scabinen, Recht. Die Proceßordnung, die Appellation an den Rath von Holland, und Klage vor den fünf Rathsherrn, oder ersten, oder zweyten Richtern, hat das Ges. vom 23. Aug. 1749. vorgeschrieben. Von dem vom Rath von Holland gefällten Urtheil kann man weiter gehn; indem man binnen zwey Monathen um eine Revision anfäh, und ein gewisses Geld niederlegt, welches in dem Fall, daß

daß das Urtheil bestätigt wird, oder die Kosten compensirt werden, verlohren geht. Wird die Revision bewilligt, so fügen die Staaten zu den fünf ersten Richtern noch fünf neue hinzu, daß dieses aus zehn Männern bestehende Collegium, nachdem es die streitigen Punkte von neuem erwogen hat, den Streit durch ein Endurtheil beendigt. Der Rath von Holland hat den Advokaten des Fiscus zur Beihilfe.

Ich füge zu diesem, was ich bisher von den Einkünften des öffentlichen Schatzes gesagt habe, noch hinzu, daß seit dem Jahre 1752 das beyden Theilen von Holland gemeinschaftliche Collegium der Neunmänner (Reken-Kammer, Rechenkammer) die Rechnungen der öffentlichen Einnahme und Ausgabe führt. Von der Ritterschaft hat einer in diesem Collegio auf immer, die übrigen 8, von denen fünf von den fünf Städten von Südholland, und 3 von den drey von Nordholland gewählt werden, nur drey Jahr ihren Sitz.

§. 255.

Nachdem ich die Einrichtungen beschrieben habe, die die Kräfte des ganzen Volks erhalten, muß ich noch von den Stützen der Ruhe und Sicherheit der Privatpersonen einiges anführen. Hierhin gehören aber die Obrigkeiten, denen die Verwaltung des Bauwesens (la police) und die Jurisdiction übertragen ist. Ueberhaupt haben die Staaten in Aufsehung der Ämter und Bedienungen, die sie erhalten, die Versicherung gegeben, daß allein in ordentlichen Versammlungen darüber etwas angedordnet werden soll; daß die, welche Ämter erhalten haben, bey'm Antritt derselben durch einen Eid von Verdacht einer jeden unerlaubten Verwerfung um dieselben von sich ablehnen sollen; daß

Fleiß der Land und Stadtleute nur sorglich zu unterhalten.

Es muß auch noch bey der Art, Abgaben einzutreiben, das, was Geßäßigkeit erwecken kann, ingleichen eine Verschwendung der Ausgaben verinleben werden. Bey ihrer Verwaltung ist Betrügllichkeit und Haß; bey ihrer Verwendung, so wie überhaupt bey allen Staatseinkünften; ist Verschwendung und zu unfrengebigte Sparsamkeit in gleichem Maaße schädlich.

Im 16. Jahrhundert fingen die Abgaben häufiger, als in den Niederlanden gewöhnlich gewesen war, und wegen mehrerer Ursachen an, aufgelegt, und auf mehrere Sachen und Güter ausgebeut zu werden. Man theilte sie damals in ordentliche, wenn das aufzubringende Geld auf mehrere Jahre eingetheilt ward, und außerordentliche ein, die zu einer Zeit angesetzt wurden, da man noch im Abtragen der von den Ständen befohlener Abgaben begriffen war. Man sehe *Narr van der Goes* in dem *Tagebuch* vom 24. April 1531. Das erhaltene Geld, von welchem vieles abging (ebendas. S. 210.), ließ der Regent verwalten, und theils zu seinem Gebrauch, theils zur Vertheidigung von Holland und der sämtlichen Niederlande, auch zuweilen zum Besten des Teutschen Reichs anlegen. *S. van der Goes* ebendas. beym 25. Jul. 1532. Andere Abgaben verwandten die Stände selbst für die Angelegenheiten des Volks (*Omneslagen*), worüber man ebendas. S. 135. und den Befehl vom 6. Nov. 1533. an dem angezeigten Ort nachsehn kann. Von diesem Gelde ward z. B. der Advokat von Holland salarirt, es wurden davon denen, die sich auf irgend eine Art verdient gemacht hatten, Geschenke ertheilt. Ebendas. S. 219 u. f. f. Von dem Geschenke, das die Stadt *Rotterdam* für den *Erasmus*

aus bestimmte, sehe man ebendas. S. 186. Von der Art von Abgaben, die zum Gebrauch besonderer Ländereien und Städte privatim gegeben wurden, sehe man Riemers Haag I, 34, und das den 6. Jul. 1515. ertheilte Gesetz. Ein Beispiel von einer unbilligen mit einer rechtmäßigen vertauschten Abgabe findet man in dem Priv. von Harlem S. 245.

Als die republikanische Staatsverfassung aufgelöst worden war, entstand in dem Staat der vereinigten Niederlande eine neue Einrichtung in den Besteuern, von der ich in dem dritten Theile ausführlicher reden werde. Die Holländer wandten alles an, um den von dem Herzog Alba ihnen mit Gewalt aufgelegten zehnten Theil nicht geben zu dürfen. Die ununterbrochenen Kriege, die von dem Anfange der Republik an geführt wurden, legten den Vätern die Nothwendigkeit auf, die Abgaben zu vermehren. Diese Kriege verursachten die große Last der landesschulden, welche sich im Jahr 1655 auf 140 Millionen Gulden belaufen haben sollen. In dem Spanischen, nach dem Tode des Königs, Carl des zweyten, geführten, Kriege wuchsen die Schulden sehr an. Indessen ist der Credit der Nation so groß, daß die Einwohner niemanden lieber, als dem Schatze, ihr Geld anvertrauen, und es nicht einfodern, sondern lieber die Summen verkaufen und cediren, als sich dieselben von dem Rentmeister auszahlen lassen. Vor hundert Jahren, nemlich in dem Jahre 1682, sind aus den öffentlichen Abgaben 13 Millionen Gulden einkommen; allein in eben diesem Jahre brauchte man zur Bestreitung der erforderlichen Ausgaben, die zum Besten Hollands und der ganzen Republik zu machen waren, 26,100,000 Gulden. Wenn gleich nach dieser Zeit, da sich der Reichthum und die Abgaben vermehrt haben, das zu dem Schatz,

ge abgetragene Geld zu den jährlichen Ausgaben in Friedenszeiten hinreicht, so hat man es doch dahin wenigstens noch nicht bringen können, daß durch Abtragung der seit einiger Zeit gemachten Staatsschulden die Quelle der Menge von Abgaben verstopft worden wäre.

Es giebt aber öffentliche und besondere Abgaben. Jene kommen in den Schatz der Bundesgenossen, oder der Republik Holland; diese werden entweder, nachdem sie von den Stadtleuten eingetrieben sind, zum Besten der Stadt, der von der Landesregierung dieses Recht verliehen ist, angewandt, oder von den Direktoren des Dammerwesens auf eine gesetzmäßige Art (§. 51), oder von Dynasten, nach einem besondern Privilegio, auf Acker gelegt. Die öffentlichen werden in ordentliche und außerordentliche eingetheilt. Die erstern laufen ununterbrochen fort; die letztern werden einer gewissen besondern Ursach wegen gegeben, und hören auf, wenn sie ruht, oder sie werden, wenn ein Fall es plötzlich nothwendig macht, einmal von jedem Bürger erlegt. Eine solche Abgabe war der funfzigste Theil, den im Jahr 1747 ein jeder Bürger von seinem sammentlichen Vermögen abtragen mußte, doch so, daß ein jeder seine Besteuer, nicht nach einer öffentlich gemachten, sondern ihm selbst und seinem Gewissen überlassenen Schätzung, abtrug. Was die Fremden, die sich damals in Holland aufhielten, anbetrifft, so sehe man die Verordnung der Staaten vom 5 Jul. 1747.

§. 252.

Es giebt aber fast keine Sachen, die von Abgaben frey waren. Die Sicherheit und der Gebrauch des Eigenthums; das Vermögen zu veräußern; die Freyheit gültige Contrakte zu schließen; seine Rechte zu cediren; im Gerichte sein Recht zu suchen; der

Von Holland. Zweunter Abschnitt.

der Antritt und die Führung seines Amtes; Lebensmittel und Luxus; Begräbniß der Todten, muß gleichsam durch Abgaben gewissermaßen eingelöst werden. Ich will von diesem vielen nur wenig anführen.

Die Abgaben von den Grundstücken (Verponding) hat Carl der fünfte im Jahr 1515 angeordnet. M. f. Lefgraaf. bediening, Vorred. und d. 9 Th. Sie sind nachher höher angeschlagen, und jedermann muß sie liefern, außer wenn die Staaten sie einem Grundstücke erlassen haben. Nach dem Jahr 1632 haben (Chron. v. Medenbl. S. 195) die 9 deputirten Staaten eine Abgabe auf die Häuser gelegt, die im Jahr 1732 von neuem festgesetzt ward, nachdem eine Schätzung nach der Größe ihres damaligen Ertrags, oder nach dem Verhältnisse desselben, angestellt worden war, und zwar der zwölfte Theil von dem Ertrag der Gebäude. Außer den, auf die Häuser gelegten Abgaben, ist noch auf ihre Frucht eine andere gelegt, welche ohne alle Hinsicht auf Miswachs gegeben wird. Testamentar und rechtmäßige Erben, ingleichen solche, die vermöge des Rechts einer Schenkung, oder nach Eheverträgen, erben, auch Auswärtige, wenn sie gleich in Holland befindliche Güter von einem Auswärtigen bekommen, geben einen Theil von den Gütern des Verstorbenen an den öffentlichen Schatz ab, blos die Kinder, und ihre gemeinschaftlichen übrigbleibenden und mit ihnen erbenden Aeltern, ausgenommen. Diese Abtragung von der Erbschaft heißt het Collataraal, und ist eine Art der gemeinen Besteuer. Den zwanzigsten und seinen zehnten Theil erlegen die Erbschaften in der aufsteigenden Linie, ingleichen die, welche innerhalb des vierten Grades nach der Römischen Rechnung mit dem Verstorbenen verwandt sind; eben diese geben, wenn sie außerdem noch, was sie ohn Vermächtniß erben würden,

den, geerbt haben, und die übrigen Anwandten, oder Ausländer, den zehnten ab; eine Frau aber, die ohne Kinder des Verstorbenen hinterlassen wird, erlegt den fünften Theil nebst dem zehnten. Eben so wird von den Legaten etwas gehoben. Diese Abgabe verpflichtet aber nicht den Erben, sondern die Erbschaft. Die Rechnung wird nach einem Inventario angestellt, welches der Erbe, oder die Vollzieher des letzten Willens, endlich erhärten. Die Immobilien und nicht namentlich ausgenommenen Schulden werden berechnet, nicht aber das von dem Verstorbenen nachgelassne Geld und die Mobilien. Die Schulden werden nach der Sterbezeit geschätzt. S. v. B. v. Staat. v. 17 May 1768. Von Gütern, die außerhalb Holland liegen, sehe man das Dekr. der Staat. v. 30. Jul. 1746. Nach einer Verordnung der Staat. v. 24. März 1762 sind Officiere, die in Holländischen Diensten stehn, und nicht in Holland wohnhaft sind, frey, wenn sie Güter erben, die in solchen Ländern liegen, wo diese Erbabgabe nicht abgetragen wird. Ein Fruchterbe, dem die Restitution der Erbschaft aufgetragen ist, erhärtet die vorgefundene Nachlassenschaft endlich, stellt das dem Fiskus schuldige Geld aus, doch mit Vorbehaltung des Rechts seiner Erben, daß sie nicht eher die Erbschaft abgeben, bis sie das wieder erhalten haben, was dafür abgegeben ist; er aber zahlt zugleich für den Genuß der Früchte bey seiner Lebzeit eine gewisse Summe Geldes, die nach einer öffentlichen Vorschrift bestimmt wird, worinn die Hoffnung, noch leben zu können, berechnet ist. Z. B. wer sich zwischen 40 und 50 Jahren befindet, dem wird noch Hoffnung zu leben auf sieben Jahr festgesetzt, und nach diesem Verhältniß wird die Abgabe berechnet. Von der Substitution der Bürger s. m. die Verordnung v. Staat. v. 7. April 1768. Ferner wird jährlich der hundert und zweyhundertste Theil wegen der Schulden Hollands erlegt. Von dem Ver-

Verkauf der Grundstücke und solcher Güter, die nach dem Gesetze vom 9. May 1744 zu den Immobilien gerechnet werden; ist der vierzigste Theil festgesetzt, eben so bey den Mobilien, die von ihren Herren öffentlich verkauft werden; von den Gütern aber, die die Obrigkeit anschlagen und verkaufen läßt, der achtzigste. Der Gebrauch der Stempelpapiere, die in und außerhalb den Gerichten notwendig sind, bringt viel ein. Ihr Preis steigt von 3 Schvoren bis auf 300 Gulden hinauf, je nachdem die Sachen, woben sie gebraucht werden, beschaffen sind. Wenn z. B. ein Testament gültig seyn soll, so muß es auf einen Stempelbogen geschrieben werden, dessen Werth nach der Größe des nachgelassenen Vermögens bestimmt wird, doch nicht über 24 Gulden geht, wonicht auf eben diesem Stempelbogen ein Fidecommiß enthalten ist, in welchem Falle ein Bogen von doppeltem Preise erfordert wird.

§. 253.

Unter dem Namen der gemeinen Erträge (gemeene Middelen) sind viele Abgaben, z. B. von Personen, die auf den Trekschuyten reisen, von den Veräußerungen und Verpfändungen der Schiffe, insonderheit die begriffen, welche 1) für die Art der Consumtion, oder 2) des Handels mit gewissen Sachen, gegeben werden (Middelen van Consumtie en Commerce), ingleichen 3), die jährlich auf gewisse Personen, oder Familien, nach dem Gebrauch gewisser Sachen und Rechte, gelegt werden (beschreeven Middelen). Zur ersten Art gehört z. B. die Abgabe von Salz, Butter, Salmen und Stören, von dem zum Schlachten eingekauften Viehe, verkauften Früchten, die von den Bäumen ausgenommen, von Bier, Wein, gebrannten Wassern, Essig, Liquören, Seife, vom Getraide, das gemahlen wird u. s. f.; vom

Toef (von dem sowohl, der von einem Ort zum andern, als der außerhalb Landes, verfahren wird), **Seeintohlen**, verkauftem Brennholze (Zimmer, oder Werkholz, 't Werkhout, ist frey). Es wird theils auf diese Sachen, z. B. auf die Butter, theils auf andere alsdann eine Abgabe gelegt, wenn sie des Verkaufs wegen auf die öffentliche Waage kommen ('t recht van de Waag en ronde Maat), oder gemessen werden, z. B. Käse, Wolle und dergl. mehr; eben dies geschieht bey den Waaren, die unter dem Namen der groben Waaren (*Grove Waren*) begriffen werden, dergleichen Bley, Steine, Kalk, sind, so wie auch dieses bey eingeführtem Getraide und Tobak geschieht. Die Abgaben, wozu einzelne Personen auf ein Jahr angehalten werden (*quotisatie*), sind z. B. ausser der Abgabe, die die Tobakshändler entrichten müssen, die, nach der Zahl der Bedienten sich richtende, **Bedientenbeysteuern** (*Heeren Geld*, womit das *redentie Geld* verbunden wird). Für den Gebrauch des Thees, Koffe's, der Chocolade u. s. f. bezahlt ein jeder, der nicht nach einer Verordnung davon ausgenommen ist, wenn er es nicht beschwören will, daß er das ganze Jahr hindurch nichts davon genossen habe, ein gewisses Geld, das nach seinem Amte, seinen Domestiken und Einkünften, die er nach seinem Gewissen angeben muß, jährlich bestimmt wird. Jedem, der Ackerbau treibt, wird auf 6 Monath, oder ein Jahr, eine Abgabe für seine Saat, Rübe, Pferde, und das zur Verfertigung der Butter nöthige Salz, (*Bouws middelen*) angesetzt. Alle Werke der Künstler, oder Handwerksleute, auch unter den Werkzeugen des Luxus die Spielkarten, sind frey, doch ist hiervon die Anzahl der Domestiken ausgenommen, wohin noch andere Sachen, z. B. große und kleine Kutschen und Wagen, auch Pferde gehören. Nachdem im Jahr 1742 die dem

te verhassten Zolleinnehmer abgeschafft sind, nehmen die ehemals verpachteten Abgaben vereidete Einnehmer, die von den Staaten gesetzt werden, (Saarde's) ein.

So viel von den verschiednen Arten der Abgaben. Ich füge das noch hinzu, daß die, welche Hochzeit machen, einerley Abgabe mit den Verstorbenen entrichten müssen, daß aber niemand über 30 Gulden giebt. Doppelt so viel wird von Personen, die unverheuerachtet sterben, wenn sie Güter, welche zum Erbschafts tribut verpflichtet sind, nachlassen, erlegt. Auch für den Antritt und Genuß öffentlicher Ehrenstellen und Aemter wird eine festgesetzte Geldsumme (het Amptgeld) gegeben.

§. 254.

Die Vernachlässigung und betrüglische Uebertretung der wegen der zum Theil jetzt angeführten gemeinen Zins Eünfte erteilten Befehle wird mit nachdrücklicher Geld oder Leibesstrafe geahndet. Die, welche von ihnen zweydeutig sind, werden von den Staaten erklärt. W. f. ihr Dekret von 18. Jun. 1750. Die Obrigkeiten und Deputirten der Staaten sorgen für ihre Erhaltung; und die Wachsamkeit der Einnehmer, die Belohnungen der Angeber, Hindernisse des Betrugs, sind hierzu thätige Mittel. Nur gewisse beeidigte Leute sind dazu bestellt, das eingekaufte Bier, Wein, Eßig, Torf, Stein Kohlen in das Haus des Käufers zu tragen, nachdem sie zuvor einen gestempelten gekauften Schein erhalten haben, der es bezeugt, daß der Abtrag abgeliefert, und die Fortbringung des gekauften Guts nicht unrechtmäßig sey.

Außerdem ist es niemand, außer den dazu gesetzten Bierbrauern, erlaubt, diesen Trank zu verfertigen, in seinem Hause Korn zu mahlen, und Mühlen,

oder Instrumente, die zu ihrer Verfertigung dienlich sind, bey sich zu führen; Mehl und Brode aus Ländern, die nicht in dem Gebiet der vereinigten Niederlande liegen, einzuführen; aus Grütten von Steinkohlen und Erde Tof zum Gebrauch auf dem Heerde zu machen; auf dem Lande mit Wein zu handeln; fremden Wein auf dem Lande auszuladen: auch dürfen Bierbrauer und Weinändler keine Gastwirtschaft treiben. S. ferner das Niederl. Gef. B. VII, S. 1799 u. f. f.

Ueber Streitigkeiten, die die gemeinen Einkünfte betreffen, und die deswegen sich ereignenden Anklagen, erkent der Rath von Holland, oder deputirte Richter. Die letztern wählt in einer jeden an der Regierung theilhabenden Stadt, Haag mit eingeschlossen, der Statthalter jährlich für das Gebiet, das einer jeden von ihnen in Ansehung dieses Gerichts angewiesen ist, aus dem Mittel der Richter oder Scabinen; an andern Orten setzt er sie auch. Nach einem Befehl vom 29. Jul. 1750. und 9. April 1755. erkent das ganze Collegium der Stadtschöffen, die in demselben Jahre das Richteramt führen, wenn außerordentlich, oder gerade zu zur körperlichen Bestrafung schuldiger Personen verfahren wird; wird aber auf eine Geldstrafe, und zur Strafe der Verweisung im Fall, daß sich diese nicht anbringen ließe, ein Verfahren angestellt, so sprechen drey deputirte Richter, oder Scabinen; Rechte. Die Proceßordnung, die Appellation an den Rath von Holland, und Klage vor den fünf Rathsherrn, oder ersten, oder zweyten Richtern, hat das Gef. vom 23. Aug. 1749. vorgeschrieben. Von dem vom Rath von Holland gefällten Urtheil kann man weiter gehn; indem man binnen zwey Monathen um eine Revision anfährt, und ein gewisses Geld niederlegt, welches in dem Fall, daß

daß das Urtheil bestätigt wird, oder die Kosten compensirt werden, verlohren geht. Wird die Revision bewilligt, so fügen die Staaten zu den fünf ersten Richtern noch fünf neue hinzu, daß dieses aus zehn Männern bestehende Collegium, nachdem es die streitigen Punkte von neuem erwogen hat, den Streit durch ein Endurtheil beendet. Der Rath von Holland hat den Advokaten des Siscus zur Beihilfe.

Ich füge zu diesem, was ich bisher von den Einkünften des öffentlichen Schatzes gesagt habe, noch hinzu, daß seit dem Jahre 1752 das beyden Theilen von Holland gemeinschaftliche Collegium der Neunmänner (Reken-Kammer, Rechenkammer) die Rechnungen der öffentlichen Einnahme und Ausgabe führt. Von der Ritterschaft hat einer in diesem Collegio auf immer, die übrigen 8, von denen fünf von den fünf Städten von Südholland, und 3 von den drey von Nordholland geschildt werden, nur drey Jahr ihren Sitz.

§. 255.

Nachdem ich die Einrichtungen beschrieben habe, die die Kräfte des ganzen Volks erhalten, muß ich noch von den Stützen der Ruhe und Sicherheit der Privatpersonen einiges anführen. Hierhin gehören aber die Obrigkeiten, denen die Verwaltung des Bauwesens (la police) und die Jurisdiction übertragen ist. Ueberhaupt haben die Staaten in Ansehung der Aemter und Bedienungen, die sie erhalten, die Versicherung gegeben, daß allein in ordentlichen Versammlungen darüber etwas angeordnet werden soll; daß die, welche Aemter erhalten haben, bey'm Antritt derselben durch einen Eid den Verdacht einer jeden unerlaubten Bewerbung um dieselben von sich ablehnen sollen; daß

358 Zweyter Theil. Drittes Capitel.

daß Bedienungen auch nur auf eine Zeit ertheilt werden sollen, bis es die Staaten für gut befänden, eine andere Einrichtung zu treffen.

§. 256.

Ein Theil von den in das Baunwesen schlagenden Einrichtungen ist durch Gesetze bestimmt, ein andrer beruht auf der Wachsamkeit der Obrigkeiten, Vorforge und Befehle, noch ein andrer hängt von den Beiträgen der Einwohner eines jeden Orts ab, wodurch z. B. Nachtwächter und Laternen zur Abwendung nächtlicher Unglücksfälle unterhalten werden. Hieher gehören die wider die umherstreichenden, insonderheit die aus fremden Ländern kommenden Bettler, wider die Schlemmer, Spieler, und die Hasardspiele gegebenen Gesetze. Von dem Würfelspiele, das vormahls von den Grafen einigen Städten erlaubt ward, sehe man Wagenaars Amsterd. III, 5. 48. van de Wall Dordr. Privil. S. 271. Auch ist die Einrichtung, die die Angelegenheiten der Pupillen und Unmündigen mit öffentlicher Autorität besorgt, (Weeskamers) wenn der Vater in seinem letzten Willen nicht dawider protestirt hat, sehr heilsam. M. f. Riesmers Haag II, S. 187. u. f. f. Uebrigens haben nicht besonders dazu gesetzte Obrigkeiten die Sorge für das Baunwesen, sondern die gewöhnlichen. Die Beforgung der Landstraßen aber, der Gewässer und Dämme haben seit langen Zeiten her besondere Collegien gehabt, von welchen ein jedes aus einem Leichgrafen (Dyktgraven), und Rätben (Zoogheemraaden, Nicria I, 350. und 360) und Amtesgehilfen besteht (§. 51). In Holland giebt es verschiedene Arten solcher Gerichte. Sie sind unter sich durch das Alter ihres Ursprungs, die Zahl und Wahl ihrer Rätbe, Größe der Güter, die sie, und zwar innerhalb der Grenzen dieses ihres Leichamts, haben müssen,

fen, Gesezze und Gerichtsbarkeit verschieden. M. f. b. Nederl. Gesezz. VII, 58. Meris II, 217. III, 639. und ebendas. Leiden II, S. 594. u. f. f.

§. 257.

Die Obrigkeiten, welche auf dem Lande und in den Städten die ordentliche Gerichtsbarkeit in ihren angewiesenen Gerichtssprengeln ausüben, haben eine doppelte Sorge auf sich; einmal, daß sie ihre Untergebenen zur Befolgung ihrer Pflichten anhalten, zum andern, daß sie sich in dem Besiz ihrer Rechte zu erhalten suchen.

Die Rechte der Land- und Stadtbewohner sind entweder solche, die beyde mit einander gemein haben, oder die nur der einen Art von Einwohnern zukommen. Einige Rechte der erstern, die von ihnen durch ein altes Herkommen, Gesezze, Privilegien und Verträge erlangt, oder ihren bestätigt worden sind, haben wir in 1 Theile berührt. Dahin kann man z. B. rechnen, daß niemand unverbörter Sache verurtheilt; daß niemand durch die sogenannte Brabantinische Bulle verpflichtet; niemand wider Willen in einer Stadt zu bleiben gezwungen werden kann; niemand in dem Lande Utrecht und Seeland der Jurisdiktion wegen sich stellen darf; niemand ohne Grund von seinem rechtmäßigen Richter zu einem andern, fremden, höhern, Delegirten, aus einer den Gesezzten nicht entsprechenden, oder einem Privilegio entgegenlaufenden Ursach gezogen werden kann.

Die besondern Rechte haben entweder alle, die zu einer und eben derselben Art von Land und Stadtbewohnern gehören, oder auch nur einige Vetter. M. f. z. B. Lams Priv. v. Kennemerlande S. 561. und, in

einigen Stellen, van Eyl Priv. v. Zuid. Holland.
Van Leewen Handvesten van Rhyndland u. s. w.

§. 258.

Die Rechte der Städte beruhen auf dem alten Herkommen, hiernächst zum Theil auf den alten Diplomen der hohen Dynasten, von welchen sie auf die Grafen gekommen sind, oder der Grafen und Privilegien der Stände nach dem Ausbruch der bürgerlichen Kriege. Auch in den ältesten Dokumenten geschieht keine Erwähnung einer von den Kaysern zur Erbauung einer Stadt erhaltenen Erlaubniß, so wie auch in Oelbern (§. 200.). Dies folgt aber daraus, daß die Stäfen seit dem 13. Jahrhundert die Gewohnheit gehabt haben, auf einen Schluß ihres Raths, die Stadtbewohner, die von den Landleuten in Aufsehung ihrer Pflichten und ganzen Zustandes verschieden waren, mit besondern Rechten nach Art eines Vertrags, zu versehen. *Mieris* I, 342. 344. 352. II, 695. IV, 273 u. s. f. Die den Städten verliehenen Rechte betrachtete man nicht als den Obrigkeiten, sondern den Bürgern, oder der ganzen Gemeinheit geschenkte Rechte. Zuerst erstreckten sie sich auf den von dem Grafen einer jeden Stadt eingeschlossnen Platz, hernach wurden sie weiter, auch auf die an eine Stadt grenzenden Aecker, die innerhalb des in dem Privilegio angedeuteten Raums lagen, ausgedehnt. *S. Mieris* II, 783.

Es haben die sämtlichen Bürgerschaften und Städte entweder die bürgerlichen Rechte gemeinschaftlich, oder nur einzelne von ihnen besessen sie. Man erkennt die letztern aus den besondern Privilegien der Städte, jene gründeten sich auf Gesetze, Herkommen und Constitutionen der Fürsten, in deren Rechte die Stände eingetreten sind. *Z. B.* das Recht, zu vertheilen, daß nicht einige einträgliche
Ar.

Arbeiten zum Nachtheil der in den Städten errichteten Gilden auf dem Lande vorgenommen werden. Man sehe hierüber die Verordnung der Staaten vom 9. November 1748. Von dem so genannten ganzen, oder halben Meilenrechte, sehe man van de Wall Priv. v. Dordr. S. 1117. 1409. das Leidens. Priv. S. 31. Ob Bürger der großen Städte, die an der Regierung des Landes Theil haben, und ihrer Güter nicht vor die landgerichtliche gezogen werden können, rechnet Bynkershoek in den Fragen über das bürgerl. Recht I, 15. unter die zweifelhaften Fragen. Man vergleiche mit ihm Meris Leiden II, 855.

Unter den 18. an der Regierung Theil nehmenden Städten, deren Rechte einzeln aus einander zu setzen die Einrichtung meines Werks nicht erlaubt, hat Dordrecht in den Versammlungen von Holland, seit dem Jahr 1480, den ersten Platz. Diese Stadt unterscheidet sich von den übrigen vorzüglich durch zwei Rechte, erstlich, durch das Recht einer Münzkammer, welche, veranlaßt eines der Stadt im Jahr 1418. verliehenen Privilegiums, das Münzwesen von Südholland besorgt. Man sehe van der Mey Münzrechte der Stadt Dordr. Zweytens, das Stapelrecht, das ist, das Recht, gewisse Güter, als Wein, Holz, Hafer u. d. gl. die die Flüsse herabkommen, anzuhalten, daß sie zum Kauf ausgedoten werden, und für den Verkauf der Stadt eine bestimmte Abgabe entlegt werden muß. Der Graf, Johann der erste, hat im Jahr 1299. dieses Recht der Stadt verliehen, und es hat zu verschiedenen Zeiten viele Streitigkeiten, Urtheile der Grafen und Verträge der streitenden Theile erzeugt; so wie noch im Jahr 1766. einen Streit mit der Stadt Gorinchem. Man sehe über die Rechte beider Städte van de Wall Dordr. S. 453.

S. 453. 103. 127. 161. 183. 190. 251. 324. 995.
1004.

§. 259.

Bürger (*poorters, burgers*) heißen die, welche das Recht haben, alle Rechte und Vortheile der Stadt, zu welcher sie gehören, zu genießen. Sie sind von den übrigen Einwohnern, die diese Vortheile nicht genießen, unterschieden. In den Bedingungen, unter welchen fremde Personen in die Bürgerschaft aufgenommen werden, und in der Zeit, in welcher sie aller Rechte theilhaft werden, z. B. der Ehrenstellen, Freyheiten vom Zoll u. s. m. kommen die Städte nicht mit einander überein. Diese Zeit wird zuweilen, wenn ein neuer Bürger eine Bürgerstochter heurathet, verkürzt. Man sehe das Dekret der Staaten von Holland vom 27. Sept. 1776, die Stadt Delft betreffend. Die Strenge der alten Gesetze verlangte einen ununterbrochenen Aufenthalt, der so lange dauerte, bis dem Landleben durch eine, des Landbaues wegen, bestimmte Jahreszeit ein Ende gemacht ward. *Mietis* I, 600. *Priv. v. Amsterd.* S. 29. Jetzt geht das Bürgerrecht durch eine über die gesetzte Zeit hinausgehende Abwesenheit verloren, zu *Leiden* z. B. nach einem Jahre und sechs Wochen; doch erhalten die Eingebornen, wenn sie wiederkommen, ihr Recht wieder.

Einige Aemter bekleiden die Bürger aus Pflicht; andere aus freyem Willen. Einige von ihnen sind in **Gilden** (*Gildens*) eingeschrieben, andere nicht. Wieviel diese Gilden, die des Gewinnstes und Verdienstes wegen errichtet sind, vormahls auf die Sachen, die in die Regierung schlagen, Einfluß gehabt haben, kann man aus *van de Wall Dordr.* S. 1420. ersahn. Es sind noch die Gilden der bewaffneten Bürger vorhanden, welche
für

für die Ruhe und den Schutz der Stadt sorgen müssen. Sie unterscheiden sich sonst im Kriege und Frieden durch besondere Kleidung und Rechte von den übrigen. *Nieris* I, 345. III, 659. *Ebendef.* *Leiden* II, 407. 427. Zu *Dordrecht* giebt es noch *Athemänner* (*goede luisden van den Agten*. S. *Van de Wall* am angef. Orte S. 333.), die die Bürgerschaft, einer alten Einrichtung zu Folge, in dem Rathe der Stadt vorstellen, und welche der Statthalter aus Personen, die die Vorsteher der Gilden (*Gildemeister*) ernannt haben, wählet.

§. 260.

Ein vorzügliches Recht, das die Bürger besitzen, ist dieses, daß keine andere Personen, als Bürger, die obrigkeitlichen Personen und Rathsherrn seyen. Der Rath (*Wysheit, Vroedschap*) einer der höchsten Regierung theilhaftigen Stadt ist eine Gesellschaft auserlesener Bürger, die, unter Anführung der Bürgermeister, und von ihnen zusammenberufen, die die Regierung und Verbindung einer jeden Stadt mit Holland und dem ganzen Staate betreffenden Angelegenheiten überlegen, und von denen ein jeder nach seinem Posten auf Bewilligung des ganzen Collegii Gesandtschaften zu den verschiedenen Collegien, welche die Angelegenheiten von Holland, oder der ganzen Republik, besorgen, übernehmen kann. Wenn vormahls wegen neuer Verbindlichkeiten und wichtiger Sachen ein Schluß gefaßt werden sollte, so wurden die reichen und angesehenen Bürger (*van Rykdom, Rykheyt*) ohne Unterschied dazu eingeladen, damit sie, als welche das Wohl des Staats am meisten anging, auch durch ihren Rath zu ihrem eignen Wohl beitragen mögten. S. *Nieris* *Haag* II, 84. und die zwischen dem Magistrat und Rath zu *Haag* im Jahr 1767. vorgefallenen Streitigkeiten. Nachher hat man angefangen, eine Einschränkung der

364 Zweyter Theil. Drittes Capitel.

der Bürger bis auf eine gewisse Anzahl, die die ganze Bürgerſchaft vorſtellen ſollte, vorzunehmen, und dieſes Recht iſt noch jezt übrig. Von der Macht und den Pflichten eines ſolchen Rathes ſiehe man Carl des fünften Verordnung vom Jahr 1515.

Der unveränderliche Rath einer jeden an der Landesregierung Theil nehmenden Stadt beſteht aus nicht mehr, als 40 Perſonen, und nicht weniger, als 14. In Dordrecht, Delft und Leiden ſind es 40, in Amſterdam 36, Gouda 28, Harlem, Rotterdam, Gorinchem und Alkmaar 24. Die durch ein Geſetz beſtimmte Zahl verringert der Rath nicht ſelbſt, ſondern die Staaten, nach vorher eingegebener hinreichenden Urfach, durch eine neue Verordnung. S. Niederl. Geſ. B. V, 727. 737. Die Geſetze wegen des Alters neuwählender Rathsherrn (nirgends werden mehr als 28 Jahre erfordert), ſind nicht gleich, eben ſo die in Anſehung der Blutsfreundschaft, oder Verwandschaft deſſen, die in dieſem Rath und dem Collegio der Richter (Scabinen) aufgenommen werden wollen, gegebenen, wodurch einige Ausſchließungen zur Vermeidung des durch eine Oligarchie entſtehenden Nachtheils erhalten werden, ingleichen andere, verſchiedene Einrichtungen betreffende, ſind ſehr unter ſich unterſchieden. Dazum kommen ſie mit einander überein, daß ſich ein jeder Rathsherr zur Landesreligion bekennen, und daß aus der Bürgerſchaft ein Mann gewählt werden muß, der ſich durch Liebe zur Eintracht, Klugheit, Rechtschaffenheit und Vermögen von andern auszeichnet. Man ſiehe das Geſetz Carl des fünften im Niederl. Geſ. B. I, 312. und IV, 427.

Ein neuer Rathsherr wird nicht von der ganzen Bürgerſchaft geſetzt, ſondern von dem Rath aus ihr genommen,
ohne

ohne doch haben den Rechten des Staatshalters, die er in einigen Städten hat, zu nahe zu treten (§. 247). Das Amt wird lebenslang geführt, und der Rath kann es nicht nehmen; aber es kann durch den Ausspruch eines rechtshändigen Richters, oder durch freien Austritt aus der Bürgererschaft, verlohren gehn. S. Niederl. Ges. B. III. Ob es auch ohne diesen durch Niederlegung geschehen könne, davon sehe man die Verordn. d. Staat. v. 6. März 1777.

Die Bürgermeister (sonst hießen sie Raadsmannen, hernach Burgemeesters, Poortmeesters) sind erst nach den Scabinen aufgekömmen, und waren ehemals niedriger; als sie. Es giebt nirgends mehr, als vier; zu Briel 2. Von der vermehrten Zahl der Bürgermeister zu Gorinchem sehe man die Verordnung der Staaten vom 17. Jan. 1769. Der Rath setzt sie, an einigen Orten werden sie von dem Pringen gewählt (§. 248), zu Hoorn ernennen sie 9 Bürger, und so führen sie ihr Amt ein, zwey, oder drey Jahr, wo nicht ein Gesetz ihnen einige Jahre hindurch ihre Amtsführung untersagt. Die Gesetze wegen des Alters und der übrigen Beschaffenheit der Bürgermeister sind verschieden. S. d. Priv. v. Harlem S. 501. Ihre Macht ist fast überall von gleicher Größe. Einige berathschlagen sich mit dem Rath, den sie zusammenberufen können, den sie benachrichtigen und mit welchem sie in Sachen, die die Stadt, Holland und die ganze Republik betreffen, Verordnungen machen. Andere handeln ohne den Rath, entweder in Vereinigung mit den Scabinen, z. B. wenn sie ihnen bey dem Vergleich streitender Parteyen beystehn, oder allein, wenn sie Rathsbefehle machen lassen. Außerdem sind sie bey den Versammlungen von Holland zugegen. Jeder ordnet Sachen, die keinen Verschub leiden, nach seinem Posten ab. Sie lassen die über die Einnahme und Ausgabe geführten

Rechn.

366 Zweyter Theil. Drittes Capitel.

Rechnungen sich vorlegen, und bemäßen sich überhaupt, daß in keinem Stuk der Republik etwas nachtheiliges vordefahre. Es steht ihnen der erste Rath, oder Stadtbeyhülfe (*Minister civitatis*), der der Pensionaire heißt, bey. S. Orlers Leiden S. 671 (§. 242, ingleichen d. Verordn. d. Staat. v. 9. Jan. 1728 u. 20. März 1731). Seine Verrichtungen sind nicht überall von gleicher Art, sein Ansehn aber ist wegen seiner Geschäftlichkeit, die er auch selbst mit durch die ununterbrochne Führung seines Amtes sich erworben hat, an allen Orten sehr groß.

§. 261.

Die Magistrate in den Städten, zu deren Betrachtung ich jetzt übergehe, haben die Verbindlichkeit, nach dem Gesezen (§. 93 u. f. f.), Privilegien und dem rechten Herkommen Recht zu sprechen, und innerhalb gewisser durch Geseze und das Herkommen bestimmten Schranken Edikte zu geben.

In den 18 Städten werden unter dem Namen des Magistrats der Prätor, die Bürgermeister und Richter (*Scabinen*, *Schöppen*) begriffen. Der Prätor (*Hoofschout*, gleichsam *Schout*, *Er*) ist der Bornehmste in diesem Collegio, und er wacht, an der Stelle der höchsten Obrigkeit, für die öffentliche Ruhe und Aufrechterhaltung der Geseze. Er pflegt jährlich die Richter einzusetzen, und ordnet die Sitzungen des Gerichts, der alten Gewohnheit und dem Gebrauche gemäß an manchen Orten, als z. B. in Amsterdam, an. Ueberall hat er das Amt eines öffentlichen Anklägers, nie eines Richters.

Die *Scabinen* sind Bürger, die nicht an allen Orten aus dem Rath genommen werden, aber durch einen Eyd verpflichtet sind, daß sie in demselben Jahre bey bürgerlichen Vergesungen und Rechtshändeln, so wie es die natürlichen und bürgerlichen

gerichtlich Gesetze, Privilegien, Edikte und das von dem Herr-
kommen bestimmte Recht erfodern, richten wollen. Dies
war ein stets notwendiges Amt. S. des **Velius Hoorn**
S. 303. Jetzt wird dieses Amt nicht begierig gesucht;
aber auch nicht wider Willen ertheilt. Die Gesetze der
18 Städte weichen in Ansehung des Alters, der Zahl und
auch der Art des Vorschlags dieser Richter, z. B. **Hoorn**
und **Dordrecht**, von einander ab. Die Wahl aus den
vorgeschlagenen Personen steht bey dem Statthalter. Zu
Leiden giebt es 8, zu **Amsterdam** 9, und nirgends mehr
solche Richter; ihr Richteramt dauert ein Jahr. Gewiß
eine kleine Zahl nach der Menge Menschen, welche den ge-
richtlichen Beystand suchen können, und nach der Menge
der Arten von Proceßen, die noch dazu oft sehr verwickelt
sind. Die Arbeiten der Richter zu **Leiden** werden durch
die Einrichtung der **Viertheil** (**buurtens**) einigermaßen
erleichtert, welche, außer andern Vortheilen, die sie stift-
ten, den Endzweck haben, daß sie die geringern Streitig-
keiten des Übels auf der Stelle abthun. In **Amsterdam**
ist bey einigen Proceßarten, z. B. in **Sachen**, die das
Seerwesen betreffen, und deren Gegenstand nicht hoch
ist, die Jurisdiction besondern Collegien, die dem Gericht
der **Scabinen** unterworfen sind, anbefohlen. Auch der
Eifer, die streitenden Partheyen zu vergleichen, verschafft
den Richtern eine große Erleichterung. Ist diese Bemü-
hung vergeblich angewandt, so wird endlich Erlaubniß zum
Proceß ertheilt. Diese **Friedensstifter** (**Vreedemaa-
kers**) werden in dem Hof von **Holland** sehr gebräucht.
Eben so schwächt auch das die Menge der Proceße sehr,
daß es in den Städten und dem **Haag** edle Sachwalter
giebt, welche die stille Zierde, die ihnen gestiftete Verglei-
che geben, höher, als den Ruhm und Gewinnst halten,
den ihnen eine halsstarrige Verfolgung der Proceße ver-
schafft.

368 Zweyter Theil. Drittes Capitel.

Die Scabinen halten zu festgesetzten Zeiten Gerichte. *Mieris* II, 32. Die alten vor sich bestehenden Gerichte, worinn ehemals bestimmte Arten von Processen kurz abgethan wurden, sind zwar nicht überall gänzlich, doch aber größtentheils abgeschafft, z. B. die *Doorter gedinge*. *S. Mieris* II, 105. Die Richter sprechen nach ihrem Gewissen das Recht (§. 97). Die vornehmlichen Relationen der Richter unter einander (z. B. zu *Soenda*, s. *Mieris* III, 317) schiffen sich für die jetzige aufgeklärte Zeit nicht mehr. Auch die alte Gewohnheit ist aufgehoben, nach welcher die Richter gezwungen wurden, binnen einer festgesetzten Zeit den Bescheid zu geben (*Ebenas.* II, 671. des *Delins. Hoorn* S. 23). Ehedem war die Gerichtsbarkeit frey, und es fand keine Appellation an einen höhern Richter statt. Seitdem der Hof von Holland errichtet ist, kann man an ihn appelliren, wenn nicht die Natur des Verurtheilten, oder des Urtheils, oder ein zu geringer aus demselben zu befürchtender Nachtheil, es verhindert. In den Städten, den Haag mit eingeschlossen, wird keine Appellation, wenn der Gegenstand nicht über 100 Gulden geht, zugelassen. Man sehe noch das Gesetz v. 2. May 1674. Ueber Verbrechen erkennt eben dieses Collegium der Scabinen, gleichsam als Richter des *Auffenthales* (*judices domicilii*). Solange sie sich mit der ordentlichen Untersuchung des Vergehens beschäftigen, wird keine Appellation von ihren Verordnungen erlaubt. Der ihnen gewöhnlich beigelegten und durch das Hofkommen bestätigten Macht, aus ganz Holland verweisen zu können, wiewohl kein Gesetz eine solche Strafe vorordnet, widerspricht *Synkershoek* in dem *Staatsrecht* S. 308.

Außer der Gerichtsbarkeit haben die Scabinen mit den Bürgermeistern und dem Prätor das Recht, Solche
ergehn

ergehn zu lassen, wenn sie sich in den von einem Privilegio, oder dem Herkommen, bezeichneten Schranken befinden. **Mieris III, 319.** des **Alkemaades Briel II, 20.** Diese Macht ist nicht unbegrenzt. Denn, erstlich, darf nichts wider die Staatsgesetze verordnet werden. Zweitens, ein altes Herkommen, das der natürlichen Gerechtigkeit widerspricht, wird nie rechtskräftig. **Harlem. Priv. S. 202.** Drittens, ein Magistrat kann niemand von der Beobachtung der Staatsgesetze frey sprechen, auch, viertens, nie, ohne Geheiß der Staaten, einem Verbrecher die Freyheit in dem Fall, daß er seine Mitschuldigen angäbe, zu sagen. **S. d. S. v. 3 März 1661.** Fünftens, sich nicht mehr, als der Rath einer Stadt, ein gewisses Recht von hoher Regierung belegen, außer, wenn er dazu ein Privilegium hat (§. 84). Sechstens, wider Edikte und Befehle, die dem Privilegio einer Gesellschaft, oder einzelner Personen, entgegen sind, kann man, nach Beschaffenheit der Sache an ein gewisses höheres Collegium (§. 264 u. f. f.), oder an die Staaten appelliren. **S. d. Rath v. Holland III, 2. 185. 226.**

§. 262.

So viel von den Obrigkeiten der Städte. Auf dem Lande giebt es eine doppelte Gerichtsbarkeit. Die eine haben Obrigkeiten, welche von der landesregierung gesetzt werden, um Recht zu sprechen, die Gesetze zu beschützen, das Bauwesen zu besorgen u. d. m.; eine andere beruht auf dem Eigenthume der Privatpersonen, oder Gemeinheiten. Das Land, worin von der landesregierung gesetzte Obrigkeiten die Gerichtsbarkeit verwalten, wird in große (**Hoogbailliuschappen**) und kleine Ämter eingetheilt. In vielen Gegenden auf dem Lande ist sie durch Belehnungen, Privilegien und altes Herkommen auf Privatpersonen ge-

kommen, und wird durch geschworene Justitiarien verwaltet, und zwar, erstlich, die freye Herrschaft (dergleichen Aemter werden *Hooge Heerlyckheden* genannt), zweytens, die bürgerliche Gerichtsbarkeit und vermischte Herrschaft (*Ambachts Heerlyckheden*, sonst hießen sie *dagelykse gerechte*). S. *Mieris* IV, 141. 157. 319, welcher auch im IV. B. S. 326. ein Beyspiel von einem neuen Amte, das zur *Urbarmachung des Landes* niedergesetzt ist (*Ambachts herschip*), anführt. Die Rechte der freyen Dynastien sind von diesen beyden Arten unterschieden, von dieser Art ist seit langer Zeit *Asperen*. Siehe *Mieris* I, 431. Von der *Baronie Liesveld* s. *van Leeuwen Holland* S. 1226. Von der Eintheilung der Jurisdiction in die hohe (welche die Macht über Leben und Tod in sich begreift), in die mittlere (welche das Recht mit Gelde zu bestrafen, Vormünder zu setzen, das Bauwesen anzuordnen in sich zu fassen pflegt), und die niedere (der man gemeinlich die Benlegung der Geldstreitigkeiten zuschreibt) sehe man *Bort opposit.* S. 734 u. f. f.

§. 263.

Es giebt auf dem Lande zwey Arten und gleichsam Grade von Gerichten. Das Gesetz vom *Kays. Maximilian*, dem ersten, in dem *Niederländ. Gesetzbuch* II, 677. hat beyden eine Form vorgeschrieben, ingleichen das vom 1 Apr. 1580, v. 18 Febr. 1654 und die *Verordn.* v. 24 Apr. 1663. Die eine ist das *Schulzen- und Schöppengericht*, die in den Dörfern und ihren angewiesenen Distrikten allein über bürgerliche Rechtsachen erkennen. Die *Schöppen* sind die Haupt und ersten Richter. Sie machen eine bestimmte Zahl aus und ihr Amt dauert ein Jahr. Sie werden jährlich aus
Landes

Landleuten, die in demselben Distrikt wohnen, erwählt, und dazu vereidigt, daß sie auf eine gewissenhafte Art das Richteramt führen wollen. Dieses Amt müssen sie führen, ohne daß sie dafür eine Besoldung empfangen. Der Graf Florentius, der fünfte, hat dies Gericht in dem Rennermerlande im Jahr 1291 an der Stelle der Gerichte, die aus ohn Unterschied zusammengekommenen Landleuten bestanden, errichtet. Ob seine Absicht dabey gut war, kann hier nicht untersucht werden. Jetzt wird diese Einrichtung, die sich nach und nach über die übrigen Theile von Holland verbreitet hat, beybehalten. Es hat in einem solchen gewöhnlich aus sieben, oder fünf, Personen bestehenden Gericht der Schultheiß, dessen Amt auf freyer Entschliesung beruht, und zeitlebens bey einer Person bleibt, den Vorsitz. Er ordnet die Sitzungen der Schöppen an: sie richten; er vollstreckt die Urtheile. Die andere Art von Gericht wird von einem Ammann gehalten. Sie besteht aus geschworenen Richtern, die nicht überall von gleicher Anzahl sind. Im Rheinlande und Delflande giebt es 13 derselben. Sie werden aus den vornehmsten Personen der unter demselben Amte begriffenen Gegend erwählt, und erhalten eben den Titel, den sonst die Edelleute erhielten, nemlich *Welgeboore luden* (wohlgebohrne), an andern Orten die *Leenmannen*, oder *Manmannen*. Ihr Amt kann nicht ausgeschlagen werden, hat keine Besoldung, und muß eine bestimmte Zeit, gewöhnlich sind es zwei Jahr, geführt werden. Im Rheinlande schlägt der Prätor die Richter vor, die der Hof von Holland wählt. Je- ner läßt sie, wenn sie gewählt sind, zu gewissen Zeiten, oder, wenn es ihm gefällt, zusammen kommen; und macht ihre Zusammenkünfte Rechtskräftig. In bürgerlichen Angelegenheiten ertheilt er seinen Rath, giebt aber keine entscheidende Stimme. Bey Verbrechen vertritt er die

Stelle des Klägers; aber nicht des Richters, und entfernt sich, wenn die Richter sich berathschlagen. Diese erkennen bey der Appellation wider das Urtheil des Schuldheiß und der Schöppen. Bey Verbrechen haben sie, als ordentliche competente Richter, das erste Erkenntniß, und, wenn wider einen Beflagten außerordentlich verfahren wird, die letzte, ohne Appellation. In bürgerlichen Sachen, und, wenn wider den Verbrechens wegen Angeklagten nicht außerordentlich verfahren wird, oder ein solches Verfahren aufgehoben ist, wird die Appellation von ihrem Urtheil an den Hof von Holland verstatet. Von der alten Macht der auf dem Lande von der Landesregierung bestellten Stadtrichter in einigen Städten sehe man die Leidschen Privilegien S. 81. 91. van Wal Dordr. Privil. S. 147 u. f. f.

§. 264.

Bis hieher haben wir uns mit der Betrachtung der Obrigkeiten beschäftigt, die in den Städten, oder in gewissen Distrikten von Holland, worinn der Jurisdiction wegen das Land eingetheilt ist, Recht sprechen. Außer diesen sind noch zwey heylsame Rätthe errichtet, die nicht allein in ganz Holland, sondern auch in Seeland eine perpetuirliche Gerichtsbarkeit ausüben, nemlich der Hof von Holland, oder der Provinzialhof ('t Hof van Holland), und der große Rath (den Hoogen Raad). S. §. 265.

Wegen des Ursprungs des Hofes von Holland, ist oft, und vorzüglich im Jahr 1761 gestritten worden. Schon in dem 14. Jahrhunderte haben die Grafen von Holland einen perpetuirlichen Rath gehabt, welcher aus eingebornen Edelleuten bestand, deren Einsicht sie sich bey der Beschließung solcher Regierungsangelegenheiten bedienten, welche die Versammlung des Adels und der Stände,

Stände, aus welcher sie zu einem Körper zusammen geflossen waren, nicht betrafen. Wichtige Sachen nahmen sie nicht allein, sondern nach dem Schluß dieses Rathes vor. Z. B., nach eingeholten Gutachten von ihm legten sie Streitigkeiten bey, ertheilten sie Freyheiten, legten sie alte Privilegien (doch nicht mit Ausschließung derer, deren eigenes Wohl davon abhing, s. *Mieris* III, 708) aus, urtheilten sie von der Rechtmäßigkeit angesagter Abgaben. Ebendersf. I, 352. 372. II, 299. 378. IV, 690. Wie weit aber vor dem Jahr 1428. das Recht dieses Rathes gegangen sey, in An, oder Abwesenheit, des Grafens, ohne ein von ihm eingeholtes Gutachten, Streitigkeiten abzutun, und darinn die erste, oder nach geschehner Appellation, die andre Erkenntniß auszuüben, dies hängt von zwey Fragen ab. Die eine ist die, wie weit ein Graf bey gewissen Arten von Verbrechen, nicht durch die jährlichen und auf immer angesetzten Gerichte, in welchen er den Vorsitz hatte, sondern allein, mit seinem Rathe zu beschließen pflegte? Die andere ist die, ob, und wie weit criminal und bürgerliche Sachen, die mit Lehnssachen, die in dem Lehngerichte abzutun waren, und mit den Streitigkeiten der Hofbedienten in keiner Verbindung standen, durch die Appellation an ihn gebracht werden konnten? Es befiel aber dieser Rath nach dem Jahre 1428 eine Zeitlang diesen Namen Raad bey, und die Benennung Hof ('t Hof) kam etwas später auf, doch scheint der Anfang seiner neuen Einrichtung sich von Philipp dem Gütigen herzuschreiben. Durch diese kam es dahin, daß jene ansehnliche Versammlung von Richtern in Sachen, die die Regierung von Holland und Seeland betrafen, dem Fürsten zwar zum Rath dienete, aber vorzüglich, nachdem die Gerichtsbarkeit des Grafen durch häufigere Appellationen

erniet

374 Zweyter Theil. Drittes Capitel.

erweitert worden war, sich damit beschäftigte, Rechte zu sprechen. Deswegen ward er aus einer bestimmten Zahl von Rechtsgelehrten zusammengesetzt, und zu Haag errichtet, damit er zu festgesetzten Zeiten nach der Proceßart, die damahls eingeführt ward, richten mögte. Im Jahr 1462 erhielten die Seeländer durch ihre an den Graf Charolois gebrachten Forderungen auch das, daß nach einer uralten Gewohnheit auch die Seeländer dem Rath von Holland beigesellet wurden. Die Amtsverrichtungen dieses Rathes wurden ihm im Jahr 1462 vorgeschrieben. Carl gab ihm im Jahr 1531 eine neue Vorschrift, und erweiterte die Grenzen seiner Gerichtsbarkeit. Nachdem die Republik gegründet war, ging die Regierung auf den Rath von Holland über: die Obliegenheit, auf Verlangen der Staaten einen Vorschlag zu thun (wovon man die Verordn. v. 31. Jul. 1660 nachsehen kann), und fast die ganze Gerichtsbarkeit ist bey dem Hofe von Holland geblieben.

Er besteht aus zwölf Personen, nemlich aus einem Präsidenten und elf bleibenden Rätchen. Es mögte Ausländer befremden, wie so wenig Richter im Stande sind, die Rechtsachen zweyer so starken und ansehnlichen Provinzen zu bestreiten. Die Staaten von Holland setzen acht Rätche, und die Staaten von Seeland drey, die sie dem Statthalter vorschlagen, und er wählt. Es sind von diesem obrigkeitlichen Amte die Direktoren beider Indischen Gesellschaften, die Vorsteher und Besizer der Collegien, die die Besorgung des Dammwesens über sich haben, ingleichen die Rathsherrn der Städte ausgeschlossen. Die häufige Abwesenheit der Statthalter von Holland, welche sonst in diesem Gerichte den Vorsitz führten, hat es gemacht, daß im Jahr 1520 ein beständiger Präsident gesetzt ward. Jetzt wird er von dem Statthalter aus Personen

sonen gewählt, die ihm die Staaten von Holland und Seeland, wechselseitig, doch mit einem gewissen Vorrechte der Holländer vor den Seeländern, vorschlagen. Der, den er wählt, wird von den Gesandten beider Nationen auf eine feyerliche Art in sein neues Amt eingeführt.

§. 265.

Die Grafen ertheilten diesem Rathe das Recht, in ihrem Namen, und an ihrer statt zu richten, und Verordnungen zu machen, und dies bestätigten die Staaten (sieh. Niederl. Ges. B. III, 662); doch ohne dadurch den Rechten der ordentlichen Obrigkeiten und unter ihnen stehenden Einwohner, und ohne den bisher einigen Gemeinheften ertheilten oder von den Staaten, nach ihrer höchsten Gewalt, noch zu ertheilenden, rechtmäßigen Privilegien zu nahe zu treten.

Zu der diesem Rathe aufgetragenen Erkenntniß gehören Verbrechen, bürgerliche Rechtsachen, auch, seit dem Jahre 1674, Lehnssachen, mit nach der gemeinschaftlichen Bewilligung von Holland und Seeland geschehenen Aufhebung der lehnsgerichte, doch ohne Uebergehung der ersten Instanz der Afterlehne. Man verfährt nach dem vom Kays. Carl dem fünften im Jahr 1531 vorgeschriebenen Pflichtformular, insofern nemlich dasselbe nicht durch nachfolgende Gesetze, oder die Zeitumstände, abgeändert ist. Hierzu kommen noch Verordnungen der Staaten, wodurch gleichfals diese Räte gebunden werden. S. Algema 14. Th. S. 355. und die Verträge von Holland und Seeland vom Jahr 1674. §. 1. 2.

Ben den vor dieses Gericht gehörenden Proceffen merke ich folgendes an, erstlich, in einigen haben diese Ze-

hen.

benmänner keine Erkenntniß, theils weil sie, ihrer Natur und dem Verhältniß der Partheyen nach, einem besondern Gerichte unterworfen sind, z. B. die, welche vor dem Rath von Holland, den Synoden, dem Akademischen Gerichte zu Leiden geführt werden müssen, oder die außer den Grenzen der Gerichtsbarkeit liegen. Dahin rechne ich die Staats- oder sogenannten politischen Sachen. Wie schwer aber die Bestimmung derselben sey, ob sie gleich sehr zu wünschen ist, haben die Staaten selbst in der Verordnung vom 12 Jul. 1674 erkannt. §. 187.

Zweytens, die erste Erkenntniß hat der Hof von Holland, wenn Personen ein Privilegium haben, das sie von der Macht der Obrigkeit des Orts, wo sie sich befinden, losspricht; wenn eine von den beyden streitenden Partheyen ein besonderes Recht hat, mit Uebergangung des Unterrichters sogleich den höhern anzutreten, z. B. sogenannte persona miserabiles, die allein, oder an einem fremden Streite theilnehmend, vermöge ihres Rechts, nicht eines andern abgetretenen, processiren; wenn eine besondere freywillige, nicht verbotene, Prorogation der Jurisdiction statt findet; wegen des Rechts, eine Rechtsache von dem ordentlichen Richter einer durch Gesetze gebilligten Ursach wegen wegzunehmen; wenn eine Sache durch ein Gesetz begünstigt wird, z. B. die Streitigkeiten der zu dem Hof gehörenden Advokaten; wenn bey gewissen Sachen seit alten Zeiten in Ansehung der niederen Gerichte eine Ausnahme statt gefunden hat. M. f. d. 8 und 12 §. des von d. Kayf. Carl d. fünften gegebenen. Ges. ingleichen den Vergleich der Holländer und Seeländer vom Jahr 1674 im 11 und 13 §. Eben so gehören zur ersten

ersten Erkenntniß des Provincialhofes zusammenhängende Sachen, die nicht getrennt werden sollen, und Präbatsachen der hohen Regierung. Ma. s. obenb. Vergl. im 3 §. Wie weit die Angelegenheiten der Städte, die an der Regierung Theil nehmen, schriftlich zu treiben sind, davon sehe man die Verordnung der Staaten vom 14 März 1678, und was im Jahr 1766 und folgenden Jahren zwischen dem hohen Rath und der Stadt Briel verhandelt ist. Wegen der Frage, ob über die Anfordernngen derer, die sich, ihres Amtes unrechtmäßiger Weise entsezt zu seyn, beklagen, erkannt werden könne, sehe man die Verordnung der Staaten v. 14 Septemb. 1674 und die Responsa der Holländischen Rechtsgelehrten, IV, S. 181. u. f. f.

Drittens. Weit ausgebreiteter ist die Jurisdiction des Hofes bey Erkenntniß über Sachen, die durch Appellation, oder durch eine Reformation, die die Vollstreckung des Urtheils nicht aufhebt, an ihn gelangen. Es wird aber die Appellation nicht angenommen, oder sie bewirkt keine Abänderung des Verfahrens, wenn die Natur des Urtheils, von welchem appellirt wird, es nicht erlaubt. Wenn der Gegenstand des Proceßes niedriger, als die von den Gesetzen und Privilegien bestimmte Summe, ist; wenn die Rechtsache, ihrer Natur nach, es nicht erlaubt (s. Hynkershoek Fragen über das Privatrecht S. 231); wenn in der Form der Appellation etwas versehen ist, oder wenn endlich ein Privilegium entgegen steht.

Viertens. Der Hof hat die letzte Erkenntniß, wenn die Appellation an den hohen Rath untersagt ist (§. 266). S. d. Ges. v. 24 März 1704, und 9 März 1728.

Ueber

Ueber die Grenzen seiner Jurisdiction hat er viel Streitigkeiten gehabt, von welchen die Staaten einige entschieden haben. Von dem Mißverständniß mit dem Haagner Rathe sehe man das Edict der Staaten vom 14 Mey 1765, nebst den von beyden Theilen darüber bekannt gemachten Schriften.

Der Fiscal (Procureur Generaal) der öffentlich dazu bestellt ist, auf die Beobachtung der Gesezze und Erhaltung der landesherrschastlichen Rechte zu sehen, ist dem Hofe beigegeben. Außer den, bey großen Verbrechen betroffenen Uebelthätern, klagt er alle, die sich eines Vergehens schuldig gemacht haben, auf Befehl des Hofes, und öffentliche Kosten an, und hat ein Untergericht an dem Verbrecher in einem Jahre die Gerechtigkeit nicht vollzogen, so zieht er ihn, wenn die Verjährung des Vergehens noch nicht vollständig ist, vor das Gericht, und bestraft ihn.

§. 266.

Ehemahls hatte der Hof von Holland eine freye Gerichtsbarkeit; allein im Jahr 1473 ward das Gericht errichtet, und Erlaubniß an dasselbe zu appelliren ertheilt. In der Hitze des bürgerlichen Krieges war es nicht vortheilhafter, die Appellationen zu verbieten, als es zu verstarren, daß die Maliniensischen Richter in Holland und Seeland zu richten fortführen. Deswegen setzte der Prinz Wilhelm der erste im Jahr 1582 in dem Haag ein neues Gericht nieder, das vorzüglich über die Appellationen und Reformationen erkennen sollte. Dieses hohe Gericht ist das Collegium der Zehenmänner, welches, nach vielem streiten zwischen Holland und Seeland, beyde Nationen über hundert Jahr mit einander gemein haben. Nachdem dieser Rath geschickte Männer empfohlen hat, so setzen die Staaten von Holland sechs, und die von Seeland

Seeland drey RÄthe, ingleichen einen Präsidenten, den der Statthalter aus drey dazu vorgeschlagenen Personen, nebst den andern gewählt hat, und sorgen dafür, daß er auf eine feyerliche Art in sein Amt eingeführt werde.

Dieser Rath schlichtet im Namen der landeshoheit die Proceße. Er hat wegen der Grenzen seiner Gerichtsbarkeit mit dem Hofe von Holland Verträge errichtet, die in dem Niederländ. Gesetzb. VI, 633 stehn. Ueber einige Sachen erkennt er allein, z. B. über Sachen fremder Kaufleute, die zu diesem Gerichte gehören. Von andern hat er die Appellation von den vom Hofe von Holland gefällten Urtheilen, nicht aber die zweyte von den Sentenzen der Untergerichte, mit Uebergehung des Hofes; es müßte denn ein Privilegium, dergleichen die Städte Middelburg, Vlissingen und Veer haben, hierzu berechtigen. Auch hat allein dieses Gericht das Recht in integrum zu restituiren, das Beneficium des Inventars und der Lesion der Güter angedehnt zu lassen, u. s. w.

Von dem Urtheile dieses Gerichtes kann man fast um eben die Ursachen, warum man an dasselbe appelliren konnte, um eine Revision ansuchen, wenn es innerhalb zweyer Jahre geschieht. Sie hebt die Vollziehung nicht auf, außer, wenn der Schade, der durch die Vollziehung des Urtheils entsteht, nicht wieder verbessert werden kann, wie dieses bey Sachen, die Ehehaften betreffen, der Fall seyn kann. Wird die Recognition verstattet, so fügen die Staaten von Holland, oder Seeland, je nachdem die streitenden Partheien verschieden sind, zu zwey RÄthen dieses Collegiums, die bey dieser Sache nicht unter den Richtern gesessen haben, noch fünf neue Richter, gemeiniglich aus ihrem Mittel hinzu, damit sie mit den sammlen

lichen vorigen Richtern die Gründe, ohne neue Fakta und Beweise anzuführen, von neuem untersuchen, gegen einander abwägen, und durch ihr Urtheil den Streit enden.

Das vierte Capitel.

Von der Provinz Seeland.

§. 267.

Est es irgendwo ein Volk, dessen Wappen seinen Zustand abbildet, so legt der aus den Wogen hervorschwimmende Löwe der Seeländer, mit der Ueberschrift: ich kämpfe, und gehe hervor, das deutlichste Bild dieses Landes vor Augen. Seeland, das, einem großen Theil nach, durch die Wuth des Meers verschlungen, und in Inseln getheilt ist, wird noch durch Kunst, ununterbrochene Wachsamkeit und ungeheure Kosten wider den wüthenden Anlauf der auf dasselbe einstürmenden und die Dämme untergrabenden Wellen befestigt und erhalten. Nach seiner Lage gegen die Schelde wird es in zwei Theile, in den Ostlichen und Westlichen getheilt, von denen der erste fünf, und der andere sechs Inseln enthält. Dieses kleine Land bewohnen über 80,000 Menschen, durch deren mit dem Landbau und der Schifffahrt erworbene Güter es mehr austrichten kann, als durch einen öffentlichen Schatz.

§. 268.

So wie fast der Ursprung aller Völker und Reiche ungewiß ist, so ist er es auch von Seeland. Die Bemühungen des Croyckerb zünden in der Untersuchung desselben ein großes Licht an. Das Land, das auf der einen Seite von Holland, und auf der andern von Flandern durch

durch Grenzen getrennt ist, die die alten Documente Born-
 esse und Heidenis, so nennen, war ehemals ein Theil
 des teutschen Reichs (S. *Mieris* I, 505. 507. 559.
 u. f. f.), insofern es nemlich innerhalb der Grenzen von
 Niederlothringen lag, die der Kayser Otto der große, ver-
 mittelst eines Grabens, von dem man glaubt, daß er nach
 ihm der *Ortonische* genannt worden ist, im Jahr 949
 von Flandern abgesteckt haben soll. *W. f. Meyers* *Flan-*
dern beim angeführten Jahr. Der nach Abend liegende
 Theil, ist ehemals einigemahl allein mit dem Namen *Wal-*
cheren bezeichnet worden. Nach dem Jahre 1007 legte
 ihn der Kayser, *Heinrich der zweyte*, dem Graf von
 Flandern, *Balduin dem vierten*, unter dem Titel eines
 lehns beg. Eben diesen Theil gab der Kayser, *Heinrich*
der vierte, seinem Sohne, nachdem er seine Gunst wie-
 der erlangt hatte, im Jahr 1057, nemlich die fünf In-
 seln, *Walcheren*, *Zuidbeveland*, *Noordbeveland*,
Wolferstyd und *Borselen*. Von den Grafen von
 Flandern erhielten die Grafen von Holland eben diesen Theil
 durch das Recht der Clientel; nach vielen mit Flandern
 geführten Kriegen aber bekamen sie es durch den Friedens-
 schluß vom 21. Merz des Jahres 1323 unabhängig und
 von jenem Bande befreit. Der Kayser *Ludwig* von
Bayern genehmigte den 3. Merz 1324 diesen Vergleich.
Mieris II, 275. 335. Deswegen nannten sich die Gra-
 fen von Holland, nachdem sie sich schon seit langer Zeit des
 östlichen Theils von Seeland bemächtigt hatten, vorzüglich
 seit dem Ende des 13. Jahrhunderts, Grafen von *See-*
land. Seit dieser Zeit war zwischen Holland und *See-*
land unter den *Hennegauischen*, *Bayerischen* (*Mieris*
 III, 160), *Burgundischen* und *Oesterreichischen* Für-
 sten eine beständige Verbindung; beyde Völker hatten fast
 einerley angenehme und widrige Schiffsaale, machten aber
 nicht einen Staatskörper aus, hatten auch nicht eine voll-
 kommene

382 Zwoelter Theil. Viertes Capitel.

kommene Gemeinschaft des bürgerlichen, oder öffentlichen, oder Privatrechts. Als im 16. Jahrhundert die bürgerlichen Unruhen rege wurden, sahe man bey Zeiten dahin, daß die alte Verbindung nicht zerrissen werden und aufhören müßte, und schloß ein neues Bündniß einer unzertrennlichen Freundschaft. *S. Niederl. Ges. B. II, 224.* Dieses blieb, wiewohl die höchste bey dem Lande eines jeden Volks sich befindende landesherrliche Gewalt dadurch nicht getränkt ward, unverletzt, nachdem die Seeländer sich auf eben die Art, zu eben der Zeit und mit eben dem Rechte, als die Holländer, von der Spanischen Macht und dem Teutschen Reiche losgemacht hatten. Wegen der Grenzen aber ist ein Streit übrig geblieben, indem Seeland den Besitz des Landes *Doorne Holland* streitig macht. *W. s. das Niederl. Ges. B. VII, 163* und die Nachrichten von dem, was bey der feyerlichen Einführung des Statthalters in dem Hof von Holland (§. 264) den 2. Merz 1766 geschehn ist.

Ueber die Grenzen von Flandern, nemlich über die Gerichtsbarkeit über einige durch das Wasser angelegte Aecker, und solche, die mit Dämmen umgeben und nicht umgeben sind, ingleichen dem Eigenthum und der Gerichtsbarkeit von dem überschwemmten Lande *Zoogeplaat* haben sich die Staaten mit den Bundesgenossen den 23. Febr. 1776, verglichen.

§. 269.

Ehe die Republik gestiftet ward, bestimmten deutsche Gesezze und das nie unterbrochne Herkommen die Grenzen der Freyheit und der Regierung, und der Eyd des Grafen und des von ihm an seine Stelle gesetzten Burggrafen (*Castellans, Vicegrafen*), den sie auf die landesgesezze und Freyheiten der Städte ablegten, erhielt

erhielt sie. Das Land beschützte der Adel und die adelichen Lehnsleute, und, als sich die Zahl der Städte, ihre Rechte und Ansehn mehrte, die eine Gesellschaft ausmachenden Stände. Verschiedene Einrichtungen, welche allen Angriffen wider die Gesezze und Rechte der Bürger einen nachtheiligen Ausgang gaben, befestigten sie. Wir wollen einige besondere Gegenstände betrachten.

Das Haus des Fürsten und der Staat war, um mich eines Ausdrucks des Tacitus zu bedienen, von einander unterschieden. Die Grafen hatten einige Rechte, die aus der Natur der bürgerlichen Regierung fließen, hiernächst besaßen sie noch hinzugekommene, die fast bei allen Fürsten verschieden sind. Sie hatten eigene Privatgüter (Mieris I, S. 547. u. f. f.), und die Verwaltung nebst dem vollen Genuß der Domainen der Grafschaft. Hierbey wurden aber die Rechte der sämmtlichen Bürger, Gemeinheiten, der einzelnen Personen, ihre Freyheit und Güter unverletzbar gehalten. Diese Rechte hatten sie theils durch Schenkungen der Grafen von Holland erhalten, theils waren es natürliche, oder durch eben die Begünstigung der Zeit erlangte, wodurch die Grafen selbst ihre Gewalt und Herrschaft bekommen hatten. Wenigstens kann man nicht annehmen, daß von den letztern alles in dem westlichen Theile von Seeland herrühren sollte, in dem sich dieser zuerst in dem Gebiet von Flandern befunden hatte. Mieris I, 112. 159. 170. 295.

Es verdienen vorzüglich drey Gesezze angeführt zu werden, woraus sich die Rechte des ganzen Volks erkennen lassen. Das erste gab Florentius, der Bruder des Königs Wilhelm, und rechtmäßige Vormund Florentius des fünften, im Jahr 1256. Es sollte dieses Gesez die Einwohner von Bornisse und Heidssee, doch ohne Nachtheil

384 Zweyter Theil. Viertes Capitel.

theil der Privilegien der namentlich ausgenommenen Städte und Dörter, verbindlich machen. Das andere, und zwar heilig angesehene, Gesetz machte Florentius der fünfte im Jahr 1290 bekannt. Er sagt darinn, daß er dadurch die Einwohner des zwischen Casant und Breveninghen gelegenen Landes verpflichten wolle, vier Städte ausgenommen, von denen eine jede ihre besondern Rechte hatte. Das dritte kam um das Jahr 1495, oder 1496, hinzu.

Es gelobte nemlich, als die Regierung an das Haus Burgund kam, Philipp der gütige, eine unverbrüchliche Bewahrung der Seeländischen Rechte an. Wie aber der alte, und der neue Zustand unter der Regierung dieses Philipps gewesen sey, kann man gewissermaßen aus den Klagen abnehmen, die die Stände, und besonders der Rath von Zirkzee im Jahr 1462. an Carl von Charlorois gelangen ließen. Sie zielten auf die Bitte ab, daß die bisher vernachlässigten, oder verletzten, Privilegien und Gesetze in Zukunft gewissenhafter möchten beobachtet werden („ohne einige Anmerkungen, Einschränkungen und Auslegungen der besagten Gerechtsame, Vorrechte und Privilegien zu machen und anzuordnen“).

Eben dieses Carls des Kühnen Besimmung und Regierung gefiel nachher den Seeländern wenig. Nach seinem Tode gab Maria von Burgund das große Privilegium (§. 234.); über dessen Kraft in Seeland van de Wall in f. Dordrecht S. 666. und van de Spiegel in den Abhandlungen der Gesellschaft von Vliesingen II, 115. Untersuchungen anstellen. Wenigstens gedenken Philipp der schöne und Carl der fünfte, da sie beym Antritt ihrer Regierung die Gesetze beschworen, nur des Philipps, des gütigen, und Carls, des küh-

Räthen, deren Vorschreften sie sich unterwerfen wollten, ohne, daß sie dabei der **Maria** und des **Maximilians** erwähnten.

Philipp, der **Schöne**, der, auf dringende Vorstellungen der Richter, ein Mittel, der Dunkelheit des alten Rechts abzuhelfen, angeben wollte, verfertigte das von uns erwähnte dritte Gesetz, um das Jahr 1496, nicht nach eigener Willkühr, sondern auf Anrathen und mit Einwilligung der Stände, indem er die Städte **Middelburg**, **Brill** und **Riemswoal** davon ausnahm, weil sie, wie er selbst gesteht, ihre Einwilligung darin nicht geben wollten. Was **Carl** der fünfte, und nachher der **Herzog Alba** in Ansehung des nach dem Herkommen und Gesetzen der einzelnen Städte eingerichteten Rechts für einen Entschluß faßte, habe ich im 90 §. schon angeführt. Er ließ sich auch in Seeland nicht durchsetzen. Mit was für einem Anstande aber **Carl** der fünfte die Beschwerden wegen der verletzten Rechte aufnahm, lehrt die **Constitution** vom 27. Jan. 1532.

§. 270.

Aus den im 269 §. angeführten Gesetzen und den alten Einrichtungen kann man sehen, mit was für Eifer und Kunst die Seeländer für eine weise Beschränkung der Regierung und der Freiheit gesorgt haben. Sie ehrten den Vater des Vaterlandes, aber sie nahmen keinen Vater, als Herrn seiner Kinder, an, auf den der bekannte Ausdruck des Seneca paßen konnte: „alles, was den Kindern gehört, steht in der Gewalt des Vaters.“ Man sicherte sich durch deutliche Gesetze, worauf, außer den Obrigkeiten, der Graf, der seine Regierung antrat, selbst innerhalb der Grenzen von Seeland, schwören mußte, damit die Freiheit, das Eigenthum, die natürlichen,

über sich von bürgerlichen Rechten und Privilegien, beschreibenden, Rechte einzelner Personen sich nicht in der Hand des Grafen befinden mögten. Man sehe z. B. in Ansehung der Freyheit Ausländern Kriegsdienste zu thun, und des Rechts, sich mit Gewalt zu vertheidigen, das im Jahr 1256. gegebene Gesez, den 135 §. u. f. f.

So wie das Dokument in Riemers Haag I, 463. von Holland bezeugt, daß man daselbst gewohnt gewesen sey, die Gesezze, wodurch man neue Rechte bestimmte, auf Einwilligung der Stände festzusetzen (§. 235.), so muß man dies auch von Seeland merken, daß die Grafen keine andere Gesezze haben geben dürfen, als solche, deren Nutzen die Stände erkannt, und dazu ihre Einstimmung gegeben hatten, damit den Bürgern unter der Verhauptung der Billigkeit, oder des öffentlichen Bestens, keine neuern Lasten auferlegt, oder jemandem das seine entzogen werden mögte. Dies lehrt die Benennung der alten Gesezze, Keuren (Prüfungen, Wahlen), ihr Zusammenhang und insonderheit das vom Jahr 1496. Außerdem pflegte jährlich eine Auslegung der nach einer allgemeinen Uebereinstimmung gemachten Gesezze in dem hohen Rathe vorgenommen zu werden, wo auch neue Regeln des Privatrechts festgesetzt wurden. S. d. 1290 Gesez, d. 131 §. Mieris II, 241. 407. ingl. d. 1496, das 4 Cap. d. 24 §.

Außer dem Einse der Ländereyen des Grafen, außer dem Gelde, das ihm beym Antritt seiner Regierung gegeben werden mußte (von jedem halben Akker (gemeele) zwölf Groschen, um mich der Worte Philipps von Leiden, in der Schrift: von der Sorge für die Republik S. 139. zu bedienen), konnte er nicht Abgaben, so groß, ungleichen wenn und

wes.

wedwegen, er wollte, wider Bewilligung der Stände ansetzen. Es war ihm auch nicht erlaubt, nach Willkühr Kriege anzufangen und das Blut seiner Bürger zu vergießen, wie aus den Forderungen, die im Jahr 1462. an den Graf Charlorois gebracht wurden, und aus dem Befehle vom Jahr 1496. d. 1 Cap. 46 §. erhellt. Was von den Ständen in Ansehung der Abgaben, besonders in einer Versammlung außerhalb Seeland, bewilligt und beschloßen war, pflegte im hohen Rathe bestätigt zu werden, damit die Obrigkeiten dergleichen Verordnungen ebenso, als die Urtheile, wider die Ungehorsamen in Ausübung bringen mögten. S. d. 1290 Ges. d. 118 S. d. 1496. 46 u. f. f. und 52 Ges. Meris IV, 188. 206.

Eben dieser hohe Rath (de hooge Dierschaar) war die Burg und der Altar der Freyheit. Dies hat van de Spiegel in den Abhandl. der gel. Gesellsch. v. Vliesingen im 2 B. S. 69 u. f. f. deutlich und schön abgehandelt. Der Graf, oder sein ältester Sohn, mußte in beyden Theilen von Seeland jährlich eine Versammlung anstellen, woben die Seeländischen Edelleute, und zwar vereibigt, von dem an der westlichen Schelde gelegenen Theile 44, von dem andern 24, als Richter, gegenwärtig waren. Es pflegten noch mehrere Edelleute und Depu- tirte von den Städten zu ihnen zu treten, damit alsdann auch andere die Regierung des Staats betreffende Sachen abgethan werden konnten. Die Gerichte selbst hatten die Absicht, daß Streitigkeiten der Privatpersonen mit dem Grafen von ihm durch keine dienstverpflichteten Richter beigelegt werden mögten, und er, auch wider Willen, dazu gezwungen werden könnte, zu richten und sich richten zu lassen. Es wurden auch daselbst Verbrechen bestraft, die ausgenommen, die nicht Todesstrafe verdienten, welche man den ordentlichen Obrigkeiten der Dertter zu bestrafen überließ, man that endlich auch bür-

388 Zweyter Theil. Viertes Capitel.

gerichte und lehnspflichtigkeiten unter Privatpersonen ab. Wie weit man es damals in Ansehung der Einschränkung der Gerichtsbarkeit des Fürsten und der Obrigkeiten, daß sie nicht in eine völlige Herrschaft übergehen, oder zu ihrer unmerklichen Einführung beitragen mögte, gebracht habe, davon gaben die Seeländer bey der Errichtung dieses jährlichen Gerichts ein Beyspiel. Man füge noch hinzu, daß man hierbey auch für das Stük der Freyheit der Nation sorgte, daß man bey Zeiten dahin sahe, daß das Gebiet der kirchlichen Gerichtsbarkeit (welches Uetel damals in Teutschland über die Raassen um sich griff) nicht zu weit ausgedehnt werden mögte. S. d. 1290. Ges. d. 121 §. d. 1495. d. 1 Cap. d. 33 §. Mieris I, 555. III, 573 u. f. f. 583. Timmermann bey den Middelb. Gesetz. S. 114.

§. 271.

So wie die Gesezze Ausleger der öffentlichen Freyheit waren, so waren die Räte der Grafen, und die Vornehmsten des Volks, Beschützer und Vertheidiger der Gesezze. Die Räte der Grafen bestanden aus Seeländern, welche sie aus dem Adel lasen, und zur ordentlichen Verwaltung mancher Theile der Regierung, und Schlichtung der Prozesse, wenn an sie appellirt war, insonderheit im funfzehnten Jahrhundert, gebrauchten. S. Mieris III, 51 u. f. f. 36. 223. ingl. I, 170 u. f. f.

Die Vornehmen des Volks, die in Sachen, welche den Staat betrafen, befragt werden mußten, waren vom Anfang an Edelleute von der ersten (welche selbst der König Rudolph, der erste, in einem Diplom bey Mieris I, 587. Edelmannen nennt), und andern Classe. An ihnen war Seeland reich. S. ebendas. IV, 526. Die ihren Personen und Schanzen (Steenbüssen) beygelegten

gelegten Rechte waren sehr groß, und sie besaßen bey der Verwaltung des Reichs das vorzügliche Recht, daß sie einen von den allgemein bestimmten Abgaben gehobenen festgesetzten Theil, nach dem Verdict des Gryptekerk eine lange Zeit allein unter Händen bekamen, und zum Gebrauch der Nation verwandten.

Zu den Edelleuten wurden die Städte gesellet, die sich in der Gewalt keines hohen Dynasten, sondern des Grafen alkari, befanden, nemlich Middelburg und Ziriksee. Nachmals kam Boes, Tholen, Rinnervaal (de vyf goede Steeden) dazu. Auch ein Prälat, nemlich der Abt von Middelburg, ward, seiner grossen Güter (von 1270 Aekern) wegen, in diese Gesellschaft aufgenommen, und zwar ward er, dem Plaz und Range nach, in den Versammlungen der Nation der erste; in dem Rechte zu beschliessen den andern Ständen gleich. Der Prälat, der Adel und die Städte, die durch die Gemeinschaft des Rechts und Nuzzens mit einander verbunden, und in einem Körper unter dem später entstandenen gemeinschaftlichen Namen der Stände vereinigt waren, pflegten von den zwey Seeländischen Rentmeistern gewöhnlich nach Middelburg und Ziriksee zusammenberufen zu werden, oder sämmtlich zu Middelburg zusammen zu kommen. Die Sachen, worüber man etwas beschloß, waren eben die, die ich im 270 §. berührt habe. Hierzu kommt noch, daß die Veräußerungen von Theilen und Rechten der Domainen (van Eyf Zuid: Holl. S. 160), die Ertheilung der Freyheit von Zollabgaben an Fremde (Borhorn Chron. S. 517. u. f. f.), mit Einstimmigkeit der Stände festgesetzt werden mußte. Wenn zuweilen der Prälat und Adel, ihres gemeinschaftlichen Nuzzens wegen, mit den Städten nicht gleiches Sinnes waren, so fingen sie an, es durchzusetzen, daß ihre einstimmige

meige Meinung, als die vielstimmige, allein an die Grafen gebracht, und der Stimme der dritten Classe, die von ihnen abwich, nicht erwähnt ward. Allein die Städte widersetzten sich, nach dem Bericht des Grypseker, mit festem Sinn, ihr altes Recht zu behaupten, einem solchen neuen Angriff aus allen Kräften.

§. 272.

Die Zusammenkünfte der Stände hörten zwar in dem bürgerlichen Kriege vom Jahr 1571 bis 1578, wie man gewöhnlich dafür hält, nicht auf; es nahm aber doch, während dieser Zeit, die neue Staatsverfassung ihren Anfang. Der Abt von Middelburg fiel aus der Reihe der Stände hinweg, da die öffentliche Religion eine Abänderung erlitt, und die Güter, die ihm unter denselben eine Stelle gegeben hatten, verkauft waren. Die Edelleute verlorren, weil sie sich zur Parthei des Königs geschlagen hatten, ihr Recht an der Staatsführung. Sie haben auch nach der Zeit ihre Wiedereinsetzung in den verlorrenen Rang nicht wieder erhalten. Dagegen erhielt die Stadt Veere und Vlissingen im Jahr 1574 eben das Recht, das die im 271 §. angeführten fünf Städte hatten. Von dieser Zeit an entstand diejenige Staatsform, welche die Seeländer noch jetzt haben. Es ist nemlich die Landeshoheit unter dem ersten Edlen und den sechs Städten, Middelburg, Ziriksee, Goes, Tholen, Vlissingen, Veere gemeinschaftlich getheilt. Eben dieses Recht hat die Stadt Riemerswal durch den Weggang ihrer Bürger, und traurigen Untergang verlorren. Brouwerhaven suchte im Jahr 1622. um die Gemeinschaft an der Regierung an, erhielt sie aber nicht.

§. 273.

Die Staaten stellten den 17. May 1747. dem Prinz von Dranien Wilhelm dem vierten die Würde und Macht des ersten Edelen wieder her. M. s. die Verordnung im Niederl. Gesetzb. VII, 100. Der Prinz ist daher der erste und einzige des Regierungsfähigen Adels, und hat, als ein solcher, einen alten Platz bey Ertheilung der in der Versammlung zu gebenden Stimmen, eben das Recht bey der Verwaltung des Staats, das die einzelnen Städte haben, ingleichen die Macht, einen gehörigen Legaten zu setzen, der seine Stelle immer vertreten kann.

Ausser dieser Theilnehmung an der höchsten Regierung hat er noch eine doppelte Gewalt: die eine, als Erbstatthalter, die andre, als Markgraf von Veere und Vlissingen.

Die erstere ist ihm den 30 Novemb. 1747 von den Staaten übertragen worden, und der, die er in Holland hat, gleich. S. ebend. S. 149. Es begreift diese Macht, außer dem Ansehn zum überreden, und der Sorge für die Ruhe, die Gesetze und Gerichtsbarkeit, das Recht, obrigkeitliche Personen zu ernennen, und solche militairische Posten zu besetzen, welche die Seeländer mit eben dem Rechte, als ein jeder der Bundesgenossen, in den ihnen ihres Soldes wegen angehörenden Regimentern vergeben.

Heinrich von Borselen, der aus der alten und hochadelichen Familie von Borselen abstammte, vereinigte die Dynastie Veere, die er als ein Seeländisch Erblehn besaß, im Jahr 1452 mit Vlissingen, Westcappel und Domburg, daß er von Philipp dem gütigen erkaufte hatte. Den Maximilian von Burgund,

gund, der von seiner Enkelinn abstammte, den Dynast von Veere und Vlissingen beehrte Carl der fünfte mit dem Namen eines Markgrafen. Beide Gebiete nebst den Aemtern Polder, Zandvlt und der Stadt Domburg, welche nach einer Verordnung des Hofes von Holland im Jahr 1581 zum Verkauf ausgetoten ward, überließ der Prinz von Oranien, Wilhelm der erste, nachdem er sie für 149,600 Gulden gekauft hatte, seinen Nachkommen. Die Verordnung der Staaten vom 17 Novemb. 1732, die den Prinz Wilhelm, den vierten, von diesem Rechte ausgeschloßen hatte, ward den 16 May 1747 aufgehoben. Nachdem auf die Art der Prinz sein vorväterliches Recht wieder erhalten hat, fährt er fort, in den Städten Veere und Vlissingen immerwährende Präctoren auf eine freye Art zu ernennen; überall aber setzt er aus ihm vorgeschlagenen Personen, sowohl neue immerbleibende Rathsherrn, als auch jährlich zwey Bürgermeister und 9 Richter.

§. 274.

Der erste Edle und die sechs Städte (§. 272), lassen durch Deputirte in den Versammlungen die Geschäfte der hohen Regierung verwalten, nachdem sie dieselben bey dem Antritt ihrer Geschäfte vereidigt haben; seltner ist der Fall, da sie sie durch Rescripte, die sie an den Rath von Seeland ergehn lassen (§. 279), abthun. Die Versammlungen werden zu Middelburg gehalten, die gewöhnlichen zweymahl des Jahrs, woben der Rath von Seeland den Tag ansetzt, auch die Punkte der Berathschlagung in einem Schreiben vorträgt. Er hat auch das Recht, außerordentliche Zusammenkünfte anzufagen, so oft das Wohl des Staats ihm es zu erfordern scheint. Es werden Bevollmächtigte abgesendet, die den ersten Edelen, wenn er abwesend ist, oder eine jede Stadt, vorstellen, wo nicht,

nicht, welches selten geschieht, ein Glied des regierenden Staatskörpers sich zur Erklärung seiner Meinung in der Versammlung lieber der Hülfe eines Rathsherrn, den es in den Rath von Seeland gebracht hat, oder des Raths von Seeland, bedienen will. Dieser Rath (Raad Pensionaris) berichtet die Staaten, sowohl von den vom Rath von Seeland zur Berathschlagung vorgetragenen als auch sonst vorkommenden Sachen, und er hat bey den vorzunehmenden Geschäften eben die Bedeutung, und eben die Pflicht, die dem Rath von Holland obliegt. Er befragt die 7 Stimmen, die gezählt werden. Die Angelegenheiten aber, worüber sich die Staaten berathschlagen, betreffen, so wie überall, so auch hier, sowohl die innere Ordnung von Seeland, als auch den ganzen Staat. Die Deputirten sagen ihre Meinung nach einer besondern Vollmacht; bey Sachen aber, die von geringer Bedeutung sind, geben sie ohne dieselbe sogleich ihre Stimme. Wichtige Vorfälle melden sie erst denen, die ihnen die Vollmacht erteilen, um, nach Einholung ihres Willens, Antwort geben zu können. Findet bey der Sache kein großes Bedenken statt, so pflichten sie den übrigen Deputirten unter der Bedingung bey, wenn das, was vorgekommen ist, von denen, die sie bevollmächtigen, genehmigt werden sollte (op welbehagen). Hierauf wartet man acht Tage, und wird während dieser Zeit der Unterhandlung nicht widersprochen, so hält man dieses Still-schweigen für eine Einwilligung. Nach der Mehrheit der Stimmen macht der gedachte Rath von Seeland eine Verordnung, außer, wenn die Berathschlagung Krieg, Frieden, Abgaben, Aenderungen in der Regierung betrifft, bey welchen und andern durch Gesetze und das Herkommen bestimmten Fällen nichts ohne allgemeine Einstimmung beschlossen werden kann.

Außer

Außer den innerlichen vorzunehmenden Staatsgeschäften werden von den Staaten noch verschiedene Deputationen an Collegia, die die Bundesgenossen errichtet haben, ernannt. Der erste Edele schickt an die Versammlung der Bundesgenossen stets einen Delegaten ab, eben mit diesem Rechte sendet die Stadt Middelburg einen von dem Prinzen genehmigten Mann; die übrigen Städte aber drey, und an die Generalitätsrechnungskammer zwey Personen wechselsweise ab. Hiernächst ernennen die sechs Städte, nach ihrem Range, zwey Rätthe der ganzen Republik; drey Rätthe, sowohl zum Hof von Holland, als auch zum hohen Rath (§. 264. 266), und den Sekretair vom Provinzialhofe; in so fern sie dem Prinzen gefallen; die Staaten setzen sie aber. Außerdem fügt eine jede Stadt zu dem Admiraltätscollegien, und zwar zu dem auf der Maas Bliessingen, zu dem von Amsterdam Middelburg, und zu dem in Nordholland errichteten Birikjee, einen Rath hinzu.

§. 275.

Der Rath der Siebenmänner von Seeland (het Collegie van Selommittende Raaden) hat die Macht, die Verordnungen der Staaten zu vollziehen und die der höchsten Gewalt unterworfenen Führung des Staats. Der erste Edele und die sechs Städte setzen die Rätthe dieses Collegii, deren Aufträge ein jeder wieder aufheben kann, der sie gegeben hat. Dieses Gericht der Nation hat eben die Absicht, die der Rath von Holland hat, eine gleiche Sorge für den öffentlichen Schatz, auch die Gerichtsbarkeit in Sachen, die sich auf das Einkommen des Staats beziehen (§. 253), ohne, daß eine Appellation von ihrem Urtheile verstattet würde; nur die Ansuchung um eine Revision ist erlaubt. Der Rath von Seeland (§. 274) berichtet an diesen Rath von dem, was vorge-
nommen

nommen werden soll, der Sekretair von Seeland führt das Protokoll. Eben diesem Collegio haben die Bundesgenossen die Sorge für die Einkünfte des Distrikts von Glandern, Neuse, Axel, Bierfliet, ferner Lillo und Liefkenshoef übertragen.

Die Berechnungen der öffentlichen Einnahme und Ausgabe hat das Collegium der Siebenmänner (Rechenkammer), welche von den einzelnen Staaten gesetzt werden. Ihr Amt begreift, außer der Sorge für die Staatsrechnungen, noch dieses Geschäft in sich, daß sie nicht eher neue Privilegien in die öffentlichen Akten eintragen, ehe sie nicht die Staaten von dem Schoden, den sie für den Staat dadurch befürchten, benachrichtiget haben. Ein jeder von ihnen hat monatlich das Amt eines Præsidenten, und nichts von Wichtigkeit wird beschloßen, wenn nicht vier Personen zugegen sind.

§. 276.

Die öffentlichen Einnahmen fließen aus den Domänen, aus dem Gewinnst, den der Gebrauch gewisser Regalien verschafft, und aus den Abgaben der Einwohner.

Die Sorge für die Domänen ist zweyen Rentmeistern übertragen, dem einen durch den am westlichen Theile der Schelde liegenden Theil von Seeland, dem andern durch den am östlichen Theile derselben, das Land von Tholen ausgenommen, wo seit der Zeit Karls des fünften ein besonderer Rentmeister seinen Sitz hat. Das alte Rentmeisteramt (Mieris IV, 118) vor der Entstehung der Republik hatte verschiedene Rechte. Jetzt wird es auf die Aufsicht über die Gerichte und Verwaltung der Domänen eingeschränkt. Es sind unter diesen Domänen die Dünen, wie in Holland (einige

ge wenige, welche an Privatpersonen gekommen sind, ausge-
nommen), die Zehnten, der hundertste Theil von
bargemachter Acker, aus dem Meer aus Land
geworfene Güter, Lehen u. d. m. begriffen. Die
Lehen, welche bey den Seeländern Holländische heißen,
werden seit dem Jahr 1611 nicht in den Holländischen,
sondern Seeländischen Lehnsgewerchten an die Klienten aus-
getheilt. Diesen Lehnsgewerchten sind aber die Rentmeister,
ein jeder in seinem Distrikte vorgefetzt, und jedem sechs
Beyfizzet zugegeben, ingleichen eben so viel Klienten der
Seeländischen Staaten. Die Lehnsgewerchlichkeiten werden
von dem Hof von Holland abgethan (§. 265). Durch
ein Gesetz vom 30. April 1759 hat man es verordnet, daß
nicht an die Domänen zurückgefallne Lehen verheimlicht
werden.

Zu den alten einträglichen Rechten der Grafen gehör-
te das für die erlaubte Zubereitung der zum Bierbrauen
nothwendigen Barnte zu entrichtende Geld ('t grut
Geld). S. Goets Breda S. 470. Mieris I, 57.
Van de Walls Doodr. S. 470. Es ist noch ein Zoll
da, der sich sonst zu Jersieberode, jetzt an mehreren Or-
tern befindet. S. Smallegange Chron. S. 168. 330,
und ebendas. vom Rechte genussid Klienten S. 364,
er behauptet aber S. 365. mit Unrecht, daß der Zoll von
Geervlis ehemahls zu Seeland gehört habe. S. van de
Wall im angef. Werk S. 61. Das Rescr. Carl des
Fünften vom 22. May 1515 d. 4 §. u. f. f.

Von dem Ankergelde, das die aus der See kom-
menden Schiffer für das Auswerfen der Anker entrichten,
siehe man Smallegange S. 164. und 350. Das Recht
des aus Land geworfenen gehört nicht zu den Privat-
rechten; doch wird es dem Amtmann eines jeden Distrikts
zuge-

zugestanden, wenn er es namentlich angeben, oder die Verjährung desselben beweisen kann. *Mieris III, 122.*

Aus dem Gesetz vom Jahr 1256 scheint zu folgen, daß die Jagd, seit alten Zeiten, zu den Rechten der landeshoheit gerechnet worden sey. Jetzt jagen allein die Räte von Seeland Phasanen, die übrigen Arten von Wild. jagen sie nebst den beyden Rentmeistern von Seeland. Innerhalb der Gebiete der sechs Städte ist es dem Prätor und den obrigkeitlichen Personen einer jeden, eben so in dem Distrikten, worin das Land eingetheilt wird, den Beamten erlaubt, in den Grenzen ihrer Gerichtsbarkeit zu jagen. Bey Streitigkeiten, die Jagd betreffend, richtet die ordentliche Obrigkeit.

Die Confiskation der Güter der Verbrecher ist aufgehoben; die Geldstrafen fallen aber noch dem öffentlichen Schätze zu.

Wegen des Erbrechts des Fiskus ist den 18. May 1775 ein Urtheil abgefaßt worden, nach welchem der den Großältern väterlicher Seite gehörende Theil der Erbschaft, in dem Fall, daß sie nicht vorhanden sind, nicht dem Fiskus, als vakant, zufällt, sondern an die Großältern mütterlicher Seite kommt.

Das Münzwesen haben die Seeländer endlich von Holland getrennt, und zu Middelburg auf immer eine Münze errichtet.

So wie sich die öffentlichen Bedürfnisse vermehrt haben, so sind auch die Schulden, und mit ihnen die Abgaben angewachsen. Die letztern werden in Sach, persönliche und allgemeine Steuern eingetheilt. Es ist auch unter ihnen die Abgabe von den Erbschaften (§. 252.) begriffen, die sich auf die von dem Verstorbenen

398 Zweyter Theil. Viertes Capitel.

nen hinterlassenen beweglichen Güter und Geld erstreckt. Die auf die Acker gelegten ordentlichen und außerordentlichen Abgaben sind von der Beschaffenheit, daß, nach ihrem und dem Abzuge des für die Dämme zu entrichtenden Geldes von den neun Gulden, für welche auf der Insel Walcheren ein halber Acker verpachtet wird, für den Besizer kaum zwey Gulden und elf Schöwer übrig bleiben.

§. 277.

So viel von der Regierung, die sich über das ganze Land erstreckt. Wir wollen noch einige Betrachtungen über die Verwaltung einzelner verschiedenen Theile derselben anstellen.

Alle Städte haben ihre Obrigkeit und Rath, wovon sie regiert werden. Unter ihnen zeichnen sich nicht allein die im 272 §. angeführten sechs Städte durch den Antheil, den sie an der Regierung haben, sondern auch durch viele andere Rechte aus. Viele von diesen haben sie mit einander gemein, in einigen weichen sie von einander ab. Ein jeder unter ihnen hat ihre schriftlichen Gesetze und Herkommen, ingleichen eine Obrigkeit, die die Macht hat, Verordnungen ergehen zu lassen, und sogar in criminal und bürgerlichen Sachen richtet. Die bürgerlichen Collegia und ihre Vorsteher mischen sich nicht in ihre Regierung, sondern diese steht ganz bey dem Rath und den Obrigkeitlichen einer jeden Stadt, das heißt, bey dem Prätor, den beyden Bürgermeistern, von welchen einer bey den Sitzungen der Richter zugegen ist, bey den Richtern, deren Anzahl aus 8, 9, 11, oder 12, Personen besteht (welche der Statthalter insgesammt ernennet, und die nur zwey Jahr das Richt und Strafamt führen) und den immerwährenden Rathsherrn. Jetzt giebt es zu Middelburg

burg zwölf derselben (denn der ehemalige weite Rath, de breede Raad, ist jetzt nicht mehr daselbst); zu Zirksee, nach einer Verordnung Karls vom Jahr 1515, 24; zu Goes 21; Tholen 4. Eben so genießen die sechs Städte auch die Freyheit vom Seeländischen Zoll. S. Smallegange Chron. S. 167.

Diese Städte sind aber in folgenden Stücken von einander unterschieden. Erstlich, in der Verbindung, worin sie mit dem Prinz von Oranien stehn (§. 273), und in der Art, die Personen vorzuschlagen, woraus der Prinz die obrigkeitlichen, ein Jahr lang regierenden Personen erwählt. Zu Middelburg z. B. ernennt der Rath der zwölf Männer, und das besondre Collegium der zwölf Männer, die von ihrem Recht zu wählen Riezers, oder Wahlherren, genannt werden, welches von Carl dem fünften im Jahr 1518. errichtet ist, jährlich 13 Männer, woraus der Prinz die neuen Richter wählt. Zweitens, weichen sie in Ansehung der Privilegien der Bürger von einander ab, von denen einige älter, als die Republik, andere zu einer Zeit gemacht sind, wo sie sich nach dem Erstiter der niederländischen Freyheit richteten (man s. die Geschichte der Befried. der St. Goes), andere endlich durch allgemeine Einstimmung der Staaten erlangt sind. Die Stadt Zirksee haben z. B. die Grafen, so wie mit vielen Privilegien, so auch mit dem Rechte beschenkt, daß keiner von ihren Bürgern zu einer Geldstrafe, die über 35 Gulden geht, verdammt werden kann. Mieris IV, 204. 994. Die Stadt Middelburg prangt vor den übrigen mit vielen hohen Vorzügen. Sie enthält nemlich den Sitz eines Generaladmiralitäts Collegii, und zweyer Kammern der beyden Indischen Gesellschaften, die Seeländische Münze, des Raths von Seeland und der Versammlung der Staaten in sich. Sie

Sie übt auch das sogenannte Stapelrecht (*jus Stapulæ*) aus (*Mieris IV, 3. 1023.*), nach welchem die Waaren, die zur See durch Wielingen und Veergat (*Veersche Gat*) nach der Insel Walcheren gebracht werden, eine Zeit lang angehalten werden, wo nicht die Verbindlichkeit sie auszuladen, und feil zu bieten, durch einen bestimmten Preis abgekauft wird. Hier selbst werden auch die Berechnungen des von den Rentmeistern eingenommenen und ausgegebenen Geldes, so wie zu Zütphes, jährlich den vornehmsten obrigkeitlichen Personen der Stadt in Gegenwart der Richter öffentlich übergeben. Drittens unterscheiden sich diese sechs Städte von einander durch den Umfang der Gerichtsbarkeit, außerhalb der Stadtmauern, ingleichen durch das Recht der Appellation, welches den Einwohnern der Städte nicht überall auf einerley Art gestattet wird. Sie gehen auch, viertens, in Hinsicht auf die Rechte von einander ab, die sie durch Verträge mit Ausländern erhalten haben. Dahin gehört der Schottische Stapel (*Schottische Stapel*), der von der Stadt Brügge bey Gelegenheit der zwischen Wolfard Borsel und der Maria, der Tochter Jacobs des ersten, Königs von Schottland, im Jahr 1444. beschlossenen Vermählung, nach Veere kam. Der Rath der Stadt Veere bemühte sich im Jahr 1753. eifrigst, daß dieses von den Königen von England oft bestätigte Recht nicht verlohren ginge.

§. 278.

Auf dem Lande ist die Sorge für die Staatswirtschaft und die natürliche Beschaffenheit der einzelnen Distrikte von der Sorge für die öffentliche Sicherheit durch Bestrafung der Verbrechen, und die bürgerlichen Gerichte unterschieden. Von der erstern Art giebt die Insel Walcheren ein Beyspiel, wo fünf von dem ersten Edelen und den Städten

Städten Middelburg, Veere und Vlissingen nannte Personen den Namen der Staaten von Wocheren führen. Zu ihnen kommen acht Männer, die eine Hälfte eben diese Städte, die andere die Einwohner der vier Wasserämter (Waaterschappen) hinzufügen. Diese dreizehn Männer, von denen ein jeder fünfzig halbe Steuerpflichtige Acker besitzt, kommen einige Wochenlang einmal zu Middelburg zusammen, um in Angelegenheiten der Dämme und ökonomischen Angelegenheiten ihr Distrikt etwas festzusetzen. Doch können sie ohne Wissen des Collegii der vierundzwanziger (Agter Raaden) den sämmtlichen Eigenthümern des Landes keine neuen Lasten auferlegen, auf dessen Wachsamkeit zum allgemeinen Besten der ganzen Insel die Einwohner sich verlassen.

§. 279.

Die bürgerliche und criminal Gerichtsbarkeit wird auf dem Lande theils durch von der Landesregierung angeordnete Obrigkeiten versehen, theils ruht sie auf dem Eigenthume der Privatpersonen, und ist gewissen bestimmten Distrikten von Ländereyen beigelegt, welche vermöge der Verschiedenheit der Gerichtsbarkeit und der damit verbundenen Regalien in freye (Vrye), hohe (Hooge) und Lehns Herrlichkeiten (Ambachts, Heerlykeden) (§. 262) eingetheilt werden. Unter den Dynastien zeichnet sich jetzt durch die ansehnlichen ihr beigelegten Rechte's Heer Jans Land aus. Ehemals prangte Dreeschoor damit. Den Distrikt Bommenede hat Holland im Jahr 1686 unter einer gewissen Bedingung an Seeland abgetreten, und sich das sogenannte Recht des directen Eigenthums (dominii directi) auf das Ansehn vorbehalten. S. d. Nederl. Gesetzb. IV, 9. Was für Rechte man aber Amtsgefolge (Ambachtsgevol)

Gevolg) nennt, davon s. **Nieris III**, 380. das Rescr. **Carl des fünften v. 22. May 1515. d. 2. Artik.** **van Citters** von den **Seeländischen Toparchieen und Aemtern S. 64. u. 82**, wo er von den **Zehnten** redet.

In ganz **Walcheeren**, die **Privilegien der Toparchieen Westkappel und Domburg** ausgenommen, erkennen, seit dem Jahre 1574. die Richter von **Middelburg, Veere, Vlissingen, Arnemuiden**, indem sie als **Deputirte der landesregierung ('s Gravenmanen)** angesehen werden, über die Verbrechen der **landleute**, und zwar in den einem jeden **Collegio der Richter** angewiesenen Grenzen. Dieses verrichten in den übrigen Theilen von **Westfeeland** die Richter von **Middelburg**, indem der **Oberrichter** von eben diesem Theile von **Seeland** in diesen Gerichten vorsitzt. Man sehe hiervon und von dem Streite mit **Goos, Verfluis und Timmermann** bey den **Middelb. Gesetzen S. 7. u. f. f.** Auf dem Lande von **Ostfeeland** ist das Recht, den Vorsitz in den **Criminalgerichten** zu führen, gewisser maassen unter dem **Oberrichter** desselben und dem **Prätor von Ziriksee**, getheilt, welche mit **Zuziehung der Richter der Stadt Ziriksee**, als **Deputirten der hohen Regierung**, die **Verbrecher bestrafen**. Von der **landtschaft Tholen** s. **Smallegange Chron. S. 292.**

An die Stelle der alten **geistlichen Gerichte** sind die **Landgerichte (Landregten)** getreten, vor welche auch **Stadteinwohner in Geldsachen landleute** ziehen können. W. s. das **Niedert. Gesetzb. V, 1235.** Die **Middelb. Gesetze VII, 10.** und daselbst **Timmermann.**

§. 280.

Die **Gerichtsbarkheit über ganz Seeland** wird von zweyen Gerichten verwaltet, die **Seeland mit Holland** gemein hat (§. 264. 266). Was **Seeland an demselben** für

für ein Recht beweiset, lehren die Verträge beider Völker in dem Niederl. Gesezb. II, S. 773. u. f. f. 3086. III, 62. IV, S. 552. u. f. f. V, S. 753. u. f. f. 866. VII, S. 944. u. f. f. Ich füge noch hinzu, daß bey der Besetzung des Sekretairs des Provinzialhofes (§. 264), die Staaten von Holland und Seeland mit einander abwechseln. Zur Ernennung des Sekretairs bey dem hohen Rath aber (§. 266) stellen die Staaten von Seeland eine feyerliche Deputation an, die zugleich mit den Staaten von Holland in dem Haag von den von eben diesem Rath empfohlenen Männern bey dem Statthalter vorschlagen, der das Recht hat, aus den vorgeschlagenen Personen, welche er will, zu wählen.

Die sämmtlichen Richter in Seeland, die in bürgerlichen und Criminalproceßen Recht sprechen, sprechen nach den Seeländischen geschriebenen Gesezen, dem Herkommen, Privilegien, rechtskräftigen Verordnungen der Obrigkeiten (m. f. d. 1495. Ges. das 4. E. d. 23. §. ingl. d. Ges. v. 8. Febr. 1583. den 38. §.), und den aus Noth angenommenen fremden Gesezen (§. 93. u. f. f.). Die Seeländischen Geseze sind in Ansehung der Gerichtsform, vorzüglich der Criminalgerichte, ingleichen der Rechtswege (z. B. des rechtmäßigen Erbes, insonderheit der lehnrechte) von den Holländischen Verfassungen wenig unterschieden.

Das fünfte Capitel.

Von der Provinz Utrecht.

§. 281.

Das Land Utrecht erstreckt sich in seiner Länge auf 8, und in der Breite auf 15 Stunden, und soll nicht mehr, als 75,000 Einwohner ernähren.

Die geistliche Oberherrschaft der Bischöfe in diesem Lande war eher, und dauerte länger, als die weltliche. Denn der Bischof Heinrich von Bayern hatte das durch bürgerliche Unruhen und den Geldrischen Krieg zerrissene Land vier Jahr beherrscht, als er aus Verzweiflung, die Ruhe wieder herstellen zu können, die Regierung mit Einwilligung des Capitels und der Stände an Kaiser Carl den fünften im Jahr 1528, mit Benbehaltung und neuer Bestätigung der Rechte der Einwohner und Stände vom neuen Regenten, abtrat. Papst Clemens der siebente, der sich kurz vorher mit dem Kaiser wieder ausgesöhnt hatte, genehmigte im Jahr 1529 diesen Vorgang. Der Ausgang entsprach endlich den Wünschen der Holländer, daß der Kaiser im Jahr 1534 Utrecht mit ihnen genauer verband. S. Matthäi von den Edelen S. 698. d. Utrecht. Geszb. I, S. 3. u. f. f. 30. u. f. f.

§. 282.

Die Bischöfe, zu welchen ich zurückkehre, stellten eine dreysache Person vor, erstlich einen Bischoff, zum andern einen Fürsten des teutschen Reichs, drittens einen weltlichen Regenten.

Das

Das Recht, das ehemals die Kayser gehabt hatten, Bischöfe zu setzen, welches seit dem Jahr 1122 vom Kayser Heinrich dem fünften an geruht hatte, eignete sich der König Conrad der dritte noch im Jahr 1145 zu, und legte die Wahl eines neuen Bischofs den Capiteln der beyden Uetrechtschen Kirchen, St. Martin und St. Salvator bey, welche in der Folge eben dieses Rechte mit den drey übrigen Capiteln zu Uetrecht gemeinschaftlich gehabt haben. S. d. 4. Conv. d. Cap. im Jahr 1317 bey dem Matthäi am angef. Orte, S. 691. Die Kayser behielten noch einige Rechte bey, nachdem sie die Macht, Bischöfe zu erwählen und bey streitigen Wahlen zu entscheiden, verlohren hatten. Von dem Rechte des ersten Ansuchens (*primariatum precum*), in gleichen des Places unter den *Canonicis* der Hauptkirche sehe man Matth. am angef. Orte S. 745 u. f. f. Ingl. füge man hinzu des van der Capellen vom Rechte, des Kayf. bey Besetz. d. Bisch. Es kam das Recht, einen Bischof, der vom Capitel erwählt werden mußte, vorzuschlagen, im Jahr 1528 an Carl den fünften, und es ward die Bedingung hinzugefügt, daß die fünf Capitel sich keinen Dechant wählen sollten, der dem Kayser Carl, oder seinen Nachfolgern, nicht anstünde. Diesen Vergleich genehmigte der Papst Clemens, der siebente.

Die geistliche Herrschaft der Bischöfe war, wie sich von selbst versteht, von eben der Beschaffenheit, als in andern Ländern. M. s. J. B. Meris II, 90. Sie hatten eben die Verbindlichkeit gegen den Papst (ebendas. II, 128. 103), eben die Verbindung mit den Capiteln und einerley Recht mit ihnen (ebendas. I, S. 330 u. f. f.). Eben so hatte die Urechter Kirche eben die Gemeinschaft des Rechts, das die teutsche Kirche durch die
Con-

Concordata der Teutſ. Nation im Jahr 1448 erhielt. Als Carl der fünfte die landeshoheit erhielt, ward den Biſchöfen im Jahr 1531 eine neue Endesformel vorgeſchrieben. S. d. Urr. Geſezb. I, 28. Ob gleich die Macht der Biſchöfe keinen Abbruch litt, ſo wurden doch die Grenzen der geiſtlichen Gerichtsbarkeit beſchränkt. Matth. am angef. Ort S. 387. Der Papſt Paul der vierte ſuchte den Verluſt der weltlichen Herrſchaft durch eine neue Ehre wieder einigermaßen gut zu machen, indem er im Jahr 1559 das Biſthum zu einem Erzbithum erhob (ſ. d. Kirchengeſ. v. Holl. II, 3). Pius der vierte erweiterte im Jahr 1565 die Grenzen der neuen Diöceſ, und vermehrte ihre jährlichen Einkünfte, die vorher nicht über 2600 Dukaten betrugen. Endlich kam es durch Veränderung der öffentlichen Religion und der Regierung dahin, daß der Biſchof von Schent von Lautenburg, der im Jahr 1580 ſtarb, der letzte öffentlich dafür erkannte war.

§. 283.

Die zu den Teutſchen Fürſten gehörenden Biſchöfe hatten mit denſelben gleiche Verbindlichkeiten, und genoßen gleiche Rechte. Das land Uetrechte war von der Art der ſogenannten Scepterlehen (S. Meris IV, 392). Die Begünſtigungen der Kaiſer gaben nemlich den Biſchöfen den erſten Grad und Anwachſe ihrer Größe. Ebendaſ. I, 69. 85. 135. 140. II, S. 321 u. f. ſ. und von der vom Kaiſer Carl dem vierten erlaubten Münze, III, 162, Matth. am angef. Ort S. 218. Sie waren auf den Reichstagen mit zugegen, und erlegten einen beſtimmten Anſchlag an Geld und Soldaten. Es war den Ständen des Teut. Reichs im Jahr 1532 unangenehm, daß man damit umging, das Gebiet Uetrechts von

von ihrem Körper zu trennen; sie konnten es aber im Jahr 1548 nicht hindern, daß es nicht in das Augsbургische Bündniß aufgenommen ward (§. 11). Das weite Band, das aus diesem Bündniß übrig blieb, ist, wie van der Does gezeigt hat, jetzt eben so, als in den übrigen Theilen der Niederlande, zerrissen (§. 23).

§. 284.

Das Gebiet Utrecht, das im eigentlichen Verstande genommen, von Oberyssel (welches das Oberbisthum hieß) unterschieden war, wuchs durch Schenkungen der Kayser, Kriege der Bischöfe, Lehnverträge, die durch die Furcht vor Krieg und Bannstrahl erzwungen wurden, an. *Mieris* I, 333. Von dem Schloß *Duurstede* sehe man die *Osnab. Chron.* bey dem *Meibom* b. Jahr 1448.

Es war aber leichter auf eine beschränkte Art, als nach einem genau überdachten Plan zu regieren. Das zu einem bekannten Sprüchwort gewordne: unterm Bischofsstab ist es gut leben, traf auch bey den Einwohnern von Utrecht ein.

Die Macht der fünf vereinigten Capitel setzte, wie überall, zu erst der Bischöflichen Gewalt Grenzen. Sie mischten sich nicht allein bey vakantem Stuhl, sondern auch bey voller Regierung, in die Verwaltung des Staats. *S. den Bischöfl. Eyd im Utrecht. Gesezb. 1 Th. S. 331 und Matth. von den Edelen S. 260. 265. 277.* Die Edelen und Hofmänner arbeiteten daran, daß sie mit dem Bischof nichts ausführen mägten, das mehr ihren eigenen als den öffentlichen Vorthell, beförderte. Zu ihnen trat noch die Stadt Utrecht, eine Stadt, die, wie alle bischöfliche Sitze, vorzügliche Rechte hatte.

408. Zweyter Theil. Fünftes Capitel.

hatte. *Mieris* I, 403. II, 341. *Zeda* S. 144. 202. In der Folge verband sich mit ihnen zu einer gleichen Wachsamkeit und Recht, das Wohl des Staats zu besorgen, und darüber zu verordnen, die Stadt Amersfort und Rhenen, womit sich noch im fünfzehnten Jahrhundert Duurstede und Montfort vereinigten, so bald sie, unter Dynasten zu stehn, aufgehört hatten. Auf diese Art sorgten Prälaten, Edelleute und Städte, welche in der Folge unter dem allgemeinen Namen der Stände begriffen wurden, mit vereinigten Kräften, daß wider ihr Wissen, oder ihren Willen, dem Volke keine neuen Abgaben auferlegt würden, und die Macht, die sich bey dem Fürsten und Obrigkeiten in Regierungssachen befand, nicht zur Verspottung und Untertretung der vaterländischen Gesezze und Herkommen angewendet werden mögte. *Matth.* am angef. Orte S. 279 u. f. f. 728 u. f. f. *Mieris* II, 333. Wie sehr die Macht des Bischofs bey Ertheilung neuer Gesezze eingeschränkt gewesen sey, leuchtet schon daraus hervor, daß er es für nothwendig hielt, den Kaiser Carl den vierten anzugehn, daß er ihm Erlaubniß ertheilte, einen offenbaren, aber durch das Alter verhärteten, Mißbrauch abzustellen. *Ebendaf.* III, 164. Die Angelobung, oder der feyerliche Vertrag (*Landbrief*), des Arnolds vom Jahr 1375 ist bekannt, wodurch die Stände sich von der Verbindlichkeit zu gehorchen, lossprechen ließen, bis den Gesezzen ein Genüge geschähe. *W. f. das Utr. Ges. B. I, 29.* *Mieris* III, 162. Auf eben diese Bedingung legten die Nachfolger dieses Bischofs einen End ab.

Carl der fünfte erlangte unter der Bedingung die Oberherrschaft (§. 281), daß er die Rechte der Stände und des ganzen Volks unverletzt bewahren wolle. Eben dieses End that sein Sohn Philipp der zweyte, nöthigte aber, seiner

keiner nicht mächtig, die Utrechter Nation, die ihm verhaßt, und, weil sie ihre Pflichten theils verlegt, theils vernachlässiget zu haben, beschuldigt ward, als des Majestätsverbrechens schuldig angesehen, und auf vielerley Art gedrückt ward, die Waffen zu ergreifen. Darauf unterschrieb sie das Bündniß, das von ihrer Hauptstadt seinen Namen führt, und setzte sich auf eben die Art, wie die übrigen Bundesgenossen, in Freyheit.

§. 285.

Während der Zeit, da die königliche Macht aufgehoben und gänzlich abgeschafft ward, versahen die Stände die Regierung, und nach der Ermordung des Prinzen Wilhelms, des ersten, im Jahr 1584 eigneten sie sich die Oberherrschaft ganz zu. S. die den Bürgern vorgeschriebene Eydessformel im Uetr. Ges. B. I, 80. Darauf machten sie sich von der engern Vereinigung mit Holland im Jahr 1584 los, wodurch Carl der fünfte die Stadt und das Land Uetrecht mit Holland verbunden hatte (§. 281).

Die gegenwärtige Regierungsverfassung in Uetrecht kann man aus dem Gesetz vom Jahre 1674 kennen lernen. Ebendas. I, 169. Sie ist von der Verfassung der übrigen Bundesgenossen dadurch unterschieden, daß die Staaten, die das Ruder führen, in drey Classen getheilt sind. Die erste besteht aus den acht Männern, die aus den Capiteln der fünf Kirchen in Uetrecht genommen werden. Zu diesen acht Personen wird jetzt noch die neunte hinzugefügt. Die zweite Classe ist die Ritterschaft; die dritte machen die fünf Städte, Uetrecht, Amersfoort, Rhenen, Duurstede und Montfoort aus (m. s. d. 288 §.).

§. 286.

Beym Anfange der Republik versuchte es die Stadt Utrecht, die Capitularherren der fünf Kirchen von der Regierung ganz auszuschließen. Diesem Unternehmen widersezte sich der Prinz Wilhelm von Oranien im Jahr 1582 durch eine Verordnung. Nach vielen Streitigkeiten ward endlich die Sache im Jahr 1618 und 1674 unter gewissen Bedingungen beigelegt. S. d. Uerr. Ges. B. I, 179. 203. Es wählt nemlich jezt der Statthalter 8 Personen, unter denen vier vom Adel, und vier bürgerliche sind (aber diese noch den neunten). Sie müssen über 25 Jahr alt seyn, sich zur Landesreligion bekennen, und, werden ohne vorgeschlagen zu seyn, von ihm aus den fünf Capiteln genommen. Alldenn bekleiden sie drey Jahr lang unter den Staaten einen Platz. Sie werden Gewählte genannt. Drey Monat vor dem Verlauff der drey Jahre wird dem Statthalter berichtet, daß die Zeit bald zu Ende gegangen sey, worauf er ihnen gewöhnlich ihre Zeit verlängert, oder, wenn er will, andere ernennt.

Uebrigens sind die fünf Capitel einander in vielen Einrichtungen und Rechten gleich, in einigen gehn sie von einander ab. W. f. von den besondern Rechten der St. Johanniskirche ebendens. I, S. 222. 226. u. f. f. Matth. von dem Rechte über Leben und Tod, d. 8 Cap. Jezt werden bloß Protestanten zu Canonicis genommen. Die Wahl der Dechanten, und Abtretung der Präbenden, deren es seit alten Zeiten 142 giebt, wird von den deputirten Staaten durch ein Rescript genehmigt. Die Abtretung der Präbenden wird nicht eher für rechtmäßig angesehen, wo nicht der, der sie abtritt, noch 20 Tage nach ihrer Abtretung lebt. Uerr. Ges. B. I, 217. Die Präbste sezt der Statthalter nach seinem Gefallen, und

und die Präbenden, die in den dem Papst sonst angewiesenen Monathen offen werden, vergiebt er; die Präbenden derer hingegen, die in den übrigen sechs Monaten sterben, vergiebt das Capitel, nach einer einmal festgesetzten Abwechselung unter den sie vergebenden Canonicis.

§. 287.

In der Classe der Edelen durfte unter Carl dem fünften niemand, außer der Ritterschaft sitzen. Diese Einrichtung wird auf immer beygehalten. Jetzt vermehrt der Statthalter die Zahl derer, die in diesem Stande einen Platz haben, nach seiner Willkühr, und besetzt die leeren Stellen. Die er in ihm aufnimmt, behalten auf immer ihr Recht. Es wird aber, um dazu fähig zu seyn, ein Alter von 24 Jahren, das Bekännniß zur öffentlichen Religion, der Besitz eines Ritterguts (Ridderhoffstede), und mit Einschließung desselben ein Vermögen von 25,000 Gulden, das aus in dem Gebiet von Utrecht liegenden Gütern besteht, erfordert. Auswärtige können aufgenommen werden, wenn sie ein zur Mitgift erhaltenes Rittergut zwey Jahr, ein durch Erbschaft erlangtes vier Jahr, ein gekauftes sechs Jahr besessen haben. Keine andere Güter werden für Rittergüter (von welchen einige Holländische seyn sind) gehalten, außer solchen, deren Recht von den Staaten erkannt ist, und die, als solche, in das Staatsregister eingetragen sind. Es giebt solcher 63, und sie haben vor der Gründung der Republik mancherley Freyheiten gehabt. Ebendas. I, 263. 275. 278. 288. 293.

§. 288.

Ob die Stadt Utrecht von alten Zeiten her allein die Ehre und die Macht des dritten Standes habe, ist eine alte Streitfrage. M. f. Burmanns Uetr. Jahrb.

412 Zweyter Theil. Fünftes Capitel.

II, 374 und d. Uetr. Ges. B. I, 33, 47, 284, 321. **Matth.** von den Edelen S. 793 u. f. f. Jetzt haben die übrigen vier Städte ebenfalls einen Platz mit ihr in der Versammlung und dem Rathe der deputirten Staaten. Doch stehen sie der Hauptstadt in vielen Rechten, in der Verwaltung einiger Theile der Regierung und in der Ernennung der Delegationen zu den verschiedenen in dem Lande Utrecht, oder der von den Bundesgenossen außerhalb demselben errichteten Collegien nach,

Die Rechte der Bürger in der Hauptstadt und den vier andern Städten weichen von einander ab,

Die Rechte der Bürger von Utrecht sind vor Alters sehr groß gewesen, und stammten zum Theil von den Königen her. S. d. Uetr. Ges. B. II, S. 322 u. f. f. III, 278. **Matth.** am angef. Ort S. 288. Sie halten die ehrenvolle und einträgliche Benennung der Ministerialen von St. Martini. Die Gilden vermochten, außer dem, daß sie jährlich die Obrigkeiten wählten, in Berathschlagungen, die die Angelegenheiten der Stadt und des ganzen Landes betrafen, sehr viel. **Burm.** am a. O. II, 143. 262. 421. 449. **Mieris** II, 162. Jetzt regiert, mit ihrer Ausschließung, der Rath der vierzig Männer (Vroedschap) die Stadt. Sie kann den Statthalter insgesammt und einzeln jährlich, und zwar den 12 October unbedingt gehn lassen, oder ihr rathsherrliches Amt auf ein Jahr verlängern. Er erteilt auch einen während eines Jahrs leer gewordenen Platz, an wen er will, wenn es nur keine durch ein Gesetz ausgeschlossene Person ist. Er ernennt den Prätor der Stadt auf Lebenslang, ohne daß dazu jemand vorgeschlagen wird; ehemals setzte ihn, aber nur einen gebornen Utrechter Bürger, der Bischof. Der Rath schlägt vier Personen vor, woraus

woraus der Statthalter zwei Bürgermeister wählt, die nicht länger, als zwei Jahr, auf die Art dem Rath vorgesetzt sind, daß der zweite Bürgermeister die erste, und der erste Bürgermeister die letzte Stimme giebt, der auch die Verordnungen macht. Die zwölf Richter der Stadt, oder Scabinen, ernennet jährlich der Statthalter aus 24 von dem Rath aus seinem Mittel vorgeschlagenen Personen.

Er setzt über eine jede der vier übrigen Städte einen Stadtrichter, ohne daß dazu jemand vorgeschlagen wird. Zu Amersfoort wählt er jährlich 12 Scabinen, in den übrigen drei Städten 7, und zwei Bürgermeister, die nicht länger, als zwei Jahr, regieren, aus dazu ihm vorgeschlagenen Personen. Zu Amersfoort setzt er 12 Rathesherrn, zu Rhenen 8, zu Duursede 10, zu Montfoort 12, und, wenn es ihm gefällt, verändert er sie nach einigen Jahren (s. Herr. Ges. B. I, 171).

Der Stadtrichter muß für die Handhabung der Gerechtigkeit in den einer jeden Stadt bestimmten Grenzen sorgen. Er hat in den übrigen öffentlichen Geschäften, außer der Gerichtsbarkeit, an verschiedenen Orten einen unterschiedenen Einfluß. Zu Uetrecht und Duursede ist er bei den Berathschlagungen des Rathes nicht zugegen. Zu Montfoort beruft er ihn, wenn er ihn von einer Sache zu benachrichtigen hat. Zu Rhenen kommt der Rath nie zusammen, wenn er nicht vom Stadtrichter berufen ist.

§. 289.

Die drei im 283. §. angeführten Stände haben auf den Utrechter Versammlungen die höchste Gewalt. Es werden jährlich von den Deputirten der Staaten
(§. 291)

414 Zwoyter Theil. Fünftes Capitel.

(§. 291) zwey|ordentliche, und, so oft es das Wohl des Staats zu erheischen scheint, außerordentliche angesetzt. Die Einrichtung dieser Versammlungen ist folgende. Der Sekretair der Staaten, dessen Amt von großer Bedeutung ist, und dem, welches der Rathpensionarius von Holland führt, gleichkommt (§. 243), eröffnet mit einer Art von Gebet die Versammlung. Hiernach benachrichtiget der erste von den Gewählten (§. 286), oder der Vorseyer der Staaten, der von dem Statthalter dazu ernannt ist, dieselben von den Hauptstücken der Berathschlagung. Sind diese bekanntgemacht, so geht ein jedes in der Versammlung sitzende Collegium an einen besondern Ort, wo es sich berathschlagt. Wenn hernach der Sekretair dem Vorseyer der Staaten ihre Stimmen berichtet hat, so macht er eine Verordnung. Es ist genug, wenn auch nur von zweyen Collegien die Stimmen überein kommen, es müste denn über wichtige Sachen, über Abgaben, Krieg, Abänderungen in der Regierungsform, Veräußerungen der Domainen u. s. f. berathschlagt werden, in welchem Falle die Stimmen, nach einer Verordnung des Prinz Friedrich Heinrich, gleichstimmig seyn müssen. Kann man es dahin nicht bringen, so legt der Statthalter die Uneinigkeit durch seinen Bescheid bey. *Ebend. I, S. 169. u. f. f.*

Die Vergebung der sowohl in, als außerhalb des Utrechter Gebietes zu bekleidenden Ehrenstellen und Aemter ist unter den drey Classen der Staaten auf gleiche Art vertheilt. Unter den fünf Erbkönigen aber hat Utrecht ein besonderes Recht dazu. *Ebendas. I, 172.*

§. 290.

Es erhellt zum Theil schon aus dem bisher gesagten, daß die Macht des Statthalters in Sachen, die die Regierung

gierung des Staats betreffen, groß sey. Diese Rechte haben folgenden Ursprung. Im Jahr 1534 setzte der Kaiser Carl eben den Statthalter über Utrecht, den er über Holland gesetzt hatte. Eine gleiche Gewalt verließ Philipp der zweyte dem Prinz von Oranien, Wilhelm dem ersten. Als dieser aber auf eine unglückliche Art ermordet war, ward Joest de Soete Herr von Velleers an seine Stelle von den Staaten gesetzt, worinn ihm der Graf von Nieuwenaar folgte. Nach seinem Tode führten die Prinzen von Oranien, Moriz, Friedrich Heinrich, und Wilhelm der zweyte das Ruder des Staats. Im Jahr 1672 ward es den Händen Wilhelms des vierten übergeben; nach seinem Tode aber hatte es niemand, bis es im Jahr 1747 Prinz Wilhelm der vierte mit erblichem Rechte erhielt (S. 189). Diese Rechte laufen auf eben das, als bey den übrigen Bundesgenossen hinaus, und bestehen in Ertheilung solcher den Staat betreffenden Rathschläge, die zu seiner Aufnahme gereichen, und in ihrer Ausführung; in dem dem Prinzen zu diesem Ende ertheilten Rechte verschiedene bürgerliche obrigkeitliche und Ehrenämter, und zwar einige an ihm beliebige Personen, andere an solche, die er aus gewissen ihm vorgeschlagenen wählt, zu vergeben, ausser der Macht, die er noch hat, Officierstellen bey der Utrechter Miliz zu besetzen. Er ernenne die Stadtrichter der Städte, und die Personen, die unter dem Namen der Staaten das ganze Volk regieren, nach seinem eigenen Gefallen. Er setze den Sekretair der Staaten. Er nimm an, oder verwirfe, die zu der Versammlung der Bundesgenossen und zu ihren übrigen Collegien abzuschickenden Deputirten. Die ordentlichen Beysitzer des zu Utrecht befindlichen immer wähl-

währenden hohen Raths (§. 295) und seine Secretaire wählt er aus drey ihm von den Staaten vorgeschlagenen Personen, so wie auch den Generalprocurator des Fiskus. Die vier Oberrichter auf dem Lande (Landdrost, Mareschall) §. 294 setzt er nach freyer Willkühr. Mißethäter kann er begnadigen; Bittschreiben nehmen, so wie der Hof von Holland, die Beyfizzer des hohen Raths (§. 295) an. S. Matthai vom Rechte über Leben und Tod S. 697 u. f. f.

§. 291.

Der immerwährende Rath der Republik Uetrecht, oder das Collegium der Deputirten Staaten (Gedeputeerde Staaten), besteht aus zwölf Personen. Die einzelnen Mittel der Staaten ernennen, ein jedes, vier derselben, und zwar Amersfoort einen, Uetrecht zwey, den vierten die übrigen drey Städte, alle drey Monat, nach einander. Die Deputirten vertreten nach einander, ein jeder eine Woche lang, die Stelle des Präsidenten, der von Uetrecht alle drey Monat zweymahl. Sie thun die Geschäfte ab, die ich bey dem Rath von Holland und Seeland angeführt habe (§. 246). Sie sind bey Streitigkeiten, die der Abgaben wegen entstehen, auf dem Lande die erste, und in der Stadt die zweyte Instanz, doch ohnbeschadet der Appellation an die Staaten, vor welchen eben diese Streitsachen von neuem vorgenommen werden können.

Ueber die Rechnungen der öffentlichen Einnahme und Ausgabe ist im Jahr 1657 ein besondres Collegium ('t Collegie der Gecommitteerden ter Finantie van de Staaten) gesetzt worden. Einer von den Deputirten der Staaten, welcher nach einem unter den drey Ständen zu beobachtendem Wechsel genommen wird (von dem
Mitte

Mittel der Städte ist es der erste Bürgermeister zu Utrecht), hat ein Jahr lang den Vorsitz. Drey Personen werden von den besondern Mitteln der Stände zu Assistenten des Präsidenten vorgeschlagen, und von den sämtlichen Staaten gesetzt.

§. 292.

Oben dieser Rath der deputirten Staaten (§. 291) hat die Oberaufsicht über den öffentlichen Schatz, zu welchem mit den im 250 §. u. f. f. angeführten Quellen der Abgaben ähnliche zusfließen.

Die Domainen, von welchen ehemals das so genannte zu erlegende Gruiz-Geld kein geringer Theil war, kamen von dem Bischof auf Carl den fünften, und, nachdem Philipp der zweyte abgesetzt war, in die Gewalt der Staaten. S. Matth. von den Edelen S. 260. 830. Es gehört keine geringe Zahl von Lehen dazu. Das lehnsgerecht, von welchem sie gesucht und vergeben werden, besteht aus einer Person, die die Stelle des Eigenthumsherrn (Stadhouder) vertritt, und drey Staaten, als Klienten. In Streitigkeiten, die lehen betreffend, entscheidet aber eben das Gericht, das durch das ganze Land die Gerichtsbarkeit ausübt, nemlich der Provinzialgerichtshof (t Hof Provinciaal).

Unter den Regalien ist die Jagd, wenigstens seit der Zeit Carl des fünften, begriffen. Vor dieser Zeit scheint die niedere Jagd von den Rechten der Privatpersonen nicht ausgenommen gewesen zu seyn. S. Burm. Utrecht. Jahrb. I, 267. 425. Matthäi vom R. üb. Leben u. Tod S. 549. u. f. f. Jetzt ist es, den Gesetzen vom Jahre 1680. 1683. 1693. 1750. 1753 niemand, außer den in der Provinz Utrecht regierenden und obrigkeitlichen

418 Zweunter Theil. Fünftes Capitel.

Personen, ohne besondrer Erlaubniß des Statthalters, oder in seinem Namen, auf eine durch Gesetze bestimmte Art, zu jagen erlaubt. Dieses Recht haben nun alle Mitglieder der Staaten, die Präbste und Dechanten der fünf Capitel, der Prätor von Utrecht, die Bürgermeister, die nicht regierenden Bürgermeister, Rathsherrn und Sekretaire, ingleichen die Stadtrichter der übrigen vier Städte, Bürgermeister, Rathsherrn, die kein Gewerbe treiben, innerhalb der Grenzen ihrer Gerichtsbarkeit, der Präsident und die Beysitzer des Provinzialgerichtshofes u. s. f.

§. 293.

Ich gehe zur Betrachtung der Obrigkeiten über, und zwar sowohl zu denen, die auf gewissen Dörtern auf dem Lande, oder in den Städten die Stelle der Regierung vertreten, als auch zu denen, die im ganzen Lande Recht sprechen.

Die Regierung einer jeden Stadt befindet sich bey dem Rath; die bürgerliche und Criminaljurisdiction aber bey dem Magistrat, außer, daß die Stadt Montfoort das Recht über Leben und Tod nicht erhalten hat. S. Matth. v. R. üb. Leb. u. Tod, b. 30. u. 36. Cap. insond. S. 613. ingl. von den Edelen II, 27. III, 1. Das Land ist in Ansehung der Aufsicht über die Dämme und Gewässer in 9 Hauptdistrikte getheilt. Ein jeder hat seinen Rath (Zeemraadschap), dem ein Leichgraf vorgelegt ist. Es befinden sich dabey geschworne Rathsleute, welche zugleich Richter sind, doch bleibt die Appellation an den Provinzialgerichtshof frey. S. d. Ges. B. II, 986. Matth. v. R. üb. Leb. u. Tod S. 517. u. s. f.

Die Oberaufsicht über die Forsten und Jagd ist dem Statthalter übertragen, der über das Recht, die Art und Zeit zu jagen, ingleichen über die Strafgeelder Gesetze theilt.

theilt. Er hat für sich einen immerwährenden Deputirten angestellt, der in dem Jagdgericht den Vorsitz führt, und fügt ihm fünf Besitzzer, oder Rärhe, die er frey wählt, bey. Von dem Urtheil dieser Richter kann man nicht appelliren, oder Revision suchen. Die Staaten haben den 7. Febr. 1693 einstimmig beschloffen, daß keinen **Hohenherrlichkeiten** (**Hooge Heerlykheden**), oder solchen Gegenden auf dem Lande, worin die Eigenthums Herren das Recht alle und jede Vergehungen zu bestrafen haben, die von den Gesezen nicht ausgenommen sind, das Recht, in Jagdangelegenheiten ein Urtheil zu fällen anzuken solle. **S. Matth. ebendaf. S. 537 u. f. f.**

§. 294.

Uebrigens wird die Gerichtsbarkeit auf dem Lande und in den Dörfern theils von Privatpersonen, deren Güter sie haben, theils von Obrigkeiten, die die Landesregierung angestellt hat, ausgeübt. **M. f. das Ges. B. I, 154.** Nach einer alten Einrichtung der Landgerichte (**het Buurrecht** gewöhnlich genannt) bediente sich die Obrigkeit, welche den bey den Friesen gebräuchlichen Namen **Azing** führte, ungeschworne, ohne Ordnung zusammenberufener Landleute, zur Entscheidung und Beylegung der Streitigkeiten. **Carl der fünfte** fing an, diese Gewohnheit, vieler Unbequemlichkeiten wegen, und weil die Zeitumstände sich geändert hatten, abzuschaffen, und sezte gewisse ordentliche verordnete Richter an, welche unter der Aufsicht eines Schulzen Dorf für Dorf die Streitigkeiten schlichteten. **M. vergl. d. Ges. B. II, 1067.**

In vielen Gegenden auf dem Lande haftet die Criminaljurisdiction an dem Gute der Privatpersonen, und wird in dem Namen der Eigenthümer der Hohenherrlichkeiten durch verordnete Richter ausgeübt. Man findet diese Ge-

genden in dem Uetr. Gef. B. I, 154. namentlich angeführt. Man sehe noch wegen der Grenzen des Rechts dieser Guts Herrn Matth. vom Rechte über Leben und Tod S. 33 u. f. f. 54. 58. 60 u. f. f. Diese Gerichtsherrn werden durch eine den Gerichten d. 14 May 1594. vorgeschriebene Gerichtsform gebunden. Missethäter müssen sie an die Hauptstadt und andere Städte, wenn dieselben ihre Auslieferung fordern, zurücksenden. Man sehe die Verordn. d. Staaten vom 28 Febr. 1677.

Die übrigen Dörfer und landdistrikte werden zum Behuf der Geseze in vier Theile eingetheilt. Einem jeden derselben ist ein Landdrost, den man Matreschalt nennt, vorgesetzt, welcher darauf Acht haben muß, daß die Verbrechen nicht ungestraft bleiben. Es erkennt aber darüber der Provinzialgerichtshof zu Utrecht (§. 295.), die Verbrecher ausgenommen, die innerhalb den Grenzen der Gerichtsbarkeit einer Hohenherrlichkeit, oder einer Stadt, das Verbrechen begehn, oder ergriffen werden (§. 293.); die, welche außerhalb derselben ergriffen werden, gehören zu dem Gericht des Provinzialgerichtshofes. Es läßt aber die Stadt Utrecht nicht zu, daß ihre Bürger, wenn sie außerhalb ihres Gebiets ergriffen werden, dadurch der Gerichtsbarkeit ihrer Stadtobrigkeit entzogen werden können. S. d. Uetr. Gef. B. II, S. 999. 1064 u. f. f. Matth. a. a. O. S. 380. 475.

Ehemals gab es ein Provinzialgericht (Landrecht), worin der Bischof selbst präsidirte, und wozu es jährlich, wo er es für gut befand, seine Edelen und Hofmänner zusammenberief. Es pflegte seit der Zeit Davids von Burgund zu Duurstede gehalten zu werden. Diese Richter, nicht der Bischof, erkannten und setzten fest, bey Appellationen in bürgerlichen Angelegenheiten, und Verbrechen des Landvolks; nicht aber über bürgerliche Streitigkeiten

sachen der Stadteinwohner, welche die Stadtrichter, ohne verstatteter Appellation, welche blos bey Monefoort stattfand, ausführten Matth. am angef. Ort S. 158. 484. Sie erkannten auch nicht über Verbrechen der Stadteinwohner (§. 293.), wenn man gewisse Arten von Verbrechen ausnimmt, als Aufruhr, Mordmord, das Schlagen falscher Münzen; aber wenn Utrechtsche Bürger sich dergleichen Verbrechen schuldig machten, so pflegte die Obrigkeit der Stadt sie zu bestrafen. S. Matth. Chron. v. Amersfoort S. 464. ingleichen am angef. Orte S. 584. Die Unbequemlichkeiten dieses landgerichts führt das vom Kaiser Friedrich dem Dritten den 3. Oct. im Jahr 1473. an den Bischof David ergangene Diplom an, und beweist sowohl die höchste Macht der Kaiser, als die eingeschränkte der Bischöfe. Der Kaiser sagt, erstlich, alle und jegliche Angelegenheiten wären bisher vor den Hofmännern, Rittern, und nach der Mehrheit der Stimmen der Hofmänner abgethan worden. Zweytens, es sey bisher die Gewohnheit, an den Rath des Bischofs zu appelliren, nicht eingeführt, oder angenommen worden. Drittens, eine lehnsache pflege nicht anders, als in einer Zusammenkunft aller Vasallen der Kirche, angehört zu werden, durch deren Stimmen die Sache, nach der Mehrheit derselben, entschieden würde, der Bischof müsse sie den Vasallen vorlegen. Daher finde sich bey Menschengeboten keine von dem lehns Herrn nach gewöhnlichem Rechtsgange entschiedene lehnsfrage, sondern sie werde durch andere ausgedachte Wege, als durch ein Compromiß, wider die gewöhnliche Rechtsordnung bestimmt. Nachdem der Kaiser dieses auseinander gesetzt hat, so giebt er dem Bischof die Gewalt, einen Appellationsrath, oder Gericht, das zum Theil aus Rechtsgelehrten bestünde, an welche von des Urtheilen und Verordnungen der Hofmänner appellirt werden, und das seine Befehle ausführen könnte.

te, anzulegen, wonicht die Kraft derselben durch eine Appellation an das kaiserliche Gericht aufgehoben würde. Man sehe davon Matth. am angef. Orte S. 495. Zu gleicher Zeit befahl er, daß zu den landgerichten zehn gleiche Gerichte hinreichend seyn sollten.

David, der gern ein neues mit dem französischen übereinstimmendes Recht einführen wollte, errichtete daher im Jahr 1474. ein aus zehn Personen bestehendes Appellationsgericht, und setzte es zu Utrecht nieder. Es heißt gewöhnlich 't regt van der Schive; da aber die Bürger dieser Stadt sich über ihnen zugesüßtes Unrecht beschwehrten (Matth. am angef. Orte S. 480 u. f. f.), so schaffte er es im Jahr 1477. wieder ab. Durch dieses Unternehmen erhielt das alte landgericht seinen Glanz wieder. Philipp von Burgund gab zum Besten der Parthen in diesem Gericht eine neue Verordnung heraus. S. d. Uetr. Ges. B. II, 951. Carl der fünfte befahl, daß dieses Gericht jährlich zu Duurstede viermahl gehalten werden sollte. Es kamen aber diese Versammlungen, wegen der Größe der Kosten, und des zunehmenden Ansehens des von Carl dem fünften zu Utrecht errichteten neuen immerwährenden Gerichts (§. 295.), nach und nach aus der Gewohnheit, und werden heute gar nicht mehr angestellt.

§. 295.

Der Kaiser Carl der fünfte fügte im Jahr 1530. dem Statthalter, den er, der Gewohnheit nach, auch über dieses Land setzte, den immerwährenden Rath bey, dessen er sich, sowohl zur Verwaltung der Regierung, als auch zur Beylegung der Streitigkeiten und Bestrafung der Verbrechen, bediente. S. Bor V, 291. Er ward der Hohe Rath (Overste Raad) genannt, und heißt

jetzt der Provinzialgerichtshof (’t Hof Provinciaal). S. d. Utr. Ges. II, S. 953 u. f. f. Es fehlte auch damals nicht an Klagen, wie es zu geschehen pflegt, wenn neue, nicht jedermann angenehme, Einrichtungen gemacht werden. Ebendas. S. 970 u. f. f.

Als die königliche Regierung ein Ende nahm, so ging die Sorge für die Regierung auf die deputirten Staaten (§. 291.) über; die diesem Rathe bengelegte Gerichtsbarkeit aber blieb. Er besteht aus acht ordentlichen Rätthen, von welchen einen jeden der Statthalter aus drey von den Staaten vorgeschlagenen Personen wählt. Das Gesetz vom 20. Jan. 1669. giebt ihre Erfordernisse an. Es werden dann drey außerordentliche, welche die drey Mittel der Staaten, einen aber die Stadt Utrecht allein, ernannt hat, mit ihnen verbunden. Diese sind in Ansehung ihres Rangs; nicht aber des Rechts und Gewichts ihrer bey vor das Gericht gezogenen Sachen zu gebenden Stimmen, mehr, als die ordentlichen Rätthe. Sie stellen die Person des Landesregenten vor, und sorgen dafür, daß seiner Majestät, Eigenthume und Rechten nichts entzogen werde. Ebendas. S. 1040 u. f. f. In Streitigkeiten, die wegen der Domainen geführt werden, kann in diesem Rathe nichts beschlossen werden, außer, wenn der, der die Sorge für die Einkünfte der Domainen hat, zu Rathe gezogen ist.

Wie weit sich die diesem Rathe übertragene bürgerliche und Criminalgerichtsbarkeit erstreckt; wann er die erste Instanz sey; in was für Fällen an ihn appellirt werde; was für eine Proceßordnung bey bürgerlichen und criminellen Angelegenheiten statt finde, hat das Gesetz vom 3 April 1583 bestimmt. S. ebendas. S. 984 u. f. f. Ob die Gewohnheit dieser Richter, die Verbrecher aus Holland und Seeland zu verweisen (welches Recht der Hof

Hof von Holland hin und wieder ausübt) aus dem Befehl Carl des fünften vom 17 April 1534 vertheiligt werden könne, bezweifelt Byntershoek. Aus der Verordnung der Staaten vom 13 Febr. 1587 d. 4. §. folgt nichts bestimmtes. Das Herkommen ist wohl festhaft.

Von den in diesem Gerichte gegebenen Bescheiden findet keine Appellation statt; nur bloß eine Revision. Die Einwohner der Provinz können sie innerhalb sechs Monate; Auswärtige während eines Jahrs von den Staaten, oder ihren Deputirten suchen. M. s. die Verordn. d. Staat. vom 24 Sept. 1705. Von ihnen bitten sich die Partheyen neue Richter aus. Diese, deren fünf, oder sechs, gegeben werden, müssen mit zwey, oder, wenn sie, bey getheilten Stimmen, mit drey von den vorigen Richtern die Sache von neuem erwägen, und ihre Meynung, mit vorgelegten Gründen, an die Versammlung der Staaten berichten. Ist dies geschehn, so sammlet ihr Präsident die Stimmen der drey Mittel, worinn sie getheilt sind, durch ihren Sekretair ein. Durch eben diese Person macht er darauf auf gehörige Art diejenige von den ihm berichteten, der alle, oder die meisten, Mittel beypflichten, bekannt. Die, welche bekannt gemacht ist, hat die Gültigkeit eines Urtheils.

§. 296.

Es gehört nicht hieher, jetzt weitläufig zu zeigen, was für, sowohl allgemeinen, als besondern Befehlen die Richter im ganzen Lande folgen (§. 94). Das Befehl Karls des fünften vom 4 Octob. 1540 (s. Uetr. Gef. B. I, 422), welches die Absicht hat, das Bauwesen in allen Theilen der Niederlande gewissermaßen auf einen Fuß zu bringen, hat seine Kraft nach der Einführung

lung der Republik nicht verlassen. Aus dem schlagbaren Plane eben dieses Kaisers und des Herzogs Alba, das durch das Herkommen eingeführte Recht der Dörfer in eine gewisse Ordnung zu bringen, ist eine Sammlung des durch das Herkommen aufgenommenen Rechts entstanden, dessen sich die Städte Utrecht und Amersfoort bedienen. Ebendas. III, S. 267. 276. u. f. f. 1069 u. f. f. Ich will nur aus dem Theile des Privatrechts, welches sich dem öffentlichen mehr nähert, zwey Stük berühren. Erstlich merke ich an, daß Testamente, die vor einem Notarius und zwey Zeugen niedergelegt sind (welche Art der Niederlegung in den vereinigten Niederlanden üblich ist), in dem ganzen Lande, der Regel nach, nicht gültig sind, außer wenn sie, mit von den Staaten erhaltener Erlaubniß zu testiren niedergelegt sind. Hiernächst hat man durch das Gesetz vom 23 Jun. 1653, 19 Aug. 1662 und 1 Novemb. 1769 dafür gesorgt, daß sich nicht die, welche über die Gesetze halten, und öffentliche Ankläger sind, ohne Wissen der Obrigkeit mit denen, die sich vergangen haben, zum Nachtheil der Armen in eine Geldstrafe einlassen. Auch den vier auf dem Lande gesetzten Obrigkeiten kann der Utrechtsche Provinzialgerichtshof (§. 295) nur bei wohl erwogener Sache die Macht einräumen, Mißethäter wegen ein Verfabren anzustellen.

Das sechste Capitel.

Von der Provinz Friesland.

§. 297.

Ich mache den Anfang, die Angelegenheiten desjenigen Volks auseinander zu setzen, dessen Name schon zur

zur Zeit des Tiberius unter den Deutschen berühmt war, und das seit den ältesten Zeiten her mit dem Namen der unabhängigen Friesen pranget.

Die Friesen, welche in die Ober und Niederfriesen getheilt wurden, breiteten ihren Namen und Verfassung, als der Römische Staat sich seinem Untergange näherte, nach dem Lande der Bataver aus. Darauf unterwarfen sie sich der Herrschaft der in Gallien sich festsetzenden Franken; hatten aber zu gleicher Zeit ihre eigenen Gesetze. Als das Fränkische Reich unter die drey Brüder getheilt ward, gingen sie, nachdem sie seit dem Jahr 843 ein Theil des Deutschen Reichs geworden waren, nach und nach an, von Holland getrennt zu werden. Denn dieses erhielt darauf neue obrigkeitliche Personen und Fürsten, ingleichen neue Namen von ihnen. Westfriesland kam an Holland. Die übrigen Friesen pflegte man in die disseite und jenseits des Lauwers wohnenden einzutheilen. Jetzt wird das Land, welches den fünften Platz unter den vereinigten Niederlanden hat, von dem Gießstrom und dem Fluss Lauwers eingeschlossen, und in die drey Quartiere, Oostergo, Westergo und Zevewolde (Siebenwalde) abgetheilt. Es wird mit vieler Mühe und grossen Kosten vor den Gefahren, womit die See es bedroht, gesichert, und von ohngefähr 140,000 Menschen (im Jahr 1749 zählte man 135195.) bewohnt, von denen wenige sich von Handarbeit und dem Gewinnst aus Fabriken, die meisten vom Ackerbau, vom Handel mit Lastschiffen und dem, was der Transport zur See abwirft, nähren und bereichern.

§. 298.

Der Name der unabhängigen Friesen ist, wie wir im vorigen §. gesagt haben, alt. Worinn bestand aber die

Die allgemeine Freyheit? Worin die besondere? Was sicherte beyde? Was leistete sie für Nutzen? Wodurch hinderte man es, daß sie nicht ausschweifte?

Es glückte den Friesen, daß sie, was wenige Länder in Deutschland erfahren haben, sämmtlich unter keiner ununterbrochnen Herrschaft eines Fürsten, ausser dem Kaiser, vor dem Jahr 1498 standen, und nicht länger, als 90. Jahr darunter blieben, ob sie gleich oft angegriffen wurden. Der unglückliche Kaiser Heinrich der vierte gab ihnen den Albert zu ihrem Regenten; verließ ihn aber, da er bald nachher für einen Feind erklärt worden war, und überließ dem Bischof von Utrecht die Beherrschung von Friesland, welche That der Kaiser Heinrich der fünfte bestätigte. S. d. Bar. v. Schwarzenberg Friesl. Ges. B. I, S. 67. u. f. f. Petronella, die Witwe des Grafen von Holland Florentius des dritten, die die Vormundschaft ihres unmündigen Sohns Diedrich des sechsten führte, erhielt es von ihrem Bruder, dem Kaiser Lotharius, dem zweyten, dem sie vorher, als Herzog von Sachsen, wider den Kaiser Heinrich den fünften beigestanden hatte, daß er dem Grafen von Holland die Grafschaft Oostergo und Westergo verlieh. S. des Ubbo Emmius Friesland S. 269. Es stellte aber der König Conrad der dritte, welcher der Geistlichkeit geneigt war, im Jahr 1138 das alte Recht der Utrechter Kirche wieder her. Hieraus entsproß der Keim der Streitigkeiten unter den Bischöfen und Grafen. Der Kaiser Friedrich der erste legte diese Uneinigkeiten im Jahr 1166 durch einen unter ihnen festgesetzten Vergleich bey, worin beyder gemeinschaftliche und besondere Rechte bestimmt werden. Es wird darinn dem, der ihn bricht, eine Geldstrafe von 100 Mark an den kaiserlichen Schatz aufgelegt. Unter andern war verordnet, daß jährlich der

Graf

428 Zweyter Theil. Sechstes Capitel.

Graf und Bischof im Monat May nach Friesland reisen sollte, damit der erstere über Sachen, die nicht in das Gebiet der Kirche einschlugen, innerhalb 20 Wochen, der letztere, nach Endigung dieser Untersuchung, über kirchliche Angelegenheiten erkennen sollte. Dieses Diplom des Kaisers, wie auch eine neue vom Jahr 1204 wegen der genauern Befolgung dieses Vergleichs vorgenommene Verabredung findet man ebendas. S. 78. 80. 85. Der König Wilhelm und Graf von Holland hat, wie man das für hielt, das von Carl dem großen den Friesen ertheilte Recht im Jahr 1248 von neuem bekräftigt. S. ebendas. S. 94. 150. Der König Rudolph der erste übergab zwar im Jahr 1290 dem Grafen von Gelbern Reinald die Verwesung von Friesland, doch ohne ein immerwährendes Recht, und mit der Verbindlichkeit, die dem kaiserlichen Schatze gehörenden öffentlichen Abgaben an denselben abzuliefern. Er nam den Theil von Friesland aus, der dem edlen Grafen von Holland gehörte. Obgleich der König Albert der erste im Jahr 1299 dieses Codicill seines Vaters billigte (s. ebendas. S. 123. 131), so befiel Gelbern doch den Besiz nicht. S. Schlichtenhoeft Gesch. S. 125. Der Kaiser Ludwig, der Bayer, zwang im Jahr 1330 die Einwohner von Westergo und Oostergo, dem Grafen von Holland Wilhelm dem dritten zu gehorchen. Eben dieser Kaiser verpfändete Friesland, den dem Grafen von Holland gehörenden Theil ausgenommen, für 40,000 Mark Silbers an den Herzog von Gelbern Reinald. Ebendas. 185. 197. Die Grafen von Holland übten bis ihnen zu verschiedenen Zeiten in Friesland stückweis übertrogene Herrschaft in einigen Theilen desselben mit mehreren, im andern mit wenigern Schwierigkeiten, zumahl in der Grafschaft Seavern, aus. Ebendas. S. 131. 149. 180. u. f. f. 200. 210. 282. u. f. f.

Der

Der Graf Wilhelm der vierte, der seine verletzten Rechte rächen wollte, blieb im Jahr 1345 in der Schlacht bey der Stadt Steavern.¹ Es ist hinreichend bekannt, was auf seinem Tode in Holland für eine Veränderung der Staatsangelegenheiten erfolgte. Die der Herrschaft der Grafen abgeneigten Friesen verpflichteten sich, nachdem sie schon im Jahr 1325. mit den Einwohnern des Landes jenseits der Lauwers eine Verbindung geknüpft hatten, im Jahr 1361. von neuem eidlich untereinander, daß sie ihre Freyheit und Rechte gemeinschaftlich vertheidigen wollten. S. ebendas. S. 225. Seit dieser Zeit sind mit dem Herzog Albert dem Bayern, dem Bruder des wahnsinnigen Grafens von Holland Wilhelm des fünften, welchen der Kaiser Carl der vierte ihnen, der Erhaltung der öffentlichen Ruhe wegen, zum Statthalter (Rurward) setzte, viele Streitigkeiten vorgefallen, und viele Kriege mit den Bayerischen Nachkommen der Herzoge von Holland geführt worden. Ebendas. S. 284. u. f. f. Als Philipp der Gütige Holland in Besiz nahm, so ließ er nicht nach, auf das alte Recht der Grafen zu dringen. Es verbot ihm aber der Kaiser Friedrich der dritte im Jahr 1457, den Friesen Bebrückungen zuzufügen.

Nicht glücklicher liefen die Unternehmungen Carls des Kühnen ab, von welchen Schoot in der Beschreib. v. Friesland S. 171. b. Cap. v. Friesl. Nachricht gegeben hat. Die Dokumente, wodurch man das Recht der Grafen erhärten zu können glaubte, findet man in dem angef. Cap. u. f. das. S. 637. I, 792. II, 325.

§. 299.

Um diese Zeit zerrüttete eine zügellose Frechheit und Haß gegen sich selbst die Ruhe und Kräfte des Volks. Ihres Fürsten und ihrer Freyheit überdrüssig, und durch

430 Zweyter Theil. Sechstes Capitel.

Parteysucht der Verkoopers und Schiringers aufgegeben, befaß ihm der Kaiser Maximilian der erste, eine Person, die ihre öffentliche Ruhe wiederherstellte, unter dem Namen eines Podestaten, zu erwählen. Die Partey Jerwe Dekama wählte einen Frisfchen Edelen, die andere, die der ersten stets widersprach, verwarf ihn. Da her übertrug eben dieser Kaiser die Regierung dieses Volkes, das, wie er sagte, ohne Teutsches Recht und Herrschaft wäre, im Jahr 1498 dem Herzog von Sachsen, Albert dem muthigen; allein der Kaiser und die Stände beehielt auch seinem Sohn Philipp dem schönen, als Grafen von Holland, mit Einstimmung der Churfürsten die Freyheit vor, gegen die Erlegung von 100,000 Rheinischem Goldgülden und Erstattung der Unkosten sie wieder zu fodern. Merkwürdig ist das von der Geistlichkeit von Westergo und den Bürgermeistern der fünf Städte abgestellte Eodicill, worin sie bekennen, daß sie den Herzog von Sachsen Albert und Georg erwählt hätten, um ihm zu gehorchen. Ebendas. II, 3. Es bemühten sich die Herzoge von Sachsen, Albert und Georg die Ruhe durch Erweiterung Frieslandes wieder herzustellen, indem sie das land durch vom Wasser angelegtes land (von welchem Eifer das land Bilt ein Denkmahl ist), erweiterten, und neue Rechte und Gerichte herstellten. Ebendas. 35. 234. 255. Carl der fünfte zahlte den Sächsischen Fürsten Geld (ebendas. S. 778.) aus, und erhielt die Herrschaft über Friesland nicht durch eine völlige Uebergabe, sondern einen bedingungsweise abgeschlossenen Vertrag, der den 1. Jul. im Jahr 1515. und 20. Decemb. 1524 gemacht ward, unter dessen Bedingungen diese nicht die leichtesten waren, daß er die Friesen nicht zwingen sollte, außer dem Vaterlande Kriegsdienste zu thun, daß er ihnen keine neue Abgaben auferlegen, und, wenn seiner Rechte wegen Streitigkeiten

ten entstünden, er nicht in seiner eigenen Sache, nach seiner Macht, Richter seyn sollte. Ebendas. II, S. 88 u. f. f. 150. 583. 647. Seit dieser Zeit änderten sich die öffentlichen Angelegenheiten sehr. Ebendas. S. 337. 727 u. f. f. 753. 759. 811. Bor V, 191. Die alten Rechte des kaiserlichen Schatzes gingen verlohren. Wenige Grundstücke behielt der Fürst unter dem Namen der Domainen. Hierzu kamen noch mäßige Abgaben, die auf Wein, Bier, wollene Tücher, unter dem Namen vom Erzins, nebst 16000 Gulden, die ihm jährlich unter der Bedingung ausgezahlt wurden, daß niemals eine größere Summe gefordert werden sollte. Doch ward im Jahr 1550, als Carl sehr darauf drang, eine größere, nemlich 50,000 Gulden, bewilligt. Philipp dem zweyten, wurden im Jahre 1572. Ein hundert und acht und zwanzig tausend Gulden versprochen. Für dieses Geld gelobten beide Fürsten, das Land zu beschützen, und Recht und Billigkeit zu bewahren, an.

Es fehlte nicht an Dingen, die den der neuen Regierung ungewohnten Einwohnern nicht von Anfang an hätten mißfallen sollen. Carl, der fünfte, unterrichtete sich nach der ihm eigenen Güte von allen Klagen willig, und ertrug sie. M. f. sein Rescript von 1525. Ebendas. S. 150. ingl. S. 172. Philipp, der zweyte, der, seinem Vater unähnlich, eine durch Gesetze gemäßigte Herrschaft verachtete, brachte es dahin, daß er keine behielt. Nachdem er sie verlohren hatte, waren zwar die Friesen eins, die höchste Gewalt dem Franz von Alençon zu übertragen, da sie aber aus dem Antwerpener Ungewitter seine Absichten kennen gelernt hatten, huldigten sie einen ihnen verdächtigen Fürsten nicht. Man erwähnte seiner in der neuen Eydessform, die im Monat April des Jahres 1584 zur festen Verbindung der Einwohner aufgesetzt

432 Zweyter Theil. Sechstes Capitel.

gesetzt ward, gar nicht. Bald darauf starb d' Aleneon, und kurze Zeit nach seinem Tode erfolgte die Ermordung Wilhelms des ersten, der seit dem Anfang der bürgerlichen Unruhen Statthalter in Friesland gewesen war. Der Entschluß, die Regierung Frankreich, oder England, zu übertragen, ward nicht ausgeführt, auch die Entwürfe der den mit neuen Unternehmungen umgehenden Graf von Leicester begünstigenden Parthen blieben fruchtlos. Da die königliche Regierung ein Ende nahm, ging die höchste Gewalt zum Volke über. Seine vom Augoburger Bündniß aber noch übriggebliebene schwache Verbindung mit Teutschland ward auf eben die Art, wie in den andern Provinzen aufgehoben. Ebendas. III, 164. 166. Winfems Friesland d. 18 u. 20 B. vergl. d. 29 §.

§. 300.

Es ward bald darüber gestritten, was die Städte für einen Antheil an der neuen Regierung haben sollten. Die Bewohner des Landes drangen auf die Wiederherstellung des Regierungszustandes vom Jahr 1498. Die Entscheidung des Streits übertrug man dem Prinz von Dranten, Wilhelm dem ersten, der eine Bewilligung der alten Staatsverfassung zu Stande brachte. S. Winfem S. 661. 719 u. f. f. Es bleibt aber, vermögte seines im Jahr 1584 bekannt gemachten Urtheils, die gemeinschaftliche Regierung unter den vier Mitteln, worinn das Volk von ganz Friesland eingetheilt wird. Drey davon machen die Quartiere Oostergo, Westergo und Zevenwolde aus; das vierte besteht in den elf Städten Leeuwarden, Holwaert, Sneek, Franeker, Doffum, Harlingen, Stavorn, Sloten, Workum, Rist und Hindelopen. Bey diesen vier Mitteln befindet sich die Landeshoheit gleich getheilt.

theile. Die Quartier werden besonders in Aemter (Grietenven) eingetheilt, und es befinden sich derselben in dem Quartier Oostergo eilf, in Westergo neun, in Zevenwolden zehn. Ueber ein jedes solches Amt steht ein Grietmann, oder Greetmann. Der Ursprung dieser obrigkeitlichen Person, und die erste Bedeutung des Namens ist sehr ungewiß, der Umfang der Macht, die er bezeichnet, wird unten beschrieben werden.

§. 301.

Wir werden in der Folge sehn, in wie fern bey den Friesen die Staatsverfassung von der Einrichtung der übrigen Bundesgenossen abweicht, wenn ich erst gezeigt haben werde, worinn die Rechte des Volks, der Stände, des Statthalters, der deputirten Staaten (oder des immerwährenden Collegii der neun Männer, welches die Verwaltung der Regierung hat, s. S. 306), der Gerichte und Obrigkeiten bestehen.

Die Rechte des Volks sind von doppelter Art. Einige beziehen sich auf die Regierung des Landes, andere bestehen in dem Besiz und ungekränkten Genuß der von der Natur jedem Einwohner verliehenen Rechte, welche an andern Orten dem ganzen Staat, das ist, dem landesherrn, angewiesen sind. Beide beruhen auf geheiligten Gesetzen, die man Fundamentalgesetze nennt, welches Gesetze sind, die die Staaten, ohne das Volk zu befragen, in keiner Versammlung nicht aufheben können.

Unter dem Namen des Volks begreiffe ich hier alle Friesen, die in den Städten mit solchen Gütern versehen sind, daß sie Raths, oder obrigkeitliche Personen werden können, oder die, entweder als Edelsleute, oder als bürgerliche, auf dem Lande liegende

gende Güter besitzen, woran das Recht einer Stimme haftet. (Hornlegers, Stengerechtigke goederen). Die Besitzer dieser Güter heißen Eigens erfden.

Das Stimmrecht nenne ich ein Recht, das an einem Gute haftet, und seinem Besitzer gehört, eine zur Versammlung der Nation ihm gehörig aufgetragene Gesandtschaft zu übernehmen, und in einer, nach den Gesetzen angesagten, öffentlichen Zusammenkunft bey einer Wahl solcher Gesandten, oder der obrigkeitlichen Personen, die in den Aemtern angestellt werden, und ihrer Beysitzer, auch der Richter in den Dörfern, wozu jemand gehört, ingleichen der Prediger und bey andern zum gemeinen Besten des Amts gehörenden Dingen, in so fern kein besondres Gesetz diesem entgegen steht, seine Stimme zu geben. Dergleichen Gesetze sind den 4. März 1640. und 19. Jul. 1698. gegeben.

Dieses Recht verleißen nur solche Güter ihren Herren, von denen es ausgemacht ist, daß sie im Jahr 1640. in die öffentlichen Register, als solche, eingetragen sind. Heimliche Contracte, wodurch die Stimme von einem Gute betrüglicher Weise weggebracht wird, werden ungültig gemacht, und Verpachungen, um den Betrügeren zu steuern, nicht länger, als auf 15 Jahr, zugelassen. An bloßen Gebäuden flebt das Stimmrecht, ohne dazu gehörige Aekker, nicht, bis auf einige in eben den Registern vom Jahr 1640. ausdrücklich erwähnte nach. In dem Gesetz vom 21. Dec. des Jahrs 1748. wird verlangt, daß ein solcher Gutsheer zugleich eine gewisse Anzahl von Aektern besitzen soll, die sich nach ihrer Lage und innerlichen Güte richtet, entweder 4, oder 8, Holländische Aekker (10 pous.
demaa

demaaten in de Kleylanden, en 20 in de Wouden). Von diesen Gutsherrn und aus ihrem Mittel werden die Staaten gesetzt, die in den Versammlungen vereinigt die Regierung ausüben. Es trifft bey den Friesländern ein, was die Britannischen Geschichtschreiber gewöhnlich von ihrer Nation, aber von einem großen Theile derselben nicht mit Recht, rühmen: ein jeder Engländer lege sich durch seinen Abgeordneten Gesetze und Abgaben auf.

Der andre Theil der Rechte des Volks besteht in der Ausnahme von einer gewissen Verminderung der Freyheit und Gleichheit der Bürger, die nicht allein in den Reichen, sondern auch in den meisten Ländern der Bundesgenossen bemerkt wird (§. 186.). Die Ehre, die der Adel in Friesland genießt, ist sehr groß; besondere Rechte hat er wenige, und er macht keinen von den übrigen auf dem Lande, oder in den Städten, befindlichen Mitteln abgesonderten Körper aus, der für sich den Staat verwaltete. Die Gerichtsbarkeit haftet nicht an dem Gute der Privatpersonen. Ueber Verbrechen erkennt bloß das Obergericht zu Leeuwarden; keine an der Regierung Theil habende Stadt, keine Obrigkeit auf dem Lande. Es giebt hier, nach dem Bericht des Houbert nur zwey Lehen: auch konnten es die Fürsten aus dem Hause Sachsen nicht dahin bringen, daß mehrere eingeführt worden wären. S. von Schwarzzenb. Friesl. Cod. II, S. 30 u. f. f. Die landesherrschaftlichen Rechte, oder sogenannten Regalien, sind hier nicht von dem weiten Umfange, als in andern Ländern. So ist das Recht zu jagen nicht bloß den Staaten, ihren neun Deputirten, ihren Bedienten, wie auch den Zwölfmännern, den Obergerichtern von Friesland, dem General Rentmeister und Procurator, den 30 Obrigkeiten auf dem Lande, und andern wegen der Würde ihres Amtes erlaubt,

436 Zweyter Theil. Sechstes Capitel.

die das den 18 April im Jahr 1771. gegebene Gesetz benennt; sondern sie steht auch den Edelleuten und Guts-herren, welchen das eben angezeigte Recht einer ganzen, das heißt, nicht unter mehrere Personen, als z. B. Miterben, getheilten Stimme anleibt, frey. Ein jeder Einwohner hat die freye Fischen, nur sind die Häfen und gewisse Gegenden davon ausgenommen, wo zum Besten einer ganzen Gemeinheit die Freyheit zu fischen an einen, oder wenige, verpachtet ist. Niemand darf aber von der Jagd, oder Fischen, Gebrauch machen, außer nach einer von einem Gesetze, und der dieses erklärenden vom 21 April 1777. bestimmten Einschränkung und Zeit. Monopollen, die auf Windmühlen gelegt werden, verstatten die Friesen nicht; sie dürfen sie aber, nach der natürlichen Freyheit, bauen, wenn sie dabey gewisse gesetzliche Einrichtungen beobachten.

§. 302.

Die Friesländische Nation beschließt aber nicht in ihren und den mit den Bundesgenossen gemeinschaftlichen Angelegenheiten etwas persönlich, sondern, nach Art der Engländer, durch Abgeordnete, die mit einer freyen Vollmacht versehen sind. Diese Abgeordneten (Volmags-ten) werden aus einer Obrigkeit, oder dem Rathe einer jeden Stadt genommen. Auf dem Lande wählen sie die zusammen geladenen Gutsherren, die das Stimmrecht haben, die ausgenommen, welche durch ein Gesetz beson- ders davon ausgenommen und abgehalten werden. Die Register, worinn die Namen der eine ganze Stimme, oder einen Theil davon, habenden Gutsherren aufgeführt werden, pflegt man alle zehn Jahr, zur Verneuerung aller Irrungen, nachzusehn. Man sehe das Gesetz der Stap-ten vom 6. März 1778.

Der immer bleibende Rath der neun von den Staaten deputirten Männer (§. 306) setzt jährlich um den Anfang des Monats Februar einen Tag an, an welchem die Guts Herrn auf dem Lande zusammen kommen, um eine Delegation zu beschließen. Es wird ihnen Haus vor Haus von dem Richter des Dorfs, wozu sie gehören, der Tag angesagt. Von den Geschäften dieses Richters rede ich unten. Sie kommen, nachdem sie eingeladen sind, sammtlich zu einer Zeit in den drei Quartieren des Landes, und zwar in der Kirche, die der Gemeinheit des Dorfs, das ein jedes Gut in sich begreift, gehört. Wenn zum drittenmale geläutet worden ist, werden die Kirchthüren verschlossen, und die, die nicht zugegen sind, ausgeschlossen. Der Richter des Dorfs giebt Acht, daß niemand in die Kirche gehet, der das Recht, eine Stimme zu geben, offenbar nicht hat; wer sonst hineingeht, wird bestraft. Die Anwesenden nun geben, ein jeder nach seiner Person, oder im Namen eines andern, nach einem Auftrage, den sie schriftlich vorlegen, Mann für Mann ihre Stimme; haben sie sie gegeben, so versiegeln sie dieselbe in Gegenwart des Richters des Dorfs und zweier gewählter eine Stimme habenden Guts Herrn. Die Verordnung, die in dem Namen eines jeden Dorfs ausgefertigt wird, wird nach der Mehrheit der Stimmen entworfen, und, wenn diese gleich sind, durchs Loos ausgemacht. Ist sie fertig, so wird sie in das Gericht des ganzen Amts (Weerlamer) gebracht. Hier entsiegelt der Amtmann (Grietmann) die Stimmen eines jeden Dorfs und legt sie vor, in Gegenwart der Besizer seines Gerichts, und zweier zu diesem Geschäfte Abgeordneten eines jeden Dorfs, die einen schriftlichen Auftrag haben. Er zählt darauf die Stimmen aller Dörfer, und beruft dann die Deputirten, die von den meisten Dörfern, sie mögen groß, oder klein, seyn, beabsichtigt worden sind, zur Versammlung.

438 Zwoenter Theil. Sechstes Capitel.

lung. Sind die Stimmen gleich, so hebt er diese Gleichheit durch das Loos. Die über das Recht zu stimmen entstehenden Streitigkeiten schlichteten die deputirten Staaten (§. 306). Aus jedem Amte müssen zwey geschickt werden (es können mehrere, und zwar vier, seyn), einer von dem Adel, und ein anderer von denen, die bloß nach dem im 301 §. angeführten Rechte eines gesetzmäßigen Eigenthums geschätzt werden (Eigenerfden). Beide Arten von Abgeordneten, die aus einem jeden Dorfe geschickt werden, haben ein gleiches Recht, und die Stimme eines aus der ersten Classe gilt so viel, als zweyer aus der andern.

Was wird aber zu einem solchen Abgeordneten erfordert? Nach der Verordnung vom Jahr 1616 kann ein jeder, der über 20 Jahr, der öffentlichen Religion zugethan, der Besitzer eines ein Stimmrecht ertheilenden Guts ist, wenn er auch ein Fremder ist, der das Bürgerrecht von Friesland erhalten hat, dazu gelangen. Ein Amtmann, oder eine Landobrigkeit, darf die Stelle eines Abgeordneten vertreten, und er kann den adelichen beygefellt werden. Daß ein Sohn, wenn er eine solche Gesandtschaft übernimmt, dadurch für mündig erklärt werde, hat Idsing geleugnet, allein Zuber sehr wahrscheinlich behauptet.

Uebrigens kann niemand ein doppeltes Stimmrecht erhalten. Wird jemand erwählt, der dazu nicht geschickt, oder der abwesend ist, wenn er auch auf eine rechtmäßige Art ernannt wäre, so wird eine neue Zusammenberufung der Wahlherrn erfordert, um einen andern zu ernennen.

§. 303.

Die Abgeordneten kommen zu Leeuwarden mit ihren Aufträgen, deren Einrichtung durch ein Gesetz bestimmt

stimmt ist, zusammen. Sie erhalten volle Gewalt, ohne eine besondere Vollmacht, über Theile der höchsten Regierung etwas festzusetzen, und sich über Sachen, die den ganzen Staat betreffen, zu berathschlagen und Verordnungen zu machen, je nachdem sie glauben, daß sie dem Staat zum Nutzen gereichen. Sie sind von der Verbindlichkeit, ihren Committenten von dem, was sie gethan haben, Rechenschaft abzulegen, frey, auch fragen sie dieselben bey ihren Verrichtungen nicht um Rath, nehmen ihn auch nicht an. Ihre Verordnungen machen ganz Friesland verbindlich. Die Committenten geloben unter einer Hypothek ihrer Güter an, daß sie die Gesandten, falls sie bey dem ihnen aufgelegten Geschäfte einen Schaden leiden würden, schadlos halten wollen. Von dieser unumschränkten Vollmacht wird aber folgendes ausgenommen, erstlich, daß sie nichts wider die sogenannten Fundamentalgesetze und die, welche in dem Auftragsformular namentlich angeführt werden, nemlich das im Jahr 1662 in Ansehung des Art, Staatsgeschäfte zu betreiben, das im Jahr 1663 wegen der Gerichtsbarkeit, im Jahr 1678 wegen des Gebens der Stimmen, und den 21 Decemb. 1748 von dem Prinz Wilhelm dem vierten gegebne Gesetz, welches gewöhnlich die Reform (reglement reformatoir) heißt, unternehmen wollen. Zweitens: Die Abgeordneten müssen, wenn sie einen Antrag um Beysteuern anbringen, eine gewisse von Gesetzen bestimmte Form dabey beobachten. Sie dürfen auch, drittens, keine Versammlung über sechs Wochen ausdehnen, indem, den Rechten zu Folge, das, was sie nach Verlauf dieser Zeit beschließen, für ungültig angesehen wird. Was aber eben diese Abgeordneten, wenn sie innerhalb desselben Jahrs von dem Rath der neun Männer von Friesland

440 Zweyter Theil. Sechstes Capitel.

land (§. 306) im Fall der Noth außerordentlich zusammenberufen werden, verordnen, das hat eben die Gültigkeit, als was in der ordentlichen Versammlung beschloßen ist. Viertens: Die Gültigkeit der Aufträge währet nicht länger, als ein Jahr.

§. 304.

Sind die Aufträge abgegeben, und die Abgeordneten vereidigt, so fängt man zuerst an, sich über die von dem Rath von Friesland schriftlich eingegebenen Hauptpunkte zu berathschlagen. Die Mittel berathschlagen sich dann vor sich in besondern Stuben. Es steht ihnen also dann das Collegium der acht Männer, die von den sämtlichen Abgeordneten genommen sind, und welche man nicht unrecht den kleinen Rath (Edelmogende Zeeven Gecommitteerde Staaten van Friesland in 't minder getal) nennen könnte, bey. Von ihm kommen schon im Jahr 1588 bey Winsem S. 794. deutliche Spuren vor. Es werden nämlich aus jedem Mittel der Staaten zwey Männer gewählt, und zwar sechs aus den drey Quartieren des Landes, ein jeder auf drey Jahr, woben dieselben einen gewissen und durch einen auf immer errichteten Vertrag bestimmten Wechsel beobachten. Zwey solche Männer, welche die Städte vorstellen, sezt jährlich der Statthalter auf ihr Begehren. Diese acht Männer, bey welchen der vornehmste von den Männern von Dostergo den Vorsitz führt, betreiben die ihnen von den Staaten übertragenen Sachen, und beschäftigen sich vorzüglich damit, daß sie die Hauptpunkte der Berathschlagungen an die einzelnen Stuben der Staaten bringen, ihre Meinungen erforschen, sie vereinigen, und gemeinschaftliche Verordnungen aufsetzen.

Wenn

Wenn die Staaten einen Entschluß fassen wollen, so theilen zuerst die Abgeordneten der Dörfer und Städte einander das, was bey den in Betrachtung zu stehenden Sachen zu bemerken ist, mit. Die Stimmen werden nach dem Range der Aemter in den landdistrikten bekannt gemacht. Nach den meisten Stimmen werden, falls sie nicht einig sind, die Verordnungen gemacht. Man hat die weise Anordnung gemacht, daß die Rechte der Abwesenden den Anwesenden zufallen, und es gilt eine Verordnung, die nur von Abgeordneten eines landdistrikts beliebt ist, wenn auch nur drey derselben zugegen gewesen sind. Die Verordnungen der Versammlung selbst werden aber alsdann gemacht, wenn die vier, oder drey, Mittel einstimmig sind. Sind die Stimmen gleich, und wenn zwey Mittel mit ihrer Meynung wegen der vorgetragenen Sache zurückhalten, oder, wenn bey Rathschlägungen über neue Abgaben die sämmtlichen Mittel nicht eins sind, so giebt der Statthalter der Sache durch eine Verordnung den Ausschlag.

Die vier Mittel der Stände haben ein gleiches Recht, Ehrenstellen, oder obrigkeitliche Aemter zu vergeben. Es wird bey ihrer Vergabung eine gewisse abwechselnde Ordnung nach einem immer bleibenden Vertrag (*Almanas van de ambulatoire ampten*) in den drey Quartieren des landes beobachtet. Die Städte haben aber ihren Antheil an diesem Rechte dem Statthalter bisher zu übergeben die Gewohnheit gehabt.

§. 305.

Es besteht ein großer Theil des Friesischen Staatsrechts aus den Rechten des Statthalters. Der Prinz Wilhelm der erste nemlich übernahm im Jahr 1580. die von den Friesen ihm übertragene Oberstatthalterschaft, wozu

442 Zweyter Theil. Sechstes Capitel.

wozu der Erzherzog Matthias ihm Ansehn verschaffte. Wilhelm übertrug seine Geschäfte dem Enkel seines Bruders, Wilhelm Ludwig, Graf von Nassau.

Dieser erhielt nach dem Tode seines Oheims die Statthalterschaft von Friesland von den Staaten als ein immer bleibendes Recht. Die Generalstaaten billigten dieses Unternehmen der Friesischen Stände, und bekräftigten es durch ein Gesetz, den damaligen Zeiten gemäß. Nach seinem Tode setzten aber die Staaten von Friesland eigenmächtig, ohne Vermittelung der Generalstaaten, den Graf von Nassau, Ernst Casimir, an seine Stelle: Eben so erhielt Heinrich Casimir, Graf von Nassau, im Jahr 1664 von ihnen diese Würde, die auch den 16. Februar 1675 auf seine männlichen Nachkommen übergetragen ward. Hierdurch gelangte sie auf seinen Enkel den Prinz von Oranien, Wilhelm den vierten, dem die Staaten das erbliche Recht, welches auch unter gewissen Bedingungen die weibliche Nachfolge zuläßt, den 19. August 1748 erteilten.

Zu der ehemahligen Macht des Statthalters, deren Umfang aus der Formel vom Jahr 1664. bey Aitzema 50, 103 sich erkennen läßt, ist noch vieles durch die Verordnung der Staaten vom 20. Sept. des Jahres 1748. hinzugekommen. Der Prinz ist zwar kein Theil von den Staaten, und scheint deswegen ehemahls durch das Gesetz vom Jahr 1620 und 1664. von der Fähigkeit, Güter, mit denen ein Stimmrecht verbunden ist, erlangen zu können, ausgeschlossen gewesen zu seyn; er schlichtet aber die unter den Staaten entstehenden Widersprüche nach seinem Gutachten. Die Reform vom Jahr 1748. (§. 303.) erklärt er, und durch eine solche Verordnung werden die Friesen, so wie durch dieses heilig gemachte Gesetz selbst, gebunden. Die

Die Rechte des Prinzen zielen auf den Schutz der Gesezze, auf eine zur Erhaltung der Ruhe und Beförderung des öffentlichen Wohls dienende Macht ab. Er hat in dem Rath der neun Männer von Friesland (§. 306.) den Vorsitz, so wie auch in dem hohen Rath. Er kann eben so, wie in Holland, Mißthaten begnadigen. In den Städten macht er Rathsherrn. Auf dem Lande setzt er dreyßig obrigkeitliche Personen, woben ihm zu jeder drey vorgeschlagen werden, den Amtmann (Grietsmann) des Landes Bieldt, den er ohne Vorschlag ernennt, ausgenommen. Er setzt die Officiere bey den der Provinz Friesland gehörenden Truppen. Die Rechte und Ruhe der Kirche erhält er. Die Vier Curatoren der Akademie zu Franeker ernennt er, und vergiebt viele andere Ehrenstellen. Er hat die Oberaufsicht über das Forstwesen und die Jagd, bestellt auch eine Person, die an seiner Stelle dies Amt versieht (den Lieutenant Houtvester, und vier Beysitzer (Meesterknaapen). In dem Lande Bieldt hat er die Jagd allein. Er macht die Verordnungen, die Art, Zeit, und das Recht zu jagen, ingleichen die Proceßform in den Jagdgerichten betreffend, dergleichen den 18. April 1771. und 21. April 1777. herausgekommen sind.

§. 306.

Der Rath der neun Männer von Friesland, oder die Neun deputirten Staaten (de Edele Mogende Heeren Gedeputeerde Staten) setzt die Versammlungen an, und macht die darinn vorzunehmenden Sachen schriftlich bekannt. Er sorgt dafür, daß die Gesezze und Verordnungen der Staaten in Ausführung gebracht werden, ändert selbst nichts, und giebt keine neuen Gesezze. Er hat die Aufsicht über den öffentlichen Schatz. Seinen Streit mit dem hohen Rath von Friesland wegen der Gerichte

444 Zweyter Theil. Sechstes Capitel.

Gerichtsbarkeit haben die Staaten den 20. November 1663. so geschlichtet, daß er in Sachen, die in den 3. §. des Gefetzes von dem Tage desselbigen Jahrs angeführt sind, nicht erkennen darf. Der Rath der neun Männer aber spricht über einige Rechtsfachen so, daß kein weiteres Remedium verstattet wird (z. B. über das Rechte in den Zusammenkünften die wegen der Wahl der zu der Versammlung zu schickenden Abgeordneten angestellt werden, seine Stimme zu geben), über andere so, daß die Appellation an die Staaten fern bleibt (z. B. in Streitigkeiten, die in die Eintreibung der Abgaben und Zölle einschlagen). Bei allen übrigen Sachen findet nach dem vom 6. März 1775. gegebenen Gesetze keine Appellation, sondern nur eine Revision, die innerhalb dreißig Tagen, von der abgefaßten Verordnungsung und dem bekanntgemachten Urtheile an gerechnet, von eben diesem Rathe gesucht werden muß. Wird sie abgeschlagen, so wird die Sache, wenn der, der die Revision sucht, darauf dringet, an eine Versammlung der Nation gebracht und ganz abgethan. Wird sie eingeräumt, so werden ein tausend Gulden für die Kosten niedergelegt, und die Sache wird in zwey Monaten zu Ende gebracht. Die Revision hebt aber keine Vollstreckung eines Urtheils, welches keinen unerfölllichen Schaden nach sich zieht, auf. Die sämtlichen ersten Richter sehen den Proceß von neuem durch, und nehmen neue von gleicher Anzahl, und zwar fremde, die auf Empfehlung des Statthalters von den Staaten gesetzt sind, und von dem Rath von Friesland beediget werden, um durch ihren Ausspruch den Streit zu endigen.

§. 307.

Die Einnahmen des Volks, die aus den Domainen und dem Genuß der eintzöglichen Rechte der Regierung fließen,

fließen, sind sehr gering. Die meisten fließen aus den Abgaben, die in Ansehung ihrer Art und Größe von den Holländischen abweichen, und seit dem Jahre 1774. durch neue Gesetze eine besondere Einrichtung bekommen haben. Ihre Größe machen die gemeinschaftlichen Ausgaben der Bundesgenossen und die jährlichen einheimischen Unkosten der Friesländer, ingleichen die Schuldenlast, womit dieses Land seit dem Jahr 1664 gedrückt wird, nothwendig. Ich will einige Beispiele anführen. Die Abgabe, die seit dem Jahr 1511. auf die Grundstücke gelegt ist, hat von den Gulden, die man jetzt Goldgulden nennt (auf eine ähnliche Art, als in Holland das Verponding), ihren Namen, und war im Anfang eine geringe Last. Man richtet sie nach dem Verhältniß der terminirten Lieferungen ein, und sie ist eine immerwährende Beysteuer. Daher wird sie nicht, wie in Holland, in die ordentliche und außerordentliche eingetheilt. Es kamen aus dieser Beysteuer im Jahr 1770. an die 753,262 Gulden ein. Seit dem Jahr 1711. hat man mit diesem einen andern unter dem Namen reele Goedschutting zu verbinden angefangen, welche darin besteht, daß von einer Lieferung, welche nach Abtragung der vorher erwähnten Beysteuer noch ganz übrig bleibt, der vierte Theil abgezogen wird. Auf diese Art geht durch diese Abgabe der vierte Theil des Werths der Grundstücke verloren. Im Jahr 1770. brachte sie an 401,957 Gulden ein. Was jemand unter diesem Namen bezahlt, das rechnet er einer andern Schätzung, die auf das Gut eines jeden, das bey Fremden ausgethane Geld ausgenommen, nach einer mäßigen Schätzung aufgelegt ist ('t personel), an. Auf tausend Gulden macht die Schätzung eilf Gulden aus. Seit dem Jahr 1723. pflegen die Käufer von Grundstücken den vierzigsten Theil zu entrichten. Auf jeden Schornstein sind 3 Gulden gelegt. Das Kopfgeld beträgt von 600 Gulden dem, von

446 Zweyter Theil. Sechstes Capitel.

wenigern wird $1\frac{1}{2}$ Gulden entrichtet. Die Abgabe von den Erbschaften (*het regt op de collaterale successie*) ist im Jahr 1716. eingeführt, und beträgt den vierzigsten Theil von dem, was der Erbe oder der, dem ein Vermächtniß zufällt, wenn er ein Friesländischer Bürger ist, erhält. Die Verpachtung der Auslagen auf lebensmittel ist im Jahr 1748 abgeschafft, und ihre Eintreibung geschwornen öffentlichen Einnehmern aufgetragen.

Die Rechnungen über die öffentliche Einnahme und Ausgabe besorgt das Collegium der vier Rechenmeister (*de Provinciaale Rekenkamer*). Drey derselben, die aus den drey landquartieren genommen sind, von denen einem jeden, und zwar nach einem immerfortgehenden Vertrage, seine besondere Verrichtung angewiesen ist (*Almanach van de tourbeurten*), werden gewöhnlich auf drey Jahr gesetzt, den vierten bestellt der Statthalter im Namen und auf die Vorstellung der Städte. Er macht auch die vier immerbleibenden Kentmeister der öffentlichen Abgaben, die alle halbe Jahre der Rechenkammer Rechnung ablegen; welches der Kentmeister der *Dominien* aber jährlich nur einmahl thut.

§. 308.

Ich komme nun zu den Gerichten in den besondern Theilen von Friesland, und zu den Obrigkeiten, die die Gesetze vollziehn.

In den Städten wird der Rath von dem Magistrat unterschieden. Aus beyden Collegien werden Gesandte zu den Versammlungen genommen. Rathsherrn (ehemals hießen sie *Geswooren gemeensluden*) sind Bürger, die in einer jeden Stadt in der Absicht dazu abgesondert werden; daß sie ihr Bestes besorgen, so lange sie leben.

ben. Nirgendes giebt es ihrer mehr, als 40, und nicht weniger, als 12. Aus ihrem Mittel werden jährlich dem Statthalter zu den obrigkeitlichen Aemtern geschickte Männer empfohlen, die er wählt und einsetzt. Diese Ernennung hat ehemahls mancherley Streitigkeiten verursacht. Man sehe darüber Alzema I, S. 520 u. f. f. IV, S. 15 u. f. f. Das öffentliche Recht ist zu **Leurwaarden** durch das Gesetz vom 31. August 1751 bestimmt worden. Die Verwaltung des Bauwesens und die bürgerliche Gerichtsbarkeit haben alle elf Städte; aber keine criminelle.

§. 309.

Das Land wird, wie ich schon gesagt habe, in 30 Aemter eingetheilt. Ueber ein jedes ist ein **Grietmann** gesetzt. Nachdem seit dem vierzehnten Jahrhundert die Namen der Schelten und Aesger und ihre Herrschaft aufgehört hat (wovon van Wichte, in dem Rechte von Ostfriesl. sehr gelehrt gehandelt hat), wird des Namens und der Macht der Grietmänner in den alten Dokumenten öfter erwähnt. Die alte Art sie zu erwählen hat **Jdsing** in seinem Staatsrecht, S. 186. aus einander gesetzt. Jetzt wird von dem Rath von Friesland, oder den Neun deputirten Staaten, der Tag angesagt, an welchem die Gutsherren, die ein Stimmrecht haben, wegen der Wahl dreyer Männer, von denen einer die offenstehende Stelle des Amtmanns (**Grietmanns**) erhält, zusammenkommen, und die Namen der gewählten einigen von eben diesem Rath zu dieser Handlung deputirten Personen ausliefern. Von den vorgeschlagenen wählt darauf der Statthalter innerhalb sechs Wochen den, welchen er will. Wer unter 20 Jahren ist, kann sich dazu nicht melden, doch nur seit dem Jahre 1768, woben auch der Sohn, oder Enkel desjenigen, der Grietmann gewesen ist, ausgeschlossen ist. Das Amt eines
Griet-

Grictmanns bleibt zeltlebens, und ist ansehnlich. Es besteht vorzüglich in der Gerichtsbarkeit, in dem Achte haben auf die Befolgung der Geseze und Untersuchung der Verbrechen. Er muß alle vierzehn Tage ein bürgerliches Gericht halten, worin er den Vorsiz hat, und welches aus drey verendigten Besizjern, oder Richtern, bestehn muß. Die Eigenthümer der in dem Amte, von dessen Gericht, und seiner Einrichtung ich jetzt rede, gelagerten Güter, die ein an sich liegendes Stimmrecht haben, schlagen dem Amtmann, von welchem sie zu diesem Ende zusammen berufen werden, drey Personen vor, damit er aus denselben eine wähle, einseze und verendige, der den erledigten Plaz eines Richters, auch wider Willen, einnehmen muß, es müßte denn eine gesegmäßige Ursach zur Ausschlagung derselben angegeben werden. Der Grictmann hat zwar das Recht, Selbststrafen, die doch nicht sechs Gulden übersteigen, anzusetzen; wichtigere Verbrechen aber macht er bey dem Generalstikal, d. h. dem öffentlichen Ankläger von Friesland anhängig, und reicht die Gründe ein. Wenn dieser nun die Anklage der Verbrecher gehörig angebracht hat, so erkennen die Richter des hohen Raths von Friesland über sie. Er zieht aus vielen Staatsausgaben, z. B., aus dem Solde, den die zu den Versammlungen abgeschickten Deputirten erhalten, verschiedene Vorthelle, ingleichen kleine Strafzelder, Holz, das von untergegangenen Schiffen antreibt, den zehnten Theil der aus einem Schiffbruch geborgenen und von dem Eigenthümer nicht zur rechten Zeit zurückerforderten Güter, ingleichen genießt er zwen Arten von Abgaben. Die eine nennt man Deels Kosten (sie ist eine Zugabe von einigen Schüvern zu einem jeden Goldgulden; den die Einwohner an den öffentlichen Schaz erlegen müssen. Die Größe dieser Zugabe pflegt nach einem mit den Gutsherren gemachten Vertrage bestimmt zu werden); die andre

heißt

heißt Consentgeld. Diese Abgabe hat vielleicht von der alten Gewohnheit der Deutschen, die Veräußerungen ihrer Grundstücke gerichtlich vorzunehmen, ihren Ursprung, und wird in die große und kleine abgetheilt. Die letztere, die für eine Veräußerung unbeweglicher Güter, die nicht über 400 Gulden geht, zu entrichten ist, hat das Gesetz vom Jahre 1678 den Griesmännern angewiesen.

Die Dorfrichter (sind es wohl eben die, die ehemals Franen hießen?) werden eben so, wie die Besitziger des Griesmanns, vorgeschlagen, und von ihm erwählt. Sie haben die Berrichtung, daß sie den zu einem Dorfe gehörenden Herren zur rechten Zeit die Zusammenkünfte bekannt machen, den Griesmann von vorgefallenen Verbrechen benachrichtigen, die Einziehung der Mißethäter besorgen, und kleine Geldstreitigkeiten, mit Zugiehung zweier, oder dreier, benachbarten Richter abzutun. S. v. Griesl. Ges. II, 2.

Von dem Gerichte des Griesmanns sind die in gewisse Distrikte vertheilte Collegien und Gerichte, die die Sorge über das Damm und Teichwesen (Dyke Geregte) haben, und von welchen die Reform Wilhelms, des vierten, v. Jahr 1748. im 17 §. u. f. f. handelt, unterschieden. Es geben auch diese Collegien, so wohl in Ansehung der Wahl der Personen, woraus sie bestehen, als auch der Art, wie sie ihre Angelegenheiten betreiben, ein neues Beispiel der Friesischen Freiheit. Wenn sie ihr Amt nicht wohl verwalten, müssen sie sich vor dem Rath der neun Männer von Friesland (§. 306) stellen.

§. 310.

Das von dem Herzog von Sachsen-Albert im Jahr 1499. errichtete, und auf immer zu Leuwarden nie-

450 Zweyter Theil. Sechstes Capitel.

dergesetzte Gericht der zwölf Männer (’t Hof Provinciaal, Hof von Friesland) hat seit dem im Jahr 1581 von dem Prinz Wilhelm, dem ersten, gegebenen Gesetze die in die Regierung schlagenden Sachen zu betreiben aufgehört. Jetzt beschäftigt es sich mit der Bestrafung der Verbrechen, und Entscheidung der Streitigkeiten der Privatpersonen, selbst der Staaten, in so fern sie Rechte der Privatpersonen haben. Wenn die Staaten eine Stelle dieses Rathes besetzen wollen, so schlägt ein jedes Mittel dem Statthalter drey Rechtsgelehrte vor, die nicht unter 25 Jahren sind, und die Würde eines akademischen Grades haben, von welchen er einen wählt. Der gewählte erhält nach abgestattetem Bericht des Rathes der neun Männer von Friesland an die Staaten durch ein Diplom von ihnen das Recht, in ihrem Gericht, oder Rath, eine Stelle einzunehmen. Der älteste des Rathes hat die Berichtigungen eines Präsidenten; sagt außerordentliche Zusammenkünfte an; trägt die Sachen, worüber man sich berathschlägt, vor; fordert die Stimmen, und zwar zuerst von dem untersten Mitgliede des Collegii, ein, und macht nach der Mehrheit der Stimmen die Abordnungen.

Das Gesetz vom 20. Novemb. 1663 hat diesem Collegio die sämmtliche bürgerliche und criminelle Gerichtsbarkeit von neuem gegeben. Es erkennt auch über Verbrechen, die mit willkürlichen, nachdrücklichen Leibes oder Geldstrafen belegt werden, in ganz Friesland allein. Er bestimmt, ob über sie eine Geldstrafe, und wie hoch, sie verhängt werden kann. Das Geld wird an den öffentlichen Schatz abgeliefert. In bürgerlichen Angelegenheiten ist er gewöhnlich die zweyte Instanz, nachdem appellirt worden ist. *E. Friesl. Ges. B. III, 8* Ueber folgende Sachen ist ihm die Erkenntniß ausdrücklich unterzogen.
Erste

Erstlich, in allem was vermöge des Rechts der landesregierung geschieht, und den Namen von Staats oder Regierungssachen führt. S. d. S. v. 10. May 1774. Was, zum andern, in dem 3. §. des Gesetzes vom Jahr 1663 namentlich ausgenommen ist, und zur ersten, oder andern, Instanz des Rathes von Friesland gerechnet wird (s. das Dekr. v. 6. Septemb. 1777). Drittens, was an das Jagdgericht gewiesen ist. Dies Gericht besteht aber aus einem Abgeordneten des höchsten Aufsehers über das Forstwesen und vier Besitzern, die aus den vier Mitteln der Staaten genommen werden (§. 305). Diese Richter kommen des Jahrs zweymahl zusammen, um Gericht zu halten, und von ihrem Urtheil findet keine Appellation statt. Viertens, über die sämmtlichen Streitigkeiten und Vergehungen der Soldaten wird in einem Militairgerichte entschieden.

Von den Bescheiden, die in dem Hofe von Friesland gegeben werden, kann man nicht appelliren, wohl aber eine Revision suchen. Man theilt diese in die große und kleine ein. Diese ist eine neue Durchsicht des Proceßes, die von ebendenselben Richtern, wenigstens 7 derselben, angestellt wird. Auf der kleinen folgt die große. Sie kann von dem, wider den in diesem neuen Gerichte ein Urtheil gesprochen ist, innerhalb sechs Monathen, von der Bekanntmachung des letztern Bescheides an gerechnet, mit Niederlegung von 1500 Gulden für die Kosten gesucht werden. Der Rath von Friesland wählt sechs neue Richter, drey einheimische und drey fremde, giebt ihnen den Auftrag, und läßt sie durch drey aus seinem Collegio gewählte Mitglieder vereidigen. Diese sechs neuen Richter berathschlagen sich in Gegenwart des *Secretairs von Friesland* ('s Lands Secretaris) bis sie eines Rechtspruchs wegen mit einander eins sind. Hierauf werden

452 Zweyter Theil. Siebentes Capitel.

die Meynungen der ersten Richter vor dieses Recognitionsgericht gezogen, entsiegelt, und mit den Meynungen der neuen Richter verglichen. Was nun, nachdem man auch diese dazu gezählt hat, den meisten für recht erschienen hat, das wird festgesetzt. Sind die Stimmen gleich, so wird der erste Ausspruch des Hofes bestätigt. S. d. Verordn. d. Staat. v. 13. Merz 1764 u. 14. Merz 1765.

In dem 90 §. hab ich von dem Privatrechte der Friesländer geredet. Wie viel in ihren Gerichten das Röm. Recht gelte (§. 95), und wie sehr man daselbst dafür Sorge, daß auch alte, durch kein Gesetz geheiligte Gebräuche und Herkommen ein größeres Ansehn, als dieses Recht, erhalten, davon ist das Gesetz vom 12 Merz 1765. ein Beweis.

Das siebente Capitel.

Von der Provinz Overysel.

§. 311.

Das Land Overysel hat seinen Namen von seiner Lage jenseits des Flusses Rhel. Es war ehemals der Siz der Salier, und, nachdem diese sich nach Gallien gezogen hatten, der Sachsen, von denen es noch bis jetzt einige Einrichtungen übrig behalten hat. Es ward aus verschiednen getrennten Theilen nach und nach von den Bischöfen von Uetrechte zusammengezogen, und schmolz in ein Land zusammen, das den Namen des Oberbischthums erhielt, und stets zum Teutschen Reiche gehört hat. Die ersten Stücke davon kamen durch die Schenkung des Kaisers Heinrich, des dritten und vierten, an die Bischöfe,

schöfe, oder vielmehr an die Uetrechter Kirche in den Jahren 1042. 1047. und 1086. **S. Dumbars Devener IV, 41.** Von **Hattum Zwoll I, 97.** Nach und nach kamen mehrere kleine Stücke unter mancherley Namen und auf verschiedene Art, vorzüglich durch Kriege, Kauf und Belehungen hinzu. **S. Dumbars Analect. II, 104. 120. 226. 249. 252. 269.** Der Unterschied der Gesetze, Gerichte, Abgaben und Stände beweiset deutlich, daß dieses Land sowohl, als das, welches den Namen des niedern Bisthums Uetrecht führte, ob beyde gleich einen und eben denselben Regenten hatten, doch nie ein ganz zusammenhängender Staatskörper gewesen sind.

Auch die Einwohner von Overijssel befestigten von den ältesten Zeiten ihre öffentliche Freyheit. Die vornehmsten Glieder des Volks nemlich mischten sich in Overijssel, nach der alten Art der Teutschen, in die Angelegenheiten, wodurch, wenn sie nach einer unbeschränkten Landesregierung verwaltet werden, die Freyheit und das Eigenthum der Bürger am meisten verlohren geht; indem sie theils gute Anschläge ertheilten, theils das, was schädlich war, durch ihr Mißfallen, hinderten und hintertrieben. Sie konnten nemlich gewiß seyn, daß sie durch die Trennung ihrer privat Vortheile von den öffentlichen sich die Werkzeuge einer sie allmählig überfallenden Dienstbarkeit zubereiten würden. Zu diesen vornehmsten Gliedern des Volks gehörten aber die sämmtlichen freyen Besitzer eines Guts, und vorzüglich die unter ihnen, die Edelleute vom ersten Grad waren (man kann ihre damalige Macht aus den Handlungen des **Sunder van Dorst** vom Jahr 1362, beurtheilen lernen), die, sowohl gebornen, als gemachten Ministerialen, Vasallen und andere. Daher rühren die Formulare bey den Verordnungen in den Versammlungen: **Ridders en Knapen en Dienstmannen ende Onse**

454 Zweyter Theil. Siebentes Capitel.

Onse gemeene land, ober: Kidders ende Knapen ende dat gemeene land. Um das Ende des 13 Jahrhunderts hörte man auf, die Gutsherren, die nicht adelnich waren, zu den Versammlungen zu berufen.

Der größte Theil der Städte ist seit dem 13 Jahrhunderte entstanden. Die Bischöfe vermehrten ihre Rechte nach ihrem Guckdanken, um mit ihrer Hilfe die mächtigen Anschläge des Adels, der sich auf seine Kräfte verließ, zu schwächen und zu vereiteln. S. *Dumbar analect.* II, 253. 278. *Revie Deventer* S. 26. *van Hattum am angef. Orte* S. 166. 195. Seit den ältesten Zeiten zeichnete sich die Stadt Deventer, Kampen und Zwoll durch vorzügliche Rechte aus, und sorgten auf eine wunderbare Art für die Dauer ihrer Privilegien. S. *J. B. van Hattum I*, 169 u. S. 212 u. f. f.

Die Stadt Zwoll verwandelte der Bischof Wichbold im Jahr 1253. in eine Stadt, da sie vorher ein Dorf war, beschenkte sie auch mit eben den Rechten, womit seine Vorgänger Deventer beschenkt hatten, ohne dabey einer von dem Kaiser erhaltenen Erlaubniß Erwähnung zu thun. S. *van Hattum am angef. Orte* S. 125. Der Ursprung der Stadt Deventer und Kampen ist sehr ungewis. Man sehe *Dumbars Deventer* S. 446. 486. Nachdem diese drey Städte in den Hanseatischen Bund getreten waren, erhielten sie mehr Kräfte und Muth, vielleicht auch durch den Gebrauch ihres Rechts. Ob sie je im eigentlichen Verstande Reichsstädte gewesen sind, wird bezweifelt. Die alte und beständige Meinung behauptet es. S. die Auslegung des Rechts, die eben diese Städte im Jahr 1690. dem König Wilhelm dem dritten, und Prinzen von Oranien übergeben haben, bey *van Hattum IV*, S. 132 u. f. f. Sie rechnen darinn ihre Rechte her, woraus sie glauben, dass

darthon zu können, daß sie mehr die Bischöfe zu Protektoren, als über sie herrschenden Fürsten gehabt haben, deswegen hätte ihnen beim Antritt ihrer Regierung keine Stadt eher die Thore eröffnet, bis ihr eine eidlliche Versicherung gegeben worden wäre, daß ihre Privilegien nicht verletzt werden sollten. Wenigstens ist es gewiß, daß Zwoll nicht vom Anfang an eine Teutsche Reichsstadt gewesen ist. Wenn, bei welcher Gelegenheit und mit was für einem Rechte sie es zu seyn angefangen hat, ob es durch einen Kaiser, oder Bischof, und zwar durch was für einen, oder durch das Herkommen und eine Verjährung, dahin gebracht ist, läßt sich nicht gewiß sagen. Hat der Bischof kein andres Recht gegen sie und die übrigen beiden Städte, als das, gehabt, wovon die Stadt Bremen von ihrem Erzbischof in dem vorigen Jahrhundert gegen die Schweden behauptet hat, daß er es in ihren Muren ehemals soll ausgeübt haben? Folgt wohl aus sichern Gründen, daß diese drey Städte durch national Verordnungen von ganz Overysel, wenn sie auch dem besondern Rechte einer jeden nicht entgegen liefen, wider Willen nicht haben verbindlich gemacht werden, auch wegen Vergehungen gestraft werden können? u. s. f. Möchten doch aus Archiven Urkunden hervorgebracht werden, die diesen Sachen und der alten Geschichte einen Aufschluß gäben, deren Bekanntmachung niemanden schaden, allen Liebhabern der alten Geschichte aber angenehm seyn würde. Unterdeßen sehe man *Dumbar's Deventer* S. 230. *van Hattum* II, 61.

§. 312.

Auf diese Art hatten die Bischöfe von Utrecht in dem Lande Overysel nicht die ganz höchste Herrschaft (s. z. B. *Dumb. Analect.* II, 283), sondern sie war den Gesezen des teut. Reichs unterworfen, nie eine freye, sondern die Rechte der Utrechter Capitel (s. B. in Aufsehung

456 Zwenster Theil. Siebentes Capitel.

hung der Veräußerungen s. m. **Matthäi** von den Edelen III, 1), ingleichen aller Einwohner und der Stände, die ihre Rechte mit den übrigen zugleich beschützten, waren dabey sicher gestellt. Das Recht der freyen Einwohner bestand darinn, daß sie sich keine neuen Lasten und Abgaben, Kriege, neue Gesezze und authentische Auslegungen der Gesezze durften auflegen lassen, außer nachdem die Sache den Ständen in einer Nationalversammlung, die gewöhnlich zu **Spoodelberg** angesetzt ward, mitgetheilt und durch Einkimmung genehmigt worden war. S. die **Zwenster Gesezze** von **Nieris** III, S. 175. Das Gesez vom **Bischof Guido** vom Jahr 1308, die Dämme und ihre Aufseher betreffend, von **Dumbar** analect. II, 233; hierzu füge man d. 1324 Gesez von den Zehnten hinzu, dessen Kraft noch auf diesen Tag gültig ist. **Van Zattum** Zwoll I, 160. Mehreres wird **Dumb. Deventer** S. 514, des **Revius Devent.** S. 182. 235. **Matth. analect.** III, 279. 632 lehren.

Eben so konnte auch der **Bischof** nicht durch die Gerichte eine größere Macht beweisen. Er hatte in den höhern Gerichten (**Klaringe**), die in die großen (**Lands-Klaringe**) und kleinern (**Kamer Klaringe**) eingetheilt wurden, den Vorsitz. Die letztern hielt er an einem Orte, wo er es für gut befand; jene zu **Deventer**, ehemahls des Jahrs zweymahl, um wegen der Appellationen in bürgerlichen Rechtsfachen einen Bescheid zu geben, woben der **Bischof** präsidirte, nicht richtete, außer, wenn die Stimmen der Richter getheilt waren. S. **Matth.** vom Rechte über Leben und Tod S. 478. **Dumbar** **Deventer** S. 264. 569 u. f. f. den **Revius** S. 124 u. f. f. Mehreres haben die Rechtsgelehrten **van Hemert** und **Bezier** über die alten Rechte und Pflichten der **Bischöfe** gesagt.

§. 313.

Seit dem Jahr 1520 änderte sich der Zustand der öffentlichen Angelegenheiten sehr. Die Stadt Kampen legte auf dem schwarzen Wasser (Zwarte Water) einen neuen Zoll an, und erbitterte die Einwohner von Zwoll dadurch so sehr, daß sie den kriegerischen Herzog von Geldern, Carl Egmond um Hülfe anriefen, damit er das, wie sie glaubten, ihnen zugefügte Unrecht rächen mögte. Der Herzog, dessen Geist, wie seine Hand, schnell wirkte, brachte es in kurzer Zeit dahin, daß das ganze Volk in den Waffen stand, und kein Mittel, die Ruhe wieder herzustellen, übrig zu seyn schien, als daß ganz Overysel, mit Bewilligung der Utrechter Capitel und des Papstes Clemens des siebenten, an Carl den fünften, als Herzog von Brabant und Graf von Holland, im Jahr 1528 abgetreten ward. Die Stände bewilligten die neue Regierung, behielten sich aber die Rechte des Volks und die übrigen vor, deren Erhaltung Carl der fünfte eidlich angelobte. S. Hoynk van Papens drechte anal. III, 6. 7. Eben so übertrug Carl der fünfte mit Einstimmung der Stände die Regierung durch eine freiwillige Abtretung seinem Sohne Philipp. Auch diesen König Philipp huldigten die Stände im Jahr 1556 nicht eher, als bis das abgestellt worden war, wovon man glaubte, daß es bisher den Gesezen zuwider geschehn sey. S. d. Revius Deventer S. 315 u. f. f.

Nachdem aber dieser König die Regierung erlangt hatte, folgten traurige Zeiten, die grausame Herrschaft des Alba, die bürgerlichen Unruhen, großes und anhaltendes Elend, Verzweiflung an einem bessern Zustande, wie man aus den Annalen des Keidan sieht. Doch trat das Land Overysel etwas später zu dem Utrechter Bündniß. Der königlichen Herrschaft scheinen sie erst im

458 Zweyter Theil. Siebentes Capitel.

im Jahr 1582 ein Ende gemacht zu haben. S. van Hattum III, 214.

Es änderte sich damals das Verhältniß aller Dinge. Die Vornehmsten der Nation verwarfen mit Recht die Regierung des großen Haufens, die etwas ungewohntes war, und eigneten das Ruder des Staats, das sie im Anfang der Unruhen mit dem Rechte des Zutrauens ergriffen hatten, sich auf immer zu. Jetzt ist durch gewisse geheiligte Gesetze vom 19 Febr. 1675 und 29 März 1748 festgesetzt worden, daß die Landeshoheit mit gleichem Rechte bey der Ritterschaft und den Städten (Ridderschap en Steden, de Staten van Overijssel) ruhn, und diese Gesetze der Statthalter beschützen, und sowohl die Eintracht der Stände, als des Volks, so wie ihr Wohl, auf immer befördern solle.

§. 314.

In den drey Landquartieren, Salland, Twente und Vollenhoven giebt es drey Classen von der Ritterschaft. Aus diesen drey Classen zusammengenommen besteht der Adel. Es wird niemand zu demselben hinzugefügt, als der, der von denen, welche die Vornehmsten in diesem Stande sind, gebilligt wird. Ob jemand angenommen werden könne, ob er aus einer Classe in eine andere überzutragen sey, dies muß den Hauptgegenstand der Berathschlagungen in den ordentlichen Versammlungen ausmachen. Es wird aber nur ein solcher, vermöge des Gesetzes vom 20. October 1773 aufgenommen, von dessen Vorsatz es ausgemacht ist, daß sie in der Ritterschaft eine Stelle gehabt haben, er muß nur volle 24 Jahr alt, ein Mitglied der öffentlichen Kirche seyn, mit keiner auswärtigen Macht durch sein Ehrenwort, oder eydlich, in Verbindung, außer als
Lehns

Lehnemann, stehn; auch kein Mitglied eines auswärtigen adelichen Collegii, oder eines andern, das sich mit einer Staatsverwaltung beschäftigt. Man nimt hiernächst auch niemand, als einen solchen, an, der mit dem wahren Eigenthumsrechte, und nicht vermöge einer mit dem Käufer, oder Besizer, heimlich geschachten Abtretung ein adeliches Gut (adelyke Laveezate), deren es hier 109 giebt, ingleichen innerhalb eben desselben Amtes gelegene Grundstücke besitzt, die mit ihm zusammengenommen nicht unter 25,000 Gulden werth sind. Dieser Werth muß von verständigen und beendigten Taxatoren angegeben werden. Es kann aber der Vater und einer von den Söhnen zu gleicher Zeit, vermöge des Rechts eines und eben desselben Guts, aufgenommen werden. Wenn dies geschieht, so haben sie in den Gerichten nicht mehr, als eine, Stimme. Die Verwalter öffentlicher Gelder werden nicht zugelassen; eben so auch nicht Officiere, außer den Hauptleuten und Majoren. Admirale kommen dazu. Auswärtige Edelleute werden nicht ausgeschlossen; aber der Zutritt wird ihnen schwer gemacht. Es kommt niemand, als nur der hinzu, dessen Vorfahren anderswo vor dem Jahre 1622. eine Stelle unter dem an der Regierung Theil habenden Adel (de eene Souveraine Stand uitmaakt) gehabt haben. Es müssen auch auswärtige Edelleute, die in die Overijsseler Ritterschaft aufgenommen werden wollen, darthun, daß die Overijsseler Edelleute unter gleichen Bedingungen und Rechten einen Platz unter der Ritterschaft in ihrem Vaterlande erlangen können. Sie werden auch nicht eher ein Mitglied der Ritterschaft, ehe sie nicht in Overijssel zwey Jahr lang gewohnt, und die Abgaben von den Grundstücken und die übrigen Beysteuern bezahlt,

460 Zwoenter Theil. Siebentes Capitel.

bezahlt, auch während dieser zwei Jahr nicht länger, als sechs Monath, ihrer Geschäfte wegen, abwesend gewesen sind. Die in die Ritterschaft aufgenommenen Edelleute haben, außer der Stimme in den Versammlungen und den davon abhängenden Rechten, die im Jahr 1769. festgesetzte Freyheit von gewissen Abgaben, und das Vorrecht eines besondern Gerichts, von dem ich unten reden werde.

§. 315.

Die großen Städte Deventer, Kampen und Zwoll haben mit der Ritterschaft einen gleichen Antheil an der Regierung. Die Stadt Zafelt und Steenwoyk wird nur zu einigen die Regierung betreffenden Unterhandlungen in den Versammlungen berufen (§. 316); die übrigen kleinen Städte zu keinen; doch thut dies ihren Privilegien keinen Abbruch, deren Kraft die Nothwendigkeit zu gehorchen und die Ausschließung von der Gemeinschaft in der Regierung nicht aufhebt.

Uebrigens zeichnen sich die drey großen Städte vor den übrigen durch viele Rechte aus. Es werden in ihnen die Versammlungen der Nation wechselweise gehalten, und zu Deventer wird jährlich das hohe Gericht gehalten. Die Obrigkeiten in denselben geben neue Gesetze, legen auf die Stadtleute Abgaben, die zum Besten des Staats verwendet werden, richten über Verbrechen und bürgerliche Streitigkeiten. Von ihren Aussprüchen kann nicht appellirt werden. Sie bestrafen auch die härtesten Verbrechen, selbst den Hochverrath nicht ausgenommen. Auch bey den Appellationen von den in den kleinen Städten gesprochenen Urtheilen an sie sind sie die höchsten Richter, und von ihnen findet keine Appellation statt. Bey den ehemals zwischen den Bischöfen und Einwohnern

ents.

entstandenen Streitigkeiten mußte den Bürgermeistern auf ihr Wort, ohne besondere Vereidigung, geglaubt werden. S. Dumbars Deventer S. 514. 544. 564. Die Angelegenheiten ihrer Stadt sowohl, als von ganz Overijssel betreiben, zu Deventer 12 Scabinen (Richter) und vier Rätke; zu Kampen 14 Bürgermeister, von denen zehn Scabinen, und vier Rätke sind; zu Zwoll 8 Scabinen und 8 Rätke, und zwar alle nur ein Jahr, woben sie zugleich das Richteramt führen. Ihnen sind in jeder Stadt noch Collegia bengetgeben, zu Deventer und Zwoll die Collegien der 48, zu Kampen der 36 geschwornen Bürger (geswoore Gemeentens). Diese sind in gewisse Zünfte (Straaten, Espelen) eingetheilt, und werden aus der ganzen Bürgerschaft gewählt. Die gewählten genehmigt der Statthalter entweder, oder setzt in die Stelle derer, die er nicht billigt, andere. Sie führen ihr Amt zeitlebens. Jährlich wählen sie die obrigkeitlichen Personen; diese werden aber, wenn sie gewählt, und von denen, in deren Stelle sie treten, nicht verworfen sind, dem Statthalter bekannt gemacht, damit er die vorgeschlagenen entweder annehme, oder an ihrer Statt andere, die die den Gesetzen gemäßige Eigenschaften haben, einsetze. Die übrigen Theile der Macht, welche eben diese erwählten Bürger, die man Tribunen des Volks nennen könnte, ausüben, insonderheit, wenn es auf neue Rechte und Abgaben ankommt, werden nach den Gesetzen und dem Herkommen einer jeden Stadt bestimmt. Sie berathschlagen sich, und fassen, von der Obrigkeit abgesondert, Rathschlüsse.

§. 316.

Zwischen der Ritterschaft und den dreyn Städten, von denen ich geredet habe, ist eine immerwährende Rechts- gleichheit errichtet, die sich vorzüglich in den Versammlungen,

462 Zweyter Theil. Siebentes Capitel.

lungen, im Rath der deputirten Staaten (§. 318) und bey Vergebung der öffentlichen Ehrenstellen und Aemter zeigt.

Die Nationalversammlungen werden des Jahrs ordentlicher Weise von dem Rath der deputirten Staaten in einem Schreiben, worinn die Hauptpunkte der Berathschlagung angezeigt werden, in den drey grossen Städten, wechselsweise, angesagt. Es ist in denselben die Ritterschaft nebst den Abgeordneten der drey Städte zugegen. Wenn man sich über sehr wichtige Sachen, z. B. über Krieg, Frieden, Abgaben und Abänderung der allgemeinen Gesetze berathschlagt, so wird noch die Stadt Hasselt und Steenwyk dazu berufen. S. van Hattum III, 378. IV. Der Drost von Salland hat in den Sitzungen der Staaten den Vorsitz; ist er abwesend, so hat ihn der Drost von Twente u. s. f. Man zählt nur zwey Stimmen, die eine ist die von der Ritterschaft, und die andere die Stimme der Städte. Beyde haben einetley Gewicht. Wie man die meisten Stimmen zusammen zählen müsse, wenn der Adel, oder die Städte, unter sich uneins sind, und ein Theil des einen Standes mit dem andern entweder ganzen Stande, oder seinem größern Theile übereinstimmt, ingleichen, ob durch den Zutrit eines, oder einiger wenigen Edelleute, zu den drey Städten, wenn diese gleichstimmig sind, die Stimme der letztern dadurch ein Uebergewicht erhält, darüber sind im Jahr 1654. u. d. f. f. große Untersuchungen angestellt worden. S. van Hattum Zwoll III, S. 280. u. f. f. 307. u. f. f. 319. 387.

Durch das Gesetz vom Jahr 1675, welches im Jahr 1748. wieder erneuert worden ist, ist festgesetzt worden, daß über alle und jede Streitigkeiten der Mitglieder der Regierung, auch über die, welche in den Versammlungen entstehen,

entstehn, auch wenn bey Streitigkeiten vermöge der Natur der streitigen Sache und der Regierungsform keine Verordnung abgefaßt werden kann, der Statthalter verordnen, und man seinem Dekrete ohne alle Weigerung, Gehorsam leisten soll. Vergl. d. 319. §.

Die Staaten beschließen, außer der Besetzung der öffentlichen Aemter in Overyssel, die Gesandtschaften zu den von den Bundesgenossen errichteten und ihrer Herrschaft unterworfenen Collegien. Jede Classe des Adels und Stadt hat ein gleiches Recht, sie zu übertragen und anzunehmen. Man sehe darüber den Vergleich vom 22. April 1659. Zur Versammlung der Bundesgenossen werden sechs Deputirte, ein jeder auf drey Jahr, und zwar drey aus den drey Classen des Adels und drey aus den drey Städten, nemlich aus jeder ein Bürgermeister, geschickt. An den Staatsrath (Raet van State) wird ein Deputirter abgesendet. Alle sechs Jahr wechselt die Bestellung dieses Gesandten unter den Classen des Adels und den Städten ab. Eben diese Gewohnheit wird bey den Gesandtschaften an das Collegium der Westindischen Gesellschaft zu Amsterdam und der Ostindischen zu Delft beobachtet. In den Admiraltätscollegien, die zu Rotterdam, in Friesland, Amsterdam und in Nordholland niedergelegt sind, wird alle drey Jahr abgewechselt. In dem zu Rotterdam und in Friesland 3 B. ist der Adel von Salland der erste, dann folgt die Stadt Deventer, darauf der Adel von Twente, dann die Stadt Kampen, hierauf kommt das Quartier Vollenhoven, und nach demselben die Stadt Zwolle. Zu dem Collegio des Rechnungswesens der Bundesgenossen werden zwey, von dem Adel einer, und einer von den Städten, auf die Art abgesendet, daß die Städte und Classen des Adels alle vier Jahr abwechseln.

464 Zweyter Theil. Siebentes Capitel.

wechseln. Jeder Classe des Adels, oder Stadt, die das Recht hat, eine Person aus ihrem Mittel, die sich zu diesem Geschäft schickt, vorzuschlagen, um die Stelle, die mit Ablauf einer jeden für einen solchen Deputirten bestimmten Zeit offen wird, einzunehmen, schlägt dem Statthalter vier Personen vor. Er hat aber das Recht, die Zeit auf vier Jahr zu verlängern, wenn es vermöge der erst erwähnten, festgesetzten Ordnung geschehen kann, oder einen von den vorgeschlagenen zu erwählen, oder, wenn ihm keiner von denselben ansteht, eine Person, die nicht vorgeschlagen, aber den Gesetzen nach dazu geschickt ist, zu ernennen.

§. 317.

Aus dem 315. und 316. §. kann man sehen, daß auch in Overyssel, so wie überall, sich ein großer Theil der Staatsregierung in der Macht des Statthalters befindet. Seit dem Jahre 1748 hat sie angefangen, unter eben den Bedingungen, als bey den übrigen Bundesgenossen, erblich zu werden. Der Prinz hat die Macht, auf eben die Art, als in den übrigen Provinzen, militärische Ehrenstellen und Aemter zu vergeben. Die fünf Drossenämter, die die Gerichtsbarkeit und Regierung auf dem Lande haben; den Schulzen von Hasselt; die Landrentmeister (Land Rentmeesters en Ontvangers) setzt er ohne Vorschlag; den Sekretair der Staaten aber (Greffier) wählt er aus vier von ihnen vorgeschlagenen Personen, oder setzt einen andern, der nicht vorgeschlagen ist. Die Lehninvestituren werden durch ihn im Namen der Staaten vorgenommen. Er bestimmt auch den, der an seiner Statt die Verwaltung des Lehnwesens besorgt (de Stadhouder van de Leenen), nach seiner freyen Wahl. Bey der Be-

setzung

setzung aller dieser Aemter nimt er auf die Rücksichten, die die Gesezze erfordern, überhaupt Rücksicht.

Der immerwährende Rath der sechs Männer, der den Namen der deputirten Staaten führt, hat, so wie bey den übrigen Bundesgenossen, die Verwaltung des Reichs im Namen der sämtlichen Staaten, und ist ihnen unterworfen. Von seinem Ursprunge sehe man van Rattum III, 250.

Die drey Classen des Adels geben diesem Collegio drey Personen, und die drey Städte setzen die übrigen. Ihr Amt geht alle drey Jahr zu Ende. Der Statthalter hat das Recht, aus vier von der Classe der Edelleute, oder der Stadt, deren Deputirter seine drey Jahr geendigt hat, vorgeschlagenen Personen den, der ihm folgen soll, zu erwählen, oder die Zeit auf drey neue Jahre zu verlängern, oder auch, außer den vorgeschlagenen, an wen er will, die Stelle zu vergeben. Die Gewalt und Pflicht dieser Räte kann man aus der Instruction vom 8 März 1708. kennen lernen. Sie sagen die Versammlungen an, nachdem zuvor in Gegenwart des Drosts von Salland, oder, wenn er abwesend ist, des auf ihn zunächst folgenden, die Hauptpunkte der Berathschlagung festgesetzt worden sind. Unterdeßen sorgen sie für das allgemeine Wohl des Staats. Sie geben Acht, daß ein jeder, der ein öffentliches Amt auf Befehl der Staaten mit von ihnen dazu erhaltener Macht, innerhalb, oder außerhalb des Landes, führt, den End schwebt, der auf die Abwälzung des Verdachts einer unrechtmäßigen Bewerbung abzieht. Sie haben die Aufsicht über den öffentlichen Schatz, und sehen dahin, daß alle Betrügereyen gehemmt, und die Abgaben den Gesezzen gemäß abgetragen werden. In Processen, die wegen der

466 Zweyter Theil. Siebentes Capitel.

Vernachlässigung, oder Verletzung, der Gesezze, die die Abgabe betreffen, entstehen, üben sie die Jurisdiction aus.

§. 319.

Was den öffentlichen Schaz anbetrifft, so wird der größte Theil des zu demselben fließenden Geldes von den Einwohnern beygetragen, bey denen in Ansehung dieser Beyträge der Abgaben kein Unterschied gemacht wird. Auf die Aelter sind Abgaben gelegt, nicht auf Häuser, so wohl auf dem Lande, als in den Städten. Ehemahls war es Gebrauch, daß auf ein jedes Quartier von Doversiel eine bestimmte Summe Geldes gelegt war. Den Beytrag, den ein jeder dazu erlegen mußte, schätzte man jedesmahl nach der Größe seiner Grundstücke und der damahls abzutragenden Lieferung. Jetzt wird, nachdem ein jedes Grundstück ein vor allemahl geschätzt ist, eine Abgabe, die von einem immerwährenden Gesezze bestimmt ist, abgetragen, und nach dem Verhältniß dieser immerbleibenden Schätzung wird das, was auf eine außerordentliche Art, nach den verschiedenen Zeitumständen, von den Grundstücken abgefodert wird, eingerichtet. Z. B. der achte Theil der ordentlichen Besteuer. Auf eine jede Veräußerung der unbeweglichen Güter ist eine Abgabe von vier Procent des Werths gelegt; Auswärtige bezahlen den fünf und zwanzigsten Theil. Von den Erbschaften geben solche, die außerhalb der Niederlande wohnen, den 20 Theil; einheimische, die bis in dem zweiten Grad mit dem Verstorbenen verwand sind, den vierzigsten; sind sie weiter verwand, den dreyßigsten. Zu diesen Abgaben ist noch ein halber Theil hinzugekommen.

Die Bewilligung der Staaten, die Abgaben betreffend, wird alle Jahr erneuert. Dieser Umstand ist aber von der Art, daß dabey die Verordnungen nicht nach der Mehr-

Meisheit der Stimmen gemacht werden. Es unterschreibt nemlich die Provinz Overijssel, so wie die Provinz Geldern, unter Verordnungen, die zur Beschränkung und zur Erhaltung der Ordnung abzielen. Bei den letztern nur gelten die meisten Stimmen, welche man auch alsdann für hinreichend hält, wenn von der Minderung der Lasten, ohne jemandes Nachtheil, oder des Volkes Schaden, geredet wird.

§. 320.

Ehemahls gehörten die Einkünfte von den Domainen dem Schatz des Fürsten, jetzt kommen sie in den Schatz des Volks. Sie sind noch sehr ansehnlich, indem sie theils aus den Zehnten und andern jährlichen Lieferungen der Anbauer, theils aus Zöllen und andern Quellen fließen. Die Verwaltung derselben ist den drey Landrentmeistern (Land Rentmeesters) übergeben. Die Sorge für die ehemahligen Kirchengüter ist einer besondern Renthen anvertraut. Wegen der Güter selbst sehe man van Zattum in d. Gesch. v. Zwoll III, 931. Die öffentlichen Lehen, d. h. solche, die ein Theil der Domainen sind, auch die von Drentheim, sind noch in nicht geringer Anzahl vorhanden. Sie sind in den meisten Stücken den Fürstenthümern gleich. Beide sind von den Uetrechtern unterschieden, weil sie bei der Erbschaft in der absteigenden Linie das Gesetz haben, daß sie dem ältern Sohn zwey Dritttheile, den übrigen Söhnen, auch Enkeln, die durch das Recht der Eintretung in die Stelle concurriren, den dritten Theil des Lehens, oder den Werth desselben Dritttheils, der durch eine in dem ordentlichen Foro angestellte Personalansuchung gesucht wird, anweist.

Zu den kleinern, und überall verschiedenen, Rechten der Landeshoheit wird das Recht der Anspielungen nicht

gerechnet. Wegen der Güter, deren Herr nicht ausfündig gemacht werden kann, setze man d. Ges. v. Overysp. II, 15. d. Ges. v. Devent. II, 16.

Der Rath Rader hat sich vor kurzem bemüht, in dem Buche: von dem Rechte der Bürger der kleinen Städte von Overyspel, zu sagen, darzuthun, daß nicht allein die Ritterschaft, und die Bürger von den großen Städten, sondern auch von den kleinen, und zwar unter ihnen, von Oldenzaal, ehemals das Recht zu jagen gemeinschaftlich gehabt, und es auch nicht verloren hätten. Die jetzige Jagdeinrichtung, und wer jetzt das Recht zu jagen habe, kann man aus dem Ges. vom 14. August 1675, und 11. April 1748, die den 28. August 1766 erneuert sind, abnehmen. Es darf nemlich die sammtliche Ritterschaft und ein jeder, der das Recht eines Edelmanns hat, und in Overyspel wohnet, die, welche an andern Orten wohnen, wo nicht da, wo sie leben, den Overyspelern ein gleiches Recht eingeräumt wird, ausgenommen, jagen, aber das erlegte Wild nicht verkaufen. Ferner haben die Bürger von Deventer, Kampen, Zwoll; auf dem Lande aber die, die Güter, welche in demselben Distrikt liegen und 1000 Dukaten werth sind, besessen, eben dieses Recht erhalten. Es wird ihnen aber der Gebrauch desselben nicht weiter als in dem Quartiere, worinn die Güter liegen, verstattet. Von der Art und Zeit der Jagd sehe man die Erklärung dieser Gesetze in dem Ges. v. 15. Jul. 1767.

§. 321.

Ich habe nun noch von der Regierung der Theile zu reden, nachdem ich von der Staatsverfassung der Republik gehandelt habe.

Eine

Eine jede kleine Stadt hat ihre Obrigkeit, von deren Wahl im 315. §. geredet worden ist. Personen, die sich nicht zur Landesreligion bekennen, oder dem Schusse schuldig sind, können zu keinen obrigkeitlichen Aemtern gelangen. Der Magistrat übt ober in den drei großen Städten die bürgerliche und Criminalgerichtsbarkeit aus, ohne, daß eine Appellation statt findet. Auch in Basel hat er die Erkenntniß in Criminalsachen; in Steenwyk aber in Verbindung mit dem Drost von Vollenhofen. Von den Urtheilen der Richter in den kleinen Städten kann an die Obrigkeiten der großen Städte appellirt werden, von den Aussprüchen der letztern aber findet keine Appellation statt. S. van Hattum a. a. O. III, 316. 385.

Die Bürger der dem Städte haben das besondere Recht, daß sie auf dem Lande nicht mit Arrest belegt werden können, es müßte denn jemand dieses sein Recht durch einen andrüklichen Vertrag haben fahren lassen, oder an dem Orte, wo er einen Vergleich getroffen hat, damit belegt werden können. S. d. Overys, Ges. I, 5, 2. Van Hattum a. a. O. S. 282. Von der Freiheit der Edelleute und Bürger von Kampen und Zwoll, zu Deventer nicht mit Arrest belegt zu werden, sehe man d. Ges. v. Deventer III, 3, 3. Eben daselbst wird der Unterschied unter dem höhern mit dem Rechte die gemeinschaftlichen Welden zu genießen verbundenen und niederen Rechte der Stadt gemacht. Es werden daselbst die Bürger von den Einwohnern, die von dem Rechte, Handlung zu treiben, ausgeschlossen sind (ingesessenen) unterschieden.

§. 322.

Auf dem Lande ist die Sorge für die Dämme besondern Collegien übertragen. S. Dumbat anal. II, 241.

We

470 Zwenther Theil. Siebentes Capitel

Wegen der Gerichtsbarkeit und Regierung wird das Land in verschiedene große Ämter, über welche eine höhere Obrigkeit unter dem Namen eines Drostens gesetzt ist, eingetheilt. Diese sind der Drost von Salland, Twenthe, Vollenhofen, Rhelmuiden und Zaerberg. Die sogenannten Herrlichkeiten (Heerlytheeden), bey welchen ein Theil der Rechte der landeshoheit, und insonderheit die Gerichtsbarkeit Privatpersonen gehört, deren es an andern Orten viele giebt, sind hier in geringer Zahl vorhanden. Im Jahr 1747 u. f. f. ward die Frage rege, ob sich bey der Dynastie Almelo, die seit alten Zeiten her viele große Rechte hat, die freye Herrschaft befinde.

Den niederen Obrigkeiten (Schultheissen und Richtern) schreibt das Overijsselsche Gesetz II, 1. eine Gerichtsordnung vor. Es verbietet, die Gerichte in den Schenken zu halten, welche Gewohnheit in der Grafschaft Zutphen aufgekommen ist. Dies ist das Verfahren bey bürgerlichen Streitigkeiten. Eine jede Obrigkeit, die hier Schultheis, oder Richter heist, nimmt zwey Beysitzer (Keurnoten) zu sich, eröffnet das Gericht, leitet den Proceß ein, führt ihn, läßt aber kein Urtheil sprechen (wie auch in den kleinen Städten nicht geschieht). Bloss geringe Sachen, die nicht an 20 Gulden hinauf steigen (s. d. S. v. Jahr 1710 d. 3 §.), über welche er mit seinen Richtern ohne Weitläufigkeit erkennt, thut er ab. Streitigkeiten, da der Gegenstand nicht über 30 Goldgulden beträgt, endigt er, nachdem beyde Theile einige Schriften darüber gewechselt haben, aber nicht über die Duplik gegangen sind, es müste denn der Gegenstand des Proceßes Einhundert Thaler ausmachen. Nachdem auf beyden Seiten alles vorgetragen ist, daß in Ansehung der Sache ein Urtheil gefällt werden kann, werden die Partheyen vorgelodert, damit sie bey dem Schluß

Schluss und der Versiegelung der Akten zugegen seyn, oder dafür ihre Unwalde schicken können. Sie werden darauf, um einen Spruch einzuhohlen, von eben diesen Obrigkeiten, vor welchen sowohl auf dem Lande, als auch in den kleinen Städten, der Proceß eingeleitet ist, zu Rechtsgelehrten geschickt, die keinem Theile verbindlich sind, eine akademische Würde haben und in Overyssel wohnen; ist die Sache von keiner großen Bedeutung, zu einem; ist sie wichtig, zu zweyen. Ihre Gutachten, bey welchen die Gründe hinzugefügt werden, und die versiegelt seyn müssen, müssen in Gegenwart der Parthen absetzt, und ohne irgend eine Veränderung in dem Gerichte bekannt gemacht werden. M. f. d. Recht von Overyssel I, 17. In Holland ist ein andrer Gebrauch üblich, indem daselbst die Richter durch die Gutachten der Rechtsgelehrten nicht gebunden werden. S. Niederl. Ges. B. VI, 679. In den Gerichten der Drossen (Land-Drossen Gerichten), worinn Streitigkeiten über Eigenthum und Ehehaften entschieden werden, wird eben diese Gewohnheit beobachtet, die ich eben jetzt von den Unterlandgerichten beschrieben habe.

Die Landleute verrichten den Drossen theils Hand, theils Fußdienste, die überall bestimmt sind. Den 13. März im Jahr 1631. gefiel es den Staaten, statt dieser Herrendienste die jährlichen Besoldungen dieser Obrigkeiten zu vermehren. Da aber die Dienste nach dieser Zeit nicht vermindert wurden, so ward im Jahr 1717. in einer Nationalversammlung diese Sache in Berathschlagung genommen, und den ersten April eine Verordnung gegeben, daß den Drossen des Jahres zweymal dergleichen Arbeiten gethan werden sollten, nur dürften sie sie nicht außerhalb Overyssel verlangen, auch sie nicht an andre abtreten, oder sich auf ihre Abbezahlung einlassen. Im Jahr 1759. kam die

472 Zweunter Theil. Siebentes Capitel.

die Sache von neuem in Betrachtung, und es verordneten erbllich die Staaten den 4. April 1776, daß der an einigen Orten bis dahin für die Arbeit zu bezahlen üblich gewesene bestimmte Preis auf immer gelten sollte; in den übrigen sollte es denen, die die Herrendienste verrichten, frey stehen, sie für geleistete Bezahlung abzukaufen, wenn sie für jeden Subdienst einen Gulden, und Handdienst den vierten Theil davon erlegten.

§. 323.

Den Verbrechen, auf welche körperliche Bestrafung gesetzt ist, wird auf folgende Art gerichtet. Der Drost übt die Befugnisse in den Gränzen seines Gebiets aus. Ist der Beklagte ergriffen, oder unter der Bedingung, daß er sich selbst vor Gericht stellen muß, vorgeladen, so befragt er ihn, nachdem die Nebenumstände des Verbrechens, das er untersucht, von dem Fiscal in Sätze gebracht sind, in Gegenwart zweier Besizer, die zu dem Gericht gehören, und, wenn es seyn kann, Advokaten sind. Die Antwort des Beklagten schreibt der eine von den Besitzern nieder, und liest sie dem Beklagten vor. Der Drost fällt kein Urtheil, sondern die beiden Besizer sprechen es, wenn er es nicht für besser findet, den Proceß dem Urtheile anderer Rechtsgelehrten, die er auswählen kann, zu überlassen. Diese haben, nachdem sie sich zum Urtheile anheischig gemacht haben, das Recht, den Beklagten, wenn sie es für nöthig halten, in Gegenwart des Drostes von neuem der Sache wegen zu befragen. Es wird auch dem Verbrecher auf dem Lande und in den kleinen Städten kein Advokat versagt, den er, wenn er Vermögen hat, bezahlt; denn aber, wenn dies fehlt, der Staat seine Bemühungen vergütet. S. d. Overyß. Ges. II, 19, 6.

Wenn

Wenn bey einem Verbrechen auf ordentliche Art verfahren wird, so ist es üblich, die Sache nicht eben den Besizjern, die sie eingeleitet haben, sondern andern Rechtsgelehrten zur Entscheidung zu überlassen. Bey Geldstrafen, deren Bezahlung zurückgehalten wird, muß der Droß an dem Ort des Wohnplatzes des Verbrechers, oder des Vergehens, wider ihn klagen. S. d. Recht v. Overpffel II, 23, 5.

Er kann auch Sachen, welche Verbrechen betreffen, die mit einer von den Gesezen bestimmten oder willkührlichen Geldstrafe bestraft werden, abthun; nicht aber solche, worauf Leib und lebensstrafen gesetzt sind, den Mennern ausgenommen, bey dem es unter gewissen Umständen der Rechtsache ihm erlaubt ist. Ebendas. II, 20, 1. Uebrigens steht es weder dem Beklagten, noch dem Fiskal, frey, von den Urtheilen, die wegen der mit Leibesstrafe zu ahnenden Verbrechen gesprochen werden, zu appelliren. Ebendas. I, 19. 13. In den drey Städten wird gewöhnlich wider die Verbrechen außerordentlich, und ohne Zutretung eines Advokaten, verfahren. S. d. G. v. Depent. IV, 3. §. 6 u. f. f. IV, 4. 2.

§. 324.

Besonders, auf gewisse Rechtsachen eingeschränkte Gerichte sind die Lehngerichte; die über die Beeinträchtigung der öffentlichen Abgaben niedergesetzt (§. 318); die geistlichen Gerichte (§. 123.); die, welche über Streitigkeiten der Edelleute, Leibeigenen (Hofgerichte der Hofhörigen, die auch Hven genannt werden), der Gemeinheiten (die gewöhnlich Markgerichte heißen, und in Westphalen und vielen Theilen von Teutschland üblich, auch von Schazmann erläutert sind), erkennen.

Ueber

474 Zweyter Theil. Siebentes Capitel.

Ueber die Lehngerichte ist ein Vikar des Statthal-
ters gesetzt (§. 317). Ihre Einrichtung findet man in
dem Ges. v. Overys. II, 24. Sie werden, der großen
Unkosten wegen, die sie erfordern, selten gehalten. Der
Kläger hält gewöhnlich bey dem ordentlichen Richter um
Erlaubniß zur Führung des Processus an, welche auf Be-
stätigung und Bewilligung des andern Theils ertheilt zu
werden pflegt. Ebendas. d. letz. §.

In bürgerlichen Personalsachen, wo keine Executions-
statt findet, kann die Ritterschaft, so wie ihre Weiber,
Witwen und Kinder, die sich nicht aus ihrem Stand ge-
setzt haben, zu eben der Zeit und Ort, wo das oberste Ge-
richt gehalten wird, Gericht halten; es geschieht aber selten.
Einer von der Classe des Adels hat in diesem Gerichte den
Vorsitz (Dingwaarder). Der Statthalter ernennt ihn,
und er ist jetzt eben der, welcher seine Stelle bey der Ver-
waltung des Lehnwesens vertritt (§. 317). Er hat zwey
adeliche Beysitzer bey sich, in deren Gegenwart der
Proceß eingeleitet wird. Hierauf wird aus dem Adel ein
Richter ernannt (Vordel draget), der den Streit,
wenn er nicht sehr wichtig ist, den andern Tag nach Em-
pfangung des Richteramts bezeugt. Die Appellation an
den Statthalter, die Ritterschaft und Städte findet das
Bey statt, nur muß sie sogleich vorgenommen werden. S.
ebendas. I, 20.

Die Gerichte der Leibeigenen werden da gehal-
ten, wo der sogenannte Herrenhof ist. Es giebt vers-
chiedene noch welche in dem Quartier Twente, und sie
hängen nicht von einander ab. Von diesen Gerichten ge-
hen keine Appellationen an das Obergericht der Pro-
vinz (de Klaaring), sondern, dem alten Herkommen
nach, an den Hof von Ootmarsum, von diesem nach
den

den Hof von Kolmschaten, ohne fernere Appellation. Ueber das Recht der Leute von dieser Art sehe man das Gesetz vom 22. Novemb. 1753.

§. 325.

Nur die Provinz Overijssel hat kein immerwährendes Obergericht, dem alle Streitigkeiten der Einwohner unterworfen wären. Als Carl der fünfte Willens war, ein solches anzulegen, so sah man diese Einrichtung als eine Art von Knechtschaft an, und sein Vorsatz ging nicht durch. S. d. Revius Deventer S. 332 u. f. f. Die Appellation an die Staaten ist zwar den Gesetzen nicht durchaus zuwider (S. d. Overij. Landrecht II, 27, 2); stimmt aber nicht mit der Absicht, die sie in ihren Versammlungen haben, nicht sowohl Streitigkeiten anzulegen, als vielmehr bürgerliche Einrichtungen zu machen, überein. Das alte Appellationsgericht, das Klaringe heist, wird jetzt von den Staaten jährlich einmahl zu Deventer angesagt, und endiget Streitsachen. Es kommt daselbst jährlich einmahl die Ritterschaft, und zwar alle Glieder derselben, wenn sie wollen, nebst 8 abgeschickten Richtern, oder Scabinen, der drey Städte: nemlich von Deventer vier, von Kampen zwey, und eben so viel von Zwolle, zusammen. Sie erkennen über Appellationen, die von den auf dem Lande gesprochenen Urtheilen, nicht aber von solchen, die in den Städten gemacht sind, an sie ergehn. Einige Rechtsachen und Bescheide sind von der Appellation ausgenommen (S. d. Overij. Landr. I, 19. S. 4. u. f. f.). Dazu gehören die, die auf Leib und Lebensstrafen abzielen. In diesen Gerichten haben die Stimmen der Ritterschaft und der Deputirten der Städte einenley Gewicht. Wenn vor der Entstehung der Republik es sich zuweilen zutrug, daß die-

476 Zweyter Theil. Siebentes Capitel.

se beyden an Recht und Gewicht einander gleichen Stimmen nicht einstimmig waren, so pflegte der Statthalter durch seinen Zutritt zu einer von beyden dem Streite ein Ende zu machen. Was ist aber jetzt zu thun, wenn sich der kleinere Theil der Deputirten zu dem Adel schlägt; der größere von ihnen aber verschiedener Meynung ist? Als wegen dieses Umstandes im Jahr 1562 Streitigkeiten entstanden, so verglichen sich die Städte mit dem Adel dahin, daß, wenn wenige Deputirte mit dem Adel gleichstimmig wären, die Stimme der letztern gelten sollte, und eben so sollte es umgekehrt seyn, wenn einige Edelleute zu der Meynung der Deputirten träten, oder der drey Städte träten. S. van Batum III, 8.

§. 326.

Sowohl eine jede Stadt, als auch das Land, hat seine verschiedenen Gesetze das Privatrecht betreffend. Die Stadt Deventer hat im Jahr 1486 ihre Gesetze sammeln, und im Jahr 1642 wieder durchsehen und drucken lassen.

Auf dem Lande hat man jetzt ein Gesetzbuch, welches unter dem Namen des Landrechts von Overysel († Landrecht van Overysel, oder das Privatrecht der Overysler Einwohner auf dem Lande) von uns oft angeführt worden ist. In den Nationalversammlungen kommen zu den alten Gesetzen noch neue hinzu, außer denen, welche die drey Städte sich allein geben.

Die Untersuchung und Bestrafung der Verbrechen bestimmt ebenfalls dies Gesetzbuch, II, S. 19 u. f. f. Die Verordnung Philipps des zweyten (§. 92) gilt weder in den Städten, noch auf dem Lande. S. v. Revius a. a. D.

a. a. O. S. 429 u. f. f. Die drei Städte haben eigene Criminalgesetze (s. d. S. v. Devont. d. 4 Th.), und was in diesen Gesetzen nicht deutlich bestimmt ist, das ergänzen sie aus dem erst angeführten Landrechte: wenn dieses sie verläßt, nehmen sie ihre Zuflucht zu dem Römischen.

Das achte Capitel.

Von der Stadt Grönningen und den Ommelanden.

§. 327.

Das Land Grönningen, von welchem der Seebusen Dollard seit dem Jahre 1277 einen großen Theil verschlungen hat, wird von dem Fluß Lauwers und Ems eingeschlossen, und ernährt, wie man glaubt, an hunderttausend Menschen. Einen Theil des Gebiets begreift die Stadt Grönningen in sich, den übrigen, und zwar größten, pflegt man die Ommelande, das ist, das um die Stadt liegende Land, zu nennen. Dieses Land, welches, außer Appingedam (Damm), (von deren ist genommenen Rechten man d. Eimius von dem Lande von Friesland S. 28 sehen kann) seit alten Zeiten keine Stadt hat, wird in drei Quartiere eingetheilt, von welchen das erste Zunsingo (gleichsam, der Damm an dem Fluß Zunsse) 51 Dörfer in sich begreift. Das zweite heißt Fivelingo, von dem Fluße Fivel und hat 45 Dörfer, das dritte, das Westerquartier (das der Stadt gegen Abend liegt) begreift 38 in sich.

§. 328.

Die Stadt, die sich sonst von dem Lande durch Gesetz und Regierung unterscheidet, befand sich, so wie jenes, unter der Herrschaft der Kaiser, und hatte eine Zeitlang mit dem Lande Drenthe einenley Regenten, oder einen Grafen. Da aber die Bischöfe von Utrecht ihrem Ansuchen um Beneficien, so wie die Kaiser ihren Schenkungen, keine Grenzen setzten, so erhielten sie auch im Jahr 1046. von dem Kaiser Heinrich dem dritten einige Rechte an die Stadt Gröningen. S. Mieris I, 63. Wie weit ihre Rechte sich erstreckt haben, die sie damals besaßen, oder erlangten, davon hat Idsing weitläufig gehandelt. S. die Verträge vom Jahr 1399, ingleichen, was im Jahr 1404. 1405. 1462. 1469. 1481. verhandelt ist, in seinem öffentl. Rechte bey dem angef. Jahr S. 28 u. f. f. S. 49 u. f. f., S. 383. 401. 417. u. f. f. Mieris IV, 25.

Die Ommelande standen vormahls unter verschiedenen Grafen, die die Kaiser über sie setzten. Nachdem sie aber nach und nach zu herrschen aufgehört hatten, kam eine Volksregierung auf; doch blieb die höchste kaiserliche Gewalt, und jene erstreckte sich nicht über das ganze Land. Einzelne Quartiere verbanden sich blos durch Freundschaft, Muzzen und Bündnisse. Sie alle legten sich zur Beschützung ihrer Freyheit Verbindlichkeiten auf, die in den Opstalbornischen Versammlungen der Friesen, oder, wie man damals sagte, der sieben Völker von Seeland, festgesetzt wurden. Es pflegten diese Zusammenkünfte jährlich einmahl, an jedem nächsten Dienstag nach dem ersten Pfingstfeyertage bey Aurich gehalten zu werden; sie hielten aber im 14. Jahrhundert nach und nach auf. S. die Gef. v. Jahr 1323. und 1327. in Hartknoch Ueßpr. v. Friesl. S. 550, Scholt in der Gesch. von Friesl. in den

den Dokum. S. 16. Die Versammlungen der Einwohner der Ommelande bestanden aus freygebohrnen Besitzern von Landgütern, wenn sie auch klein waren. Ihre Zusammenkunft ward *Elmetha, Meene, Meente*, oder *Gemeente*, genannt. Diese Herren, die von Dienstbarkeit und Herrendiensten frey waren, gaben freywillige Beiträge zum allgemeinen Besten, die man daher *Schoe* (*Schoß*) nannte (*Huuslaga, Gerdpenningen*). Sie scheinen auf gleiche Art sich des Rechts der Anspülung, der Fischerey und Jagd frey bedient zu haben. S. des *Ubbö Emmius* Gesch. v. Friesl. S. 28. In diesen Versammlungen wurden die Gesetze festgesetzt, welche wirkliche Angelobungen der Nation waren. Es sind derselben noch viele übrig, die es verdienen, daß sie von Gelehrten untersucht und entwickelt werden. S. d. von d. Ges. 3. Bröning. zur Aufsl. d. vaterl. Rechts herausgegeben. Samml. d. ersten Th. In diesen Zusammenkünften hatten Richter den Vorsitz (so geschieht bey den Friesen der Prälaten, *Grietmanns, Mederechters*, en alle de gemeene *Meente* Erwähnung. S. d. Frensh. v. *Schwarzenberg* Fries. Gesetz. b. 1, 284. 524. 545). Diese Richter genoßen mancherley Vortheile, sie bekamen z. B. die Güter derer, die sich selbst das Leben genommen hatten, gescheiterte Schiffsgüter u. d. m. Wenn alle Richter einer Gegend zusammen kamen, so hieß ihre Versammlung *Ward*. Vor kurzem hat der sorgfältige Erforscher des Alterthums *Halsema* in d. B. von dem alten Zustande der Ommelande hierüber ein großes Licht verbreitet.

§. 329.

Unter vielen Bündnissen, die die Stadt Bröningen und das Land gemacht haben, verdienen die im Jahr 1470. und 1473. geschlossenen, die der Kayser Friedrich der

der dritte im Jahr 1474. bestätigte, bemerkt zu werden. Er gesteht bey dieser Gelegenheit, daß die Friesen, die zwischen der Lauwers und dem Eems wohnten, allein unter der Herrschaft des Kaisers zunächst stehen sollten. S. Josling ebendas. S. 402. 407 u. f. f.

Als das durch die Partheyen Schiering und Vexloper verursachte Elend auch bis in dies Land gedrungen war, und dieser Ursach wegen der Kaiser Maximilian, der erste, die Verwaltung von Friesland den 20. Julius im Jahr 1498. dem Herzog Albert von Sachsen mit Bewilligung der sechs Churfürsten übergeben hatte, so erklärte er in einem neuen Diplome vom 27. März 1499, daß auch die Stadt Gröningen mit unter dieser Verwaltung begriffen sey. Ebendas. S. 464. Als die Stadt Gröningen sich wider diese Herrschaft setzte, stieß sie an andre Klippen an, zumahl, nachdem Carl der fünfte, die Rechte der Sächsischen Fürsten eingekauft hatte. Die Stadt bat den Bischof von Utrecht um seinen Beystand, hierauf den Graf. von Ostfriesland, Edyard, der sie an Frankreich als ein Lehen zu bringen gedachte. Endlich kam sie in die Gewalt des Herzogs von Geldern, Carlos. S. d. Freyh. von Schwarzenb. Friesl. Ges. 32b. II. S. 61. u. f. f. 80. u. f. f. 102. Endlich ward im Jahr 1536. die Ruhe wiederhergestellt, wo sich die Stadt und die Ommelande dem Herzog von Brabant, Graf von Holland, Herrn von Friesland und Overijssel und seinen Nachfolgern männlichen und weiblichen Geschlechtes, doch mit der Vorbehaltung ihrer alten Rechte gleichsam übergaben. Es wurden ihm, nebst der einer fürstlichen Person anständigen und bequemen Wohnung, jährlich 12,000 Gulden, die in zwey Zahlungen gegeben werden sollten, versprochen, und unter andern die Versicherung abgelegt, daß das alte Amt (’c Oldampt,) inglets

ingeleichen der Distrikt Sylwerden (z Gogericht van Selwerde) fernerhin zur Stadt gehören sollte. S. Schott Gesch. v. Friesl. in d. Dokum. S. 101. u. f. f.

Das Ungemach, das seit der Selangung Philipps des zweyten zum Throne die Niederlande drückte, griff auch das Land Gröningen an, und folterte es. Die Ommelande schlugen sich in dem bürgerlichen Kriege zuerst zu der Utrechter Vereinigung, welcher die Stadt entgegen war, und sich nicht eher, als im Jahr 1594, durch die siegreichen Waffen des Prinz Moriz gezwungen, mit derselben durch ein ewiges Bündniß vereinigte. S. Bot d. 32. Ges. Seit dieser Zeit blieb unter der Stadt und den Ommelanden eine beständige Uneinigkeit. Darauf legten die Generalstaaten durch eine Verordnung vom 21. Jan. 1597. die neuen Uneinigkeiten bey, wodurch sie das, was sie den 27. Febr. 1595. beschloßen hatten, umstießen, und auf ewig festsetzten, daß die Stadt und Ommelande als ein Körper (eene Heerlykheid en eene Provintie) angesehen werden sollte, dessen höchste Regierung sich unzertrennlich bey beyden Gliedern des regierenden Körpers befinden sollte; daß die Stadt den ersten Rang, aber ein gleiches Recht haben; daß nach gemeinschaflicher Bewilligung die Abgaben beschloßen, die öffentlichen Zölle, die ehemahls Carl der fünfte und Philipp der zweyte eingenommen hätten, verwaltet, und die Güter, die den Klöstern gehört hätten, zu einem guten Gebrauch angelegt werden sollten; endlich sollten die öffentlichen Bedienungen, die ehemahls von dem Regenten vergeben wären, nach einem allgemeinen Auftrage und unter dem Ansehen des Staats ins künftige ausgetheilt und geführt werden. Bot. 24, 9 (305). Man hatte doch nach

bieser Zeit neue Verordnungen zur Beilegung der Streitigkeiten nöthig, vergleichen den 8 März 1599, den 1 Apr. 1600, den 24 Jul. 1640. und 7 Aug. 1649. gegeben wurden.

Nachdem die Stadt und die Ommelande dem Prinz von Oranien, Wilhelm dem vierten, ihrem Statthalter, den 29 August 1748 die Macht eingeräumt hatten, den Staat einzurichten, so ließ er den 27 Novemb. 1749 ein neues Gesetz ergehn, worauf alle Richter der Bürger und Landleute, Obrigkeiten und Bediente schwören, und die Uebertreter, außer dem Verluste ihres Amts, mit einer dem Verbrechen angemessenen Strafe belegt werden sollten.

§. 330.

Ob gleich das Land Gröningen durch seine Lage und alte Verbindung mit Friesland sehr nahe verbunden ist, so ist es doch von demselben nicht allein durch Befestze, Einrichtungen, Sitten, Benennungen der Obrigkeiten, gerichtliche Ausdrücke und Sprache, sondern auch vorzüglich in Ansehung seiner Staatsverfassung unterschieden.

Die Stadt und die Ommelande haben den siebenten Platz in dem Utrechter Bündnisse, und versrichten gemeinschaftlich ihre öffentlichen Angelegenheiten, haben auch einen Statthalter. Sie betreiben aber ihre besondern Angelegenheiten vor sich, und jeder Theil hat in seinem Gebiete eine besondere Macht und Herrschaft. Sie kommen in Gröningen sowohl an den ordentlichen Versammlungen, die auf den 21 Febr. angesagt werden, als auch an den außerordentlichen, so oft es den acht Deputirten gefällt (§. 332), oder so oft die Stadt, oder die Ommelande, eine Versammlung fordern, zusammen. Wenn diese acht Männer wegen einer anzu-
zusagens

zusagenden Versammlung unter sich uneins sind, so wird die Entscheidung dieser Sache dem Statthalter überlassen. M. f. d. Verordn. d. Gen. Staat. v. 7 Aug. 1649. u. d. Gef. v. 27 Novemb. 1749. d. 32 §. Beide Glieder des regierenden Körpers geben ihre Stimme durch ihren Syndikus. Beide Stimmen haben ein gleiches Gewicht. Können sie sich nicht vereinigen, so vereinigt sie der Statthalter, oder endigt den Streit durch eine Verordnung.

Die Sachen, worüber man sich in den Versammlungen berathschlagt, zielen sowohl auf das gemeine Beste und auf Gesezze, die auf dem Lande gegeben werden sollen, als auch auf die gemeinschaftliche Vertheilung der öffentlichen Aemter ab. Diese Aemter werden theils in dem Gebiet von Gröningen geführt, theils sind es Gesandtschaften zu den den sämmtlichen Bundesgenossen gemeinschaftlichen Collegien, bey deren Beschließung und Unternehmung die Stadt und Ommelande ein gleiches Recht haben. Sie und diese schicken Deputirte an die Versammlungen der Bundesgenossen ab, einen an den Staatorath (Raad van Staate), und einen an das Collegium, das die Besorgung der Staatsrechnungen führt (Generalrechnungscollegium). An das Amsterdammer Admiralscollegium schicken sie alle zwey Jahr wechselsweise Abgesandten ab. Die Gesandtschaft an das Collegium zu Harlem ist den 27 Nov. 1749 aufgehoben. S. d. 33 §.

§. 331.

Nach dem Beyspiel der Bundesgenossen übertrug die Staaten den 2 Decemb. 1749 dem Prinz von Oranien, Wilhelm dem vierten, die Oberstatthalterschaft mit dem Rechte der Vererbung. Aus einem Gesezze, das eben dieser Prinz den 27 Nov. 1749 gab, kann man die

Rechte des Statthalters kennen lernen. Das vorzüglichste unter ihnen ist dieses, daß er eben dieses Gesetz auslegt; daß er in den Streitigkeiten der Stadt und der Ommelande, oder unter ihren gemeinschaftlichen Collegien, oder ihrem Obergerichte und Stadt, oder einem andern Gerichte, entscheidet. M. s. d. ang. S. 32 §. Er hat in dem Collegio der acht deputirten Staaten den Vorsitz (§. 332), imgleichen in der Rechnungskammer und dem höchsten Gerichte. Er theilt die militairischen Bedienungen, worüber die Staaten Macht zu verordnen haben, nach seinem Gefallen aus, so wie die bürgerlichen Aemter derer, die der Stadt, oder den Ommelanden, oder beyden, bedient sind (ministeriaale Bedienungen), mit Inbegriff der Syndicorum, Aktuarien, Rechnungsführer, Rentmeister, Fiscaln, Postmeister, u. s. w. Er genehmigt die Befandtschaften, die von den Richtern der Stadt und der Ommelande, sowohl in dem Gebiet von Gröningen, als auch in den Collegien der Bundesgenossen, übernommen werden, und setzt, wenn sie ihm nicht anstehn, andre stättliche in ihre Stelle. Mit eben dem Rechte, als in Holland, kann er Mißethäter begnadigen. Wie er sich dieser Macht bedient, davon sehe man das Gesetz vom Jahr 1749 von der Art, mit Mißethätern zu verfahren, den 62 §. u. s. f.

§. 332.

In den Rath der acht deputirten Staaten (gedeputeerde Staaten) kommen vier aus der Stadt, und eben so viel aus den Ommelanden abgeschickte Personen. In dieser Versammlung hat der Statthalter den ersten Sitz, als Präses honorarius. Die Rathsherren bekleiden ihr Amt ein Jahr lang, daher legen sie dasselbe den beim Anfange der gewöhnlichen jährlichen Versammlung in Gegenwart der versammelten Staaten nieder. Ihnen ist, als

als Vicarien, die Verwaltung aller zur Regierung des Staats und der ganzen Republik abweckenden Angelegenheiten übertragen, ingleichen das Ansagen der Landtage, woben sie die Hauptpuncte der Berathschlagungen bekannt machen; die Sorge für die öffentlichen Gebäude, welche die Stadt Gröningen mit den Ommelanden gemein hat; für die Dämme; den gemeinen Schatz, und die Abgaben, welche sie auferlegen. Sie richten auch in solchen Fällen, wenn in Aufsehung der Besteuren ein Betrug vorgegangen ist. Der Landeentmeester (Ontvanger Generaal) legt alle Viertel Jahr dem Statthalter und diesem Rath die Rechnung der Einnahme und Ausgabe der Staatsgelder ab. S. v. S. v. 27. Nov. 1749. den 40 §.

Bei der jährlichen Ernennung der sechs Rechnungsführer (Rekenmeesters), welche die Rechnung der öffentlichen Einnahme und Ausgabe besorgen, übt die Stadt und das Land ein gleiches Recht aus.

§. 333.

So viel von dem Rechte, welches beyde Glieder des regierenden Staatskörpers mit einander gemein haben. Wir haben nun noch das zu betrachten, welches einem jeden derselben besonders eigen ist.

Die Regierung in der Stadt und dem zu ihr gehörenden Lande ist verschieden. In der Stadt regieren die Bürgermeister und der Rath, der vereidigt ist, wozu noch der alte Rath kommt, ingleichen ein Mittel geschwornen Bürger (Gezwore Gemeente) und ihre drey Richter (effective Taelmannen). Der Rath besteht aus sechs und zwanzig Personen. Aus ihnen werden die Sechzehnmannen, worunter vier Bürgermeister sind, von ihnen selbst mit Genehmigung des Statthalters

Statthalters gewählt und vereinigt, um ein ganzes Jahr die Regierung zu führen. Jährlich treten den 8 Februar sechs Rathsherren und zwey Bürgermeister von dem Magistrat ab, und unternehmen unterdessen andere öffentliche Berrichtungen. Jene Sechzehn Männer heißen der vereydigte Rath (de sittende Raad), die übrigen führen den Namen des alten Rathes. Jener hat die Regierung; dieser muß gerufen auf das Rathshaus kommen. Er muß gerufen werden, wenn man sich wegen neuer zu errichtenden Gesetze und zu machenden Schulden berathschlagt. Den Abgesandten der unter den Bürgern errichteten Bilden ist es erlaubt, bey der Abnahme der Rechnung der Stadteinkünfte, die jährlich geschieht, zugegen zu seyn. Der regierende Rath ist verbunden wegen des Zustandes der Stadt, des ganzen Landes, und der Republik Berathschlagungen anzustellen; bey bürgerlichen Processen die erste und zweyte Instanz abzugeben; bey Verbrechen zu richten, und die Aemter, welche die Stadt besetzt, zu vergeben (§ 331). Ehemahls richtete er ohne weiter verstattete Appellation; diese strenge Jurisdiction des Magistrats ist aber durch die Reform vom Jahr 1749 abgeschafft worden.

§. 334.

Das Collegium der zu dem Magistrat hinzugegebenen geschwornen Bürger (Gezwore Gemeente) besteht aus sechs und dreyßig Männern. Vier und zwanzig derselben werden jährlich so vereydigt, daß zwölf unter ihnen, als neue Mitglieder, in die Stelle derer aufgenommen werden, welche die gesetzmäßige Zeit ihres Amtes, von zwey Jahren, zurük gelegt haben. Sie setzen sogleich drey Personen über sich, die sie aus ihrem Mittel wählen, so nachdem ein jeder durch Erfahrung und Ansehn vorzüglich empfohlen wird, und nennen sie **Taelmänner**, welches

ches so viel heißt, als Sprecher. Diese Gesellschaft der vier und zwanzig geschwornen Männer hat eine doppelte Verrichtung. Die eine besteht darin, daß sie den Magistrat, oder jährlichen Rath, wählen, die ausgenommen, welche innerhalb des Jahrs, da sie regieren, sterben; denn die Stelle solcher kann der vereinigte Rath selbst innerhalb einer bestimmten Zeit besetzen. Auf gleiche Art erwählen sie den 15ten Februar die zwölf geschwornen Bürger, welche in die Stelle der Zwölfmänner treten, die jährlich von ihrem Amte abgehen. Hiernächst besteht ihr Amt darin, daß sie sich mit dem Magistrat über Angelegenheiten der Stadt berathschlagen und Gesetze machen.

Der erste Bürgermeister besorgt die jährliche Wahl des regierenden Raths und der geschwornen Bürger, welche auf einerley Art, aber zu verschiedener Zeit, vorgenommen wird, woben er sich nach der Zahl der Stimmen richtet, die man auf die Art erkennt, daß man weiße Bohnen, worunter fünf schwarze gemischt sind, in einen Hut wirft. Ein jeder der geschwornen Bürger greift nach der Ordnung, worin sie folgen, eine derselben, ohne sie zu sehen, worauf die, welche die schwarzen erhalten, sogleich schwören, daß ein jeder von ihnen nach seinem Gewissen den Rath und das Mittel der geschwornen Bürger wählen wolle. Sind sie auf diese Art verendigt, so vollziehen sie in einem besondern Zimmer das Wahlgeschäft; es behält aber der geschworne Rath das Recht, zu beurtheilen, ob die Gewählten die den Gesetzen entsprechenden Eigenschaften besitzen, auch hat der Statthalter das Recht, diejenigen, welche der Rath gebilligt hat, zu verwerfen, und andere aus der ganzen Bürgerschaft genommene in die Stelle der Verworfenen einzusetzen.

Diese

Diese vier und zwanzig Männer nun müssen in allen Dingen, welche sich auf das Wohl der Stadt und des ganzen Landes beziehen, zum Beispiel, auf neue Gesetze, von dem geschwornen Rath um ihre Meynung befragt werden. Werden sie zu demselben eingeladen, so giebt ein jeder von ihnen seine Stimme einzeln, und ihr Recht ist nicht geringer, als das Recht der Bürgermeister und Rathsherrn. In ihrer Gegenwart legen auch die Rathsmeister der Stadt jährlich dem geschwornen Rath die Rechnung ab. Von solchen Sachen aber, welche, wie das Gesetz vom 27. Nov. 1749. im 2 §. sagt, in die Gerichtsbarkeit und Regierung einschlagen, werden sie durchaus ausgeschlossen.

§ 335.

Die sämmtlichen Bürger schwören, daß sie die Stadt wider alle feindliche Gewalt vertheidigen, sie ohne freywilligem Befehl des Raths niemands übergeben, daß sie auch den Generalstaaten, so lange sie die wahre reformirte Religion bekennen, und dem Statthalter treu und gehorsam seyn, und was diese zum Schutze der Stadt mit Einwilligung des Stadtraths ihnen auferlegen würden, vollstrecken wollen. Die Rechte der Bürger sind groß und werden in die höheren und niederen eingetheilt. Aus der Bürgerschaft werden die Bürgermeister, Rathsherrn und Sechshunddreßziger gewählt (S. d. 333 §. u. f. f.). Das Gesetz vom Jahre 1749. befiehlt die verschiedenen Arten der Gilden wieder herzustellen. Die Bürger besitzen ein altes, aber ergiebiges, Recht, nemlich das Stapelrecht (*jus stapulae*), welches man oft in Zweifel gezogen hat, die Dekrete der Generalstaaten aber bestimmt haben. Dies Recht besteht darin, daß sie von den Einwohnern der Ommelande, mit

Bey

Beybehaltung des Privilegiums der Stadt Appingedam, oder Dam, verlangen, daß sie Butter, Käse, Pferde, Füllen, Ochsen, Kühe, Weizen, Buchweizen, Gersten, Kotten, Hafer, nicht eher an Fremde ausführen oder verkaufen, als sie diese Sachen, die auf dem Lande erzeugt worden sind, von dem Morgen, oder der Zeit an, wo man gewöhnlich die Waaren auf den Markt bringt, bis zu Mittag feil geboten haben. In diesem Rechte sind auch Füllen, Kühe und Ochsen, welche man von andern Orten eingeführt, und auf den Weiden der Ommelande drey Monat gewendet hat, begriffen. Der Handel ist davon ausgenommen, dessen wegen des täglichen nothwendigen Gebrauchs die Familien unter sich bedürftig sind, ingleichen die Bäcker und Fleischhauer, auch solche Personen, die mit Speisewaaren im Kleinen handeln. Den Landleuten ist es auch nicht erlaubt, Bier zu brauen, das ausgenommen, was sie für ihr Haus gebrauchen, auch dürfen sie kein anderes in den Schenken verkaufen, als solches, was in Gröningen zubereitet ist.

Außer diesen haben die Bürger das besondere Recht, daß sie in persönlichen Angelegenheiten die Ommelande vor den Magistrat der Stadt Gröningen und den Provinzialhof vorladen können; gegen die Ommelande aber haben die Bürger das alte Recht, daß sie nicht vor ihrem Magistrat hinweg und vor eine andere Gerichtsbarkeit hingezogen werden können.

§. 336.

Der Magistrat der Stadt Gröningen übt die Gerichtsbarkeit und Regierung, die durch Verordnungen der Generalstaaten bestimmt ist, aus, und ertheilt Gesetze für

für das ganze Land und die Dörfer, welche alte Ämter, oder Oldampten, heißen. Bey dieser Gerichtsbarkeit überträgt er die Jurisdiction, ingleichen die Bestrafung der Verbrecher, dem Drost und Amtmann, den der Statthalter setzt. Von ihren Urtheilen wird, wenn der Gegenstand des Streits nicht über funfzehn Gulden beträgt, in bürgerlichen Sachen an den Stadtrath appellirt. Wegen der Herrschaft der Stadt über dieses Land, und über die Frage, ob die Einwohner derselben sich eben das Recht anmaßen können, welches die Ommelande, die Gerichtsbarkeit ausgenommen, haben? entstand im Jahr 1643. ein großer Streit, in welchem Alting die Stadt, die den Sieg davon trug, vertheidigte. S. van Harsfema von dem alten Zustande der Ommelande S. 245. Aligema VI, 851.

Außerdem verwaltet die Stadt die bürgerliche und criminal Jurisdiction in dem Dorf Sylwarden durch einen Amtmann, welchen ihr im Jahr 1536. Carl der fünfte bengelegt, und dessen Gesetze vom Jahr 1673. der geschworne Rath gebilligt hat; ingleichen in der Colonie Sappermeer, in welcher die Streitigkeiten nach den Gesetzen der Oldampten abgethan werden. Jetzt gehen die Appellationen von den Urtheilen an den Stadtrath, und von diesem an den Provinzialhof (§. 340). An beyden Orten besitzt der geschworne Rath das Recht, Gesetze zu ertheilen. Auf gleiche Weise hat die Stadt in dem Quarter Westerwoldingerland die Jurisdiction. In alten Zeiten gehörte sie der Familie Addinganen, darauf ward sie Georg Schenken, unter dem Namen eines weiblichen Lehns den 25. August 1538. von Carl dem fünften, als Fürsten von Brabant, Holland, Friesland und Overysel, für einen bestimmten Preis von funfzig Goldgulden, gegeben, welcher für die gesetz-

mäßige

mäßige Handlung eines Lehncontractes gegeben wurde (in der Folge ward er viermal so groß), mit Benbehaltung der Rechte der Einwohner, welche, so wie ihre jährlichen Bensteuren, in dem Diplom, das ihnen den 12. August 1538. gegeben ward, festgesetzt werden. Von dem Sohn des Schenken kamen sie an den Herzog Aigenberg. Als dieser die spanische Partey ergrif, fiel sie zur Zeit des Niderländischen Waffenstillstandes an einen gewissen Bürger zu Amsterdam, von dem sie die Stadt Gröningen gekauft hat, und als ein Lehn besitzt, dessen rechtmäßige Invesitur von dem Herzog von Brabant, Holland, Friesland und Overysel hergenommen ist. Den Richter von Westerwolden, und Droft, welcher zu Wedda Gericht hält, ingleichen den Richter von Bellingewold und Blyham, welche letzteren Dertter ihre eigenen Gesezze haben, setzt der Statthalter. Die Gesezze sind im Jahr 1677 verfertigt, und im Jahr 1706. vermehrt worden.

§. 337.

Die Ommelande betreiben ihre Angelegenheiten besonders mit eben dem Rechte, als die Stadt, und übertragen die Verwaltung derselben dem Collegio der neun deputirten Rätche (Gecommitteerde Raaden); doch machen sie allein keine neuen Gesezze, sondern dies geschieht in den Versammlungen. S. die Verordnungen der Generalstaaten vom Jahr 1659. und 1663, ingleichen das von dem Prinz Wilhelm dem vierten den 27 November 1749. gegebene Gesez, den 8. §. u. f. f.

Es nimmt aber nicht ein jeder vom Volke an dieser Regierung Theil, sondern nur Personen, welche in den Ommelanden zwey, sind es fremde, zwölf Jahr, oder, wenn sie sich daselbst verheyrahtet haben, sechs Jahr, gewohnt haben, und zwar wird in den
Gesez

Gesezzen eine vierfache Art dieser Leute erwähnt, erstlich, Edelleute (Jonkere), zweitens Personen, welche ein Gut besizzen, woran eine Gerichtsbarkeit haften (Hovelingen), drittens, Eigenthümer von Ländereyen, die eine gewisse gesezmäßige Größe haben (Eigen Erffden); wenn aber diese alle, die mit Recht auf den Versammlungen erscheinen, in einem gewissen Distrikt fehlen, so finden sich, viertens, Abgeordnete, die von den Herrn der Güther, die in demselben Distrikt liegen, und eine gesezmäßige Größe haben, gewählt, und zu den öffentlichen Zusammenkünften abgeschickt werden, ein, um die Stelle der ganzen Gemeinheit, von der sie bevollmächtigt sind, zu vertreten (Volmachtren). Die Edelleute haben nicht die ansehnlichen Rechte, die sie an andern Orten haben; sondern ihre Rechte sind den Rechten der übrigen gleich, wenn man etwa bloß ihren Altern. Sie unter dem neun Deputirten, und die Art der Strafe wegen Verletzung der Gesezze, die die Staatsverfassung der Dommelande bestimmen, ausnimmt. Allen, welche auf den Landtagen, für ihre Person, ohne Vollmacht erscheinen wollen, sind folgende Bedingungen vorgeschrieben. Sie müssen Hausväter, neunzehn Jahr alt seyn, sich zur Landesreligion bekennen, in dem Schatzregister (de cohiren van de 400ste penning) nach dem Preise ihrer Güther eingetragen seyn, und mit völligem Eigenthum, oder durch das Eingebachte ihrer Frau (auch nach dem Tode derselben), dreyßig Acker innerhalb desselben Distrikts besizzen, welche man Grafen nennt, und die am Werth ein tausend Rindböcker Gulden betragen müssen, wofür sie eine Keysteuer von acht Gulden erlegen, und dadurch das Recht erhalten, bey Berufung der Prediger ihre Stimme zu geben. Man sieht hieraus, daß

daß der Name Eigen Erffden nicht überall einerley in sich begreife, da er z. B. nach der Vorschrift der Frisischen Gesetze denjenigen anzeigt, der zum wenigsten den vierten Theil der an einem Gute haftenden Stimme besitzt. Eine jede Gemeinheit eines Distrikts (die ausgeschloßen, welche die dreßsig Aecker (Grafen) nicht besitzen, und welche weder wählen, noch gewählt werden) wird auf eine gesetzmäßige Art zusammen berufen, damit sie, wenn die fehlen, die von Rechts wegen in den Nationalzusammenkünften erscheinen sollten, einen, oder zwey, Abgeordnete erwählt und abschickt, welche das Recht einer Stimme haben, ausgenommen Appingendam, welches zwey abschicken darf, von denen ein jeder das volle Recht einer Stimme hat, wenn auch einige Gutsberrn aus demselben Ort bey der Versammlung von Rechts wegen mit zugegen sind. Von dem Privilegio, welches der Stadt Delfzyl erteilt worden ist, sehe man das Gesetz v. Jahr 1749 den 12 J. Die Gültigkeit der Aufträge dauert zwey Jahr.

Bei den Zusammenkünften der Ommelande wurden ehemals die Stimmen so gegeben, daß die drey Quartiere des Landes, die ich oben angezeigt habe, in kleinere Theile (Onderquartieren) eingetheilt wurden. Diese Eintheilung, welche, wie man aus dem ersieht, was sich im Jahr 1732 und 1733 zutrug, ingleichen aus den damals an die Generallstaaten gebrachten Klagen abnehmen kann, viele Streitigkeiten hervorbrachte, hat die Reform v. J. 1749 im 9 §. aufgehoben. In dieser wird festgesetzt, daß die, welche das Recht, ihre Stimme zu geben, besitzen, sie einzeln geben, und die Verordnungen alsdann gemacht werden sollen, wenn zwey Quartiere einstimmig sind.

§. 338.

Da die Zahl derer, welche auf den öffentlichen Versammlungen zu erscheinen das Recht haben, sich auf zwey hundert und mehrere erstreckt, so war es nöthig, mit aller Sorgfalt dahin zu sehen, daß niemand sich den Gesetzen zuwider in diese Versammlung einmischte. Darauf zielen zwey Gerichte ab. Das eine ist das Gericht der neun Männer, welche alle zwey Jahr diejenigen Personen, welche sich, entweder in eigener Person, oder Kraft einer Vollmacht, das Recht die Stimme zu geben anmaßen, mustern. Sie heißen *Monster Heeren* (*Musterungsherren*). Niemanden, außer denen, die sie als gültig anerkennen, wird der Zutritt zu dem Landtage verstatet. Das andere ist das Gericht der sechs Männer, welche Richter heißen, und von dem Statthalter aus den Ommelanden, so wie auch die neun Männer, gewählt werden.

Vor diesen sechs Männern, welche der Statthalter beruft, werden die Klagen dererjenigen eingeleitet, welche man der Uebertretung der in Ansehung der Staatsverfassung der Ommelande gegebenen Gesetze beschuldigt. Der Proceß wird summarisch angehoben, und es werden dabey keine Schriften über die Duplik zugelassen. Ist er eingeleitet, so wird er von dem Statthalter zu einem gewissen höhern Gericht außerhalb Gröningen, ohne daß es die Richter wissen, abgeschickt, damit es darüber spreche. Von dem Urtheil beyder Collegien findet keine weitere Appellation statt.

Uebrigens hat das Gesetz vom 27 November 1749 viel heilsame Einrichtungen gemacht, welche theils dazu dienen, eine Oligarchie zu verhindern, welche durch heimliche Zusammenkünfte, auch schriftlich unter gewissen Familien,

milien, von welchen einige den andern stets ihre Stimmen überlassen hatten, eingeführt gewesen war, theils überhaupt die alte, und durch das Gesetz der Ommelande IV, 8, bestätigte Gewohnheit abzuschaffen, wodurch die Berechtigte, die an den Gütern hafteten, nach und nach von denselben getrennt und vor sich gebraucht worden waren. Zugleich Zeit sorgte man weislich dafür, daß niemand bey Abschaffung dieser uralten Gewohnheit sich mit Recht beschweren konnte, daß die alten Besizungen mit seinem beträchtlichen Schaden verändert wären. S. das angeführte Gesetz, den 14 §.

§. 339.

Auf dem Lande übt in den Ommelanden kein Magistrat, der von dem ganzen Körper der Ommelande gesetzt worden wäre, die Gerichtsbarkeit aus. Vor alten Zeiten wählten sich die Einwohner jährlich ihre Richter. Jetzt ist das ganze Land in sechzig und mehrere Gerichtsbarkeiten (Regtstoelen) eingetheilt. Innerhalb dieser gleichsam abgetheilten Kreise und anderer von ihnen abhängenden befindet sich das Recht, die Prozesse zu schlichten, bey den Edelen (Edele Heeren), deren Anzahl in den besondern Quartieren der Ommelande verschieden ist. Dieses Recht aber, welches an den Gütern haftet, wird nicht stets von einem und eben demselben Herren, sondern nach einer durch ein altes Herkommen bestimmten Abwechselung, und zwar in den größern Gemeinden, nach einer Abwechselung, die sich auf verschiedene Stämme (Nachbarschaften, buurts) gründet, bald von diesem, bald von einem andern Herrn in Ausübung gebracht. Daher kommt es, daß das jährlich abwechselnde Richteramt an einem Ort geschwinde, an dem andern langsamer auf den Besizer eines Guts zurük kommt, und daß man durch eine Menge von Gütern, die innerhalb eines Kreises von ein und eben

der:

derfelben Gerichtsbarkeit liegen, öfters das Recht des Richteramts erhält. Zuweilen geht, wenn alle diefe Güter erlangt werden, die ganze Gerichtsbarkeit, wozu fie gehören, auf einen über; eine folche Gerichtsbarkeit heißt alsdann **ftaende Regtstoel** (ftehender Richtftuhl). Ein jeder folcher Gutsherrn verrichtet, entweder in eigener Perfon, oder, wenn er nicht will, oder ein Befehl ihm diefes Amt zu führen verbietet (als Frauenzimmer, Prediger) durch einen gefchwornen Richter, den er für fich ftellt, das Richteramts, und übergiebt, wenn ein Jahr verfloffen ift, die Akten dem Nachfolger. S. das Gefez v. Jahr 1749. den 48 §. Die Richter werden **Kedgers** (Richter), welcher Name von dem Fluß **Hunfo** bis zur **Emo** üblich ift, genannt; in den Weftlichen Theilen heißen fie **Grietsmänner**, welcher Name von dem **Glevo** an bis zu dem Fluß **Hunfo** gebräuchlich ift. Diefe richten in den Streitigkeiten innerhalb einer gewiffen durch die Gefetze und das Herkommen bestimmten Zeit, und bestrafen die Verbrecher. In einigen Theilen der Ommelande find von diefen ordentlichen Richtern die außerordentlichen unterfchieden, welche **Ovrichters**, oder **Lanfrigtters** (f. das erste Ommeland. Gefez 25, IV, 2.), genannt werden. Diefe thun die Proceffe ab, welche die ordentlichen Richter felbft mit Perfonen führen, die ihrer Gerichtsbarkeit unterworfen find, damit fie nicht in ihrer eigenen Sache richten. Sie erkennen aber in Verbindung mit den ordentlichen Richtern bey Vergehen, welche mit lebens, körperlicher und andern großen Strafen bestraft werden, nicht aber in bürgerlichen Angelegenheiten. Indefsen haben fie doch innerhalb der Zeit zwifchen Oftern und Pfingften allein, mit Ausfchließung des ordentlichen Richters, die Erkenntnis über alle bürgerliche Angelegenheiten und Verbrechen, die alsdann vor das Gericht gebracht werden.

Die dritte Art von Richtern, deren das erste Ommel. Gesez erwähnt, führt den Namen Buurrechters, oder Buurrechters. Vergleichen werden in Fredewold, Langewold und Hunsterland gesetzt, damit sie die Aufsicht über die Straßen, Gräben, und Wasserleitungen führen, wegen eingeschlossener Thiere, welche auf der Weide einen Schaden angerichtet haben, entstandene Streitigkeiten schlichten, diesen Schaden taxiren, u. s. f. Die Gerichte, welche warde genannt werden, bestehen in einer Versammlung aller Richter, welche innerhalb bestimmter Grenzen das Richteramt führen. Die eine wird von den Richtern in den Quartieren Hunsingern und Givelingern, die andere von denen gehalten, die sich in dem Westlichen Quartiere befinden: jene heißt Oosterwarf, diese Westerwarf. Man s. d. Ges. vom 27 Nov. 1749. den 29 §. ingleichen das Verpflichtungsformular (instructie), das dem höchsten Gericht vorgeschrieben ist, den 41 §.

Die Gerichtsbarkeit der dreien Collegien, welche die Aufsicht über die Dämme und Gewässer führen, ist für sich. Sie heißen de drie geprivilegeerde Sylvestenijers, und setzen innerhalb gewisser einem jeden von ihnen angewiesenen Distrikte Gesetze fest, machen Selbstauflagen, die zur Erhaltung der Dämme gegeben werden müssen, und sprechen in Angelegenheiten, die zu ihrem Amte gehören, mit Benbehaltung der Appellation an das höchste Gericht, das Recht. S. d. Ges. vom 27 November 1749. den 2 §. u. s. f. Ingleichen das Ges. v. 18 August 1755. und 27 März 1769. Die Richter heißen Scheppers, der aber, der über sie den Vorsitz führt, Opperschepper, an einigen Orten Hoofstmann.

§. 340.

Die Richter, von welchen ich bisher gehandelt habe, bezeugen ihre Gerichtsbarkeit nicht über die ihnen angewiesene

Grenzen aus. Es giebt auch noch andere Gerichte, die im Namen der Stadt und der Ommelande durch das ganze Land, theils bey allen Arten von Processen, theils bey gewissen Processarten und Personen, das Recht sprechen. Dahin gehört erstlich das Revisionsgericht, zweitens das Gericht der Akademie zu Grönningen, drittens das Jagdgericht, und viertens das höchste Gericht (Provinzialhof). Das Revisionsgericht besteht aus zwölf Personen. Viere (einen Bürgermeister und drey Rathsherren) setzt jährlich theils die Stadt, theils setzen sie die Ommelande, vier werden aus dem Rath der Aebtmänner (§. 332) hinzugefügt. Von diesem werden sie zusammenberufen, damit sie die Urtheile, die er gefällt hat, recognosciren, und den Streit endigen.

Das Collegium, welches in Streitigkeiten, die die Jagd betreffen, ohne weiter verstattete Appellation, richtet, und die Angeklagten, ohne den ordentlichen Magistrat zu befragen, vorladet (s. Jagdgerichte), ist im Jahr 1752. niedergelegt. M. s. d. Ges. vom 27 November 1749, ingleichen den 331 §. Es besteht aus einem Deputirten, welcher die Stelle des Statthalters, der die höchste Verwaltung des Forstwesens besorgt, vertritt (Lieutenant Zoorvester), und sechs Beysitzern (Meesterknaapen), welche sämmtlich der Prinz ernennt. Viermal des Jahrs wird Gericht gehalten. Es vollzieht das Gesetz, das im Jahr 1752. wegen des Rechts zu jagen, das auf gewisse Personen, unter bestimmten Grenzen, eingeschränkt ist, ingleichen wegen der Fischen, des Vogelfanges und der Art und Weise, so wie auch der Zeit zu jagen gegeben ist. Zwen Theile von den Strafgebern erhält der Deputirte des Prinzen, ein Theil fällt an die Armen.

Schon

Schon im Jahr 1640 war, vertholge eines Dekrets der Generalstaaten, zu Gröningen ein Obergerichte niedergelegt worden, welches der Prinz Wilhelm der vierte durch das Gesetz vom 27 Nov. 1749. in eine neue Gestalt goß, und es dahin brachte, daß von den in der Stadt gefällten Urtheilen an dasselbe appellirt werden konnte. In diesem damals eingerichteten Gerichte (Hooge Justitie Kamer) hat der Statthalter, der seine Verrichtungen einem immerwährenden Deputirten (Lieutenant) übergiebt, den Vorsitz, und er ernennet die Aechtmänner, welche Recht sprechen (Hoofsmannen), einen Generalskotal, und zwey Aktuarien. Die Aechtmänner müssen volle 25 Jahr alt, Mitglieder der öffentlichen Kirche, Eingeborne, oder mit dem Stadtrecht beschenkt worden, und nicht innerhalb des vierten Grades mit einander verwandt seyn. Sie beschließen theils in der ersten Instanz (z. B. bey Streitigkeiten, die die Staaten, als Privatpersonen, unter sich führen), theils bey Appellationen, sie mögen auf dem Lande, oder in der Stadt, wider Sentenzen, die in bürgerlichen Angelegenheiten gesprochen sind, wenn nur ein in der Stadt geführter Proceß einen Gegenstand hat, dessen Werth über zwey hundert und fünfzig Gulden, und in den Ommelanden, der fünfzehn Einbdner Gulden beträgt, angebracht werden; bey Sachen aber, die in das Gebiet der Geistlichkeit, oder des Militairs, schlagen, erkennen sie nicht. Von allen Sentenzen, welche in der Stadt und ihrem Gebiete, oder in den Ommelanden, Verbrecher wegen gesprochen sind, kann appellirt werden, die ausgenommen, welche einem Verbrecher, der sein Verbrechen gesteht, eine selbestrafe, oder dergleichen dem, der vorher am Ertper bestraft ist, bestimmen.

Von den Urtheilen aber, die die Richter des Obergerichts gefällt haben, findet keine Appellation, sondern eine

doppelte Revision statt, von denen eine von eben denselben Richtern, die andere mit Zugiehung neuer vorgenommen wird. Diese letzte (*groot Revys*), welche die Vollziehung des Urtheils gewöhnlich nicht aufschiebt, kann innerhalb drey Monathe von den Staaten, oder, wenn diese nicht versammelt sind, von den acht deputirten Staaten gesucht werden, nur muß der Gegenstand des Processes sich auf 3000 Gulden erstrecken. Der Statthalter erwählt dann aus den übrigen Theilen der Niederlande 6 neue Richter, damit sie, wenn sie zuvor verendigt sind, mit dreyen der ersten Richter, und, wenn diese uneins gewesen sind, mit einem, der mit den Verfassern des angefochtenen Urtheils einstimmig ist, von neuem in dem Proceß erkennen, und ihn endigen. Der erste Richter, vor welchem der Streit geführt ist, vollzieht ihre Sentenz. M. s. d. Ges. Wilhelms des vierten, wegen der Revision, v. Jahr 1749, den 27 J. u. f. f.

§. 341.

Die Gesetze, worinn das Privatrecht enthalten ist, sind von dreyfacher Art. Einige hat der Rath mit dem auserlesenen geschwornen Bürgern in Erönnungen festgesetzt, andere hat er für das Gebiet, das zur Stadt gehört, ertheilt, und ertheilt sie noch (§. 336); anderer bedienen sich die Ommelande. Fehlt es an dergleichen Gesetzen, oder kann keine Auslegung der zweifelhaften unter ihnen nach ähnlichen Verordnungen der Nachbarn angestellt werden, so scheint es durchaus notwendig zu seyn, zu dem gemeinschaftlichen Recht seine Zuflucht zu nehmen.

Wie sehr die in diesem Lande gebräuchlichen Rechte von einander abweichen, kann ich mit einem Beispiele deutlich machen. Wenn in der Stadt eine Ehe durch den Benschlop vollzogen ist, so sind daselbst alle Güter der

der Eheleute gemeinschaftliche Güter; in dem Quartier Sylwerden (in 't Gotecht) nur alsdann, wenn sie Kinder erzeugt haben. In dem Amte Oldamp und Sappermeer werden die Güter, die durch ein vollzogenes Ehebündniß erlangt werden, gemeinschaftlich gebraucht, so wie auch in den Ommelanden, und die Mobilien sind, nach Abzug der vor der Hochzeit gemachten Schulden, gemeinschaftliche Güter; nicht aber die Immobilien. In Westingerwold und Bollingwold erhält die Frau die dem Manne zugeführten Güter bey der Ehescheidung wieder, ohne daß sie an einem Gewinnst oder Verlust Antheil nimmt.

Was die Proceßordnung und das ganze Gerichtswesen anbetrifft, so hat der Prinz Wilhelm der vierte im Jahr 1749 hierinn verschiedene heilsame und nothwendige Gesetze ertheilt. Vorzüglich bedurfte das Gerichtswesen der verbessernden Hand des Prinzen in Ansehung der Untersuchung der Verbrechen, wie man aus dem ersieht, was im Jahr 1732, wegen der Art und Weise mit den Verbrechern in den Ommelanden zu verfahren, an die Generalstaaten gebracht worden ist. Es ist ein Gesetz vorhanden, welches d. 2 Januar 1756 wegen der Einrichtung der bürgerlichen und Criminalgerichte bey den Ommelanden, so wie auch das Gesetz vom 27 Nov. 1749 wegen der Pflicht der Richter des Obergerichts und des Generalfiscals, das in Ansehung der Art, gegen Verbrecher die Untersuchung anzustellen, und ihren Proceß zu führen, gegeben ist. Dies letztere Gesetz hat der Statthalter d. 28 December 1771 zur Recognition genommen, und mit neuen Zusätzen vermehrt.

Den Richtern, welche in den Ommelanden die Untersuchung wider Verbrecher anstellen, ist auferlegt, daß sie mit dem Generalfiscal die Festsetzung des Verbrechers und

und das Verbrechen bekannt machen, und bey Verbrechen, welche zu groß sind, als daß sie mit Gelde bestraft werden könnten, eine Person gebrauchen sollen, die das Amt eines Schreibers führt; ingleichen zur Verurtheilung eines solchen Angeklagten, der bekannt hat, oder überwiesen ist (eins von beyden ist hinreichend), zwey oder drey Rechtsgelehrte um Rath fragen sollen. Der Ort, wo das Verbrechen begangen ist, ist auch das einzige Forum des Mißthäters, wohin er schlechterdings zurückgeschickt werden muß.

Die Obrichter müssen ihre Kenntniß bey Verbrechen in einem Jahre, höchstens in zweyen zu Stande bringen. Damit dies erhalten werden könne, wird dem Generalfiscal die Erstattung der Kosten des Proceßes und der Verwahrung des Mißthäters, die nach dieser Zeit auslaufen, versagt, wenn er nicht um Erlaubniß eines längern Verzuges ansucht, und der Statthalter, an welchen dergleichen Gesuche mit den Akten gebracht werden, es für gut befindet, ihr von diesem Gesetze der zwey Jahre loszusprechen. Wenn ein Verbrechen, worauf Todesstrafe steht, sehr zweifelhaft ist, und der Beklagte die Obrichter ersucht, von der Klage für irgend einen Preis abzustehn (welches gewöhnlich Lomen in submissie genannt wird), so wird ihnen diese Erlaubniß nicht verstatet, wenn nicht die Sache an den Statthalter gebracht, und von diesem genehmigt worden ist. Uebrigens ist ein völliger Beweis ohne Geständniß zur Verurtheilung hinreichend. Die in den Niederlanden übliche peinliche Befragung hat das Gesetz nicht abgeschafft; aber auf einen billigen Gebrauch eingeschränkt. Die Sentenz muß so gefällt werden, daß der Beklagte entweder verdammt, oder losgesprochen, wird.

Das neunte Capitel.

Von der Landschaft Drenthe.

§. 342.

Die Landschaft Drenthe ist mit den Niederländischen Provinzen durch ein altes Band vereinigt; hat aber nicht einerley gemeinschaftliche Rechte mit ihnen.

Es befindet sich verschiedenes bey ihr, welches noch nach den Bemühungen des Piccart einem sorgfältigen Erforscher der Natur und der Alterthümer ein weites Feld zu Bemerkungen und Vermuthungen eröffnet. Sie besteht aus Ländereyen und Dörfern, und begreift keine Städte in sich. Der vor kurzem angelegte, zur Schifffarth bequeme und den Transport der Waaren bewerkstelligende Graben, ingleichen eine auf die Ketter gelegte Freiheit von Abgaben auf fünf und zwanzig, dreyßig, bis vierzig Jahre, zieht viele Colonisten herben. Die Einwohner nähren sich vom Ackerbau, vom Ausstechen des Torfs, Holz, Honig und Wachs, und schränken ihre Begierden, um ihren Reichthum zu vermehren, ein. Die Erziehung ihrer Kinder, die der Erziehung der Vorfahren gleich ist, erhält die Denkungsart und Sitten des Volks, welche die Beschaffenheit der Staatsregierung und die damit übereinstimmende Form der Verfassungen und Gesetze gebildet hat, und in Gleichförmigkeit erhält.

§. 343.

Vor alten Zeiten war das Land Drenthe unter Friesland begriffen. Es befand sich unter der Herrschaft der Karfer, welche demselben Grafen zu Reagenten vorsetzten.
Der

304 Zweyter Theil. Neuntes Capitel.

Der Kaiser Heinrich, der zweyte, welcher gegen die Geißlichkeit strengelig war, übergab dieses Land im Jahr 1024 dem Bischof von Utrecht. Dieses Vornehmen billigte der Kaiser Conrad der zweyte, Heinrich der dritte und vierte. S. das Codicill bey Hedam in der Geschichte von Utrecht S. 283 u. f. f. ingleichen eben daselbst. vom Jagdrechte S. 261 und 276. Ruvius erzählt in seiner Geschichte von Deventer II, 173. viel merkwürdiges von dem alten Zustande des Landes: es wären in diesem Lande 340 parochial Kirchen, 29000 Pflüge gewesen, die Einwohner von Drenthe hätten mit dem Quartiere Twenthe 3000 Bewäfsnete ins Feld gestellt, und hätten von allen Abgaben, die den Einwohnern von Overysel aufgelegt worden wären, den vierten Theil erlegt, und überdem hätten die Bischöfe jährlich 130 Scheffel Weizenmehl, und 400 Gerstenmehl, u. f. f. zum Newjahrs-geschenk erhalten. Von der Art der Einwenhung dieser Fürsten sehe man die Geschichte vom Jahr 1391 bey Idsing in seinem Staatsrechte II, 9. Mehreres von der Geschichte des Volks findet man in Dumbbar analect. II, 367, und besonders von Roervorden bey Matthäi S. 84 u. f. und Ruvius S. 273.

Die Herrschaft der Bischöfe gegen die Einwohner von Drenthe war nicht freyer, als die, welche sie gegen die übrigen unter ihnen stehenden Länder hatten. Dies sieht man unter andern aus dem Diplom des Bischofs Friederich von Blankenheim vom Jahr 1399 und vom 16 September 1412 (gewöhnlich Landrecht genant) bey Dumbbar analect. II, 343 u. f. f. und Matthäi S. 73 u. f. f. Man sieht daraus, daß es sowohl einzelnen Gemeinheiten, als auch dem ganzen Volk frey gestanden habe, ohne Erlaubniß des Fürsten, so oft sie es für gut befanden, Zu-

sam.

sammankünfte anzufagen, woben sie für die Abwesenden Strafe festseten, ingleichen in einer Versammlung wegen des gemeinschaftlichen Wohls etwas zu beschließen, wenn dieses nur nicht zum Nachtheil des Fürsten gereichte. Die Geldstrafen pflegten, wenige ausgenommen, in drey Theile eingetheilt zu werden, wovon der dritte Theil dem Bischof zufiel, die beyden übrigen zwischen dem Kläger und der Gemeinheit getheilt wurden. Es wurden auch nicht die Einwohner gezwungen außerhalb Landes, oder über drey Tage und Nächte Kriegsdienste zu thun, wenn nicht die öffentliche Noth es erforderte.

§. 344.

Obgleich die Einwohner von Drenthe mit den Einwohnern von Utrecht und Overijssel einen Regenten hatten, so waren sie doch nicht einem dieser beyden Völker, wie ein Glied dem Körper, einverleibt. Sie waren von ihnen durch Gesetze, Einrichtungen, Versammlungen der Nation, den Gebrauch eines besondern Wappens, des Schatzes, eine besondere Einführung der Bischöfe, und die Obliegenheit, welche dieselben auf sich hatten, in dem Gebieth von Drenthe persönlich zu erscheinen, um alle halbe Jahre die Abgaben einzufodern, unterschieden. M. s. das Codicill des Bischofs von Baden vom 10 May 1516, und Philipp von Burgund von 1520, ingleichen das von 1395, wodurch sie die Freyheit vom Zoll von Overijssel erhielten, bey Dumbat analect. II, 343.

Als sie unter die Gewalt Karls des fünften kamen (§. 10.), blieben sie von den übrigen Ländern abgesondert. Auch Philipp der zweyte gelobte ihnen im Jahr 1550. besonders an, daß er sie gerecht und gütig beherrschen wolte, als Carl der fünfte verlangte, daß die sämtlichen Niederlande seinen Sohn, als künftigen Regenten, huld-

gen

gen sollten. Eben dieses Versprechen gab Philipp der zweyte von neuem, so bald er das vom Vater ihm ererbte Reich annahm. Man sehe sein Codicill vom 4 Februar 1550. und 30 Nov. 1555, imgleichen das Schreiben des Arenberg, dem er aufgetragen hatte, in seinem Namen den Eid abzulegen, vom 3 September 1556. Der Erzhertzog Matthias hielt es für nöthig, nach dem Ausbruch des bürgerlichen Kriegs, die Einwohner von Drenthe, die dem Bündniß von Gent mit einverleibt waren, gleichsam als ein Volk, das mit eben dem Recht, als die übrigen, seine eigenen Angelegenheiten vor sich betriebe, um ihre Meinung zu befragen, als man mit dem Eölmer Frieden umgieng. Man s. sein Schreiben vom 29 Sept. 1579. Hierauf schlossen sie sich, des Ungemachs, das sie ununterbrochen vom König Philipp erlitten hatten, überdrüssig, im Jahr 1580. den 11 April an das Uetrechter Bündniß an, welches sie, als es ihnen den 30 December 1578. angetragen worden war, von sich abgelehnt hatten. Nicht lange darauf erfolgten traurige Zeiten, da Gröningen, Coevorden und Steenwyck vom Feinde erobert war.

Hiedurch kam es dahin, daß sie ihr gleiches Recht mit den Uetrechter Bundesgenossen verlohren. Es hat ihnen auch nicht geglückt, nach dieser Zeit die verlohrene Gleichheit des Rechts wieder zu erhalten. Sie wurden zwar zu der außerordentlichen Versammlung der Bundesgenossen 1651. eingeladen, weil es aber hieß, daß diese Einladung einem Irrthum zuzuschreiben sey, nicht zugelassen. Man sehe die Auseinandersetzung des Rechts, die sie damals den Bundesgenossen übergaben, bey Aizema VII. 516.

Jetzt haben sie, so wie ein jeder der übrigen Bundesgenossen ihre eigene Regierung und Gesetzgebung; aber keine
Gemeins

Gemeinschaft mit den übrigen Bundesgenossen, wenn von denselben, wegen der Republik, etwas beschloffen wird. Sie nehmen aber an den Vorthellen, die aus den von den Bundesgenossen gemachten Einrichtungen und den mit den Ausländern geschloffenen Bündnissen fließen, Antheil, vollziehen die von ihnen des gemeinen Nutzens wegen gegebne Gesetze in ihrem Lande, und tragen zu den gemeinschaftlichen Steuern, welche jene allein beschließen, auch ihren Theil hinzu.

Ihre Gesetze geben sie sich nach dem ihnen zukommenden Rechte. Sie beschützen die öffentliche Religion, wozu die Bundesgenossen verpflichtet sind, und verordnen in Kirchensachen nach dem Recht der Landesregierung, wie sie denn den 14 März 1730. ein solches Gesetz (Kerskenorde) gegeben haben. Man vergl. den 346 §.

§. 345.

Die Landesregierung befindet sich bey der Ritterschaft und den Gutsheeren (Ridderschap en Eigens Erfden). Den Adel macht die Würde seiner Abstammung und der Besiz eines adelichen Guts (Havestate) der Regierung fähig. Ein adeliches Gut nenne ich ein solches, welches nach einer alten Einrichtung einem Edelmann das Recht verleihet, unter den Adelichen, die an der Regierung Antheil nehmen, eine Stelle zu suchen, und, wenn das übrige damit übereinstimmt, sie zu erhalten. Man zählt solcher Edelleute 18. Nicht ein jeder Gutsheer von dieser Art, sondern nur der, der aus einer adelichen Familie, die unter diesem Adel eine Stelle gehabt hat, entsprossen ist (doch sind nicht Ausländer ganz ausgeschlossen); der hiernächst 25 Jahr alt, der landesreligion zugethan und von dem Statthalter genehmigt worden ist, wird in den Adel aufgenommen.

Ein

508 Zweyter Theil. Fünftes Capitel.

Ein gleiches Recht hat das Mittel, welches aus Personen besteht, die zwar keine Edelleute sind, aber von ihrem Eigenthum, das in Grundstücken besteht, **Eigen Erffden** genannt werden. Diese haben das Recht, Abgesandte zu den Versammlungen abzuschicken, oder auch selbst diesen Posten zu übernehmen. Um ihn zu erhalten, wird ein den Gesetzen gemäßes Alter, eine Stelle unter den Religionsverwandten, ingleichen der Besitz eines Grundstückes, welches steuerpflichtig ist, und eine durch die Gesetze bestimmte Größe hat, erfordert. Man sehe den Befehl der Staaten vom 16 März 1717. Die ganze Landschaft **Drenthe** wird in sechs Quartiere (**Dingspillen**), nemlich **Zuiderwold**, **Beylen**, **Dieveren**, **Kolde**, **Nederweld**, **Oostermooer** eingetheilt. Sie schicken, ein jedes vor sich, Abgesandten (**Vollmachten**), deren Zahl ungleich, deren Rechte aber gleich sind, zu den Versammlungen ab. Es ist nemlich einem jeden Quartier das Recht einer Stimme bengelegt, daher hat der ganze Körper der Abgesandten sechs Stimmen. Drey kommen dem Adel zu. Die Abgesandten versammeln sich mit dem Adel in den Versammlungen, die zu **Affa** im Monat März, oder außerordentlich angesagt werden, und beschließen daselbst über Sachen, welche zur Regierung des ganzen Landes und der landeshoheit gehören. Die Gesetze haben diese Ueberschrift: **Ridderschap en Eigen erffden, de Staaten van Drenthe**.

§. 346.

Dem Prinz von Oranien, **Wilhelm dem vierten** ist die Oberstatthalterschaft erblich, sogar auf die weiblichen Nachkommen, den 25 Apr. 1748, und eine bestimmte Macht in Ansehung der Staatsgeschäfte den 25 März 1749. übertragen worden. Er ertheilt nicht allein militairische Ehrenstellen, wie überall, sondern auch wichti-

ge bürgerliche Aemter, so wie das Amt des Drosten von Drenthe, und des ihm zugefügten Benfijers. Er setzt die deputirten Staaten (§. 347), ingleichen den Secre-
tair der Staaten. Insonderheit aber bringt der Statthalter, wenn die beyden Mittel, das Mittel der Edelleu-
te, welche in ihrem Namen, und die Abgesandten, wel-
che in dem Namen der ganzen Gemeinheit, wozu sie ge-
hören, zur Versammlung kommen, auf der andern Seite,
umins sind, oder wenn einer von beyden Theilen unan-
sich streitet, die Theile zur Vereinigung, oder vertritt, wenn
dieser Weg nicht einschlagen will, die Stelle eines Schieds-
richters.

§. 347.

Unter die niederen obrigkeitlichen Personen werden
die Schultheißen gerechnet, welche nach ihrem Gutsdanken
die Gerichtsbarkeit ausüben, die in einer Zusammenkunft
vorzutragende Sachen (Goetspraaken) annehmen, kleine
Streitigkeiten beylegen, dafür sorgen, daß Verbrecher ge-
griffen werden u. s. f. Von ihrem Amte sehe man das
Gesez von Drenthe I, 17 u. s. f., II, 6. 17. 45. 48.

Eine höhere obrigkeitliche Person ist der Drost, dessen
Amt in dem Achthaben auf die Geseze, in der Verfolgung
der Verbrecher, und der Betreibung der in die Regierung
schlagenden Sachen besteht, und von sehr großer Wichtig-
keit ist. Von den Geldstrafen gehören zween Drittheil-
e ihm.

Er befindet sich bey dem Collegio der 4 geschwo-
renen Männer (Gedepurerde Staaten), welche ver-
möge eines Auftrags der Staaten die Regierung des Lan-
des, auf eben die Art, als in andern Orten, verwalten.
Sie sagen Versammlungen an, und haben die Verwaltung
des

510 Zweyter Theil. Neuntes Capitel.

des Schatzes, in welchen die Einkünfte der Domainen, und die auf die Aelter, Lebensmittel, öffentliche Aemter und Köpfe gelegten Abgaben kommen. Sie richten auch über Beysteuern, welche verpachtet zu werden pflegen, doch bleibt die Appellation an eine Versammlung der Staaten erlaubt.

Zu Folge eines alten Herkommens, welches sich auf einen Befehl des Requesen von 1575 (s. Nitzema d. 19 B. S. 331) bezieht, wird wegen der alten Verbindung mit Overyspel unter der Herrschaft der Bischöfe, der Drost aus Edelleuten von Overyspel, oder Drenthe, nach einer festgesetzten Abwechselung genommen (§. 340). Diese ist von der Art, daß unter sieben Malen dieses Amt zweymal an jenen und die übrigen Male an die letztern kommt.

§. 348.

Der Drost muß jährlich 2 Zusammenkünfte, welche **Goetspraaken**, oder, **Gaatspraaken** genannt werden, in jedem Quartier auf dem Lande auf einen gehörigen Tag und Ort, um Gericht zu halten, ansetzen. An denselben müssen vier Deputirte von einem jeden großen Dorfe, und zwey von einem kleinern (*buurschap*) zusammenkommen.

Diese Zusammenkünfte haben die Absicht, daß Prozesse eingeleitet, herbeigeführte Zeugen abgehört, und dem Drost alle Verbrechen, die in einer jeden Gemeinschaft begangen sind, und worauf eine Geldstrafe, oder eine andere Strafe, gesetzt ist, angezeigt werden. Wenn eines davon von dem, der darum weiß, verschwiegen wird, so wird für diese Pflichtvergessenheit ein Goldgulden auf jedes Haus dieser Gemeinschaft gelegt (eine gewissermaßen ähnliche

Ähnliche Einrichtung findet sich im Amte Sylwerden §. 336, welche daselbst Springding heißt. S. v. Rechte von Sylwerd. I, S. 67 u. f. f.). Eben diese Geldstrafe wird erlegt, wenn die Gesandten nicht zur Zusammenkunft abgeschickt sind. Hat ein Hausvater ein in seinem Hause begangenes Vergehen der Gemeinheit, zu der er gehört, vor der Zeit der Versammlung nicht angezeigt, so giebt er allein eine Strafe von 10 Goldgulden, und die ganze Gemeinde ist frey. Der Schreiber des Volke (Landschreyver) muß die angezeigten Vergehen, so wohl das übrige, das die Betreffung der bürgerlichen Angelegenheiten daselbst betrifft, ingleichen das, was hernach im höchsten Gerichte vorgenommen wird, in die Akten eintragen.

Das höchste Gerichte, welches 2mal im Jahr, im Monat May und October, über bürgerliche und Criminalsachen erkennt, wird Lotting genannt, und besteht außer dem Drost und dem Besizer, aus 24 geschworenen Richtern, welche Eeten heißen, wovon das Gerichte den Namen Eetstoel führt. Aus jedem Quartier des Landes werden 4 Männer gelesen, welche dies Gerichte ausmachen. Von ihnen wird erfordert, daß sie Güter besitzen, welche am Werth 1005 Gulden betragen, oder, daß sie eben so viel als Steuern erlegen, daß sie in dem Quartier, aus welchem sie genommen sind, wohnen, und entweder von Geburt Edelleute, oder es auch nicht von Geburt sind, wenn sie sich nur zur Landesreligion bekennen. Bey den jährlich zusammen berufenen Gerichten kommen in die Stelle der abgehenden 12 Richter neue, nemlich aus jedem Quartier 2. Diejenigen, welche sich diesem Amte entziehen, werden mit einer Geldstrafe belegt.

Die Art zu processiren ist einseitig, und kein Proceß wird hier in die Länge gezogen. Von den Aussprüchen dieser

512 Zweyter Theil. Neuntes Capitel.

Niese Richter findet keine Appellation, sondern nur eine Revision statt, nur muß der Gegenstand des Streits sich über 100 Gulden erstrecken. Jene Recognition aber kann bey den Staaten, oder ihren 6 Deputirten innerhalb 6 Wochen (m. s. d. Verordn. d. Staat. vom 20. März 1779.) gesucht werden, woben 50 Goldgulden auf den Fall deponirt werden müssen, wenn der Deponent die Klagen verlieren sollte. Der Proceß wird im nächsten Gericht, nachdem der Gewohnheit zu Folge 12 neue Richter in die Stelle der von diesem Amte abgegangenen eingetreten sind, von neuem untersucht. Die Streitsache wird mit einem Urtheil geendigt, woben demjenigen, der in dem ersten Bericht geworren hat, keine Revision, um dasselbe anzugreifen, verstattet wird.

Ben Verbrechen, auf welche Lebens, oder Leibesstrafe erfolgt, und die innerhalb der Zeit zwischen zweyen festgesetzten Gerichten begangen werden, ist besonders festgesetzt, daß die Verbrecher von dem Schultzeß gegriffen, und bey dem Drost angegeben werden, welcher, nachdem die Gründe, aus welchen sich die Wahrheit und die Beschaffenheit des Verbrechens beurtheilen läßt, von dem Landtschreiber gesammelt sind, aus jedem Distrikt (Dingspel) einen beeydigten Richter (Rte) berufen, und nach dem von diesen Richtern die Sache untersucht ist, darüber ein Urtheil sprechen lassen muß. Die Kosten werden bey Armen aus dem öffentlichen Schatz genommen. Lebensstrafe hebt Privatstrafen und die Ansuchung um eine Geldstrafe auf. Die Beschaffenheit der Strafe wird durch das Drentchner Gesetz (§. 349.) bestimmt. Ben Vergehungen, wofür keine Strafe von dem Gesetze bestimmt ist, beobachtet man das, daß man nach Beschaffenheit der Handlung und jedem bessern Rechte (naa den besten regten) die Schuldigen strafft.

Die

Die Gerichtsbarkeit bey den Gütern der Privatpersonen, die an andern Orten häufig gefunden wird, findet hier selten statt. Sie befand sich ehemahls bey Russen, jetzt gehört sie aber dem Volk, welches sie an sich gekauft hat. Noch jetzt ist bey Hogermilda das Recht, in bürgerlichen und Criminal Sachen, doch mit Appellation an das Obergericht, zu erkennen. Zu Hogeweene ist dem Stifter die erste Erkenntniß in bürgerlichen Sachen eingeräumt (s. Dumber analect. II, 363).

§. 349.

Das Gesetzbuch (*'t Landrecht van Drenthe*), das im Jahr 1614. und 1714. durchgesehen ist, hält viele Abschnitte des Teutschen Rechts in sich, insonderheit in Ansehung des großen Unterschiedes der Erb und erworbenen Güter (*Erfgoed en aangewonne goed*), man mag auf die Veräußerung, oder die Art zu erben, sehn. Eben diese Gesetze nehmen die Vereinbarung der Kinder aus den verschiedenen Ehen eines Wittwers und einer Witwe (*Eenkindschap*), die bey den Teutschen durch Adoption häufig ist, an, und bestimmen ihre Rechte.

Eine leer stehende Erbschaft, welche Ausländer während eines Jahrs zu suchen unterlassen haben, nimmt der Fiscus und die Armen, jeder zur Hälfte, hin. Bey unbeweglichen Gütern wird im Gericht eine Verjährung in 3 Jahren nicht ungültig angesehen, wider das Volk in 5 Jahren. Die Ähnlichkeit der Judicate macht kein Gesetz, sondern, wenn ein Fall eintritt, woben das Drenthener Gesetz nichts fest setzt, so müssen die Richter nach Rechte und Billigkeit (*naa den besten regten en billijtheeden*) Recht sprechen.

Dritter Theil.

**Von dem Bunde, welches die vereinigten Staaten
zusammen hält.**

Das erste Capitel.

**Von den gegenseitigen Rechten und Verbindlichkeiten der
vereinigten Staaten.**

§. 350.

Nachdem wir die besondern Provinzen der vereinigten Niederlande durchgegangen sind, und die Art, wie sie regiert werden, stückweise betrachtet haben, so schreiten wir nun zur Betrachtung der Natur des Bündnisses fort, welches sie sämmtlich zusammen hält.

Da der König Philipp der zweyte den festen und bey ihm unveränderlichen Entschluß gefaßt hatte, aus dem Niederlanden eine Provinz zu machen, und er lieber in denselben keine Bürger, als solche, die seinen Absichten zuwider wären, haben wolte, so bewog diese sie insgesammt bedrohende Gefahr fast alle, zu dem Bündniß zu treten, das zu Gent im Jahr 1576. geschlossen war. Als nachher die Gefahr der Knechtschaft wuchs, so erzeugte sie das engere Niederländische Bündniß (*de nadere Unie*) den 23 Januar 1579. nach vielen überwundenen Schwierigkeiten, wobey indeß das erstere Bündniß nicht aufgehoben ward. Einige suchten im Anfang dasselbe nicht, oder verwarfen es gar, weil sie das zu Gent geschlossene für

für hinreichend hielten, oder es vorgaben (wie z. B. die Stadt Gröningen und das Land Drenthe), weil sie befürchteten, ihre Rechte, die sie sich hatten verschern lassen, zu verlieren, wenn sie sich zur Parthei derer, die die Waffen wider den König ergriffen hatten, schlagen würden. S. van de Spiegel, im 1 Fascikel der auserlesenen Dokumente S. 59. 119. 131. 143. 450. 323 u. f. f.

Einige Bundesgenossen traten zu dem Bündniß gerade zu, andere unter ausdrücklicher Bedingung gewisser beizubehaltenden Rechte, z. B. die Stadt Venlo, und vorzüglich Nimwegen, s. ebendas. S. 289, ingleichen sehe man das, was die Deputirten der Stadt Goes den 28 Jan. 1579. erklärten, ebendas. S. 221 u. 38, auch die Acta auf dem Concil, das den 27 u. 28 May 1579. und den 5 und 11 Jan. 1580. zu Zutphen gehalten ward. Nachdem die Stadt Gröningen im Jahr 1594. mit den vereinigten Staaten fest verbunden worden war, so erwuchs aus den sieben vereinigten Provinzen, die noch jetzt vorhanden sind, eine Gesellschaft mit gleichen Rechten. Dieses Bündniß ist im Jahr 1651. in einer außerordentlichen Versammlung von neuem bekräftiget worden. Auch ist es seit dieser Zeit nicht getrennt worden, außer nur eine kurze Zeit lang, da das Kriegsglück im Jahr 1672. Geldern, Overysel und Uetrecht von den übrigen abwandte. Mit ihnen ist im Jahr 1674. die Gesellschaft wieder hergestellt worden, doch haben sie alle nicht ihr voriges Recht wieder erhalten. Ob dieses nicht Recht habe geschehen können, hat Byntershoet in den Fragen über das Staatsrecht S. 119. untersucht. Es scheint diese Frage nicht aus dem alten *jure postlimis* beantwortet werden zu können, weil dasselbe von den Römern festgesetzt ist, und sich mit dem heutigen Europäischen Kriegsrecht nicht verträgt, sondern sie fließt aus der

Natur eines unter freyen Völkern auf immer errichteten Bündnisses und der Beschaffenheit der That.

Es ward aber die Gesellschaft der zu Gent vereinigten Staaten allmählich geschwächt und endlich getrennt, als die Wallonischen Länder sich mit dem Könige ausöhnten, und Flandern nebst Brabant nach und nach wieder in seine Gewalt gebracht wurde. Die vier Gesandten von Brabant nahmen von der gemeinschaftlichen Versammlung der Niederlande den 6. Sept. 1585 Abtritt, weil sie keine Vollmacht aufweisen konnten. Und es haben auch seit dieser Zeit keine andere, als die sieben vereinigten Niederlande, fortgefahren, ihre Angelegenheiten in den Versammlungen zu betreiben, und sich des größern Siegels, welches sie vormals alle gebrauchten, zu bedienen, wie auch sich mit dem gewöhnlichen Namen der Generalstaaten benennen zu lassen. S. Rev.'s Gravesande in dem Buch: *Jodus Trajectinum recogitatum* S. 271. Oft, und noch im Jahr 1752, hat man gesehen, daß sich die vereinigten Staaten nicht durch die Verbindlichkeiten, welche sich ehemals die Bundesgenossen zu Gent auferlegten, binden lassen wollen.

§. 351.

Die Einrichtungen der niederländischen verbundenen Staaten lassen sich vollkommen einsehn, wenn man sie in 3 Abschnitte eintheilt. Dahin gehören erstlich, die Rechte und Verbindlichkeiten der vereinigten Staaten unter einander; zweytens, die Art, wie sie die Staatsgeschäfte betreiben; drittens, die Verwaltung der gemeinschaftlichen Regierung in dem von ihnen eroberten Gebiete.

Die

Von den gegenseitigen Rechten und Verb. 517

Die Rechte und Verbindlichkeiten der vereinigten Staaten lassen sich aus 3 Quellen kennen lernen; erstlich, aus der Natur, den Worten und dem Sinne des Bündnisses; hiernächst, aus den Verordnungen der Staaten, die seit der Errichtung des Bündnisses gemacht sind; endlich auch aus dem Herkommen. Die erste Quelle ergiebt sich aus dem Formular des Bündnisses. Von diesem haben verschiedene, und zuweilen die Staaten selbst, in öffentlich herausgegebenen Schriften einige Theile erklärt, zu einigen hat der Rechtsgelehrte Bondt und Pauli, so wie auch Troge, theils zu einigen, theils zu allen Capitteln, einen ununterbrochenen und wortreichen Commentar geschrieben. Das Formular besteht aus 26 Artikeln, oder Paragraphen. In einigen derselben sind die gegenseitigen Pflichten der vereinigten Staaten, in andern die Bewehrleistung dieser Pflichten enthalten, ingleichen Einrichtungen, die bey einigen immerwährend, bey andern auf eine Zeit eingeschränkt, bey andern wieder von der Beschaffenheit sind, daß sie nie haben aufgenommen werden können. Bey einigen ist der Sinn deutlich; bey andern dergestalt ungewiß, daß er eine authentische Auslegung zu fordern scheint.

Ueberhaupt was das ganze Bündniß anbetrift, muß man merken, daß die vereinigten Staaten nicht die Absicht gehabt haben, oder haben haben können, daß sie hätten Gesetze geben wollen, welche alles das bestimmten, was der Form und Zustand des Staats, so wie er jetzt ist, entspräche: denn es war noch nicht beschloßen, die königliche Herrschaft abzuwerfen. Als nach der Entfernung des Grafen von Leicester der Grund des bisher erschütterten und durch Gesetze, oder Meinungen, noch nicht recht gebildeten Staats etwas fester zu werden anfang, so scheint die damalige Beschaffenheit der Zeitumstände verhindert

zu haben, daß ein neuer, und zwar mehr in sich faßender, und der künftigen Beschaffenheit der Dinge angemessener Bund errichtet würde. Daher mußten die Bundesgenossen durch besondere Verordnungen neue gegenseitige Verbindlichkeiten, und neue Einrichtungen in Ansehung der Staatsverwaltung festsetzen, sobald in dem Staat, welcher unter den angesehenen Völkern einen Platz erhalten, und durch dazugekommene Kräfte mächtig zu werden angefangen hatte, so vielerley neue Einrichtungen gemacht wurden. Dieser zweiten Quelle der Verbindlichkeiten ist die dritte beigefügt worden, welche aus dem stillschweigenden Zugeden der Bundesgenossen entstanden ist, nemlich das Herkommen, und zwar ein solches, welches unter freien Völkern ein Gesetz macht.

Die Auslegung, sowohl von den zweifelhaften Verträgen, als auch der durch das Herkommen eingeführten Regeln, muß aus Gesetzen, welche mit dem Völkerrechte übereinstimmen, angestellt werden. Bei ihrer Erklärung kann man den Grund, der von der Analogie auf eine vorsichtige Art hergeleitet wird, gebrauchen. Denn von dem, wovon man gesehen hat, daß es, wenn es geschehn, oder nicht geschehn ist, dem Staate nützlich geworden sey, schließt man nicht so sicher, daß die vereinigten Staaten es gewollt haben, als wenn man annimmt, die Staaten haben gewollt, daß dies dafür gehalten werde, was sie nicht ohne offenbare Verdröhung ihres Vorsayes und ohne offenbare Unbeständigkeit in Reden und Handlungen nicht haben wollen können.

Es fallen viele und wichtige Streitigkeiten wegen der Verbindlichkeit der Staaten vor, und sie geben eben durch ihre Länge zu erkennen, daß nicht bloß in dem Rechte (wie die Rechtsgelehrten von ihrer Kunst eingestehen), sondern auch vorzüglich in Staatsangelegenheiten eine bey allen Stücken angebrachte Bestimmung nachtheilig sey.

§. 352.

Die vereinigten Staaten werden durch ein sehr enges Band der Freundschaft, des Nuzzens und der Verträge mit einander verbunden, ohne daß sie das Band einer gemeinschaftlichen Regierung zusammen hält. Bei einem jeden unter ihnen befindet sich die völlige Landeshoheit, und eine ungestörte natürliche Freyheit, insofern dieselbe weder durch die Worte noch durch den Sinn des Bündnisses und nachher errichteten gemeinschaftlichen Verordnungen, oder durch die Natur einer immer fortbauenden Gesellschaft, eingeschränkt ist. Denn, als diese Gesellschaft anfangs, sich in den Besitz einer gemeinschaftlichen Herrschaft zu setzen, so ist auch nichts davon festgesetzt worden, oder hat können festgesetzt werden, wie diese auf die Gesellschaft übertragen würde (s. d. Vorred. den ersten, ingleichen den sechzehnten Artik. des Bündnisses), und es erhellt aus dem, was in der Utrechter Zusammenkunft im Monat May 1583. vorgenommen worden ist, daß dieses nicht mehr die Absicht der vereinigten Staaten zu Utrecht, als zu Gent, gewesen sey. Eben dies bestätigt die von einigen Wilhelm dem ersten, von andern dem Franz von Anjou angetragene Herrschaft, ingleichen die nach ihrer beyden Tode mit den Engländern und Franzosen vorgenommenen Unterhandlungen, so wie auch der Anschlag, den die Provinz Geldern im Jahr 1675. faßte.

Da in dem Gebiete einer jeden Provinz sich die höchste Landeshoheit befindet, so folgt, daß von einer jeden Nation, nicht von allen, es abhänge, in ihrem Lande Gesetze zu geben, das Gerichtswesen einzurichten, Strafen nachzulassen, Steuern aufzulegen, öffentliche Ausgaben anzuordnen, Privilegien zu verleihen, obrigkeitliche Personen anzustellen, und das höchste Gericht zu verwalten.

Es beweist auch nichts, was man wegen der Gesetze einwendet, daß einige von allen gegeben würden, wozu auch die Bürger einzelner Provinzen verpflichtet wären. Sie werden mit gemeinschaftlicher Bewilligung gegeben, und es wird nicht einzelnen Provinzen befohlen, sie in ihren Ländern bekannt zu machen, sondern sie werden darum befragt. S. d. Niederl. Gesetzb. V, 1495, ingleichen dasjenige, was im Jahr 1750 vorgenommen ist u. s. f. Auch steht uns das nicht entgegen, daß die Holländer den älteren Platz in ihrem Lande dem Bundesgenossen einräumen. Diese Ehre, welche der Gesellschaft erzeigt ist, ist kein Beweis der erkannten höchsten Gewalt gegen einzelne, welche der Gesellschaft anliebe, sondern der Höflichkeit, die unter freien Völkern üblich und ihnen anständig ist. S. Vor in den Dokumenten zum Jahr 1584, ingleichen Aizema IX, 832. 839. 842, und die Verordnung der Staaten von Holland vom 1 März 1685, und 18 Januar 1752.

Außer der Freiheit, welche ein jeder Bundesgenosse in der Unabhängigkeit einer höhern Gewalt erhalten hat, hat man im 1 §. des Bündnisses ausdrücklich festzusetzen sich bemüht, daß die Nationen, oder ihre besondern Theile (denn diese kamen stückweise, ohne Zutritt eines ganzen Volks, zuweilen zu der Gesellschaft), ihre Rechte und Privilegien ungestört genießen sollten, nemlich solche, deren sie nicht selbst, entweder durch einen besondern Vertrag, oder, wenn sie das Bündniß ohne Ausnahme unterschrieben, entsagten. Dieser reservirten Rechte wegen entstehen aber oft Streitigkeiten, z. B. im Jahr 1779. zwischen Overyssel und Branne wegen des Privilegiums vom Jahr 1595. (344 §.), ingleichen s. m. d. Gesch. der Genueh. von Goes S. 460.

§. 353.

So wie das bey allen Bündnissen statt findet, daß sie von der natürlichen Freyheit einen kleinen Theil aufheben, so hat auch die Niederländische Vereinigung des gemeinschaftlichen Wohls wegen die natürliche Freyheit der einzelnen Bundesgenossen etwas geschwächt. Es entstehen aus dieser Aufopferung die Verbindlichkeiten der Bundesgenossen; welche theils vollkommene, theils weniger vollkommene sind. Jene legt der Wohlstand und die Beschaffenheit des eigenen Bestens auf. Diese werden mit Recht, als schuldige verlangt, und legen den einzelnen Bundesgenossen die Nothwendigkeit auf, zum Besten der Gesellschaft einiges zu thun, anderes nicht zu thun, anderes zu leiden.

Obgleich die Bundesgenossen an Macht, und daher auch an Ansehn unter einander ungleich sind, so sind doch ihrer aller Rechte und Verbindlichkeiten von gleicher Beschaffenheit, wo nicht deutlich erhellet, daß einiger Unterschied des Rechts in einem besondern Vertrage, oder dem Herkommen, deutlich gegründet sey.

§. 354.

Das erste Gesetz des Bündnisses ist dieses, daß die Gesellschaft ewig und unzertheilt seyn soll, als wenn die Verbundenen Glieder eines und eben desselben Körpers wären (§. d. 1 §. des Bündnisses). Aus der Stärke und ewigen Dauer dieser Verbindung entstehen zwey Arten der Verbindlichkeiten; die eine zielt auf das ab, was mit den Auswärtigen vorgenommen wird, die andere begreift die übrigen Arten der zur innern Beschaffenheit des Staats gehörenden Form der Geschäfte in sich.

Die vornehmste Verbindlichkeit der ersteren Art ist die gegenseitige Vertheidigung wider eine feindliche Gewalt. Die Bundesgenossen sind verpflichtet, einander auf die Art, welche in dem Formulae des Bündnisses vorgeschrieben ist, Hülfe zu leisten. In diesem ist aber festgesetzt

Erstlich, jeder Bundesgenosse soll dahin sehn, daß er nicht Ausländern irgend eine Gelegenheit zum Kriege an die Hand gebe, und zu diesem Ende ihnen ein unverbrüchliches Recht andeuten lassen; daß dieses nicht übertreten werde, dafür müssen die übrigen Bundesgenossen durch schikliche Gegenmittel sorgen (ebendaf. im 17 §.).

Zweytens, wenn mit Auswärtigen ein Krieg zu führen ist, so wird unterschieden zwischen dem Kriege, wo die Bundesgenossen das Volk, welches für einen Feind erklärt ist, angreifen, und dem, welchen Auswärtige wider einzelne Provinzen anfangen. Wegen dieses letztern ist ebendasselbst im 3 §. festgesetzt, daß man einem jeden Bundesgenossen, welcher angegriffen wird, beystehn müsse, daß aber die sämtlichen Provinzen die Sache untersuchen, und nach ihrer Beschaffenheit beschließen sollten. Was ist aber zu thun, wenn eine widerspricht, und dem, der wirklich Unrecht erlitten hat, die Hülfe versagt? Bynkershoek urtheilt in den Fragen über das Staatsrecht S. 171, daß die Verweigerung der Kriegshülfe nicht freundschaftlich, aber gerecht sey. Man sieht aus der Vergleichung des 3 §. des Bündnisses mit dem ersten, daß diese Auslegung, insofern die Rede von der Gewalt ist, womit eine gegenwärtige Gewalt zurückgetrieben werden soll, nicht wenig Schwierigkeit bey sich führt.

Drittens, der 9 §. des Bündnisses setzt fest, daß ein mit Ausländern zu führender Krieg auf sämtliche Einstimmung beschloßen werden müsse. Wie aber, wenn wenige, oder die meisten, bey dem Widerspruch eines, oder zweyer, um das ihnen, oder allen, widerfahrne Unrecht zu rächen, die Waffen, und zwar auf ihre Kosten, ergreifen wollen? Bynkershoek behauptet am angeführten Ort S. 116, daß es erlaubt sey. Allein Gründe, und zwar nicht geringe, verbieten uns, ihm beizupflichten, insonderheit, wenn man auf den gegenwärtigen Zustand von Europa sieht. Wenn einmal ein Krieg angefangen ist, so kann es sich leicht zutragen, daß Feinde, welche schwach zu seyn scheinen, von mächtlern unterstützt und fürchterlich werden, es trägt sich auch leicht zu, daß Besizungen angegriffen werden, welche den sämmtlichen Bundesgenossen gemeinschaftlich gehören, woraus denn für sie alle die Nothwendigkeit entspringt, die Waffen zu ergreifen. Ich will nichts davon sagen, was es für Schwierigkeiten mit sich führt, einen besondern Krieg, ohne daß die vereinigten Staaten die Unkosten gemeinschaftlich tragen, Soldaten und Kriegsbedürfnisse liefern, zu führen.

Viertens, eine besondere Frage ist es, ob das, was in Ansehung des Kriegs fest gesetzt ist, auch auf die Vorspiele des Kriegs, welches Repressalien zu seyn pflegen, sich erstrecke. Bynkershoek räumt am angeführten Orte S. 177 dieses Mittel einzelnen Staaten, welche das ihnen zugefügte Unrecht rächen wollen, ein. Die Zeit, die Art, eine größere, oder geringere, Gefahr, welche von dem Volke, gegen welches eine solche Gewalt gebraucht wird, zu beforgen steht, und eine dringende Nothwendigkeit, pflegen bey diesen, und ähnlichen Fragen von Wichtigkeit zu seyn.

Sünstrens, in Ansehung der Festungen und ihrer Bekkungen ist im 4 und 7 §. des Bündnisses gesorgt worden. Es ist darüber beschloßen worden, daß Grenzörter, und andere, wo es nöthig wäre, nach dem Gutachten und Befehl der Bundesgenossen befestigt werden, und diese den halben Theil der Kosten tragen sollten. Wenn die sämtlichen Bundesgenossen beschloßen, daß in einzelnen Provinzen Festungen angelegt werden, oder schon vorhandene abgetragen werden sollten, so sollten die Kosten dazu aus dem gemeinschaftlichen Schatze genommen werden.

Die Besatzung soll nach eben diesem gefassten Schluß zu einer jeden Zeit, wenn es nöthwendig zu seyn scheint, und die Bundesgenossen dieselbe auf Vorstellung des Statthalters, der die Aufsicht über alle Länder hat, eingelegt haben, ohne Weigerung aufgenommen werden (s. **Box XII, 928**). Bey dieser Verbindlichkeit ist das Gesetz hinzugefügt, daß, so wie es in Holland üblich wäre, ein jeder Soldat für die Einquartierung ein gewisses Geld erlegen, und der landesherrlichen Obrigkeit des Landes, worinn er sich befände, endlich versichern solle, daß er nichts zu ihrem Nachtheil unternehmen werde. Hiervon, so wie von der Herrschaft über die Soldaten, welche durch neuere Gesetze bestimmt ist, wird unten geredet werden.

§. 355.

Das Bündniß befiehlt im 9 §. daß bey einem Waffenstillstande und einem mit einem gemeinschaftlichen Feinde zu schließenden Frieden nicht anders, als mit einstimmiger Bewilligung, verfahren werden solle. Doch hat man nach dieser Zeit dafür gehalten, daß nicht immer dieses Gesetz befolgt werden könnte, so wie im Jahr 1609. 1648. 1661. und 1684. Ob auch die Bundesgenossen bey der Ratification eines Friedens, welchen die gemeinschaftlichen Ge-

sanden

sandten beschloßen haben, insonderheit seit welcher Zeit durch das Herkommen in Europa ausgemacht worden ist, daß die Verträge der Gesandten nicht eher gelten sollen, ehe sie ratihabirt sind, ist nicht völlig entschieden. Im Jahr 1648. befand man es für gut, daß die Stimmen der meisten gelten sollten.

§. 356.

Was die Bündnisse anbelangt, so muß man unterscheiden, ob die Rede von solchen ist, welche gemeinschaftlich zu errichten sind, oder von der Vollziehung solcher, welche auf rechtmäßige Art gemacht sind. Neue Bündnisse, welche die sämtlichen Bundesgenossen verpflichten, können nicht geschlossen, oder nach Verfluß der für sie bestimmten Zeit verlängert werden, wenn nicht alle darinnen einstimmen (ebendas. im 10 §.). Insonderheit kann niemand in die Gesellschaft der Niederlande kommen, wo es nicht die einzelnen Provinzen bewilligen (ebendas. im 11 §.).

Es ist nicht verboten, daß ein Bundesgenosse mit dem andern ein Privatbündniß errichtet, und die Erfahrung lehrt es, daß es geschieht. Ob eben dies Recht einzelne Provinzen haben, mit Ausländern Verträge zu errichten, ist zweifelhaft. Bynkershoek bejahet es am angeführten Orte S. 309 u. f. f. Wenigstens scheinen solche Bündnisse, welche den Rechten und Vortheil der Gesellschaft gerade zu, oder durch Umwege, etwas benehmen, nicht der Willkühr eines jeden Bundesgenossen überlassen werden zu können. Die Verträge, welche älter sind, als der Ursprung der Gesellschaft (z. B. der Einwohner von Geldern mit Cleve), fahren fort, ihre Gültigkeit zu haben.

Das Recht, an Auswärtige Gesandtschaften abzuschicken, ist ein Theil der natürlichen Freiheit der einzelnen Provinzen. Bloß in Ansehung der Ursach, wess wegen sie abgeschickt werden können, findet ein Bedenken statt. Die Sache hänge von der Natur des Geschäftes ab, welches ihnen zu besorgen aufgetragen wird.

In wie fern gemeinschaftliche Abgesandten, das heißt, solche, die von allen Bundesgenossen zu Auswärtigen abgeschickt werden, die von einzelnen Provinzen übertragenen geheimen Aufträge annehmen, und ohne Wissen der übrigen vollziehen können, darüber ist im Jahr 1654. ein großer Streit entstanden. S. Wagenaar in der Vaterl. Gesch. bey dem angeführten Jahre, und Aigner ma VIII, 120.

Ob es die Denkungsart, die Natur und der Vortheil der Gesellschaft zugelegt, daß über Sachen, die sie angehn, von Auswärtigen an einzelne Bundesgenossen Gesandten abgeschickt werden, darüber sehe man Bynkershoek am angeführten Orte S. 215. Vor VI, 388 und den 242. §.

Von den Bündnissen, welche in gemeinschaftlichen Versammlungen gemacht werden müssen, sehe man den 360. §.

§. 357.

Wir gehen nun zu den Geschäften über, welche die innere Staatsverfassung betreffen.

Stetm. kommt vieles vor, wovon nichts in dem Bündnisse ausdrücklich festgesetzt worden ist, noch hat festgesetzt werden können. Von dem aber, was daselbst ausdrücklich bestimmt worden ist, geht die Hauptmeinung das
hin

hin hinaus, daß, erstlich, unter den Bürgern der durch das Bündniß vereinigten Länder aller Saame der Gehässigkeit und Zwietracht verhütet, hiernächst, daß kein Bundesgenosse bey der Beförderung des allgemeinen Bestens von dem andern gehindert werde, und auf diese Art dasjenige, welches auf das gemeine Beste abzielt, ungestört beschloßen und ausgeführt werden könne.

In Ansehung der Erhaltung der gegenseitigen Ruhe und Freundschaft der Bürger hat man dahin gesehen, daß weder durch den Unterschied der Religion, noch den Eifer zur Handlung und zum Gewinnst das Band der Freundschaft zerrissen werde. Was das erste anbetriß, so verstattet man einem jeden eine solche Religionsfreyheit, wonach niemand gezwungen wird, wider Willen seinen Meynungen zu entsagen, und die Landesreligion anzunehmen (s. den 13 §. des Bündnisses). Die öffentliche Religion aber beschützen die sämtlichen Bundesgenossen, so wie sie in der Dordrechter Synode festgesetzt ist (s. den 113 §.).

Damit niemand seiner Handlung mit dem Schaden eines andern aufhelfe, so hat man im 18 §. des Bündnisses dahin gesehen, daß, erstlich, kein Bundesgenosse die Bürger eines andern mit größern Lasten, als die seintigen, beschwere, noch auch zum Nachtheil des andern Bölle anlege. Eben deswegen verbietet, zweyten, der 12 §. des Bündnisses, den Werth des Geldes, das nach gemeinschaftlicher Bewilligung festgesetzt seyn würde, nach eigener Willkühr zu verändern, oder es abzusetzen. S. den 155 §. und dann de Spiegel gesammelter Urkunden S. 216.

§. 358.

Es ist auch der Sorgfalt derjenigen, die das Bündniß entworfen haben, die Bemerkung nicht entgangen, wie
viel

viel der Ruhe des Staats daran gelegen sey, wenn folgende drey Stücke, die vorzüglich die Ruhe desselben bewerkstelligen würden, gehörig bestimmt würden. Man mußte nemlich festsetzen, wie, erstlich, die in besondern Ländern entstandenen Streitigkeiten beygelegt werden, wie, zum andern, die unter zweyen, oder mehrern Bundesgenossen, entstandene Zwistigkeiten geendigt werden müssen, und wie man, drittens, gemeinschaftliche Geschäfte so zu betreiben hätte, daß der Widerspruch gehoben und die nothwendigen Entschlüsse gefaßt werden könnten, um einen guten Ausgang zu gewinnen. S. den 1. 9 und 16 §. des Bündnisses, wovon Bynkershoek geglaubt hat, daß sie kaum vereinigt werden könnten.

Die erste Frage scheint der erste §. des Bündnisses abzuhandeln. Es entstehen nemlich die Streitigkeiten in den einzelnen Ländern, entweder von Privatpersonen, oder von den Mitteln, welche das Ruher des Staats führen, das ist, von den verschiedenen Gliedern des in einem Lande regierenden Körpers. Wenn dieser die Bundesgenossen um ihren Beystand wider Aufrührer anruft, so scheint ihm nach eben diesem 1 §. des Bündnisses von denselben Hülfe geleistet werden zu müssen.

Entstehn aber Streitigkeiten unter verschiedenen Gliedern der in einem Lande befindlichen Regierung, so hat man dabey auf einen gewissen Unterschied Rücksicht zu nehmen. Der Streit betrifft entweder eine privat, oder öffentliche Sache. Wenn nemlich z. B. die Einwohner einer Stadt mit ihrem Magistrat, oder zwey Städte, wegen der Gerichtsbarkeit, oder einer gewissen Freyheit, uneins sind, so legen diesen Streit die Gerichte bey, welche in besondern Ländern dazu niedergelegt sind um das Recht zu sprechen, oder selbst

selbst die Staaten. Bei einer öffentlichen Angelegenheit, z. B. wenn über das Recht eines größern Gewichts in den Versammlungen der Staaten gestritten wird, erkennen die Richter nicht. Was geschieht daher bei solchen Streitigkeiten? was, wenn nicht einmahl in einer Privatsache der andere Theil dahin gebracht werden kann, das Urtheil zu befolgen? oder wenn er, leugnet, daß es eine Privatsache sey, und von einem Richter abgethan werden könne? wenn keine gemeinschaftliche Obergerichte vorhanden sind, so wie dergleichen Gericht in Overyssel fehlt? Durch das Bündniß ist festgesetzt worden, daß die Bundesgenossen sich in dergleichen Streitigkeiten nicht mischen sollen, so lange die Partheyen sich noch einem Gerichte unterwerfen, das heißt, nicht einen jeden Weg zur Ausmacheung ihres Rechts verwerfen. Wie aber, wenn die Streitigkeiten in Gewaltthätigkeiten ausbrechen? wenn sie die Anschläge hindern, wovon das Wohl der ganzen Gesellschaft verlangt, daß sie zur rechten Zeit gefast werden?

Von was für einer großen Wichtigkeit man es gehalten habe, vor Errichtung des Niederländischen Bündnisses eine gewisse Art, diese Streitigkeiten beizulegen, zu erfinden, sieht man aus dem zwischen Holland und Seeland im Jahr 1576 geschlossenen engern Bündnisse im 4. §. (S. d. Niederl. Gesetzb. II, 2126). Durch diese Convention ward Wilhelm dem ersten das Recht zugestanden, die zwischen beyden Völkern, oder ihren Städten damahls obwaltenden Zwiste, oder solche, die bei diesen bürgerlichen Unruhen noch eintreten würden, nach seiner Willkühr beizulegen. Es fehlte auch in diesem und dem vorhergehenden Jahrhundert in Geldern und dem Lande Overyssel an Unruhen nicht, wovon ein jeder weiß, wie schwer es gehalten habe, sie beizulegen.

Sind aber die Bundesgenossen, wenn sie bey solchen Mißheiligkeiten keinen Frieden stiften können, Richter in denselben? Die Worte des Gesetzes sagen dies nicht ausdrücklich. Das Herkommen ist hierinnen verschieden. Bey den Streitigkeiten, die im Jahr 1610 in der Stadt Utrecht entstanden, schlugen sich der Englische und Französische Gesandte, die Generalstaaten, der Prinz Moriz und der Staatorath ins Mittel, und es ward ihnen zuletzt überlassen, nach ihrem Gurdanken in diesem Streite das Endurtheil zu sprechen. S. van Meteren bey dem angeführten Jahre. Bynkershoek leugnet, daß Beispiele von Aussprüchen, welche die Generalstaaten ohne Compromiß gethan hätten, vorhanden wären. Denn die Stadt Groeningen hatte sich im Jahr 1594 auf immer dem Urtheil der Bundesgenossen unterworfen, man kann daher das, was daselbst vorgegangen ist, nicht als ein Beispiel anführen. Doch sehe man in Ansehung der Friesischen Angelegenheiten Alzema im 7. B. S. 584, ingleichen ebendaf. S. 628 u. f. f., wo dasjenige angeführt wird, was von den Generalstaaten zur Beilegung der Streitigkeiten verschiedener Art bis zu dem Jahr 1637 vorgenommen worden ist.

Die Eintracht haben entweder die sämmtlichen Bundesgenossen, oder auch einige, oder einer, schon oft durch ihre Vermittelung hergestellt. S. Alzema im 8ten Theil S. 209. 214. 218 u. f. f. Th. 9. S. 1 u. f. f. ingleichen die Verordnung der Generalstaaten vom 9. November und 11. December 1711. Seit dem Jahr 1747 haben einige Bundesgenossen dem Statthalter die Macht eingeräumt, in dergleichen Sachen zu beschließen, andere haben ihm in ihrer Ritterschaft einen Platz gegeben, damit er bey Zeiten zur Erhaltung der Eintracht, oder ihrer Wiederherstellung, rathe könne. Denn bey der Regierung

zung der Republiken vermag das nachdrucksvolle Ansehn eines, der Rath erteilt, oft mehr, als bisweilen in andern Reichen der Wille derer, die befehlen, Nutzen stiftet. Ein sehr merkwürdiges Beispiel von einem im Jahr 1586 angenommenen Ausspruch führt Kierner in seinem Haag II. 429. an.

§. 359.

Der 16. §. des Bündnisses zeigt an, wie weit sich die Gewalt aller Bundesgenossen in Ansehung der Beilegung der Streitigkeiten, die einzelne Nationen mit einzelnen, oder, die eine, oder zwey mit allen führen, erstreckt. Er unterscheidet, ob die Streitigkeiten der unter einander un-
eins gewordenen Provinzen in das Privatrecht (300 verre het eenige van de Provincien in 't particulier angaat) und in das gemeinschaftliche Recht (300 verre de Zaake alle Provintien in 't generaal angaat) schlagen.

Wegen der erstern Art ist festgesetzt, daß die Sache von den übrigen Bundesgenossen, unter welchen die Parteien nicht begriffen sind, oder von ihren Mandatarien, beigelegt werden solle. Es entstehen aber Streitigkeiten von dieser Art, entweder aus dem verletzten Privatrecht, dessen Sache sich der Staat annimmt, oder aus einem freiständigen Staatsrechte, das ist, einem solchen, welches die ganze Nation angeht.

Eine andere Frage ist es, ob es einem Bundesgenossen erlaubt sey, sich, um seinen Bürgern wegen eines gewissen andern geliehenen Geldes Genugthuung zu verschaffen, an die Güter gewisser Privatpersonen, die unter der Herrschaft des Debitors liegen, zu halten. Daß es erlaubt sey, haben die Holländer im Jahr 1759 u. f. f. wider die Groeninger behauptet.

532 Dritter Theil. Erstes Capitel.

Es ist unstreitig ausgemacht, daß bey Versagung des Rechts die Retorsion statt finden könne. Die Gesetze verbieten sie nicht, und die Erfahrung bestätigt es, daß sie vortheilhaft sey.

Die Statthalter haben schon oft vermöge der ihnen übertragenen und angenommenen Willkühr Streitigkeiten in Ansehung des Rechts und der öffentlichen Vortheile zweyer streitenden Provinzen beigelegt. Dies geschah z. B. im Jahr 1756 bey dem damals zwischen Geldern und Overysel obwaltenden Streite über das Recht eine Aebtrissinn in dem adelichen Frauenstifte zu Hunnepe zu ernennen. Man füge hinzu, was im Jahr 1769 geschehen ist, als man den Bylandischen See (Bylandische Waard) durchgraben wollte.

Wenn aber aus dem Urtheil für die übrigen Provinzen ein Vortheil, oder Schaden, erwachsen könnte, oder, wenn eine mit allen in Streit gerieth, so ist im 16 §. des Bündnisses festgesetzt worden, daß es zum Amte der Statthalter gehören solle, daß sie, wenn sie auf die Art, wie im 361 §. angeführt wird, darum ersucht werden, innerhalb eines Monats, oder, wenn die Sache dringend ist, noch schneller den Streit entweder durch Vereinigung der Theile, oder durch einen Ausspruch, ohne alle weitere Appellation belegen.

Es fehlt aber doch nicht an Beyspielen, daß richterliche Aussprüche nach dieser Zeit so gar auch einem Statthalter übertragen sind; z. B. im Jahr 1674. dem Prinz Wilhelm dem dritten, daß er das Verhältniß der Beiträge und die Zeit der Zahlung der Ubrigen von der Provinz Geldern, Utrecht und Overysel bestimmen möchte; ingleichen im Jahr 1770. dem Prinz Wilhelm dem

dem fünften, daß er den Streit, der mit der Colonie Essequibo geführt ward, beulegen möchte.

§. 360.

Es ist noch die dritte Frage übrig, wie Streitigkeiten, die unter den Verrichtungen des ganzen Staats vorfallen (*'t beleid van deze conföderatie en 't greene daat van dependeert, en uit volgen sal, aangaande*), beizulegen sind. Der 9 §. des Bündnisses hat die Vorschrift angegeben, daß das Recht des größern Theils statt finden müsse. Von dieser Vorschrift, welche der Natur einer jeden Gesellschaft, vorzüglich einer solchen, die von beständiger Dauer seyn soll, angemessen ist, führt Grotius folgende Worte des Jeannin an: hierdurch allein, daß wenigere den mehrern nachstohn, bleiben die Reiche stehn, in andern Fällen gehn sie zu Grunde. Er fügt hinzu, daß Spenser gesagt habe: ein Staat, in welchem das Recht der Mehrheit der Stimmen nicht gelte, sey der Jungfrau gleich; wovon die alten Schriftsteller erzählen; daß sie von den Händen der unter einander streitenden Mitbuhler zerrissen sey (§. Vor authentis. Urkund. II, 59). Doch sind von dieser Vorschrift einige Verrichtungen durch das Herkommen ausgenommen, einige in dem Bündnisse selbst, welche nicht anders, als durch einstimmige Beytretung aller, sollen ausgeführt werden können.

Das Bündniß nimmt im 9. 12. 21 und 22 §. Waffenstillstand; Frieden; Krieg, der mit Auswärtigen geführt werden soll; gemeinschaftliche Beysteuern; die Aufnahme eines neuen Bundesgenossen; die Veränderung des Gesetzes wegen des Preises vom Gelde; die authentische Auslegung;

gung; die Veränderung oder Erweiterung der Capitel eben dieses Bündnisses aus. Neue Bündnisse mit Auswärtigen werden nicht namentlich ausgenommen, und es begünstiget, nicht sowohl das beständige Herkommen, als die Beschaffenheit desjenigen, was im 9. §. ausgenommen ist, diese Ausnahme.

Es ist leicht einzusehn, daß diese Ausnahmen der Freiheit sehr zu statten kommen, indem sie machen, daß niemanden wider seinen Willen eine neue schwere Pflicht aufgelegt wird. So viel sie aber der Freiheit Stärke verleihen, wenn sie mit einer solchen Gesinnung, und auf eine solche Art, daß man das Beste des Staats zum Augenmerk hat, angewendet werden, so viel können sie auch dem Staat durch eine üble Anwendung schaden. Die Bundesgenossen waren Willens, die im angeführten 9. §. erwähnten Ausnahmen auf den damals geführten Krieg einzuschränken. Durch eine neue Befräftigung des Bündnisses im Jahr 1651. erhielten sie eine immer fortbauernde Kraft.

Es scheint sich aber mit der Absicht des Bündnisses nicht zu vertragen, wenn in diese Ausnahmen ein Sinn eingetragen wird, welcher macht, daß die Bundesgenossen mit sich selbst eins zu seyn aufhören. So werden z. B. Steuern mit einstimmiger Bewilligung beschloßen, daher auch eben so die Verlängerung dieser gemeinschaftlichen Beschlüsse über ein Jahr, oder ihre Vergrößerung beschloßen wird. Ob aber dieses Gesetz den Sinn haben kann, daß, wenn die Rede von der Fortsetzung der Steuern über ein Jahr ist, einer, oder zwey von den Bundesgenossen die von der Gesellschaft auferlegte Verbindlichkeit auf mehr, als ein Jahr, wozu sie selbst ihre Einwilligung gegeben haben, umstoßen können, davon setze man die Ver-

Verordnung der Generalstaaten vom 23 Febr. 1708, in gleichen die Verordnung der Staaten von Holland vom 21 Januar eben dieses Jahrs.

Man pflegt bey der Uneinigkeit, wenn über Frieden, Waffenstillstand und Ausländer anzukündigen den Krieg etwas zu beschließen ist, wovon der 9 §. des Bündnisses Erwähnung thut, aus der Länge des Verzugs ein Mittel zur Vereinigung herzunehmen, damit die ungleich gesinnten Gemüther dadurch, daß auf beyden Seiten etwas nachgeben wird, vereinigt werden mögen. Zuweilen wird von den Generalstaaten an die Provinz, welche sich mit den übrigen nicht vereinigen will, eine Gesandtschaft abgeschickt.

Eben das Gesetz, welches wir aus dem 9 §. des Bündnisses angeführt haben, überträgt bey solchen Streitigkeiten denen Statthaltern, welche die Nation zu solcher Zeit haben würde, unterdessen die Entscheidung. Könnten sie keine Vermittelung bewirken, so sollten sie, nach dem was billig und gut ist, entscheiden, und zwar, wenn sie nicht uneins wären, allein; könnten sie sich aber nicht vereinigen, so sollten sie solche Schiedsrichter mit zu Hülfe nehmen, welche ihnen anstünden, mit keinem von beyden Theilen aber in Verbindung wären. Ob dies Gesetz bloß auf diejenigen Statthalter gehe, die im Jahr 1579 vorhanden waren, oder auch auf ihre Nachfolger, auch auf den einen, welchem die Provinzen insgesammt mit dem größten Vertrauen die Sorge für ihr Wohl und ihre Einigkeit übertragen haben, darüber ist oft, und zwar heftig, gestritten worden: S. Aitzema herrsche Leeuw. S. 161. 252. u. f. f. und Alexanders van de Capelle ausführliche Nachricht von der Geschichte seiner Zeit II, 376.

Wenn

Wenn wegen eines unter den Provinzen streitigen Rechts gestritten wird, so schift es sich für keine Privatperson mit der entscheidenden Stimme eines Lehrers, oder der befehlenden eines Richters, zu reden. Ich glaube aber, es wird ein jeder, welcher die Einrichtung des Bündnisses aufmerksam betrachtet, einsehn, daß es denen, welche die Republik gründeten, nothwendig zu seyn geschienen habe, daß ein gewisses Mittel vorhanden seyn möchte, die Uneinigkeiten zu ersticken, und daß sie dieses Mittel in der gemeinschaftlichen Bestellung gewisser Schiedsrichter, welche nicht von fremden Ländern her, von Auswärtigen, sondern aus dem Schooß des Staats selbst zu nehmen wären, gesetzt haben. Sie glaubten damals, daß sie dieses Vertrauen auf die Statthalter der einzelnen Nationen würden setzen können, sie möchten nun als Friedensstifter, oder als Schiedsrichter, betrachtet werden. Zu dem Ende übertrugen sie ihnen die Macht, zwar nicht in allen Fällen (S. den 12. und 22. §. des Bündnisses), doch aber in wichtigen, wobey ein Verzug den Schaden, oder die Gefahr, vergrößern könnte, entscheiden zu können. Wenn man dieses voraussetzt, so scheint die Frage dahin hinaus zu gehn, ob, wenn man den damaligen Statthaltern die Entscheidung übertrug, bloß auf ihre Tugenden gesehen zu seyn scheine, oder auf die Macht und Würde ihres übernommenen Amts, welches darauf abzwirkte, daß die Eintracht der Väter und des Volks in den verschiedenen Provinzen und der sämtlichen vereinigten Bundesgenossen erhalten würde? ob man glauben kann, daß diejenigen, die es sich vorgesetzt hatten, einen festen Grund ihrer Verbindung, oder, wie sie es nannten, Vereinigung, zu legen, von der Treue des einzigen damals lebenden Statthalters *Kennenberg* die Kraft des Compromisses haben wollen abhängen, und ob sie die Bestimmung einer so wichtigen Sache bey so häufigen Ver-

änder

Änderungen der Angelegenheiten und Abwechslungen sich haben reserviren wollen? Was hierin im Jahr 1756 vorgenommen worden ist, erzählt Algema VII, S. 428 u. f. f.

§. 362.

Wir gehen nun zur Sanction des Bündnisses, und der Art es dahin zu bringen, daß den Gesezzen Gehorsam geleistet werde, über. Das Bündniß hat drey Wege, die einzeln Provinzen zu zwingen, daß sie diesen Gesezzen getreu bleiben, in dem 23. 24 und 25. §. vorgeschrieben. Diesem zu Folge ist, erstlich, alles was wider das Bündniß vorgenommen wird, für null und nichtig anzusehen. Zweytens, die Einwohner sind mit ihren Gütern für das, was eine jede Provinz der Gesellschaft schuldig ist, in so weit verbürgt, daß man an sie überall vor jedem Richter die Hand legen kann. Man füge hinzu die Verordnung vom 13. Jul. 1579. Drittens, die Statthalter, Stadtrichter und Obrigkeiten müssen sowohl die Collegien und öffentlich approbirten Gesellschaften auf den Dörfern und in den Städten erhalten, als auch schwören, daß sie die Gesezze des Bündnisses beobachten, auch dahin sehn wollen, daß sie befolgt werden. Die hohe Obrigkeit der Provinz Overysel, welche das Recht hat, bey den Zusammenkünften der Nation zu erscheinen, schwört bis auf diesen Tag, daß sie das im Jahr 1651 erneuerte Rechtliche Bündniß heilig beobachten, gegen öffentliche und heimliche Feinde beschützen und sich vor aller Gemeinschaft mit diesen hüten wolle. Man sehe auch die Verordnungen von der Zeit des van Witte S. 769.

Der Staatsrath (Raad van State) hat im Jahr 1584 die Macht erhalten, auch durch gewaltsame Mittel die Bensteuern von denen einzutreiben, welche zu ihrer

ihrer Beytragung eingewilligt hätten. S. Vor II, 457. Daher hat er schon einigemahl in ein Land, welches sie nicht abtrug, Soldaten eingelegt. Seit dem Jahre 1639 ist dies unterblieben. Es ist auch in Ansehung der Mittel, die Zahlung zu bewirken, in der außerordentlichen Versammlung der Bundesgenossen im Jahr 1717 und 1721 nichts festgesetzt worden. S. Bynkershoek am angeführten Ort II, 13. So wie sich für Republiken eine sanfte und unbemerkt mächtige Herrschaft mehr, als eine heftig handelnde, zu schiffen scheint, so führt auch in diesen und ähnlichen Fällen, wie ich oben bemerkt habe, oft ohne nachgebende Gewalt das aus, was einer gewaltthätigen unmöglich ist.

Das zweyte Capitel.

Von der Versammlung der Bundesgenossen, welche die Sitzung der Generalkaaten genannt zu werden pflegt.

§. 363.

Obgleich der Kaiser Carl der Fünfte die gesammten Niederlande nicht in die Form eines Körpers und Reichs bringen konnte, so brachte er sie doch in einzelne ungetheilte Stücke (§. 224), und verband sie durch das Band des gemeinschaftlichen Nuzzens. Denn der Zustand der Niederlande und des ganzen Europa fing an die Gestalt zu bekommen, daß alle Niederländische Provinzen ihre Kräfte unter sich verbinden mußten, wenn sie ihren Handel vertheidigen und ihre mit den Auswärtigen geschlossene Bündnisse beschützen wollten, die damals, als sie errichtet

wurden, sich auf wenige bezogen, von denen man aber damals glaubte, daß sie die sämtlichen Provinzen, die nach und nach einen Körper auszumachen anfangen, betrafen. Außer dem Bündnisse, das im Jahr 1496 mit dem Könige von England, Heinrich dem siebenten, gemacht worden war, findet man ein merkwürdiges Beispiel bei van der Goes in seinem Tagebuch S. 190 und bei dem 8ten December 1532. Wenn es daher das allgemeine Beste, oder eine Gefahr, nöthig machte, so berief dieser Herr alle Provinzen, die er beherrschte, zu einer Versammlung, damit sie in den Sachen, welche ihnen allen allgemein, einzelnen von ihnen besonders, vorgelegt wurden, beschließen möchten. Hierauf kamen die Stände einer jeden Provinz, oder ihre Procuratoren (denn so hießen sie), mit Vollmachten an. Die Stände einzelner Provinzen, oder ihre Abgesandten, berathschlagten sich vor sich. S. die Verordnung der Staaten von Holland vom 12, 27 und 28 Februar 1552. Die Stände der sämtlichen Provinzen aber heißen Generalstaaten. Diese Art, gemeinschaftliche Versammlungen zu halten, war den beleidigten Völkern bei der Entstehung des bürgerlichen Kriegs sehr bequem, um ohne Befehl des Königs und gar wider sein Verbot zusammen zu kommen, und Anschläge bei ihrem gefährlichen Zustande zu fassen. Auf diese Art ist der Vertrag zu Gent, und nach demselben das engere Utrechter Bündniß entstanden.

In dem 19 §. dieses Utrechter Bündnisses ist festgesetzt, daß die Bundesgenossen, wenn sie von denen, die das Recht, sie zu verscheiben, haben, entweder auf Erforderniß dringender Zeitumstände, oder, wenn es eine Provinz verlangte, berufen wären, zu Utrecht zusammen kommen, und sich über die Punkte, welche in dem Ausschreiben, so weit es in einem Schreiben möglich wäre, an-
ge-

gezeigt worden wären, berathschlagen sollten. Die gegenwärtigen sollen, wie ebendaselbst festgesetzt wird, den abwesenden ein Gesetz vorschreiben können, es müsse denn eine Sache von äußerster Wichtigkeit, welche Aufschub litten, betrieben werden: dann müsse die abwesende Provinz von neuem betruhen werden, welche aber, wenn sie wiederum zur gesetzten Zeit nicht erschiene, durch das, was die gegenwärtigen beschloßen hätten, gebunden würde. S. die Verordnung der Generalstaaten vom 15 März 1650. Doch, wird hinzugesetzt, sey es den abwesenden vorbehalten, in einem Schreiben ihre Meinung zu sagen, welche, wenn die Stimmen gezählt würden, die Gültigkeit einer Stimme haben solle.

Als das Bündniß geschlossen war, bekleeten die Abgesandten, welche die leichteren Verrichtungen betrieben, und die wichtigen den besondern Provinzen bekannt machten, ihren Sitz zu Utrecht (Raad der nadere Unie). S. Bor XIII, 90 u. f. f. Als dieser Rath, außer Fähigkeit, die nothwendigen Geschäfte zu betreiben, gesetzt, und nach einem halben Jahre aufgehoben war, so trat an seine Stelle ein neuer Rath der sämtlichen Provinzen, welche dem Genueer Bündniß treu geblieben waren (Land Raad), der aber eben nicht glücklicher war. Den 13. Januar 1580. ward er errichtet, und im Monat September 1584, nachdem der Zustand des Staats durch die schändliche Ermordung des Prinzen von Oranien eine große Veränderung erlitten hatte, wieder aufgehoben, und derjenige Staatsrath (Raad van State), welcher noch jetzt vorhanden ist, an seine Stelle gesetzt. Dieser nahm den 18 August 1584. seinen Anfang. Als aber Flandern und Brabant im Jahr 1585. durch die feindlichen Waffen unterdrückt worden war, so fing er seit dieser Zeit an,
bloß

bloß aus Rathsherrn von keinem andern Volke, als denen, zu bestehen, die sich in das Utrechter Bündniß eingelassen hatten. Doch ward zu ihnen ein Englischer Rathsherr vermöge eines mit der Königin Elisabeth errichteten Vertrags seit dem Jahr 1586. beigelegt.

Als unterdessen die Macht des Staats größer geworden war, und die Achtung, worin er bey den Auswärtigen stand, größer ward, so wuchs auch die Zahl der Geschäfte, über welche dieser Rath zu entscheiden das Recht nicht hatte, an. Je seltner er Versammlungen ausschrieb, desto verhaßter ward seine Macht, woran ein Englischer Senator mit Antheil hatte. Weil es schwerer zu sehn schien, sie gerades Weges anzugreifen; sicherer, dies durch Umwege zu verrichten; so befand man es für gut, eine immerwährende Versammlung der Bundesgenossen zu errichten, der man in Zukunft einen großen Theil von dem, was bisher von dem Rath betrieben war, übertrüge. Diese neue Einrichtung ward den 24. Jun. 1593. vorgenommen, und dauert bis auf den heutigen Tag fort. Ehemals wurden die Versammlungen an verschiedenen Orten gehalten, und dies mußte nach einem Antrage, den ehemals die Seeländer gethan hatten, wechselsweise in jeder Provinz geschehn. Seit dem vorigen Jahrhundert aber versammeln sich ununterbrochen die Deputirten der Provinzen, wie es den 15. Januar 1585. beschloßen war, in dem Haag, so, daß, wenn einer abgeht, ein anderer so gleich in seine Stelle tritt.

§. 364.

Es ist aber die Versammlung der Bundesgenossen (De Vergadering der Staaten Generaal) theils, eine ordentliche, theils eine außerordentliche. Jene ist nicht die Sitzung der höchsten Glieder des Staats.

Staats. Sie ist eine immerwährende Zusammenkunft der Deputirten der sieben regierenden durch das Utrechter Bündniß vereinigten Provinzen, damit sie die Landeshoheit der Gesellschaft, oder der sämmtlichen Bundesgenossen (de Generaliteit) vorstellen, und über ihre Angelegenheiten, sowohl mit Auswärtigen, als unter sich selbst, sich berathschlagen, und nach dem Auftrage, den ein jeder von seiner Provinz erhalten hat, er mag sein allgemeiner, oder besonderer, seyn, beschließen mögen.

Die außerordentliche Versammlung (de groote Vergadering), verglichen im Jahr 1651, 1716, und 1717 gehalten worden ist, ist von der ordentlichen durch die Kürze der Zeit, worinn sie gehalten wird, ingleichen dadurch, daß die darinn vorzunehmenden Sachen selten vorkommen, und durch die Anzahl der aus den Städten hinzuströmenden Edelleute und Rathsherren von der ordentlichen unterschieden: auch durch die größere Macht (wie Slingeland meint), über Angelegenheiten etwas zu beschließen, welche sonst ohne besondere Vollmacht nicht abgethan werden können.

Die Beschaffenheit der ordentlichen Versammlungen lernt man aus der Zahl und der Beschaffenheit der Deputirten, hiernächst aus der Ehre, dem Rechte und der Gewalt des Collegii, so wie auch aus der Ordnung, nach der die Geschäfte betrieben werden, kennen.

§. 365.

Die besondern Provinzen schicken aus dem Körper ihrer regierenden Mittel so viel Deputirte, als sie wollen, und entrichten ihnen einen besondern Sold, den sie aus ihrem öffentlichen Schatze nehmen, doch ist das Militair
von

von dieser Gesandtschaft ausgeschlossen. Wenn der Statthalter will, so ist er bey den Versammlungen zugegen. In was für einer Ordnung aber, und auf wie lange Zeit, die einzelnen Glieder des in einem jeden Lande regierenden Obrpers zu den Versammlungen ihre Abgesandten schicken, dies gehört zu der innerlichen Einrichtung einer jeden Provinz. Bohn Geldern, woselbst auch die kleineren Städte das Recht haben, Deputirte abzuschicken, sehe man den 201. §. nach. Die Holländer lesen aus der Ritterschaft eine Person aus, die ihr Amt stets behält. Die sieben Hauptstädte von Südholland, und die drey von Nordholland, Alonaar, Hoorn, Enthuizen wechseln unter einander ab, und pflegen eine jede Deputirte auf drey Jahr abzuschicken. S. Aigema XX, 104. Von ihren Aufträgen sehe man die Verordnungen nach, die zur Zeit des van Witte gegeben sind, S. 770. In Ansehung derer Personen, die aus dem Rath von Holland (§. 246) zugegen sind, giebt die Verordnung der Generalstaaten vom 5 und 9 May 1730 Nachricht. Die Deputirten der Seeländer behalten ihr Amt auf immer, so wie alle Deputationen und Aemter, die von den Staaten von Seeland vergeben werden, auf immer bleiben. Man sehe noch den 274, 289, 304, 316 und 330. §. u. f. f. Das Amt des Secretairs dieser Versammlung ist bedeutend, ehrenvoll und beständig. Die sämmtlichen Provinzen ertheilen es gemeinschaftlich, und pflegen einen Mann dazu auszuwählen, auf dessen Klugheit, Billigkeit, Neigung zum Staate und gründlicher Kenntniß desselben sie sich verlassen können.

§. 366.

Die Ehre dieses erhabenen Collegii wird außerdem durch Titel: Große und Hochmögende Herren (Hauts et Puissants Seigneurs) befördert, welchen

544. Dritter Theil. Zwentes Capitel.

es sich zu geben, in einer Verordnung vom 26 Novemb. 1639 und 7 Februar 1683 befohlen hat. Die meisten Völker haben die Generalstaaten schon im vorigen Jahrhundert Große und Mächtige Herren genannt. Der Kaiser Joseph der erste fing im Jahr 1701 an, sie so zu nennen, woben er noch das Wort Herren wegließ; der Herzog von Orleans, der Verweser des Französischen Reichs seit dem Jahr 1717, der König von Spanien Philipp der fünfte hat sie nach dem Vertrage von Sevillian seit dem Jahr 1729 mit eben diesem Namen zu beehren angefangen. Von dem alten Plazze, welcher ihnen von den Holländern bey feyerlichen Aufzügen eingeräumt worden ist, ist im 357. §. geredet worden. Ich füge noch hinzu, daß die Generalstaaten sich eines andern den Gentner Bundesgenossen ehemals gemeinschaftlichen Wappens bedienen, welches theils größet, theils von anderer Beschaffenheit als das ist, welches sonst für die vereinigten Niederlande verfertigt ist. Dieses stellet einen goldenen Löwen vor, der sich auf einem rothen Felde erhebt, und mit der einen Klaue ein Schwerdt, in der andern ein Bündel mit 7 Pfeilen hält. Ein vortrefliches Bild der aus einer festen Eintracht entspringenden Glückseligkeit!

§. 367.

Zu den Rechten des Collegiums gehört, daß die Deputirten das jus domicili ungestört behalten, auch sogar in Hinsicht auf Erbschaften von Mobilien, und den Ort, wo die Inventur zu suchen ist. Sie behaupten auch, daß ihnen die Freyheit von der Gerichtsbarkeit der ordentlichen Obrigkeit, und das Recht, nach Hause zu gehen, zukomme. Wie weit sich dieses Recht erstrecke, darüber ist oft gestritten worden. Bynkershoek hat diese Streitigkeiten in ein helles Licht gesetzt, und nicht undeutlich gesagt, was er davon halte. Er glaube, daß

daß das Recht bey einem holländischen Bürger, dem eine von den übrigen Provinzen das Amt eines Deputirten aufgetragen hätte, nicht zweifelhaft wäre, und es könnte, fügter hinzu, in Ansehung derer, welche bey der Sitzung der Generalstaaten ohne das Recht, eine Stimme zu geben, oder das Volk, wozu sie gehören, zu representiren, oder es verbindlich zu machen, erschienen, kein großer Zweifel entstehen. Was wahre Deputirte anbetraf, das heißt, solche, welche um die Angelegenheiten ihrer Nation zu betreiben, abgeschickt würden, so könnte darüber ein Streit entstehen, ob sie von der holländischen Gerichtsbarkeit ausgenommen wären, sie möchten nun in Holland überhaupt ein Verbrechen begangen haben, oder beschuldigt werden, daß sie als Gesandten sich gegen die Majestät der sammtlichen Provinzen, oder der Provinz Holland insbesondere vergangen hätten, ob sie bey einer Personallage, z. B. wegen geliehenen Geldes, oder Waaren, zu Haag belangt werden könnten, ob dann, wenn die Schuld älter, als ihre Gesandtschaft, oder erst während derselben gemacht ist (ich glaube daß es einerley sey, ob sie gewisse Jahre, oder Zeit lebens, die Gesandtschaft führen)? Bynkershoek legt nicht allein den Deputirten selbst, sondern auch ihren Bedienten, die Freyheit von der Gerichtsbarkeit des Orts, wo sie sind, bey, eignet auch eben dieses Recht auswärtigen Gesandten zu. Die Hauptfrage läuft dahin hinaus: mit was für einer Absicht setzten die Provinzen die Versammlung in Holland nieder; ingleichen, in wie fern nahmen die Holländer dieselbe in ihrem Lande auf? Sollten die Gesandten der Provinzen eben das Recht genießen, welches die Gesandten aller Völker haben, die mit der Republik in Freundschaft leben, oder sollte dasselbe eingeschränkter seyn? Die Staaten von Holland beschloßen den 27 Julii 1653, daß die Gesandten der Provinzen, die zur allge-

meinen Versammlung abgeschickt würden, wegen Schulden und bürgerlichen Rechtshandel sich nicht vor holländischen Richtern sollten stellen, und daselbst nicht belangt werden können, weder bey dem Antritt, noch während ihrer Gesandtschaft, noch wenn sie beym Ende derselben nach Hause zurück gingen. Eben so beschloßen diese Staaten den 23 Julii 1653, daß die Ritterschaft von Holland, und die Deputirten der Städte bey den holländischen Versammlungen weder während derselben, noch auf der Hin- oder Rückreise, auf Befehl eines Richters sich stellen, oder wider sie Exekution angestellt werden sollte.

Der ganze Körper der Deputirten hat nicht die Gerichtsbarkeit über einzelne Glieder; doch aber die Macht, dafür zu sorgen, daß die Würde des Collegii nicht herab gesetzt werde. Die Provinz Geldern bemühte sich im Jahr 1732. darzuthun, daß auch die Secrétaire, die bey besondern Gesandtschaften gebraucht wurden, von der Gerichtsbarkeit des Hofes von Holland frey wären. Von diesem und einem andern im Jahr 1728. entstandenen Streite sehe man die Verordnung der Staaten von Holland vom 15 September 1730. und 22 Februar 1732, ingleichen die Verordnung vom 23 April 1723, wie auch die Verordnung der Generalstaaten vom 19 April 1732. und 1 December 1756.

§. 368.

Die Macht der Generalstaaten besteht in dem ihnen mit allgemeiner Einwilligung eingeräumten Vermögen, das Wohl und die Geschäfte der Republik (§. 360), die von den Provinzen nicht gewissen Collegien übertragen sind, zu besorgen, und über das, was dieselben ihrer Willkühr nicht vorbehalten haben, zu verordnen, und dahin

zu sehen, daß dem Verordneten Gehorsam geleistet werde. Ob eine Provinz dieselben bey Besorgung der Geschäfte und Ausführung dessen, was sie für gut befinden, hindern könne, z. B., ob die Holländer verbieten konnten, daß zu Haag des Friedens wegen eine Zusammenkunft gehalten ward, darüber ward im Jahr 1667. gestritten. Von Witte setzte sich dagegen, daß es nicht geschehen möchte, und gab den Franzosen den Rath, es zu verhindern. Die Seeländer nahmen diese Handlung übel auf. S. Wagenaar Vaterl. Gesch. bey'm angeführten Jahr S. 248.

Die Angelegenheiten der Republik, womit sich die Generalstaaten beschäftigen, sind vorzüglich diese:

Erstlich, sie ertheilen verschiedene bürgerliche Aemter im Namen des Staats. M. s. was die Generalstaaten im Jahr 1661. vorgenommen haben. Mit Ausschluß dessen, was im Jahr 1729. beliebt ward, daß die Provinzen, die diese Aemter ertheilen, darin untereinander abwechseln sollten, ward den 15 Julius 1747. beschloßen, daß diese Sache in einer Versammlung vorgetragen werden, und nach Einholung der Stimmen der einzelnen Gesellschaften nach der Mehrheit derselben eine Verordnung gemacht werden sollte. Die militairischen Aemter, welche nicht über das Amt eines Generals hinaus gehn, vergiebt der Statthalter; die höhern militairischen Ehrenstellen die Generalstaaten auf Empfehlung des Statthalters.

Zweytens, sie geben Gesetze, welche die Bürger, sowohl in den besondern Provinzen, als auch in den Generalitätslanden, zu beobachten haben. Denn es giebt einige Gesetze, welche, wenn eine, oder die andere, Provinz dieselben ihren Unterthanen gäbe, denselben einen nur geringen Nutzen, oder vielleicht wichtigen Nachtheil, zu

548 Dritter Theil. Zwentos Capitel.

Wege bringen würden, welche aber, wenn sie gemeinschaftlich festgesetzt werden, sehr gute Wirkungen haben, und in der That Nutzen stiften können, z. B. das Verbot der Ausfuhr gewisser Waaren, oder Instrumente, das verbotene Auswandern der Fischer, Seelente, u. s. f., die Einlassung insicirter Schiffe, u. s. f.

Drittens, ebendeshwegen verleißen auch die Generalstaaten dem Willen ihrer Bevollmächtigter gemäß Vortheilen, und zwar auf die Art, daß sie auch in den einzelnen Provinzen von Gültigkeit sind: z. B. Monopollen.

Viertens, Sie haben die Oberaufsicht über die Niederländische Kirche, doch dem Kirchenrecht der besondern Provinzen ohnebeschadet (s. den 113. 119. §. u. s. f. und Algemein beim Jahr 1635. S. 383 u. s. f. und die Verhandlungen der Staaten von Holland vom 14. Julius 1583. For XVIII, 405).

Fünftens, Sie haben das Richteramt über diejenigen, die keinen andern höhern Richter erkennen, als das höchste Staatsgericht. Daher stellen sie, wenn eine Appellation angebracht, oder eine Recognition des Urtheils gesucht und verstattet ist, Personen zur Recognition aus, von welchen ich, so wie von den Richtern, welche nach Maßrichte geschickt werden, unten reden werde.

Sechstens, über das Recht, wider diejenigen zu verfahren, welche der Verletzung der dem Staat schuldigen Hochachtung und Pflichten beschuldigt werden, ist ehemals ein großer Streit gewesen. S. des Groenius Apolog. d. 15. Cap. Von den hierhin einschlagenden Sachen führet Algemein im 17. und 19. Buch die wichtigsten der Ordnung nach an.

Sowohl den sämmtlichen vereinigten Provinzen, als auch der Versammlung der Generalkassen und den einzelnen

nen Provinzen, muß ein jeder Niederländischer Bürger eine besondere Hochachtung erweisen, theils weil sie die Landeshoheit sind, theils weil die Bundesgenossen ein höheres Recht, als Auswärtige, zu haben scheinen. Wird diese Hochachtung gekränkt, so bestraft diejenige Provinz, unter deren Befehl der Beklagte steht, ihn durch ihre Obrigkeiten.

Wie aber, wenn ein Bürger einer Provinz, der durch ein Amt dem ganzen Staate verpflichtet ist, beschuldigt wird, seine Pflicht vernachlässiget, oder sie auf eine grobe Art verletzt zu haben, und sich in dem Gebiet der Provinz befindet, unter welcher er schon vorher stand, ehe er sein Amt übernahm: hat er dann eben den Richter, der über ihn bei jeglichen andern Vergehungen richtet, nemlich den Richter des Orts, oder den, welchen die Generalstaaten ihm gesetzt haben? Sie haben schon dafür gehalten, daß ihnen die Ablegung der Rechnung der Handlungen solcher Bürger gebühre, daher, wenn ein solcher Bürger sich einer Strafe schuldig gemacht habe, so hätten Richter, die von ihnen gesetzt würden, in dergleichen Fällen zu erkennen. M. s. die Verordnung der Generalstaaten vom 30 Julius und 12 August 1637. Sie haben auch den 12 November und 27 Dec. 1639 dem Staatssrath die Erkenntnis übertragen. M. s. die Acta der Staaten von Holland vom 28 Julius 1648. Der Hof von Holland befand im Jahr 1654 ein anderes für gut. Nach einem lange Zeit geführten Streite gaben die Staaten von Holland den 3 October 1656 folgende Verordnung: wenn ein Bürger von Holland, welcher durch ein Amt, das er in Holland, oder innerhalb des Gebiets einer andern Provinz, oder in den Generalitätslanden, oder anderswo, führete, den sämtlichen Provinzen verpflichtet wäre,

in

in das Gebiet von Holland zurück kehrte, es mög-
te nun in der Absicht geschehn, um die General-
staaten von dem, was vorgenommen wäre, zu
benachrichtigen, oder, um ihnen Rechenschaft
von seinem Verhalten abzulegen, so sollte ein sol-
cher Bürger bey keinem andern Richter wegen ei-
nes Vergehens in Ansehung der Vernachlässigung
oder Verletzung der Gesezze seines übernomme-
nen Amtes, als bey einem solchen verklagt werden
können, den er in Holland hätte, oder zu der Zeit
gehabt hätte, da er das ihm von den Provinzen
übertragene Amt angenommen habe.

§. 369.

Siebentens, es haben auch die Generalstaaten zu-
gleich mit dem Staatsrath (Raad van State) den
Auftrag, die Führung der Kriege zu verwalten,
insofern dieselbe dem Oberbefehlshaber zu Lande
und zu Wasser, oder den Admiralitätscollegien nicht
übertragen ist. M. s. das Gesez von den Pflichten eben
dieses Raths vom Jahr 1651 den 5 Articul, und das,
welches die Pflichten der Admiralitätscollegien ent-
hält, vom Jahr 1597, den 25 Artikel u. f. f.

Achtens, die Generalstaaten legen den einzelnen
Provinzen; welche sie repräsentiren, die jährlichen Aus-
gaben, welche ein Krieg erfordert, oder die ihr sonst gemein
sind (z. B. der Sold der Deputirten), oder inner-
halb des Jahrs, wenn sie außerordentlich von eben
diesem Rathe gesucht sind, vor, und ersuchen sie in ei-
nem Schreiben um die Bewilligung solcher Subsidiengelder
und ihre Auszahlung.

Neuntens, sie haben die Oberaufsicht über das
Münzwesen, und sorgen dafür, daß die Gesezze, die in
Anse-

Ansehung des Werths der Münzen gegeben sind, befolgt werden.

Zehntens, sie haben die Aufsicht über die von den Provinzen niedergesetzten Collegien, und halten sie zu ihrer Pflicht an.

Elftens, das Recht, das sie in Ansehung der Gesellschaften, die der Handlung und des Fischfangs wegen errichtet sind, haben, und die Oberaufsicht über dieselben habe ich schon im ersten Theile angezeigt und auseinander gesetzt.

§. 370.

Was die Geschäfte mit auswärtigen Nationen anbelangt, so sorgen die Generalkstaaten dafür, daß ihnen keine gegründete Ursach zu einem Kriege gegeben werde. Sie halten auf das eifrigste darüber, daß die Bündnisse unverbrüchlich bewahrt werden, und wenn Zweifel aufstossen, oder, wenn in einer Sache, deren Sinn nicht zweifelhaft ist, etwas mit Gewalt durchgesetzt, oder etwas ausgeführt, oder in Schutz genommen werden soll, so fragen sie mit Recht ihre Committenten um Rath. Sie schicken an die Auswärtigen Deputirte ab, geben ihnen Staatsaufträge mit, und bevollmächtigen sie zu demjenigen insbesondere, was sie von denselben in Ansehung des Staats verrichtet haben wollen, oder geben auch davon wieder Nachricht. Wenn von ihnen Ausgaben auf eine außerordentliche und nicht zu mißbilligende Art gemacht worden sind, so sorgen sie für die Bezahlung derselben.

Den Gesandten auswärtiger Völker verstatten sie Zutritt, hören sie an, machen Verhandlungen mit ihnen, sorgen dafür, daß ihre Rechte nicht beeinträchtigt werden, und lassen ihnen bey ihrem Abschiede die gewöhnlichen Ge-

552 Dritter Theil. Zweytes Capitel.

Geschenke, und schriftlichen Attestate ihrer wohlgefügten Gesandtschaft reichen.

Von der Verwaltung der Staatsgeschäfte in den Generalitätslanden wird im 6 Cap. besonders gehandelt werden.

§. 371.

Es ist noch eine schwere Untersuchung übrig, nemlich, in wie fern Sachen, wozu diejenigen Provinzen, welche durch die Generalstaaten repräsentirt werden, keine besondere Vollmacht erteilt haben, bey ihrer Sitzung beschloßen werden können. Denn, wenn dieser Versammlung zu viel eingeräumt wird, so scheint der höchsten Landesgewalt, die doch nicht abgestellt ist, etwas entzogen zu werden; wird ihr zu wenig eingeräumt, so scheint auch der Würde und Achtung eines so erhabenen Collegii bey den Auswärtigen etwas benommen zu werden, und es wird alsdann dadurch eine Verzögerung der Geschäfte verursacht, welche schädlich und unrechnungsfähig ist. Die Holländer bemühten sich im Jahr 1643, wiewohl vergeblich, es dahin zu bringen, daß dem Collegio der Generalstaaten ein und ebendasselbe Pflichtformular vorgeschrieben würde, welches alle Provinzen billigen sollten. Sie selbst verfertigten im Jahr 1663 ein solches, womit sie ihre Gesandten verpflichten (s. d. Niederl. Gesezb. III, 89). Eben dies thaten die Einwohner von Utrecht (s. d. Utrechter Gesezb. I, 337), und im Jahr 1750 die Einwohner von Geldern.

Wonach will man aber die Grenzen der Macht der Generalstaaten, die man ihnen einräumt, oder absperrt, bestimmen, wenn man keine allgemeine Vorschrift dazu hat? Es scheint das alte von den Provinzen nie widersprochne Verkommen, und eine gewisse Analogie, die theils
aus

aus eben diesem Herkommen abgeleitet, theils nach demjenigen Stücken, worin das von mehreren Provinzen besonders gegebene Pflichtformular übereinkommt, hergenommen ist, statt eines Gesetzes zu dienen. Wenn der ganze Körper der sämtlichen Deputirten sich innerhalb der Schranken desselben hält, so kann er nicht beschuldigt werden, die Grenzen seines Rechts überschritten zu haben. Das scheint aber nicht unter der Gewalt der Generalstaaten begriffen zu seyn, daß sie z. B. ohne besondere Vollmacht die Form und Rechte der von den Provinzen niedergesetzten Collegien ändern, oder abstellen (s. b. Formular des Staatsraths vom Jahr 1651, den 50 Artikel), oder, daß sie den Provinzen, welche sie repräsentiren, neue Verbindlichkeiten auflegen, insonderheit solche, welche ohne einstimmige Einwilligung aller Provinzen nicht beschloßen werden können. In dessen fehlt es nicht an einigen Beispielen, daß solche Sachen ohne Befragung der Provinzen sind beschloßen worden, von deren Geseß eine jede Deputation abhängt (z. B. im Jahr 1668. Man füge noch hinzu Temple von den vereinigten Niederlanden II, 138). Wenn solche Verordnungen gemacht werden, so erhalten sie ihre Gültigkeit durch eine darauf folgende Genehmigung der Provinz.

Wenn eine Deputation über die Grenzen einer besondern Vollmacht hinausgegangen ist, welche den Generalstaaten unbekannt gewesen ist, so entsteht eine doppelte Frage: erstlich, in wie fern sie der Provinz, deren Willen sie ungehorsam gewesen ist, dafür verantwortlich sey (wore über im Jahr 1661 und 1663 viel gestritten worden ist); die andere ist die: ob eine solche Deputation die Committenten, deren Willen sie nicht befolgt hat, verpflichtet. Dies ward im Jahr 1761 untersucht, als hierüber ein

Streit

Streit entstand, den die Provinz Utrecht veranlaßte. Es lauft diese Untersuchung dahin aus, daß man untersucht, wie die sämtlichen Provinzen hierin gefinnet sind, welches sich gewissermaßen aus der Verordnung der Generalstaaten vom 7 May und 14 Julii 1587, und aus der Verordnung vom 1 Junius 1620 abnehmen läßt, worinn festgesetzt ist, daß in den Aufträgen der Gesandten (Commisſie) ausdrücklich angeführt werden solle, daß die Committenten das, was jene vornehmen würden, billigen, und als wahr ansehen wollten; man füge noch hinzu die Verordnung vom 30 May 1671.

§. 372.

Eine jede Deputation hat Verbindlichkeiten auf sich, die sie theils dem ganzen Staat, theils ihrer Landeshoheit zu leisten schuldig ist. Die letztern lernen sie aus der Vollmacht, welche allen gegeben wird, oder aus dem Pflichtformular, erkennen, das einigen Deputationen besonders vorgeschrieben ist. Sie laufen vorzüglich dahin hinaus, daß die Gesandten bey Betreibung der Staatsgeschäfte dahin sehn, daß die Majestät, die Rechte und Vortheile ihrer Provinz, durch die Verordnungen der Generalstaaten keinen Abbruch leiden. Ihre Pflichten aber, die sie dem ganzen Staate schuldig sind, lernen sie aus dem Utrechter Bündnisse kennen, welches die sämtlichen Deputationen, außer den Vorschriften des natürlichen und Völkerrechts, als ein Gesetz anzusehn haben; doch ohne Beschadet der Verbindlichkeit, zu thun, was eine jede Provinz ihren Deputationen insbesondere anbefiehlt. Den 10. December 1715 ist ein nachdrückliches Gesetz in Ansehung der Bestechung und unerlaubten Bewerbung bekannt gemacht worden, welches die Generalstaaten den 12. Apr. 1727 erneuert haben. M. s. das Niederl. Gesetzb. V, 686, VI, 543.

§. 373.

Es ist noch übrig, daß ich von der Art und Weise rede, wie in der Versammlung der Generalstaaten gemeinschaftliche Angelegenheiten betrieben werden. Dasjenige, was Privatpersonen, oder auswärtige Völker, an die Generalstaaten bringen, oder von ihnen entscheiden lassen wollen, wird dem Präses der Versammlung bekannt gemacht. Es haben aber alle Provinzen ein gleiches Recht an dieser Würde, und sie gelangt an eine jede derselben, der Reihe nach, nach Verlauf von 7 Wochen. Sie widerfährt aber nur dem ersten Gesandten einer jeden Provinz, und wenn er abwesend ist, oder sonst gehindert wird, dem, der zunächst auf ihn folgt, und zwar wird dies Amt von der zwölften Stunde der Nacht zwischen dem Sonnabend und Sonntag, bis zur Mitternacht des darauf folgenden Sonnabends geführt. Die Gesandten kommen täglich gegen zwölf Uhr zusammen, den Sonnabend und Sonntag ausgenommen. Nachdem der Secretair der Staaten ein Geheiß vorausgeschickt hat, so trägt der Präsident die Sachen vor, die sie entweder sämmtlich wissen, oder worüber sie beschließen sollen. Er befragt sie darauf um ihre Stimmen nach der von den Provinzen seit alten Zeiten beobachteten Ordnung (§. 22). S. die Verordnung der Generalstaaten vom 23. Januar 1732. Es werden sieben Stimmen gegeben, weil die Deputation einer jeden Provinz, sie mag so stark seyn, wie sie will, nur das Recht einer einzigen Stimme hat.

Sehr wichtige und verwinkelte Sachen pflegt man gemeinlich dem engern Rath der Abgesandten zu übergeben, welche, nachdem sie dieselben genau untersucht haben, davon an das ganze Collegium berichten. Diesem zu Folge hat man, nach einem gewissen Gesetze, ver-

schies

556 Dritter Theil. Zwentes Capitel.

schiedene Arten von Sachen unter die sieben Deputationen vertheilt.

Wichtige Sachen, die keinen Verzug leiden, und woben es gut ist, daß sie eine Zeitlang nur wenigen bekannt sind, werden in dem geheimen Rathe (*secrete besoyetes*) betrieben, bey welchem der erste Gesandte einer jeden Provinz, oder, wenn er abwesend ist, der, welcher zu nächst auf ihn folgt, zugegen ist. Zu diesen sieben Männern kommt noch der Rathpensionair von Holland (*Raad Pensionaris*), und der Secretair der Generalstaaten sagt auch seine Meynung dazu, und besorgt die Akten einer jeden Sitzung. Die Holländer haben in diesen Versammlungen, vermöge eines alten Herkommens, 2 Stimmen. Es werden darinn die geheimen Briefe vorgelesen. Vermöge eines Gesetzes vom 12. Julius 1651. muß der Versammlung der sämtlichen Generalstaaten eine Zeit darauf das, was vorgenommen ist, bekannt gemacht werden. Die Verordnungen werden nach der Mehrheit der Stimmen gemacht.

Uebrigens giebt eine jede Deputation in einer Versammlung ihre Meynung, entweder einstimmig, oder nach der Mehrheit der Stimmen; sie löst auch die Sache entweder unentschieden, indem sie ihre Committenten um Rath fragt, oder williget ein, entweder überhaupt oder unter der Bedingung, daß die Provinz, welche sie repräsentirt, das was beschloßen ist, billigen werde; oder sie widerspricht, und läßt bisweilen die Ursachen ihres Widerspruchs den Akten mit einverleiben, und behält sich die Rechte der Provinz ungekränkt vor. Der Präsident verfertigt die Verordnungen nach der Mehrheit der Stimmen der Deputationen, wo nicht die Sache die Einwilligung aller Provinzen erfordert. Wenn die Deputation, deren

deren erstes Mitglied den Vorsitz hat, widerspricht, so steht dieser Präsident auf, und überläßt seinen Ort dem ersten Gesandten der Provinz, welche in der vergangenen Woche den Vorsitz gehabt hat, damit er, wenn er will, die Verordnung machen möge.

Ein Decret, welches vorgelesen und einstimmig gebilligt ist, kann nicht, ohne allgemeine Bewilligung, verändert werden. S. die Verordnung vom 2 Jul. 1734.

Das dritte Capitel.

Von dem Staatsrath (Raad van Staate); ingleichen von der Oberrechnungskammer, wie auch von dem öffentlichen Schatze.

§. 374.

Der Seatorath (Raad van Seaate) * ist zwar durch die Gesetze an keinen Ort gebunden, pflegt aber noch immerfort zu Haag gehalten zu werden, wo selbst er seit seinem Entstehn gehalten worden ist. Dieser Rath, welcher, als er errichtet ward, eine ansehnliche Macht erhielt, beschäftigt sich jetzt mit zwei Stücken, nemlich, mit der Sorge für das Militair, und dem öffentlichen Schatz.

Der erste in diesem Rathe ist der höchste Befehlshaber zu Lande und zu Wasser, und er wird, wenn er das Ruder des Staats empfänget, von den Gesandten der Generalstaaten in denselben feyerlich eingeführt.

M. f.

*) Sein Titel ist: Edel mögende Herren.

558 Dritter Theil. Drittes Capitel.

W. f. die Verordnug der Generalstaaten vom 11 May und 26 Julius 1747. Die zwölf Rathsherrn, welche täglich zusammenkommen, werden von den Provinzen erwählt, doch nicht von allen in gleicher Zahl. Drey davon schickt Holland, einen aus der Ritterschaft, welcher diesem Amte, so lange er lebt, vorstehn kann. Die andern beyden kommen aus den Obrigkeiten der sieben Hauptstädte von Südholland und der vier von Nordholland. Es pflegen diese Städte in Ansehung der Beschließung und Uebernehmung dieser Gesandtschaft alle drey Jahr, nach einer festgesetzten Ordnung, abzuwechseln. Die Stadt Amsterdam ist unter die Städte von Südholland gesetzt (S. die Verordnung der Staaten von Holland vom 15 May 1661), damit sie desto öfter zu dieser Gesandtschaft gelangen möge. Seeland giebt zwey Senatoren, welche diesen Dienst Zeit lebens führen können, so wie auch Friesland, Gröningen mit den Ommelanden. Geldern (vor dem Jahr 1678. gab es zwey Gesandten), Utrecht und Overysel schiffen einen. England ist seit dem Jahr 1627. der Zugang verschlossen, nachdem man dem Charleton bey seiner Zurückkehr von seiner nach England gemachten Reise die Stelle, die er bekleidet hatte, wiederzugeben sich auf eine höfliche Art weigerte.

Ben diesem Rathe befinden sich noch der Oberschatzmeister (Thesaurier Generaal), der Staatsrentsmeister (Ontfanger General) und ein Staatssecretair (Secretairs van Staat). Der Erste unter diesen, der den Namen eines Staatsraths führt, (Raadsheer van Staat) schwebet auf das Pflichtformular (Instructie), in so fern es noch gebräuchlich ist. Man sehe die Verordnung der Generalstaaten vom 5 Aprill 1737. Er befindet sich stets bey dem Rath, und entfernt sich
nur

nur dann aus demselben, wenn er aus einander geht. Er erteilt Rathschläge, hat aber kein Stimmrecht. Er darf keine anderweitige Gesandtschaften übernehmen, wenn es nicht die Generalstaaten verlangen. Er übernachtet nie ohne Wissen des Präsidenten dieses Raths außerhalb dem Haag. Er setzt die Blutschriften, sowohl um die jährlichen, als auch schleunig erforderlichen Beyerträge auf. Er läßt Befehle, welche der Rentmeister in Ansehung der Zahlungen zu geben hat, von drey Rathsherren und dem Staatssecretair unterschreiben, und unterschreibt sie mit seiner eigenen Hand.

Er hat die Sorge für die Zeughäuser und Festungen der Bundesgenossen.

Unter seiner Aufsicht befindet sich das Archiv der Republik. Der Staatsrentmeister schreibt auf das im Jahr 1707. gegebene Renthelgesetz. S. das Niederl. Gesetzbuch V, S. 1502. u. f. f. Er verbürgt sich dem Staat für hundert tausend Gulden, indem er tüchtige Bürgen stellt, welche sich mit Verbilligung ihrer hohen Obrigkeit der Gerichtsbarkeit des Raths unterwerfen und sich in solidum verbürgen. Diese Verbürgung muß alle sechs Jahr erneuert werden. Die Verordnung der Generalstaaten wegen der Zinsen muß er bey dem Rath abgeben, und er erhält für seine Arbeit von 100 Gulden einen halben. Das Geld aber, das in den Schatz einkommt, darf er nicht zu seinem Wucher verleihen.

Der Staatssecretair, der eine gute Kenntniß von den Staatsgeschäften und dem Staat selbst haben muß, ist verbunden, sich täglich bey dem Rathe einzufinden, und dem Präsidenten von dem, was darinn vorzutragen und vorzunehmen ist, Nachricht zu geben.

§. 375.

Der Rath hat den nächsten Rang nach dem Collegio der Generaastaaten unter den von dem Staat errichteten Collegien. Bey Feyerlichkeiten aber haben die Staaten von Holland sich in ihrem Lande den nächsten Platz nach den Generaastaaten zugeeignet. Man sehe die Verordnung der Staaten von Holland vom 22 Januar 1752.

Es bedient sich auch dieser Rath eben des Wappens, welches die Generaastaaten haben. Zu der Art von Instrumenten, welche vor der Gründung der Republik im Namen der Fürsten gegeben zu werden pflegten, müssen die Worte hinzugefügt werden: auf Befehl der Generaastaaten, auf Verdict des Raths.

Die einzelnen Rathsherren sind in bürgerlichen Personalsachen von der Verlethbarkeit der Holländischen Obrigkeit frey. S. die Verordnung der Staaten von Holland vom 3 May 1680. und 3 April 1723. Wenn sie die Gesetze, die sie beschworen haben, verletzten, so werden sie vor dem hohen Rath von Holland belangt. Dieser muß ihnen einen Tag ansetzen, und nachdem er den Proceß eingeleitet hat, ihn an die Provinz senden, welche das Mitglied des Raths, das angeklagt ist, gesetzt hat. Sie muß aber dafür sorgen, daß ein ordentlicher Richter innerhalb 6 Wochen das Urtheil spricht. Von diesem findet keine Appellation statt. Bynkershoek sagt am angeführten Orte I, 12, daß diese Erkenntniß, welche den Obergerichten von Holland übertragen ist, keine Auslegung leide, und nicht auf alle Verbrechen gehe, sondern bloß auf die, von welchen Art 35. 36. 37 und 38 §. des Gesetzes vom Jahre 1651. gehandelt sey, und welche auf die beyden Arten von Verbrechen gezogen werden könnten.

Wenn

Wenn der Oberschatzmeister, Staatsrentmeister, Staatssecretair und Fiscal sich eben dieser Vergehungen schuldig machen, so werden die erstern von dem Fiscal des Staats und dem Fiscal von Holland gemeinschaftlich, der letztere aber von dem Fiscal von Holland allein angeklagt. Das Recht, diese Prozesse zu untersuchen und darüber zu erkennen, ist dem hohen Rath von Holland übertragen. Bynkershoek erzählt an dem angeführten Orte, was hierüber in dem Jahre 1722. vorgenommen sey, und er beurtheilt die Frage, wer bey Verbrechen zu erkennen habe, worüber dem hohen Rath von Holland die Erkenntniß nicht übertragen sey? Ob sie etwa der Rath hat? Dieser hält den Rentmeister dazu an, Rechnung abzulegen, und schlichtet die ihm entgegen entstehenden Streitigkeiten: sollte er auch wohl über Vergehen erkennen, die in dem angeführten Gesetze nicht angezeigt sind? Siehe ebendas. S. 136 u. f. f.

Im Jahr 1770 hat man die Frage aufgeworfen: ob gegen den sämmtlichen Rath eine bürgerliche Gerichtsbarkeit in Ansehung der Anhaltung solcher Sachen, welche jener zum Gebrauch der vereinigten Provinzen angeschafft hat (z. B. der dreyn und zwanzig Kanonen), ausgeübt werden könne? Der Hof von Holland behauptete, daß, indem er beschloßen habe, sich solcher Sachen zu bemächtigen, er weder in der Sache selbst, noch in der Art zu verfahren, die Grenzen seines Rechts überschritten habe: weil sich seine Gerichtsbarkeit über ganz Holland und alles das erstrecke, von welchem nicht in einem holländischen Gesetz eine ordentliche Ausnahme gemacht würde, daß er sich derselben nicht bemächtigen dürfe; er habe nie von den Staaten von Holland ein solches Gesetz erhalten, worin der gesammte Staatsrath von seiner Macht unabhängig gemacht würde? Die Art durch ein verschlossnes

Man

Schrei

Schreiben zu citiren, welche ihm von den Staaten von Holland den 6 September 1591 aufgetragen wäre, betreffe bloß die Städte von Holland; es sey nicht ohne Beispiel, daß auch sogar Statthalter in bürgerlichen Angelegenheiten von dem Hof vorgeladen wären; es könne das *beneficium juris*, welches einzelne Rathsh. rren hätten (§. 375), nicht auf den ganzen Körper ausgedehnt werden, u. s. f.

Die Provinzen haben es auf sich genommen, die Sache des Rathes zu beschützen, und haben ihn durch ein Schreiben an die Staaten von Holland ausdrücklich empfohlen. Die Gründe, die sie zu seiner Vertheidigung prauchten, waren vorzüglich diese: die höchste landesherrschastliche Gewalt werde dadurch nicht gekränkt, wenn auch von ihrer Gerichtsbarkeit einige Personen ausgenommen würden, welche sie in ihrem Gebiete sich aufhalten, oder daselbst wohnen ließe; es gebe nicht selten in dem Staats- und Völkerrecht Beschwerlichkeiten, welche, wenn sie etwas unangenehmes mit sich führten, daselbe durch andere Vortheile ersetzen; wenn der Rath behauptete, daß er von der ordentlichen Gerichtsbarkeit frey wäre, so sey nicht die Rede von einer gewissen Landeshoheit, die er sich in einem fremden Gebiete anmaße (alles andere ergiebt sich aus der Verordnung der Staaten von Holland vom 17 May 1659); das komme in Anfrage, in welcher Absicht die Provinzen ihren inimers währenden Rath lieber in Holland, als anderswo, haben niedersezzen, und die Holländer ihm in ihrem Lande einen Siz anweisen wollen; sie hätten selbst den Rath von der Macht der Obrigkeit des Orts, worinn er sich befände, oder wo er sich vers

versammle, frey machen wollen, daraus erhelle, daß, wenn diese Ausnahme ungültig seyn sollte, er nicht einem, sondern mehreren Richtern unterworfen wäre; nähme man dieses an, so könnte er stets gehindert werden, seine Pflicht zu erfüllen; endlich könne man aus der Ausnahme der einzelnen Glieder das Privilegium des ganzen Collegii mit Recht abmessen, auch lasse sich eben diese Meynung, ingleichen die Meynung der Provinzen, wie auch der Staaten von Holland, aus sehr vielen Fällen, insonderheit aus der Verordnung derselben vom 18 December 1657 und 30 September 1718 erkennen. Bey Anführung dieser Thatsachen leugnete der Hof von Holland es, daß das besondere Recht der einzelnen Mitglieder, als ein durch das Herkommen eingeführtes, erwiesen werden könne. Es gestattet uns aber die uns vorgesetzte Kürze und der Ort selbst nicht, uns in diese Streitigkeiten einzulassen.

§. 376.

Die Macht und die Verbindlichkeit des Rathes läßt sich aus dem Formular vom 13 April 1588 und vorzüglich aus dem vom 18 Julius 1651 erkennen, worauf die Rathsherrn, insofern es noch gebraucht wird, zu schwören pflegen. Sie sind verbunden täglich im Rathe zu erscheinen. Hierdurch ward im Jahr 1741 ein Streit veranlaßt, ob eine Person, welche sich in einem Admiraltätscollegio befände, in diesen Rath aufgenommen werden könne. Die Generalstaaten behaupteten, sie könne aufgenommen werden, bis es den Provinzen gefallen würde, ihre Aufnahme zu verbieten. Man sehe die Verordnung vom 19 May 1741. Allein im Jahr 1747 hat man den 30 Januar verboten, bey mehr, als einem Collegio, nehmlich, dem Collegio der Generalstaaten,

dem Staatsrath, der Oberrechnungskammer und einem Collegio, das über das Seewesen gesetzt ist, eine und eben dieselbe Person anzustellen. Schon wurden durch die Verordnung der Generalstaaten vom Jahr 1737 die von den Provinzen bestellten Einnehmer, ingleichen bey dem Seewesen dienende Personen, welche nach der Verordnung vom 9 November 1726 an einem gewissen Ort wohnen müssen, von dem Rathe ausgeschlossen.

Es dürfen nicht mehr, als fünf Abgesandte, von verschiedenen Provinzen abwesend seyn, und es wird nichts vorgenommen, wenn nicht alle, oder wenigstens die meisten, in dem Haag gegenwärtig sind. Ein jedes Geschäft, welches außerordentlich betrieben wird, wird nach Berufung aller, die in dem Haag zugegen sind, vorgenommen.

Jeder Rathsherr gelangt nach einer gewissen Abwesenung, die bey einer jeden Woche vorgenommen wird, zu dem Vorsitz. Die Verordnungen werden nicht nach der Zahl der Provinzen, die die Rathsherrn geschickt haben, sondern nach ihrer eigenen Zahl gemacht. Werden Urtheile gesprochen, so sind die Rathsherrn verbunden, nicht den Vortheil der Provinz, die sie geschickt hat, sondern das Beste des ganzen Staats vor Augen zu haben.

Das Gesetz wider unrechtmäßige Bewerbung und Bestechung ist sehr nachdrücklich, indem der geringste Verdacht auf Betrieb auch nur eines Rathsherrn mit einem Ende abgelehnt werden muß. Wer Geschenke gegeben hat, wird nach dem Grad seines Vergehens bestraft, und es fällt dem Angeber ein Drittheil der Strafe, die beyden übrigen den Armen zu. S. das Gesetz vom Jahr 1651. den 20. Apr. u. f. f.

Die erste Sorge des Rathes erstreckt sich über das **Militair**, über die Festungen, die auf Unkosten des Staats unterhalten werden, und das, was zum Kriege erfordert wird. Er verpflichtet die Officiere beim Austritt ihres Dienstes, von dem Hauptmann an, durch einen Eyd.

Hiernächst gehört zu den Berrichtungen des Rathes die Sorge für den öffentlichen Schatz. Er sieht dahin, daß die, welche dem Staat der Willkür Geld vorgeschossen, den Statthaltern, welche Hülfsstruppen hergegeben haben, befriedigt werden. Er hat die Verpachtung der Domainen. Jährlich, gewöhnlich um das Ende des Jahrs, begiebt er sich, von den drey ersten Bedienten umgeben, unter Anführung des Statthalters zu den versammelten Generalkstaaten. Er redet sie durch seinen Präsidenten an, und übergiebt eine Bitte um Beyträge zu den öffentlichen Ausgaben, vorzüglich solchen, die in Ansehung des Kriegs in dem zukünftigen Jahre zu machen sind (den *ordinaris en extraordinaris Staat van Vorlog*). In der Vorrede dazu zeigt er theils an, was er in Ansehung der öffentlichen Sicherheit zu thun für nöthig findet, theils sagt er, was für Provinzen ihren Theil des von ihnen versprochenen Geldes zu bezahlen unterlassen hätten, er fügt dann auch die Bitte hinzu, daß die Zahlung des Rückständigen, ingleichen die Bewilligung neuer Beyträge, von ihnen betrieben werden möchte. Die Anzeige und Bitte um solche nothwendige Ausgaben ist seit dem Jahr 1658. gewöhnlich, und von den älteren verschieden. Sie werden allgemeine Ansuchungen genannt. Sie sind von den besonderen unterschieden, die der Rath an die Generalkstaaten bringen läßt, wenn sich innerhalb des Jahrs zu Lande, oder zur See, ein Fall ereignet, welcher eine neue Vorstreckung an Gelde nöthig zu machen scheint. Um
viele

dem Staatsrath, der Oberrechnungskammer und einem Collegio, das über das Seewesen gesetzt ist, eine und eben dieselbe Person anzustellen. Schon wurden durch die Verordnung der Generalstaaten vom Jahr 1737 die von den Provinzen bestellten Einnehmer, ingleichen bey dem Seewesen dienende Personen, welche nach der Verordnung vom 9 November 1726 an einem gewissen Ort wohnen müssen, von dem Rathe ausgeschlossen.

Es dürfen nicht mehr, als fünf Abgesandte, von verschiedenen Provinzen abwesend seyn, und es wird nichts vorgenommen, wenn nicht alle, oder wenigstens die meisten, in dem Haag gegenwärtig sind. Ein jedes Geschäft, welches außerordentlich betrieben wird, wird nach Berufung aller, die in dem Haag zugegen sind, vorgenommen.

Jeder Rathsherr gelangt nach einer gewissen Abwechselung, die bey einer jeden Woche vorgenommen wird, zu dem Vorsitz. Die Verordnungen werden nicht nach der Zahl der Provinzen, die die Rathsherrn geschickt haben, sondern nach ihrer eigenen Zahl gemacht. Werden Urtheile gesprochen, so sind die Rathsherrn verbunden, nicht den Vortheil der Provinz, die sie geschickt hat, sondern das Beste des ganzen Staats vor Augen zu haben.

Das Gesetz wider unrechtmäßige Bewerbung und Bestechung ist sehr nachdrücklich, indem der geringste Verdacht auf Betrieb auch nur eines Rathsherrn mit einem Ende abgelehnt werden muß. Wer Geschenke gegeben hat, wird nach dem Grad seines Vergehens bestraft, und es fällt dem Angeber ein Drittheil der Strafe, die beyden übrigen den Armen zu. S. das Gesetz vom Jahr 1651. den 20. Art. ii. f. f.

Die erste Sorge des Raths erstreckt sich über das *Militaire*, über die Festungen, die auf Unkosten des Staats unterhalten werden, und das, was zum Kriege erfordert wird. Er verpflichtet die Officiere beim Austritt ihres Dienstes, von dem Hauptmann an, durch einen Eyd.

Hiernächst gehört zu den Verrichtungen des Raths die Sorge für den öffentlichen Schatz. Er sieht dahin, daß die, welche dem Staat der Willk. Geld vorgeschossen, den Statthaltern, welche Hülfsstruppen hergegeben haben, befriedigt werden. Er hat die Verpachtung der Domänen. Jährlich, gewöhnlich um das Ende des Jahrs, begiebt er sich, von den drey ersten Bedienten umgeben, unter Anführung des Statthalters zu den versammelten Generallstaaten. Er redet sie durch seinen Präsidenten an, und übergiebt eine Bitte um Beyträge zu den öffentlichen Ausgaben, vorzüglich solchen, die in Ansehung des Kriegs in dem zukünftigen Jahre zu machen sind (den *ordinaris en extraordinaris Staat van Vorlog*). In der Vorrede dazu zeigt er theils an, was er in Ansehung der öffentlichen Sicherheit zu thun für nöthig findet, theils sagt er, was für Provinzen ihren Theil des von ihnen versprochenen Geldes zu bezahlen unterlassen hätten, er fügt dann auch die Bitte hinzu, daß die Zahlung des Rückständigen, ingleichen die Bewilligung neuer Beyträge, von ihnen betrieben werden möchte. Die Anzeige und Bitte um solche notwendige Ausgaben ist seit dem Jahr 1658. gewöhnlich, und von den älteren verschieden. Sie werden allgemeine Ansuchungen genannt. Sie sind von den besondern unterschieden, die der Rath an die Generallstaaten bringen läßt, wenn sich innerhalb des Jahrs zu Lande, oder zur See, ein Fall ereignet, welcher eine neue Vorstreckung an Gelde nöthig zu machen scheint. Um viele

566 Dritter Theil. Drittes Capitel.

viele Unbequemlichkeiten abzuwenden, hat der Rath den 11 November 1660, und wiederum 1754. 1755. und 1757. den Vorschlag gethan, daß eine gewisse Summe jährlicher Kosten festgesetzt werden möchte, welche nur auf **allgemeine Bewilligung** verändert werden dürfte, und daß die außerordentlichen und zufälligen Abgaben jährlich durchgegangen würden, und auch diese nur nach einer neuen Einwilligung der Provinzen vermehrt werden möchten.

§. 378.

Zu dem Schatze, welcher der Sorge des Raths anvertraut ist, rechnet man, außer den Bensteuern, die zur Kriegszeit auf die dem Feinde gehörigen Länder, deren man sich bemächtigt hat, gelegt werden, erstlich, die Einkünfte der Domainen des Staats. Zweytens, die Bensteuern der Generalitätslande, so wie auch von Wedda und Westdingerwold. Drittens, das Geld, welches aus dem Gebrauch der Landeshoheit ein kommt, z. B. der Gewinnst aus den von dem Staat auctorisirten Lotterien.

Gewisse Zolleinkünfte genießen die Admiralitätscollegien, da sie ihnen angewiesen sind. Die Strafe der Confiscation der Güter in den Generalitätslanden, so wie auch in den Colonien, ist im Jahr 1777. aufgehoben. Geldstrafen pflegen immer noch in den öffentlichen Schatz zu kommen. Der Rath ist verbunden, dahin zu sehn, daß bey der Verpachtung der Zolleinkünfte in den Generalitätslanden der Schatz nicht beeinträchtigt werde, und daß auch nicht bey der Zahlung, oder Ventrabung der Bensteuern, den Einwohnern von den Einnehmern zu viel geschehe. Bey Streitigkeiten, die hierbey entstehen, richtet eben dieser Rath ohne alle Appellation. Indessen kann eine

eine Revision der Sentenz gesucht werden, von welcher die Verordnung der Generalstaaten vom 2-September 1768. eine Form vorgeschrieben hat. Diese legt dem, der darum ansucht, zweyhundert Gulden zur Deposition auf, welche, wenn der Deponent verliert, dem Schatze zufallen. Dieses Remedium wird denen nicht verstattet, welche die Führung des Proceses umsonst fordern, oder auch, wenn wider solche, die eines Verbrechens schuldig sind, außerordentlich, oder wider Beklagte, die ihre Schuld eingestanden haben, verfahren und ein Urtheil gesprochen wird. Zur Bestreitung der Interlocute trägt es nichts bey, wenn ein Richter durch sein Urtheil einen Schaden, von dem er glaubt, daß er ihn angerichtet habe, wieder gut machen kann. Es hält auch die Vollziehung der Exekution nichts auf, wenn man nicht sieht, daß durch dieselbe ein Schade angerichtet werden würde, der nicht wieder herzustellen wäre. Die Provinzen wechseln unter sich in der Ernennung neuer Richter ab, welche den erstern in gleicher Anzahl bengegeben werden, um durch ihr Urtheil den Streit gemeinschaftlich beizulegen.

§. 379.

Die gemeinschaftlichen Einkünfte, die wir im vorigen Paragraphen angeführt haben, reichen nicht zu, die Ausgaben des Staats zu bestreiten. Staatsschulden, ingleichen sowohl jährliche, als auch schnellig verursachte Ausgaben, machen es, daß die Republik ohne neue Beiträge der Provinzen nicht bestehen kann. Die Provinzen haben diese ihre Verbindlichkeit, die die Natur einer unmerfortdaurenden Gesellschaft selbst festgesetzt hat, im 5 und 6 §. des Utrechter Bündnisses erkannt, durch den Vertrag vom 13 Julius 1579. bestätigt, und in einem dem Rath gegebenen Befehle vom 13 August 1584. die

Ver-

Versicherung gegeben, darauf zu halten. Siehe den 5 Artikel desselben, ingleichen das Gesetz vom 12 April 1588. den 8. 9 und 10 Artikel, wie auch das vom Jahr 1651. den 15 Artikel u. s. f. Wir wollen daher untersuchen, auf was für Art, und nach was für einem Verhältniß die Provinzen Geldbeiträge liefern, woben wir von dem Unterschiede der Steuern in den Niederlanden reden müssen.

Es giebt theils öffentliche, theils Privatabgaben. Die letztern wandte vor Zeiten eine jede Stadt, oder Gemeinheit, entweder auf besondere Erlaubniß des landesherrn, zu ihrem Nutzen an, oder that dieses nach einem immerwährenden Rechte, welches sie, gleichsam als ein Privilegium, von dem Fürsten erhalten hatte. Man sehe das Gesetz von Carl dem fünften vom Jahr 1515, welches wir im 251 §. angeführt haben. Ich zweifle indeß nicht, daß ein immerwährendes Herkommen, welches die Kraft einer wirklichen Verjährung hat, ein eben so gerechtes Recht verleihet, als ein geschriebenes Privilegium, es mag nun dasselbe nie ertheilt seyn, oder das alte das Andenken desselben, oder seine Bestätigung, ausgelöscht haben. Die einzelnen Provinzen setzen den Einwohnern ihres Gebiets mit dem Recht der landesherrschaft öffentliche Steuern an, verwalten dieselben, und verwenden sie, theils zu ihrem Gebrauch, theils führen sie dieselben dem Schatze der ganzen Republik zu. Da auch einige Provinzen von den andern in Ansehung der Größe der nöthigen und nützlichen Ausgaben, folglich auch der gemachten Schulden, daher auch der Beiträge zu den Ausgaben der Republik unterschieden sind, so sieht man deutlich, daß in den Niederlanden nicht einerley Proportion der Steuern statt finden könne. Die Verschiedenheit der Lage und des Handels selbst verstatet nicht einmal,
daß

daß überall einerley Waaren, wenigstens nicht auf einerley Art, versteuert werden können. Deswegen haben schon die Seeländer im Jahr 1444 sich erklärt, daß sie sich nicht durch die Bensteuern, welche die Holländer beschloßen hätten, wollen binden lassen. So haben sich auch die Staaten der einzelnen Provinzen widersezt, um zu verhüten, daß, als Carl der fünfte und Philipp der zweyte regierten, eine Provinz, nach dem Beispiel einer andern, mit Abgaben beschwert würde.

§. 380.

Ben dem bürgerlichen Krieg sah man sich genöthigt, zur Eintreibung der erforderlichen Gelder einen neuen Weg einzuschlagen. Unter den Besessen, welche Holland und Seeland, um sich näher mit einander zu verknüpfen, im Jahr 1575 und 1576 unter sich errichtet hatten, war auch dieses, daß sie zu den gemeinschaftlichen Kriegsausgaben Geld zusammenbringen wollten. Damit auch nicht der Verdacht einer Ungerechtigkeit dem Eifer für das allgemeine Wohl schädlich seyn möchte, so legten sie auf Wein, Bier, Torf, Salz, Rindvieh, Saatkorn, Seife, u. s. f. einen gleichen Impost, nachdem sie von beyden Seiten Deputirte abgeschickt hatten, welche auf die Verwaltung dieser Steuern Acht geben sollten. Man nannte diese Geldbensteuern gemeine Mittel (gemeene middelen), weil sie zum gemeinschaftlichen Besten angewandt wurden, und unterschied sie von denen, welche eine jede Nation für ihren Privatnutzen verwandte. Da nun aber alle diese Bensteuern, die in dem Vertrage festgesetzt waren, zur Bestreitung der öffentlichen Kosten nicht hinreichten, so sahen beyde Provinzen sich genöthigt, die fehlenden Gelder durch einen neuen Vertrag, eine jede für sich, herben zu schaffen. Aus dieser Gleichheit wurden alsobald Uneinigkeiten erzeugt. Es legte sie der Prinz Wil.

Wilhelm der erste den 21 Jul. 1579. bey, und wies den Seeländern siebzehn auf hundert, den Holländern das Uebrige an. Man sehe die Geschichte der Genugthuung von Goes, welche von dem Ursprunge der Steuern kurz, aber deutlich, redet. S. 370 u. f. f. Ingleichen sehe man **Timmermann** bey den Ges. von **Middelburg** S. 189 u. f. f. Die übrigen Provinzen richteten sich gleichsam nach dem Besspiel dieser beyden, nachdem sie sich durch das Bündniß von Grent, und nachher durch das Uetrechter vereinigt hatten, daß sie fast auf die meisten Arten von Waaren, welche sie mit einer Abgabe belegt hatten, eine gemeinschaftliche Steuer legten, sie vermehrten, verringerten und sie genau an den gemeinschaftlichen Schatz abgaben. Man sehe den 5 Artikel des Uetrechter Bündnisses. Wie schwer sich dieses ausführen ließe, sahe man bald ein. Sollten die Provinzen, eine jede in ihrem Gebieth, Gesetze in Ausführung dieser nach dem Vertrage beschlossenen Steuern, oder die Generalstaaten sie geben? Sollten sie von den Deputirten einer jeden Provinz, oder den Generalstaaten, mit den Einnehmern gehoben werden? Konnte es nicht kommen, daß, wenn auf einerley Sachen überall gleiche Auflagen gelegt würden, eine und die andere Provinz dadurch zu sehr belästigt würde? So viel sich auch die Holländer Mühe gaben, so konnte dies doch nicht als ein Gesetz eingeführt werden. Wie sehr dieser Umstand die Gesandten, die sich zu Uetrecht einige Zeit lang niedergelassen hatten, um den Vertrag in Ausübung zu bringen, in Verlegenheit gesetzt, und was für Besorgnisse er dem **Niederländischen Landrath** (**Landraad**) gemacht habe, kann man aus dem Schreiben, das derselbige, als er von seinem Amte abtrat, den 21 September 1584. an die Generalstaaten ergehen ließ, abnehmen. Endlich traten die Holländer von dem Vorfasse, die gemeinschaftlich

bes

beschlossenen Bensteuern für den Schatz der Republik beizutragen, ab, außer, daß man noch geraume Zeit die auf Salz gelegten Abgaben, abzutragen fortfuhr. Man sehe die Verordnung der Staaten von Holland vom 2 April 1640, und der Generalstaaten vom 8 December ebendesselben Jahrs. Die vielen Vorschläge, die man ehemals, vorzüglich im Jahr 1661, that, eine allgemeine Abgabe auf Wein, Bier, Salz, Seife und Tuch (gewöhnlich de 5 species genannt), zu legen, sind ohne Erfolg gewesen.

Da also die Bundesgenossen den erst erfundenen Weg, Geld auf eine gemeinschaftliche Art in den Schatz zu bringen, nicht einschlugen (wenn man die Zölle ausnimmt, die die Admiralitätscollegien überall einnehmen), so blieb ihnen das übrig, daß ein jeder in seinem Lande, je nachdem er es für zuträglich befand, und nachdem es der Theil nöthig machte, den er an den Schatz der Republik zu liefern verbunden war, die sämmtlichen Arten der Abgaben einrichtete. Hieraus erwuchs eine neue Schwierigkeit, wie nemlich die Beiträge unter den Provinzen auf eine gleiche Art festgesetzt würden.

§. 381.

Wenn eine aus mehreren Völkern errichtete immerfortdaurende Gesellschaft geknüpft ist, die ihre Ruhe, Wohl und fortdaurendes Ansehn in der Vereinigung ihrer Kräfte setzt, so ist das Verhältniß der öffentlichen Beiträge das billigste, welches entweder den Vortheilen, welche einzelne Glieder dieser Gesellschaft aus ihr schöpfen, oder, wenn man hierauf nicht sieht, ihren Kräften angemessen ist. Da man auch die Vortheile eines Bundesgenossen nicht auf das genaueste berechnen kann, so bleibt das andere Stück übrig, daß man nemlich das Verhältniß der Bensteuern nach

nach den Kräften eines jeden abmisset. Man kann diese Kräfte weder nach der Größe des Schatzes, noch allein aus der Anzahl der Einwohner, so wie auch nicht aus der bloßen Größe des Landes beurtheilen, sondern muß hierbey auf die Kräfte der Bürger, die sie schon wirklich haben, oder doch durch einen leichten Weg erhalten können, Rücksicht nehmen. Da diese nun sich nicht stets gleich bleiben, noch gleich bleiben können, so sieht man, wie schwer es sey, hierinn ein stets billiges Verhältniß zu treffen. Denn der Reichthum der Bürger wächst, wenn die Ursachen aus dem Wege geräumt werden, wodurch er geschwächt zu werden anfängt, z. B. wenn ein Schaden, den sie im Kriege erlitten haben, wieder gut gemacht wird. Er wird verringert durch Unglücksfälle, Kriege, Auswanderungen, abwechselndes Glück im Handel, insonderheit desjenigen, der mit Ausländern geführt wird. Ein kleiner Verlust an Gütern, oder zuweilen ein größerer, der aber in kurzer Zeit wieder hergestellt werden kann, verursacht nicht sogleich eine neue Ansuchung in Ansehung des Verhältnisses der Bensteuern; ein großer Verlust, der von Dauer ist, und sich nicht leicht wieder gut machen läßt, der auch außer allen Zweifel gesetzt ist, verursacht sie allerdings. Wenn daher ein oder mehrere Bundesgenossen sich beklagen, daß ihnen eine zu große Last auferlegt sey, so muß eines von beeden geschehn, entweder man muß die gemeinschaftlichen Kosten von neuem einschränken, so viel sich dieses ohne Schaden und Verletzung des öffentlichen Wohlstandes thun läßt, oder man muß nach einer neuen Schätzung die Beiträge nach Billigkeit auf eine den Kräften eines jeden angemessenere Art einrichten.

§. 382.

Ich komme wieder zu den Provinzen der Niederlande zurück. Vor dem Jahr 1634. haben sie schon einigemahl
sich

sich wegen der Abänderung des Verhältnisses der Steuern unter einander berathschlagt. Einigemal wurden sie wegen erhaltenen Kriegsglücks vermindert. So erhielt z. B. Geldern und Overysel vor dem Jahr 1612. eine Zeitlang eine Erleichterung ihrer Steuern nach dem Umrheil der dabey angenommenen Schiedsrichter, daß jenenmlich auf 100. Gulden vier, die letztern zwey und ein Viertel bestrügen. S. van Hattum Zwolle III, 284. Mehr hiervon findet man in dem Buche, das den Titel führt: Öffentliche Bitten, im dritten Theile. Das Verhältniß der Steuern, das im Jahr 1618. und von neuem im Jahr 1634. festgesetzt ist, wird bis auf jetzt beibehalten. Es ist aber dieses Verhältniß in Ansehung der gewöhnlichen jährlichen Anforderungen folgendermaßen eingerichtet. Wenn eine Summe von 100 Gulden zusammengbracht werden soll, so trägt Geldern dazu fünf Gulden, elf Stüver, zwey Pfennig bey, Holland sieben und fünfzig Guld., vierzehn Stüv. acht Pfenn.; Seeland neun Guld., einen Stüv. zehn Pfenn.; Utrecht fünf Guld., fünfzehn Stüv. fünf Pfenn.; Friesland elf Guld., zehn Stüv. elf Pfenn.; Overysel drey Guld., zehn Stüv. acht Pfenn.; Gröningen fünf Guld., fünfzehn Stüv. sechs Pfenn. Das Land Drenthe trägt zu hundert Gulden bey den gewöhnlichen Steuern fast einen Gulden hinzu, und bey außerordentlichen giebt es zu hundert noch einen, außer dem Gelde, welches es jährlich zu den Festungswerten von Koovorden liefert.

Indeß fehlt es doch nicht an Klagen, welche über die Unbilligkeit dieser Eintheilung geführt werden. Das Vorhaben, welches die Bundesgenossen im Jahr 1674 wegen der Einrichtung eines neuen Verhältnisses, das dem Kräften eines jeden unter ihnen angemessen wäre, hatten, war ohne

ohne Erfolg. Die Provinz Seeland, Utrecht und Friesland führt deswegen Beschwerde. Sie behauptete im Jahr 1770, daß ihnen, nach Abzuge derer Gelder, die sie zum öffentlichen Schatz bestrügen, kaum hundert und neun und achtzigtausend, zwey hundert und vier Gulden, siebzehn Scvp. und fünf Pfenn. zur Bestreitung ihrer innerlichen Unkosten jährlich überblieben. Seeland beklagte sich im Jahr 1757, von neuem, daß ihm eine zu schwere Last auferlegt worden wäre, und fügte noch diesen Grund hinzu, daß in seinem Gebiete nicht mehr als 180000 halbe steuerpflichtige Acker begriffen wären, von welchen ein jeder 300 Schub betrüge, von welchen man auch vielen eine Freyheit von Abgaben hätte erdäumen müssen, und dennoch trügen sie zu dem allgemeinen Schatze dreymahl mehr, als Geldern, und sechsmal so viel, als Overyssel, bey. Als sie sich im Jahr 1770. von neuem beschwerten, gestanden ihnen die sämmtlichen vereinigten Provinzen eine gewisse Erleichterung auf eine bestimmte Zahl von Jahren ein.

§. 383.

Von diesem Anschlage der Vensteuern ist diejenige zu unterscheiden, welche in einem Lande unter gewissen Quartieren, worinn dasselbe eingetheilt wird, festgesetzt ist. Das Verhältniß der Vensteuern in den drey Quartieren von Geldern, hat der Vergleich festgesetzt, welchen der Prinz Wilhelm der Dritte mit Hülfe des Zeinsius, der damahls Senator von Holland war, zu Stande brachte, und welchen die Staaten von Geldern den 25 April 1700. als beständig und fest erklärten. Nach diesem Vertrage wird zuerst eine Summe von 451338 Gulden zusammen gebracht, wozu das Quartier Nimmegen 206127 Gulden; Zúrphen 109000, und Veluwe 136210 Gulden und 10 Scvp. erlegt. Bey Vertragung dieser

Summe

Summe bringt man die Besoldungen, die sowohl die deputirten Staaten in den einzelnen Quartieren, als auch die Gesandten zur Versammlung der Bundesgenossen erhalten, nicht mit in Anschlag. Es ward zu gleicher Zeit dem König Wilhelm, oder den zeitigen Statthaltern, die Benlegung des Streits, welcher etwa in der Folge über die Gleichheit dieser Eintheilung entstehen könnte, aufgetragen. Im Jahr 1720. ward noch eine neue Einrichtung hinzugefügt, daß nemlich das Quartier Zütphen und Veluwe zu der jetzt angezeigten Summe, ein jedes 7500 **Guld.** hinzufügen sollte, dadurch erhält man eine Summe von 476,338 **Guld.**; wenn nun die jährlichen Ausgaben von ganz Geldern über 900,000 **Guld.** betrügen, so sollten sie außer denen 7,500 **Guld.** gleichfalls auf jede 100,000 **Guld.** noch gemeinschaftlich 8000 **Guld.** erlegen. Was übrigens über 466,338 **Guld.** bezuträgen ist, das wird so vertheilt, daß auf jegliche hundert **Gulden** das Quartier Nimmegen 46 **Guld.** 19 **Stäv.** 5 **Pfenn.**; Zütphen 21 **Guld.** 18 **Stäv.** 1½ **Pfenn.**; Veluwe 31 **Guld.** 2 **Stäv.** 5½ **Pfenn.** erlegt.

Der Streit, der unter den Süd und Nordholländern der Bensteuern wegen entstanden war, ward den 27 März 1688 von dem Prinz Wilhelm dem dritten, der zum Schiedsrichter in dieser Sache erwählt war, auf diese Art bengelegt, daß Süd holland zu jeglichen 100 **Gulden** 81 **Guld.** und 15 **Stäv.**, Nord holland 28 **Guld.** 5 **Stäv.**, und zu den öffentlichen Schulden jenes 79 **Guld.** 10 **Stäv.**, dieses letztere 20 **Guld.** 20 **Stäv.** beitragen sollte. Daß die Stadt Amsterdam das meiste zu den öffentlichen Kosten tragen muß, hat nicht den Sinn, daß daselbst den Bürgern eine größere Last, als an andern Orten, um den Schatz von Holland und den gemeinschaftlichen zu bereichern auferlegt werden sollte,

solte, oder hier die Gesezze mit mehrerer Strenge ausgeübt würden. Die Größe der Summe, welche sie be trägt, muß man der Menge der Menschen, die sie bewohnen, und dem Handel zuschreiben, wodurch daher eine große Summe von Abgaben, welche auf Gebäude, Kaufmannsgüter, Contrakte, Siegel, Aemter, Lebende und Todee, vermöge der Gesezze des Staats ge legt sind, in den Schatz fließen.

§. 384.

Die Verwilligung der Provinzen, die jährlichen gemeinschaftlichen Besteuern betreffend, gilt nicht über ein Jahr. Seit dem Jahr 1650. trägt der Staatsrath am Ende eines jeden Jahres auf dieselben von neuem an, indem er eine Berechnung und den Beweis der Ursachen des Unterschiedes, wenn sich ein solcher in Ansehung der Ausgaben des vorigen Jahrs und der neuen, weswegen Ansuchung geschieht, finden sollte, hinzufügt. So hatte man, z. B. im Jahr 1777. auf 932,587 Guld. 8 Stüb. 5 Pfenn. und im Jahr 1778. auf 904,942 Guld. 2 Stüb. 11 Pfenn. auf einen halben Monath an getragen. Während des Jahres fragt man alsdann um neue Beiträge an, wenn unvermeidliche Umstände es nöthig machen. Als man im Jahr 1630. vortrug, daß die Staaten einer jeden Provinz, wenigstens vor dem letz ten April, auf die Ansuchung der jährlichen Ausgaben, und auch derer, welche innerhalb des Jahrs geschehen, innerhalb vier Wochen antworten mögten, und mon denjenigen, welche nicht antworten würden, anweh man wollte, daß sie zu der Ansuchung ihre Einwilligung gegeben hätten, so billigten die Staaten von Geldern in ihrer Versammlung vom 25 April 1631. diesen Vor schlag, nachdem sie die Meinung des Staatsraths vom 6 März 1631. erfahren hatten, worin sie nemlich:

durch

durch das Wetter nicht verhindert würden, eine Versammlung anzustellen. Hierauf nimt man vermöge einer Verordnung der Generalkstaaten vom 23 April 1663, welcher alle Provinzen durch ausdrückliche, oder stillschweigende, Einwilligung die Kraft einer Bestätigung gegeben haben, an, daß eine Provinz, welche wegen der ihr eingereichten Ansuchung um die jährlichen Beiträge nicht widersprochen hat, ihre Einwilligung gegeben habe. S. die Verordnung der Generalkstaaten vom 6 und 27 May 1737.

Uebrigens geben die Staaten der einzelnen Provinzen ihre Einwilligung in die Ansuchung der jährlichen Beiträge, entweder gerade zu, oder unter einer Bedingung. Seit zehn Jahren aber hat man darüber gestritten, ob dies auch auf eine gewisse Zeit des Jahrs gehe?

§. 385.

Der Rath muß ferner darauf Acht haben, wie die Zahlungen der benutztragenden Gelder vertheilt, und der Sold der einer jeden Provinz angewiesenen Soldaten bezahlt werde. Man findet alte Klagen über Provinzen, welche in diesem Stuck faumfelig gewesen wären. Schon im Jahr 1664. hielt der Rath dafür, daß es besser sey, das rückständige alte Geld zu streichen, und den 5 Januar 1750. und 30 December 1761. bekannte er in einem Schreiben an die Generalkstaaten, daß es eine äußerst schwere Sache sey, die Bezahlung der Beiträge in Ordnung zu bringen. Im 362 §. haben wir gesagt, daß die Mittel es dahin zu bringen, daß Niemand bei der Bezahlung zu wußt bliebe, welche in dem Uetrechter Bindenschiff vorgeschrieben wären, ihre Kraft verlohren hätten. Der Anschlag vom 12 April 1721. ging damals nicht von Statten, sondern es wird noch oft darauf gedrungen. Im Jahr 1667.

schifften die Holländer Abgesandten nach Geldern, welche diese Provinz ermahnen sollten, ihre Beiträge abzuliefern, damit sie sich nicht genöthigt sähen, die an sie gewiesenen und in Geldern eingelegten Soldaten, um ihren Sold zu holen, wieder nach Geldern zurück zu schifften. Diese Ansuchung der Holländer und die Antwort von Geldern, daß dieses unmöglich sey, findet man in den Akten der Versammlung von Geldern vom 7 und 20 August 1667.

§. 386.

Von dem Rath ist das Collegium der vierzehn Männer, welches die Rechnung der Einnahme und Ausgabe besorgt (de Generaliteits Reekentaamer), und von den Provinzen im Jahr 1607. niedergelegt ist, unterschieden; kommt ihm aber dem Range nach am nächsten. Seine Einrichtungen bestehen darin, daß es vorher die von dem Rath der Auszahlung wegen gegebenen Befehle genau erwägt, ehe es dieselben seinen Registern einverleibt und der Staatorentheister die Auszahlung leistet. Es durchsieht die Rechnungen dieses Rentmeisters, so wie auch des Einnahmers der einem jeden Admiralkätscollegio angewiesenen Zölle, und hebt sie aus. Aus dem fünften Artikel des ersten ihm vorgeschriebenen Gesetzes, welches dem 30 September 1651. vermehrt ist, ersieht man, daß seine Sorge vorzüglich darin bestehen soll, daß es die Ursach des mehr, oder weniger, von den Provinzen gezahlten Geldes ausfindig machen und darlegen soll. Wegen seiner Vorstellung, neue Gesetze in Ansehung der Sparsamkeit zu geben, siehe man die Verordnung der Staaten von Seeland vom 29 April 1757. und der Generalstaaten vom 9 Julii 1749.

Jede Provinz schickt zwei Personen mit einer Vollmacht ab, welche die Generalstaaten in Eyd und Pflicht nehmen, und in

in dieses Collegium einführen lassen. Die Frage, wer in den einzelnen Provinzen das Recht habe, diese Personen auszuwählen, und auf wie lange Zeit sie abgeschickt werden, gehört zu den innerlichen Einrichtungen einer jeden Provinz. In Südholland wird aus der Ritterschaft eine Person ausgewählt, und erhält das Recht, dies Amt Zeit lebens zu verwalten. Unter den Städten konnten Schiedam, Schoonhoven und Briel es dahin nicht bringen, das Recht, Deputirte abzuschicken, zu erhalten. Die übrigen Städte von Holland beobachteten unter sich eine gewisse durch Verträge bestimmte Abwechselung. Den Streit, welcher unter den Städten von Nordholland eben dieses Rechts wegen entstanden war, schlichtete den 3 August 1661 der Adel, welchem die Entscheidung desselben überlassen war, und ihr Spruch ward von den Staaten von Holland genehmigt. Durch diesen Ausspruch erhielt Alkmaar; Hoorn, Enkhuizen öfter das Recht, Gesandten abzuschicken, als die übrigen Städte.

Das Collegium der vier Männer, welches einen Theil der Kriegskosten besorgt (de Generaliteits Finantie Kamer), ist älter, als dieses Collegium; steht aber dem Range nach unter ihm. Diese Männer werden von den Generalstaaten gesetzt. Von diesen haben sie ihr Pflichtformular im Jahr 1691. erhalten. S. das Nederl. Gesetzb. IV, 137. Eben diese haben den Streit, wegen gewisser Theile des diesem Collegio beigelegten Amtes, welchen es mit der Oberrechnungskammer hatte, im Jahr 1757. beigelegt. Man sehe die Verordnungen der Generalstaaten vom 20 Januar, 8 Februar und 24 September des angeführten Jahres.



Das vierte Capitel.

Von dem Oberbefehlshaber zu Wasser und zu Lande,
wie auch von der Armee.

§ 387.

Zur Führung und Fortsetzung der Kriege, bediente man sich ehemals der aus Bürgern und Klienten bestehenden Miltz. Sie bestand aus Edelleuten, Stadt- und Landbewohnern. War der Krieg geendigt, so ging der Soldat wieder nach Haus und zu seinen bürgerlichen Geschäften. Im funfzehnten Jahrhundert fing der Gebrauch des in Sold genommenen Soldaten, und die Wohnheit, einige Regimenter auch in Friedenszeiten in Sold zu erhalten, an aufzukommen. In den Niederlanden machte der ihnen verhasste Carl der Kühne den Anfang, nach dem Beispiel des Königs von Frankreich Carl des siebenten und Ludwig des eilften, einige stetobleibende Regimenter (Benden van Ordonsnantie) zur Friedenszeit zu unterhalten. Unter der Regierung Carls des fünften und Philips des zweyten, und bey den Unruhen und Stürmen des bürgerlichen Kriegs ward die Nothwendigkeit in Sold genomener, auch fremder Truppen noch größer, und vorzüglich seit der Zeit, da sich der Handel von Holland nach allen Seiten der Welt verbreitete. Nach dem Schluß des Münsterischen Friedens entstand in Europa eine neue Verfassung. Seit dem Jahre 1668. steht es beständig in den Waffen. Eine zahlreiche Armee, welche überall in Friedenszeiten zum Angriff, oder zur Abhaltung des Feindes steht, und fertig ist, fodert, möchte ich sagen, zum Kriege auf, oder

erfüllt

erstift ihn durch Furcht. Daher bedürfen die Niederlande, welche unter den mächtigsten Völkern liegen, zur Erhaltung ihrer Ruhe, ihrer Rechte, ihrer nicht eingeübten Freiheit, und ihrer seit alten Zeiten unter den Völkern behaupteten Ehre, nicht allein der Schiffe, sondern auch eines Heers, welches ihr Land beschützt. Dieses hat der Staatsrath den Generalstaaten schon oft auf das deutlichste dargethan.

Das Commando über die Flotte und Armee haben sowohl die einzelnen Provinzen vor sich, als auch sie sammtlich vereinigt dem Statthalter übergeben, welchem Absicht und angeerbte Denkungsart, das Eigenthum der angehefteten Güter, Treue und Religion das öffentliche Wohl, als sein eigenes, angelegen seyn läßt. Es hat nemlich der Staat dem Prinz Wilhelm dem vierten den 27 Julius 1748 diese Macht als erblich übertragen, und ihn dazu durch ein besonderes Diplom in Brabant, Flandern, Obergeldern, in dem Lande Valkenburg, Daalheim, Hertogenrade, Wedde und Westvoldingerland bevollmächtigt. Man sehe die Verordnung vom 30 November und 14 December 1748. Wir haben im 189 S. gesagt, daß diese Macht, welche diesem Prinzen auch von einer jeden Provinz insbesondere übertragen ist, sich auch auf die Töchter und ihre Söhne, unter gewissen Bedingungen in Ansehung der Verheirathung und Erziehung erstreckte. In gleichen Graden steht das Recht des Vorzugs am Geschlecht und Alter. Eine weibliche Descendentin, sie mag vor sich, oder indem sie eine Vormundschaft führt, am Ruder sitzen, befindet sich mit eben dem Recht, als ein männlicher Descendent, bey den Collegien. In einem Kriege, und bey Feldzügen schlägt sie einen Feldherrn vor, der der Landesreligion zugethan ist, keine königliche, oder

churfürstliche Würde führt, und den Generalstaaten gefälle. Als Mutter führt sie den Namen einer Statthalterin, und genießt ihre Rechte bis der Statthalter majorenn wird, und verliert ihre Vormundschaft durch eine zweyte Heyrath. Der Prinz Wilhelm der fünfte ward im achtzehnten Jahr im Jahr 1752 majorenn. Wenn eine mütterliche Vormundschaft nicht statt findet, oder geendigt ist, so haben theils die Generalstaaten, theils die Staaten der besondern Provinzen die Aufsicht über die Rechte des minderjährigen Prinzen, und sie üben alsdann dieselben aus.

§. 388.

Zu dem Commando der ganzen Armee, welches dem Prinzen übergeben ist, wird auch die Sorge für die Kriegszucht, die Herausgebung der dahin abzuweckenden Befehle, das Recht in Festungen Commandanten zu ernennen und die Gerichtsbarkeit gerechnet. Das Recht, Soldaten einzuquartieren, ingleichen Besatzungen von einem Ort nach dem andern zu verlegen (*'t regt van de Patenten*), wird dem Prinzen in den Eodicillen der Generalstaaten vom 6 May 1747 namentlich bengelegt, insofern seine Vorfahren dieses Recht gehabt hätten. Es war nemlich nach dem Tode des Prinzen Willhelms des zweyten dieses Recht in einer außerordentlichen Versammlung des Jahres 1651 den Generalstaaten bengelegt nach eingeholtem Gutachten des Staatsraths, so, daß die zu der Versammlung abgeschickten Deputationen endlich erharteten, daß sie den dem Gebrauch dieses Rechts und Ausübung desselben durch den Rath nicht den Nutzen einer gewissen Provinz, sondern des ganzen Staats vor Augen haben wollten. Der Prinz Wilhelm der dritte ward im Jahre 1672 in das alte Recht wieder eingesetzt. Als nun nach seinem Tode eben diese Macht wiederum

berum an die Generalstaaten und den Rath gebracht war, so kam im Jahr 1747, nachdem sich die Umstände wieder geändert hatten, dieselbe wieder an den Befehlshaber der Armee. Daher ertheilt dieser nun allein die Befehle an die Generale und Hauptleute. Seine Befehle bringet, sowohl in dem Lande einer jeden Provinz, woraus die Armee geht, als auch da, wo sie durchgeht und wo die Truppen liegen bleiben, der, der sie commandirt, an die deputirten Staaten. Daß die Kraft der Befehle, wodurch die Entfernung der Soldaten angedeutet wird, durch das Gegenverboth einer an der Regierung des Landes theilnehmenden Stadt nicht aufgehoben werden könne, haben die Generalstaaten in der Verordnung vom 12 November und 8 December 1745 und 13 April 1746 auf das ernstlichste durchgesetzt.

Die Rechte und Obliegenheiten des Prinzen im Kriege kann man aus dem, was der Prinz Wilhelm der Dritte vorgenommen hat, deutlich abnehmen. Nach einem alten Herkommen befinden sich einige aus den Generalstaaten und dem Staatsrath auserlesene Männer bey dem Feldherrn, oder Anführer der Armee, um sich über sehr wichtige Fälle zu berathschlagen, und Entschlüsse zu fassen. Es werden dazu jedesmal vier Personen aus vier Provinzen der Reihe nach genommen, ingleichen ein Rathsherr des Staatsraths, welchen eben dieser Rath den Generalstaaten empfohlen hat. Man sehe die Verordnungen vom 19 Merz und 16 April 1708.

§. 389.

Die Armee steht unter der Macht der sammtlichen Provinzen. M. s. die Verordnung der Generalstaaten vom 28. October 1678. Von ihnen wird sie geworben; sie muß ihnen huldigen, und ihre Gesezze beschwören.
Mit

Mit diesen machen die auswärtigen Fürsten Verträge. Die im Jahr 1651 verfertigte Eidesformel wird noch jetzt gebraucht.

Die militairlichsten Strafen sind hart, aber nicht unmenschlich. Die sonst auf die Desertion gesetzte Lebensstrafe ist in eine immerwährende Verbannung zu öffentlichen Arbeiten verwandelt worden. S. die Verordnung der Generalstaaten vom 17. October 1748.

Es findet aber unter den Soldaten und einigen Officieren eine vierfache Verbindlichkeit, außer der, welche aus der Natur und Verschiedenheit der Posten, so wie auch der Kriegszucht, fließet, statt. Zuerst sind sie verbunden, die landeshoheit der Provinzen zu ehren, hiernächst sie bey der Provinz, in deren Gebiet sie sich befinden (die landschaft Drenthe mit eingeschlossen), anzuerkennen. Ferner werden sie mit der Provinz, von der sie besoldet werden (Petaals Heeren), durch ein neues Band verknüpft. Der Sold nemlich, welchen der ganze Staat geben sollte, wird von einzelnen Provinzen an gewisse Regimenter, Compagnien und Esquadrone, welche ihnen angewiesen sind, bezahlt, und das, was sie bezahlt haben, von dem von ihnen bewilligten Beitrage abgezogen. S. d. Niederl. Gesezb. VII, 438. Dieses Geld pflegen in Holland die Schatzmeister (Solliciteurs) benutzreiben und an die Officiere abzugeben. Die Verordnung der Staaten von Holland vom 8. December 1749 verbietet ihnen aber, durch Vorstreckung dieses Geldes sich einen großen Gewinnst zu machen.

Die Zahlung des Soldes konnte zwar an und vor sich selbst kein Recht gegen die Soldaten verleihen; es hat aber der Staat mit demselben gewisse Rechte gegen die Soldaten

baten verbunden, wie man aus dem Ers, welchen die Soldaten schreiben müssen, ingleichen aus den Verordnungen, welche in Ansehung der von den Ausländern zu stellenden Hülfstruppen errichtet sind, ersehen kann. Von diesen Rechten, wohin, zum Beispiel, das Recht, die Compagnien zu mustern, gehört, sehe man die Schrift nach, welche den Titel führt: *Verhandeling over de militaire jurisdictie* S. 37. u. f. f. Der Streit, welcher im Jahr 1659 über die Collision der aus der Zahlung des Soldes fließenden Macht mit der entstand, welche allein aus der Einquartierung in dem Lande einer Provinz, welche den Sold nicht bezahlt, entsteht, findet man bey Wagenaar in seiner Vaterl. Gesch. beyw. angef. Jahr S. 404 u. f. f. angeführt. Das, was mit den Friesländern und Gröningern im Jahr 1678 und den folgenden über das Recht, Soldaten den Abschied zu geben, vorgenommen ist, wird ebendasselbst bey dem angeführten Jahr erzählt.

Es folgt aus eben diesem Rechte, daß in dem Patent (Commissie), welches der Staatrath im Namen der Generalstaaten den Hauptleuten giebt, diese, z. B. solche, die wegen des von Holland erhaltenen Soldes dieser Provinz verbindlich sind, Befehl erhalten, ausser dem Eyde, den sie vorgedachtem Rath ablegen müssen, auch von den deputirten Staaten von Holland ein Patent, welches eben diesem Patente beygefügt werden muß (*Brieven van attache*), zu suchen, wodurch sie erst des Genusses der ihnen ertheilten Macht fähig werden. Der Inhalt dieses Patents ist aber: Der Prinz von Oranien, der Staatthalter und erbherrliche Oberbefehlshaber der Armee zu Lande und zu Wasser, der erbherrliche Befehlshaber in Holland, so wie auch der Rath von Holland
(oder

(oder die deputirten Staaten)hielten das im Namen der Generalstaaten ertheilte Patent für gültig, und den öffentlichen Acten von Holland einverleibet; bestimmten ihm auch die Auszahlung des Soldes, als Hauptmann, so lange er die Befehle des Staats befolgen würde: würde er diese verletzen, so erklärten sie ihre Bewilligung der Zahlung für ungültig; so müsse er auch allen Verdacht einer unrechtmäßigen Bewerbung und der Bestechung durch einen Eyd (eet van Suivering) nach dem Befehl von Holland vom 26. März 1675 von sich ablehnen, ingleichen den Eyd der Treue und des Gehorsams nach der vorgeschriebenen Formel vom 25. August 1747 schwören. Ist dies geschehn, so erhält er Befehl, sein Patent der Staatsrechnungskammer vorzuzeigen; damit es in die Register desselben eingetragen werde. Man merke noch an, daß der Schwur, welchen nach diesen Befehlen die Officiere ablegen müssen, durch einen Procurator zuerst abgelegt werden könne, allein nichts destoweniger innerhalb sechs Monate von einem jeden selbst persönlich nach der Verordnung der Staaten von Holland vom 30. December 1746 beschworen werden müsse.

Endlich haben noch Officiere und Soldaten eine Verbindlichkeit gegen die Obrigkeit der Stadt, welche an der Landesregierung Theil nimt, und auf Befehl des Prinzen die Besatzung aufgenommen hat. Daher wird den Bürgermeistern von den Commandeuren der Soldaten, wenn sie sich einer Stadt nähern, oder in dieselbe eintreten, ephlich die Treue versichert, und angelobt, auf die Befolgung der von ihnen in Ansehung der Erhaltung der Ruhe und Stillung der Aufruhre und Unruhen zu ertheilenden Befehle, doch der Verbindlichkeit, den Befehlen der
Stadt

Staaten, so wie auch des Prinzen und der deputirten Staaten, zu gehorchen, unbeschadet, zu halten. Von dem Recht der Bürgermeister, die Parol zu geben und die Schlüssel der Stadt zu bewahren, siehe man Idsing vom Staatsrecht I, S. 152 u. f. f., in gleichen die Gesch. d. Genuegth. von Goes S. 302.

§. 390.

Die Rechte der Soldaten sind theils allen gemein, theils nur einigen Regimentern eigen. Die letztern gründen sich auf einem ihnen ertheilten Privilegio; zuweilen rühren sie auch von gewissen Angelobungen, welche von auswärtigen Völkern den von ihnen gestellten Hülfsstruppen ertheilt sind, her. Die Schweizer haben, sowohl in der Ernennung ihrer Officiere, als auch in der Art, ihre Truppen zur Vertheidigung des Vaterlandes zurückzurufen, so wie auch in der militairischen Gerichtsbarkeit, eine besonders gute Einrichtung getroffen. M. s. d. Verordn. der Staaten von Holland vom 14. März 1748, in gleichen den Vertrag der Generalstaaten mit dem Canton Bern vom 21. Jul. 1712. §. 6. 8. u. f. f., auch die Verordn. vom 20. Jun. 1737.

§. 391.

Zu den gemeinschaftlichen Rechten der Soldaten gehört das Privilegium Fori. Es ist ein doppeltes militairisches Gericht errichtet worden. Das eine befindet sich bey einem jeden Regimente, das andere ist höher, als dieses, und wird der hohe Kriegsrath (de Hooge Krygsraad) genannt. Der Prinz von Oranien, Wilhelm der vierte, hat ihn im Jahr 1747 zu Haag niedergesetzt, und er besteht aus einem Präsidenten und acht beständigen Richtern. An diesen Rath können
Misser

Missethäter, welche aus ihrem eigenen Bekenntniß allein nicht verurtheilt sind, innerhalb dreyer Tage nach bekannt gemachtem Urtheil appelliren. M. f. die Verordn. dieses Prinzen vom 28 August 1750.

Wie weit sich die Grenzen der militairischen Gerichtsbarkeit und der erstrecken, welche die ordentliche Obrigkeit ausübt, läßt sich nicht leicht entscheiden, daher auch die Staaten einiger Provinzen bisher Bedenken getragen haben, sie zu bestimmen.

Darüber findet kein Zweifel statt, daß nicht übrige Vergehungen, welche ein Soldat, als Soldat, sich durch Uebertretungen militairischer Gesezze zu Schulden kommen läßt, der militairische Richter erkennen sollte; keinesweges aber bey einer Person, welche nicht zur Miliz gehört und kein militairisches Verbrechen begangen hat. Bedenklicher ist der Fall, wenn es auf eine bürgerliche Gerichtsbarkeit ankommt, und ein Bürger mit einem Soldaten einen Streit hat, und bey allgemeinen oder nicht militairischen Vergehungen, wer alsdann die bürgerliche Gerichtsbarkeit ausübet? Die Vergehungen, welche auf Betrug der Zölle oder Verletzung der Jagdgesezze hinauslaufen, sind leicht zu beurtheilen, weil sie unter einen besondern Richter gehören. Es scheint nun diese Sache auf drey Fragen gebracht werden zu können: Erstlich, ob die bürgerliche oder criminelle Gerichtsbarkeit ohne Verletzung der Gesezze der Provinzen und der Rechte der ordentlichen Obrigkeit und der Bürger habe statt finden können und noch statt finden könne? Zweytens, ob ein solches Privilegium Jori dem Staate nützlich sey? Drittens, was hierin in den Niederländischen Gesezzen verordnet sey?

Ein jedes Regiment und Compagnie ist dem ganzen Staate verpflichtet, und steht unter seiner Gewalt (§. 388). Wenn also derselbe in seinem gemeinschaftlichen Gebieth die Gerichtsbarkeit über die Soldaten den Soldaten allein bengelegt hat, kann man sagen, daß den Rechten jemandes etwas entzogen worden sey? Wenn er aber eben diese Soldaten nach dem ihm zukommenden Recht in das Gebieth der Provinzen einlegt, schickt er sie alldam unter der Bedingung daselbst hin, daß sie, so bald sie daselbe betreten, das Privilegium fori verlieren sollen? Sollte eine Provinz den Soldaten, der ihr zur Besatzung geschickt wird, nur unter der Bedingung aufnehmen können, daß er die militairische Obrigkeit, welche er hat, nicht benbehalten soll, bloß die militairischen Vergewaltigungen ausgenommen? Wem würde hierbei zu viel geschehn? Würde dadurch das Recht der Soldaten *de non evocando* verletzt werden? Dies Recht ist eine Wohlthat, welche niemand wider Willen, ein jeder aber, wenn ihm gefällt, verlihren kann, wo nicht ein Gesetz die Aufhebung der Gerichtsbarkeit untersagt. Der Soldat verliert es, indem er sich bey militairischen Verbrechen, auch solchen, worauf Todesstrafe steht, dem militairischen Richter unterwirft. Auch kein Auswärtiger hat dieses Recht je gehabt, auch kein Eingeborner an dem Ort, wohin er als Besatzung hingeführt wird.

Aber, möchte jemand sagen, es wird dem Rechte der Bürger und der ordentlichen Obrigkeit etwas entzogen. Wenn dieser Grund soviel vermöchte, als viele glauben, so wären alle *privilegia fori* ungerecht, und würde nirgends eine *prävention* haben statt finden, auch das, was am 25. März 1651 festgesetzt ist, allein auf die an der Regierung theilnehmende Städte eingeschränkt (§. die Verordn. der Generalstaaten vom 31. May 1743), selbst nicht

nicht einmahl die militairischen Vergehungen ausgenommen, oder Verträge in Ansehung der Aufhebung des Jori bey Arresten haben gemacht werden können. Streitet es wohl mehr wider die Rechte der Obrigkeiten, die Gerichtsbarkeit über Leute, welche in gewissem Sinne Anführer genannt werden können, nicht zu erhalten, als sie über solche zu verlieren, welche doch wegen ihres Aufenthalts sich unter ihrer Gewalt befinden? Es giebt aber Beispiele solcher Privilegien in den Niederlanden genug. Da es auch nicht wider das alte Recht ist, daß nur Gleiches von gleichen Richtern gerichtet wird, sollte es sich wohl mit der Gerechtigkeit nicht vertragen, wenn ein Soldat einen militairischen Richter erhält?

§. 392.

Man nehme an, die Landeshoheit habe ein solches Gericht niedersetzen können, oder könne es noch jetzt, ohne dem Rechte jemandes zu nahe zu treten, so entsteht noch die zweyte Frage: ob eine solche Errichtung dem Staate nützlich sey. Diejenigen, die dieses leugnen, führen unter andern die Unerfahrenheit der Soldaten, welchen das bürgerliche Recht unbekannt seyn dürfe; die Gefahr der Landleute, wenn sie ihre Klagen nicht an ihre eigene Richter bringen könnten; auch die Gefahr an, worinn die Freyheit und öffentliche Ruhe gesetzt werden würde, wenn der seinem Richter allein unterworfenen Soldat die Achtung gegen die bürgerliche Obrigkeit aus den Augen zu setzen anfangen würde, u. s. w. Diejenigen, welche auf die andere Seite treten, behaupten, daß die Unerfahrenheit des Rechts denen, die richten, nicht nachtheilig werden könne; indem es ihnen ja freystünde, erfahreneren um Rath

Rath zu fragen, indem ja in den Niederlanden Landleute, wenn es auf das Gut und Blut solcher, die mit ihnen von gleichem Stande sind, ankommt, richteten; so sehr auch das Regiment der Soldaten über Bürger verhaßt sey, und von niemand gesucht werde, so ziehe man dies doch mit Unrecht auf die militairische Gerichtsbarkeit; in den militairischen Gerichten werde summarisch und ohne große Kosten das Recht gesprochen; die militairischen Strafen wären strenge und zweckten genug auf Erhaltung der Ruhe ab; man könne die Bequemlichkeiten und Unbequemlichkeiten dieser Einrichtung aus der Beschaffenheit derjenigen Länder erkennen lernen, wo die Soldaten die völlige Erkenntniß ausübten; die Achtung der bürgerlichen Obrigkeiten sey nirgends nöthiger, als in einer freyen Republik, und werde durch die bloße Ausnahme vom gewöhnlichen Foro nicht umgestoßen; die Väter des Vaterlandes hätten hievon gesorgt, indem sie eben dem Prinzen die Herrschaft über die Soldaten eingeräumt hätten, dem eine jede Provinz das Ruder anvertrauet habe, und welcher nicht verstanden würde, daß die militairische Gewalt zum Nachtheil der bürgerlichen zu weit ausgedehnt werde. M. s. die Verordnung des Prinzen von Oranien vom 28 Februar. 1775. Sie behaupten, daß für das Militair ein Nachtheil aus dem Unterschiede der Festhaltung der sich vergebenden Soldaten und Bürger und ihrer Strafen erzeugt werde, und fügen noch hinzu: daß, wenn ein Soldat in bürgerlichen Sachen sollte vor einem bürgerlichen Richter belangt werden können, er sich werde genöthigt sehn, weit von dem Standort eine Proceß zu führen, oder daß er z.

592 Dritter Theil. Viertes Capitel.

B. wenn plötzlich ein Marsch angefangt würde, weder der Fahne sogleich folgen, noch dieselbe verlassen könne.

§. 393.

Es ist noch die dritte Frage übrig: was in den niederländischen Gesezen wegen des Forts eines eingelegeten, durchgehenden, mit Erlaubniß des Commandeurs eine Zeitlang vom Regiment abwesenden, oder von demselben entflohenen Soldat in festgesetzt sey. In dem Utrechter Bündniß wird nichts bestimmt: denn damals dachten die Vorfahren nicht an eine ununterbrochen stehen bleibende Armee, die man auch zur Friedenszeit erhalten und bey der Fahne stehen lassen sollte. Das Herkommen, Gutachten, und die Geseze der besondern Provinzen sind untereinander verschieden. Die Staaten von Utrecht haben den 19 November 1777 das Rescript Wilhelms des Dritten wegen der Prävention bey einem Vergehen eines Soldaten wider den, der kein Soldat ist, bestätigt. In Friesland befindet sich die Gerichtsbarkeit bey gewissen Vergehen nach einer Verordnung der Staaten vom 5 Jul. 1753 bey dem militairischen Richter mit Ausschluß des Rechts ihn zu übergehn. Vor ihm müssen Bürger als Zeugen erscheinen, welches ebenfalls Soldaten, wenn sie von einem bürgerlichen Richter dazu beschieden sind, leisten müssen. Die Provinz Overijssel hat den 21 Januar 1752 die bürgerliche Gerichtsbarkeit dem militairischen Richter abgesprochen. In Holland wird wegen der Grenzen seiner Gerichtsbarkeit oft gestritten. M. s. die Verordnung der Staaten von Holland vom 20 September 1746. Deswegen hat der Hof von Holland die Staaten von Holland den 4 Merz 1772 ersucht, die Grenzen seiner und der militairischen Gerichtsbarkeit in

Ordn.

Ordnung zu bringen. In den Generalitätslanden ist dem militairischen Richter die volle Gewalt, über Vergehen zu erkennen, auch auf die Weiber der Soldaten, übertragen worden. M. s. die Verordnung der Generalstaaten vom 5 Sept. 1742 und 31 May 1743.

Diejenigen unter den Privatpersonen, die hierüber gestritten haben, schränken theils die militairischen Gerichte auf militairische Rechtsachen und Vergehungen, oder auf den Krieg und Feldzüge, ein, oder sprechen den Soldaten durchaus fast ganz das ordentliche Forum ab. Diese theilen sich wieder in zwey Theile. Einige, unter welchen ehemals Slingeland war, jetzt sich aber vorzüglich der Verfasser des Buchs: *Verhandeling van de Militaire Jurisdictie* befindet, legen dem Staatrath die criminelle und bürgerliche Gerichtsbarkeit über die Soldaten bey, woben sie wenige Fälle ausnehmen, welche man eben daselbst S. 93 findet. Andere behaupten, daß sie dem Militair vermöge der alten Einrichtung zukomme.

Ben dieser Untersuchung der Streitigkeiten ist es nicht sowohl nöthig, darzuthun, was die römischen Gesetze festsetzen, welche hierbey nicht wenig schwankend sind, als vielmehr, daß man untersucht, was sich sowohl vor dem bürgerlichen Kriege, als bey dem Anfange der Republik und nach der Entfernung des Grafen von Leicester bis zum Jahr 1651 zugetragen habe; was auch nach dieser Zeit vorgenommen und festgesetzt sey, wo die Nothwendigkeit, während des Friedens eine beständige Armee zu erhalten, viele nothwendige Einrichtungen, welche auf die Ordnung des Kriegswesens nach dem europäischen Fuße abzwecken, erzeugt hat.

Außer demjenigen, was aus Thatfachen und dem Ansehen der aus denselben gefolgerten Schlüsse auf beyden Seiten vorgetragen wird, läuft der Hauptgegenstand des Streits dahin hinaus, daß man die Meinung und das Gewicht des acht und sechzigsten Artikels des Gesetzes vom Könige Philipp von den Verbrechen; des fünften Artikels des Utrechter Bündnisses; des dem Niederländischen Rath (Landraad) im Jahr 1581 vorgeschriebenen Gesetzes; so wie auch des dem Prinz Moriz 1584 vorgeschriebenen, ingleichen des Vertrags mit dem Graf Leicester im Jahr 1586, des dem Staatorath den 12 April 1588 gegebenen Gesetzes, des Gesetzes von der Kriegszucht vom 29 April 1589, und desjenigen, welches die Pflichten der Soldaten in sich enthält. (Artikelbrief) vom Jahr 1590; auch desjenigen, was im Jahr 1639 geschehen ist, ingleichen der Verordnungen der Generalstaaten vom 25 März 1651, auch der von den Staaten von Holland vom 30 September 1654, 3 Oktober 1656, 16 May 1668, 15 Februar 1669, 13 August und 13 September 1671 erwezt und untersucht. Man füge noch hinzu das Schreiben des Prinzen Wilhelm des dritten, an den Hof von Holland, und die Antwort desselben vom 25 May 1675; die Verordnung des Staatoraths vom 3 Februar 1703 und 7 October 1747, auch die Verordnung der Staaten von Holland vom 23 April, 13 May 1711, 24 März 1748.

§. 394.

Außer der Mili, von der ich bisher geredet habe, beschützen sowohl das Gebiet des ganzen Staats, als auch die besondern Provinzen, verschiedene Orter, die mit großer Kunst und vielen Kosten besetzt sind. Es ge-
hören

hören dahin die Stadt Bergen op Zoom, Maastricht, Herzogenbusch, Coevorden, Naerden und andere mehr. Die Festungen, welche auf gemeinschaftliche Kosten des Staats angelegt und erhalten werden, hat der Staatsrath unter seiner Aufsicht, die übrigen, sowohl großen, als kleinen, welche auf Kosten einzelner Provinzen angelegt sind und erhalten werden, stehn unter den deputirten Staaten einer jeden Provinz. Wegen Holland sehe man die Verordnung der Staaten vom 20 Julius 1744 im Nederl. Gesetzb. VII, 84. Wegen des befestigten Schloßes Nieuwe Sluis im Gebiet von Utrecht sehe man die Convention zwischen Holland und Utrecht vom 20 Januar 1746, ebendas. S. 283. Man füge noch hinzu die Convention der Bundesgenossen vom 20 April 1674.

Das fünfte Capitel.

Von der Flotte und der ganzen Verwaltung des Seewesens, insofern dasselbe auf den Krieg abzielt.

§. 395.

Den Ruhm, den die Niederländer ehemals zur See gehabt haben, behaupten sie noch jetzt. Wer die heroische Zeit eines Ruiter und Trompe *) zu frengelig erhebt, der

*) Michael Adriansohn de Ruiter, Generaladmirallieutenant der Vereinigten Niederlande war zu Vlissingen in Seeland im Jahr 1606 geboren. So gering auch seine Herkunft war, so unsterblich hat er doch seinen Namen als Seeheld gemacht. In den 58 Jahren, da er zur See gedient hatte, war er alle Stufen des Seesdienstes

der hütete sich, daß ihm nicht mit Recht der Vorwurf gemacht würde, die kriegerische Tapferkeit und den Edelmutb unserer Zeit herabgesetzt zu haben.

Wir haben im 129 und folgenden Paragraphen gezeigt, wie seit alten Zeiten die Hitze des benachbarten Meers die Hitze, Kunst und Kühnheit der Niederländer, überall hinzusetzen, in Bewegung gesetzt, und wie die Fürsten durch Gesetze und Bündnisse diesen den Eingebornen gleichsam angebohrnen Trieb angefeuert und ihre Unternehmungen unterstützt haben. Vor dem fünfzehnten Jahrhundert hatte eine jede Niederländische Provinz ihre besondern Seegesetze, Carl der fünfte und Philipp der zweyte gaben ihnen gemeinschaftliche, jener den 19 Julius 1551, dieser den 21 October 1563. Da die Staaten von Holland behaupteten, daß dieses Gesetz des Philipp von nachtheiligen Folgen sey, so brachten sie es dahin, daß es im Jahr 1564 suspendirt ward, und sie selbst verboten den 12 August 1579 seine fernere Gültigkeit. Als nach dieser Zeit die Gemüther auf beyden Seiten wieder beruhigt wurden, fing dieses Gesetz wieder an in Gebrauch zu kommen, und fährt noch jetzt fort, im Ansehn zu seyn.

Ehe

dienstes durchgegangen. In funfzehn Schlachten war er Befehlshaber gewesen. Er starb auf dem Bord seines Schiffs an den Wunden, die er in einem Treffen wider die Franzosen unter dem Admiral du Quesne am 22 April 1676 auf dem Mittelländischen Meere im Gesicht des Berges Aetna empfangen hatte, nachdem er von dem König von Spanien, wegen des in diesem Treffen erfochtenen Siegs, zur herzoglichen Würde erhoben worden war. S. Allgem. Weltgesch. XVII, S. 202 u. f. f. Martin Herberts Tromp, Admirallieutenant der Niederl. Flotte, war um das Jahr 1639 sehr berühmte. Ebendas. XVI, 654.

Ehemals vernachlässigten aber die Fürsten die Beschützung der Schiffe auf der hohen See, und rächten den Schaden nicht, der ihnen wider die Vorschriften des natürlichen und Völkerrechts zugefügt ward. Daher suchten sich die Städte, vorzüglich die Hansestädte, deren Schiffe sowohl die Flüsse, als auch die hohe See befuhren, theils mit besonderer Bewilligung der Fürsten, theils vermöge ihrer durch keine Gesezze gebundenen natürlichen Freiheit, sich unter einander selbst durch Conventionen (nicht durch eigentliche Bündnisse), die sie mit auswärtigen Völkern oder Städten errichteten, benjuzustehn; bewafneten Schiffe; vertrieben Gewalt mit Gewalt, und rächeten erlittenes Unrecht durch eine Privatrathe. Wegen Holland sehe man *Vynkershoek* Fragen über das Staatsrecht S. 173. 183, ingleichen des Herrn *van de Wall* *Dordrecht* S. 84. nach.

Es fing aber im funfzehnten Jahrhundert überall, und auch in den Niederlanden der Satz an, ein Uebergewicht zu bekommen: man müsse das einzelnen Gliedern nicht einräumen, was durch eine Obrigkeit öffentlich geschehen könne, um ein größeres Uebel zu vermeiden. Die veränderte Verfassung von Europa machte diesen Satz nothwendig, damit nicht durch das privat Unternehmen einzelner Glieder die Verwirrung und gleichsam eine Verzerrung des ganzen Körpers entstehen möchte. Seit dieser Zeit pflegt von den Gerichten der Fürsten, auf ihr Geheiß, eine Vollmacht gleiches mit gleichem zu vergelten, wegen erlittener Beleidigungen und zugefügter Nachtheile zur See und auf den Flüssen, welche man sonst Vollmachten zu Repressalien (*lettres de marque*) nennt, ertheilt zu werden.

Der Kaiser *Maximilian* der erste ernannte in den Niederlanden einen Admiral (*Admiraal*) und schrieb ihm

598 Dritter Theil. Fünftes Capitel.

ihm den 8 Januar 1487 ein Pflichtformular vor. Carl der fünfte erweiterte dasselbe den 27 September 1540. S. Nederl. Gesezb. IV, 1208, 1215. Die Holländer behaupteten aber, daß die Besorgung ihres Seewesens nicht dieser Person, sondern ihrem Statthalter zukäme. S. die Bemerkungen des Herrn van der Goes S. 253, 269, 298, 300 u. f. f. Carl der fünfte überließ den Städten das alte Recht der privat Vertheidigung wieder, da die Zeitumstände es nothwendig machten.

Der Admiral hatte eine große Gewalt. Er hatte das Recht einen Deputirten zu ernennen, dem er seinen Posten übertragen konnte (Admiraal Lieutenant), und sich einige Rätthe, oder Richter, beizufügen, unter deren Urtheeln er seinen Namen setzte. Von ihnen aber konnte man an ihn selbst appelliren.

§. 396.

Als die Unruhen des bürgerlichen Kriegs ausbrachen, hatte der Prinz Wilhelm der erste das Obercommando über die Flotte. Vermöge desselben errichtete er in Seeland den 27 September 1756. ein Collegium, welches sich mit der Verwaltung des Seewesens beschäftigen sollte. In Südholland befanden sich bey ihm, da er gewöhnlich seine Residenz zu Delft hatte, einige auserlesene Männer, deren er sich bey Angelegenheiten von dieser Art bediente. S. Vor VIII, 102. In Nordholland befand sich eben diese Verwaltung des Seewesens bey den deputirten Staaten. S. des Velius Hoorn IV, 259.

Nach dem Tode Wilhelms im Jahr 1584. ward die Macht über den Staat und Führung des Krieges zur See auf einige Zeit dem Staatsrath, nebst der Gewalt, Admiralitätscollegia zu errichten, übertragen. Die Holländer errichteten den 1 November 1585. ein solches und überließen dem Prinz Moriz die Ober-

Oberbefehlshaberstelle zur See, um die Engländer hiervon zu entfernen, welche damahls in diesem Rathe eine Stelle erhalten hatten. Der Graf von Leicester machte große Veränderungen in der Einrichtung des Seewesens. S. des Velius Hoorn IV, 260. Nachdem er seine Stelle niedergelegt hatte, so singen nun die sämtlichen Provinzen an der Regierung des Seewesens, womit sich bisher nur einige beschäftigt hatten, Theil zu nehmen, an. S. die Verordn. der Generalstaaten vom 20 May 1588, worinn festgesetzt wird, daß, vermöge der Verordnung vom 19 Februar, 19 und 22 Merz 1587, dem Prinz Moriz ein Collegium beugefügt werden sollte, welches die Aufsicht über das Seewesen hätte (Collegie Superintendent van de Admiraliteit). S. das Ges. seine Obliegenheiten betreffend vom 22 Aprill 1589. Es erhellt aus den Akten der Staaten von Holland vom Monath December 1593. und den Akten der Staaten von Geldern vom 21 Februar 1595, daß dieses Collegium kurze Zeit aufgehoben ist. Endlich haben die Provinzen im Jahr 1597. die Sorge für das Seewesen fünf Collegien übertragen. Drey davon sind in Holland niedergesetzt, eines in Seeland und eines in Friesland. Sie haben ihren Sitz zu Rotterdam, Amsterdam, Middelburg, Hoorn und Enkhuizen, welche beyde Städte alle drey Monat mit einander abwechseln, und zu Harlingen. Obgleich diese Collegien auf die Vorstellung des Prinzen Moriz, weil die Seeländer dawider waren, nur auf ein Jahr errichtet wurden, so dauern sie doch noch bis auf diesen Tag fort.

Auf diese Art befindet sich jetzt die Verwaltung des Seewesens, auch in so fern sie in das Kriegswesen einschlägt, theils bey den Generalstaaten, theils bey dem Oberbefehlshaber zur See, theils bey den fünf Collegien. Der Staatsrath, der das Recht, über die Verwaltung des Sees

Seerwesens die Aufsicht zu haben im Jahr 1584. erlangt hatte, verlor es im Jahr 1588. wieder, daher bey dem neuen Formular seiner Verpflichtung dieser Macht gar keiner Erwähnung geschiehet, damit sich nicht, wie wir vorher gesagt haben, die Engländer, wie sie damals zu thun pflegten, weiter in diese Sachen mischen mögten. Der Prinz Moriz ward den 31 August 1588. von den sämtlichen Provinzen dem Seerwesen vorgesetzt. Von der mit diesem Amte verbundenen Macht sehe man Idsing in seinem Staatsrecht II, 99 u. f. f.

§. 397.

Jetzt ist dem Prinzen von Oranien das Obercommando zur See von den sämtlichen Provinzen überhaupt und auch von einer jeden insbesondere mit dem Erbrechte übertragen. Mit diesem Befehl ist die Macht verbunden, zur Kriegszeit eine Flotte wider den Feind auszuschiffen. Der Prinz hat Edikte den Dienst derer, welche die Kriegsschiffe commandiren, betreffend herausgegeben, dergleichen den 24 April 1773. und 15 Julius 1774. bekannt gemacht worden sind. Er ernennet die Admirale der Kriegsschiffe. Bey Kriegsangelegenheiten der Befehlshaber ordnet er Kriegsgerichte zur See an, welche im Namen der Generalstaaten und des Prinzen Recht sprechen, und die Urtheil ihm zur Bestätigung vorlegen, worauf er sie, nachdem er sie bestätigt hat, den Generalstaaten übergiebt.

Denen Kapern erteilt er die Macht, auszulaufen, worauf sie nach dem Völkerrecht, und nach dem Niederländischen Rechte für keine Seeräuber gehalten werden. Ueber das Recht der Beute entscheidet er nicht, sondern das Admiralicitätscollegium, dem der Kaper, ehe er ausläuft, angewiesen worden ist, welches indessen keines

Theil

Theil von der Beute macht. S. die Verordn. der Generalstaaten vom 15 November 1670. Nachdem der fünfte Theil der Beute abgezogen ist, welcher dem Schatze der sämtlichen Provinzen gehört, so bekommt der Prinz vermöge des Gesetzes vom Jahr 1597. nach einer alten Gewohnheit den zehnten Theil. Er muß auch für die Sicherheit der Küste und Seestädte sorgen. Ist er gegenwärtig, so hat er in den fünf Admiraltätsgerichten den Vorsitz, welche seinen Namen vor ihren Urtheilen und Befehlen setzen. S. die Verordn. der Generalstaaten vom 6 May 1747.

§. 398.

So bald ein Schiff einem Admiral angewiesen ist, werden freiwillige Matrosen geworben. Die Besätze und Obrigkeiten kommen denen, welche mit Gewalt zum Dienst zur See geworben werden, zu Hülfe. Schon im Jahr 1660 beschloß man 6000 Matrosen stets zu unterhalten. S. Aitzema IX, 1085. Die angeworbenen Seeleute schwören auf die Seegesetze, die für die Kriegszeit gegeben sind. S. das Niederl. Gesetzb. II, 187. Werden sie verwundet und verstümmelt, so erhalten sie aus dem öffentlichen Schatz einige Verpflegung. Es giebt unter denen Befehlshabern, welche den Admiralen mehrerer Schiffe vorgesetzt sind, vier Grade. Nach einer Verordnung des Prinz Wilhelm des vierten vom 8 März 1750 ist der, der die Stelle des Oberbefehlshabers zur See vertritt, der Generaladmirallieutenant (Lieutenant Admiraal Generaal), an Ehre dem Feldmarschal (Veldmarschall) gleich. Der Admiral der Flotte ist gleich einem Commandeur einer Armee zu Pferde und zu Fuß. Der, welcher die Stelle des Admirals vertritt, der Admirallieutenant hat eben die Würde, als ein Generalleutenant der Truppen zu Lande (Lieutenant Generaal).

raal). Der, der zunächst auf ihn folgt (Schout by Nacht), hat eben den Rang, den ein Commandeur mehrerer Regimenter hat (Generaal Major).

Ein Admiral eines jeden Kriegsschiffs, wird, während der ersten zehn Jahre, in welchen er diesen Posten führt, einem Generalleutenant (Lieutenant Colonel) gleich gehalten, nach dem Verlauf der zehn Jahr ist er dem General selbst gleich.

Ein solcher Admiral muß dafür sorgen, daß das Schiff in gutem Stande sey. Er sieht dahin, daß die, welche unter seinem Commando stehn, die Gesezze befolgen. Er ist verbunden, sich ganz der Handlung zu enthalten, Matrosen und Soldaten gut zu halten, im Schiff Verbrechen und Fehler zu strafen, die Ehre der Holländischen Flagge wider Ausländer zu beschützen, doch nicht das zu unterlassen, was er nach dem Völkerrecht und vermöge geschlossener Bündnisse ihnen schuldig ist, z. B. die Ruhe zur See und die Beschützung der Kauffartschiffe, die ihm von dem Admiralscollegio anbefohlen sind, wider alle ungerechte Gewaltthätigkeiten zu beschützen. S. das Gesez vom 8 März 1612. Das Gesez vom 24 April 1673. im 14 §. wegen der Todesstrafe eines Admirals, der dem Feinde ein Kriegsschiff übergeben hat, scheint nicht auf eine jede Uebergabe, sondern auf eine solche zu gehn, welche ohne Grund, und aus Feigherzigkeit geschehn ist. Man vergleiche das Gesez von der Kriegszucht zur See im dritten Bande der Seegesezze S. 273.

§. 399.

Die fünf Admiralscollegia bestehn aus 54 Admiralitätsräthen. Zuerst waren es 35. Das erste ist das Collegium über die Maas. Es besteht aus 12 Pers.

Personen, nemlich aus einem holländischen Edelmann, hiernächst aus Deputirten, von welchen die Stadt Dordrecht, Delft, Rotterdam, Schiedam, Gorinchem, Briel, und die Provinz Geldern, Seeland, Utrecht, Friesland und Overysfel, eine jegliche einen schickt. An diesem gränzt zunächst das aus 12 Personen bestehende Collegium von Amsterdam, bey welchem einer von der holländischen Ritterschaft sich befindet, hiernächst 6 von den übrigen 6 Provinzen und 5 von den 5 holländischen Städten Harlem, Leiden, Amsterdam, Gouda und Edam gesetzt werden. Das Seeländische besteht aus 9 Personen, nemlich 6 Deputirten der Seeländischen Städte (welches eben die sind, die zugleich als Staaten von Seeland regieren), einer, den die Stadt Amsterdam auf immer, und einen, den Dordrecht, Delft und Rotterdam, alle 7 Jahre wechselseitig schicken. Den Neunten setzt Utrecht. In Nordholland ist diese Verrichtung 11 Personen aufgetragen. Die Stadt Amsterdam, Alkmaar, Hoorn, Enkhuizen, Monichendam, Medenblick, hiernächst Geldern, Seeland, Utrecht, Friesland und Overysfel, setzen eine jede einen davon. Das Amt der Deputirten der Stadt Amsterdam und der Provinz Seeland währet Zeitlebens, die übrigen führen es gewöhnlich nur 2 oder 3 Jahr. In Friesland ist ein Collegium von 10 Personen niedergelegt, wozu Friesland 4, und die übrigen Geldern, Holland (und zwar die Stadt Schonghen und Puurmerend wechselseitig alle drey Jahre), Utrecht, Overysfel, die Stadt Gröningen und auch die Ommelande einen ernennen. Man sieht hieraus; daß die Provinzen, welche zunächst an der See liegen, einen größern Theil, als die andern, an der Verwaltung des Seewesens nehmen, den sie schon im Jahr 1588 zu nehmen angefangen hatten.

Die

Die Personen, welche in diese Collegien kommen, müssen, so lange sie diesen Posten bekleiden, sich zur Landreligion bekennen, und unter einander nicht bis auf den vierten Grad der Blutsfreundschaft, oder den dritten der Verwandschaft verbunden seyn: denn die Bittschriften solcher, die näher mit einander verwandt sind, und einen solchen Platz suchen, werden auf den Versammlungen von **Holland** nicht einmal vorgelesen. M. s. die Verordn. von der Zeit des van Witte S. 773. Sie legen einen End ab, daß sie sich nicht um den Posten auf eine unerlaubte Art durch Bestechung beworben haben, und beschwören ihr Pflichtformular.

Es befinden sich bey einem jeden Collegio gewisse Bediente, welche von den Generalstaaten auf Empfehlung des Prinzen gesetzt sind (m. s. die Verordn. der Generalstaaten vom 7 September 1747). Die Vornehmsten von ihnen sind ein Rath und Advokat des Fiskus, hiernächst ein Sekretair des Collegii und Rentmeister, hiernächst ein Aufseher über die Visitatoren und Zollbediente (Commis Generaal), von welchen man das Niederl. Gesetzb. I, 2310 nachsehn kann; hiernächst eine Person, die sich damit abgiebt, Waaren, die öffentlich verkauft werden sollen, zu verkaufen (Vendumeester); endlich eine Person, die sich mit der Ausrüstung der Schiffe beschäftigt, das anschafft, was dazu erfordert wird, und über die Arbeitsleute die Aufsicht hat (Equipagiemester). Der Rentmeister muß die Rechnung von Einnahme und Ausgabe jährlich innerhalb der ersten 6 Monate der Oberrechnungskammer ablegen (§. 385).

§. 400.

Die Macht der Collegien, die ich angeführt habe, ingleichen ihre Verbindlichkeiten, kann man aus dem Gesetz
fennen

kennen lernen, welches ihnen im Jahr 1597 gegeben ist. S. Nederl. Gesezb. II, 1529. Diesem Gesez warb zwar, so wie der ganzen Einrichtung, ein Zeitraum von einem Jahre vorgeschrieben (§. 395); da aber von dieser Zeit an ein halbes Jahrhundert hindurch, und noch länger, die Kraft dieses Gesezses durch viele Verordnungen der Provinzen befestiget ist, so befanden es die Generalsstaaten den 10 Merz 1732 für gut, daß es nicht in der Macht einer Provinz stehen sollte, die Fortdauer der diesen Collegien bengelegten Rechte, als wären sie nur ein Jahr gültig, anzugreifen.

Die Rechte der fünf Collegien sind gleich. Sie legen einander nicht von dem, was sie vorgenommen haben, Rechnung ab. Ein jedes besorgt seine Angelegenheiten vor sich, und verbindet sich den anderen, und die anderen sich, indem es besondre Verträge errichtet. Sie sind aber unter einander durch die Zahl der Schiffe, die sie ausrüsten, durch die ungleiche Größe, sowohl der jährlichen Einkünfte, als auch der Anweisung der von den Provinzen ausserordentlich beschlossenen, oder bengetragenen, Gelder unterschieden. Von dem Streif des Collegii der Stadt Amsterdam mit dem Seeländischen im Jahr 1752, welchen der Statthalter, als Schiedsrichter, durch sein Urtheil entschieden hat, sehe man die Niederländischen Annalen beym Jahre 1753. S. 92 u. f. f. Besondere Collegien weisen die Kriegeschiffe, welche sie ehauet und ausgerüstet haben, mit Einwilligung des Prinzen den von ihm ernannten Admiralen an.

Die einzelnen Räte sind einander an Rechten und Würde gleich. Ein jeder von ihnen führt eine Woche lang den Vorsiz, und es wird bey dieser Abwechselung die Ordnung dererjemigen benbehalten, von welchen ein jeder bey seinem Collegio angesetzt ist.

§. 401.

Die Frage, wo ein jedes Collegium belangt werden könne? (so wie auch noch viele andre Fragen, die in den Verträgen nicht ausdrücklich bestimmt sind) hat oft viele Streitigkeiten verursacht. M. s. die Verordn. der Staaten von Holland vom 24 März 1655, 3 December 1666, 17 September 1674, 5 April 1686, und die Acta der Staaten von Holland vom 28 Junius 1696, auch die Verordn. des Hofes von Holland vom 20 Julius 1682.

Wo aber die Rätthe vor sich und ihre Frauen in bürgerlichen Sachen belangt werden können, ob daselbst, wo sie des Amts wegen, das sie führen, sich aufhalten müssen, oder in dem foro originis, oder domicili, darüber ist sehr im Jahr 1737 gestritten worden. M. s. die Verordn. der Generalstaaten vom 13 August, 29 October und 19 December 1737, ingleichen vom 14 May 1740.

In der Verordnung der Holländer vom 3 Oct. 1656 findet man Nachricht, wer bey Anklagen eines Raths-Richter sey, wenn derselbe die Pflichten seines Amts verletzt zu haben beschuldigt wird. Die Erkenntniß in einem solchen Falle gehört, wie Johann Voetius gemeynet hat, theils den Generalstaaten, theils den Staaten einer jeden Provinz, zu. Den letztern eigenet es Bynkershoek in den Fragen über das Privatrecht S. 113 allein zu, und seine Meynung ist nicht ohne Grund. Ein Beyspiel eines dazu deputirten Gerichts giebt das Urtheil vom 27 September 1626.

§. 402.

Die Collegia üben ein jedes vor sich die Gerichtsbarkeit über ihre Bediente aus. Sie richten über die Beu-

te,

te, die auf der See und den Flüssen gemacht wird (m. f. die Verordn. vom 24 April 1673), ingleichen über die Seeräuber. Wegen der letztern sehe man das Gesetz vom Jahre 1597 und Bynkershoek in den Fragen über das Staatsrecht S. 126. • Zu den Seeräubern rechnet man die von einem Feinde mit einer öffentlichen Vollmacht versehenen Kaper, wenn sie sich innerhalb der Zeichen an den Sandbänken der Niederländischen Küste nähern. Man sehe die Verordnung vom 21 Februar 1695, 11 December 1745, 4 Januar 1781.

Die den fünf Collegien verliehene Gerichtsbarkeit schränkt sich auf gewisse Personen, Fälle, und Oerter ein. S. das Niederl. Gesetzb. II, 2185. III, 1232. Hieraus folgt aber noch nicht, daß diesen Obrigkeiten eine solche Jurisdiction abgesprochen werden könne, ohne welche jene nicht erklärt werden kann, oder ganz aufhören würde. Es fehlt nicht an Klagen auf der einen Seite, wegen der verminderten Gerichtsbarkeit; auf der andern, wegen ihrer zu weiten Ausdehnung. M. f. die Verordn. der Generalstaaten vom 21 Julius 1737, 28 December 1740, 21 May 1741. Es schreiben sich diese Collegien wegen des 202 Artikels u. f. f. des Gesetzes vom Jahre 1725 eine volle Gewalt in Bestrafung derjenigen zu, welche sich den ordentlich angestellten Visitatoren der Schiffe (Commisen ter recherche) widersetzen. Der Rath von Amsterdam hielt aber im Jahr 1729 dafür, daß unter dieser Gewalt das Recht, einen Bürger von Amsterdam mit Leibesstrafe zu belegen, nicht begriffen sey. S. Wagenaar Gesch. der Stadt Amsterdam, das 23 B. beim angeführten Jahr. Wegen eines neuen daselbst entstandenen Streits sehe man die Verordnung der Generalstaaten vom 8 Januar 1746, 3 December 1750, und wegen eines andern Streits mit den Einwohnern vom Lande Drenthe die Verordnung vom

608 Dritter Theil. Fünftes Capitel.

vom 5 Junii 1750, und mit den Einwohnern von Gelsen vom Jahre 1771 in den Niederl. Annal. bey'm Jahr 1774. u. f. f.

Wegen einer Beute muß das Recht auf der Stelle gesprochen werden, wenn der Fall außer Zweifel ist. Ist er zweifelhaft, so wird im Gericht darüber gehandelt, und der Streit muß innerhalb 6 Wochen eingeleitet werden, wenn nicht die Billigkeit wegen weit entfernter Ausländer einen längern Verzug fodert. Hierauf muß innerhalb 14 Tagen das Urtheil gesprochen werden. Es ist den Varscheien erlaubt, sich über Saumseligkeit des Gerichts bey den Generalstaaten beschweren zu können, welche eine Zeit zur Endigung des Processus festsetzen, und den Process, wenn er noch nicht geendigt ist, auf Ansuchen, von dem Collegio, welches ihn in die Länge zieht, wegnehmen, und ihn durch solche Personen ohne Kosten der Partheien endigen lassen, welche sie aus ihrem Mittel zur Verwaltung der Seeangelegenheiten zu erwählen pflegen, woben alle weitere Appellation und Revision wegfällt.

Von den Sentenzen, welche die Admiralitätscollegien gefällt haben, findet keine weitere Appellation an einen höhern Richter statt. Der Befehl zur Revision bey Geldsachen kann von den Generalstaaten innerhalb vier Monate gesucht werden, nur muß der Werth der Sache, worüber gerichtet ist, mehr, als 600 Gulden, betragen. Hierauf muß der Streit innerhalb zweyer Monate eingeleitet werden, und die, welche darin erkennen, müssen während des folgenden Monats darum ersucht werden. Die sieben erstern Richter übernehmen die Revision, und wenn einer gestorben ist, so tritt sein bestimmter Nachfolger in seine Stelle. M. f. die Verordn. der Generalstaaten vom 2 Jan. und 13 Febr. 1745. Zu diesen Personen fügen die
Gene

Generalstaaten noch, vermöge der Verordnung vom 5 April 1675, acht Revisoren hinzu. Sie sind sämmtlich verbunden, innerhalb zweyer Monathe den Proceß zu endigen. S. Niederl. Gesezb. III, 1238. Wenn bey einer Beute ein Urtheil gefällt ist (wozu wenigstens 5 Richter gegenwärtig seyn müssen) und dieses Urtheil wird von dem Herrn der Beute, oder dem, der sie gemacht hat, angefochten, so können die Partheyen um die Revision anhalten, und zwar Eingebörne innerhalb zweyer, Fremde innerhalb vier Monathe. In diesem Fall werden 7 Richter durch das Loos gewählt, von welchen Drey aus dem Collegio sind, welches das Urtheil gefällt hat, und vier neue Richter aus den Generalstaaten. Sie befolgen bey der Revision der Sache den Weg, daß sie den Streit, der innerhalb 6 Wochen eingeleitet seyn muß, innerhalb des nächsten Monaths endigen. S. das Gesez der Generalstaaten vom 28 Julius 1705, ebendaselbst V, 309.

§. 403.

Wir gehen nun zur Betrachtung der Pflichten dieser Collegien und der Personen, woraus sie bestehen, über. Sie alle sind dem ganzen Staat verpflichtet; beschwören die Geseze, die er gemacht hat; üben sie aus; sprechen aber niemanden von der Verbindlichkeit gegen dieselben loß (§. 165), s. die Verordn. vom 19 April und 16 May 1672. Sie vollziehen die Befehle der Generalstaaten. Auf ihren Befehl kommen sie in dem Haag zusammen, und berathschlagen sich über Dinge, die sie geändert wissen, und gemeinschaftlich ausgeführt haben wollen. Doch fehlt es nicht an Beispielen von Befehlen, welche die Holländer den von ihnen den in Holland errichteten Collegien bezeugten Rätthen besonders ertheilt haben, und die von dem abwichen, was die Generalstaaten verlangt. M. s. die Verordn. der Staaten von Hol-

610 Dritter Theil. Fünftes Capitel.

land vom 3 December 1661, das Niederl. Gesezb. VI, 939, auch die Verordn. der Generalstaaten vom 29 May und 3 Jun. 1741, die Verordn. der Staaten von Holland vom 24 October 1760, die Niederl. Anal. bey dem angeführten Jahre S. 411. u. f. f.

Sie müssen für die Sicherheit der Küste, für die Seezeughäuser, die Erbauung der Kriegsschiffe, ihre Ausbesserung und Versetzung mit dem nothwendigsten Proviant, den Verkauf derer, welche schadhafft sind, zur Zeit des Friedens und Kriegs sorgen, und dahin sehn, daß die Admirale dererjenigen, die sie ausgerüstet haben, die gehörige Zahl von Schiffsteuten unterhalten.

Die einem jeden Collegio zugefügten Personen müssen sich in dem ihm angewiesenen Orte aufhalten. Sie schwören, daß sie den Generalstaaten und Oberbefehlshaber zur See gehorsam seyn wollen. Sie müssen dahin sehn, daß sie nicht mit Hindansehung des allgemeinen Bestens ihren eigenen Vortheil besorgen. S. die Form ihres Endes im Niederl. Gesezb. V, 97. Zu dem Ende müssen sie sich selbst in Acht nehmen, die Geheimnisse des Collegii nicht bekannt zu machen, auch mit denen, welche Beute gemacht haben, oder mit den Verkäufern der zur Ausrüstung der Schiffe nöthigen Güter keine gemeinschaftliche Verbindung zu haben, sich auch nicht mit dem Kauf der Beute abzugeben. Außerdem müssen sie sich durch keine Gunst eines Landes oder Orts fesseln lassen, stets auf das allgemeine Beste sehn, mit einem Wort, Fleiß, Aufrichtigkeit und Sorge für das Beste des Staats überall bliffen lassen.

§. 404.

Zur Bestreitung der Kosten, welche diese Collegien zu machen sich genöthigt sehn, dienen Geldstrafen, ein Theil der Seebeute, Zölle, die für eingefahrne und ausgefahrne Waaren entrichtet werden, auch Beiträge, welche die Provinzen außerordentlich zusammen bringen, nachdem der Staatsrath sie berechnet und darauf angetragen hat.

Der fünfte Theil von der Beute wird abgezogen. Von einem alten Theil des Holländischen Collegii findet man ein Beispiel bey *Nieris IV*, 504. Der vierte Theil der Geldstrafen kommt in den Schatz, die übrigen Theile werden nach einer Verordnung der Generalstaaten vom 15 May 1776. unter den Fiskal, den Oberkommissarius und Angeber in gleiche Theile getheilt. Der Fiskal hat weder Macht, sich mit denen, welche beschuldigt werden, die Zölle betrogen zu haben, zu setzen, noch ist es den Admiralitätscollegien erlaubt, dergleichen zu verstaten.

Im sechzehnten Jahrhundert haben die sämtlichen Provinzen einige Zölle errichtet, und setzen sie herab, oder erhöhen sie, nach gemeinschaftlicher Bewilligung. Die Admiralitätscollegien heben sie, so wohl in den Generalitätslanden, als auch in einer jeden Provinz, durch die ordentlichen Einnnehmer ein. Dies ist die einzige Einrichtung von Dauer: denn ähnliche Vorschläge wegen gemeinschaftlicher Besteuern sind nicht von langer Dauer gewesen (§. 379). In dem Gesetz vom Jahr 1597. dem 27 §. ist festgesetzt worden, daß ein jedes Collegium alle drey Jahre die Rechnung der Einnahme und Ausgabe, die Rentmeister aber alle halbe Jahr den Generalstaaten ablegen solten, daß von dem Gelde, welches ein Collegium

übrig befiehlt, das Collegium, welches mit dem seinigen nicht aufkame, unterstützt werden sollte, nach einer Verordnung der Generalstaaten, welche auch das Recht haben sollen, wenn etwa von den sämtlichen mehr erhalten, als ausgegeben wäre, über das Uebriggebliebene zu verordnen.

Die erste Art der diesen Collegien benzelegten Abgaben hat einen doppelten Ursprung; einige davon rühren von der Freiheit, oder Erlaubniß, mit dem Feinde zu handeln, her (licenz), die andern von dem Geleit, oder Schutz, der Kauffartenschiffe (Gelei). Die erstere Art entstand in dem bürgerlichen Kriege, damit nicht die Franzosen, indem sie den für Feinde erklärten Spaniern Waaren zuführten, den Niederländern einen hieraus zu machenden Gewinnst wegnehmen mögten. Die Gewohnheit, mit einem Feinde Handel zu treiben, welche schon oft durch Befehle verboten worden ist, hat nicht können abgebracht werden, wie Grotius in seiner Geschichte beym Jahr 1573. erwähnt hat.

Der Zoll, welcher im sechzehnten Jahrhunderte aus dem Geleit der Schiffe hergenommen ward, war eine nicht durchaus ganz neue Erfindung. In alten Urkunden wird außer dem Zoll (Tol) noch eines Geldes für das Geleit (Geleide) erwähnt. S. den Befehl des Grafen von Holland und Seeland Wilhelms vom Jahr 1345. bey Meris II, 860. und die Urkunde vom 1 Jun. 1396. ebendasselbst III, S. 647. Diese Abgaben unterscheiden auch die Befehle und Einrichtungen der Teutschen vom Zolle (telonio). Die Ähnlichkeit derselben mit dem so genannten Pondgeld hat der Herr van de Wall in seinem Dordrecht S. 509. erläutert.

Beide Arten des auf Waaren gelegten Zolles, welche im bürgerlichen Kriege üblich waren und einerley Namen

men führten, wendet man dazu an, die gemeinschaftlichen Kosten des Seewesens zu tragen. Ueberall müssen sie mit gleicher Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit eingehoben werden. Was hierinn zu Amsterdam geschehen sey, erzählt Wagenaar in seiner Geschichte von Amsterdam II, 10, 22 u. f. f. Das Gesez von der Beschaffenheit dieses Zolls ist im Jahr 1725. gegeben; von Seeland aber unter vielen Schwierigkeiten gebilligt worden, man hat sich auch oft darüber berathschlagt, wie es verbessert werden könnte. In der Verordn. der Generalstaaten vom 3. Jul. des angeführten Jahrs werden die eingehe Provinzen ersucht, daß sie die deputirten Staaten und ihre Obrigkeiten anhalten mögten, auf ihr Gewissen zu beschwören, daß sie dieses Gesez beobachten wollten, und es werden die, welche es übertreten würden, von den Collegen der Bundesgenossen und den Aemtern, welche die Generalstaaten erteilen, ausgeschlossen.

Eine andere Art von Zoll wird Lastgeld genannt, und muß, nach einer Verordnung der Staaten von Holland vom 21 Junius 1657, an das Admiraltätscollegium erlegt werden, in dessen Gebiet die Schiffe befrachtet, oder ausgeladen, werden, in die See gehn, oder anlanden. Man vergleiche das Gesez vom 15 März 1725. Dieser Zoll ist nicht auf die Waaren selbst, sondern auf die Schiffe, nach Verhältniß ihrer Größe, gelegt. Ueber den Ursprung der Abgabe, welche Veilgeld genannt wird, sehe man das Gesez der Generalstaaten vom 3. und 13 März 1652.

§. 405.

Die Zölle, die wir angeführt haben, pflegen ergiebig zu seyn, wenn unter fremden Völkern Krieg geführt wird,

wird, als zur Zeit des Friedens. Wenn sie einmahl zu den ordentlichen Ausgaben nicht zureichen, so werden die Seecollegien gezwungen, Geld zu leihen. Nach dem Gesetz vom Jahr 1597 haben sie Erlaubniß auf vier oder sechs Monath 12000 Gulden aufzunehmen. Wenn eine große Flotte außerordentlich zu erbauen und auszurüsten ist, so beschließen die Provinzen, nachdem der Staatsrath darauf angetragen hat, und sie die Nothwendigkeit davon eingesehen haben, einen Beitrag von Selbe zu thun; über solche Schiffe, die von einem Beitrag erbauet sind, pflegen die Generalstaaten mehr Herrschaft auszuüben, als über die, welche die Admiralitätscollegien aus den ihnen angewiesenen Einkünften erbauen und ausrüsten. Durch solches außerordentlich bewilligtes Geld hat man es erhalten, daß innerhalb des Jahrs 1682 und 1700 neunzig Schiffe von der Linie ausgerüstet werden konnten, von welchen im Jahr 1700 nicht mehr als 74 im gutem Stande übrig waren. Von dem Jahr 1701 bis 1709 waren die Anträge auf neue Beiträge fruchtlos. Nachdem sie seit diesem Jahr unterblieben waren, that der Staatsrath im Jahr 1741 einen Antrag auf die Erbauung von 25 Schiffen, von welchen ein jedes von mehr, als 50 Kanonen, wäre. Allein er zeigte im Jahr 1759 den Generalstaaten an, daß einige Provinzen ihre Einwilligung noch nicht gegeben hätten, und viele Jahre nachher klagte er, daß von einigen ihr Theil nicht ausgezahlt worden wäre.

Das sechste Capitel.

Von der Staatsverwaltung in den Generalitätslanden.

§. 406.

Endlich kommen wir zu denjenigen Landesdistricten von Brabant, Flandern, Geldern, und des Landes über der Maas, welche die Provinzen unter ihre gemeinschaftliche Herrschaft gebracht haben. Ueber diese haben, die Generalstaaten, im Namen der ganzen Societät, die Oberherrschaft. Sie geben Gesetze, gebieten über den öffentlichen Gottesdienst, und bestimmen sowohl die Rechte der Religionen, welche geduldet werden, als auch halten sie diese eben in den Grenzen, die ihnen durch die Verträge gesetzt worden sind. Und so wie sie die Gesetze bestimmen, nach welchen in den Gerichten gesprochen werden muß, und dazu höhere Richter verordnen, so bestellen sie auch Personen, welche in ihren Rechtsprüchen die Revision haben, und über Appellationen erkennen. Sie ertheilen Privilegien, und verfügen auf Bitten, die schriftlich eingereicht werden müssen. Sie befehlen über Auflagen, verringern und erhöhen sie, heben sie auf und sehen ernstlich dahin, daß ohne ihr Vorwissen keine Abgaben bengetrieben, und ausgezahlt werden. S. d. Nederl. Ges. B. VII, 133. 217). Aemter und Ehrenstellen werden von ihnen verliehen. S. Ebendas. IV, 141. Aemter, die noch nicht erledigt sind, dürfen niemand versprochen werden: s. Nitzema VI, 217.

Die Sorge für die Domänen, und für alle Einnahmen, welche aus diesen Landen in die Schatzkammer der Provinzen fließen, ist, unbeschadet den Rechten und
Grenzen

Freiheiten der Einwohner, dem Staatsrath übertragen worden, (s. das dem Rath gegebene Gesetz, Art. 8); nur der Theil von Flandern ist den Seeländern besonders übertragen (§. 419). Ueber diese Lande haben die Provinzen dem durchlauchtigen Prinzen von Oranien die regierende Aufsicht ertheilt, die erblich ist. Es ist ihm auch die Macht, Verbrechern die zuerkannte Strafe zu schenken, ausdrücklich eingeräumt worden; doch muß er die höheren Gerichte darüber hören. S. d. Verordn. vom 29 May 1747. im Niederl. Gesetzb. VII, 154.

§. 407.

Den halben Theil von Brabant, welches ehemals in vier Quartiere eingetheilt wurde, nämlich das Quartier Herzogenbusch, und einen Theil von Antwerpen, besitzen die Provinzen. Daß dieser Theil von Brabant, der den Provinzen unterworfen ist, 30 Stunden in die Länge, und etwas über 10 Stunden in die Breite betrage, und, außer Maastricht, sechs mit Mauern umgebene Städte, und viele Dörfer in sich halte, haben der Adel und die Städte von Brabant den Generalstaaten im Jahr 1646, in der Hoffnung, daß sie für sich günstigere Umstände erhalten würden, berichtet.

Mit Untersuchung des alten Ursprungs der Herzoge von Niederlothringen und Brabant haben sich Miräus und Koppe sorgfältig beschäftigt. Selbst die ältesten Herzoge haben, wie die Fürsten des teutschen Reichs, keine willkürlich ausgedehnte, sondern nur durch rechtmäßige Verträge gemäßigte Herrschaft über ihre Bürger gehabt. Dies erweisen die Gesetze Johann des ersten vom Jahr 1292 für seine Klienten und Einwohner, nachdem diese ihm freiwillig den zwanzigsten Theil ihrer Güter überlassen hatten. In diesen Gesetzen räumt er ih-
nen

nen die Macht ein, daß sie, falls er, oder seine Nachfolger, mehrere Abgaben, als bestimmt wären, abfordern sollten, sich ihm und ihnen widersetzen dürften; gebietet den Magisträten der Städte, die Widersprecher mit Rath und That zu unterstützen; erlaubt ferner seinen Clienten Weigerung zu Felde zu gehen, und giebt ihnen das Recht, dem Fürsten, der sich in der Regierung an den Gesetzen vergangen hat, nicht eher die nach den Verträgen ihm schuldige Pflicht zu bezeigen, bevor es nicht für das durch Verletzung dieses Vertrages begangene Unrecht hinlängliche Genugthuung geleistet hätte. S. Buxens *Trophées de Brabant* I, 323. Eben das bestätigen die *Cortenbergischen* Gesetze von Johann dem zweyten im Jahr 1312 (s. *Brab. Ges. B. I, 122*), wo unter andern im 4 und 6 §. dieses, welches bemerkt zu werden verdient, festgesetzt worden ist: daß mit gemeinschaftlicher Uebereinstimmung des Fürsten und des Volks, 14 Männer, 4 vom Adelsstande, und 10 aus den Städten ausgesucht werden sollten, die sich in Cortenberg versammeln, sich mit Besorgung der Staatsangelegenheiten abgeben, und endlich angeloben sollten, auf die Erhaltung der Herzoglichen und bürgerlichen Gerechtsame bedacht zu seyn, und daß dem Herzog durchaus nicht zu verstaten wäre, sich ihren Schlüssen entgegen zu setzen. In eben diesen Gesetzen, auf welche der Fürst, der Adel, und die Städte geschworen haben, wird ausdrücklich noch verordnet, daß man einem Fürsten, der gesetzwidrig gehandelt hat, nicht eher die ihm zukommende Pflicht leisten solle, bevor dieser nicht das von ihm gekränkte Recht entschädigt hätte (eine ähnliche Verordnung enthält für die Einwohner von Bergen op Zoom das Dokument Heinrichs eines Dynasten von Berg vom Jahre 1398. §. 28). Sogar wurden die vom

vom Abel und die Städte, welche dies Gesetz nicht beob-
achten würden, für Feinde des Vaterlandes erklärt. Das Di-
plom des Herzogs Wenceslaus und der Johanna vom
Jahr 1355 verleiht den Staaten gemeinschaftliche Rechte,
indem versichert wird, daß sie ohne ihre Genehmigung
weder einen Krieg anfangen, noch die Grenzen des Staats
beschränken wollten; und daß eben die in einem solchen
Kriege eroberten Länder dem Herzogthume einverleibt wer-
den sollten. (Butkens Trophees I, 468. und das Di-
plom Johann des vierten, vom Jahr 1422.)

Wenn die Fürsten auf eine feyerliche Weise die Re-
gierung antraten, so beschworen sie ihre Versprechungen
eher, als sie sich von den Bürgern huldigen ließen. S.
das Edictill des von dem Herzog Anton bey dem Antritt
seiner Regierung (bly de Inkomst) gegeben ward, v. 18
December 1406. Art. 30, und Philipps des Gütigen
Art. 50. Unter keinen andern Bedingungen, als daß
diese Verträge sollten gehalten werden, gelangte
Carl der fünfte und Philipp der zweyte (S. 9) zur
Regierung. Jener verband Brabant, welches im Jahr
1548 unter dem Augspurgischen Bündniß mit begriffen
war, mit den übrigen Theilen der Niederlande. Aber
Philipp, der ganz offenbar und ununterbrochen die Be-
satzung bestürmte, brachte dadurch die Einwohner von Bra-
bant wider sich in den Harnisch, daß sie mit den Gen-
ner Bundesgenossen für den Schutz ihrer Freyheit zu dem
Waffen griffen. Breda unterzeichnete das utrechtse
Bündniß am 13 September 1579. Endlich, im Jahr
1581, machte sich die ganze Nation, nach dem Beispiel
der utrechtischen Bundesgenossen, von der Herrschaft des
Königs los. Man trug die Herrschaft Wilhelm dem
ersten, Prinzen von Oranien, an, der sie ausschlug.
Endlich aber verschwand sie ganz unter dem französischen
Prinz,

Prinz, Franz von Alençon, dem man sie, unter der *lege commissoria* übertrug. Nun aber konnte diese Nation, da sie durch Gewalt der königlichen Armee von der Genöther Bundesgenossenschaft war getrennet worden, es nicht verhindern, daß sie endlich im Münsterfchen Frieden in zwey Theile ausgieng. Der eine blieb unter der Herrschaft Philipps des vierten, Königs von Spanien, und der andere, den der König den Bundesverwandten abtrat, steht nun unter ihrer Regierung. Die Baronen, Edelleute und Städte hielten im Jahr 1646 und 1651 bey den Bundesgenossen dringend an, daß sie doch, der Billigkeit gemäß, in die ehemalige Gemeinschaft der Staatsrechte möchten wieder eingesetzt werden, da sie dieselbe nicht durch eigene Schuld, sondern durch die Gewalt eines unerbittlichen Schicksaals verloren hätten; wenigstens möchte man sie bey der Gesetzgebung, und bey den Abgaben, nicht wie Provinzialen behandeln. Ihr Gesuch fand nicht statt, und man sah, daß die Gemeinschaft eines gleichen Rechts viel eher von einer entstehenden, als von einer schon in Verfassung gesetzten Republik, zu hoffen sey. Die Bundesgenossen hielten dafür, daß ein Recht, welches ehedem dem ganzen Staatskörper eigen thümlich gewesen wäre, zu einem Theile, den der Feind abgetreten, nicht übergehen könnte. S. Aitzema im 21 B. S. 330. 28, S. 571. und herfstelde Leeuw S. 412. Byntershoel Fragen über das Staater. S. 118.

§. 408.

Da wir jetzt gesonnen sind, das gegenwärtige Bra-
bant, welches den Provinzen unterworfen ist, in Augen-
schein zu nehmen, so werden wir zuerst die Gerechtsame
der landeshoheit, und dann die bemerken, welche dem
Volke und den Dynasten gebühren.

Die

620 Dritter Theil. Sechstes Capitel.

Die Gerechtsame der Regierung sind eben die, welche überall sind, in so fern sie nicht, durch geschriebene und nicht geschriebene Gesetze, von welchen die Provinzen angelobt haben, daß sie sie befolgen wollen, beschränkt werden. Wir gedenken hier zweier Gerechtsame der landeshoheit, der öffentlichen Abgaben, und der Gerichtsbarkeit.

Die Einkünfte von den Domainen, die sonst nicht den Fürsten, sondern dem Lande gehörten, fließen jetzt in die Kasse der Bundesgenossen. Diese haben den Regent, welchen der Staatsrath verpachtet. Der Regent, der von den Früchten fällt, die von urbar gemachten ländereyen kommen, gehört eben so der Regierung, als die dürren und heidtragenden Gegenden, wenn anders diese kein Eigenthum des Privatmannes geworden sind. Zu der landesherrlichen Einnahme gehört der Zoll; (de groote stuygende Brabantsche Landrol) worüber eine Verordnung des Staatsraths vorhanden ist, vom 20 August 1716 im Nederl. Ges. B. V. 147.

Im Jahre 1767 wurde über die Freyheit der Brabantiner und insonderheit der Herzogenbuscher von diesem Zolle scharf und mit Einsicht gesprochen. Ein gewisser Bürger in Herzogenbusch, tritt für die Freyheit von dieser Abgabe mit Benpflüchtung des Magistrats, und behauptete insonderheit, daß, da die landeshoheit schuldig wäre, den Eingebornen auf der Reise ein sicheres Geleite zu gewähren, und dasselbe ihr nicht erst abgelaufen werden müßte, so wäre dieser Zoll, der für die Sicherheit der Reise entrichtet würde, und der, seinem Ursprunge nach, von Löwen herrühete, eine Abgabe für die Fremden; außerdem wäre die Freyheit von dieser Abgabe von dem Fürsten seit 1355 und Carln dem fünften vom 2 May

1531, den Bürgern fest versichert worden. Der Zolleinnehmer aber, der den Streit rege gemacht hatte, setzte jenem entgegen: daß die von den Fürsten bewilligte Freyheit ein Privilegium wäre, welches nur auf die Waaren ginge, die aus der Stadt gebracht, und in die Stadt hereingeführt würden, aber nicht von solchen Waaren, die überall aufgekauft, und überall verfahren würden, verstanden werden müßte. Der Bürger verlor den Proceß vor dem Staatsrathe, und hernach vor dem Revisionsgerichte, am 5 April 1769.

Ueber die Art, wie man den Brabantern die Abgaben auflegen könne? haben die Provinzen im Jahr 1694 Berathschlagungen angestellt. Die Meinung der Holländer behielt die Oberhand, daß man jene, so wie sie, um die Auswanderungen aus Holland zu erschweren, mit Abgaben beschweren müßte. S. Wagenaar Daterl. Gesch. bey dem angezeigten Jahre S. 57. und Wicquess fort Gesch. in d. Doc. I, 398. u. f. f. Die Stadt Herzogenbusch klagte ungemein über die drückende Last der ihr aufgelegten Abgaben, wie aus einer Schrift erhellet, die der Magistrat den Generalstaaten im Jahr 1749. überreichte. S. des Rechtsgelehrten Heumius Gesch. d. Stadt Herzogenb. IV, 135. u. f. f.

§. 409.

Die Berichtspflege übt die landeshoheit in Brabant theils durch obrigkeitliche Personen aus, die sie selbst fest, theils durch Privatpersonen, Gesellschaften, Dynasten, und den hohen Adel, die bald nach einem alten Rechte, bald vermöge eines lehns, oder nach einem Privilegio Gericht halten. In Absicht auf die Richter, welche über Verbrechen erkennen sollen, haben die Generalstaaten über-

haupt

622 Dritter Theil. Sechstes Capitel.

haupt unter dem 15 April 1761 verordnet: daß in allen europäischen Ländern, die sich unter der Herrschaft der Bundesgenossen befänden, ein jeder Richter, der das Recht hat, Verbrechen zu strafen, fremde Vagabonden, die entweder schon am Leibe gestraft wären, oder Leibesstrafe verdienten, nach Beschaffenheit ihres Verbrechens, nicht nur aus seinem Gebiete, sondern auch aus dem gesammten Gebiete der Bundesgenossen verweisen könnte.

Die höhere Obrigkeit, oder der Prätor, (*Hoogschoot*), den die landeshoheit ansetzt, untersucht Mißthaten, und straft die Mißthäter. Dies Amt verwaltet er durch ganz Brabant, nur an denen Orten nicht, wo mit dem Rechte, Verbrechen zu bestrafen, die Barone, der Adel, und andere versehen sind. Die Richter, welche der Prätor zusammen kommen läßt, sind eben die, welche in der Stadt Herzogenbusch das Recht sprechen.

Das Erkenntniß über bürgerliche Angelegenheiten auf dem Lande, ist unter vier Obrigkeiten vertheilt, weil das ganze Land in vier Theile, oder vier Gerichte abgetheilt ist, in *Peelland*, *Kempeland* (vor Alters unter *Laxandrien* begriffen), *Oosterwyck*, und *Maasland*. Diese obrigkeitliche Personen entscheiden in diesen vier Landquartieren die Proceße, und richten in Sachen von geringem Werth nach Eutdünken, daher sie auch den Titel der *Quartierrichter* (*Quartier Schouten*) führen. Sie besorgen hiernächst die Bekanntmachung der Verordnungen von den Generalstaaten; lassen jährlich gewisse *Depu- tirt*e, die über die Dörfer, die in ihrem Districte liegen, Aufsicht haben, zusammenkommen, fragen über Dinge, die sie an sie gebracht haben, um ihre Meinung; die übrige aber halten sie zurück; es wäre denn, daß sie darum angetreten

treten würden; den Stimmen aber, die entscheiden sollen, fügen sie die übrige nicht bey. Nach der Mehrheit der Stimmen, fassen sie den entscheidenden Schluß ab; nur müssen nach Ueberrechnung aller, die zugegen seyn müssen, drey Viertheil übereinstimmen. Die Generalstaaten haben am 7 May 1733 verordnet, daß diese obrigkeitlichen Personen bey ihrer ehrwürdigen Versammlung eine Stelle einnehmen können.

§. 410.

Nachdem Brüssel, wo der Siz des höchsten Rathes und Gerichts von Brabant war, unter die Vorherrschaft der Spanier gerieth, so hatte derjenige Theil von Brabant, der nicht zur Spanischen Herrschaft gehörte, für das vorurtheil Brüssel einen andern Ort nöthig, an welchem das höchste Gericht niedergesetzt würde. Der Prinz Moritz gründete dies höchste Gericht auf Geheiß des Grafen Leicester am 23 Februar und 23 August 1586, und die vorige Dauer erhielt es von den Generalstaaten am 26 September 1591. Es kam im Jahr 1596. nach den Haag, und erlangte von den Holländischen Staaten das jus territorii. Dies höchste Gericht von Brabant (de Raad en Leenhof van Brabant en de landen van Overmaaze) besteht, da es im Anfange nur sieben Besizer hatte, gemeinlich aus neun Personen. Es hat das Recht der Restitution in integrum, in Processen das Erkenntniß, (aber nicht das Recht in dem Haag Arrest anzulegen); Appellationen, oder wie man es auch nennet, Reformationen, anzunehmen; Mißthäter greifen zu lassen; sie zu verurtheilen; sie mit Strafen zu belegen. S. d. Niederl. Ges. B. V, 894. Die Rechtsprüche ergehen ohne Appellation; allein den streitenden Parteyen wird die Revision nicht versagt. Sie ergehen aber, theils nach den Gesetzen des Fürsten Albert und der Isabelle vom

624 Dritter Theil. Sechstes Capitel.

vom Jahr 1604. (S. das. II, 850 und V, 906), theils nach den Verordnungen der Generalsstaaten, wie nicht weniger nach den einheimischen Anordnungen, und den Privilegien besonderer Dertter. Der erste in dieser Versammlung, der ihr Präsident ist, fordert den Besizern die Stimmen ab, und die seinige giebt er zuletzt. Daher unterzeichnet sich dieser Rath: de eerste Präsideerende en andere Raaden. Der Magistrat von Herzogenbusch behauptete im Jahr 1657, daß nur Brabanter zu diesem Gerichtshofe gezogen werden müßten.

Die Ertheilung der Lehne (Investituren), die Veräußerungen, die Bestellung der Pfände und Hypotheken (ein ähnliches Recht haben die Richter in der Stadt Herzogenbusch, welches durch dieses nicht gekränkt wird), besorgt das hohe Gericht. Hiernächst erkennt es auch über Lehnangelegenheiten. Im Vorbeygeh'n merken wir hier an, daß die Brabantischen Lehne von den übrigen holländischen lehnem sehr verschieden sind. Es war ein altes Recht, welches die Herzoge hatten, die Vormundschafft für unmündige Klienten zu führen. S. Butkens in den Dok. I, 66. Den Begriff vom besondern Successionsrecht, welches man das Jus devolutionis nennt, hat der im Jahr 1667 geführte Krieg, dem ganzen Europa aufklärt.

Von den Männern, welche das Gericht ausmachen, von den Bedienten desselben, und von den übrigen, die ihm theils angehören, theils bey dem Hofe von Holland belangt werden können, sprechen die Verordnungen der Staaten von Holland vom 19 und 24 September 1682, 16. November 1706, und 14 Jan. 1707.

§. 411.

Bei den Gerechtsamen der Privatpersonen, die entweder auf dem platten Lande, oder in kleineren Städten, wohnen, unterscheiden wir diejenigen, die alle genießen, von denen, die nur einigen Klassen und Zünften zustehen. Zu jenen gehört die freye niedere Jagd, die durch Gesetze bestimmt worden ist; s. d. Dipl. der Johanna und des Wenceslaus vom Jahr 1355, worunter auch das Recht, welches ein jeder hat, seine Saaten und Früchte wider die Anläufe wilder Thiere in Schutz zu nehmen, begriffen ist.

Das Recht, welches Kaiser Carl der vierte den Brabantern gab, sich nirgend vor Gericht zu stellen, worvon nur flüchtige Schuldner ausgenommen waren, veranlaßte viele Klagen (§. 98). Nach einer Verordnung Philipps des zweyten vom 5 Julius 1649 durften auch andere Länder keine andre Personen vor ihr Forum außer ihrem Vaterlande ziehen.

§. 412.

Die Gerechtsame der Städte sind verschiednen. Hervorstahlende hatte Herzogenbusch schon in alten Zeiten. Als der Fürst Friedrich Heinrich diese Stadt im Jahr 1629 eroberte, ward ihr in der Capitulation versprochen, daß ihr ihre Gerechtigkeiten verbleiben sollten: s. d. Nederl. Gesetzb. II, 615. und Memoires de Frederic Henri S. 115. Vorred. S. 9. Neun Scabinen, die jährlich dem Prinzen vorgeschlagen werden, und die er nach dem Vorschlage frey ernennet, beschäftigen sich zu Herzogenbusch mit der Rechtspflege. Außer diesen Gerichtspersonen, beschäftigen sich noch 24 Männer mit der Policen, und mit dem, was auf das Beste und die Rechte der Stadt geht. Die Gerichtsbarkeit

keit erstreckt sich weit über das Land. Die Vorsteher der Gilden, in welche die Stadtknechte eingetheilt werden, mischen sich jetzt nicht in die Angelegenheiten, die die Regierung betreffen. Die Gerechtigkeiten der Stadt, und die Gesetze der Bürger, hat der Senat auf Befehl der Erzhertoge im Jahr 1606 gesammelt. Man erblickt sie insbesondere in den Gesetzen Johann des dritten vom Jahr 1349, wo unter andern im 1 Art. den Herzogenbuschern eine völlige Befreyung von Zollabgaben, es sey zu Wasser, oder zu Lande, zuerkannt wird, und im 2ten Art. wird ihnen bewilligt, daß sie nicht sollen gezwungen werden können, wo anders, als bey ihren Richtern in der Stadt Recht zu nehmen. Merkwürdig ist der 34 Artikel, in welchem sie der Erfüllung der ihnen gegebenen Versprechen, auf die feyerlichste Art versichert werden. Nach einem Privilegio der Johanna und des Wenceslaus ist den Einwohnern in der Stadt erlaubt, auch außer der Stadt sich aufzuhalten, ohne an ihren Bürgerrechten zu leiden; Fremde aber, die nach Herzogenbusch gezogen sind, dürfen nicht über 18 Wochen außer der Stadt sich befinden, nur würden sie ihre Abwesenheit mit drey Ursachen entschuldigen können.

Ueber die Pflicht des Senats, an die Gesandten der Generalstaaten die Rechnungen über die öffentlichen Gelder zu übergeben, entstand im Jahr 1656 ein Streit, der bey dem Heurnius III, 55. f. f. nachzulesen ist.

So wie der Prinz von Oranien so viele und ansehnliche Besitzungen in den vereinigten Niederlanden hat, so sind sie auch sehr beträchtlich in dem Brabant, welches unter jenen steht. Es sind dies die Dynastie Steenbergen, Princeland, Lindhoven, Kraanendonk, Willemstad. Die letzte Stadt ist von Wilhelm im Jahr

1583. angelegt worden, in einem Districte, den ihm die Staaten von Brabant schenkten, und Moriz wurde in diesem Besiz von den Generalstaaten bestätigt. Die Landschaft Ruix und die kleine Stadt Grave erhielt der Prinz Moriz als ein Erblehn, bey Aufhebung des *juris devolutionis* (§ 410), von den Generalstaaten im Jahr 1611. S. d. Niederl. Ges. B. II, 2267.

Eine vorzügliche Landschaft ist Breda, und sie hat den Titel einer Baronie. Ehedem gehörte sie den Grafen von Stryen. In ältern Zeiten scheint sie ein Allodium vom Königreiche Lothringen, und nachher von Teutschland gewesen zu seyn. Wegen der Einrichtung ihrer Grenzen und der Grenzen von Holland ward im Jahr 1325. ein Vergleich errichtet. S. Mieris II, 357. Nach dem Lehnrechte war es um das Ende des zwölften Jahrhunderts den Herzogen von Brabant verbindlich, und der Baron unterzeichnete sich als ihren Dienstpflichtigen Vasallen (*vasallum ligium*). S. Butkens in den Doc. I. 169. Der Herzog Johann der dritte kaufte diese Landschaft im Jahr 1326. (Butkens I, 159), und verkaufte sie im Jahr 1350. dem Johann von Polanen, Herrn von Lecca (s. d. Dok. in d. Niederl. Annal. beyrn Jahr 1772. S. 498). An die Grafen von Nassau fiel sie durch Heyrath im Jahr 1404. und vom Renatus von Challon an Wilhelm den ersten, Prinzen von Oranien.

Der Rechte eines Barons sind so viele, und sie sind so bedeutend, daß diejenigen, welche in den heftigen Streitigkeiten, die im Jahr 1771 und 1773 geführt wurden, seine Gerechtsame vertheidigten, es immer behaupteten, daß nicht die Rechte der höchsten Herrschaft, sondern bloß die Rechte, welche aus dem Bande der Klientel hergeleitet

würden, in ältern Zeiten den Brabantischen Herzogen eigen gewesen wären. Der Streit entstand anfänglich über die Frage: Ob man bey dem höchsten Brabantischen Gerichte (§. 410) die Reformation eines von dem Jagdgericht zu Breda gesprochenen Urtheils einholen könnte? Die Generalstaaten entschieden am 28 Februar 1772, daß sie nicht eingeholt werden könnte. Um eben diese Zeit entstand ein neuer Zwist über das Recht des hohen Brabantischen Gerichts, vermöge dessen dasselbe den Magistrat zu Breda anhalten könnte, dem Gesetze vom Jahr 1657. zu gehorchen, in welchen den brabantischen Obrigkeiten aufgegeben wird, von ihrem Verhalten gegen grobe Mißthäter, an jenes Gerichte Bericht abzustatten. Die Erklärungen dieses Rechts sind von beyden Theilen mit so vieler Gelehrsamkeit abgefaßt worden, daß sie mit einem aufmerksamen Nachdenken gelesen zu werden verdienen. Bey Streitigkeiten dieser Zeit kommt es auf die Rechte des directen und regierenden Herrn an, die von einander verschieden sind. Und da würde bey dem gegenwärtigen Falle ausgemacht werden müssen: Ob aus Verträgen und wirklichen Thatfachen deutlich erhelle, ob, und wie lange? die Landschaft Breda, nach dem Jahre 1350. der höchsten Gewalt des Herzogs unterworfen gewesen sey? Ob der Baron in dieser Landschaft die so genannten höhern und niederen Regalien als an seinem Gebiet haftende auf eben die Art gehabt habe, als diese Rechte die Dynasten im teutschen Reich haben, und eben die Rechte, sie seyn nun, entweder durch Verträge, oder durch das Herkommen, das die Kraft der Präscription auch gegen den höchsten Regenten hat, gegründet worden, so lange gebrauchen und für eigenthümliche halten können, bis eine Ausnahme den Rechten gemäß dargethan wird?

§ 413.

Die Bevestigung der Stadt Breda wird aus den Kosten der Provinzen erhalten, und von der Miliz vertheidigt. Den Magistrat setzt der Baron ein. Der erste dieser obrigkeitlichen Personen, der für die Ruhe der Stadt und des Landes wacht, wird der Drossard genannt (sonst hieß er der Dapifer, Senechal, Schoutet). Ein Gesetz, das Amt dieses Mannes betreffend, steht bey van Goor von der Stadt Breda S. 203 u. f. f. Daselbst befindet sich auch ein Gesetz für die Bürgermeister und die Schöppen S. 21. An diese wird, nach dem Gesetz des Herzogs Johann von 1328 und 1332 von den Richtern, die auf dem platten Lande bestellt sind, appellirt. S. ebendas. S. 449. und 453. Die Stadtleute sind durch ein Diplom von 1581 und die Verordn. d. Generalst. v. 3 Febr. 1643 von dem großen brabantischen Zolle frey, und ein jeder hat das Recht, so viel Bier zu brauen, als er für sein Haus braucht (van Goor am angef. Orte, S. 499. u. f. f.).

§ 414.

Das Land Bergen op Zoom war ehemals ein Theil von der Graffschaft Stryen. Den Theilungstractat, wodurch es von der Landschaft Breda abkam, findet man bey van Goor in den Dokum. S. 120. Im Jahr 1533. erhält es den ehrenvollen Titel einer Markgrafschaft. Nachdem Johann Glimes, Markgraf von Bergen, eben da er bey dem Könige von Spanien für die Holländer Abbitte thun wolte, den 27 May 1567 auf eine schändliche Weise war aus dem Wege geräumt worden, kam es an die Tochter seiner Schwester, Margaretha von Merode, und endlich durch Heyrath an das Durchl. Haus Sulzbach, von welchem es der aus dem

demselben herstammende Churfürst von der Pfalz größtentheils besitz. Was dieser für herrschaftliche Rechte über dieses Land behaupte, erhellet aus der Erklärung, welche die französischen Gesandten, bey Gelegenheit des Aachner Friedens im Jahr 1748 an die Generalstaaten gelangen ließen. Im Jahre 1761 wiederholte der Churfürst seine Forderungen. Allein die Provinzen antworteten drauf, daß ihnen die Oberherrschaft zustünde, und gründeten diese Behauptung, theils auf das Recht, welches aus dem lehnvertrage flöße, durch welchen der Markgraf ihnen verbindlich wäre, theils auf die Abtretung, die von dem Brabantischen Herzog, im Münsterschen Frieden d. 3. §. geschehen wäre, welche in dem Nimmegeer Frieden d. 6. §. und im Rixwitschen d. 7. §. wäre bestätigt worden, auf welche Verabredungen die feyerliche Versicherung durch den Aachner Frieden erfolgt sey. **S.** das Dekret der Generalstaaten vom 3. Januar 1749 und vom 2. Julius 1762. Von den Gerechtsamen des Markgrafen hat neulich der Rechtsgelehrte van Engelen in einer besondern Schrift gehandelt.

Von dem alten Rechte der brabantischen Herzoge an die Dynastie **Rapenstein**, welches an die Provinzen übergegangen ist, findet man Nachricht in **Puffendorfs Brand. Gesch.** IX, 74, und in den Akten der Generalstaaten vom 17. November 1745, 1. September 1746, und 6. Januar 1752.

§. 415.

Von dem Rechte der Provinzen an die Stadt und an das Land **Maastricht**, und die Grafschaft **Droenhove**, müssen wir besonders handeln, weil dieser District besondere Gerechtsame hat, und unter dem Gebiete des höchsten brabantischen Gerichtes nicht enthalten ist (§. 410).
Mit

Mit der alten Stadt Mastricht beliehe der Röm. König Philipp von Schwaben den Herzog von Brabant, Heinrich, im Jahr 1204 mit allen Gerechtsamen, und was von denselben abhängig ist (cum omnibus iusticiis et appenditiis), und verlieh ihm die Kirche des heiligen Servatius. Diese Schenkung bestätigte der Kaiser Friedrich der zweyte im Jahr 1214, und im Jahr 1222 sein Sohn, der Röm. König, Heinrich der siebente. Von der Zeit an haben die Herzoge diese Stadt eigenthümlich gehabt, sie war aber so lange von dem Herzogthume getrennt, bis Kaiser Carl der fünfte sie im Jahr 1530 auf dem teutschen Reichstage, mit allen Gerechtigkeiten, und dem Lande dizeits und jenseits der Maas, als ein Allodium, wie er selbst sagt, zu einem Theile vom Herzogthume Brabant machte. In eben diesem Diplom, ertheilte er den Bürgern das den Brabantern verliehene Recht, sich vor den höchsten teutschen Gerichten nicht stellen zu dürfen, indem der Kläger in Brabant Recht erhalten könnte. S. d. Niesderl. Ges. B. IV, 25. Miräus Nederl. Dipl. II, 1274. Inzwischen versprach er dem Bischof zu Lüttich, daß alles, was auf dem Reichstage der Stadt Mastricht wegen wäre festgesetzt worden, seinen Gerechtsamen nicht nachtheilig werden sollte.

Der Bischof nemlich hat die Gerichtsbarkeit und andere landesherrliche Rechte, noch jetzt, ungetheilt mit den Niederländischen Bundesgenossen gemein, wovon es ausgemacht ist, daß er sie gehabt habe, da das Land noch unter den Herzogen stand. Diese Rechte gründen sich insonderheit auf die Verträge vom Monath Februar 1283. (Bürkens I, 299), und vom September 1579, die der König Philipp der zweyte zu Madrid am 20. März 1584 bestätigt hat. S. Sylloge legum Leod. diensf.

diens. von Louvrenx verfertigt, und vermehrt von Bauduin, 3 Th. S. 25. Der Fürst Friedrich Heinrich eroberte die Stadt. Bey der Uebergabe derselben, am 22 Aug. 1632, ward ausdrücklich bedungen, daß dem Bischof seine Rechte, so wie er sie bisher gehabt hätte, ungeschänkt bleiben sollten (qu'à l'Eveque Prince de Liege demeurera pro indiviso la jurisdiction comme & son domaine entier comme ainsi que d'anciennité & jusqu'à present); hiernächst sollten beyde Fürsten die Hauptstadt der Lande, die ein jeder besaß, so regieren, wie ihre Vorweser sie regiert hätten, sowohl in Absicht auf die Rechtspflege, als auch in Ansehung der Policen (tant en matiere de justice ressort, que de police). Ebendas. S. 432. Durch diese Anordnung ist das Sprichwort entstanden: **Man stricht gehorcht nicht einem von Beyden seiner Herrn, sondern einem jeden.** Aber es sind auch hier einige erhebliche Rechte, die ehemals den Herzogen zukamen, und die gegenwärtig den Provinzen eigen geworden sind.

§. 416.

Der Rath der Stadt besteht aus zwey Prätoren (Hoofschouten), zwey Burgemeistern, vierzehn Richtern, oder Schöppen, und acht vereydigten Deturien. Bey Appellationen werden diese von vier Männern (Commissarissen, Instructeurs) unterstützt. Die eine Hälfte der obrigkeitlichen Personen und des Stadtraths ist katholischer Religion und steht unter Lüttich; die andere Hälfte, die sich zu der herrschenden Religion in den Vereinigten Niederlanden bekennet, steht unter Brabant. Nach einem Vertrage vom Jahr 1579. kommen alle zwey Jahre vier Bevollmächtigte zur Entscheidung der Proceße nach Maastricht (Commissaires deciseurs), zwey aus Lüttich, und diese blei-

bleiben bey diesem Amte beständig, und zwey aus der Versammlung der Generalstaaten, die alle zwey Jahr erwählt werden. Sie stellen die Landeshoheit vor, verordnen die obrigkeitlichen Personen, untersuchen die Rechnungen der Bürgerschaft, und beendigen die Appellationen in bürgerlichen Angelegenheiten, theils gemeinschaftlich, theils besonders. Gemeinschaftliche Verordnungen aber von mehr, als gewöhnlicher Bedeutung, müssen von den Generalstaaten genehmigt werden. Die gemeinschaftliche Gerichtbarkeit in der Hauptstadt, wird, nach Verträgen vom Jahr 1579, nach der Geburt der Einwohner, oder nach dem Orte, von dem sie in die Stadt gekommen sind, bestimmt. In Absicht auf die Geburt geht es nach der Mutter: denn des Lüttichischen Rechts ist ein jeder fähig, der von einer lüttichischen Mutter zu Lüttich geboren ist, welches die Prediger in dem Taufregister genau anmerken müssen, und hiernächst auch ein jeder, der sich aus des Bischofs und seiner Clienten Landen herschreibt, und seinen Wohnsitz zu Mastricht genommen hat. Die übrigen Fremden, und alle, die von einer brabantischen Mutter innerhalb der Stadtmauren geboren sind, sind der Brabantischen Herrschaft unterworfen. Mit Bewilligung beyder Regenten, kann auf die Art einer Veräuscherung, wenn Ehrenstellen gesucht werden, der Uebergang einer Jurisdiction zur andern statt finden, und diese Handlung wird Denaturalisatie genannt.

§. 417.

Aber wie bey einer gesellschaftlichen Regierung es an Streitigkeiten nicht fehlen kann, so haben sie auch bey dieser gemeinschaftlichen Regierung nie gefehlt, und fehlen auch noch nicht.

Die Provinzen haben in Absicht auf den Gottesdienst und auf äußerliche Religionshandlungen eben das Recht, welches die Herzoge hatten, nemlich das Recht, zu verhindern, daß unter dem Titel des kirchlichen oder päpstlichen Rechts die Rechte der landesherrschaft und landeshoheit nicht verkürzt werden. Dahin gehört das Recht, welches: *gesehn, es gefälle* (*visa, placet*) genennt zu werden pflegt (§. 115). Dieses Rechts bedienten sich die Herzoge bereits vor dem Jahre 1447. Aus eben dem Grunde untersagten die Provinzen die Bekanntmachung der Bulle Unigenitus im Jahr 1732, ohnerachtet der Bischof fest behauptete, daß diese Angelegenheit, da sie mit dem Bischöflichen Rechte verknüpft wäre, nur von ihm anzuordnen und zu entscheiden wäre. Ein neuer Widerspruch entstand im Jahr 1750 bey Gelegenheit des Jubeljahres, welches der Pabst angekündigt hatte. S. die Verordnungen der Generalstaaten vom 19. Januar, 13 Februar, 6 und 19 Junius 1742. Aehnliche Klagen erfolgten durch das Edict vom 5 October 1772, in welchem die Generalstaaten über die erledigten Güter des ausgelöschten Jesuiterordens, nach dem Rechte der landeshoheit, und nach dem Beispiel der katholischen Fürsten, eine Anordnung machten.

Uebrigens werden die öffentlichen Zollabgaben von **Mastricht** zu dem Schatz der Provinzen geschlagen, deren Anlegung von zwey Commissarien besorgt wird, die der Staatsrath alle zwey Jahr dazu aus seinem Mittel erwählt.

Ueber die Kirche des heiligen **Servatius** hatten die Herzoge von **Brabant** ein gewisses besonderes Privatrecht. Den Probst bey dieser Kirche bestellen die Generalstaaten, und verfügen über die 37 Präbenden,
die

die bey dieser Kirche sind, wenn sie in den Monaten erledigt werden, die man päbstliche nennt. S. Aitzema X, 165.

Das Recht, Mißethäter zu begnadigen, in der Stadt, in dem benachbarten Gebiete, und in der Graffschaft Vroenhove haben die Generalstaaten dem Prinzen von Oranien übertragen; dabey aber ist dem Brabantischen Rath ausdrücklich aufgegeben worden, den Begnadigungsbrief des Prinzen, als den Beweis der Begnadigung, zu den Akten zu bringen (§. 406). Uebrigens ist diesem Rathe über bürgerliche und criminelle Angelegenheiten keine Gerichtsbarkeit anvertrauet worden (§. 415).

§. 418.

Wie streiten nun zu dem Lande, welches über der Maas liegt, worinn sich die Provinzen den 26 Decem-
ber 1661 mit den Spaniern getheilt haben. S. Niederl. Gesezb. II, 2779. 2847. Jenen gehört ein Theil vom Lande Falkenburg, Dalem, und Herzogenrade, die ihren Herrn nicht sowohl bereichern, als vielmehr durch die bequeme Lage Vortheile verschaffen. S. Aitzema X, S. 163 u. f. f. 573. 873. Die Gesezze für diesen District stehn im Niederl. Gesezb. II, 3103. f. f. V, 796. 771. Die höchste Gerichtsbarkeit hat der Rath von Brabant, der zu Haag niedergesetzt worden ist.

§. 419.

Der Theil von Flandern, der unter die Nothmässigkeit der Provinzen gekommen ist, befindet sich unter der höchsten Regierung der Generalstaaten, hat aber noch besondere Obrigkeiten und Gesezze, wie auch sein eigenes höchstes Gericht.

Die

Die Grafschaft Flandern besetzte Carl der fünfte im Jahr 1529. von dem Bande der französischen Clientel, schlug sie darauf zu dem Burgundischen Kreise, und verleibte sie, wie wir oben (§. 11) erinnert haben, dem Augspurgischen Bündnisse mit ein. Nachdem Philipp der Kühne, Herzog von Burgund, die Margarethe, eine Tochter Ludewigs von Male (von einem Schlosse Male, nicht weit von Brugis gelegen, so benennet) im Jahr 1369 geheyrathet hatte, bekam er dieses Land. Margarethe, die Grossmutter der Braut, Philipp des fünften, Königs von Frankreich Tochter, welche besorgte, daß ihre Enkelinn den Sohn Edwards des dritten, Königs von England, zum Gemahl bekommen möchte, dem sie nicht gewogen war, hatte diese Heyrath gemacht, und ihren Sohn die Drohung hören lassen, daß sie sich selbst die Brüste, an denen sie ihn gesäugt hatte, abschneiden wollte, wenn er den Engländer zum Schwiegersohn wählen, und den Franzosen zurückssetzen würde. S. Paquot. Gesch. von Flandern S. 99. Philipp bekam diese Grafschaft nach dem Tode seines Schwiegervaters im Jahr 1384. und vererbte sie mit mehreren Ländern auf seine Nachkommen.

Das Volk hatte alte und viele Gerechtsame. Da der König Philipp der zweyte diese Rechte verletzte, wollte es sich rächen, und ging zur gentischen Bundesgemeinschaft über. Aber auch hier hatte es, so wie Brabant, das Kriegsglück wider sich, es ward besiegt, und der Gewalt und Herrschaft des Königs von neuem unterworfen.

In dem Theile, den die Provinzen durch den Münsterschen Frieden erhielten, der in die Länge 11 Stunden beträgt, sind einige Dynastien, Aemter, kleine Städte,

Städte, und besetzte Orter, als Axel, Ter Nense, Biervliet, Sluis, und das Land, welches het Drey van Sluis heist, Hulst, die Festung Sas van Gent (Catarracta Gandavensis), Liefkenshoek.

Durch Abtretung dieser Lande, und einiger festen Orter in Brabant, besonders Lillo, haben die Provinzen den Vortheil erlangt, daß sie ihre Grenzen decken, und die Fahrt der Schiffe zur See durch die Schelde, die sie gesperrt haben, verhindern können, außerdem haben sie Zoll, Domänen und Abgaben in diesen Distrikten.

Von dem Rechte, die Schelde und die ihr zugehörenden Kanäle zu sperren, und die beladenen, aus der See kommenden Schiffe anzuhalten, daß sie an den Grenzen Seelands die Waaren ausladen, steht im Münsterschen Frieden d. 14 §., wie auch in den Nachrichten von der Versammlung der Provinzen im Junius 1654.

Die Städte Axel, Ter Nense, Biervliet mit dem angrenzenden Lande, und den Festungen Lillo und Liefkenshoek sind, der besondern Vorforge der deputirten Staaten von Seeland, dem sie gleichsam zur Vormauer dienen, anvertraut. Rechnung von den Einkünften wird bey der Oberrechnungskammer von Seeland abgelegt. Diese Lande und die mannigfaltigen Gerechtsame der Seeländer in denselben, die ohne Kränkung der Gerechtsame der Provinzen ausgeübt werden (s. die Verordn. der Generalstaaten vom 16 August 1709), werden gemeinlich unter dem Titel: übertragen (committimus), begriffen. Man pflegt den Ursprung dieser Herrschaft der Seeländer einem Befehle, des Staatsraths vom 13 August 1588 zuzuschreiben. Eine andere Bemerkung, den Grund und Ursprung dieser Vorzüge betreffend,

treffend; bringt der Herr van de Spiegel in den **Hand-**
schriftl. Urkunden I, 260 u. f. f. bey.

§. 420.

Die Flandern haben seit 1599 einen eigenen **Staats-**
Rath, dem die Abfassung der Urtheile in Rechtsfachen ob-
liegt, und der das Erkenntniß bey Appellationen, die man
Reformationen und **Reductionen** nennt, hat. Er
ist zu **Middelburg** niedergesetzt, wo die sämmtlichen
Richter wohnen müssen, und hat seit 1661 **zehn Mit-**
glieder. Von ihren Obliegenheiten s. **Niederl. Gesetzb.**
II, 1702. Die bürgerliche **Jurisdiction**, und, wenn
nicht außer der Ordnung verfahren ist, auch die **crimi-**
nelle, vollzieht er, wenn an ihn appellirt wird (wogu dem
Fiskal ein größeres Befugnis ertheilt worden ist, als dem
Beklagten). Das erste Erkenntniß aber hat er, wenn
z. B. über **Regalien** gestritten wird, oder, wenn **zwen**
Städte in **Flandern** mit einander **proceßiren**. Er ist
hiernächst mit der **Vollmacht** versehen, **beneficia cesio-**
nis und **inventarii** zu ertheilen. Man kann von den
Sentenzen dieses Rathes sonst an kein höhres Gericht ap-
pelliren, als an die **Generalsstaaten**, und zwar binnen einer
Zeit von 10 Tagen. Diese schicken den Inhalt der Ap-
pellation, nachdem derselbe gehörig auseinander gesetzt ist,
zur **Beendigung** an ein höhres Gericht (**den Hof**) in
den **Niederlanden**.

Die Richter richten sich nach den alten **Flandris-**
chen Gesetzen, wenn diese nicht durch neuere Gesetze
und Privilegien aufgehoben worden sind. So ist z. E.
den Richtern in der Stadt **Zulst** frey gegeben worden,
sich bey **Testamenten** und **Ehestiftungen** nach den **hollän-**
dischen Formalitäten zu richten.

Die

Die Generallstaaten schiffen jährlich einige aus ihrem Mittel nach Flandern, die den Magistrat auf ein, oder zwey, Jahr amsetzen müssen. Die Abgeordneten aber müssen dies Geschäft binnen sechs Wochen zu Stande bringen. S. Nederl. Ges. B. V, 87.

§. 421.

In demjenigen Theile des Distrikts von Ruremonde, welches zu den Generalitätslanden gekommen ist, haben die Provinzen im Jahr 1717. in der Stadt Venlo ein Obergericht angeordnet.

Anfänglich bestand dieses Gericht aus vier Personen. Da aber der Bischof von Ruremonde die Streitfrage rege machte: Ob es recht sey, einen Rath, der sich zu der herrschenden Religion in Holland bekenne, Räthen von katholischer Religion beizufügen, so erklärten die Generallstaaten, daß dasjenige, was im 10 Artikel des Antwerpischen Vertrags vom 15 November 1715. wegen der Grenzfestungen festgesetzt sey, dies Gericht, welches die Provinzen nachher errichtet hätten, nicht angienge. Endlich aber genehmigten sie am 30 May 1733. den Vorschlag, den der Oesterreichische Gesandte, Graf Sinsendörff that, und der dahin ging, daß dies Gericht stets aus fünf Personen bestehen sollte, von denen einer der Niederländischen Landesreligion zugethan seyn mußte. Das erste Glied in diesem Collegio versieht das Amt des Präsidenten. In bürgerlichen Privatangelegenheiten ist der Spruch des Fiskals entscheidend; in Staatsangelegenheiten aber wird seine Stimme nur als ein Rath angesehen. Von den Rechtsprüchen dieser Richter kann nicht appellirt werden, doch kann um die große Revision des Urtheils nachgesucht werden.

§. 422.

Die Stadt Venlo hat Reynald der zweyte, Herzog von Geldern, 1348. unter dem Vorgeben erbauer, daß

daß sie seinen Vorfahren von den Kayfern wäre geschenkt worden. **S. Schlichtenhorst** in der **Gesch. v. Geldern** **S. 564.** Da sie in dem bürgerlichen Kriege im Jahr 1579. sich zu dem **Utrechter Bündniß** schlug, nahmen sie die **Spanier** ein; doch der **Prinz von Oranien, Friedrich Heinrich**, unterwarf sie im Jahr 1632. den Provinzen wieder. Sie übergab sich aber im Jahr 1637. an **Spanien**. **S. Memoires de Fred. Henri Pr. d'Orange, S. 209.** Die Provinzen eroberten sie wieder im Jahr 1702, und der Besitz dieser Stadt ward ihnen in dem **Barrieretraktat** vom Jahr 1715. bestätigt.

§. 423.

Die **Dynastie Montfort**, die gleichfalls im Gebiet der **Niederlande** liegt, überließ der **König von Spanien** dem **Prinzen von Oranien, Wilhelm dem zweyten**, im Jahr 1647. unter der Bedingung der **Clientel**, und einer unverbrüchlichen **Freiheit der katholischen Religion**. Man will wissen, daß die **Dynastie** damals mehr nicht, als **25,000 Gulden** eingebracht habe. Nach dem Tode **Wilhelms des dritten** gelangte sie an den **König von Preußen**, der sie am 8 Junius 1769. an den **Prinz Wilhelm den fünften** abtrat. Von den **Rechten des Dynasten** befindet sich eine lehrreiche Anzeige in den **Niederl. Annal.** vom Jahr 1775. mit welcher ein ausführlicher Bericht vom **Rath der Stadt Venlo** vom Jahr 1777. ebendaf. verglichen werden kann.

Bierter Theil.

Von der Verbindung der Vereinigten Niederlande mit auswärtigen Völkern.

Das erste Capitel.

Einige Hauptbemerkungen über die Art der Niederländer,
mit auswärtigen Völkern im Kriege und Frieden
zu handeln.

§. 424.

Ein Volk, welches die Ruhe liebt, sucht nicht das
außerhalb durch die Waffen, was es sich ohne dieselben
im Vaterlande durch Arbeitsamkeit und Künste, oder
durch beständigen Umtrieb mit Auswärtigen, verschaffen
kann. Bei dem ruhigen Genuß seiner Freiheit, da es
niemand listig hintergehen will, vielmehr besitzen ist, vie-
len nützlich, und nicht wenigen nöthig zu seyn, kennt es, mit
sich selbst einig, seine Vortheile, und beschützt sie. Ein
solches Volk hält das zur Sicherheit noch nicht hinlänglich,
daß es gefürchtet wird, sondern, da es glaubt, daß es
nöthig sey, sich zu beschäftigen, damit es selbst nicht fürch-
ten dürfe, so setzt es sich zur Zeit des Friedens durch Waf-
fen und Soldaten in Verfassung. Es sucht den Krieg nicht;
wenn einer aber unvermeidlich ist, sorgt es standhaft dafür,
daß er mit Nachdruck geführt werde, indem es weder ein
übermüthiges Vertrauen auf sich setzt, da das Glück des
Kriegs immer mißlich ist, noch sich zu einer heißen Nach-
begierde

begierde hinreißen läßt, wodurch die zeitige Rükkehr eines wolshätigen Friedens hintertrieben wird.

§. 425.

Wie nun das Regierungssystem der Republik Holland sich gleichsam auf dies Gesetz, als auf sein erstes gründet (ich drücke es mit den Worten des Cicero aus): Die Regierung muß gerechtsam seyn, und ihr müssen die Bürger mit Bescheidenheit und ohne Weigerung gehorchen, *) so haben auch die Vereinigten Niederlande sich diese Art, mit Auswärtigen zu handeln, schon bey ihrem Entstehn zum Gesetz gemacht: Zur Beschüzzung der Besizungen und Rechte müssen die Waffen in Bereitschaft seyn (s. d. 2. und 8 §. des Utrecht. Vertr.); Man muß keinem Volke eine gerechte Ursach zum Kriege geben (das. §. 17). Zu dieser friedfertigen Gesinnung gegen Fremde hat die Willigkeit gerathen, und die Lage des Staats und der Vorthell der Handlung hat sie befohlen. Daher haben die Niederländer in dem Augenblick, da sie unter sich eine Verbindung errichteten, den Schluß gefaßt, der Gerechtigkeit, dem Wohlstande, und einer solchen Menschenliebe ernstlich nachzustreben, deren offenbare Verabsäumung den Saamen des Hasses und der Kriege unter die Völker austreut. Von diesen Bestrebungen wollen wir einige Beispiele anführen, ohne uns in die Grundsätze und Streitigkeiten des Völkerrechts einzulassen, wodurch wir nur, wenn wir sie hier abhandeln wollten, den Gelehrten Ekel erregen, und diejenigen, welche lernen wollen, in Verwirrung bringen würden.

Ben

*) *Iusta imperia sunt, iisque cives modestè ac sine recusatatione parento. CICERO.*

§. 426.

Ben der Gewohnheit, auf der See zu begrüßen, deren Unterlassung die Freundschaft der Nationen oft gestört hat, halten die Niederländer über die Verträge und das Herkommen, das sie einmahl angenommen haben, und in Europa eingeführt ist, aufs genaueste, und was sie, ohne ihre Würde zu entweihen, auch andern Völkern, außer Europa, von dieser Ehrenbezeugung mittheilen können, das versagen sie ihnen nicht. S. das Niederl. Ges. B. III, 51. 59. VII, 51. Man vergleiche hienit Wagenaar in d. Vaterl. Gesch. beym Jahr 1681. S. 72.

§. 427.

Einen unschädlichen Durchzug durch ihre Staaten, erlauben sie, der Billigkeit gemäß, allen, die darum anhalten.

Auswärtigen Kriegsschiffen versagen sie den Eingang in die Seehäfen, so wie auch den Aufenthalt darinn auf gewisse Zeit, wenn er nicht verdächtig ist, nicht, theils aus Achtung gegen die Verträge, theils aus Ergebenheit gegen die Menschenliebe, nach welcher sie beurtheilt zu werden verlangen, und deren Maas sie so gern erfüllen.

Wenn Waaren auswärtiger Fürsten, oder Völker, aber nicht von Privatleuten, zu Schiffe durchgehen sollen, und man sucht um Erlasung des Zolls an, so wird (nach dem Gebrauch der Völker) gewillfahrt. Hierüber ist mit Geldern im Jahr 1740 viel unterhandelt worden. In dessen ist alles hievon ausgenommen, was auf die Kosten auswärtiger Fürsten hier gekauft wird, wovon schlechterdings der Zoll entrichtet werden muß. S. die Verordnungen

nungen der Generalstaaten vom 23 August 1735, 19 August 1743, 22 April 1757.

§. 428.

Um mit den Auswärtigen in Ruhe und Freundschaft zu bleiben, ist das Verbot gegeben worden, daß kein Holländischer Bürger von einem Kriegsführenden Volke eine Vollmacht zur Kaperey annehmen soll. *S. Memoires d' Estrades V, 121.* Die Verordnungen der Generalstaaten vom 26 April 1653. und 24 October 1741. den Vertrag mit den Spaniern vom Jahr 1714. b. 5 §. und mit den Neapolitanern d. 36. §.

So darf auch niemand dem Feinde eines mit Holland in Freundschaft stehenden Volks, Kriegsbedürfnisse zuführen, *s. d. Verordn. der Generalstaat. v. 23 December 1719.*

Dafem jemand sich, um die verbotenen Waaren desto sicherer durchzubringen, und die Nachforscher auf dem Meere zu betrügen, zwey verschiedene Pässe geben läßt, so leidet er die Strafe, daß das Schiff und die Waaren confiscirt werden. *S. d. Verordn. der Generalstaaten vom 31 December 1657 b. 5 §. und vom 29 Januar 1658.*

Den fremden Kapern, die das Ungestüm des Wetters drängt, ist es erlaubt, mit ihrer Beute, die ihnen noch nicht gerichtlich zuerkannt worden ist, in die See-straßen (de Zeegaaten) zu kommen. Die Gesetze vom 9 Aug. und 7 November 1658 verbieten jede Ausladung einer solchen Beute, sowohl überhaupt, als auch eines Theils daran, und den Verkauf derselben in den holländischen Staaten. Wer wider dies Verbot handelt, soll ins Gefängniß geworfen, und nach geschehener Untersuchung nach gewissenhafter Einsicht des Richters gestraft, und die Schiffe

Schiffe verkauft werden. Außerdem, sobald die Kaper angelandet sind, müssen sie sich zu der Obrigkeit begeben, der die Untersuchung der Schiffe aufgetragen ist, den Paß und die Vollmacht aufweisen, die sie zur Kaperen berechtigt, die Ursach ihrer Ankunft melden, ein Verzeichniß der bey sich habenden Beute übergeben, und dann sich gefallen lassen, daß das Schiff, worin die Beute ist, so lange bewacht werde, bis es wieder absegelt. Bürger, welche einen Theil dieser Beute kaufen, oder zum Verkauf helfen, oder sonst dabey behülflich sind, werden, nachdem der Gewinn, den sie gemacht, confiscirt worden ist, in eine Strafe von 1000 Gulden verdammt, die in gleichen Theilen unter den Angeber, den Fiscal, und den Schatz vertheilt werden; außerdem werden sie noch, nach Beschaffenheit des Verbrechens, besonders angesehn. Der Käufer aber muß die gekaufte Sache herausgeben, die demjenigen, der sie, ehe sie weggenommen ward, gehabt hat, wiederum zugesprochen wird. S. d. Verordn. d. Generalstaaten vom 13 Julius 1742.

§. 429.

So aufrichtig und so edel auch die Bemühungen der Provinzen sind, überall Ruhe und Eintracht zu verbreiten, so sind sie doch eben so wirksam für die Erhaltung der Rechte und für den Schutz ihrer Bürger, es sey zu Wasser oder zu Lande. Daher werden die Störer der Ruhe ernstlich bestraft. S. die Verordnungen der Generalstaaten vom 18 Merz 1658, und der Staaten von Holland vom 16 Merz 1656, ingleichen vom Novemb. nach December 1681.

Die Provinzen geben sich alle Mühe, durch ihre Gesandten und durch andere gelinde Mittel Unigerechtigkeiten abzuwenden, und Ersezzungen der verursachten Schäden

646 **Vierter Theil. Erstes Capitel.**

den zu bewirken. Nur bey bringender Noth, und ungern, beschließen sie die Abtreibung der Gewalt durch Gewalt, Repressallen und Krieg. **S. das Edikt der Generalstaaten vom 3 December 1728.**

§. 430.

Daher ist in einigen Bündnissen ausdrücklich bemerkt worden, daß Verletzung des Friedens, oder der Verträge, die von einzelnen Privatpersonen geschehen ist, für keinen völligen Bruch angesehen werden sollten. **S. den Frieden mit Portugall 1661, d. 17 §. Daß man sich auch nicht mit den Repressallen übereilen mögte, bevor man von Versagung des Rechts Gewißheit hat, hat man z. B. in dem Niederl. Waffenstillstande, d. 11 §. und im Münsterischen Frieden d. 22 §. zu verhüten gesucht. Die Worte daselbst, daß man dies Mittel nur bey bestimmten Ursachen zu Hülfe nehmen müsse: by de Keizerlyke Wetten en constitutien: scheinen nicht auf Justinians Gesetze, sondern auf die Gesetze des Römischen Reichs zu gehn.**

§. 431.

Damit diejenigen von einer ergangenen Kriegserklärung keinen Nachtheil haben mögen, die sich gerade zu der Zeit in dem feindlichen Lande aufhalten, da die Ankündigung des Kriegs geschehn ist, so pflegt man dem daraus entstehenden Nachtheil durch Bündnisse vorzubeugen. Mit Frankreich ist man im Jahr 1739 übereingekommen, daß die Bürger von beyden Staaten neun Monath, vom Anfange des Kriegs gerechnet, da bleiben können, wo sie sind, und ihre Angelegenheiten besorgen dürfen. Mit den Spaniern haben die Provinzen im Jahr 1714, eben die Art von Waffenstillstand auf ein Jahr und einen

Einige Hauptb. über die Art der Niederl. 647

nen Tag festgesetzt (s. d. 36. §. d. Bündnisses); mit den Engländern 1667 sechs Monath, und mit den Neapolitanern 1753 zwey Jahre.

§. 432.

Wie es bey Seekriegen die Gewohnheit in Europa mit sich bringt, daß gewinnfüchtige Privatpersonen auf ihre Kosten, aber mit besonderer, und zwar schriftlicher, Erlaubniß ihrer Landeshoheit, Kaperschiffe ausrüsten, so bedienen sich auch die Holländer eben dieses Mittels, die Gewalt ihrer Feinde zu schwächen. Sie ertheilen den Kapern, wenn sie Kriegsschiffe, oder Kaperschiffe, wegnehmen, Belohnungen. Wenn sie den Feind auf Befehl des Staats angreifen, so genießen sie, entweder nach dem Völkerrechte, oder nach bürgerlichen besondern Statuten, gewisse Rechte. Diese verlehren die Niederländischen Kaper nicht, wenn sie gleich, um das Schiff zu belasten, einige Waaren mit sich führen, und sie zum Kauf ausbieten. S. das Dekret der Generalstaaten vom 28 Julius 1705. d. 8 §. in dem Niederl. Gesetzb. V, 307. Der Staat hat die Kaper durch Gesetze verpflichtet, die von seiner Weisheit und dem Eifer zeugen, mit welchem er über die Heiligkeit der Verträge hält, weder Völker, die an dem Kriege keinen Theil haben, noch den Befehlshaber zur See und den öffentlichen Schatz zu beeinträchtigen. Der Schiffspatron muß mit einer Summe von 30,000 Gulden, welche die Gesetze vom 12 December 1747 und 13 Januar 1781 bestimmt haben, durch Bürgen Sicherheit stellen, daß der Schiffer weder den Nationen, die nicht in dem Krieg verwickelt sind, noch den Bundesgenossen gewaltthätig begegnen werde. Die Bürgen werden in solidum verpflichtet. Sollte der angerichtete Schaden die Summe von 30,000 Gulden übersteigen, so kann der Schiffspatron zum Ersatz angehalten werden.

Byr.

648 Vierter Theil. Erstes Capitel.

Byntershoeft am angef. Orte S. 143. Der Kaper, der ein Volk, das den Krieg nicht mitführt, feindselig behandelt, wird bestraft, und nach Beschaffenheit der That, wohl am Leben.

Nicht eher ist die gemachte Beute rechtmäßig, bis sie von dem Admiraltätscollegio, von welchem der Kaper Pässe erhalten hat, die dem Erlaubnisschein vom Prinzen von Oranien angehängt sind (Brieven van Affiche), dem Kaper, nach vorhergegangener Untersuchung, zugesprochen ist. Wer nicht von der Noth gezwungen, sondern um die noch nicht zuerkannte Beute zu verkaufen, in einem auswärtigen Hafen einläuft, wird mit Leibesstrafe belegt. Wenn inzwischen eine Beute an einem zu weit entlegenen Orte gemacht worden ist, oder das Schiff Schaden gelitten hat, und also gezwungen worden ist, einen auswärtigen Hafen zu suchen, so darf derjenige Theil, der nicht aufbehalten werden kann, in Gegenwart des holländischen Consuls, oder dessen, der die holländischen Seeangelegenheiten daselbst zu besorgen hat, wo das Schiff angelandet ist, verkauft werden. Der Spruch aber über das Recht und den Besitz der Beute steht allein bey dem Admiraltätscollegio, dem auch alle Dokumente, die in dem Schiffe gefunden worden sind, ausgeliefert werden müssen. S. Verordn. vom 18 December 1747. mit ihrer Erklärung vom 14 Februar 1748. d. 5 §.

§. 433.

Beim Handel mit dem Feinde entsteht die Frage: ob es nützlich sey, daß er verboten werde? Und, wie lange ein solch Verbot dauern könne? Ob der Gewinn, insbesondere der, welcher aus dem Verkaufe der Kriegsammunition wenigen zuträglich ist, den Schaden aufwiege, der hernach durch den Gebrauch der Waffen für die ganze Gesellschaft
ganz

ganz offenbar erwächst? Ein guter Bürger wird seinen Mitbürgern nicht schaden wollen, sondern lieber den Gesetzen gehorchen, und das nicht für Gewinn halten, wovon die Obern glauben, daß es den allgemeinen Nutzen beeinträchtigt (f. Einleit. §. 2).

Die Holländer haben den Kauf der Waaren, die der Feind feil bietet, einigemahl verboten, weil der dafür erlegte Preis ihn bereichern, und zur Fortsetzung des Krieges vermögend machen würde. S. Verordn. vom 5 Dec. 1747. In einer Verordnung vom 11 December des angezeigten Jahrs wird strenge verboten, dem Feinde Kriegsbedürfnisse zuzuführen, und aus eben derselben erhellet, daß die Admiralitätscollégia die Uebertreter dieses Gesetzes, die auf frischer That ertappt werden, strafe, und daß diejenigen, die nach einem gewissen Zeitraum schuldig gefunden werden, auch von der ordentlichen Obrigkeit in Anspruch genommen werden können, und das Präventionsrecht alsdenn auch bey der ordentlichen Obrigkeit statt findet.

§. 434.

Das Recht, den Feind anzuhalten, daß er den durch den Krieg verursachten Schaden ersetze, wird durch den Frieden aufgehoben, dem die Vergessenheit, oder Amnestie, als eine Bedingung beugefügt wird, damit nicht ein Krieg aus dem andern entsiehe.

Da durch holländische Gesetze nicht deutlich bestimmt ist, in wiefern der Schaden der Privatpersonen, er mag entweder vom Feinde, oder zum allgemeinen Besten von der Niederländischen Armee verursacht worden seyn, vom Staate ersetzt, oder auf die Rechnung der widrigen Zufälle geschrieben werden müsse, so muß darüber nach den Grundsätzen des allgemeinen Staatsrechts geurtheilt werden. S. die

650 Vierter Theil. Zwenthes Capitel.

Die Verordnung der Staaten von Holland vom 12 Oct. 1576. und die Verordnung der Generalstaaten vom 20 October 1750.

Die Einwohner von Geldern, Utrecht und Overysfel erklärten sich, da sie in den Utrechtschen Bund wieder aufgenommen wurden, daß sie die Ueberschwemmungen, welche die übrigen Bundesgenossen, oder einer von ihnen, oder der Staatsrath, zur Abtreibung eines feindlichen Angriffes für nöthig halten würden, in ihrem Lande nicht hindern wollten. S. den Vertrag vom Jahr 1674. im Utrecht. Geeszb. 114. Algemein X, 372. 381. u. f. f. XIII, 179.

Das zwenthe Capitel.

Von den Gesandtschaften.

§. 435.

Nach dem in Europa allgemeinen Gebrauch schicken die Holländer beständig Gesandten an auswärtige Staaten, und nehmen die zu ihnen geschickten auf. Sie weisen keinen zurück, der ihnen zugesandt wird, es müßten denn wichtige Ursachen sie dazu nöthigen. Doch haben die Generalstaaten am 10 October 1727. beschloß, keinen Gesandten anzunehmen, der in dem Gebiete der Republik geboren sey, oder nach seinem häuslichen Zustande der Republik angehört, wovon nur die Kinder auswärtiger Gesandten, die in den Niederlanden zur Welt gekommen sind, ingleichen die Fremden, die, oder deren Kinder, bey der Armee der Republik gedient haben, ausgenommen sind. S. die Verordnung der Generalstaaten vom 19 Junius 1681.

Nur

Nur die Gesandtschaften der an den Küsten von Africa wohnenden Völker währen eine gewisse Zeit. Die Gesandten dahin bekommen täglich so viel Geld zum Unterhalt, als sie brauchen; bleiben sie länger da, wenn das Gesandtschaftsgeschäfte vollzogen ist, so wird ihnen der Gehalt genommen.

§. 436.

Die Holländischen Gesandten haben bey Auswärtigen eben die Rechte, die den königlichen Gesandten von gleichem Range zustehn. Den königlichen und Venerianischen Gesandten aber geben sie die Präcedenz. S. die Verordnung der Generalstaaten bey Aigema IV, 68. 120. Von den Helvetischen erhalten sie den Vortritt, und den Churfürstlichen machen sie ihn streitig. Aigema II, 488. f. f. IV, 175.

In Appellationen, bey denen man die Verschiedenheit der Würde der Gesandten wohl unterscheidet, richten sich die Provinzen nach dem Beispiele auswärtiger Völker. Da man glaubte, daß sie bey Abfassung des Olivischen Friedens diese Regel nicht befolgt hätten, so entsprungen hieraus, wie bekannt ist, für die Holländischen Gesandten viele Unbequemlichkeiten.

§. 437.

Um die Treue und Thätigkeit der Holländischen Gesandten nicht durch Geschenke in Versuchung zu führen, haben sie Befehl erhalten, ohne Einwilligung der Generalstaaten keine Geschenke anzunehmen, oder die gewöhnlichen zu behalten. S. die Verordnungen der Generalstaaten vom 16 Februar 1711, 12 October 1743. und 12 September 1750. Wir können hier überhaupt anmerken, was wir oben zum Theil bereits gesagt haben, daß in keinem Lande so

so viele und ernstliche Gesetze wider die Bestechung sind, als in den Niederlanden und in allen seinen Theilen. Die Absicht dieser Gesetze ist, nicht nur dem Laster der Bestechung bey Verwaltung der Aemter zu steuern, sondern auch jeden Verdacht von verletzter Treue zu entfernen. Unter andern zeugt hievon die dem Staatorath erteilte Verordnung vom Jahr 1651. d. 37 d. u. f. f. S. Alzema VII, 463. u. f. f. Nederl. Geszb. V, 97.

Die Besoldung der Gesandten ist nach Verschiedenheit der Würde, die sie bekleiden, verschieden. Der Aufwand, den sie bey außerordentlichen Fällen zur Ehre der Nation machen müssen, wird ihnen vergütet.

Wenn sie Erlaubniß erhalten haben, auf einige Zeit ins Vaterland zurück zu kommen, und sie sind da, so sind sie in Holland von Rechtsstreitigkeiten nicht ausgenommen. S. Verordn. d. Staaten vom Holland vom 19 Februar 1667. und 9 Julius 1746.

§. 438.

Eben die hohe unverletzliche Achtung, welche die Niederländer, nach dem Völkerrechte, für ihre Gesandten verlan- en, eben die erweisen sie auch den auswärtigen Gesandten, denen sie den Titel der Staatsminister geben (§. 66). S. die Verordnung der Generalstaaten vom 23 Junius 1732. Die, welche ihnen unehrerbietig begegnen, werden bestraft, aber ihnen nicht ausgeliefert. Man schlug die Auslieferung dem französischen Gesandten im vorigen Jahrhundert ab, da er sie verlangte. Die Freyheit der auswärtigen Gesandten von der Gerichtsbarkeit bestätigen die Verordnungen der Generalstaaten vom 11 August 1676, 9 September 1679, und die Verordnungen der holländischen Staaten vom 8 August 1659,

30 Julius und 14 August 1681. Auch das Herkommen beweiset nicht, daß dies Gesetz begrenzt sey, wie *Vynkershoek* meynt, der diesem Rechte der Gesandten, in Absicht auf die beweglichen Güter, hat Schranken setzen wollen. Ueberhaupt wollen die Provinzen ihre Handlungsweise mit auswärtigen Völkern nicht nach den Meynungen der Gelehrten, sondern nach ihren Erklärungen und nach Thatfachen beurtheilt wissen. In dem *Niederländischen Gesetzbuche* IV, 100. steht in Ansehung des feyerlichen Abzugs der Gesandten vom ersten Range, ein bestimmtes Formular. Dasselbst steht auch IV, 108, daß es nicht Schuldigkeit sey, ihnen in den Versammlungen der Provinzen den Titel *Excellenz* zu geben.

Im Jahre 1649 hat der Staat die Gewohnheit abgeschafft, die Abgaben von den Häusern, welche die Gesandten bewohnen, aus dem Schatze zu zahlen. Selbst die Häuser, die ihnen, oder dem Fürsten, gehören, dessen Gesandten sie sind, sind darum nicht von Abgaben frey. Die Befreyung von Abgaben, die auf Dinge gesetzt sind, die zum Gebrauch im gemeinen Leben gerechnet werden, hat durch eine Verordnung der Staaten von Holland vom 28 Junius 1749 für die Zukunft aufgehört, diejenigen Länder aber sind nicht darunter begriffen, in welchen unsre Gesandten diesen Vorzug genießen.

§. 439.

Schon im zwölften Jahrhundert sind in den vornehmsten Handelsplätzen und Seestädten in *Italien* Consulen, oder Männer gewesen, die von dem Staate, dem sie sich gewidmet haben, bevollmächtigt sind, die Rechte und Vortheile der Schiffe und Kaufleute zu besorgen. Bey dem bey mehreren Völkern ausgebreiteten Triebe zu handeln, ist die Zahl dieser Consulen ungemein gewachsen, und ihre

Nuz-

654 **Viierter Theil. Zweytes Capitel.**

Nutzbarkeit allgemeiner geworden. So nothwendig aber ist ihre Gegenwart nicht geworden, als die Gegenwart der eigentlichen Gesandten. Zuweilen ist sogar durch einen Vertrag ausgemacht worden, daß keine Consuln eingesetzt würden. S. den Vertrag der Holländer mit den Franzosen im Jahr 1739. d. 40 §.

Nur in der Absicht werden sie in auswärtigen Landen bestellt, daß sie auf immer über die Rechte wachen sollen, die nach einem besondern Vertrage, oder nach dem Völkerrechte den Kaufleuten und Schiffern daselbst zukommen. Diese sollen sie mit Rath unterstützen, und bey der Obrigkeit für sie sprechen. Aber sie machen die Kaufleute nicht verbindlich, daß sie nach eigener Willkühr von ihnen Geld nähmen. S. die Verordnung der Generalstaaten vom 25 Januar 1741. Die Streitigkeiten, die zwischen dem Schiffer und den Matrosen entstehen, pflegen sie, als dazu erwählte Richter, zu entscheiden. Der Umfang ihrer Rechte, in wie weit sie an dem Orte, wo sie sich niedergelassen haben, von den Lasten und Pflichten der Bürger frey sind, und ihre Gewalt, und Macht über die Bürger der Nation, der sie durch Eyd und Amt verpflichtet sind, das alles gründet sich auf Verträgen und dem Herkommen. S. den Vertrag der Holländer mit den Schweden vom Jahr 1679. Art. 14, mit den Spaniern, 1714, d. 22 §, mit den Neapolitanern d. 41 §. den Frieden mit den Portugiesen 1661. d. 9 §. Von der Wahl dieser Richter siehe die Verordnung der Generalstaaten vom 11 August 1688. vom 24 März und 1 August 1742.

Auf die Vorstellung des Dänischen Gesandten, welcher verlangte, daß, auf einem jeden Dänischen Schiffe, zwischen dem Schiffer und den Matrosen vorkommende

fallende Streitigkeiten, von den Holländischen Obrigkeiten nicht gehört, sondern die Parthenen an den **Dänischen Consul**, oder **Agenten**, verwiesen werden möchten, antworteten die Generalstaaten am 11 April 1754: Wir halten es bey solchen Streitigkeiten so, daß wir den Parthenen so wenig Kosten machen als möglich ist: klagen die Matrosen, daß der Schiffer den ihnen schuldigen lohn nicht entrichtet hat, oder ihnen den begehrten Abschied nicht ertheilen will, so verweisen wir sie an den competenten Richterstuhl in ihrem Vaterlande; ist es aber klar, daß sie von dem Schiffer ihres Dienstes entlassen worden sind, so wird dieser, nach vorhergegangener summarischer Untersuchung, dahin verurtheilt, daß er ihnen den schuldigen lohn auszahle, er mußte denn augenscheinlich darthun, daß gerechte Ursachen ihn von dieser Auszahlung abhielten. Klagt der Schiffer über Ausreißer vom Schiffe, oder über die Frechheit der Matrosen, so findet er so fort bey unsern Obrigkeiten Beystand. Man vergleiche hiermit den Vertrag mit den Neapolitanern vom Jahr 1753. den 12 §.

Der Spanische Consul, der zu Amsterdam wohnt, wird Generalconsul titulirt, und bestellt zwey Männer, die zu Middelburg und Rotterdam seine Stelle vertreten (**Vice - Consuls**).

§. 440.

Die Niederländischen Consulen müssen sich zu der Religion bekennen, die in der Republik die herrschende ist, S. die Verordnung der Generalstaaten vom 20 Januar 1687. Es können dazu theils Auswärtige, theils Männer angenommen werden, die in Holland geboren, oder darin angesessen sind, wenn in den Verträgen nicht etwas anders verabredet worden ist. Ohnerachtet ein solcher Vertrag mit Spanien nicht errichtet war, so gaben doch die Generalstaaten

ten im Jahr 1730, da sie einen Fremden nicht annehmen wollten, freiwillig nach. Doch vergleiche man hiermit die Verordnungen der Generalstaaten vom 14 Februar 1746. und 5 September 1750.

Die Vortheile, deren unsre Consuln sich zu erfreuen haben, werden in den Verordnungen der Generalstaaten vom 24 Julius 1658, 24 März 1732. und 26 August 1739. gemeldet. *Aitzema VI, 831.*

Von ihrem Richter handelt die Verordnung der Generalstaaten vom 13 October 1679. Sie haben keine Jurisdiction. S. d. Verordn. d. Generalkst. vom 30 April 1735.

§. 441.

In der **Türkey** und den **Afrikanischen** Ländern haben die Consuln mehrere Gerechtsame, insonderheit die Jurisdiction, auch eine ganz freye. Die Niederländer haben einen Gesandten vom ersten Range in **Constantinopel**, der die Rechte der Consuln in der **Türkey**, und die Vortheile der **Holländischen** Nation besorgt. Dieser Gesandte und die Consuln entscheiden die Streitigkeiten, welche die **Holländer** unter sich haben, nach den **holländischen** Gesetzen (s. den Vertrag mit den **Türken** vom Jahr 1681. den 6 §.). Doch findet die Appellation an ein höheres Gericht im Vaterlande statt. Wenn diese binnen 14 Tagen interponirt wird, so hebt sie die Vollziehung des Spruchs auf. S. **Niederl. Gesetzb. II, 1335.** Gegen das Urtheil über Uebeltäter, findet keine Appellation statt. Die Seereisenden sind an das Gesetz vom Jahr 1675. und einige Verordnungen, die nachher ergangen sind, insonderheit an das Gesetz vom 27 Junius 1741, gebunden.

Wenn

Wenn zwischen dem Holländischen Gesandten, oder Consul, und einem Gesandten, oder Consul, eines andern auswärtigen Volks, Widerspruch entsteht, wer entscheidet alsdann? Beyden Nationen würde es doch un bequem seyn, die Sache an einen Türkischen Richterstuhl zu bringen. Hierüber haben die Generalstaaten im Jahr 1741. einen Vorschlag gethan. S. d. Niederl. Gesetzb. VII, 529.

Das dritte Capitel.

Von den Bündnissen der Niederländer.

§. 442.

Da die Niederländer die Republik gründeten, sahen sie bald ein, daß der Vortheil ihres gemeinen Wesens es gar sehr erfordere, nicht nur eigene Kräfte zu besitzen, sondern sie auch durch Bündnisse zu verstärken. Mit diesem Ausdruck bezeichne ich nicht solche Verträge, die einige Provinzen mit andern, auch mit Auswärtigen, nach ihrem Privatrechte, schließen, ich meine nach demjenigen Rechte, welches, weil es, es mag fallen, oder steigen, der Gesellschaft im Ganzen keinen Nutzen und keinen Schaden bringt, den Gesetzen, und Gewalt der Provinzen zu unterwerfen, für unnöthig befunden ward. Ein Beyspiel hierzu ist der von Geldern am 22 October 1766. mit dem Bischof zu Münster über die Grenzen errichtete Vertrag. Durch die Bündnisse verstehen wir hier die Verträge, welche die sämmtlichen Niederlande mit auswärtigen Nationen geschlossen haben, durch welche sie allgemeine Rechte, und allgemeine Obliegenheiten erhalten.

§. 443.

Es giebt noch jetzt Bündnisse, die älter, als die Republik sind; ihre Gültigkeit ist geblieben, obgleich nach abgeschaffter königlicher Gewalt die Regierungsform geändert worden ist, und die Provinzen sich auf immer von den übrigen Theilen der königlichen Niederlande getrennt haben.

Diejenigen Bündnisse aber, welche nach Errichtung der Republik, nach dem Jahre 1581, geschlossen worden sind, gehn, entweder auf eine gewisse Zeit, oder sie sind von beständiger Dauer. Jene hören auf, wenn die Ursachen ihrer Existenz aufhören, und wenn die Zeit aufhört, auf welche sie gestellt sind. So war keine Ursach mehr vorhanden, warum ein **Englischer Rathsherr** bey dem Staatsrath vermöge des im Jahr 1585, mit der **Elisabeth** errichteten Bündnisses ferner säße, nachdem die Schuld bezahlt, und das Pfand zurück gegeben war.

Ein auf eine gewisse Zeit errichteter Vertrag, verlieret eine Verbindlichkeit, wenn die Zeit verfloßen ist; es wäre denn daß er stillschweigend verlängert würde. So ist bey dem Bündnisse, das mit den **Dänen** im Jahr 1701. gemacht wurde, die Verordnung, welche die **Generalstaaten** am 4 August 1738. ausgestellt haben, merkwürdig.

§. 444.

Wie die bringende Noth zeitige, oder auf gewisse Zeit bestimmte Bündnisse, besonders kriegerische, schafft, so erhalten bleibende Bedürfnisse und gemeinschaftliche Vortheile die beständigen Bündnisse.

Von den Bündnissen der Niederländer. 659

Das Offensivbündniß, welches Tempel im Jahr 1667 in Vorschlag brachte, ward, theils um die Unbequemlichkeiten, die es mit sich führt, abzuwenden, theils, weil man zweifelte, ob es mit Gerechtigkeit geschlossen werden könnte, verworfen.

Defensivbündnisse betreffen, entweder die unmittelbare Theilnehmung an einem Kriege, oder nur die Ueberlassung einer gewissen Anzahl Hülfsstruppen. Von jener Art sind viele Bündnisse in den Niederlanden auf eine bestimmte Zeit errichtet worden, und einige auf ewig. Hieher gehört der Barrietractat vom Jahr 1715, der im Jahr 1718. erweitert und erklärt wurde, wie auch die im Jahr 1732. versicherte pragmatische Sanction Kayser Karls des sechsten.

§. 445.

Seit 130 und mehrern Jahren haben die Niederländer durch viele Friedensbündnisse Kriege geendigt, die sie zur Beschützung ihrer Rechte, für die Ruhe der Nachkommenschaft, und für die Erhaltung des Gleichgewichts von Europa, führen mußten. Ohne Zweifel ist jenes Bündniß das allerbeträchtlichste, durch welches der bürgerliche Krieg bengelegt, und nebst der Freyheit aller Provinzen ihre allseitige Verbindung sicher gestellt ist. Denn der Münstersche Frieden hat die alten Streitigkeiten mit Spanien abgethan; zu welchen noch (§. 53) eine Versicherung gekommen ist, darinn das künftige Verhältniß der Niederländer gegen die Deutschen bestimmt wird (§. 23).

Ueber die Erklärung des dritten und vierten Art. gedachten Münsterschen Friedens ist im Jahr 1720 der Streit ausgebrochen: Ob durch dies Gesetz allein die Spanier, oder alle die, welche damals im spanischen

660 Vierter Theil. Drittes Capitel.

nischen Gebiete begriffen gewesen wären, folglich auch die Niederländer verpflichtet würden? Endlich ist durch einen mit dem Kaiser Carl dem sechsten am 20 Februar 1732. zu Wien errichteten Vergleich entschieden worden, daß alle Schiffarth aus den österreichischen Niederlanden nach Ostindien eingestellt werden sollte, u. s. f.

§. 446.

Die meisten Bündnisse der Holländer haben die Absicht, der Handlung aufzuhelfen, und sie wider jede boshafte und gewaltthätige Beeinträchtigung in Schutz zu nehmen. Daher haben auch diese Verträge die Absicht, die ruhige Fahrt auf dem freyen Meere zu versichern: dergleichen werden oft mit den Marokkanern, Tunis und Algier, die das Mittelländische Meer unsicher machen, errichtet. Allein außer der Sicherheit der Schiffarth, die ein Theil der natürlichen Freyheit ist, wird gemeiniglich noch etwas mehr ausbedungen, als, z. B. die freye Fahrt an fremde Küsten, und was sonst noch nützlich und keinem Dritten nachtheilig ist, suchen die Niederländer für ihre Kriegs- und Kaufmannschiffe sich versprechen zu lassen. Durch andre Verträge hat man die Zölle für die Waaren bestimmt, die durch eine eingenommene Meersenge gebracht werden. Ferner wird dadurch für die Handlungsfreyheit gesorgt, daß man die Verbote der Einfuhr der Waaren, und die Erhöhung der Zölle zu verhindern sucht, und dahin bedacht ist, daß die Kaufleute, so lange sie leben, ihr Recht und Ruhe genießen, daß sie ehrlich begraben werden, und daß ihre Erben ihre Verlassenschaft ungeschmälert überkommen. Zuweilen sucht man auch zu hindern, daß einer Nation eine vorzüglichere Gunst zum Nachtheil einer andern zugewendet werde,

Von den Bündnissen der Niederländer. 661

werde, oder, daß ein, oder das andre, Volk ein Recht erhalte, in den Colonien der Provinzen Handlung zu treiben; hiervon ist ein Beweis im Utrechtschen Frieden, der mit Spanien geschlossen worden ist, d. 34 §.

§. 447.

Der Inhalt des Bundes, den die Niederländer am 2 August 1753 mit dem Könige von Neapel gemacht haben, bestätigt, als ein Beispiel, was wir vorher gesagt haben. Dieser Bundesvertrag ist ausführlich, und mit vielem Fleiße verfertigt worden.

In demselben wird unter andern fest gesetzt: daß, wenn auch dringende Noth da wäre, man dennoch die Schiffe, oder Matrosen, der einen Nation, zum Vortheil der andern, an deren Ufer, oder Hafen, sie angelandet wären, aufhalten dürfte (eben das ist auch mit den Spaniern verabrebet worden); daß die Güter der Privatleute auf den Schiffen für Staatsschulden nicht haften sollten; zur Zeit des Krieges könne man die Seepässe annehmen, sie müßten aber so geschrieben seyn, daß sie keinen gerechten Argwohn eines Betrugs erwekten. Noch wird hinzugefügt: daß zwar die Waaren, die nach dem Völkerrechte den Feinden des andern Volks nicht dürften zugeführt werden, könnten verkauft werden, nicht aber das Schiff, welches sie trüge, und noch weniger die erlaubten Waaren, die sich auf dem Schiffe befänden; hingegen, welche nach dem Völkerrechte nicht für kriegerisch gehalten würden, könnten mit den Schiffen eines andern Volks dem Feinde eines andern zugebracht werden; die Waaren aber, die auf feindlichen Schiffen angetroffen würden, gingen, wenn diese weggenommen wären, verloren. Endlich wird noch gesagt, daß Waaren, die in Feindens

662. Viertes Theil. Drittes Capitel.

bensmitteln beständen, wenn diese einem belagerten Orte zugeführt würden, Beute wären. Man erklärt aber zugleich, daß diejenigen Oerter eigentlich, als belagert anzusehn wären, zu welchen der Eingang zur See, wenigstens mit 6 Kriegsschiffen, und zu Lande durch das Geschütz der Gestalt versperrt wäre, daß man nicht hinein kommen könnte, ohne dem Feuer der Kanonen ausgesetzt zu seyn.

